Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

herausgegeben von

Carl Grünberg

Sechster Jahrgang



Leipzig
Verlag von C. L. Hirschfeld
1916

Druck von W. Kohlhammer in Stuttgart.

Inhalt des sechsten Bandes[1]).

Abhandlungen.

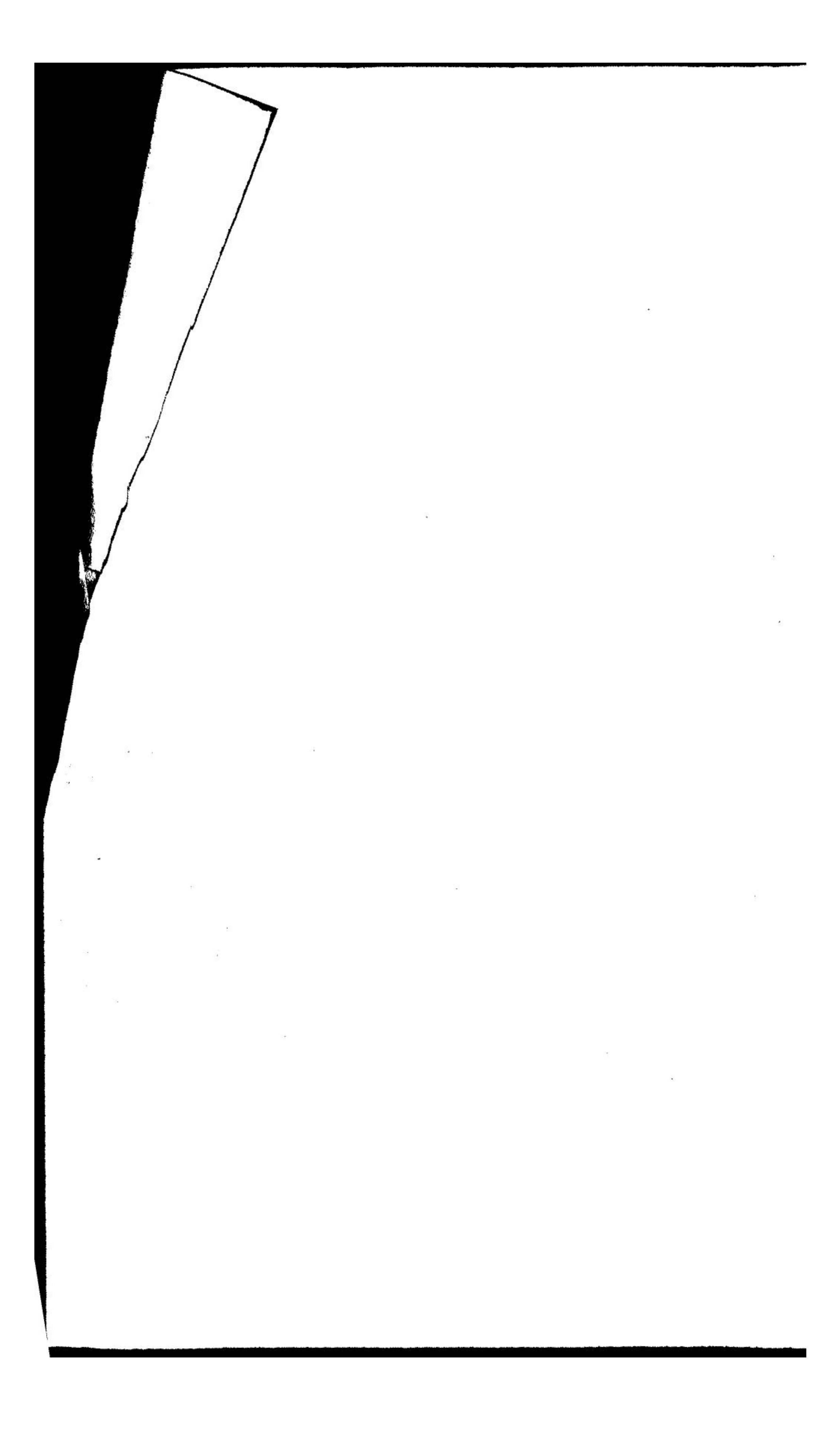
Urkundliche Mitteilungen.

---

1) Die Beiträge der englischen und italienischen Mitarbeiter sind aus den Originalmanuskripten übersetzt von H. G.

Literaturbericht.

Bibliographie.



Revolutionärer Geist und historischer Sinn[1]).

Von

Rodolfo Mondolfo (Bologna).

„Die Menschheit muß, wenn sie eine neue Epoche begründen will, rücksichtslos mit der Vergangenheit brechen; sie muß voraussetzen, das bisher Gewesene sei Nichts. Nur durch diese Voraussetzung gewinnt sie Kraft und Lust zu neuen Schöpfungen. Alle Anknüpfungen an das Vorhandene würden den Flug ihrer Tatkraft lähmen. Sie muss daher von Zeit zu Zeit das Kind mit dem Bade ausschütten; sie muß ungerecht, parteiisch sein. Gerechtigkeit ist ein Akt der Kritik, aber die Kritik folgt nur der Tat, kommt aber nicht selbst zur Tat“ [2]).

Mit diesen Worten übertrug FEUERBACH in eine normative Theorie, was — in Individuen wie in Kollektivitäten — allgemein als natürliche Tendenz des revolutionären Geistes in Erscheinung zu treten pflegt. Mag es sich nun um Philosophie oder Politik handeln: jeder Neuerer befindet sich als solcher in Widerspruch zum Prinzip des geschichtlich Gewordenen. Geschichte bedeutet Kontinuität der Entwicklung, notwendigen Zusammenhang zwischen aufeinanderfolgenden Zeitabschnitten, Abhängigkeit der Gegenwart und Zukunft von der Vergangenheit. Wer aber, im Reiche des Gedankens oder auf sozialem Gebiet, einen novus ordo schaffen will, erstrebt damit zugleich eine instauratio ab imis, eine Umgestaltung des Überkommenen, gerade weil ihn das Bewußtsein von den Mängeln und Übeln, in denen

---

1) Aus dem italienischen Manuskript übersetzt von H. G. 2) LUDWIG FEUERBACH, Fragmente zur Charakteristik meines philosophischen Curriculum vitae. 1835: Vorlesungen über Geschichte der neueren Philosophie. (Werke. II. Bd. Leipzig 1846. S. 400/401.)

Erbe der Vergangenheit sieht, dazu drängt, Alles zu zerreißen, uns an diese knüpft, und mit den Ergebnissen und Überlebseln verflossenen Geschichtsperioden tabula rasa zu machen [1]).

Der Wunsch, die Brücken zur Vergangenheit abzubrechen, einhaltet jedoch nicht bloß eine Verneinung der Kontinuität in der Entwicklung, die solche absolute Unterbrechungen ausschließt, sondern auch eine Verurteilung, welche die vorangegangene Periode über ihre Überbleibsel in der Gegenwart hinaus auch in den Grundlagen ihres bereits abgelaufenen Daseins treffen will, das als unvernünftige und ungerechte Wirklichkeit dem rationalen und gerechten Zukunftsideal gegenübergestellt wird.

Diese absolute Gegenüberstellung von Wirklichem und Vernunftgemäßem schließt denn auch schlechthin historischen Sinn aus: denn die Geschichte begreifen, heißt, sie für sich wieder schaffen und erleben. Wie wäre aber ein Wiedererleben dessen möglich, wofür alle Sympathie fehlt, und wie, es verstehen, ohne es innerlich zu rechtfertigen? Ebendeshalb ist die revolutionäre Mentalität ihrem Wesen nach in einem gewissen Maß unvereinbar mit historischem Sinn.

Gilt das aber immer und von jedem revolutionären Intellekt oder von jeder revolutionären Epoche? Und wie ist, wenn wir hier einer Differenzierung begegnen, diese zu erklären?

Typischerweise stoßen wir auf eine solche, wenn wir zwei philosophische Bewegungen einander gegenüberhalten, die beide Ausdruck, Lehre und Führung zweier großer Umwälzungen darstellen: die Philosophie des 18. Jahrhunderts, welche die Revo-

1) Mitunter wird die ideale Erneuerung als Rückkehr zur Antike dargestellt; allein das genügt keineswegs, um jener auch nur den Schein einer rückschrittlichen Tendenz zu geben. Denn 1. gelangt man nicht auf dem Wege des Umsturzes zu einer geschichtlichen Vergangenheit, die auch auf regelmäßig fortlaufendem Wege erreichbar ist; so mit einem Sprunge erreichbar ist nur ein prähistorischer Zustand. 2. Sodann aber pflegt man sich die Antike als ohne jede andere denn eine gegensätzliche Beziehung zur Gegenwart vorzustellen. Gerade dieser Umstand aber läßt in der sog. „Antike" eine Idealvorstellung erkennen, die mit Hilfe antithetischer Betrachtung der Gegenwarts-Wirklichkeit konstruiert und dann in die Ursprungsperiode projiziert wird, um dem Bilde, das man von der Zukunft entwirft, größere Überzeugungskraft zu verleihen. So die Zyniker, so Rousseau u. A.

lution des dritten Standes in Frankreich gegen die Feudalordnung vorbereitet und begleitet, und die Philosophie des kritischen Kommunismus, die im 19. Jahrhundert als Theorie und Wegweiserin der proletarischen Klassenbewegung auftritt.

Die Philosophie des 18. Jahrhunderts war in höchstem Maße antihistorisch, und dieser ihr Grundcharakter tritt zwiefach in Erscheinung. Zunächst in der Richtung des Intellektualismus, dessen Träger die Enzyklopädisten sind; und sodann in der des Sentimentalismus, dessen Repräsentant ROUSSEAU ist. Für diesen und jene besteht ein Gegensatz zwischen Natur und Geschichte, und jene liefert die kritischen Maßstäbe bei der Beurteilung dieser. Aber der Intellektualismus stellt uns in seiner schärfsten systematischen Formulierung, in CONDILLACS „Essai sur les origines des connaissances humaines" (1746), den Menschen dar als Ergebnis mechanischen Spiels seiner Empfindungen und deren Wirkungen, so daß er die Erklärung seines Wesens außerhalb seiner selbst, in der äußeren Welt, suchen muß und daher die Norm seines natürlichen Zustandes in den Empfindungen von Schmerz und Vergnügen findet, die ihn zu utilitarischen Erwägungen hinleiten. Der ROUSSEAUsche Sentimentalismus wieder zeigt uns den Wilden, der insofern ein Naturmensch ist, als er „vit en lui-même", in seiner Innerlichkeit lebt und noch nicht als „l'homme sociable, toujours hors de lui" sein wahres I c h verloren hat. Intellektualismus und Sentimentalismus jedoch ähneln einander in der Überzeugung, daß der Begriff des (noch nicht von der Geschichte künstlich veränderten) Naturzustandes den leitenden Gedanken in der Idealkonstruktion einer vernunftgemäßen Gesellschaft abgeben könne und müsse, und daß diese zu verwirklichen sei, in dem man sie an Stelle der absurden, geschichtlich gewordenen Gesellschaftsordnung treten lasse. HELVETIUS und ROUSSEAU gelangen von verschiedenen Ausgangspunkten zu dem analogen Schluß: daß das Vernunftgemäße das Wirkliche zu ersetzen habe und daß das Produkt der Geschichte als unvernüftig zu verdammen sei.

HELVETIUS' Ideal ist die Herrschaft des G e m e i n n u t z e n s, das ROUSSEAUS die Herrschaft des G e m e i n w i l l e n s. Jener ist dem I n t e r e s s e A l l e r Einzelnen (der Addition der widerstrebenden Einzelinteressen), dieser deren Willen entgegengesetzt.

Aber keiner von beiden läßt sich bei der Frage, wie die tatsächliche Wirklichkeit durch die vorgestellte Norm zu ersetzen sei, von historischen Erwägungen beeinflussen. Der Eine sucht die Neuordnung von außen her, der Andere aus dem Innern des Gewissens her, keiner aber im Anschluß an die gegebenen geschichtlichen Voraussetzungen und auf dem Wege allmählichen mühsamen Aufstieges und harten Kampfes gegen das zu Verdrängende.

HELVETIUS erklärt: die Fehler jeder Nation seien auf solche in der Gesetzgebung zurückzuführen, insofern als diese es nicht verstünde, den Gemeinnutzen mit den Sonderinteressen zu vereinigen; die soziale Erziehung hänge von der Weisheit des Gesetzgebers ab, der die Fähigkeit haben müsse, die Gewissen der Individuen mit Hilfe der Gesetze zum Guten hinzuführen, die an sich tabulae rasae seien und passiv die Anregungen aus der Erfahrung her aufnehmen. Eine weise Magistratur vorausgesetzt, sei auch schon eine Gesetzgebung, Moral und Religion gegeben, fähig, eine einträchtige Zusammenarbeit der Menschen zu bewirken und so die ideale Gesellschaftsordnung in die Welt der Tatsachen zu überführen [1]). Daß diese weisen Gesetzgeber Söhne einer verrotteten Gesellschaft seien und daher kraft der Prinzipien des Sensualismus selbst unmöglich die Fähigkeit haben könnten, sich den Einflüssen der Umwelt, in der sie leben, zu entziehen, darum kümmert sich HELVETIUS keinerdings. Denn dies erkennen, hieße einerseits den materialistischen Sensualismus verleugnen und anderseits die Kontinuität zwischen Vergangenheit und Zukunft, die Abhängigkeit der Menschen von den geschichtlichen Bedingungen anerkennen. Das aber lag HELVETIUS vollständig ferne.

„Die materialistische Lehre — wird MARX hundert Jahre später gegenüber den Nachfahren HELVETIUS' ausführen —, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden, und daß der Erzieher selbst

1) Vgl. hierüber meine Schrift: „Le teorie morali e politiche di C. A. Helvetius". Padova 1904.

erzogen werden muß. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist (z. B. bei ROBERT OWEN). Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden"[1]).

ROUSSEAU seinerseits spricht von einer Rückkehr zur Natur im Sinn einer Versenkung in die Innerlichkeit des Gewissens, das als „instinct divin, guide assuré" Sitz und Quell der menschlichen Freiheit sei[2]). Nur vermittelst dieser Rückkehr zur Natur sei das Gefühl des menschlichen Ich und die Ableitung des Naturrechts aus dem Begriff „Mensch" sowie die Bildung des Gemeinwillens, der volonté générale, und die Begründung eines naturrechtsgemäßen Staates möglich. Allein die Rückkehr setzt die Forderung voraus einer Befreiung von den Fesseln und Einflüssen der historischen Bedingungen; das Kriterium des Realen muß durch das des Wahren ersetzt werden; wahr aber ist für ROUSSEAU nicht — wie es VICOS auf den Geschichtsprozeß gerichtetem Blick erschien — das Wahre, das sich in Tatsachen verkörpert: „la vérité morale n'est pas ce qui est, mais ce qui est bien"[3]). Gewiß, ROUSSEAU kennt die Wirklichkeit, aber er beschäftigt sich nicht mit ihr: „d'autres pourront s'en occuper, s'ils veulent"[4]). „L'idée du droit naturel est manifestement relative à la nature de l'homme. C'est donc de cette nature même qu'il faut déduire les principes de cette science". Ist erst einmal die Ableitung und Systematisierung der natürlichen Rechte vollendet, so bedarf es nur mehr einer Fassung der deontologischen Prinzipien in Gesetzesnormen, einer Projektion des Lichtes des Ideals auf die Wirklichkeit. Der gleichen Mentalität begegnen wir dann während der französischen Revolution in der Nationalversammlung und in ihrer Erklärung der Menschenrechte. Und das Zeitalter, in dem die Welt „auf den Kopf gestellt wurde" (HEGEL), zeigt erstmals in der Geschichte den Menschen, wie er es unternimmt,

1) Marx über Feuerbach (1845), abgedr. in FRIEDR. ENGELS, Ludwig Feuerbach u. der Ausgang der klass. deutschen Philosophie. Stuttgart 1888. S. 69. 2) ROUSSEAU, Profession de foi. 3) ROUSSEAU, Émile, V. 4) ROUSSEAU, Contrat social, II, 6.

gestützt auf sein Denken, die Wirklichkeit nach dessen Vorbild zu gestalten.

Ein stolzer Gedanke, in der menschlichen Tat die freie Schöpferin der sozialen Welt zu erblicken, indem er das Reale entweder als Hindernis sich darstellt, das man beseitigen, oder als Materie, die man kneten kann, stets aber als außerhalb des menschlichen Geistes befindlich, nicht als lebendige Kraft, die im Innern des Menschen selbst, während er sie bekämpfen will, zugleich Gegenwirkungen entfaltet. Diese Scheidung von Äußerem und Innerem, die wir bei ROUSSEAU, der im Gewissen ein Prinzip in sich freier und von der Außenwelt unabhängiger Tätigkeit setzt, als logisch anerkennen müssen, erscheint allerdings widerspruchsvoll und absurd beim sensualistischen Intellektualismus. Denn dieser macht aus dem Geist und allen seinen Betätigungen, die Konstruktion eines Ideals mit eingeschlossen, ein Produkt der Umstände, das zu ihnen im Verhältnis von Wirkung zur Ursache steht. Aber mag nun diese Umwandlung des Gegensatzes zwischen Realität und Ideal in Scheidung zwischen außerhalb und innerhalb des Geistes Befindlichem logisch sein oder nicht, jedenfalls eignet ihr historische Diskontinuität.

Findet eine Projektion der Verwirklichung des Ideals auf die Zukunft statt, so tritt die Scheidung zwischen Wirklichkeit und Ideal in zeitlicher Aufeinanderfolge zutage: statt des Gegensatzes zwischen lebendigen nebeneinanderwirkenden Energien wird ein Nacheinander von Phasen, eine Sonderung von Zuständen bemerkbar. Die Wirklichkeit, deren Zerstörung es gilt, wird in die Vergangenheit, der zu schaffende Idealzustand in die Zukunft verlegt; zwischen beiden aber, die für sich vollendet und toto coelo von einander getrennt gedacht werden, bildet die Konzeption des Ideals eine Zwischenphase, die gleichzeitig Scheidelinie statt Verbindungsglied ist. Die Trennung erfolgt außerdem so vollständig, daß der Augenblick der Zerstörung des Vergangenen von dem Augenblick des Aufbaues der Zukunft gesondert wird. Diese zwei Momente, fallen miteinander zusammen und sind identisch, sobald es sich um innere Umgestaltung handelt, in der jede Grenzverwischung ein Fortschritt, jeder Bandenbruch Freiheitsbetätigung ist; sie fallen aber auseinander,

wenn die Zusammenhänge und Grenzen sich außerhalb der Menschheit konkretisieren. Die Menschheit erscheint dann in der Funktion eines Baumeisters, der das alte Gebäude niederlegen muß, wenn er ein neues errichten will.

Die Projektion der Vergangenheit außerhalb der Menschheit geschieht derart, daß die Vergangenheit sich zur Gänze in der konservativen, die Zukunft in der revolutionären Klasse verkörpert; und diese letztere wirft sich zur Alleinvertreterin der in fortschrittlicher Entwicklung befindlichen Menschheit auf, während sie der ersteren die Rolle einer hindernden Außenwelt zuweist. In der französischen Revolution, beansprucht denn auch, wie MARX hervorhebt, „eine Klasse, der Repräsentant aller zu sein, und gelangt zu einer universalen Rolle, während eine andere Klasse umgekehrt alle Mängel der Gesellschaft in sich konzentriert[1]). Aber diese von MARX festgestellte Tatsache, daß der dritte Stand als Stand der Befreiung „par excellence“ auftreten konnte, weil „ein anderer Stand der offenbare Stand der Unterjochung“ war, ist mit dem weiteren Umstand zusammenzuhalten, daß der Zukunftsstaat als Staat der Freiheit par excellence und umgekehrt die Vergangenheit als solcher der Unterdrückung par excellence vorgestellt wird.

Die Gegenwart bezeichnet die Scheidelinie zwischen der Projektion der Unterdrückung in die Vergangenheit und der Freiheit in die Zukunft: diese Vorstellungen aber weisen in jeder Beziehung das Merkmal der Diskontinuität auf, der scharfen Trennung zwischen zeitlichem Neben- und Nacheinander.

Das 18. Jahrhundert ist daher seinem Wesen nach antihistorisch; und während die Idee des Fortschrittes immer schärfer und zuletzt herrschend hervortritt, zerreißt ihr hauptsächlichster Vertreter in Frankreich, CONDORCET, die Kontinuität des historischen Prozesses vom Mittelalter ab, das ihm eine einzige Abirrung vom Wege des Fortschrittes ist.

Eine doppelte Unterbrechung also (vom Anfang des Mittelalters und von dem der Neuzeit), die nur begriffen werden kann, indem — im Widerspruch mit CONDORCETS Theorie selbst —

1) Vgl. MARX, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie 1843. (Aus d. literar. Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. Hrsg. v. MEHRING I, 394 f.)

das Leben der Menschheit am kritischen Punkt in zwei Teile zerlegt wird: der eine, der aus der Vergangenheit herstammt, und der andere, der zur Zukunft hinstrebt. Die Gegenwart bildet die Scheidelinie; die Einheit und Kontinuität des Lebens verschwinden, welche die Menschheit als stets vorhanden und in steter Entwicklung und Betätigung begriffen erscheinen lassen, sodaß sie, auch in ihren Wandlungen, nie die Vergangenheit außerhalb ihrer selbst hat, sondern stets in sich, als lebendige Kraft, die nur in Form inneren Kampfes sich bewähren kann. Und es ist charakteristisch, daß die Diskontinuität — die der ganzen Unterscheidung von Epochen durch CONDORCET anhaftet, weil die Tatsachen, die den Übergang aus einer dieser Epochen zur anderen bezeichnen, keine einheitlich verbundene Reihe darstellen — noch schärfer zutage tritt in dem Punkte, wo die revolutionäre Mentalität, den Blick in die Zukunft gerichtet, sich anmeldet. Diese Mentalität zieht dem Fortschritt, der sonst als historischer Begriff par excellence erscheinen würde, das Prinzip der Geschichtlichkeit unter den Füßen weg.

Die Philosophie dagegen, welche die Voraussetzungen und den Rahmen für die sozialistischen Lehren im 19. Jahrhundert liefert, ist ganz und gar von historischem Geist belebt.

Sicher ist die Tatsache nicht bedeutungslos, daß LASSALLE ebensowohl wie MARX und ENGELS starke Beeinflussung von HEGEL her erfahren haben. Von ihm haben sie das historische Prinzip der Entwicklung und ihres dialektischen Rhythmus. LASSALLE hat es in seiner Auffassung der Geschichte als der Entwicklung des Geistes zur Freiheit hin verwendet [1]; MARX und ENGELS haben aus ihm die Überzeugung geschöpft, daß die Geschichte „Eins und Alles“ sei [2]. Derselben HEGELschen Linken gehörte aber auch FEUERBACH an, von dem das Zitat im Eingang dieses Aufsatzes stammt und der in analogen Äußerungen gezeigt hat, daß ihm geschichtlicher Sinn vollständig abging. „Alles — schrieb er 1843 — ist von Grund aus zu erschöpfen . . . Kein Faden soll am alten Regiment ganz bleiben [3]; während

1) LASSALLE, D. Philosophie Fichtes u. d. Bedeutung des deutschen Volkes 1862. (Reden u. Schriften. Hrsg. v. BERNSTEIN. I, 425 ff). 2) ENGELS, Die Lage Englands (in Deustche-franz. Jahrb.) 1844. 3) Briefe an RUGE, abgedr. in „Literar. Nachlaß v. Marx“ usw. I, 378.

gleichzeitig MARX ausführte: „Die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten ist nicht unsere Sache ... Nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt es sich, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit“ [1]).

Die Zugehörigkeit zu HEGELS Schule genügt also nicht, um den Historizismus der Theoretiker des Sozialismus zu erklären. Wollte man anderseits in dem Antihistorizismus FEUERBACHS eine Konsequenz der früher analysierten revolutionären Denkweise des 18. Jahrhunderts erblicken, so müßte man die letztere MARX und ENGELS absprechen. Nun aber ist in MARX nicht bloß die historische Auffassung nicht minder lebendig als der revolutionäre Geist, es wurzelt auch seine ganze Spekulation in der Verkettung der Anschauungen: daß die Wirklichkeit in der menschlichen Praxis enthalten, daß ihre Erkenntnis in der Einheit und Kontinuität der gesamten Geschichte zu suchen und daß diese Erfassung von der revolutionären Denkweise untrennbar ist [2]).

FEUERBACH hatte im religiösen Phänomen gesehen: daß was der Mensch außerhalb seiner selbst projiziert, das innere Wesen seines Geistes sei: der Mensch löst den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit in der Unterscheidung einer wirklichen und einer vorgestellten höheren Welt auf [3]). MARX aber vervollständigt diesen Denkprozeß: nicht nur angesichts des religiösen Problems, sondern stets und in jedem Fall innerer Zerrissenheit bringt die Menschheit ihre inneren Gegensätze in äußeren Scheidungen zum Ausdruck; immer vollzieht sie jene Selbstentfremdung, die FEUERBACH als Wesen der Religion aufgezeigt hat; stets wenn sie in Widerspruch zu sich selbst gerät, objektiviert sie und stellt, was ihrer Subjektivität innerlich zugehört, außerhalb ihrer selbst vor. So bedeutet z. B. das Stehenbleiben beim Materialismus eine absurde Auffassung des Verhältnisses zwischen Erziehung und der Verschiedenheit der Menschen, die einen Teil der Gesellschaft ausmacht und über die Gesellschaft selbst stellt; so verleitet die Zerreißung

1) Brief an RUGE, September 1843 (ebenda. I, 380, 383). 2) Marx über Feuerbach a. a. O. S. 69 ff. 3) Ebenda S. 70 f.

der Einheit des Gesellschaftslebens zu einer Zerreißung auch der historischen Kontinuität, indem jede Klasse mit ihrer Ideologie bei einem einzigen Moment der Geschichte stehen bleibt und die historischen Kategorien für ewige ausgibt. Was da mangelt, sagt MARX, ist der Begriff der umwälzenden Praxis; die einheitliche Vision der Menschheit, als einer in ständigem innerem Kampfe sich entfaltenden Tätigkeit, in der die ständige Verwandlung der Widersprüche in Wahrheit und in Überwindung der Selbstzerrissenheit die Voraussetzung und das Wesen selbst des Lebens ausmacht. Diese Auffassung aber, erklärt MARX, eignet den eigentlich Revolutionären, die zur wahren Erklärung der Welt insofern gelangen, als sie sie verändern wollen [1]). Nach ihm aber ist das revolutionäre Denken allein fähig, den wahren historischen Begriff (die nach MARX einzig wahre Anschauung der Wirklichkeit) zu erfassen und sich zu eigen zu machen, indem es entgegen jeglicher Selbstentfremdung des Menschlichen zur Behauptung von dessen Innerlichkeit zurückkehrt. So vermöge es aus der Sonderung der Elemente die Auffassung ihrer Einheit zu gestalten, aus der Unterbrechung des zeitlichen Nacheinander die Vorstellung von dessen Kontinuität.

MARX nimmt damit das Prinzip VICOS wieder auf: das Wahre wandelt sich mit dem Tatsächlichen; die Wirklichkeit ist in der Praxis enthalten. Aber so wie die Wirklichkeit nur mit der Totalität der Praxis gegeben ist, so läßt sich das Wahre nicht in bruchstück- und teilweiser Anschauung des Tatsächlichen erfassen. In der Anschauung des Tatsächlichen muß alles Tatsächliche enthalten sein: wird dessen Ganzheit zerrissen und ein Teil in Gegebenes, außerhalb der Entwicklung der menschlichen Praxis Stehendes, von der es ein innerlich zugehöriges Element bildet, verwandelt, so geht das Wahre verloren. Kurz, dieses ist nur erreichbar, wenn der Mensch die Einheit und Kontinuität der Menschlichkeit erfaßt, indem er deren Gesamtentwicklung als innere Entfaltung begreift, die sich unter ständiger Selbstverneinung und ständiger Selbstüberwindung durchsetzt.

1) Marx über Feuerbach a. a. O. S. 70.

Gewiß will MARX mit dieser Betrachtung der Geschichte als inneren Prozesses der Menschheit, keineswegs sich HEGELS Philosophie des Geistes anschließen und die ganze Natur auf das Geistige zurückführen; gleichermaßen aber will er die umgekehrte, vom Materialismus versuchte Ableitung bekämpfen; und gegenüber und über jeder Scheidung zwischen Objekt und Subjekt will er mit FEUERBACH die Wirklichkeit beider in ihrer von der menschlichen Praxis geschaffenen Einheit betonen. Die Praxis ist Entwicklung, sie ist Geschichte, die ihren Ursprung von dem ständigen Impuls des Bedürfnisses nimmt; und die Bedingungen, die dieses hervorrufen, mögen sie nun von Natur aus gegeben oder durch die Resultate vorangegangener menschlicher Tätigkeit geschaffen sein, sind nicht außerhalb der Menschheit: insoweit sie entweder in deren Geistesleben eintreten, um es in Bewegung und Tätigkeit zu setzen, oder Ausdruck und Produkt dieses Lebens und dieser Tätigkeit sind. Ein Produkt, das zugleich Produzent, Schöpfer und Geschaffenes ist im unendlichen Prozeß der umwälzenden Praxis.

Die Entwicklung der Menschheit vollzieht sich im Wege ihrer Tätigkeit; in dieser findet sich, um LABRIOLAS Ausdruck zu gebrauchen, der Mensch, der selbst entwickelt oder schafft, gleichzeitig als Ursache und Wirkung wieder, als Urheber und Folge[1]) seiner sukzessiven Daseinsbedingungen. In diesem Sinne will MARX jegliche Außenprojektion der menschlichen Praxis, ihrer Ergebnisse oder ihrer Endzwecke überwinden; in diesem Sinne hält er die Revolutionären für allein im Besitz der wahren Geschichtsauffassung, indem sie keine Scheidung zwischen Außen- und Innenwelt vornehmen und daher die Einheit und Kontinuität die Menschheitsgeschichte zu erfassen vermögen[1]).

Zweifellos nun haben bei der Bildung dieser Theorie die Bedingungen der geistigen Umwelt MARXens mitgewirkt. Die HEGELsche Dialektik mit ihrer Bewegung vermittelst von Verneinungen führte zur vollständigen Erkenntnis der Funktion des

1) Vgl. ANTONIO LABRIOLA, Del materialismo storico. Roma 1896. S. 99 f. Vgl. über diese Erklärung der Geschichtsphilosophie, deren Umrisse MARX in den Thesen über FEUERBACH gezeichnet hat, auch ARTURO LABRIOLA, Marx nell' economia e come teorico del socialismo, und Kap. IX meines Buches: Il materialismo storico in F. Engels, Genova 1912.

Übels in der Geschichte: eine revolutionäre Bewegung durfte fürderhin an keinen Bruch mit der Vergangenheit denken, wenn jegliche geschichtliche Bewegung ihre eigene Negation aus sich selbst erzeugte. Vergangenheit und Übel waren nicht mehr der Zukunft und dem Guten fremd, deren Urheber sie selbst wurden, indem sie ihre dialektische Voraussetzung schufen. Und auch der Begriff des Bedürfnisses, den FEUERBACH zur Erklärung der Gesamtentwicklung der menschlichen Tätigkeit eingeführt hatte, floß in dieselbe Richtung. Ist das Bedürfnis das Bewußtsein von einem Mangel oder einer Schranke, so sind es dieser Mangel und diese Schranke, die aus der Außen- in die Innenwelt übertragen und sodann mit der zu ihrer Überwindung entfalteten Tätigkeit zu einer Einheit verbunden werden.

Aber anderseits sind auch die historischen Bedingungen, unter denen das Proletariat sich der Bourgeoisie gegenüberstellt, von denen verschieden, unter denen der dritte Stand im 18. Jahrhundert der feudalen Gesellschaft sich entgegenstellte; und sie bestimmen dann auch eine Verschiedenheit der Auffassungen.

Im 18. Jahrhundert ist die historische Funktion des Feudalismus erschöpft; der neuen Klasse, die ihre Rechte erobern will, leisten die anderen Widerstand, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten; zwischen der konservativen und der revolutionären Klasse besteht keinerlei Interessengemeinschaft; ja, die freie Entwicklung des dritten Standes hat die Zerbrechung des feudalen Joches zur Voraussetzung. So kann denn die feudale Klasse durch einige Zeit in sich das Übel und die Vergangenheit verkörpern, der dritte Stand aber die Zukunft und das Gute: zwischen beiden besteht eine vollständige Scheidung und Gegensätzlichkeit. So ist denn die Konsequenz eine revolutionäre Denkweise, die antihistorisch par excellence ist. Im 19. Jahrhundert dagegen ist sich das Proletariat des gemeinsamen Ursprunges mit der Bourgeoisie vollbewußt. Nicht nur ist die Erinnerung an die Solidarität gemeinschaftlich bestandener Kämpfe um die Emanzipation vom Feudaljoch noch nicht erloschen: es besteht auch das Bewußtsein, daß die Entwicklung der Bourgeoisie die nachherige Entwicklung des Proletariats bedingt. Der herrschenden Klasse fällt die Erfüllung einer Aufgabe im Interesse der Beherrschten zu, insofern als weder diese

noch jene zur Fülle und Reife ihrer Entwicklung gelangt ist, und beide wissen, daß sie sie zusammen erreichen werden.

Die Theoretiker des Sozialismus behaupten eben folgende Filiation: das Proletariat wird durch den industriellen Kapitalismus geschaffen und diesem verdankt es auch sein Klassenbewußtsein. So entsteht dieser rebellische Sohn, der dem Vater nach dem Leben trachtet, der Dämon, den der Zauberer nicht mehr beherrschen kann, nachdem er ihn gerufen. Aber auch in diesem Kampf kann das Proletariat, da es sich als Sohn des Kapitalismus fühlt, gegen den es sich empört, diesen nicht als sich fremd betrachten und jedes Band der Kontinuität mit ihm zerreißen wollen. Auch fordert es sein Interesse, den Kapitalismus anzufeuern und ihn auf die Bahn der Vollentwicklung zu bringen, die zugleich die Bedingung seiner eigenen Entwicklung ist. „Die Bourgeoisie (in Deutschland) — schreibt Marx — bedarf des Schutzes gegen das Ausland, um mit den mittelalterlichen Überresten einer Feudalaristokratie und dem modernen ‚von Gottes Gnaden' aufzuräumen und ihr eigenstes, innerstes Wesen rein und lauter zur Entfaltung zu bringen; so hat auch die arbeitende Klasse ein Interesse an dem, was der Bourgeoisie zur ungeschmälerter Herrschaft verhilft" [1]).

Unter diesen Bedingungen jedoch ist es unmöglich, die herrschende Klasse als Inkarnation der Vergangenheit und des Übels anzusehen, um den Willen zum vollständigen Bruch mit ihnen zu festigen; es ist also auch eine antihistorische Theorie unmöglich. In dieser Differenziertheit der historischen Bedingungen liegt also ein (und sicherlich nicht der wenigst bedeutsame) Grund der Unterschiede zwischen der Philosophie des 18. Jahrhunderts und dem Sozialismus — bei aller ihr Gemeinsamkeit des revolutionären Charakters.

Fragen wir nun, an diesem Punkte angelangt, ob der antihistorische Geist der revolutionären Denkweise wesenseigen ist, so müssen wir mit „Nein" antworten und erkennen, daß eine bejahende Antwort vielmehr von historischen Verhältnissen (den geistigen und gesellschaftlichen Voraussetzungen) abhängt, die entweder vorhanden sind oder fehlen. Doch ist nicht zu über-

---

1) Marx, Schutzzoll oder Freihandelssystem (Aus d. liter. Nachlaß II, 431).

sehen, daß es historische Umstände gibt, die den revolutionären Geist festigen, bei deren Mangel derselbe überhaupt nicht in Erscheinung treten kann und die naturgemäß ihn immer in dem Sinn beeinflussen, daß er jene Diskontinuität und jenen Bruch der aufeinanderfolgenden und nebeneinander bestehenden Elemente setzt, die den Antihistorizismus ausmachen.

Der revolutionäre Geist tritt nicht in Erscheinung, insoweit er einfach Entwicklung erstrebt, sondern insoweit er auf Widerstand stößt. Wer Neuerungen unternimmt, gerät dadurch ebenso in eine Angriffsstellung, wie, wer an der Erhaltung des Bestehenden interessiert ist, sich den Umgestaltungen entgegenstemmt. Nun will die konservative Tendenz auf dem Gebiete der Theorie sich zu ihrer Stütze nicht auf das Klasseninteresse berufen, sondern auf ein Universalprinzip, das historische Recht. Aus der Legitimität der Vergangenheit leitet sie im Namen der Geschichte die Illegitimität einer anders gearteten Zukunft ab: VICOS Prinzip, daß das Wahre sich in Tatsächliches wandle, wird einseitig angewendet, in dem als Tatsache nur gilt, was bereits in lebendige Institutionen überführt, was fortan in gewissem Sinne objektiviert ist, was gegenüber dem Ideal die Realität darstellt[1]. Diese Negation der Berechtigung des Ideals, der Subjektivität, die aus dem Bereich des Wahren ausgeschlossen wird, weil sie nicht dem Bereich des Tatsächlichen angehört, zeitigt hinwiederum auf der andern Seite eine entgegengesetzte Einseitigkeit: auch hier wird Tatsächliches und Wahres einander gegenübergestellt, das Reale als unvernünftig erklärt und diese seine Vernunftwidrigkeit zur Bedingung erhoben für das Streben nach der Realität des Vernunftgemäßen.

Und da die konservative Klasse in sich die Vergangenheit verkörpert, so wird der revolutionären Klasse, und ihr allein, der Anspruch eingeräumt, in sich die Zukunft zu verkörpern.

1) Dieser Auffassung huldigt die theokratische Schule in Frankreich (DE MAISTRE, DE BONALD u. a.), sowie die historische Juristenschule in Deutschland, die MARX umschreibt als „eine Schule, welche die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von gestern legitimiert, ... die jeden Schrei des Leibeigenen gegen die Knute für rebellisch erklärt, sobald die Knute eine bejahrte, eine angestammte, eine historische Knute ist" (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in „Aus d. liter. Nachlaß" I, 386).

In gleichem Sinne wirkt auch das Bedürfnis nach reinlicher Herausschälung des Ideals. Soll das Ideal seine Energie und seinen Zauber voll entfalten können, so muß es als rein von jeder Erdenschwere des Realen erscheinen: seine Umrisse zeichnen sich viel schärfer und heller ab, wenn das von ihm ausstrahlende Licht auf den dunklen Hintergrund der Wirklichkeit auffällt [1]. Der Vertreter der erneuernden Idealitäten aber muß seinerseits, um diese zu formulieren und zu wollen, in sich den inneren Kampf gegen die Herrschaft der Vergangenheit siegreich ausgefochten, sich von den Fesseln, die ihn an sie knüpfen, befreit, sie veräußerlicht und seinem Innern, dem sie früher zugehörten, entfremdet haben. FEUERBACH drückt dies so aus: „Die Gegenwart erkennst Du nicht aus der Geschichte; denn die Geschichte zeigt Dir nur die Ähnlichkeit einer Erscheinung mit einer bereits dagewesenen, aber nicht ihren Unterschied, ihre Individualität, ihre Originalität; die Gegenwart kann nur unmittelbar durch sich selbst erfaßt werden. Und Du verstehst sie nur, wenn Du selbst nicht bereits zur Vergangenheit, sondern zur Gegenwart, nicht zu den Toten, sondern zu den Lebendigen gehörst“ [2].

Daher die Tendenz nach Scheidung zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen böse und gut, zwischen Realität und Ideal, zwischen beharrender und revolutionärer Klasse. Um die Gegensätze zu betonen, wird die Umgestaltung unter dem kritischen Gesichtspunkt betrachtet; die Dialektik der Entwicklung erstarrt zu einem Schema, das die Unterscheidung der einzelnen Momente intensiviert und sie auch zeitlich scharf von einander abgrenzt. So kommt es zum Bruch der Einheit des Gesellschaftslebens, zu einer Sonderung von Innen- und Außenwelt. Die revolutionäre, der Zukunft zustrebende Klasse will als alleinige Verpersönlichung der Menschheit gelten: die andere Klasse und die ganze Vergangenheit werden aus der Menschheit hinausgewiesen; und die Zukunft erscheint sodann als absolute Schöpfung, die gleichsam aus dem Nichts auftaucht, statt ihre Wurzeln in den Boden der Geschichte zu versenken,

1) Hier ist m. E. der Keim zu GEORGES SORELs Mythentheorie gelegen.
2) FEUERBACH, Fragmente zur Charakteristik usw. (Werke II, 409).

dem sie entspringt und der sie nährt. Wir begegnen dieser Auffassung bei LASSALLE, der sich von ihr nicht nur bei der Voraussicht der Zukunft, sondern auch bei der Betrachtung der bereits abgelaufenen Geschichtsperioden leiten läßt[1]). Sie fehlt aber auch bei MARX und ENGELS nicht gänzlich.

Die Katastrophentheorie, zu der sie oft gerne hinneigen, versetzt den kritischen Punkt des Überganges aus der Vergangenheit zur Zukunft (Prähistorie und Menschheitshistorie) in einen Augenblick der Zukunft; aber wenn auch jene Gegenwart, die die absolute Trennung zwischen den beiden Phasen bezeichnen soll, auf einen Augenblick projiziert wird, der erst eintreten soll, so erscheint doch seine charakteristische Funktion der Sonderung nicht weniger betont im Sprunge aus dem Reiche der Notwendigkeit in das der Freiheit.

ENGELS und MARX waren sich der Ursachen dieser einseitigen Ansichtsweisen wohl bewußt. Schon 1846 sagten sie, daß man oft durch äußere Umstände gezwungen sei, das richtige Wort zu unterdrücken. Sie sprachen damit damals schon aus, was ENGELS in einem seiner Briefe als Greis wiederholt hat. Die „äußeren Bedingungen", d. h. das Bedürfnis nach Herausarbeitung des Trennenden um des Kontrastes willen zu den gegnerischen Tendenzen. Aber wie schon oben bemerkt, ohne die letzteren gäbe es gar keinen revolutionären Geist; diesem erscheint demgemäß als solchem eine Tendenz zum Antihistorzismus wesenseigen.

---

1) So läßt er gegenüber jener „Wirklichkeit, welche nach allen Seiten hin ein unlebendiges Produkt vergangener Jahrhunderte", entstehen: eine neue „Kraft, die historische Wirklichkeit nach eigenem Willen wieder in Fluß zu bringen, ... eine Gegenwart, eine nicht mehr nur historische, eine neue, eine selbsterworbene Lage der Dinge (Lessing, in „Reden und Schriften", hrsg. von BERNSTEIN I, 402 f.); und in der Festrede über die Philosophie FICHTES vindiziert er dem deutschen Volke die Bestimmung, „sich aus dem bloß geistigen Volksbegriff einen nationalen Boden, ein Territorium zu schaffen, sich aus dem Denken ein Sein zu erzeugen", ein „Sein, (das) aus dem reinen Geist selbst erzeugt, mit nichts Geschichtlichem, nichts Naturwüchsigem und Besonderem verwachsen, — nur ... des reinen Gedankens Ebenbild sein kann und hierin die Notwendigkeit jener Bestimmung zur höchsten und vollendetsten Geistigkeit und Freiheit trägt." (Ebenda I, 460.)

Dem revolutionären Geist als solchem, d. h. als kämpferischem, in dem die Antithese entschiedene und konkrete Formen annehmen muß. Zweifellos aber handelt es sich dabei mehr um eine praktische als um eine theoretische Notwendigkeit. Im Revolutionär kann somit ein Dualismus vorhanden sein, von doktrinärer Auffassung und Kampftätigkeit; von Universalanschauung des Wahren, das mit der Tat sich in die historische Kontinuität der Gesamtmenschheit wandelt, und Teilauffassung, die der Sonderung der Momente folgt, wenn der Revolutionär aus der Rolle des menschlichen Betrachters des Ganzen zu der eines tätigen Elements in einer gegebenen Geschichtsphase übergeht.

Einiges über die ersten sozialistischen Abgeordneten im italienischen Parlament.

Von

Robert Michels (Basel).

Als MICHAIL BAKUNIN 1865 von Florenz nach Neapel zog, gelang es ihm anscheinend ohne besondere Schwierigkeiten, unter der dortigen Jugend eine Art sozialistischen Verein zu gründen, den BENOÎT MALON nicht mit Unrecht als die erste Sektion der Internationale zu bezeichnen wagte, obgleich von irgendwelchem Zusammenhang mit dem Londoner Generalrat noch nicht die Rede sein konnte. In Florenz mag es auch gewesen sein, daß BAKUNIN mit den beiden italienischen Abgeordneten GIUSEPPE FANELLI und SAVERIO FRISCIA [1]) bekannt geworden ist. Wenn wir dem republikanischen Abgeordneten ETTORE SOCCI, den damals mit den Sozialisten enge Freundschaft, ja selbst eine weitgehende Ideengemeinschaft verband, Glauben schenken, so war es allerdings erst der gemeinsame Aufenthalt BAKUNINS mit CARLO CAFIERO, DIEGO MARTELLI und den beiden Abgeordneten auf der Weltausstellung 1867 in Paris [2]), der die Männer einander näher brachte. Wie dem nun aber auch sein mag, sicher ist, daß es dem großen russischen Revolutionär gelang, die beiden Parlamentarier für seine Ideen zu gewinnen und dem Sozialismus in Italien auf diese Weise zwei nicht nur begabte und tüchtige, sondern auch an öffentlicher Stelle wirkende Männer zuzuführen.

---

1) In „Michail Bakunin's Sozialpolitischer Briefwechsel mit Alexander Iw. Herzen und Ogarjew", hrsg. von M. DRAGOMANOW, Stuttgart 1895, ist verschiedentlich (S. 80, 229) von einem Abgeordneten FRANCIA die Rede!

2) Vgl. A. ANGIOLINI, Cinquant'Anni di Socialismo in Italia, Firenze 1903, 2. Aufl., S. 73.

Fanelli hatte bereits ein tatenreiches Leben hinter sich, als er sich dem Sozialismus widmete. Er war damals schon nahe an die vierzig Jahre. 1826 in Neapel geboren, war er bereits als blutjunger Mensch Ausschußmitglied eines Geheimbundes zur Befreiung des Vaterlandes gewesen. 1848 machte er als Freiwilliger im Korps Belgiojoso den Krieg in der Lombardi mit und beteiligte sich an der Erhebung der Mailänder gegen die Österreicher. Nach der Niederlage der Piemontesen bei Navara wandte er sich nach Rom und focht im Dienste der Republik und des Vaterlandes gegen die Franzosen. Die Erstürmung von Rom durch die Truppen Oudinots sah Fanelli unter der todesmutigen Schar der vom General Medici geführten Verteidiger des sogenannten Vascello bei Porta Pancrazio, oberhalb der Villa Pamphily. Nach dem Falle Roms wanderte er, in Gemeinschaft mit dem General Fabrizi und anderen Patrioten, aus, zuerst nach dem englischen Malta, dann nach dem französischen Corsica. Später kehrte er aber nach Neapel zurück, wo er mit Carlo Pisacane, dem großen Vorgänger des italienischen Sozialismus, 1856 die Expedition nach Sapri vorbereitete. Von ihm hat Fanelli voraussichtlich auch die ersten Begriffe sozialistischer Wissenschaft und die ersten Regungen sozialistischen Gefühlslebens erhalten. Auch mit Giuseppe Mazzini trat er, der unermüdliche Verschwörer, in Verbindung. Mazzini sandte ihm seinen Delegierten Cosenz, um mit ihm über eine eventuelle Erhebung Süditaliens zu beratschlagen. Jedoch von der burbonischen Polizei verfolgt, verließ Fanelli seine Vaterstadt und zog nach Genua. Von hier aus spann er weite Fäden behufs Aufklärung der süditalienischen Massen über das sie bedrückende Schandregiment. Hier wurde er auch Garibaldianer. Er machte 1860 den berühmten Zug der Tausend nach Sizilien mit und bildete dann, nach der Befreiung Neapels, dort ein Freischarenkorps und rückte mit ihm nach dem Molise, um die burbonische Vendée niederzuwerfen. Bei einem Zusammenstoß mit den royalistischen Bauern wurde er verwundet. Geheilt, lebte er wieder in Neapel, wo er sich nunmehr praktischen Studien zuwandte. Inzwischen kandidierte er mit demokratischem Programm in den Wahlen zum Gemeinderat und zum Parlament und wurde unter allgemeinem Jubel der kleinen Leute in beide Körper-

schaften gewählt. Aber seine Bekanntschaft mit GARIBALDI hatte seinen Mazzinismus nicht beeinflußt. Als GARIBALDI sich immer offener zum Feldgeschrei „Italia e Vittorio Emanuele" bekannte, trennte sich daher FANELLI von ihm (1866). Um diese Zeit war es, daß er, wie wir gesehen haben, BAKUNIN kennen lernte und dessen eifrigster Jünger wurde.

GIUSEPPE FANELLI war der echteste Typ eines Verschwörers und Parteifanatikers. Er war ein Mann von ungeheurer Begeisterungsfähigkeit. Wie kein anderer ging er in der Propaganda auf. Er war von einer Intransigenz, die selbst BAKUNIN, der sonst viel von ihm hielt und dessen rechte Hand er war, — MALON nennt ihn den Adjutanten BAKUNINS [1]) — erschrocken haben soll. Polemiken über Fragen des Endziels und der Taktik waren ihm Herzensbedürfnis. Man schildert ihn als „sympathisch und begabt" [2]). Er war in jeder Hinsicht ein Originalmensch. Niemals soll er einen Artikel geschrieben, niemals eine Versammlung abgehalten haben. In Kongressen und Sitzungen war er zwar immer zugegen, aber seine Lieblingsart, Agitation zu treiben, war die mündliche Unterredung im traulichen Tête à tête. Die Einzelüberredung schien ihm die beste Form der Ausbreitung des sozialistischen Gedankens zu sein, und ihr widmete sich der ernste Mann mit den edlen Zügen und der hohen Denkerstirn mit ungeheuerlicher Ausdauer. Wie uns ANGIOLINI, dem wir einige Einzelheiten aus dem Leben dieses sonderbaren Evangelisten entnehmen [3]), berichtet, haben diejenigen, die FANELLI persönlich noch gekannt, von ihm zu erzählen gewußt, daß er oft heimlich die Stadt, in der er wohnte, verließ und dann nach etlicher Zeit ebenso insgeheim wieder in sie zurückkehrte, vollgepackt mit Ratschlägen und Plänen BAKUNINS und seiner Freunde. Ganze Tage reiste er auf der Bahn zwischen Rom, Florenz und Neapel, und übernachtete vielfach ebenfalls im Zug. Er lebte wie ein Asket. Nicht nur sein Wort, auch seine Haltung, seine ganze Lebensführung wirkte durch das Beispiel faszinierend auf die Massen. Sie war auch eine „Propaganda der Tat".

1) Vgl. MALON, L'Internationale, in „La Nouvelle Revue", Paris 1884, S. 750.
2) Vgl. KRAPOTKIN, Memoirs of a Revolutionist, London 1899. II, S. 74.
3) Vgl. ANGIOLINI a. a. O., S. 73 ff.

Fanelli war der einzige Schüler Bakunins, der ihm bis an sein Lebensende treu blieb. Auf dem Kongreß der Liga in Bern (September 1868) befand sich Fanelli unter den 18 (von 110) Mitgliedern derselben, die zu Bakunin hielten, mit ihm austraten und die Alliance Internationale de la Démocratie Socialiste gründeten. Er war es auch, der sich im November 1868 von Italien nach Spanien einschiffte[1]) und dort jene großartige sozialistische Bewegung mit ins Leben rufen half, deren Trümmer wir heute noch in der anarchistischen Partei Spaniens sehen. Im März 1869 wurden in Madrid und bald darauf auch in Barcelona Vereinigungen gegründet, welche, wenn sie sich auch nicht offen Sektionen der Internationale nennen durften, doch genau ihren Prinzpien huldigten und Propaganda für sie trieben. Schon auf dem Baseler Kongreß (September 1869) konnte der Delegierte von Barcelona berichten, daß berechtigte Hoffnung dazu vorhanden sei, die zirka 25000 Mitglieder der 195 Arbeitervereine, welche damals in Spanien existierten, baldigst der Gefolgschaft der Internationale zuzuführen[2]).

Die unausgesetzten Überstrapazen, denen Fanelli sich unterzog, hatten aber allgemach die Gesundheit des ohnehin zartnervigen Mannes stark untergraben. Den Verlust seines Kammermandats, der den Quertreibereien der Regierung zuzuschreiben war, welcher alles daran lag, den Umstürzler aus dem Parlament der Wohlgesinnten zu entfernen, empfand er als einen schweren Schlag. Bereits 1870 klagte Bakunin in einem Briefe: Fanelli sei müde geworden[3]). Dem war in der Tat so. Fanelli verbrachte seine letzte Lebenszeit in geistiger Störung. Er starb 1877 im Irrenhaus.

Eine von ihm sehr verschieden geartete Persönlichkeit war der zweite Mann, der mit Fanelli im Parlament die Interessen des Proletariats in sozialistischem Sinne zu vertreten hatte: Francesco Saverio Friscia.

---

1) J. Guillaume, L'Internationale, documents et souvenirs 1864—78. Tome I. Paris 1905, S. 91. — Jaeckh, der in seinem Buche „Die Internationale", S. 111, mitteilt, Fanellis Reise datiere erst nach dem Baseler Kongreß, ist im Irrtum. 2) Ass. Int. des Travailleurs: Compte-Rendu du IVe Congrès International tenu à Bâle en sept. 1969. Bruxelles 1869, S. 45. 3) Vgl. Bakunins Sozialpol. Briefwechsel, S. 229.

Bekanntlich hatte die Internationale auch in Sizilien festen Fuß gefaßt. In einer ganzen Reihe von Städten bildeten sich sozialistische Gruppen. Gleichzeitig entstand auch eine große Anzahl meist gut redigierter und das Programm unverhüllt und unbeschönigt vortragender Zeitungen. Das leichtentzündliche Volk wurde von einem flammenden Enthusiasmus erfaßt. Diese Tatsache muß auf den ersten Blick jeden wunder nehmen, der weiß, wie sehr gerade Sizilien eines fortgeschrittenen Industrialismus ermangelt und wie überwiegend agrarisch die Beschäftigung seiner Bevölkerung ist. Indes war der italienische Sozialismus jener Zeit überhaupt mehr sozialrevolutionär und agrarsozialistisch als evolutionistisch gerichtet.

In Girgenti, damals eine Stadt von etwa 18 000 Einwohnern, erschien im Jahre 1871 eine sozialistische Zeitung, die sich „L'Eguaglianza“ nannte. Sie war ein in kleinem Format, aber mit 8 Seiten Umfang erscheinendes Blatt, welches einmal wöchentlich herauskam und sich offen Foglio ebdomadario della Società Internazionale degli Operai nannte. Herausgeber war der Rechtsanwalt Antonino Riggio, der ehedem auch als Patriot auf den Barrikaden der italienischen Einigungskriege gestanden, als höherer Offizier Garibaldis vier Feldzüge mitgemacht und sich als solcher einen lokalen Namen gemacht hatte. Das Blatt war sehr geschickt und mit leidlichem theoretischem Wissen geschrieben. An guten Informationen über die internationalen, insbesondere deutschen Verhältnisse übertraf es sogar den Durchschnitt der von den Sektionen des italienischen Zweiges der Internationale gegründeten Blätter. Wie intransigent Riggio übrigens sein Blatt redigierte, möge man daraus ersehen, daß er in ihm nicht nur den Abgott aller damaligen Demokraten seines Landes, Giuseppe Mazzini, auf das rücksichtsloseste bekämpfte, sondern auch in einer längeren Artikelserie die Kommune in einer Weise verteidigte, die ihm allein schon die heftigste Gegnerschaft aller nur einigermaßen „Gutgesinnten“ zuziehen mußte.

Aber uns interessiert an dieser Stelle vielmehr eine andere Seite in der Psychologie der Eguaglianza von Girgenti. Ihr Einzelkaufpreis war 10 centesimi, ein geradezu enormer Preis, wenn man bedenkt, daß in Italien auch nicht ein einziges der ordnungs-

liebendsten und auf ein begütertes Lesepublikum rechnenden Tagesblätter mehr als 5 centesimi kostet und daß Sizilien zu den ärmsten Gegenden des Landes gehört. Als die Behörden ihre Unzufriedenheit mit dem Blatte durch eine erste, angeblich wegen eines zu heftigen Angriffes auf die Monarchie, erfolgte Beschlagnahme einer Nummer bekundeten, erklärte die Redaktion zornentbrannt in einer Extranummer, diese Maßnahme der Polizei sei ihr umso unverständlicher, als ihre Anhängerschaft „aus alle dem (zusammengesetzt sei), was an anständig denkenden, intelligenten und mutigen Menschen in der Stadt vorhanden“ sei, und daß ihre Stütze neben diesen „wahren Perlen von jungen Leuten“ in der „vornehmen Beihilfe der ersten Jugend von Girgenti“ bestehe. In den Entrüstungsschreiben, die gleichzeitig veröffentlicht werden, treten sechs Rechtsanwälte und ein Titelloser, dessen Namen aber auf einen Angehörigen der feudalen Kreise schließen läßt, mit ihren Namen als Gesinnungsgenossen (compagni di fede) hervor, und ein zum mindesten sehr nahestehender, der Baron Emanuele Pasciuta, sendet, zu agitatorischer Verwendung, einen Beitrag von 200 Lire[1]). Von Anhängern aus dem Arbeiterstande erfahren wir nichts. In der vorhergehenden Nummer lobt der Republikaner Raimondo Fasulo, der im übrigen die Splitterung der Kräfte der Demokratie, die durch das Auftauchen der Sozialisten in Sizilien entstanden sei, beklagt, in einem Brief den Anhang der Sektion der Arbeiterassoziation von Girgenti als „die Phalanx der auserlesensten Jugend von Girgenti und der vornehmen Klasse der Arbeiter“ [2]).

Die ganze Zeitung macht den Eindruck, als ob es ihr überhaupt sehr fernlag, sich speziell an die arbeitenden Klassen der der Bevölkerung zu wenden. Bezeichnend für ihren Intellektualismus war auch ihre Haltung in der Theaterfrage. Der Besitzer des städtischen Theaters von Girgenti hatte gedroht, er werde, falls das Munizipium ihm nicht eine Subvention gewähre, „die Bude einfach niederreißen“. Die Eguaglianza tritt nun sofort sehr lebhaft für die Subventionierung des Theaters ein[3]). Soviel man sehen kann, mit Recht. Aber die Begründung: „non avere nelle lunghe serate invernali come passar un pajo d'ore

1) L'Eguaglianza I, Nr. 11 (24. IX. 1871). 2) Ebenda, Nr. 10. 3) Nr. 10.

per una città come Girgenti, sarebbe un'onta gravissima", zeigt allerdings, daß diese Internationalen das Theater nicht so sehr als eine Kunst- und Erziehungsanstalt für das Volk (sonst hätten sie an ihre Agitation pro teatro doch wenigstens die Bedingung einer Herabsetzung der Preise oder von Volksvorstellungen knüpfen müssen), als vielmehr als einen Zeitvertreib für die gebildeten Schichten der Gesellschaft betrachteten. Im übrigen ging, wie RIGGIO später selbst erzählte, die Sektion noch in demselben Jahre an Blutarmut wieder ein, um nicht wieder aufzustehen. Vier Jahre später, in den Verschwörerprozeß von Trani verwickelt, benahm sich RIGGIO in hohem Grade erbärmlich: er leugnete seine sozialistischen Überzeugungen gründlich ab, wollte den Sozialismus höchstens als Diskussionsstoff für spätere Zeiten gelten lassen, erklärte sich als ein gottgläubiger Mann und Anhänger des Privateigentums und beschimpfte seine bisherigen Genossen weidlich als Verbrecher und Irrenhäusler[1]).

Der klägliche Ausgang des Versuches sozialistischer Propaganda in Girgenti konnte der sozialistischen Bewegung als Ganzem in Sizilien keinen Abbruch tun. Diese Bewegung war in ihren Anfängen wie in ihrem Fortgang an den Namen eines Mannes gebunden, der für seine Gedanken zu kämpfen und zu leiden verstand, ohne je zu versagen oder zu ermatten.

SAVERIO FRISCIA, seines Zeichens Arzt, war ein Mann sanfter Gemütsart. Selbst Sizilianer, vertrat er im Parlament den Wahlkreis Sciacca (1870—1874). Er war der erste, der in Sizilien sozialistische Propaganda trieb, die dann von ANTONINO RIGGIO in Girgenti, FRANCESCO SCEUSA[2]) in Trapani und (1875) dem Flüchtling BENOÎT MALON und INGEGNIEROS in Palermo aufgenommen und fortgesetzt werden sollte. FRISCIA erklärte sich zwar mehrfach, in Zuschriften an die Campana, das von ALBERTO TUCCI, CARLO CAFIERO und TITO ZANARDELLI geleitete Blatt der Internationalen in Neapel, als Gegner der MARXschen Richtung[3]), sein Charakter

1) S. den Brief RIGGIOS an den Staatsanwalt, in AVV. PUGLIESE, „La Cospirazione in Sicilia, Difesa dei Signori Riggio Avv. Antonino e Spada Carmelo". Trani 1875, S. 35 ff.

2) G. CASSISA, I primi socialisti siciliani (? Titelblatt fehlt). Trapani 1890. SCEUSA hat sich später zur Auswanderung nach Australien gezwungen gesehen.

3) „La Campana", organo socialista. Napoli 1872. I, 2 und 5.

war aber so weich, daß er trotz seiner mehrfachen und intimen persönlichen Berührungen mit BAKUNIN[1]), in der Art seiner Agitation die zahme und friedfertige Seite der Arbeiterfrage, die sozialethische, so stark hervorhob, daß man ihn sogar gewissermaßen als den Gründer der legalitären Sinnesrichtung der späteren sozialistischen Parteiführerschaft preisen zu können geglaubt hat[2]). Er gründete im Jahr 1868 in Sciacca die erste sizilische Sektion der Internationale und vertrat mit EUGÈNE DUPONT aus London zusammen in demselben Jahre sein Vaterland auf dem III. Kongreß zu Brüssel[3]). Als einer der „Chefs der internationalen Räuberbewegung" von der Regierung denunziert (1875), hielt er auf die Dauer den Kampf mit den herrschenden Gewalten nicht mehr aus und, verurteilt, begab er sich nach Frankreich, wo er unter Gleichgesinnten liebevolle Aufnahme fand[4]).

Als FANELLI und FRISCIA aus dem Parlament verdrängt worden waren, war der Sozialismus in dieser Körperschaft jeder Vertretung beraubt. Da die Internationale sich immer mehr den damals geläufigen Ideen des politischen Abstentionismus anpaßte, so wurden von seiten der Sozialisten in den folgenden Wahlen keine Kandidaten aufgestellt. Diese Taktik erlitt nur 1874 eine Unterbrechung. In Pescarolo Cremonese (Lombardei) erstand wider alles Erwarten eine Kandidatur ENRICO BIGNAMI, Chefredakteur der sozialistischen „Plebe" in Lodi. Er war von

---

1) Es sei hier an einen Brief BAKUNINS an ALEXANDER HERZEN in London, datiert vom 1. August 1870 aus Locarno, erinnert, in welchem es heißt: „Endlich tröstet F. beständig meine Frau, wir leben friedlich, aber ohne eine Kopeke" (BAKUNINS Sozialpolitischer Briefwechsel, S. 227).

2) Vgl. ANGIOLINI a. a. O., S. 167.

3) Ebenda S. 74.

4) Die Nachrichten über ihn sind äußerst spärlich. Die Parteigeschichte ANGIOLINIS weiß von ihm nichts zu berichten. Einige wenige Andeutungen über ihn finden sich in: „La Difesa in Sicilia, Difesa dei Sign. Riggio Avv. Antonino e Spada Carmelo dall' Avv. PUGLIESE." Trani 1875, sowie bei NAPOLEONE COLAJANNI, „Una Questione ardente." Romo 1893, S. 7. Im Jahre 1913 ist zur Feier des hundertjährigen Geburtstages von SAVERIO FRISCIA, durch ein eigens dazu konstituiertes Comité in Sciacca, eine Festnummer herausgegeben worden: Saverio Friscia. Nel Centenario della sua Nascita. Biografia di Francesco Guardione, Articoli, Pensieri, Giudizi, Ricordi. Napoli 1913, 160 S.

einigen dortigen Sozialisten aufgestellt worden und Giuseppe Garibaldi gab ihm in einem offenen Brief seine Unterstützung. Trotzdem fiel Bignami, der nur wenige Stimmen erhielt, durch.

Diese Kandidatur Bignami ist aber, trotzdem sie von Sozialisten betrieben wurde, nicht als ein ernsthafter Bund mit dem Prinzip der Stimmenthaltung aufzufassen. Wennschon Bignami bekanntlich zu der gemäßigten Richtung innerhalb der italienischen Internationale gehörte, die später offen ihr parlamentarisches Programm entwickeln sollte, so war doch damals von einer Teilnahme an den Institutionen des Bourgeoisstaates noch nicht die Rede. Die Kandidatur war, was man in Italien als „candidatura di protesta“ bezeichnet. Bignami selbst saß krank im Gefängnis, wohin er wegen angeblicher Anstiftung zu dem Putschversuche seiner süditalienischen Genossen in Taranto und Molfetta — Versuche, von denen er dringend abgeraten hatte — geworfen worden war und besaß zudem noch nicht einmal das zur Annahme der Wahl erforderliche Lebensalter. Seine Aufstellung bezweckte lediglich eine moralische Auflehnung gegen die Polizeiwillkür, wie das denn Garibaldi in seinem erwähnten Brief auch zum Ausdruck brachte [1]).

Eine zweite Unterbrechung erhielt die antiparlamentarische Periode des italienischen Sozialismus bei den ersten Parlamentswahlen nach der Wahlrechtserweiterung von 1882, und zwar waren es die bedeutendsten Führer der älteren Richtung selbst, welche die alte Regel durchbrachen. Emilio Covelli wurde in Mailand aufgestellt und Carlo Cafiero, der sich, schon am Rande seiner unheilbaren Krankheit, in der Taktikfrage noch zum marxistischen Sozialismus bekehrte, verfaßte im „Tito Vezio“ einen begeisterten Artikel, in welchem er die Wähler für die Person seines Freundes zu interessieren versuchte [2]).

* * *

Im Jahre 1884 war noch ein anderer Mann ins Parlament entsandt worden, der, obgleich nicht von einer ausgesprochen sozialistischen, sondern einer allgemein volksparteilichen Wähler-

---

1) Nach einem Briefe von E. Bignami an mich aus Lugano vom 12. Oktober 1904. 2) Vgl. Angiolini a. a. O., II. Aufl. S. 198.

schaft gewählt, doch den Sozialisten zuzuzählen ist: Luigi Castellazzo, der auch unter dem Pseudonym Anselmo Rivalta bekannt ist. Er ist eine der unglücklichsten Gestalten unter den Märtyrern des italienischen Risorgimento. 1827 in Pavia geboren, schloß er sich schon als Pavianer Student in jungen Jahren der italienischen Freiheitsbewegung an. Schon 1848 finden wir ihn in der Truppe der Bersaglieri Torinesi unter den Verteidigern der Republik Rom gegen die Franzosen. Mitglied eines Geheimbundes in Mantua und als solcher denunziert und vor die österreichische Polizei geschleppt, begeht er, noch als Student der Jurisprudenz, die Tat, die ihm bis zur Bahre das Kainszeichen auf die Stirn drücken sollte. Mit dem berühmten Marterwerkzeug, mit dem deutsche Gesittung damals Italien germanisieren wollte, dem österreichischen Stock, bearbeitet, hatte Castellazzo einen Augenblick moralischer Schwäche: er nannte die Namen seiner Mitgeheimbündler, die dann zu schweren Strafen, ja etliche sogar zum Tode verurteilt und abgeurteilt wurden. Er selbst erhielt zum Lohn für die Denunziation der Gefährten die Begnadigung und durfte in der kaiserl. königl. Universität Pavia weiterstudieren. In jener Zeit tat Castellazzo einen Schwur: er gelobte sich, nicht eher zu ruhen, als bis er seine Schmach gesühnt habe. Von nun an beschloß er sein ganzes Leben in den Dienst des Vaterlandes stellen. Alle seine Gedanken konzentrierten sich auf das Streben nach der Erfüllung seines Wunsches, den Schimpf, als Denunziant seiner Genossen dazustehen, von sich abzuwaschen. Schon 1859 bot sich ihm eine Gelegenheit dazu. Wiederum wurde er Rebell und trat in das piemontesische Heer ein. Bei Vinzaglio und San Martino kämpfte er gegen die Österreicher. Sein Todesmut brachte ihm in jeder der beiden Schlachten eine dienstliche Ehrenbelobigung ein. Nach dem Friedensschluß eilte er gen Süden zur Bezwingung der burbonischen Tyrannis in Neapel. Wegen der geleisteten Dienste zum Major befördert, machte er die Belagerung von Capua mit, bei welcher er verwundet wurde (1860). Kaum war seine Wunde geheilt und Neapel gefallen, fuhr er fort, sich in Wort und Schrift weiter der nationalen Freiheitssache zu widmen. Als 1866 der Krieg gegen Österreich aufs neue entbrannte und es die Erlösung der italienischen Stammesbrüder in Venetien und

Südtirol aus der österreichischen Knechtschaft galt, trat CASTELLAZZO, der Major, als einfacher Freiwilliger in das Freikorps GARIBALDIS und focht in den Bergen des Trentino. Schon 1867 finden wir ihn wieder in Rom, wo er mit Erregung einer Insurrektion gegen den Papst beschäftigt ist. Jetzt endlich erreicht ihn sein Schicksal: selber denunziert und von der Polizei gefangen, wird er vom Gerichtshof zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe (galera) verurteilt. Von 1867 bis 1871 — der Einnahme Roms durch die Italiener — schmachtet er hinter Verbrechermauern, seine Knabentat sühnend. Aber CASTELLAZZO fühlte seine Schuld auch damit noch nicht getilgt. 1870, als die französische Republik sich gegen die Hohenzollernheere verteidigte, zog er wiederum die camiscia rossa der Garibaldianer an und zog den schwerbedrängten Republikanern zu Hilfe. Aber auch im Gefecht von Dôle, in welchem er sich durch große Tapferkeit hervortat, fand er nicht, was er suchte: den Tod[1]). Wieder nach Italien zurückgekehrt, wandte er sein bedeutendes Talent der Schriftstellerei zu. Er wurde Mitarbeiter an der von ALBERTO MARIO geleiteten „Democrazia". Sein Patriotismus aber erweiterte sich allmählich zum Sozialismus. Im Kampfe für die Menschheit hoffte CASTELLAZZO seine verlorene Mannesehre wiederzugewinnen. Bereits im September 1871 finden wir seinen Namen mit denen von CARLO GAMBUZZI und ETTORE SOCCI unter den hervorragendsten Mitgliedern der Gruppe der Internationalen in Florenz angegeben[2]). Später wurde CASTELLAZZO fleißiger Mitarbeiter der „Plebe" von ENRICO BIGNAMI, in deren Verlag auch einige Broschüren von ihm erschienen. In dem Prozeß der Internationalen von Florenz 1874 verteidigte er, mit dem Professor ANTONIO MARTINATI zusammen, mit Energie die Ideen der Internationale[3]).

Sein ungestümes Temperament vermochte sich aber der neuen Richtung des Sozialismus nicht anzupassen. Das kam so recht in einem seiner Artikel, der den bezeichnenden Titel „Demoliamo"! (Zerstören wir!) führt, zum Vorschein. Alle bisherigen gesell-

1) Vgl. ANGELO DE GUBERNATIS, Dictionnaire Intern. des Ecrivains. Florence 1891. I, 595. 2) In der Wochenzeitung „L'Eguaglianza" I, Nr. 8. Girgenti. 3) ANGIOLINI, „Cinquant'Anni", S. 122.

schaftlichen Revolutionen, die die Geschichte kennt, haben den schweren Fehler auf sich geladen, daß sie nicht genügend zerstört haben. Daher ist ihre Wirksamkeit abgeschwächt und der erreichte Fortschritt nur ein fragwürdiger geblieben. Der Artikel schließt: „Die wahren Zerstörer, das heißt die, welche im Namen und auf Geheiß der großen menschheitlichen und sozialen Prinzipien zerstören, haben bloß notwendig, Eines zu berücksichtigen: das Prinzip nämlich, daß es, um eine Revolution zu vollziehen, nicht nötig ist zu wissen, was man will, sondern was man nicht will. Seien wir uns also ohne viel Gerede über die Notwendigkeit des Zerstörungswerkes klar, und, da wir ja alles zerstören müssen, so zerstören wir!" Die Herausgeber der Rivista Internazionale del Socialismo, in welcher jener Aufsatz erschien, der eben erst zur malonistisch-marxistischen Form des Sozialismus bekehrte ANDREA COSTA und ANNA KULISCHOFF, bemerkten sehr fein in einer Postille, der Fehlschlag aller bisherigen Revolutionen scheine ihnen in erster Linie gerade umgekehrt daran zu liegen, daß die Revolutionäre nicht gewußt hätten, was sie mit ihrer Revolution bezwecken wollten [1]). Besser und etwas weniger ins Anarchische schillernd legte CASTELLAZZO seine Ansichten über den Sozialismus in seinem in vieler Hinsicht bemerkenswerten großen historischen Roman „Tito Vezio" (Rom) nieder, zweifellos sein reifstes Werk. Die Menschenfreiheit war ihm Endziel, der Bruch mit der Tradition (Ehe, Vaterland, Moral), sowie die Abschaffung der Lohnarbeit Mittel zum Zweck. Er, der dem Patriotismus sein Leben gewidmet hatte und der in Ketten für ihn gelegen und mit der Waffe in der Hand in Rom, Tyrol und Frankreich für ihn gefochten hatte, sprach es aus, daß der Name des Vaterlands der „klassischen Schule" angehöre und bloß dem Ehrgeiz und Jähzorn von Oligarchen und Monarchen diene.

Immer mehr ging CASTELLAZZO im sozialistischen Parteileben auf. 1882 erschien unter seiner geistigen Direktion und auf seine unmittelbare Anregung in Mailand eine von dem jungen venezianischen Internationalen CARLO MONTICELLI geleitete

---

1) CASTELLAZZO, Demoliamo! (Rivista Internaz. del Socialismo I, 1 [1880], Milano. S. 18).

Zeitung. Schon der Name, den sie führte, deutete auf seine Vaterschaft: sie hieß Tito Vezio. GARIBALDI, mit dem CASTELLAZZO von seinen Feldzügen her befreundet geblieben war, sandte ihm für die Eröffnungsnummer einen zustimmenden Brief. Das Programm, das CASTELLAZZO in seinem Blatte aufstellte, war überaus radikal. In einer kleinen Broschüre, die er damals im Verlag der „Plebe" erscheinen ließ, verglich er seine Epoche mit der Zeit vor der französischen Revolution und verhöhnte die Sysiphusarbeit der Philanthropen, die im Ernstfall nicht standhalte. Das „soziale Königtum" aber begoß er mit der ganzen Schale seines Spottes [1]). Die Kandidatur für Grosseto, die ihm 1882 angeboten wurde, schlug er aus, aus prinzipiellem Antiparlamentarismus. Doch modifizierte er, dem allgemeinen Zug der Sozialisten seiner Zeit folgend, bald darauf seine Ansichten in diesem Punkte und erklärte sich zur eventuellen Übernahme eines Mandats bereit [2]).

Im Jahre 1884 wurde CASTELLAZZO, der sich einen weiten Kreis von freigesinnten Anhängern zu verschaffen verstanden hatte, von den Wählern des toskanischen Wahlkreises Grosseto ins nationale Parlament entsandt. Da erhielt CASTELLAZZO einen neuen Schlag ins Gesicht, den er sein Leben lang nicht mehr überwinden sollte. Die liberal-konservativen Abgeordneten GIUSEPPE FINZI, der zu den durch den gemarterten Jüngling verratenen Verurteilten von Mantua gehörte, und FRANCESCO CRISPI erhoben ihre Stimme gegen ihn und brandmarkten ihn als den ehemaligen Denunzianten seiner Mantuaner Kameraden, und als Verräter am Vaterlande. Die Motive zu dem Angriff auf den sozialistischen Deputierten waren, wie sich denken läßt, sicherlich nicht nur in patriotischer Entrüstung zu suchen. Auch hatte das Ministerium so viel Anstand, sich durch den Mund seines Präsidenten, AGOSTINO DEPRETIS, neutral zu erklären. Zweifellos besaß die Kammer kaum das formale Recht, das Privatleben dieses vom Volke zu Recht gewählten Mitgliedes hervorzuzerren und es zur Begründung seines Ausschlusses zu verwenden. Indes, mit 155 gegen 123 Stimmen ging der Antrag CRISPI

1) Vgl. CASTELLAZZO, La questione sociale. Milano 1882. 2) Vgl. MONTICELLI, Schioppettate poetiche con note storiche. Roma 1904. S. 49.

durch. CASTELLAZZO wurde für unwürdig erklärt, der Kammer anzugehören, und sein Mandat kassiert[1]). Der Gerichtete fand nun zwar als Sekretär der Freimaurerschaft ein Unterkommen, war aber von nun an politisch bis zu seinem 1894 erfolgten Tode ein toter und auch geistig gebrochener Mann, der es kaum mehr wagte, öffentlich aufzutreten und sein Wort in die Wagschale zu werfen.

* * *

Keiner der hier skizzierten ersten sozialistischen Abgeordneten hat im Parlament eine halbwegs nennenswerte sozialistische Funktion erfüllt. Ihre Aktion im Parlament war in hohem Grade unbedeutend und, soweit sie überhaupt in Frage kam, fast einzig auf den demokratisch-liberalen Ton gestimmt. Niemand von ihnen hat im Parlament im Namen der Arbeiterklasse gesprochen. Sie waren alle mehr Sozialisten außerhalb des Parlaments, als innerhalb desselben. Die „Geschichte des italienischen Sozialismus in der Kammer“ beginnt erst mit der Wahl ANDREA COSTAS 1892.

1) Vgl. „Rassegna Nazionale“. Anno VI. Vol. XX, S. 640.

Die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung in Schweden[1]).

Von

G. Henriksson-Holmberg (Stockholm).

I.

Die Arbeiterbewegung Schwedens fällt ganz und gar mit dem Einzug des Sozialismus in das Land zusammen. Vorher gab es keine klassenbewußte Arbeiterorganisation, keine Arbeiterbewegung, die von den Arbeitern selbst als Klasse ausgegangen wäre. Wohl existierten — ebenso wie in Deutschland und in anderen Ländern — seit den 50er und 60er Jahren über das Land verstreut und namentlich in den Provinzialstädten „Arbeitervereine". Diese waren aber allgemein von für die Arbeiterklasse sozial und politisch interessierten Leuten aus den gebildeten

1) Aus dem schwedischen Manuskript übersetzt.

Ständen, vorzugsweise von Politikern und Gymnasiallehrern, gegründet und geleitet. Sie rekrutierten sich auch größtenteils aus Handwerker- und sonstigen Nichtarbeiter-Kreisen und zählten jedenfalls höchstens eine Minorität städtischer Handwerksgesellen und niemals Industriearbeiter unter ihren Mitgliedern. Die in den 60er Jahren ins Leben gerufenen Arbeitervereine wollten wesentlich Unterstützungs-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken dienen. Es wurden Gesellschaftsabende und Vorlesungen veranstaltet, Bibliotheken und Lesezimmer errichtet, hilfsbedürftigen Handwerkern billige, bezw. zinsfreie Darlehen verschafft. Daneben wurden auch Selbsthilfe- speziell Kranken- und Begräbniskassen eingerichtet. Außerdem war die Möglichkeit geboten, sich in politischen Fragen auszusprechen, bisweilen zu petitionieren oder sonst gewisse Wünsche vorzubringen. Meist verharrten sie jedoch im Zeichen der Passivität [1]).

Im Jahre 1879 erst kam es, Dank der Initiative des Stockholmer Arbeitervereins (Stockholms Arbetareförening) zu der ersten von schwedischen Arbeitern einberufenen „Arbeiterversammlung", in der die Arbeiterfrage vom ethischen und bürgerlichen Standpunkt behandelt wurde. Doch war der Einfluß dieser sowie der späteren mehr oder weniger liberal gefärbten „Arbeiterversammlungen" von 1882, 1886 und (letztmals) 1890 auf die Massen gleich Null.

Nahezu ein Dezennium früher, bereits 1870, hatte die — 1865 gegründete — Stockholmer „Gesellschaft zur Förderung von Arbeitervereinen" erstmals eine „Nordische Arbeiterversammlung" einberufen. Die genannte Gesellschaft erklärte sich selbst als „die einzige Gesellschaft in Skandinavien, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, für eine gesunde und kräftige Entwicklung des Genossenschaftswesens unter den Arbeitern des Landes im allgemeinen zu wirken". Die von 529 Personen [2])

---

1) Einige dieser Vereine bestehen noch heute; so z. B. der zu Stockholm. Dieser wohl vornehmlich deshalb, weil er bedeutende Fonds und ein großes Haus sein eigen nennt.

2) Von diesen waren 131 als Vertreter von 99 Vereinen erschienen, der Rest individuell. Was ihre Aufteilung auf die drei skandinavischen Länder anbelangt, so entfielen auf:

besuchte Versammlung von 1870 erörterte denn auch neben Aufklärungs- und Moralfragen vornehmlich Probleme des Genossenschaftswesens Schulze-Delitzscher Art zu beschäftigen. Auch sie ebenso wie die früher erwähnten Kongresse hatte mit Arbeiterversammlungen im eigentlichen Sinn nichts mehr gemein als den Namen. Setzte sie sich doch aus „Arbeiterfreunden" aus Schweden, Norwegen und Dänemark zusammen, die sich teils als Vertreter von Vereinen dieser drei Länder, teils aus eigenem Antriebe eingefunden hatten [1]).

In dem 1871 von der „Gesellschaft zur Förderung von Arbeitervereinen (Sällskapet för arbetareföreningars befrämjande) herausgegebenen Versammlungsbericht finden wir folgende, die Denkart der für die Arbeiterklasse sozial Interessierten innerhalb der Oberklasse jener Zeit sehr gut kennzeichnende Sätze: „Der skandinavische Norden ist der mächtigen Bewegung unter den arbeitenden Klassen, die in südlichen Ländern schon lange so reiche Früchte guter wie übler Art getragen hat, nicht fremd geblieben. Belehrt durch die vieler Orten teuer bezahlten Erfahrungen der Genossen in andern Ländern, vielleicht auch unterstützt von der Bedachtsamkeit und Kraft in Geduld und Entsagung, die unsere nordischen Arbeiter auszeichnet, sind diese im allgemeinen dem unsinnigen Versuch mit gewaltsamen Mitteln sich Recht oder bessere Bedingungen zu verschaffen, der in England, Frankreich und anderen Ländern unter diesen Klassen so viel Leiden und Unglück gezeitigt hat, sorgsam ausgewichen. Sie haben den Vorteil des Zusammenwirkens für das gemeinschaftliche Beste eingesehen, in den vereinigten Bestrebungen aber nicht Mittel erblickt zur Erleichterung von Arbeitsein-

	Delegierte	v. Verein.	Teilnehmer
Dänemark	9	55	5
Norwegen	18	8	18
Schweden	104	36	375
zusammen	131	99	398

Unter dieser Menge befanden sich nach dem Teilnehmerverzeichnis bloß 20 Arbeiter, sämtlich aus Schweden. Finnland war nicht geladen worden, da es dort keine Vereine der vertretenen Art gab.

1) Förhandlingar vid första nordiska arbetaremötet i Stockholm år 1870. Stockholm 1871. 98 S.

stellungen und zu Propagandazwecken, sondern zu gegenseitiger Unterstützung in Not, Krankheits- und Sterbefällen, sowie zur gegenseitiger Förderung von Aufklärung, Sittlichkeit, Gedeihen und materiellem Fortschritt“.

1870 war beschlossen worden, daß die nächste nordische Arbeiterversammlung im Sommer 1873 in Kopenhagen stattfinden solle. Diese kam aber aus unbekannten Ursachen nicht zu stande.

Im Gegensatz zu den „aller sozialistischen und kommunistischen Schwärmereien durchaus baren“ Arbeitervereinen der 60er Jahre, hatten die älteren Vereine der 50er Jahre einen Zug zu dem älteren, französischen Sozialismus hin. D. h. sie zählten Mitglieder mit sozialistischer Anschauung, die sie sich entweder durch Literaturstudien, wie die Geschulten, oder durch Reisen ins Ausland, wie die Handwerksgesellen, verschafft hatten. Auch waren diese Vereine, oder wenigstens ein Teil ihrer Mitglieder nicht ganz frei von dem Einfluß der durch MARCUS THRANE in Norwegen organisierten großartigen Arbeiterbewegung[1]). Sie verschwanden indessen nach ganz kurzer Zeit spurlos. Waren auch die damaligen sozialen und politischen Verhältnisse in Schweden nicht besser und sogar noch viel schlimmer als die norwegischen, so fehlte es doch in jener Zeit bei uns an Männern mit dem Instinkt von Volksführern vollständig.

Allerdings hat es noch vor dem Beginn einer sozialistischen Propaganda an Streiks, die sich bis zu den 60er Jahren zurück verfolgen lassen, nicht gefehlt. Dieselben wurden jedoch ausschließlich von unorganisierten Arbeitern ausgekämpft und waren rein zufälliger und vereinzelter Art, erschienen also nicht als Ausdruck einer bestimmten Kampfmethode. Übrigens begegnen wir dem Streik als Diskussionsstoff auf der Tagesordnung sowohl der ersten skandinavischen als auch der ersten einheimischen Arbeiterversammlung.

Der erste Streik, von dem wir genauere Kunde haben, spielte sich 1863 in der Provinzialstadt Hälsingborg in Schonen ab. Er endete nach 5 Tagen mit einer Niederlage der Arbeiter. Die

1) Vgl. über diese: HALVDAN KOTH, Die 48er Arbeiterbewegung in Norwegen, in diesem „Archiv“ II, 237/274.

Zahl der Streiks bis einschl. 1889, dem Gründungsjahre der Arbeiterpartei wird mit 222 angegeben. Von denselben entfielen auf die Jahre:

1863	1	1874	9	1883	5
1865	1	1875	3	1884	6
1867	2	1876	1	1885	10
1868	3	1877	3	1886	29
1869	4	1878	1	1887	16
1870	1	1879	7	1888	41
1871	5	1880	3	1889	38
1872	8	1881	10		
1873	11	1882	4		

Als der erste, von einem Fachverein organisierte Streik wird der der Klempner- und Blecharbeiter in Stockholm von 1883 erwähnt[1]).

II.

Der jetzige deutsche, lassallesch-marxistische Sozialismus ist in Schweden ein Jahrzehnt später als in Dänemark — gegen die sonst allgemeine Regel — von einem echten Proletarier, AUGUST PALM, eingeführt worden, der ihn während seiner Wanderjahre in Dänemark und Deutschland kennen gelernt hatte.

PALM war auf dem Lande, in der südlichsten Provinz Schwedens, Schonen, am 5. Februar 1849 geboren, wo sein Vater zuerst als Schneider und sodann, nach dem Besuch eines Schullehrerseminars, als Schullehrer gelebt hatte. Zehn Jahre alt verlor er den Vater und kam erst in die Schneiderlehre bei einem schonischen Landschneider und nachher als Sechzehnjähriger nach Malmö. Mit 19 Jahren wurde er Geselle und ging sodann auf die Wanderschaft. 1871 finden wir ihn in der deutschdänischen Stadt Haderslev in Nordschleswig, wo er erstmals mit der Sozialdemokratie Bekanntschaft machte und in den dortigen im selbigen Jahr gegründeten sozialdemokratischen Klub eintrat. In Haderslev verheiratete er sich auch mit einem schwe-

1) Vgl. das von der schwedischen Gewerkschaftszentrale herausgegebene Werk: Facktöreningsrörelsen, Framställning om dithörande förhållanden i Sverge, Norge, Danmark, Tyskland, England och Frankrike. 3 Bde. Stockholm 1912.

dischen Mädchen. Wegen sozialistischer Umtriebe i. J. 1877 des Landes verwiesen und unter Polizeieskorte mit Frau und zwei minderjährigen Kindern, deren eines nur wenige Wochen alt war, an die dänische Grenze gebracht, ließ er sich nach kürzerem Aufenthalt in Kopenhagen in der Stadt Storeheddinge auf Seeland als Schneider nieder und gründete daselbst einen sozialdemokratischen Klub, dessen Vorsitzender er wurde. Seine politische Agitation wurde dem Ausländer besonders verdacht und zog ihm so viel Unannehmlichkeiten zu, daß er — nach dreizehnjährigem Aufenthalt in Dänemark — Stadt und Land verließ und mit seiner Familie im Herbst 1881 nach Malmö zurückkehrte, fest entschlossen, nunmehr auf schwedischem Boden für die Sozialdemokratie zu wirken.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Malmö, hielt er daselbst am 6. November seine erste öffentliche Versammlung ab, in der er das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten?“ behandelte. Gehörten die 150 Teilnehmer dieser Versammlung meist den bürgerlichen Kreisen an, so wies die zweite, die zwei Wochen später stattfand und von etwa 800 Personen besucht war, bereits eine Mehrheit von Arbeitern auf. In ihr wurde die Gründung eines allgemeinen schwedischen Arbeitervereins zum Zweck der Wahrung der politischen Interessen der Arbeiterklasse beschlossen.

Diese Tatsache hatte zur Folge, daß die Lokalpresse, die das erste Auftreten PALMS sympathisch begrüßt hatte, ihn nun als „verrückten Schneider“ angriff, der nach Schweden gekommen sei, um Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu säen. Das kümmerte jedoch PALM wenig. Noch vor Jahresende war ein Komitee eingesetzt, um die beschlossene Vereinsgründung durchzuführen, und ein Aufruf erlassen, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, überall im Lande gleichartige Vereine ins Leben zu rufen und so die Voraussetzungen für die baldige Einberufung eines Arbeiterkongresses zu schaffen. Dieser Aufruf blieb jedoch ohne Erfolg. Weder der für Juli 1882 geplante Kongreß noch ein Verband von Arbeitervereinen kam zustande. An Stelle der letzteren wurden Agitationskomitees in Malmö und in einigen anderen Städten gebildet. Während der nächsten drei Jahre unternahm PALM unermüdlich Agitations-

reisen in Süd- und Mittelschweden, wobei er in ständiger Fehde mit dem Klerus und der Polizei lebte, die er selbst in seinen Memoiren launig schildert[1]), und begründete gleichzeitig ein Wochenblatt: „Der Volkswille“ (Folkviljan), das der Volkshumor in „Palm-Wille“, die Gegner in „Bös-Wille“ umtauften.

Wenn einer der bekanntesten und bedeutendsten Politiker Dänemarks, der Linkenführer J. A. Hansen, ein ehemaliger Schuhmacher, ein halbes Dutzend Zeitungen redigieren konnte, trotzdem er seine Muttersprache nicht zu schreiben verstand, würde es wohl auch ihm gelingen, dachte unser Palm. Der „Volkswille“ erschien in wechselnden Formaten mit mancherlei Unterbrechungen vom 4. März 1882 bis zum 25. Februar 1885. Daß das Blatt sich solange über Wasser hielt, war nur möglich, weil es von der dänischen sozialdemokratischen Partei sowie von dem 1883 in Kopenhagen von Schweden[2]), Dänen und Deutschen begründeten „Verein zur Förderung des Sozialismus in Schweden“ (Föreningen för socialismens främjande i Sverige) mehrfach materiell unterstützt, wie es denn auch eine kurze Zeit i. J. 1884 in einer Kopenhagener Druckerei hergestellt wurde.

In Schweden selbst freilich hatte es keine ähnliche Unterstützung zu erwarten. Die Passivität des dortigen Arbeiterstandes war im Anfang der Bewegung eine ungeheuere. Vergeblich suchte Palm den Arbeitern klar zu machen, daß sein Ziel, „die Organisation der Arbeiter und deren Zusammenschließung zu einer selbständigen politischen Partei“, ohne eigenes Blatt unerreichbar sei. Sein und einiger ihm ergebener Genossen Versuch, „den Volkswillen“ durch Aufbringung eines Kapitals von 2000 Kronen im Wege der Ausgabe von Aktien zu je 2 Kronen zu fundamentieren, mißlang.

Das Blatt, dessen Probenummer in 5000 Exemplaren erschien, sollte in 2000 Exemplaren aufgelegt werden. Es wechselte wiederholt den Titel. Erst nannte es sich „Organ für die berechtigten Ansprüche der Arbeiter“, sodann kurze Zeit i. J. 1883 „Organ für die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Schweden“

---

1) Ur en agitators lif. Memoarer af August Palm. Stockholm 1905. 359 S.

2) Nach Palms Angaben in seinen „Memoiren“, gab es damals in Kopenhagen ca. 20 000 Schweden, darunter ein Großteil Sozialdemokraten.

und von 1884 an „Organ für die Verbreitung sozialdemokratischer Prinzipien". Was den „Volkswillen" historisch besonders interessant macht, sind die in ihm enthaltenen Entwürfe zu einem Programm einer allgemeinen schwedischen Arbeiterpartei.

„Der Volkswille — hieß es in der Probenummer — wird für die Einführung einer Gesellschaftsordnung kämpfen, innerhalb deren alle, die arbeiten wollen, genug haben werden und nicht, wie jetzt, zu wenig; für eine Gesellschaftsordnung, innerhalb deren es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten geben wird; eine Gesellschaftsordnung, in der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit herrschen; nicht zügellose Freiheit, sondern eine Freiheit, die das ganze Volk durch seine Vertreter sich selbst gibt, nicht Gleichheit in Kleidertracht, Geld usw. sondern Gleichheit vor dem Gesetze, Gleichheit in der Möglichkeit zur Erlangung von Kenntnissen und Bildung, solche Gestaltung der Löhne, daß jeder, der arbeiten will, an dem reich gedeckten Tisch der Natur genießen könne, was die Arbeiter mit Opfern an Mühe und Arbeit haben schaffen helfen, was ihm aber gegenwärtig entzogen ist. Möge eine solche, auf Gerechtigkeit aufgebaute Gesellschaftsordnung eingeführt werden; und der Geist der Brüderlichkeit wird über die Menschheit herrschen . . . ." —

„Deshalb, ihr Arbeiter, Bürger, Bauern" — heißt es in einem Artikel: „An die Arbeiter Schwedens", vom 11. November 1882 — schließt euch in Massen dem sozialdemokratischen Verbande an".

Unmittelbar darnach folgte das „Progamm für die schwedische Arbeiterpartei", das nichts anderes ist, als das um einige aus den schwedischen Verhältnissen abgeleitete Details vermehrte Gothaer Programme der deutschen Sozialdemokratie. Bemerkenswert ist jedoch der Umstand, daß PALM in diesem ersten Entwurf in Übereinstimmung mit der modernen Strafrechtswissenschaft [1]) die Abschaffung des Zellengefängnissystems fordert: eine Reformforderung, der noch in dem den Statuten des sozialdemokratischen Stockholmer Vereins 1885 angeschlossenen Programm beibehalten erscheint. In den späteren Umarbeitungen jedoch

---

1) ENRICO FERRI verwirft es ja gänzlich, so in seinen Arbeiten über „Verbrechen und Verbrecher" und in „Sozialismus und Wissenschaft".

wurde sie beseitigt und durch — generell oder vag gehaltene — Postulate von Reformen der Rechtspflege ersetzt[1]).

Wie die vorstehenden Proben zeigen, nimmt Palm gleich von Anfang an bestimmte Stellung, sowohl zu dem Konsumtionskommunismus wie zum Anarchismus aller Arten. Unter der roten Fahne möchte er nicht bloß Lohnarbeiter, sondern auch die kleineren Gewerbsleute und die geringstbezahlten Beamten vereinen, kurz alle, die auf irgend eine Weise bei der Fristung ihrer Existenz von der Grundsäule der heutigen Gesellschaft: der Kapitalmacht, abhängen und die daher das gemeinsame Ziel und das gemeinsame Interesse der Emanzipation vom Kapitalismus haben. Er wollte mit anderen Worten eine sozialistische Volkspartei schaffen und griff also den gegenwärtigen Bestrebungen der schwedischen Partei, die Arbeiterpartei in eine solche (unter Beihehaltung des alten Namens aus Opportunitätsgründen) zu verwandeln, voraus.

Für Palm war anfänglich der Sozialismus eine Religion der Armen. Als er in den sozialdemokratischen Haderslever Klub eintrat, hatte er (wie er in seinen Memoiren erzählt) nur das Bewußtsein: daß die sozialdemokratische Partei die Partei der Armen und Unterdrückten sei und daß der Sozialismus eine neue Art Religion werden müsse, um die alle Bedrängten sich sammeln müßten, wenn sie Befreiung finden sollten. Hierdurch wurde ihm die Bewegung heilig. Mit einem Glaubenseifer, der keine Hindernisse kennt und Kraft gibt, jegliches Leiden zu ertragen, hat Palm alle die ungeheueren Schwierigkeiten besiegt, die sowohl Behörden wie Arbeiterorganisationen und Einzelne ihm in den Weg stellten. Niemals ist er ein religiöser Schwärmer gewesen, sondern ist im Gegenteil stets ein wackerer Realist geblieben, der das Leben leicht nahm und dessen kräftigste Waffe stets ein beißender Sarkasmus und ein fließender volkstümlicher Humor waren.

Drollig war der kleine hinkende Mann freilich anzusehen, wenn er glühend von Energie und Lebenslust humpelnd in der

1) Über das „infernalische und teuflische“ Zellensystem verbreitet sich Palm, der selbst wiederholt Gefängnisstrafen erlitten hat, ausführlich in seinen Memoiren.

Volksmasse sich bewegte oder an der Spitze einer Menschenmenge heranzog. Aber man mußte ihm lauschen, wenn er sprach. Als Bahnbrecher der neuen Bewegung war er sicherlich der rechte Mann. Sein unruhiger und ein wenig ungeschulter Geist machte ihn jedoch für stetige, organisatorische Arbeit weniger tauglich. Er bekleidet auch keinen Vertrauensposten innerhalb der jetzt so mächtigen schwedischen sozialdemokratischen Partei und entfaltet überhaupt in ihr keine Wirksamkeit. Aber er genießt von ihr eine kleine Leibrente. Gegenwärtig gibt er außerdem ein Wochenblatt in Stockholm heraus, den „Appell zur gesunden Vernunft“ (Appell till sunda förnuftet), in dem er die Forderung absoluter, gesetzlich festgelegter Temperenz als eines freien Menschen unwürdig bekämpft. Er hat infolgedessen in weiten Kreisen der Bevölkerung, bezw. der Arbeiterwelt einen großen Teil seiner früheren Popularität verloren.

Nach dem Untergang des „Volkswillens“ und angesichts der Vergeblichkeit seiner Bemühungen, einen allgemeinen schwedischen Arbeiterverband in Malmö ins Leben zu rufen, übersiedelte Palm im Sommer 1885 nach Stockholm. Hier gründete er neuerdings ein Wochenblatt, in dem er die Prinzipien des „Volkswillen“ aufnahm und weiter bildete. Auch dieses Organ hatte einen schweren Existenzkampf durchzumachen. Es hat sich aber in ihm siegreich behauptet und zu dem gegenwärtig als Tageblatt erscheinenden einflußreichen Organ der schwedischen Sozialdemokratie: „Social-Demokraten“ entwickelt.

In Bezug auf diese Entwicklung sind folgende Tatsachen festzuhalten. Im August 1884 war in Stockholm ein sozialdemokratischer Klub gegründet worden: die erste sozialistische Organisation in Stockholm. Innerhalb der Mitglieder bildete sich ein Verein „Sozialdemokratische Zeitungsverein“. Dieser übernahm die Palmsche Zeitung und arbeitete an ihrer Verbreitung. Statutengemäß sollte sie erst zu erscheinen beginnen, wenn die Mitgliederzahl wenigstens auf 500 gestiegen wäre. Die Mitglieder sollten einen einmaligen Betrag von 1 Kr. (auf einmal oder in 4 Wochenraten) und sodann weiterhin 10 Pfg. wöchentlich entrichten, bis die Mitgliederzahl auf 1000 angewachsen und das Blatt in 3000 Exemplaren verbreitet wäre. Da jedoch der er-

hoffte Mitgliederzuwachs ausblieb, so begann man das Blatt mit einem Anfangskapital von nur 108 Kronen. Probenummern wurden am 25. September und 5. November 1885 ausgegeben und sodann am 13. November d. J. Nr. 1.

Mit einem Anflug von altsozialistischem Idealglauben rief die Zeitung in ihrer ersten Probenummer den Arbeitern zu; Ihr seid die Vielen, ihr seid Unzählige, und obgleich für den Augenblick ohne Einfluß, so seid ihr gleichwohl das Leben, ihr seit die Beherrscher der Welt, wenn ihr nur wollt. Vereinigt ihr euch, so könnt ihr die Ketten sprengen, in denen die Unterdrücker euch jetzt halten und in denen ihr gepeinigt und ausgesaugt, verschmachtet und vor Hunger sterbet. Alle Not und alle Sklaverei wird vorüber sein, wenn ihr nur wollt. Ach, daß ihr lernen könntet zu wollen!"

Schon im November 1886 schied Palm aus der Redaktion, da er fand: sein eigentliches Gebiet sei die mündliche Agitation. An seine Stelle trat Hjalmar Branting.

Branting ist am 23. November 1860, als Sohn des Professors L. G. Branting, eines Schülers von Ling und dessen Nachfolgers in der Leitung des gymnastischen Zentralinstituts in Stockholm, geboren. Seit 1877 studierte er Mathematik und Astronomie an der Universität Upsala, um aber nach erreichtem zwanzigstem Lebensjahr zur Journalistik überzugehen: erst als Mitarbeiter und sodann als Redakteur eines demokratischen Blattes „Die Zeit" (Tiden), das zu Neujahr 1886 einging. Nach dem Abgang Palms aus der Redaktion des „Social-Demokraten" ist Branting mit Ausnahme des Zeitraumes von 1892 bis 1896, Chefredakteur des Blattes geblieben.

Vom 16. Juli 1887 an bezeichnete sich der „Social-Demokraten", wie vorher „Der Volkswille", als „Organ für die sozialdemokratische Partei", obschon diese erst zwei Jahre später konstituiert wurde. Auf Beschluß der eben konstituierten Partei erschien das Blatt vom 1. April 1890 an täglich. Seit dem 14. Dezember 1889 ist der Name Brantings als des Chefredakteurs auf dem Blatt ersichtlich. Zugleich enthält die Nummer vom diesem Tage die Bemerkung: „Der Social-Demokraten" wird fortdauernd wie bisher nach bestem Können als Außenposten hier oben im Norden die Sache der internationalen Sozialdemo-

kratie führen, ohne je auch nur für einen Augenblick die rote Fahne, die sie als ein Sammelzeichen der Arbeiterklasse voranträgt, zu senken".

BRANTING, der spätere mächtige Parteichef, war indes nicht der einzige aus den gebildeten Ständen, der sich in jener Zeit der Sozialdemokratie gesellte. Dem „Sozialdemokratischen Klub" gehörte auch durch wenige Monate ein Doctor philosophiae an, ein frommer Christ, Vegetarianer und großer Bewunderer LASSALLES, Namens A. F. ÅKERBERG (gest. 1901); ferner einige Journalisten aus der Redaktion der „Tiden"; endlich von Frauen, die unter dem Namen RENÉ als Romanschriftstellerin bekannte Gattin BRANTINGS, deren Beitritt zum Klub wohl aus keiner anderen Ursache erfolgt ist, als weil ihr Mann dessen Mitglied war, da die schwedischen Frauen der Oberklasse für den Sozialismus wenig oder gar nicht empfänglich sind. Als der Klub, dessen Mitgliederzahl bald von 120 auf 30—40 sank, im Herbst 1885 sich zum „Sozialdemokratischen Verein Stockholms" (Stockholms socialdemokratiska förening) wandelte, schlossen sich ihm noch an: FR. STERKY (gest. 1900 im Alter von 40 Jahren) ein wohlhabender Geschäftsmann, der 1892 in der blühenden Handelsstadt Gotenburg eine Zeitung „Neue Zeit" (Ny Tid) gründete und der Organisator und erste Vorsitzende der gewerkschaftlichen Landeszentrale war; ferner ein Paar Studenten, darunter AXEL DANIELSSON [1]), der Gründer des ersten Blattes Südschwedens, der in Malmö seit dem Herbst 1887 erscheinenden „Arbetet" (Die Arbeit), ATTERDAG WERMELIN, ein begabter Jüngling, der wenige Jahre später nach Amerika auswanderte, und durch eigene Hand endete.

D.s Bedeutung für den schwedischen Sozialismus ist zweifellos sehr groß, wenn auch der Nachruf seiner nächsten Freunde, vielleicht aus taktischen und propagandistischen Gründen, nament-

---

1) DANIELSSON starb 36 Jahre alt 1899. Seine Büste steht im Park des Volkshauses zu Malmö und auf seinem Grabmal — einem gewaltigen Granitblock — sind folgende, an die Inschrift auf LASSALLES Grab erinnernde Worte zu lesen: „Hier ruhet, was sterblich war von Axel Danielsson, dem Bahnbrecher des Sozialismus, dem Schöpfer der „Arbeit", geboren 15. XII. 1863, gestorben 30. XII. 1899. Die Dankbarkeit eines Volkes, dessen Befreier, Geißler und Freund er war, errichtete ihm dieses Denkmal."

lich im Vergleich mit den festländischen Verhältnissen und Schicksalen etwas übertrieben anmutet. Sein Lebenspfad war in der Tat bereits im voraus abgesteckt, da Palm ihn in einer Dachstube in Stockholm „entdeckte“ und den armen Studenten aus einem Proletarierhause in die sozialistische Gedankenwelt einführte. Der Roteste unter den Roten im Anfang seiner sozialistischen Laufbahn, wurde D. gegen Ende seines Lebens immer gemäßigter und bürgerlicher.

Es gab also eine kleine Gruppe Intellektueller in Stockholm, als Palm im Sommer 1885 dorthin übersiedelte und die leitende Kraft innerhalb des „Sozialdemokratischen Vereins“ wurde. Er hegte jedoch das instinktive Mißtrauen des Proletariers gegen Angehörige der höheren Gesellschaftschichten. „Ich kann nichts dafür — schreibt er in seinen Memoiren — daß ich gegen die sog. bessere Klasse argwöhnisch bin. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß so oft die Oberklasse in den Kampf für die Befreiung des Proletariats mithineingezogen wurde, die Besitzlosen, deren Interessen der Kampf galt, meist die Betrogenen waren. Will uns daher jemand aus der „besseren Klasse“ teilnehmen und Hilfe leisten, so darf er dies nur als Ratgeber tun. An leitender und gebietener Stelle erregt er, wenigstens bei mir, immer Verdacht, u. zw. umsomehr als er in der Regel nie seine Dienste anbietet, bevor die schwerste Arbeit bereits gemacht ist und es sich auszahlt, dabei zu sein“. Diese seine Auffassung zeitigte bald eine vorübergehende Spaltung innerhalb des Vereins: Palms Redaktionsführung beim „Social-Demokraten“ wurde mehrfach von seiten der Intellektuellen getadelt und dies verdross ihn so, daß er den Ausschluß von fünf Mitgliedern, darunter Åkerberg und Sterky, durchsetzte; u. zw. unter Berufung auf die Statutenbestimmung, nach der jedes Mitglied ausgeschlossen werden sollte, welches „erweislich dem sozialdemokratischen Programm entgegenarbeitet, die Statuten des Vereins verletzt oder in anderer Weise sich entehrt“. — Den Ausgeschlossenen folgten freiwillig ca. 20 weitere Mitglieder, u. a. Branting. Ein neuer Verein wurde gegründet: „Die sozialdemokratische Gesellschaft“ (Socialdemokratiska samfundet). Er rief ein eigenes Organ ins Leben: „Die neue Gesellschaft (Nya Samhället), in der Åkerberg aufklärende Artikel über den

Sozialismus, BRANTING über Tagespolitik und STERKY über Fachvereinswesen schrieben. Es kam jedoch bald zur Aussöhnung zwischen den beiden Gruppen. Noch vor Ende 1885 schlossen sie sich wieder zum „Sozialdemokratischen Verband“ (Socialdemokratiska förbundet) zusammen, der heute noch als propagandistische Organisation besteht, nunmehr (seit 1908) unter dem ursprünglichen Namen Sozialdemokratischer Verein, und „Nya Samhället“ wurde aufgegeben.

Das war das einzige Mal, daß in Schweden — abgesehen vom Syndikalismus, der auch bei uns Eingang gefunden hat (s. unten) — die „Akademikerfrage“ aufgetaucht ist, d. h. die Frage: ob und in welchem Maße die Intellektuellen auf die Arbeiterbewegung Einfluß üben sollen.

III.

Nachdem sich die von PALM in den ersten Jahren seiner Agitation angestrebte Gründung einer selbständigen politischen Arbeiterpartei als unmöglich erwiesen hatte, blieb nichts anderes übrig, als zuerst eine allgemeine Gewerkschaftsbewegung in die Wege zu leiten, um so die Fachvereine für den Sozialismus und sodann für eine sozialdemokratische Arbeiterpartei zu gewinnen.

Schon als PALM bei seinem ersten Besuche in Stockholm am zweiten Weihnachtstag 1881 seinen ersten Vortrag hielt — unter freiem Himmel im Walde, weil ihm das Versammlungslokal von antisozialistischer Seite abgetrieben worden war —, gab es in der Hauptstadt einige Fachvereine, deren Entstehung wahrscheinlich mit Lohnbewegungen oder mit der Einrichtung von Hilfskassen zusammenhing. So existierten ein Fachverein der Buchbinder, gegründet 1872; der Hutarbeiter, seit 1874; der Maschinisten und der Tapezierer, beide seit 1876. Im Jahre 1880 traten ferner die Vereine der Tischler und der Ornamentbildhauer, ein Jahr darauf die Vereine der Maler, der Schneider, der Klempner, der Plattner und der Gießer ins Leben. Der älteste Fachverein ist der der Typographen mit dem Gründungsjahr 1846.

Die Fachvereinsbildung beeinflußten in Stockholm ganz besonders zwei im Sommer 1881 ausgebrochene Streiks, einerseits unter den Holzarbeitern und andererseits unter den sog. Außenarbeitern, wie Steinsprenger, Erdarbeiter, Steinsetzer, Maurer usw.

Ein Stockholmer Arzt, Dr. ANTON NYSTRÖM, ein Anhänger des COMTEschen Positivismus[1]), der sich 1879 durch sein tapferes Auftreten zugunsten der Arbeiter bei einem großen Sägemühlenarbeiterstreik in Sundsvall besonders bemerkbar gemacht hatte und nun auch während des Bauarbeiterausstandes mit Rat und Tat zur Stelle war, schlug die Gründung von „Repräsentanten-Vereinen" vor, denen die Aufgabe zufallen sollte, Konflikte zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu vergleichen oder in Güte beizulegen. Diese wie jene sollten je einen Verein von Vertretern jedes Berufs bilden, um durch deren Zusammenwirken Willkür und Gewalt zu verhindern und Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit, die „einander nicht als feindliche Mächte gegenüberstehen dürfen, sondern gleichgestellte Elemente im Reich der Industrie seien", vorzubeugen.

Dieser Vorschlag, auf Grund dessen man NYSTRÖM als Begründer des heutigen Gewerkschaftswesens in Schweden ansehen darf, fand jedoch bei den Arbeitern keinen Anklang. Vielmehr wurde in einer großen, von dem Tischlerverein im Dezember 1881 einberufenen Arbeiterversammlung beschlossen, ein 15gliederiges Komitee zur Beratung über die tragende Idee des Fachvereinswesens, sowie zur Ausarbeitung eines Fachvereinsprogramm- und Statutenentwurfes einzusetzen. Dieses Komitee, dem außer NYSTRÖM nur Arbeiter angehörten, schlug sodann u. a. vor: innerhalb jeder Gemeinde, in der Fachvereine bestünden, Zentralkomitees aus Vertretern derselben zu schaffen.

Ein solches „Zentralkomitee der Fachvereine" (Fackföreningarnas centralkomitté) wurde denn auch in Stockholm gegründet, welches sich ein eigenes Programm gab, da die Vorschläge des 15erkomitees über ein Einheitsprogramm abgelehnt worden waren. Nach seinen — am 28. Juni 1883 angenommenen — Statuten, verfolgte es den Zweck: „die Arbeiter der verschiedenen Berufe zu einer wirklich kräftigen Arbeiterpartei zu vereinen, behufs Durchführung solcher Reformen, die für eine auf vernunftmäßigen Unterlagen geordnete Gesellschaftsentwicklung notwendig sind." — Es versendete Zirkulare mit der Aufforderung zur Gründung

1) Vgl. über seine Wirksamkeit zugunsten des Positivismus in Schweden mein Referat in diesem „Archiv" V, 296 ff.

von Fachvereinen. Die Bewegung nahm jedoch einen sehr langsamen Fortgang. Ihr Aufschwung datiert erst seit 1885, d. h. von dem Augenblick, da das Zentralkomitee die BRANTINGsche liberal-demokratische „Tiden" zur Verfügung bekam. PALM trat zuerst mit diesem Blatte durch Herausgabe seines „Social-Demokraten" in Konkurrenz und ward sodann, nachdem „Tiden" im Januar 1886 ihr Erscheinen eingestellt hatte, der einzige Fürsprecher der Fachvereine.

Wo PALM auftritt, entsteht immer Streit. Seine ärgsten Gegner sind NYSTRÖM und die Temperenzler. Jener bekämpft PALM und dessen Sozialismus, wie umgekehrt PALM NYSTRÖM und dessen Positivismus bekämpfte. Und im Jahre 1882 nahm eine größere Arbeiterversammlung, nachdem — wie PALM in seinen Memoiren erzählt — NYSTRÖM „nach allen Regeln der Kunst sowohl geschichtlich wie moralisch und mathematisch die Unmöglichkeit des Sozialismus bewiesen hatte", eine Resolution an, welche die Lehren des Sozialismus als für die schwedischen Verhältnisse unanwendbar erklärte.

Allmählich entwickelten sich innerhalb der Fachvereine zwei Gruppen: deren eine an den Grundsätzen des Liberalismus festhielt, während die andere — eine geringe Minderheit — die von PALM vertretenen sozialistischen Lehren sich zu eigen machte. Im Zentralkomitee, das im ersten Jahre seines Bestandes nur die Vertreter von 8 Fachvereinen (der Holzarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Klempner, Tapezierer, Maschinisten, Ornamentbildhauer und Maler) umfaßte, besaßen die liberal Gesinnten die Mehrheit. Bald jedoch, und in demselben Maße wie die Zahl der angeschlossenen Fachvereine wuchs, nahm auch das Gewicht der Sozialdemokraten zu, bis von den 50 Vertretern von 29 Fachvereinen die Hälfte ausgeprägte Sozialdemokraten waren. Nun rissen diese die Leitung des Zentralkomitees an sich. Der frühere liberale Vorsitzende — ein Typograph — mußte einem Sozialdemokraten — einem Böttcher und ehemaligen Redakteur des Blattes „Nya Samhället" — Platz machen. Der Antagonismus zwischen den beiden Richtungen dauerte aber auch nachher noch durch einige Zeit fort. Es wurde sogar im Schoße des Zentralkomitees der Vorschlag laut, daß die Fachvereine sich aussprechen sollten, ob sie sozialistischen oder liberalen Grund-

sätzen anhiengen, sowie daß für jede Gruppe je ein besonderes Zentralkomitee zu bilden sei. Doch war die Furcht vor den Folgen einer solchen Spaltung zu groß, als daß man es gewagt hätte, sie zu verwirklichen.

Natürlich hatte die Entwicklung innerhalb des Zentralkomitees zum Sozialismus hin auch eine entsprechende Programmänderung zur Folge. Nun wurde die Einleitung des Programms in folgender Weise formuliert: „Von dem Grundsatz ausgehend, daß der Arbeitsgewinn denjenigen, die arbeiten, zufallen soll, und daß alle Gesellschaftsglieder gleiche Rechte und Pflichten haben sollen, wollen die Fachvereine Schwedens durch einiges Zusammenwirken und gegenseitigen Beistand die Arbeiter gegen Bedrückung und Despotismus der Arbeitgeber schützen und Schritt für Schritt allen Gesellschaftsmitgliedern völlige menschliche und bürgerliche Rechte zu erkämpfen suchen.“ Dementsprechend wurden zunächst — „als Anfang einer gerechteren Verteilung der Arbeit und des Arbeitsgewinns sowie der bürgerlichen Rechte und Pflichten“ — eine Reihe von ökonomischen und politischen Reformforderungen aufgestellt.

Dieses Gegenwartsprogramm unterscheidet sich nicht wesentlich von denen der Linken- und Volksparteien. Hinsichtlich seines politischen Teils stimmt es durchaus überein mit dem bereits 1882 vorliegenden, von der III. „Arbeiterversammlung“ (1886) angenommenen „Gemeinsamen politischen Programm für die Arbeitervereine Schwedens“. Sowohl die II. als die III. schwedische bürgerliche Arbeiterversammlung[1]) beschäftigten sich auch mit Gewerkschaftsfragen. Jene (1882) sah in den Gewerkschaften ein Glied zur Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse; und die von 1886, in der der jetzige Professor der Nationalökonomie an der Universität Lund, Knut Wicksell, das Referat für ökonomische Fragen führte, nahm eine, von einem Gießer und einem Typographen abgefaßte, alle Politik ausschließende Resolution betreffend die Bedeutung und Organisation der Fachvereine an. In derselben Versammlung wurde auch die Frage diskutiert, ob die Arbeiter von einem Anschluß an die sozialdemokratische Bewegung einen wirklichen Nutzen

1) S. oben.

haben könnten, und der Referent für Politik und soziale Fragen, HJALMAR BRANTING, schlug eine Resolution vor, welche die Fortsetzung dieser Diskussion bis zur nächsten Zusammentretung von 1889 vertagt wissen wollte, da vorläufig die sozialdemokratische Bewegung im Lande zu wenig bekannt sei. Der damalige Lizentiat WICKSELL wieder verwies auf das von der Versammlung kurz vorher angenommene Arbeiterprogramm hin und fand ebenfalls, daß man zu wenig von der Sozialdemokratie wisse, als daß er den Arbeitern Schwedens zum Anschluß an sie raten könnte. Schließlich gelangte eine dritte Resolution zur Annahme, die ebenfalls das Festhalten an dem eben votierten Arbeiterprogramm befürwortete; aber mit einer anderen Motivierung. Jede dieser drei Resolutionen charakterisierte eine Meinungsgruppe. Die eine Gruppe, die zahlreichste, widersetzte sich entschieden jeder Annäherung an die sozialdemokratische Bewegung; die zweite wollte der Zeit ihren Gang lassen; die kleine dritte von BRANTING geführte endlich machte sich zwar zum Fürsprecher des Sozialismus, fand es aber taktisch am klügsten, vorläufig die aufgeworfene Frage unbeantwortet zu lassen.

Das permanente „Zentralkomitee der Fachvereine Stockholms“ wurde in einer am 9. August 1889 abgehaltenen Zusammenkunft der Fachvereinsvorstände endgültig aufgelöst, also einige Monate nach der Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Fachvereine traten nun nacheinander als Mitglieder in die Partei ein. Damit war auch die liberalistische Ära der Gewerkschaften tatsächlich zu Ende. Ohne dem Bestimmungsrecht über die prinzipielle Stellung der Gewerkschaften innerhalb der Partei zu entsagen, das die Partei bis zur Gründung der gewerkschaftlichen Landeszentrale (1898) beibehielt, nahm die Partei die Politik auf, während die Fachvereine sich der Vereinstechnik und inneren Organisationsangelegenheiten widmeten. Die Gewerkschaften wurden in das ganze Land umfassenden Fachverbänden organisiert. Einige der letzteren waren schon vorher gegründet worden, so die Verbände der Typographen und der Postbedienten (1886), Maler (1887), Schuhmacher sowie der Eisen- und Metallarbeiter (1888). Von 1889 an wird die Verbandsbildung mit den Verbänden der Holzarbeiter, Schneider und Tabakarbeiter

eingeleitet. 1890 trat der Verband der Maurer ins Leben usw. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Stockholm vom August 1898 wurde schließlich „die Landesorganisation“ verwirklicht.

IV.

In einer Übersicht über die schwedische Arbeiterbewegung während des Jahres 1886 konnte der „Social-Demokraten“ in der Neujahrsnummer von 1887 mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß die letzten Monate des Jahres 1885 in der Geschichte des schwedischen Sozialismus den Zeitpunkt bezeichnen, in dem die Bewegung sich als bereits so tief gewurzelt erwies, daß die öffentlichen Arbeiterversammlungen in Stockholm und Gotenburg, sowie in den Hafenstädten des Nordens, Gäfle und Sundsvall und anderwärts, von einer ausgeprägten sozialistischen Majorität beherrscht waren. Ende 1886 waren die Sozialdemokraten in der Tat die Herren wenigstens der wacheren Arbeiterscharen der Hauptstadt.

Es war für die Sozialdemokraten im allgemeinen sehr schwer, für ihre gewöhnlichen Versammlungen Lokale zu finden. Im allgemeinen stand ihnen der Saal des Arbeitervereins zur Verfügung. 1887 aber verständigte sie der Präsident des Vereins, der ehemalige Vorsitzende des „Zentralkomitees der Fachvereine“, der Typograph Sven Linge, daß er ihnen künftighin den Saal nicht mehr einräumen wolle. Das war das letzte Aufflammen des Kampfes zwischen den Anhängern Palms und der früher im Zentralkomitee führenden liberalen Linken.

Die Regierung und ihre Organe in den Provinzen hatten seit Beginn der Palmschen Agitation in Schonen die Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt. Im Amtsberichte für 1881—1885 ließ sich der Landeshauptmann von Malmöhus län [1]), Graf Wachtmeister, über dieselbe sehr wegwerfend aus. Im folgenden Amtsberichte für 1886—1890 mußte er aber gestehen, daß die Ausbreitung des Sozialismus unter den Arbeitern der schonischen Städte mit der Entwicklung des Fachvereinswesens gleichen Schritt gehalten habe und daß die dortigen Fachvereine in Stadt

1) Schonen ist administrativ in zwei Regierungsbezirken (län) geteilt. Malmö ist der Hauptort von Malmöhus län.

und Land sich in der Richtung des Sozialismus bewegten. In der Tat lehren die vom Statistischen Zentralamt auf Grund der Quinquenalberichte der Landeshauptmannschaften hergestellten Übersichten, daß die seit Anfang der 80er Jahre in den meisten Gewerben und vielen Orten gegründeten Fachvereine in der Zeit von 1886—1890 „sowohl an Zahl wie an Einfluß" zugenommen haben. Malmö wie Stockholm sind immer die Hauptherde der sozialistischen Bewegung gewesen und von ihnen ist auch die lebhafteste Propaganda ausgegangen. Seither besaß auch die Bewegung 4 Preßorgane; außer dem „Social-Demokraten" in Stockholm und der „Arbeit" in Malmö noch von 1887 ab in Gotenburg „Die Stimme des Volks" (Folkets Röst) und seit 1888 „Der Proletarier" (Proletären) in der textilindustriellen Stadt Norrköping in Ostschweden. Die beiden letztgenannten Blätter erhielten sich, nebenbei bemerkt, nur bis 1889 resp. 1893. An ihrer Stelle entstanden später die „Neue Zeit" (Ny Tid, 1892) und das „Volksblatt für Ostergotland" (Östergötlands Folkblad, 1905), die beide ebenfalls in Gotenburg, bezw. Norrköping, und zwar gegenwärtig täglich erscheinen.

Die Streikbewegung verbreitete sich in dieser Zeit auch auf das flache Land. Insbesondere kam es zu Arbeitseinstellungen in zahlreichen Gruben der schonischen Kohlendistrikte. 1889 begegnen wir einer größeren, 500 Arbeiter umfassenden dreiwöchentlichen Aussperrung in den Zementfabriken von Lomma (bei Malmö), die sich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter richtete, — ein Konflikt, der in Stockholm und mehreren anderen Orten Protestversammlungen zeitigte und zu Geldsammlungen unter den Arbeitern führte, die im ganzen etwa 8000 Kronen ergaben. — Die erste bekannte Aussperrung in Schweden geht indeß auf 1886 zurück. Sie traf 400 Arbeiter der Gotenburger Färbereien und war ebenfalls durch Angriffe auf das Koalitionsrecht verursacht. Sie dauerte ungefähr einen Monat und rief gleichfalls manche Protestversammlungen in den Städten hervor.

Sowohl diese Streik- und Lockoutbewegung wie die in Wort und Schrift immer intensivere sozialistische Agitation veranlaßte die Regierung einzugreifen. Der damalige Justizminister, Örbom, schilderte als Referent in den Ministerratssitzungen vom 25. April und 1. Mai 1889 die sozialdemokratischen Ausschreitungen und

Angriffe auf die bestehende Gesellschaftsordnung in schwärzesten Farben und forderte Strafbestimmungen gegen dieselben. „Innerhalb der meisten, wenn nicht aller auf der europäischen Zivilisation aufgebauten Gesellschaften ist — erklärte er — ein Gährungsprozeß im Gange, der ernstliche Besorgnis einflößen muß. Unter verschiedenen Benennungen, wie Anarchismus, Nihilismus, Sozialdemokratie, Kommunismus u. a., die insgesamt verschiedene Varianten desselben Grundgedankens repräsentieren, besitzt dieser Gährungsprozeß seine bestimmte Einheit und zusammenhaltende Kraft im Hasse gegen die herrschende Gesellschaftsordnung und im Streben, mit allen Mitteln, auch ungesetzlichen, ihre Grundfesten zu untergraben und ihren gewaltsamen Umsturz vorzubereiten, um an ihre Stelle ein Chaos treten zu lassen, aus dem das Christentum, die durch Gesetz geregelte gesellschaftliche Verfassung, die Ordnung von Familie und Eigentum, kurz alles verbannt wäre, was uns heilig und lieb ist . . .“ — Er erinnerte ferner an die damals gerade gegründete sozialdemokratische Arbeiterpartei. Hierdurch hätten die Sozialdemokraten „einen Schritt getan, der vielleicht eine neue Periode der von ihnen betriebenen Agitation einleite und damit möglicherweise auch die Gefahr vermehre, welche diese Agitation an und für sich unbestreitbar für das Gemeinwesen mit sich bringe.“ Er glaube daher, ohne die Gefahr eines Irrtums, behaupten zu können, daß der in der Osterzeit abgehaltene Arbeiterkongreß „nicht bloß von der obersten Sicherheits- und Polizeibehörde der Hauptstadt, sondern auch von der ganzen aufgeklärten öffentlichen Meinung im Lande als bedeutungsvolles Ereignis solcher Art angesehen werde, daß es eine kräftige legislative Initiative als gerechtfertigt erscheinen lasse, ja erzwinge.“ — Freilich mußte der Minister zugeben, daß eine unmittelbare Umsturzgefahr noch nicht bestehe. Noch sei die Zahl der Parteianhänger klein und noch besäße die schwedische Gesellschaft ausreichende Widerstandskraft gegen das Krankheitsgift. Dessen ungeachtet schien ihm die Zeit für gesetzliche Abwehr der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie gekommen. Er wollte demgemäß die geltenden Strafnormen gegen Aufforderung zu Gewalttaten gegen Personen und Eigentum dahin ergänzt wissen, daß mit Strafe auch bedroht werden sollte, wer „in Rede oder Schrift zum Ungehorsam gegen

Gesetz und Obrigkeit zu verleiten suche oder sonst zu Taten aufwiegele, die eine Drohung gegen die Gesellschaftsordnung oder sonst eine Gefahr für deren Bestand enthalten."

Nach zustimmender Begutachtung dieses Antrags durch den Obersten Gerichtshof (29. April) unterbreitete die Regierung dem Reichstage am 1. Mai einen entsprechenden Gesetzentwurf, der von der Mehrheit der Justizkommission der „volksgewählten" zweiten Kammer zu unveränderter Annahme empfohlen wurde. Während der Vollberatung (14. Mai) erhob sich jedoch mannigfacher Widerspruch. Wohl fehlte es nicht an Verteidigern des Entwurfes, die in demselben lediglich eine ungefährliche und notwendige Einschränkung der Redefreiheit erblickten und der Erklärung des Justizministers vertrauten: „er beabsichtige keineswegs, maßvoller Prüfung und Kritik der sozialen Verhältnisse, der Gesetzgebung und der Verwaltung oder Reformforderungen Hindernisse in den Weg zu legen, sondern wolle nur falschen Darstellungen und Verdrehungen vorbeugen, die bezweckten und geeignet wären, in den unerfahrenen, unwissenden und leichtgläubigen Massen Feindseligkeiten gegen die herrschende Gesellschaftsordnung und gegen andere Gesellschaftsklassen zu wecken oder zu Gewalttaten und Verbrechen aufzureizen." Andere Redner aber — und unter ihnen das größte oratorische Talent des Reichstages, Adolf Hedin — bekämpften den Entwurf als wahres Kautschukgesetz, das jeglicher Polizeiwillkür Tür und Tor öffne und auch die Freiheit der bürgerlichen Parteien bedrohe. Manche wollten es daher wenigstens so formuliert wissen, daß es nur die Sozialdemokratie zu treffen vermöge, andere dagegen verwarfen es vollständig, weil sie eine kriminelle Repression der sozialistischen Bewegung für unmöglich oder unnötig hielten, und verwiesen darauf, daß auch unter dem geltenden Gesetz — freilich ohne jeden praktischen Erfolg — gegen Palm sowie gegen andere Agitatoren, wie Danielsson, Lennstrand, Lyngholm, habe eingeschritten werden können. — Das Ergebnis der Erörterung war, daß der Entwurf zwar angenommen, aus demselben aber der Passus: „oder sonst zu Taten aufwiegelt, die eine Drohung gegen die Gesellschaftsordnung oder sonst eine Gefahr für deren Bestand enthalten," ausgeschieden wurde. — Auch in der

sehr konservativen ersten Kammer stieß der Entwurf auf Widerspruch, weil der geringe Anhang, den die „tollen Lehren“ des Sozialismus bisher im Lande gefunden, sowie der gesunde Sinn der Bevölkerung ein Ausnahmegesetz als unnötig erscheinen lasse. Die große Mehrheit stimmte jedoch dem Gesetz in der Fassung der zweiten Kammer zu.

So kam das „kleine Sozialistengesetz“ vom 7. Juni 1889 zustande. Es gilt auch heute noch und hat überdies im Laufe der Zeit Verschärfung in dem Sinne erfahren, daß auch „die Anpreisung verbrecherischer Handlungen“ strafbedroht und das Strafausmaß von 2 Jahren Gefängnis auf (höchstens) 4 Jahre Zwangsarbeit verschärft wurde. — Die letztgenannten Strafbestimmungen gehen auf ein liberales Ministerium — das erste Ministerium Staaff (1905/06) — zurück, weshalb der Paragraph nunmehr allgemein als Staaff-lagen (Staaff-gesetz) bezeichnet wird.

Die Reihe der Prozesse gegen die Sozialisten wurde bereits 1886 mit der Erhebung einer Anklage gegen Palm wegen Beschimpfung des Reichstags eingeleitet. Palm hatte in einem in einer nordschwedischen Landgemeinde gehaltenen Vortrage von Abgeordneten gesprochen, die ihre Stimme für ein Mittagessen beim König, für einen Komturstern oder für klingende Münze verkauften, und hatte überdies nicht schnell genug dem Befehl des überwachenden Polizeiorgans, die Versammlung aufzulösen, gehorsamt. Wegen dieser Beschimpfung wurde er in erster Instanz zu 3 Monaten Gefängnis und wegen des Ungehorsams zu 100 Kronen Geldstrafe verurteilt, die Gefängnisstrafe aber von der zweiten Instanz auf 1 Monat herabgesetzt. — Ein Jahr später wurde er aus einem ähnlichen Anlaß von einem anderen Schöffengericht zu 1 Monat Gefängnis und 100 Kronen Geldstrafe, sowie neuerdings zu 2 Monaten verurteilt. Als verantwortlicher Herausgeber des „Social-Demokraten“ traf ihn im selben Jahre (1887) in einem Preßprozesse wegen eines von Branting verfaßten Artikels, „Ein Herd der Reaktion“, in dem vier Professoren der Universität Upsala, darunter zwei Theologen, scharfer Kritik unterzogen waren, eine Geldstrafe von 800 Kronen und in einem weiteren Preßprozeß eine solche von 100 Kronen. Da diese Geldstrafen uneinbringlich waren, so wurden sie in Haft verwandelt, so daß

PALM im ganzen eine Strafzeit von 6½ Monaten (1. Oktober 1887 bis 1. Januar 1888 und 16. April bis 30. Juli 1888) im Gefängnis zubrachte.

Auch BRANTING wurde als verantwortlicher Herausgeber des „Social-Demokraten" vom Stockholmer Amtsgericht im Sommer und sodann neuerlich am 1. Dezember 1888 wegen zweier von V. LENNSTRAND resp. DANIELSSON verfaßten freidenkerischen Artikel zu 300 Kronen resp. 3½ Monaten Gefängnis verurteilt; und der Redakteur des „Proletariat", der den DANIELSSONschen Artikel reproduzierte, erhielt gar 4 Monate Gefängnis. — DANIELSSON selbst trafen auf Grund von Sprüchen des Malmöer Amtsgerichtes wegen des Artikels bezw. eines Gedichtes, die er in „Arbeit" veröffentlicht hatte, je 3 Monate Gefängnis; wegen Abdrucks von LENNSTRANDS früher erwähntem Artikel 500 Kronen Geldstrafe; wegen zweier Vorträge 4 resp. 6 Monate, wegen weiterer zwei Zeitungsartikel neuerdings je 6 Monate Gefängnis. Im ganzen mußte er, da die zweite Instanz drei dieser Strafen herabsetzte, 18 Monate Gefängnis und 500 Kronen Geldstrafe abbüßen. Einen Tag, nachdem PALM zum zweitenmal aus dem Gefängnis zu Stockholm entlassen worden war, bezog es DANIELSSON zu Malmö.

Von weiteren Strafverhängungen im Jahr 1888 seien noch erwähnt die gegen: den verantwortlichen Herausgeber der „Arbeit" wegen Ungebühr gegen das Malmöer Amtsgericht von 4, zwei Wanderagitatoren und zwar den einen von 2 und 7, den anderen von 2, den Redakteur der Gotenburger „Volksstimme" wegen Beleidigung des Reichstages von 3 und wegen Majestätsbeleidigung von 9 Monaten Gefängnis. Hierzu kommen mehrere Preßprozesse wegen Gotteslästerung, in denen Freisprechung durch die Geschworenen erfolgte, sowie zahlreiche Arbeiterversammlungsverbote und -Auflösungen. Und würdig reiht sich diesen Ausbrüchen der Verfolgungswut während der zwei Jahre nach dem ersten Sozialistenprozeß an das Urteil gegen 16 Arbeiter bei den Kommunalbauten der Stadt Örebro, die infolge eines Krawalls bei einer im November 1886 daselbst stattgefundenen Demonstration zusammen 44 Jahre Zwangsarbeit wegen „Aufstand" zugesprochen erhielten. — Das nächstfolgende Jahr 1889 war dann verhältnismäßig ruhig, indem es keine bemerkenswerten

Sozialisten- und Arbeiterprozesse aufweist. In der Tat schließt mit dem Jahr 1888 die Sturm- und Drangperiode der schwedischen Arbeiterbewegung ab. Diese tritt nun in ein neues Stadium, das von der Begründung der Arbeiterpartei seinen Ausgang nimmt.

V.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens konstituierte sich auf einem Kongreß vom 19. bis 22. April 1889. Die — im „Social-Demokraten" vom 5. Januar 1889 erlassene — Einladung zum Kongreß war von dem sozialdemokratischen Stockholmer Verbande ergangen. Statutengemäß verfolgte dieser den Zweck: „für die Verbreitung und die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen in Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm durch Agitation in Wort und Schrift sowie durch Gründung sozialdemokratischer Vereine an allen Orten, wo solche möglich, zu wirken, damit eine kräftige schwedische sozialdemokratische Arbeiterpartei erstehen könne." Es ist daher nur natürlich, daß der Antrieb zur Gründung der Partei von ihm ausging. Repräsentierte er ja die einzige sozialistische Körperschaft zu Propagandazwecken in der Hauptstadt, entstanden durch die Fusion der zwei älteren, 1885 und 1886 gegründeten, sozialdemokratischen Vereine. Zudem war die sozialistische Bewegung in Stockholm am lebhaftesten und rekrutierten sich die Verbandsmitglieder hauptsächlich aus den hauptstädtischen sozialistischen Fachvereinen, deren Gründung teilweise durch Verbandsmitglieder erfolgt war, die auch an der weiteren Entwicklung der Fachvereine tätigen Anteil nahmen.

Angesichts der herausfordernden Haltung der Regierung und ihrer Verfolgungen gegen die Arbeiterbewegung, namentlich seit dem „kleinen Sozialistengesetz", das eine Nachbildung des großen Bismarckschen von 1878 war, schien der Zeitpunkt zur Gründung der Partei gekommen. Hatten bis dahin die Genossen in den einzelnen Städten, jede für sich, im Interesse einer Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen gearbeitet, „allein von der Gemeinsamkeit des Programms und der Einheit des Zwecks zusammengehalten," wie es in der Kongreßeinladung hieß, so bedurfte es nun festeren Zusammenhalts.

Die Einladung zum parteikonstituierenden Kongreß war an sämtliche Arbeiterorganisationen gerichtet, die das sozialdemokratische Programm anerkannten und auf dem Boden des Klassenkampfs standen. Die Zahl der erschienenen Vertreter solcher Organisationen betrug 50.

In dem zitierten Aufruf begegnen wir erstmals dem Wort „Klassenkampf". Weder hatte es vorher PALM gebraucht, noch war es in den Statuten und dem Programm der drei älteren Stockholmer Vereine oder des 1889 aufgelösten Zentralkomitees der Fachvereine Stockholms ausdrücklich oder auch nur dem Sinne nach enthalten. Vielmehr hatte PALM in seinem Programmentwurf von 1882 in Übereinstimmung mit dem Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie von dem hoffnungsvollen Streben der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gesprochen, „mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft zu erstreben." Nun aber ging der Terminus in die vom sozialdemokratischen Verbande ausgearbeiteten und vom Kongresse angenommenen Statuten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens über, wo es nun heißt, daß „die Partei sich aus solchen politischen, gewerkschaftlichen und anderen Vereinigungen zusammensetze, die auf dem Boden des Klassenkampfs stehen." Doch waren die Statuten von keiner besonderen Prinzipienerklärung begleitet. — Wenn sie als Ziel aufstellten: „die Verwirklichung der sozialdemokratischen Prinzipien, wie sie im Programm der Partei ausgesprochen sind", so war darunter auch das Gothaer Programm von 1875 gemeint, obgleich seltsamerweise kein schwedischer Parteitag darüber einen Beschluß gefaßt hat.

Auf dem ersten ordentlichen, 1891 in Norrköping abgehaltenen Parteikongreß wurde dem Parteivorstand („den Vertrauensmännern", wie er in den ersten Statuten genannt wurde) aufgetragen, eine „Revision" des Parteiprogramms vorzubereiten; und da dieser Auftrag unausgeführt blieb, so wurde er auf dem folgenden Kongreß von Gotenburg 1894 wiederholt. Daraufhin unterbreitete der Parteivorstand dem nächstfolgenden Kongreß von Stockholm (1897) einen von AXEL DANIELSSON ausgearbeiteten Programmentwurf — der jedoch ebenfalls keine selbständige Schöpfung darstellte, sondern — wie sein Verfasser selbst auf

dem Kongreß ausführte — bis auf abweichende Formulierungen in einzelnen Punkten ganz mit dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 übereinstimmte, so daß wir auf seinen Inhalt hier nicht näher einzugehen brauchen.

Diese 1897 von der schwedischen Sozialdemokratie angenommenen allgemeinen Grundsätze blieben durch fast drei Lustra unverändert und erfuhren erst auf dem VIII. Parteitage von 1911 eine — namentlich von dem Bürgermeister von Stockholm, Carl Lindhagen[1]), dem Philosophen der Partei, stark beeinflußte, sehr durchgreifende — Revision teils durch Ergänzungen, teils durch Andersformulierung mancher Punkte. In dieser neuen Gestalt unterscheidet sich die neue Prinzipienerklärung in mannigfacher Hinsicht bedeutsam von der Erfurter.

Die Sozialdemokratie erstrebt, heißt es nun, die Beseitigung der Klassenherrschaft und die Schaffung einer festen Grundlage für die ökonomische und geistige Freiheit Aller; die Aufhebung der Armut und die Einführung einer Gesellschaftsordnung, die Allen die Wege zu Brot, zu Freiheit und zur Selbstverantwortung eröffnet. Dies aber könne nicht erreicht werden ohne Organisation und politischen Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Gesellschaftsgruppen, die unter kapitalistischer Ausbeutung leiden. Die Sozialdemokratie, deren Aufgabe es sei, das Ziel und die

---

1) Geboren 1860 in Stockholm, ist Carl Lindhagen wie sein Vater, der verstorbene Oberlandesgerichtsrat K. A. Lindhagen, höherer Justizbeamter gewesen, bevor er 1903 zum Bürgermeister seiner Geburtsstadt ernannt wurde. Er saß seit 1897 in der II. Kammer, erst als Liberaler, nachher eine Zeitlang als Wilder, 1909 schloß er sich der sozialdemokratischen Reichstagsgruppe an, weil — wie er selbst erklärt hat — die Sozialdemokratie von einem Zukunftsstaat spreche und weil er immer geglaubt habe, daß in ihr die größte Teilnahme sich finden lasse, um allmählig alle Voraussetzungen des Zukunftsstaates zu schaffen. Als Abgeordneter hat L. unzählige Initiativanträge gestellt, weshalb er der größte Arbeitgeber des Reichstages genannt worden ist. Er ist ausgeprägter Antimilitarist und Republikaner. Anläßlich eines Demonstrationszuges von Arbeitern im abgelaufenen Jahr hat er Hochrufe auf die Republik ausgebracht und ist deshalb vom Stockholmer Polizeigericht zu 100 Kronen Geldstrafe verurteilt worden. — Erstmals gesehen wirkt L. mehr als Träumer wie als Realpolitiker; und dennoch ist er beides, ein wahrer Realpolitiker und ein seltener unbezähmbarer Kraftmensch zugleich, ebendeshalb freilich oft genug ein wahres enfant terrible und der Parteileitung nicht wenig unbequem.

Wege für den Kampf zu klären sowie die Massen zu sammeln, erstrebe deshalb die Eroberung der politischen Macht, um so jene Ordnung, welche die Entwicklung selbst anzeigt, durchzuführen. Das Programm spricht auch nun nicht mehr allein im Namen der Arbeiter-, sondern „der unterdrückten Klassen“ überhaupt. Und Lindhagen führte in der Revisionsdebatte auf dem Kongreß aus: „der Sozialismus solle sich an Alle wenden, Alle stützen, die leiden und mit Fug Hilfe brauchen.“

Der Parteichef Branting, in der Theorie orthodoxer Marxist, in der Praxis aber „Possibilist“ von reinstem Wasser, war über die dem Kongresse vorgeschlagene und von diesem angenommene Revision à la Bernstein durchaus nicht entzückt. Zumeist deshalb, weil sie ihm einen Rückfall in ältere naturrechtliche und ideologische Gedankengänge und in den utopischen Sozialismus zu bedeuten schien. „Halten wir auch — führte er in der Debatte namens des Parteivorstandes aus — unsere marxistische Grundanschauung im Gegensatz zu dem fest, was nur der alte Utopismus in neuem Gewande und unter neuem Namen ist, so hindert uns das doch nicht, anzuerkennen, daß Lindhagens Vorschläge gute Formulierungen, treffend klingende Ausdrücke von agitatorischer Kraft enthalten, die wir denn auch dem Programm gern einverleiben wollen . . . Gewiß sind Forderungen wie die Abschaffung der Armut oder die Trilogie ‚Brot, Freiheit, Selbstverantwortung‘ für uns Sozialisten nichts Neues, allein das Alte wird nun in besonders packender Form gesagt.“ Diese Auslegung der von ihm beantragten Programmänderungen focht jedoch Lindhagen nicht weiter an. Worauf es ihm ankomme, erwiderte er, sei lediglich die Aufnahme des verachteten Humanismus, d. h. die Betonung „des allgemein menschlichen Zieles des Sozialismus“, in die Prinzipienerklärung der Partei. Die Wahrheiten der Entwicklungslehre in Ehren! Aus ihr jedoch gerade leite er ab, daß es keine für alle Zeiten gültigen und daher unveränderlichen Glaubenssätze gebe. Das Neue werde alt und manches vom Alten, das man allzu einseitig verworfen, gelange wieder, wenn auch in neuer Gestalt, zu Ehren. Entwicklung könne man nur das Streben nach immer größerer Klarheit entgegen nennen. Kehrten die Träume der Utopisten nun wieder, so verschmelzen sie mit den ökonomischen Faktoren der

Entwicklung. Man dürfe nicht ergeben der Entwicklung harren. Das sei bei aller Orthodoxie jedenfalls eher reaktionär. Man dürfe nicht bloß immer einzig von materialistischer Geschichtsauffassung, Klassenkampf und Gesamtproduktion sprechen. Man müsse auch auf das Ziel blicken und die Begriffe idealisieren. Die Menschheit sehne sich über die ökonomische Emanzipation der Bedrückten hinaus zur geistigen Freiheit Aller. Die relative Vernunft des Gehirns und das relative Schicksal der übrigen Materie sollen Hand in Hand die Entwicklung weiter führen. Der praktische soziale Entwicklungsweg müsse vom Liberalismus durch den Sozialismus zum Humanismus führen. Realpolitik und Ideal schlössen einander nicht aus. Das Ideal solle den Kompaß abgeben für das lebende Geschlecht, damit es nicht irre gehe.

Die Auffassung Lindhagens, die in der Hauptsache in der vorstehenden Rede niedergelegt erscheint, beweist, daß — wie früher schon im Auslande — auch in Schweden eine Neufundamentierung der Ideenwelt des Sozialismus begonnen hat. Eine Neufundamentierung, an der insbesondere auch der Professor an der Universität Gothenburg, Gustaf Steffen, lebhaftesten Anteil nimmt [1]).

Auf das gegenwärtige Reformprogramm der Partei, das auf den Parteitagen von 1905 und 1908 revidiert worden ist, soll hier nicht näher eingegangen werden. Nur so viel sei gesagt, daß es im Zusammenhang mit der Neuredigierung der Prinzipienerklärung im Jahr 1911 durch ein detailliertes Agrar- und Kleinbauernprogramm ergänzt worden ist. Ebenfalls dank vornehmlich Lindhagens Bemühungen, der ein besonderer Freund des bäuerlichen Betriebes ist und bereits als liberaler Abgeordneter zahlreiche Anträge im Reichstag mit dem Ziele gestellt hat, der Untergrabung des selbständigen Bauernstandes besonders in den waldreichen Gegenden Nordschwedens durch die Sägewerksindustrie entgegenzuarbeiten [2]).

1) In seiner Schrift: Marx och Materialismen. Utvecklingen av Karl Marx' materialistiska samhällsuppfattning. Stockholm, Parteiverlag „Tiden“ 1914. 140 S., bekämpft er den Marxismus in einer Weise, wie sie bisher von sozialistischer Seite wohl noch nicht vorgekommen ist.

2) In Norrland (Nordschweden) ist, von den Domänen abgesehen, aller Boden Bauernland gewesen und ist es noch heute in großem Umfange. Adel

VI.

Die Partei hat von ihrer Gründung an nachdrücklich ihren Charakter als reformistische und parlamentarische Partei betont. Die Gestaltung der politischen Verhältnisse Schwedens hätte ihr daher die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Linken nahegelegt, der einzigen Fortschrittspartei neben der Sozialdemokratie. Dies hat jedoch nicht ohne innere Kämpfe geschehen können, obschon — wie wir sehen werden — bereits der konstituierende Parteitag von 1889 in einer mit 35 gegen 11 Stimmen angenommenen Resolution sich für ein Zusammenwirken mit der Linken ausgesprochen hat.

Wie die deutsche Bruderpartei, in deren Fußstapfen die schwedische Partei stets sich bewegt hat, auf ihren Parteitagen zu St. Gallen (1887) und in Erfurt (1891) an die Frage der Taktik und ob sie den parlamentarischen oder den rein revolutionären Weg zum Ziele gehen solle, herantreten und demgemäß auch ihre Stellung zum Anarchismus und zu der Gewalttaktik überhaupt umschreiben mußte, so sah sich die schwedische Sozialdemokratie durch die Verhältnisse gleich von Anfang an gezwungen, zum Anarchismus und Parlamentarismus wie zum Problem der Gewalt als Kampfmittel überhaupt Stellung zu nehmen.

Ein junger Mann aus vermögender Bürgerfamilie in Stockholm, H. („Hinke“) Bergegren, hatte die Opposition „der Jungen“ oder „der Unabhängigen“ — wie sie in Berlin, als ihre Wirksamkeit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie begann, genannt wurden — aufgenommen und war bereits während der Agitationsperiode Palms in Vorträgen sowohl für den Antiparlamentarismus wie für die terroristische Taktik eingetreten. Begabt mit einer Art „Génie du coeur“, gewann er in Volksversammlungen durch sein rücksichtsloses, auf äußere Wirkung angelegtes Auftreten,

---

und adeligen Großgrundbesitz hat es dort nie gegeben und ebensowenig kannte man dort die Hörigkeit. Erst die großartige Entwicklung der Sägewerkindustrie hat in diesem Landesteil ein bäuerliches Proletariat geschaffen. Auf Lindhagens Betreiben ist 1901 eine königliche Kommission eingesetzt worden, um die Lage der norrländischen landwirtschaftlichen Bevölkerung zu untersuchen und legislative Vorschläge zur Erhaltung des selbständigen Bauernstandes und seiner Güter auszuarbeiten.

besonders unter den jüngeren Elementen der Arbeiterwelt Anhängerschaft. Durch eine Reihe von Jahren trieb er unter der Maske freier Diskussion innerhalb der Partei eine antiparlamentarische Propaganda. Ohne sich offen zum Anarchismus zu bekennen, bezeichnete er sich allein als Revolutionär und griff mit großer persönlicher Erbitterung viele von den Vertrauensmännern der Partei, vor allem das Parteihaupt Branting an. 1906 wurde deshalb durch den Parteivorstand sein Ausschluß aus der Partei verfügt. Die Urabstimmung der Parteimitglieder, die über den Beschluß des Parteivorstandes eingeleitet wurde, ergab dessen Billigung durch 20 004 gegen 8 281 Stimmen bei 226 Enthaltungen, und der Parteitag von 1908 beschloß ebenfalls mit 227 gegen 69 Stimmen in diesem Sinne. Zugleich erweiterte der Kongreß die Statuten durch eine Bestimmung, die den Parteivorstand ermächtigte, Mitglieder wegen Parteiverrat oder die Wirksamkeit der Partei in offenbarem Widerspruch mit deren Prinzipien schädigender Propaganda — mit $^{3}/_{4}$ der abgegebenen Stimmen — auszuschließen [1]).

Schon der konstituierende Parteitag von 1889 legte in der Form einer Resolution die Stellung der Partei zur Gewalt als Kampfmittel fest. Das Gegenwartsprogramm der Partei, wurde da erklärt, beweise am bündigsten, daß sie keineswegs „einer gewaltsamen Revolution zustreben wolle“. Sie werde vielmehr im Gegenteil „ihren ganzen Einfluß benützen, um unbesonnenen Ausbrüchen von Mißvergnügen des Volkes, hinter denen keine zureichende Macht stehe, vorzubeugen.“ Nachdrücklich wies deshalb der Kongreß „die dummdreisten Pläne“ zurück, welche die Feinde der Sozialdemokratie ihr bisweilen andichteten — Pläne, durch Putschversuche die ganze Arbeiterbewegung aufs Spiel zu setzen, ohne über eine zureichende Stütze im Volke zu verfügen. Andererseits allerdings hielt die Resolution den Weg für den Fall offen, daß „Blindheit und Egoismus der Regierenden die gewaltsame Revolution als Verzweiflungsakt der Selbsthilfe provozieren sollten“. Für diesen Fall sei die Stellung der Partei

1) Mit Bergegren verließ die Partei auch C. G. Schröder, der eine Zeit lang Parteifunktionär gewesen war und nun, ebenso wie Bergegren, ein jungsozialistisches Wochenblatt in Malmö herausgibt.

durch die Natur der Dinge gegeben und die Sozialdemokratie „bereit, Alles zu tun, um dem Volke so wertvolle Früchte als möglich aus dem Streite zu erobern, damit seine Opfer nicht vergebliche seien.“

Auf diese Resolution vornehmlich berief sich der Justizminister Örbom, als er im Frühjahr 1889 (s. oben S. 51 f.) die neugegründete Partei als Umsturzpartei kennzeichnete, gegen welche die Gesellschaft sich durch Ausnahmegesetze schützen müsse.

Der I. ordentliche Parteitag von 1891 brachte neuerliche und verschärfte Betonung der parlamentarischen Taktik. Denn zwischen 1889–1891 hatte die Bergegrensche antiparlamentarische Propaganda immer größere Ausdehnung gewonnen und in Anträgen des Stockholmer Sozialdemokratischen Verbandes, dessen Mitglied Bergegren war, ihren Niederschlag fanden, wurde der Parteitag aufgefordert, die Frage selbst in Erwägung zu ziehen und den Organisationen zur Erörterung zu unterbreiten: „welche gewaltsamen Mittel als zumeist praktisch angesehen werden könnten?“ und „ob Aussicht vorhanden wäre, die Ziele der Sozialdemokratie auf dem Wege ruhiger Entwicklung zu verwirklichen?“; ferner „ob nicht Diebstahl und andere Delikte gegen die Gesetze der Klassengesellschaft als moralisch richtig anzusehen seien, wenn sie durch Not oder andere soziale Ursachen hervorgerufen würden?“

Die letzte Frage wies Palm mit Bedauern darüber zurück, daß die Zeit des Parteitages durch einen sozialdemokratischen Verein vertrödelt werde. Auf die beiden anderen und damit auf „anarchistische Parteibildungen“ einzugehen, lehnte der Parteitag ebenfalls kurz ab und erklärte, bei passender Gelegenheit den anarchistischen Theorien sachlich begegnen zu wollen. Doch fand diese Behandlung der Anträge keine ungeteilte Zustimmung. Eine Minorität betonte in einer Gegenresolution: daß alle Personen, die ehrlich naheliegende Ziele verfolgten, als gute Genossen angesehen werden müßten, gleichgültig, ob man sie Anarchisten nenne oder nicht.

Auf dem Parteitage von 1891 wurde auch das Problem des politischen und ökonomischen Streiks diskutiert. Wieder hatte der Sozialdemokratische Verband Stockholms die Frage aufgeworfen: ob „die Arbeiterpartei — ohne besondere Reformforde-

rungen — auf den Generalstreik hinarbeiten solle?“ Und der Parteitag sprach in einer mit 34 gegen 2 Stimmen beschlossenen Resolution aus: daß „ein wenn auch nicht allgemeiner, so doch kräftig organisierter Großstreik, gerichtet gegen irgendeinen der verwundbarsten Punkte des Gesellschaftsorganismus, während angemessener Konjunkturen als eines der Propaganda- und Machtmittel der Arbeiterpartei gebraucht werden könne, um solche politischen und ökonomischen Forderungen durchzusetzen, die im Bewußtsein des Volkes gereift seien.“ Die gleiche Frage ist auch auf späteren Kongressen mehrmals behandelt worden.

Eine der Hauptfragen des konstituierenden Parteitages von 1889 war, wie erwähnt, die künftige Stellung der Partei zu anderen politischen Parteien. In einem Lande wie Schweden, wo die Arbeiterklasse politisch rechtslos sei, und die Industrie noch keine größere Entwicklung erreicht habe, sei — erklärte der Parteitag — bei Wahlen, Stimmrechtsangelegenheiten u. dergl. bis auf weiteres ein Zusammenwirken mit solchen Gruppen nötig, die offenbar ernsthaft bestrebt seien, die Rechte des Volkes zu verteidigen und auszudehnen; mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, jedoch „der Anerkennung der Gleichberechtigung der Sozialdemokratie als einer politischen Partei“ sowie unter der weiteren Voraussetzung, daß die Vertrauensmänner der Partei die Bedingungen im übrigen annehmbar finden“.

In der Tat waren — wie der ausgezeichnete Statistiker an der Universität Upsala, G. Sundbärg, nachgewiesen hat[1]) — in der Periode zwischen 1867—1911 ³/₄ der Bevölkerung im Reichstage nicht vertreten: trotz des politischen Übergewichtes der Bauern in der zweiten Kammer. Dieser Umstand und der Mangel jeder sozialpolitischen Gesetzgebung im Interesse der Massen hat, wie Sundbärg weiter gezeigt hat, nicht wenig die Auswanderung gefördert. Gerade auf die Erorberung des allgemeinen Stimmrechts hat denn auch die Partei in der Folge ihre meiste Kraft konzentriert.

Bevor sie zum politischen Generalstreik von 1902, als Folge des hartnäckigen Widerstandes der Regierung gegen jede Wahl-

1) Sundbärg, Emigrationsutredningen. Betänkande. Stockholm 1913. S. 836. Professor S. ist am 21. Nov. 1914 gestorben.

rechtserweiterung schritt, ergriff sie auf dem I. Parteitage von 1891 die Initiative zur Einberufung der politisch-rechtlosen Massen zu einem „Volks-Reichstage", um Wege und Mittel zur Eroberung des allgemeinen Stimmrechtes zu beraten. Nachdem durch eine Volksabstimmung, an der über 200 000 Personen teilnahmen, festgestellt worden war, daß ein Interesse für die geplante Aktion im Lande vorhanden sei, wurde eine das ganze Land umfassende Wahlleitung organisiert und Vertreterwahlen ausgeschrieben. An diesen nahmen 150 000 Wähler teil, und im März 1893 kamen die Gewählten, 123 an der Zahl, darunter ca. 20 Sozialdemokraten, in der Hauptstadt zusammen, wo gerade der „Oberklassen-Reichstag" Session hielt. Der „Volks-Reichstag" blieb jedoch nur eine Demonstration und zeitigte keinen Erfolg. Die von ihm gewählte Deputation, die dem Staatsminister BOSTRÖM zu ÖSTANÅ, einem Großgrundbesitzer und Agrarier, die Forderungen des Volkes bekanntgeben sollte, erhielt die Antwort: er, der Minister, kenne keine anderen als die in Gemäßheit des Grundgesetzes gewählten Vertreter des schwedischen Volkes. Die Entsendung der Deputation an König OSCAR II. hatte keinen besseren Erfolg. Außerdem verweigerte die zweite Kammer des Reichstages einem ihrer Mitglieder, der zugleich dem „Volksreichstage" angehörte, nach der Audienz beim Könige und dem Ministerpräsidenten, das Wort zu einer Interpellation an die Regierung über ihre Stellung zu der Stimmrechtsfrage — ein Beschluß, der jedoch in einer späteren Sitzung zurückgenommen werden mußte.

Im Mai 1896 fand ein neuer Volks-Reichstag statt; auch dieser während der Reichstag versammelt war. Auf ihm entspannen sich heftigste Kämpfe zwischen Vertretern der radikaleren und der gemäßigteren Richtung. Die Radikalen forderten den politischen Generalstreik, um den Widerstand des Reichstages und der Regierung zu brechen. Die Gemäßigten wollten jedoch darauf nicht eingehen. Sie behielten die Oberhand. Nach diesem Mißerfolg gaben die Sozialdemokraten alle weiteren Gedanken an „Volks-Reichstage" auf und nahmen nun die Stimmrechtsfrage vollständig in eigene Hand. Ihre Aktionen in diesem Belange im einzelnen zu schildern, bietet jedoch — bei dem im wesentlichen überall gleichen Charakter von solchen — wenig Interesse. So seien denn nur die Schlußergebnisse angeführt.

Bei den Wahlen im Herbst 1896 wurde Hj. Branting mit Hilfe der Stockholmer Liberalen — als erster Vertreter der sozialdemokratischen Partei — in die zweite Kammer gewählt. Zwei Reichstagsperioden (1897—1902) vergingen, bevor er einen Genossen in der Kammer erhielt. Bei den Wahlen im Herbst 1902 gelang es jedoch der Partei, drei weitere Vertreter in die Kammer hineinzubringen, die von Provinzialstädten entsendet wurden. Die Kandidatur Branting selbst war damals nahe daran zu scheitern; da sie aus Erbitterung über den im Frühling 1902 inszenierten dreitätigen politischen Großstreik (15.—17. Mai), an dem 120 000 Ausständige, darunter 1/3 in Stockholm, teilgenommen hatten, auf das heftigste von den Konservativen bekämpft wurde. Doch gelang es, ihm mit Hilfe der Linken seinen Reichstagssitz zu erhalten. Seither hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion rasche und ständige Zunahme erfahren; zugleich auch die Zahl der für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmen. Es betrug die Zahl der:

	Abgeordneten	abgegebenen Stimmen
1902	3	8 751
1905	17	26 083
1908	35	54 004
1911	64	172 196
1914/I	73	228 662
1914/II[1])	87	265 669

Hinter den Wählerstimmen bleibt die Zahl der organisierten Parteimitglieder mit 75 444 i. J. 1913 weit zurück.

Das ungewöhnliche Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen nach 1908 hängt damit zusammen, daß i. J. 1909 — mit Anwendbarkeit von 1911 an — ein neues Wahlgesetz an Stelle des seit 1867 gültigen geschaffen wurde, das 1/2 Mill. neue Wähler das Wahlrecht gab. Zugleich wurde unter Beseitigung der Scheidung von Stadt und Land eine neue Wahlkreiseinteilung, die Proportional- an Stelle der Majoritätswahlen und für beide Häuser des Reichstages Diätenzahlung eingeführt.

Der Sieg von 1911, den die schwedische Sozialdemokratie

1) 1914 fanden infolge der Kammerauflösung im Februar 1914 zweimal Wahlen statt.

als dem der deutschen Bruderpartei von 1907 gleich ansah, wurde jedoch nicht nur durch diese Änderung des Wahlrechtes allein bewirkt. Nicht wenig gefördert wurde er auch durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik der bürgerlichen Linken und durch die Sympathie, die der Sozialdemokratie ihr Agrarprogramm innerhalb der bäuerlichen Bevölkerung warb. Schon 1908 gelangte der erste sozialdemokratische Bauer in den Reichstag; die Wahlen von 1911 vermehrten die Zahl der Kleinbauern innerhalb der sozialdemokratischen Reichtagsfraktion auf 7 und die zum „Verteidigungsreichstag" vom Sommer 1914 auf 11. Anläßlich der ordentlichen Wahlen im September 1914 wurde ein von 95 kleineren Landwirten, Kleinbauern und Kötnern unterzeichnetes Wahlmanifest „An die Landwirte Schwedens" — das erste seiner Art im Lande — veröffentlicht, mit der Aufforderung an die Wähler, sich um das Programm der Arbeiterpartei zu sammeln.

Aus den Herbstwahlen von 1914 sind die Sozialdemokraten als größte Partei der zweiten Kammer hervorgegangen. Denn gegenüber ihren 87 Mandaten gewannen die Konservativen, die sich auch als Gemäßigte bezeichnen, 86 (gegenüber 65 i. J. 1911), die liberale Linke aber nur 57 (gegen 101). Durch das neue Wahlgesetz von 1909 sind auch die Zensusbestimmungen für das passive Wahlrecht zur ersten Kammer, dem Oberhaus, wesentlich, wenn auch noch immer höchst ungenügend verbessert worden. Die Wahlen in die erste Kammer sind indirekte. Sie erfolgen durch die Provinziallandtage (landsting) und 5 in den Landtagen nicht vertretene Städten (Stockholm Gotenburg, Malmö, Norrköping und Gäfle). Als erste sozialdemokratische Vertreter zogen i. J. 1910 ins Oberhaus ein: Professor G. F. STEFFEN und der — seither verstorbene — frühere Abgeordnete der zweiten Kammer, der Vertrauensmann des Eisen- und Metallarbeiterverbandes ERNST BLOMBERG. Gegenwärtig sitzen in der ersten Kammer 14 Sozialdemokraten neben 47 Liberalen und 89 Konservativen.

Fragt man nach den Erfolgen der sozialdemokratischen Gruppe im Reichstage, so ist festzustellen, daß sie vorläufig nicht gar glänzend sind. Aus natürlichen Gründen. Wohl hat sie oder einzelne ihrer Mitglieder im Laufe der Jahre eine Menge von

Anträgen gestellt. Doch waren diese mehr prinzipieller Natur und wurden daher meist entweder von beiden oder einer der Kammern regelmäßig abgelehnt. Gegen die Pressebeschränkungen durch die „Staaff-Gesetze“ von 1906 und die Gesetze, welche die Handlungsfreiheit der Arbeiterklasse einengen, sind sie noch immer machtlos. Immer wieder und bisher stets vergeblich beantragt die Fraktion die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts für Männer und Frauen von 21 Jahren an und die Abschaffung der noch bestehenden Zensusbestimmungen, grundgesetzliche Festlegung von Schutz des Versammlungsrechtes u. a. m.

Innerhalb des Reichstages kann sich die Sozialdemokratie in Bezug auf das Maß der ihr zugestandenen Teilnahme an den Ausschüssen nicht beklagen. Dasselbe hat stetige Ausdehnung gewonnen, indem ihnen erst Ersatz- und sodann ordentliche Ausschussmandate eingeräumt wurden. Gegenwärtig ist eines der ältesten und hervorragendsten Parteimitglieder, der einstige Schuhmacher, F. W. Thorsson, als einer unter 7 Delegierten in die Reichsbank gewählt worden — ein Mandat, das als sehr große Auszeichnung gilt —, nachdem er schon 1908 in die damals errichtete staatliche Zivilkommission, der u. a. die Untersuchung militärischer Mißstände obliegt, entsendet worden war. Desgleichen hat die Regierung in die beiden 1912 errichteten aus Arbeitgebern, Arbeitern und anderen Sachverständigen zusammengesetzten sozialen staatlichen Institutionen, das „Reichsamt für soziale Angelegenheiten“ und den „Sozialen Rat“, mehrere sozialdemokratische Akademiker und innerhalb der Partei geschulte einstige Arbeiter berufen; so einen ehemaligen Möbeltischler und Wortführer der gewerkschaftlichen Landesorganisation, deren Kassier, sechs Vertrauensmänner verschiedener Fachverbände, einen Eisenarbeiter, einen Kooperator, früheren Mitarbeiter an dem „Social-Demokraten“. Manche dieser Delegierten sind zugleich Abgeordnete.

1906 haben die Sozialdemokraten im Reichstag sich als eigene Fraktion, „Socialdemokratiska riksdagsgruppen“, nach Muster der übrigen fünf Reichstagsparteien eine Exekutive von 7 Mitgliedern gegeben. Den Vorsitz sowohl in ihr wie in der ganzen Fraktion hat — wie bisher immer — Branting inne, dessen Ansehen im Laufe der Zeit stetig ge-

stiegen und noch immer im Wachsen begriffen ist. Als Redner im Reichstage gehört BRANTING zu den angesehensten, wenn er nicht der Angesehenste ist. Sein Charakter ist fleckenlos; aber er ist zu opportunistisch, um Chef einer sozialistischen Partei zu sein, und deshalb schwersten und schwereren Angriffen ausgesetzt als wohl sonst ein Führer. Trotzdem hat er sich das unbegrenzte Vertrauen seiner Partei zu erhalten gewußt. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, daß BRANTING Minister des Innern wird, während die Stellung als Kabinettchef ihm wohl, so lange STAAFF lebt, versagt bleiben dürfte.

Ein Anerbieten des damaligen Staatsministers STAAFF an die Sozialdemokraten, sich in seinem zweiten Ministerium von 1911 repräsentieren zu lassen, wurde von BRANTING namens der Partei abgelehnt. Durch die jüngsten Wahlen haben jedoch die politischen Verhältnisse gründliche Änderung erfahren. Als nunmehr „stärkste" Partei in der zweiten Kammer hat es die Sozialdemokratie für ihre Pflicht gehalten, der liberalen Partei die Hand zu Verhandlungen in betreffs einer Grundlage für ein eventuelles Zusammenwirken innerhalb des Reichstages zu reichen und zu diesem Zwecke ein gemeinsames Reform- und Arbeitsprogramm zu vereinbaren. Sollte die Notwendigkeit es fordern, so soll die Partei entschlossen sein, die Macht zu übernehmen. Ein für Ende November 1914 einberufener Parteitag wird jedoch in letzter Linie die Entscheidung hierüber treffen. „Die Sturmglocke" (Stormklockan), das im Dezember 1908 gegründete und von Z. HÖGLUND (geb. 1884) geleitete Organ des „Sozialdemokratischen Jugendverbandes" (Sverges socialdemokratiska ungdomsförbund), die stets mit Ungestüm alle Tendenzen der Parteileitung in der Richtung eines Zusammenwirkens mit den Liberalen sowie den Ministersozialismus überhaupt bekämpft hat, betrachtet den erwähnten vom Parteivorstand ausgegangenen Vorschlag an die Liberalen als reinen Bluff. Die Sozialdemokratie dürfte nie daran denken — meint das Blatt — die Macht zu übernehmen, ehe sie die Majorität in der zweiten Kammer erobert und eine hinter ihr stehende Majorität im Volke hätte. Obgleich relativ die größte Partei in der zweiten Kammer, sei sie trotzdem absolut betracht daselbst und vorläufig auch in der Wählerschaft nur eine Minorität. Es wäre daher töricht,

aufs Geratewohl — sei es allein, sei es im Verein mit den Liberalen — eine Regierung zu bilden. Eine solche würde sich notwendig als totgeborenes Unternehmen herausstellen. Anders freilich als die jüngeren Parteigenossen denken die Alten, die an den 1889 statuierten taktischen Richtlinien festhalten. Wie dem auch immer sei, jedenfalls ist die Frage nach der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Bourgeoisieregierung und der Ministersozialismus überhaupt nunmehr auch in Schweden aktuell geworden.

„Stormklockan“ und ihr — nach starkem Widerstand der Parteileitung im Herbst 1914 in die zweite Kammer gewählter — Herausgeber Höglund führen überhaupt einen ständigen und energischen Kampf gegen den innerhalb der Partei stark vertretenen Opportunismus, wobei Branting und den anderen Führern der Rechten hart zugesetzt wird. Die Kluft zwischen der opportunistischen Rechten („högern) und der Parteilinken („vänstern“) hat schließlich solche Dimensionen angenommen, daß es am 28. März 1912 innerhalb der Partei zur Gründung einer Sonderorganisation der Linken, der „Socialdemokratiska vänsterföreningen“, gekommen ist, der eine große Zahl der leitenden Kräfte des sozialdemokratischen Jugendverbandes, darunter Höglund, Lindhagen (der als eigentliche Urheber der Sonderorganisation angesehen werden darf) u. A. angehören.

Programmatisch bezielt „Socialdemokratiska vänsterföreningen“, die nur Angehörige der sozialdemokratischen Partei zu Mitgliedern zählt, vor allem propagandistische Verbreitung von Klarheit über die sozialen Probleme und die Stellung des Sozialismus zu denselben, Stärkung des inneren Parteizusammenhaltes im Hinblick auf die gemeinsamen Ziele und Kampf gegen den Opportunismus. Der Verband gibt eine unregelmäßig erscheinende Zeitung „Die Freiheit“ (Friheten) heraus, die das Motto trägt: „Brod, Freiheit und Selbstverantwortung“.

Die offiziellen Kreise der Partei — Parteivorstand, Reichstagsfraktion und mit geringen Ausnahmen auch die Parteipresse — haben gegen den „Socialdemokratiska vänsterföreningen“ in schärfster Weise Stellung genommen, obgleich der Parteivorstand sich in einer mit 17 gegen 4 Stimmen angenommenen Resolution

dahin aussprach, daß die Gründung des Vereins dem Parteistatut nicht widerspreche, und auch die Reichstagsfraktion eine ähnliche Erklärung abgab. Infolge dieser Haltung mußten drei Mitglieder des Parteivorstandes, darunter der Parteisekretär, die dem Vereine sich angeschlossen hatten, aus ihm austreten.

Der früher erwähnte „Sverges socialdemokratiska ungdomsförbund“ ist 1903 entstanden durch Absplitterung aus dem älteren, 1897 gegründeten „Sozialistischen Jugendverband (Socialistiska ungdomsförbundet), der sich als fortan antiparlamentarischer, antimilitaristischer und antireligiöser Verband konstituierte und seit seinem Kongresse von 1908 sich, obwohl er ganz unpolitisch ist, den Namen: „Jungsozialistische Partei Schwedens“ (Sverges ungsocialistiska parti) beigelegt hat. Es bestehen also zwei einander bekämpfende Jugendverbände.

Die „Sverges ungsocialistika parti“ gliedert sich in Klubs. Ihr in Stockholm erscheinendes Wochenblatt „Brand“ (Brand) wird zuweilen in einer Auflage von etwa 20 000 Exemplaren ausgegeben und hauptsächlich in Einzelnummern verkauft. Es wird von H. Bergegren redigiert. Ein anderes jungsozialistisches Blatt „Neue Volkswille (Nya Folkviljan) erscheint in Malmö in einer Auflage von ca. 10 000 Exemplaren. Letzteres widmet sich vorzugsweise der antireligiösen Kritik, während „Brand“ sich mit Kulturfragen im allgemeinen beschäftigt. Artikel von dem Lunder Professor Knut Wicksell sind in „Brand“ nicht selten, obgleich Wicksell kein Sozialist genannt werden kann. Die Mitgliederzahl der „Jungsozialistischen Partei“ ist jedoch zurzeit sehr klein und beträgt höchstens 2000—3000; sie ist die letzten Jahre stark zurückgegangen. Im Berichte des Zentralkomitees der Partei für 1909—12 wird festgestellt, daß nach mehrjähriger Erfahrung „die jungsozialistische Anschauung eine vorübergehende Episode im Leben eines Teiles der schwedischen Arbeiterjugend“ sei. Manche Sozialdemokraten, die jetzt Abgeordnete (oder Funktionäre) innerhalb der sozialdemokratischen Parteipresse sind, waren anfangs ausgeprägte Jungsozialisten gewesen.

Der „Sverges socialdemokratiska ungdomsförbund“, dessen Mitglieder gewöhnlich „Jungdemokraten“ zum Unterschied von den „Jungsozialisten“ genannt werden, wirkt ebenfalls durchaus

selbständig, aber innerhalb des Rahmens des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Infolge seiner bereits angedeuteten stark oppositionellen Haltung gegen den Opportunismus der offiziellen Parteikreise erstrebt die Parteileitung die Unterordnung des Jugendverbandes unter die Partei. Sie soll im Zusammenhang mit einer Reorganisation der letzteren unter Loslösung der politischen Organisation von der gewerkschaftlichen stattfinden. Zu diesem Zwecke hat der Parteitag von 1911 ein Komitee eingesetzt, der den — seit 1914 im Druck vorliegenden — Entwurf eines „Grundgesetzes für die Jugendwirksamkeit innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens“ ausgearbeitet hat. Danach sollen Mitglieder des Jugendverbandes nach erreichtem 21. Lebensjahre nicht länger in den Jugendvereinen verbleiben dürfen — eine Bestimmung, die heftigsten Protest der Jugendverbands-Organisationen und der „Stormklockan“ hervorgerufen hat. Die Mitgliederzahl des Jugendverbandes ist z. Z. 8000.

Die Partei verfügt im ganzen über 14 als Parteiorgane anerkannte, darunter 7 Tagesblätter, mit einer Gesamtauflage i. J. 1913 von 166 000 Exemplaren. Dazu kommen als von der Partei unabhängige Organe: 1 Tageblatt und 1, das 3mal wöchentlich erscheint; ferner die Wochenblätter: „Stormklockan“ mit einer Auflage von 20—25 000 Exemplaren; „Morgonbris“ (Morgenbrise), das Organ der sozialdemokratischen Frauen; „Verdandisten“ (Der Verdandist), das Organ der Abstinenzler. Seit Ende 1908 gibt die Partei auch die „Tiden. Månadsskrift för socialistisk kritik och politik“ (Monatsschrift für sozialistische Kritik und Politik), mit Branting und Gustav Möller als Redakteuren, die aber relativ geringe Verbreitung hat (1913 2330 Exemplare) und nebenbei bemerkt zweifelsohne auch besser in Übereinstimmung mit ihr gleichgearteten ausländischen Parteizeitschriften geleitet werden könnte. Endlich erscheinen — unter Redaktion des Parteisekretärs — regelmäßig einmal jährlich „Julfacklan“ (Die Weihnachtsfackel), und „1. Mai“ in einer Auflage von 50 000 resp. 60 000 Exemplaren i. J. 1913.

1902 ist ein Archiv der Arbeiterbewegung errichtet worden, das von der Partei und der gewerkschaftlichen Landesorganisation erhalten wird und dem sein Gründer Dr. O. F. Borge

vorsteht. — Seit mehreren Jahren wird ferner die Schaffung einer Arbeiterhochschule geplant, ohne daß dieselbe bisher hätte durchgeführt werden können. Dagegen besteht seit 1912 ein „Bildungsverband der Arbeiter“ (Arbetarnas bildningsförbund), dessen Zentralbureau in Stockholm Vorlesungs- und Unterrichtskurse einrichtet, den Einkauf von Büchern vermittelt usw. Endlich besitzt die Arbeiterbewegung in Stockholm 2 [1]), und in der Provinz zahlreiche andere Volkshäuser und Volksparks.

Die Mitgliederbewegung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei seit deren Konstituierung — aus früherer Zeit liegen keine Angaben vor — verdeutlichen folgende Ziffern. Es betrug die Zahl der Mitglieder:

1889	3 194	1898	39 476	1907	133 388
1890	6 922	1899	44 489	1908	112 693
1891	7 534	1900	44 100	1909	60 813
1892	5 630	1901	48 241	1910	55 248
1893	6 571	1902	49 190	1911	57 721
1894	7 625	1903	54 552	1912	61 000
1895	10 250	1904	64 835	1913	75 444
1896	15 464	1905	67 325		
1897	27 136	1906	101 929		

Das Jahr 1909 ist in mehreren Beziehungen ein Wendepunkt in der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie. Damals wurde in Schweden ein auch im Auslande viel beachteter und geschildeter Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit ausgekämpft. Die mächtigen Arbeitgeberorganisationen verfügten eine Aussperrung, die von der gewerkschaftlichen Landesorganisation mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung beantwortet wurde. An diesem Kampf beteiligten sich etwa 334 000 Arbeiter und er verursachte den Arbeiterorganisationen mindestens 8 Mill. Kr. Kriegskosten. Der Kampf der Arbeiter wurde von ausländischen Organisationen mit über 2 Mill. Kr. unterstützt, davon floß allein aus Deutschland über 1 Mill. Kr., aus Österreich-Ungarn 50 000 Kr. usw.[2]). — Der Kampf verlief jedoch für die Arbeiter unglück-

1) Die Geschichte des einen dieser Volkshäuser, das im Winter 1901 eingeweiht worden ist, schildert K. A. Tengdahl, Folkets Hus i Stockholm. Historik och beskrifning. Stockholm 1902.

2) Vgl. Die Aussperrungen und der Großstreik in Schweden. Bericht d. Abtlg. f. Arbeitsstatistik d. kgl. Kommerzkolleg. Stockholm 1912.

lich. Dieser Mißerfolg zeitigte denn auch einen großen Niedergang der Mitgliederzahl der Partei, obwohl diese sich in den Kampf nicht unmittelbar direkt eingemischt hatte. Aber ihre Mitglieder rekrutieren sich insbesondere aus den Fachvereinen, und der Mitgliederverlust innerhalb der lezteren und der Landesorganisation, der eine Folge des Mißtrauens und des Mißmutes nach der verlorenen Schlacht war, traf daher auch die Partei. Seit 1912 hat jedoch neuerdings eine ansteigende Bewegung eingesetzt.

VII.

Schweden ist eines der wenigen Länder, wo die Gewerkschafts- und die sozialdemokratische Parteiorganisation noch miteinander verbunden sind. Daß diese Verbindung von Anfang an bestand, ist ganz natürlich: baute sich ja die Partei auf den Fachvereinen auf; und da diese anfänglich noch nicht zu größeren Zentralverbänden zusammengeschlossen waren, so war es eben die Partei, die die Leitung der Gewerkschaftsbewegung übernahm. Später aber setzte eine Bewegung in der Richtung zentraler Zusammenfassung der Gewerkschaften ein, die schließlich in die Gründung der gewerkschaftlichen Landesorganisation im Jahre 1898 einmündete. Damit hörte natürlich jene eben erwähnte Leitung auch der Gewerkschaftsbewegung durch die politische auf. In den ersten Statuten der gewerkschaftlichen Landesorganisation wurde jedoch festgesetzt: daß „jeder angeschlossene Verein binnen 3 Jahren nach seinem Eintritt in die Landesorganisation zum Anschluß auch an die sozialdemokratische Arbeiterpartei verpflichtet sei, widrigenfalls er als aus der Landesorganisation geschieden angesehen würde.“ Dieser „Zwangsanschluß“ wurde — auch seitens der bürgerlichen Presse — Gegenstand so heftiger Kritik, daß die Landesorganisation auf ihrem II. Kongresse 1900 ihn fallen lassen mußte und an seiner Stelle eine Bestimmung über freiwilligen Anschluß der affiliierten Gewerkschaften an die Partei in ihre Statuten aufnahm. Danach obliegt es der Landesorganisation, „für Anschluß jedes affiliierten Fachvereins an die politische Ortsorganisation (die „Arbeiterkommune“) und durch diese an die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens zu wirken.“ Der Kongreß von 1909 hat endlich auch diese Bestimmung aufgegeben.

Satzungsgemäß ist also seither und gegenwärtig das Zusammenwirken zwischen der gewerkschaftlichen Landesorganisation und der Sozialdemokratie nicht mehr festgelegt. Indessen beschloß der Gewerkschaftskongreß von 1909 mit 367 gegen 55 Stimmen eine Resolution des Inhaltes: daß wenn nunmehr „ein Zusammenwirken mit einer bestimmten Partei formell" nicht gefordert werde, dennoch und um allen falschen Auslegungen von vornherein die Spitze abzubrechen, festgehalten werden müsse, daß damit „nicht im mindesten eine Veränderung in der geistigen Einheitlichkeit und Solidarität der Arbeiterbewegung, die von Anfang an in Schweden Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie zusammenkettet, beabsichtigt sei." Vielmehr „betrachte der Kongreß für seinen Teil die sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens als den natürlichen Träger der politischen Bestrebungen der schwedischen Arbeiterklasse."

Trotzdem bilden die Fachvereine fortdauernd die Grundlage der Partei. Diese hat jedoch auf ihrem ordentlichen Parteitage von 1911 ein Komitee eingesetzt, um zu prüfen: ob es „unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich und richtig sei, die Parteiorganisation allein auf politischen Vereinen aufzubauen." Das Kommissionsgutachten liegt nun vor[1]) und soll auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werden, der für August 1914 ausgeschrieben war, aber infolge des Weltkrieges verschoben werden mußte. Die Kommissionsmehrheit schlägt die Beibehaltung des Status quo vor. Nur ein Mitglied empfiehlt den Aufbau der Partei auf „persönlichem" statt auf Fachvereinsanschluß. Man darf wohl als sicher annehmen, daß der Mehrheitsantrag durchdringen wird. — Desgleichen steht auch auf der Tagesordnung die Frage einer Anpassung der Landesorganisation an die seit deren Schaffung eingetretene industrielle Entwicklung des Landes. Seit den 80er Jahren sind zahlreiche neue Industriezweige aufgekommen und haben sich ältere in bedeutendem Maße entfaltet. So insbesondere die Zucker-, Stein- und Zementindustrie. Die Zahl der Industriearbeiter ist denn auch in der Zeit von

1) Sverges socialdemokratiska arbetarepartis organisationsfråga. Utredning företagen på initiativ av 1911 års partikongress. Stockholm 1913, 73 S.; Utlåtande i fråga om Sverges socialdemokratiska arbetarepartis organisatoriska förhållande till fackföreningsrörelsen usw. Ebenda 1914, 70 S.

1886 bis 1912 von 84 482 auf 310 437 gewachsen; die Zahl der Fabriksbetriebe von 3 174 auf 11 787, der Produktionswert von rund 220 auf 1 778 1/3 Millionen Kronen [1]). Und nicht minder drängt zu einer Reorganisation von Gewerkschaften und Partei die Tatsache des Hervortretens immer mächtigerer Arbeitgeberverbände. Ein dahin abzielendes Gutachten des Reorganisationskomitees liegt bereits ebenfalls im Druck vor [2]). — Die Hauptfragen, die hierbei in Betracht kommen, sind, ob sich empfehle: ein stufenweiser Übergang zu Industrieverbänden; Dezentralisation oder noch stärkere Zentralisation; Übergang von der Verteidigungs- zu einer schärfer betonten Angriffsorganisation. Das Komitee vertritt im ganzen auch in dieser Beziehung die gemäßigte Anschauung, daß der Status quo beizubehalten sei.

Von den 37 im Lande gegenwärtig vorhandenen Fachverbänden waren der Landesorganisation angeschlossen Ende:
1912 30 Verbände mit 1392 Organisationen und 85 522 Mitgliedern,
1913 29 Verbände mit 1432 Organisationen und 97 138 Mitgliedern.

Nebenbei mag erwähnt werden, daß die Landesorganisation Eigentümerin eines stattlichen Gebäudes, das an das große Stockholmer Volkshaus anstößt, ist. — Sie gibt kein eigenes Blatt heraus; dagegen verfügen mehrere Einzelverbände über eigene Blätter. Die 35 Gewerkschaftsblätter, die in der Regel je einmal monatlich erschienen und im sozialdemokratischen Geiste redigiert sind, hatten Ende 1913 eine Gesamtauflage von 152 900 Exemplaren.

Neben den Industriearbeiter- ist auch eine Reihe von Landarbeiterorganisationen entstanden. Von diesen wurden gegründet: der schonische Landarbeiterverband 1904, der nordschwedische Forst- und Landarbeiterverband 1906 und der Landarbeiterverband Mittelschwedens 1907. Im letztgenannten Jahre fand eine Konferenz von Vertretern dieser Verbände und der mit der Agitation unter den Landarbeitern sich beschäftigenden sozialdemokratischen Parteidistrikte statt, auf welcher der Zusammenschluß der drei

1) Vgl. Schweden. Historisch-statistisches Handbuch. Im Auftrage der kgl. Regierung hrsg. von J. Guinchard. 2 Teile. II. Aufl. (deutsche Ausgabe), Stockholm 1913. I, 705 ff.

2) Utlåtande och förslag angående Landsorganisationens sammansättning och uppgifter. Utarbetade av Omorganisationskommittén. Stockholm 1912. 46 S.

genannten in einen „Svenska lantarbetareförbundet" — dem auch Kleinbauern angehören können — beschlossen wurde. Derselbe konstituierte sich 1908 in Mjölby und schloß sich 1909 der gewerkschaftlichen Landesorganisation an. Er mußte sie indessen schon im Juni 1911 wieder verlassen, weil er außerstande war und ist, die satzungsmäßigen Beitragskontingente einzuzahlen. Er hatte auch nur 5840 Mitglieder und diese Zahl ist seither auf 539 im Jahr 1912 gesunken — wobei man festzuhalten hat, daß die Zahl der männlichen Landarbeiter (Knechte, Instleute, Käthner und Taglöhner), uneingerechnet die Forstarbeiter, auf etwa 1/4 Million geschätzt wird[1]). Die sozialdemokratische Partei und die Landesorganisation sind ihr mehrmals mit bedeutenden Geldmitteln zu Hilfe gekommen, um die Bewegung auf die Beine zu bringen und aufrecht zu erhalten, jedoch vergeblich. Auch das Organ des Verbandes, „Lantarbetaren", mußte sein Erscheinen einstellen.

Neben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung existiert auch eine solche nach Muster der Hirsch-Dunckerschen. 1899 wurde „Svenska arbetareförbundet" (Der schwedische Arbeiterverband) gegründet, dem Männer und Frauen ohne Rücksicht auf den Beruf zugehören können, weshalb er in Sektionen geteilt ist. Ursprünglich sollte er satzungsgemäß Sozialdemokraten unzugänglich sein; 1910 ist jedoch diese Bestimmung beseitigt worden. Zur Zeit seiner Konstituierung zählte der „Svenska arbetareförbundet", der über ein zweimal monatlich erscheinendes Organ, „Arbetare-Tidningen" (Arbeiter-Zeitung), verfügt, ca. 10 Ortsvereine, bei seinem II. Kongresse 1901 ca. 40. Er ist aber, insbesondere seit 1909, in ständigem Rückgange. Dieser kommt natürlich auch in dem Maße seiner Einnahmen und Ausgaben zum Ausdruck. Dieselben stellten sich für das je vom 1. April bis 31. März reichende Geschäftsjahr 1913/14 in Summa auf 13 184 Kronen, gegen 33 247 Kronen für 1909/10, die Monatsbeiträge auf 5827 gegen 11 013 Kronen.

Von anderer Art als diese „Gelben"-Vereinigung ist die syndikalistische Arbeiterbewegung, die 1910 eingesetzt hat.

1) Vgl. GUINCHARD, Schweden I, 692 ff.; II, 164 ff.

Auf ihrem konstituierenden Kongresse in Stockholm am 25. bis 27. Juni 1910 nahm diese neue „revolutionäre“ Gewerkschaftsbewegung den wohl zu anspruchsvollen Namen „S(verges) A(rbetares) C(entralorganisation)“ (Zentralorganisation der Arbeiter Schwedens) an. Erst nach Gründung des Zentralverbandes — dessen Sitz in Malmö ist — begann die Errichtung örtlicher Gemeinorganisationen (lokala samorganisationer), welche die alten Fachverbände ersetzen sollen. Die Schöpfer der Bewegung hatten gehofft, es werde der Anschluß an die „S.A.C.“ nach der mißlungenen großen Arbeitseinstellung von 1909 allgemein werden. Diese Erwartung ging jedoch nicht in Erfüllung. Die Mitgliederzahl im ersten Jahre (Juni—Dezember 1910) betrug nur 696, verteilt auf 21 Lokalorganisationen sowie 8 Industrien, nämlich die Berg-, Gruben-, Bau-, Glas-, Eisen-, Chemisch-technische, Stein- und Sägewerkindustrie. Anfang 1913 war die Mitgliederzahl erst auf 2037 und Ende dieses Jahres auf nicht mehr als 3709 gestiegen, verteilt auf 99 Lokalorganisationen.

Trotz dieser numerischen Schwäche entwickelt jedoch die Organisation große Energie, und hat von allem Anfang an eine sehr herausfordernde Haltung gegenüber der alten sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteibewegung eingenommen. Ihr Blatt „Syndikalisten“ (Der Syndikalist) mit dem Motto: „Solidarität, direkte Aktion und Freiheit“ erschien erst zweimal monatlich, seit 1913 aber als Wochenblatt. Jetzt geht der Verband damit um, es zweimal in der Woche auszugeben. Jede Nummer wird zurzeit in einer Auflage von 8 300 Exemplaren gedruckt — woraus hervorzugehen scheint, daß die syndikalistischen Leser weitaus zahlreicher sind als die Organisierten. Die S.A.C. ließ sich auf dem I. internationalen syndikalistischen Kongresse in London (27. September bis 2. Oktober 1913) vertreten.

Man sieht: die Wirksamkeit der S.A.C. ist bedeutender, als ihre ziffermäßige Stärke es vermuten läßt, und die sozialdemokratische Partei sowie die Landesorganisation wenden ihr auch entsprechende Aufmerksamkeit zu. So ist denn auch eine ganze Literatur entstanden, die sich mit dem Syndikalismus — zustimmend, ablehnend, neutral — beschäftigt. Und da die

syndikalistische Bewegung auch in anderen Ländern, wo sie Eingang gefunden, eine neue Erscheinung ist, so wird es vielleicht nicht ohne Interesse sein, wenn die bedeutsamsten dieser bisher in Schweden erschienenen Schriften angeführt werden.

Über Auftrag der jungsozialistischen Partei habe ich selbst die Bewegung unter Zugrundelegung der Arbeiten von MICHELS, SOREL, CHALLAYE, MERMEIX, MILLE KRITSKY und der in der „Bibliothèque du mouvement socialiste" erschienenen Kleinschriften in objektiver Weise behandelt in „Syndikalismen. Dess väsen, teori och taktik". Stockholm 1910, 253 S. — Ebenfalls neutral verhält sich die Arbeit von IVAR O. LARSON, Om den „syndikalistiska" arbetare-rörelsen, särskilt i Frankrike. Ebenda 1910, 57 S. — Ferner sind von der „Bibliothèque du mouvement socialiste" 1909 im Verlag eines jungsozialistischen Klubs in Lysekil unter dem Titel „Syndikalistiskt bibliotek" die zwei ersten Bändchen („Syndikalism och Socialism" und „Landsorganisationen") in Übersetzung von GOTTFRID LJUNGDAL erschienen.

Von agitatorischen Schriften seien genannt: „Sverges arbetares centralorganisation byggd på Lokala samorganisationer" (Die Zentralorganisation der Arbeiter Schwedens aufgebaut auf lokalen gemeinschaftlichen Organisationen. Eine kurze Darstellung ihres Zieles und ihrer Mittel, ihrer Administrations- und Organisationsform und ihrer Taktik hinsichtlich der ökonomischen und industriellen Entwicklung). Die I. Auflage wurde von einem auf der Konferenz von Lund am 30. Januar 1910 eingesetzten Komitee, die II. umgearbeitete Auflage (31.—131. Tausend) vom S.A.C.-Arbeitsausschuß (Malmö 1914. 31 S.) ausgegeben. — Ferner ALBERT JENSEN, Sabotage. Rättegången i Karlskrona. 1909. 31 S.[1]). — Derselbe, Vad är sabotage. En undersökning. Stockholm 1912. 40 S. — G. LJUNGDAL, Den revolutionära syndikalismen och dess inne-

1) Eine kleine Schrift, die den Prozeß schildert, der wegen eines von JENSEN (geb. 1879) gehaltenen Vortrages über Sabotage auf Grund des „Staaff-Gesetzes" in Karlskrona durchgeführt wurde. Das Karlskronaer Amtsgericht verurteilte JENSEN, den POUGET des schwedischen Syndikalismus, auf den man auch die Charakteristik POUGETS durch MERMEIX als „l'esprit le plus aiguisé du monde syndicaliste" anwenden kann.

börd. 1912. 11 S. — JOHAN SANDGREN, Samhällsproblemet och dess lösning (Das Gesellschaftsproblem und seine Lösung). 1912. 136 S. — BRUNO SCHMYTZ, Nya former för klasskampen. 1912. 32 S. — JOHN ANDERSSON, Kamporganisationen. Dess former och taktik. 1912. 31 S. II. Aufl. 1914. — AXEL ANDERSSON, Arbetareklassens kamp, dess organisation, taktik och mål (Der Kampf der Arbeiterklasse. Ihre Organisation, ihre Taktik und ihr Ziel. Populäre Darstellung des Programms der Zentralorganisation der Arbeiter Schwedens). 1914. 32 S. — Dazu kommen noch an Übersetzungen aus dem Deutschen: P. RAMUS, Syndikalism och anarkism (1910, 37 S.); derselbe, Generalsträjk och direkt aktion i den proletariska klasskampen (1913, 74 S.); und aus dem Englischen: JACK LONDON, Sträjkbrytaren (Der Streikbrecher). 1914. 30 S. — TOM MANN, Varför jag är syndikalist? (bearbeitet von J. SANDGREN). 1912. 56 S. — Von den angeführten Autoren sind A. JENSEN, J. und A. ANDERSSON sowie J. SANDGREN „Proletarier". SANDGREN ist neuerdings zum zweitenmal nach Amerika emigriert. Er besitzt akademische Bildung, ist also ein „Deklassierter". SCHMYTZ ist ein norwegischer Arbeiter.

Eine gegnerische Stellung zum Syndikalismus endlich nehmen ein: Z. HÖGLUND, Den revolutionära syndikalismen. 1909. 30 S. — G. MÖLLER, Syndikalismen i svensk jordmån (Der Syndikalismus im schwedischen Erdreich). Eine Gratisbroschüre, hrsg. von der gewerkschaftlichen Landesorganisation. 1910. — G. BJÖRKLUND, Den nutida fackföreningsrörelsen och syndikalismen. Sammanfattning av dess grunddrag jämte kritik (Gegenwärtige Fachvereinsbewegung und Syndikalismus). 1912. 35 S. — V. NICOLAISEN, Den franska fackföreningsrörelsen. (Übersetzt aus dem Dänischen.) 1913. 73 S. — Die zwei letzten Schriften sind vom sozialdemokratischen Parteiverlag „Tiden" herausgegeben.

Außerdem ist die romantisierende Darstellung des Syndikalismus von E. PATAUD und E. POUGET in ihrer gemeinsamen Arbeit, „Comment nous ferons la Révolution", 1914 im Feuilleton des „Syndikalist" unter dem Titel „Huru vi skola genomföra revolutionen" und Ende 1914 auch in Buchform von der S.A.C. veröffentlicht worden.

Nachtrag[1]).

Der ordentliche Parteitag der Sozialdemokraten hätte im August 1914 stattfinden sollen. Unmittelbar nach seinem Zusammentritt brach jedoch der Weltkrieg aus und ordnete die schwedische Regierung die Mobilisierung zur Verteidigung der Neutralität des Landes an. Der Parteitag ging infolgedessen, nachdem er ein Neutralitätsmanifest beschlossen hatte, sofort auseinander. Er wurde jedoch vom Parteivorstande später wieder einberufen und fand sodann in der Zeit vom 23. November bis zum 1. Dezember 1914 in Stockholm statt.

Der Kongreß, den BRANTING in seiner Schlußrede als einen „historischen" bezeichnete, sprach sich im Hinblick auf die durch die letzten Reichstagswahlen geschaffene Stellung der Partei und die Frage der Teilnahme an der Regierung[2]) für eine solche Teilnahme aus. BRANTING erklärte: es gelte, „die große Verantwortung ... zu übernehmen, ob die Partei es wagen solle, einen neuen Schritt in den Staats- und Gesellschaftsbau hineinzutun, falls die Entwicklung der Verhältnisse die Unterlage für einen solchen Schritt schaffen würde." Und der Parteitag erteilte mit 90 gegen 58 Stimmen dem Parteivorstande Vollmacht zu Verhandlungen mit der liberalen Partei auf Grund eines vom Kongresse gutgeheißenen, nicht veröffentlichten Verhandlungsprogramms, sowie zur eventuellen Teilnahme an der Regierungsbildung. Die Minorität wieder sprach sich in einer Resolution dahin aus: es seien „keine solchen Gründe angeführt worden, die der Kongreß gutheißen könne, um die Mitwirkung der Partei an der Bildung eines liberal-sozialdemokratischen Ministeriums zu billigen; und ebensowenig könne er unter den bestehenden parlamentarischen und übrigen Machtverhältnissen und der jetzigen Möglichkeit zu deren Entwicklung durch die Arbeiter eine sozialdemokratische Regierung empfehlen". Aber auch sie findet ein Zusammenwirken der beiden Parteien, „mit dem Ziel einer klaren, demokratischen Politik", ganz in der Ordnung.

Was den Linkenverein innerhalb der Partei anbelangt[3]), so

1) Der Artikel befindet sich seit dem Juni 1914 in den Händen des Herausgebers.

2) S. oben S. 69. 3) S. oben S. 70.

nahm der Kongreß ihm gegenüber womöglich noch schroffer Stellung als die Parteiorgane bei dessen Gründung. Er genehmigte nämlich mit 73 Stimmen die Handlungsweise des Parteivorstands, während eine Minorität von 54 Stimmen dieselbe mißbilligte. Ein Antrag, über das Gutachten des Parteivorstandes einfach zur Tagesordnung überzugehen, wurde abgelehnt.

Dagegen schloß die Abrechnung mit dem Jugendverbande[1]) mit einem Kompromiß zu dessen Gunsten. Danach erscheint zwar jedes Jugendverbandsmitglied nach erreichtem 21. Jahre verpflichtet, der Partei anzugehören, es kann aber auch weiterhin im Verbande verbleiben.

Am bemerkenswertesten ist zweifellos der Kongreßbeschluß über das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsbewegung[2]). Wie vorauszusehen gewesen, wurde der Status-quo-Vorschlag des Reorganisationskomitees mit überwältigender Majorität (100 gegen 25 Stimmen) angenommen. Außerdem genehmigte der Kongreß debattelos eine vom genannten Komitee vorgelegte Resolution — ein Gegenstück zu der der Landesorganisation auf deren Kongreß von 1909 —, in welcher es u. a. heißt: „Der IX. Parteikongreß ... weist darauf hin, daß jedes Parteimitglied, das einen — fachvereinlich organisierten — Beruf ausübt, moralisch verpflichtet ist, dem Fachvereine anzugehören und eifrig an der Arbeit innerhalb desselben teilzunehmen." Wer in gewerkschaftlicher Hinsicht sich als „nicht solidarisch" erweist, kann der Partei nicht angehören, bezw. ausgeschlossen werden. Arbeiterkommune und Parteivorstand sollen darauf achten, daß dieser Kongreßbeschluß „respektiert" werde — eine Anweisung, die ebenso wie die ganze Resolution offensichtlich ihren Stachel gegen den „revolutionären" Syndikalismus richtet.

Überhaupt ist festzustellen, daß der Parteivorstand auf dem Kongreß seinen Willen in einem Umfang durchgesetzt hat, wie kaum je vorher in den 25 Jahren, seitdem die Partei besteht. Branting, der mit Akklamation zum Chef bezw. Wortführer wiedergewählt wurde, ist denn auch vollauf im Recht, wenn er mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden ist und im „Social-

1) S. oben S. 69, 71 f. 2) S. oben S. 75.

Demokraten" namentlich darauf hinweist, daß der Parteivorstand nunmehr so „homogen zusammengesetzt" sei, daß er, „ungestört durch innere Gegensätze und Reibereien", kräftig danach weiterstreben könne, alle Macht, die „zugunsten eines radikalen Linkenkurses in unserer inneren Politik erreichbar ist", zu sammeln. Mit anderen Worten, BRANTING ist ein moderner LOUIS BLANC geworden. Möchte es ihm nur nicht so ergehen wie einst LOUIS BLANC während der Februarrevolution, und nicht auch seine Absichten im Sande verlaufen! Der eine der beiden Oppositionsführer, Z. HÖGLUND, meint auch in einem Kongreßüberblick in der „Sturmglocke", daß die Neuwahl des Parteivorstandes „die letzte Machtäußerung einer sterbenden Gewalt" sei, die daher auch mit „Resignation" ertragen werden könne.

Die Bedachtsamkeit und Vorsicht, die dem schwedischen Volkscharakter eignen — stammen ja die gegenwärtigen Schweden von einem freien Bauernstande ab, dessen Wesen eben Bedachtsamkeit ausmacht — verspürt man auch bei der schwedischen Arbeiterklasse, und sie machen sich oft geltend. Der Schwede vermag all seine Kraft an die Eroberung eines Rechtes, einer Position u. dergl. zu setzen — die schwedische Bauerngeschichte bewährt das oft genug —, ist aber die „Eroberung" gelungen, so verharrt er bei dem Gewonnenen so lange als möglich. Das gilt auch im großen und ganzen von der schwedischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Vielleicht ist es ein Verdienst, vielleicht auch nicht. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß der schwedische Arbeiter Bauernblut in den Adern hat.

Rußland und Europa.

Von

Alexander Brückner (Berlin).

Der Verfall von Schweden und Polen hatte Rußland die Ostseeküste und die Länder zwischen Dniepr und Warthe d. i. auf der langen europäischen Front die dauernde enge Fühlung mit dem Abendlande gesichert; damit schien sich auch vorzubereiten eine langsame, stetige Durchdringung oder Verschmelzung des Westens und sogar des äußersten Ostens; die Träger dieser Synthese schienen die Russen werden zu sollen. Doch blieb diese Wirkung vorläufig aus; statt einer Synthese wird nur europäische Kultur und Ordnung bis über den Amur und an die große Mauer getragen, und es bleiben hier nebeneinander, wie früher, fortbestehen die uralten Gegensätze zwischen dem organisch tätigen, rastlos unternehmenden, zukunftsfrohen, optimistischen Westen und dem verträumten, passiven, pessimistischen fernen Osten, der in die Vergangenheit starrend an seinen durch Jahrtausende geheiligten Traditionen festhält. Von diesem noch immer unvermittelten Gegensatz schweift unser Blick zu näherliegendem. Es fesselt ihn namentlich folgendes Problem.

I.

Wie nährte sich Rußlands Geist vom europäischen, wie spiegelten sich abendländische Ideen in dem neuen Rußland wieder? Denn eigene Ideen hat das unphilosophischeste aller Länder, dessen Unterrichtsminister einst erklärte: ein Nutzen der Philosophie sei noch völlig unbewiesen, ihr Schaden dagegen möglich, nicht viel von Belang hervorgebracht; russische Denker pflügen mit fremdem Kalbe; sogar wenn sie den Europäismus bekämpfen, holen sie sich die Waffen dazu aus dem europäischen Arsenal. Und doch, trotz Mangels an Originalität, ja oft an Tiefe, lohnt es sich gar sehr, nachzugehen den Wanderungen und Wandlungen europäischer Ideen auf russischem Boden, schon wegen ihrer merkwürdigen Resonanz: einmal auf den Riesenflächen des „sechsten Erdteiles“, dann in den ganz eigenartigen Verhältnissen eines byzantinisch-tatarischen, gegen alles Fremde noch unlängst argwöhnisch voreingenommenen Geistes, verbunden mit einem primitiven Wirtschaftsleben in dem gewaltigsten aller Bauernreiche, wo sich in der Gemeindekommunion, im „Mir“, eine „neue Form der Leibeigenschaft“ bis

tief ins 20. Jahrhundert erhalten hat. Und doppelt lohnt sich dieses Nachgehen, wenn man dabei auf einen Führer wie den böhmischen Realisten TH. G. MASARYK stößt, der Rußlands geistigen Boden kennt wie nicht leicht ein anderer Abendländer, aus eigener Anschauung wie aus gründlichstem Studium der gesamten einschlägigen, russischen und europäischen Literatur, die er in erstaunlicher Fülle zusammenbrachte und mit kritischem, von voller Sympathie für den Gegenstand getragenen und belebten Verständnis ausnützte.

Der Haupttitel seines aus reichem Wissen und tiefem Durchdenken hervorgegangenen Werkes [1]) ist derselbe, den das Buch eines Slavophilen, N. DANILEWSKY, vor über vierzig Jahren trug. Aber während dessen — nach einem treffenden Wort von WL. SOLOWIEW — „zoologischer“ Patriotismus und Nationalismus noch Wechsel zog auf eine nahe, glänzende Zukunft der Slaven- und Russenwelt, die natürlich uneingelöst blieben; während DANILEWSKY seine Russen alle Kulturelemente Europas organisch verschmelzen und alle sozialen Aufgaben lösen ließ, begnügt sich MASARYK mit „Studien über die geistigen Strömungen in Rußland“, mit deren sachlicher, unvoreingenommener, gediegener Erforschung und Darstellung, und bespricht in „Soziologischen Skizzen“ russische Geschichts- und Religionsphilosophie seit CZADAJEW (ich wähle diese kürzere, bei den Zeitgenossen übliche Form) und KIREJEWSKY bis STRUVE und ROPSZIN (1830—1912), die für ihn alle nur Vorläufer und Nachfolger von DOSTOJEWSKY sind. Denn um diesen handelt es sich ihm im Grunde; aber erst weitere Bände werden die Geschichts- und Religionsphilosophie DOSTOJEWSKYS selbst, seinen Zusammenhang mit der europäischen und russischen Literatur darstellen und wird seine Analyse in das Studium Rußlands einführen. Den Beweis für die Richtigkeit der Wahl gerade dieser halb pathologischen Persönlichkeit, dieses mystischen Mystifikators, dieses verschlagenen Sophisten, dieses Pessimisten, Atheisten und Gottsuchers zugleich für die Erkenntnis Rußlands müssen wir abwarten. Des geradlinigen, offenen, ehrlichen, körperlich wie geistig unendlich robusten Maximalisten TOLSTOI geschieht vorläufig keine besondere Erwähnung, weder in den vorliegenden noch in den in Aussicht gestellten Bänden; ich konstatiere nur diese auffallende Lücke, ohne sie erklären zu wollen.

Die beiden Bände des MASARYKschen Werkes enthalten drei Teile, von denen wir nur den II., den Hauptteil („Skizzen zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie“, §§ 48—185), besprechen; der I. Teil enthält die historische Einleitung auf den ersten 190 Seiten; der III. (2. Band, S. 425 bis 510) die Zusammenfassung alles Vorausgegangenen; einige Bemerkungen über diese beiden Teile mögen genügen.

---

1) TH. G. MASARYK, Rußland und Europa. Studien über die geistigen Strömungen in Rußland. Erste Folge. Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. Soziologische Skizzen. I. und II. Bd. Jena, Eugen Diederichs 1913. Gr. 8°. 388 und 533 S. (24, geb. 28 Mk.).

Bei einer Geschichte der modernen geistigen Strömungen Frankreichs oder Englands würde man kaum mit den Gesta Dei per Francos oder mit HENGIST und HORSA beginnen, aber für Rußland setzt man in Europa noch immer so wenig Kenntnisse voraus, daß ein Zurückgehen auf die Gesamtgeschichte seit der ältesten Zeit und die Hervorhebung aller treibenden Elemente der Entwicklung in ihrer Aufeinanderfolge dem Verfasser fürs bessere Verständnis durchaus unerläßlich erschienen. So gibt MASARYK eine Übersicht der inneren Geschichte Rußlands von 863—1912, die trefflich orientiert. Bei seiner außerordentlichen Sachkenntnis fällt jedoch manche schiefe oder einseitige Bemerkung auf. So z. B. S. 96: „Trotzdem mußte auch unter Nikolaus I. eine Universität begründet werden, in Kiew 1833"; dies war doch nur der kümmerliche Ersatz für die zwei aufgehobenen Universitäten Wilno und Warschau und für das Lyzeum von Krzemieniec. — S. 123: „Unter Alexander II. werden zwei neue Universitäten gegründet, Odessa 1864, Warschau 1869"; die junge polnische Universität ward ja aufgehoben und durch die russische ersetzt, mit dem Erfolge, daß, wenn heute im Zartum Polen ein wissenschaftliches Leben existiert, dieses sich nur trotz und gegen die „Landesuniversität", entwickelt hat; die frühere polnische Universität hatte in den knappen 7 Jahren ihres Bestehens unendlich mehr für Kultur und Wissenschaft geleistet als die kaiserliche Verfinsterungsanstalt in 45 Jahren. Unterschätzt wird der Einfluß Polens im 17. und 18. Jahrhundert usw. Aber dies und anderes, z. B. unrichtige Wortdeutungen usf., sind nur Kleinigkeiten, doch fallen sie gerade bei der Darstellung der neuesten Zeit auf. So finden wir über die russische „Revolution" allerlei statistische Angaben (Zahl der Streike, Prozesse, Hinrichtungen), dagegen wird mit keinem Wörtchen die Rolle der Juden angedeutet: während die Juden in Rußland noch nicht 4 % der Bevölkerung erreichen, machten sie (1903 und 1904) 53 % der verurteilten politischen „Verbrecher" aus, die Jüdinnen sogar 64,3 % dieser Frauen, daher wird diese „Revolution" als von Juden gemacht oder geführt dargestellt; nach PLEHWE sollten ja die Juden allein 80 % aller Revolutionäre stellen! Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß es bedeutende Zeitungen in der Provinz (Kiew, Odessa) und in Petersburg gibt, deren Redaktionsstab zum großen Teil aus Juden besteht, deren Nationalität für den Fremden vielfach durch polnisch-russische Pseudonyme (z. B. JABLONOWSKY, WOLYNSKY, SLONIMSKY, JZGOJEW usw.) verdeckt erscheint.

MASARYK spricht zwar viel vom alten Mir (Gemeindekommunion), aber von dessen heutiger planmäßigen Zertrümmerung durch die Ukaze vom 5. Oktober und 9. November 1906, sowie durch die Gesetze von 1910 und 1911 macht er wenig Aufhebens (S. 155 f.). Der uneingeweihte Leser merkt es gar nicht, daß es sich hiebei um eine ungleich größere Revolution als die von 1905 handelt, daß der Mir zum raschesten Aussterben bereits verurteilt ist, daß nach wenigen Jahren nur noch Überlebsel davon bestehen bleiben, wie die Auerochsen in dem masovischen Walde; dazu ist zusammengeschrumpft das Idol oder Palladium der Slavophilen und der Sozialrevolutionäre! Es wird

also der russische Mir nicht mehr die Panazee für alle sozialen Schäden Europas, und Rußlands soziale Entwicklung geht denselben Weg wie die europäische; ENGELS hat Recht behalten, als er die Möglichkeit einer russischen andersgearteten Entwicklung einfach auslachte. Diese Zertrümmerung des Mir hat eine Flut von Büchern und Broschüren hervorgerufen; der deutsche Leser sei verwiesen auf den knappen Fachartikel des Dänen A. KOEFOED, einer der Hauptpersonen dieses ganzen Prozesses[1]). Die russischen Oppositionellen sind wütend, daß der verachtete CZINOWNIK (Bureaukrat) in wenig Monaten entschieden hat, worüber sie, zu eigenem Erfolg und ohne Nutzen für die Sache, weil endlos, hätten debattieren können. Es ist dies der größte, natürlich ganz unbeabsichtigte Erfolg der russischen „Revolution“: um den drohenden Bauernunruhen für immer den Boden zu entziehen und den Revolutionären ihren einzigen Trumpf aus der Hand zu nehmen, griff STOLYPIN den Stier bei den Hörnern an und schuf, trotz allen Widerspruches von rechts und links, eine Gesetzgebung für die Stärkeren. Die bisher fast homogene Bauernmasse (90 % der Russen) wird endgiltig differenziert; neben wenigen Großbauern sinken die schwachen Elemente zu Tagelöhnern herab oder verlassen das Dorf. Aber das Phantom des Mir mit allen daran geknüpften sozialistischen Träumen und Wünschen, die die hellsten Köpfe in Rußland (HERZEN, CZERNYSZEWSKY), ja zeitweilig im Auslande (MARX), verwirrten, ist für immer eingesargt. Es ist die größte Reform, die Rußland seit 1861, seit der Bauernemanzipation, durchführte, mit gleich begeisterter Hingebung, auch nicht ganz ohne die alte Überstürzung im einzelnen. Sie beansprucht jedenfalls andere Würdigung, als ihr MASARYK zuteil werden ließ: man merkt hier wie auch sonst einen leisen Widerhall des russischen, liberalen Doktrinarismus, seiner Einseitigkeit und Engherzigkeit bei dem böhmischen Realisten.

Wie gegen diese krasse Unterschätzung der grandiosen Reform, so muß man sich auch gegen die krasse Überschätzung der sog. russischen „Revolution“ wenden, die den III. Teil des Werkes durchzieht. Wir lesen II, S. 480: „Diese Studien könnten ganz gut den Titel ‚Russische Revolution‘ führen — tatsächlich ist Rußland seit Peter I. in einem chronischen Zustande der Revolution und das Problem der Revolution beschäftigt alle russischen Geschichtsphilosophen und Politiker. Man könnte sagen, das Problem der Revolution sei das russische Problem“. In der Tat scheint der zweite Band förmlich wie auf dieses Problem zugeschnitten und darüber anderes vernachlässigt. Faktisch hat es nie eine russische Revolution gegeben und es wird nie eine im Bauernreich geben. Wohl waren der lokalen

---

1) „Die russische Agrargesetzgebung und ihre Durchführung in der Praxis“ (in „Rußlands Kultur und Volkswirtschaft“, hrsg. von M. SERING. Berlin und Leipzig 1913. S. 147/170). Vgl. ebenda, S. 115/147, den Artikel von AUHAGEN, „Zur Beurteilung der russischen Agrarreform“, der auch die Gegner zu Worte kommen läßt; sowie einiges im I. Jhrg. der „Russian Review“ (London 1912) von Freunden und Gegnern der Reform.

Putsche oder Streike viele, aber ob in Gaczino oder im Michaelsschloß oder auf dem Senatsplatz oder in Czihiryn oder in Moskau oder auf dem „Potemkin“, blieb sich gleich, denn nie griff die Bewegung weiter hinaus. So war z. B. der Dekabristenputsch nur eine Posse mit tragischem Ausgang; für Revolution fehlen ja alle Voraussetzungen bei den Riesendimensionen des Bauernreiches, die jede planmäßige Arbeit unwirksam machen, bei dem völligen Mangel an politischen Interessen (anders war es mit den sozialen) im Bauernreiche, bis zu dem steten Mangel an Führern, der durch zahllose heroische Todesopfer noch ja nicht ersetzt wird. Die „Diktatoren“ der Revolution verkrochen sich zitternd und weinend in Regierungsgebäuden (1825) oder waren überhaupt nicht vorhanden [1]).

Das Wesen der russischen „Revolution“ hat ein von MASARYK aus dem eben angeführten Grunde völlig unterschätzter, einer der bedeutendsten russischen Denker und Belletristen, der begeisterte Gottsucher und erbitterte Feind der offiziellen Kirche, MEREŻKOWSKY, trefflich erklärt. In seinen Feuilletons über das „Kranke Rußland“ gesteht er offen: „Wenn man uns die Schlinge allzusehr zuzieht, beginnen wir uns in Krämpfen zu winden; dann zieht man die Schlinge noch enger zusammen und wir werden wieder steif“ [2]). So war es in Rußland stets, 1825, 1881, 1905. Der geradezu schimpfliche Abfall der gesamten Intelligenz von der Revolution und ihren Idealen, wie sie z. B. die Wiechy (s. unten S. 112) darstellen, die völlige Hoffnungslosigkeit der Revolutionäre, die die Regierung nicht vertilgt hat, nur weil sie selbst des Hängens müde wurde, das sind die Zeichen der Zeit nach 1905. Die Reaktion, Rußlands „ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht“, triumphiert, weil nach demselben MEREŻKOWSKY die Russen zu denjenigen Barbaren gehören, die, nach einem Worte von ARISTOTELES, in Sklaverei gut, in Freiheit schlecht sind (a. a. O., S. 183).

In den allgemeinen Ausführungen dieses resumierenden Teiles fällt weiter auf die Überschätzung des konfessionellen Elementes. Für die Revolution von 1789 wird Frankreichs Katholizismus verantwortlich gemacht, als ob in Deutschland, auch wenn es wieder ganz katholisch geworden wäre, die große Revolution je hätte möglich werden können! Rasse und Temperament haben den Ausschlag gegeben, nicht Konfession. Bei der Wertung der Reformation wird vergessen, daß sie den Sieg des Deismus oder gar des religiösen Indifferentismus um volle zwei Jahrhunderte verzögert hat; man war in Europa schon auf die Bahn eines ERASMUS von Rotterdam, d. h. auf die Bahn des schließlichen Unglaubens gedrängt, als LUTHER, ZWINGLI und CALVIN dazwischenfuhren, um, wie es den schaudernden Humanisten damals schien, nur die alten Zänkereien der Scholastiker wieder zu Ehren zu bringen.

Ehe wir zum Hauptthema übergehen, sei zu seinem besseren Verständnis einiges über diese „altrussische Kultur“ bemerkt, auf die die Slavophilen und

1) Vgl. den lehrreichen Aufsatz von CHRUSTALEW über die Revolution von 1905 in „Russian Review“ II (1913), S. 89/100.

2) Gesammelte Werke, XII. Bd. (1911), S. 59.

ihre Nachfolger, namentlich auch heute, stark pochen, die wir daher erst ins wahre Licht rücken müssen.

Der Name „altrussische Kultur" deckt allerdings Ungleichartiges; Kiew und Großnowgorod waren ja von Moskau durchaus verschieden, doch fügen wir uns dem Sprachgebrauche und verstehen unter „altrussischer" Kultur nur die moskowitische. Die Frage, wie sie ihre ganz eigenartigen Züge gewonnen hat, ist von großem völkerpsychologischen Interesse. „Wichtiger als der tatarische, scheint mir der polnisch-litauische und der schwedisch-deutsche Einfluß", meint MASARYK (I, 22). Ganz zu Unrecht schon darum, weil der polnische Einfluß, vom schwedischen ist gar nicht zu reden, das alte Moskau gar nicht direkt traf. Entscheidend auf Moskaus Psyche wurde nur der tatarische, den MASARYK auf einige Äußerlichkeiten in Hofhalt, Administration, Kriegführung, Bräuchen, Worten einschränkt. Faktisch reichte dieser Einfluß unendlich tiefer. Von den Tataren übernahm Moskau die vollste Nichtachtung der Wahrheit; das wußte schon der alte HERBERSTEIN. Auf das Wort des Nowgoroder Kaufmanns konnte man nach ihm felsenfest bauen; als aber die alten Nowgoroder vom Zaren getötet oder verschleppt waren, kam mit den Moskauern in Nowgorod jeder Lug und Trug auf und dabei blieb es. Ich will dafür nicht fremde, z. B. polnische Zeugen oder den Engländer FLETCHER nennen, es genügen die russischen, im 17. Jahrhundert Fürst CHVOROSTININ und KOTOSZICHIN; noch im 19. Jahrhundert schrieb der Altrusse PISEMSKY Skizzen unter dem Titel „Russische Lügner".

Ebenso fällt in Moskau die rein tatarische Nichtachtung jeglicher Menschenwürde auf. Das Beispiel kam von oben. Die menschenunwürdige Unterwürfigkeit des Großfürsten dem Tatarenchan und der Großen dem Großfürsten gegenüber ward nun Hauptzug des Russen, und die Slavophilen samt DOSTOJEWSKY priesen und verlangten von ihm nur das s m i r e n i j e, die Demut-Erniedrigung, als eine urslavische und urchristliche Tugend; nach BURACZOK ist ja sogar KOPERNIKUS (den er für einen Slaven hielt), zu seiner Theorie gelangt, nur weil er eigentlich ein Pokornikus („Demütiger") war. MEREŻKOWSKY (a. a. O., S. 66) erzählt, wie ihm ein Beamter des Synod die unbedingte Unterwürfigkeit unter die Obrigkeit plausibel machte: Soll dich der Bär nicht fressen, heuchle den Tod, rühre dich nicht, atme nicht — ebenso ist es mit der Obrigkeit, demütige dich vor ihr, daß du dir selbst vorkommst wie ein im Sarge liegender Toter; damit entwaffnest du sie und wirst durch das Antlitz der Bestie das christliche erkennen. Ist das tatarisch oder christlich? Ebenbürtig ist damit die Verachtung jedes Fremden, des „Unreinen": der Zar wusch sich sofort nach dem Handkuß durch den fremden Gesandten seine Hände vor dessen Augen ab; die russische Kirche galt als entweiht, wenn ein Heide (Katholik usw.) oder ein Hund hereinlief. Und von dieser unsympathischen Paarung von Unterwürfigkeit und Hochmut ist bis heute manches übrig geblieben. Wir brauchen stets einen, vor dem wir auf den Knien rutschen und einen, den wir ohrfeigen, meinte TURGENEW. Dagegen ist, wenigstens in den intelligenten Kreisen, völlig und längst verschwunden die tatarische Stellung der Frau, die nur wie im Harem lebte.

Echt tatarisch war dann die absolute Unwissenheit im ganzen Volke. Im alten Moskau war die Schule eine ganz unbekannte Erscheinung; daher kamen den Fremden die Russen, ob jung oder alt, reich oder arm, alle gleichermaßen als Kinder vor. Die Autodidakten unter der Geistlichkeit konnten belesen sein, doch waren sie nie gebildet. Übrigens gab es auch Geistliche, die die Evangelisten nicht gleich herzunennen wußten; dafür verehrten sie die hl. Maria Magdalena, weil sie einmal einem Bettler ihre Umarmung gratis gewährt hätte; diesem ihrem theologischen Wissen entsprach auch ihre Lebensführung und mit Vorliebe ließen Landsknechte ihr Wasser auf die herumliegenden betrunkenen Popen.

Das sind aufs Geratewohl ein paar Pröbchen der Kultur der „getauften Bären" (LEIBNIZ), die ich nur so zu charakterisieren vermag, wie HERZENS Mineralogieprofessor seine Steine: Kristallisation — kristallisiert nicht, Verwendung — wird nicht verwendet. Wollten die Russen Menschen werden, mußten sie eben ihre „Kultur" über Bord werfen; daß Peter der Große dies ohne Bedenken tat, darin bestand sein epochales Verdienst. Er ließ seine Russen „Affentracht" und „Affenantlitz" annehmen (denn so nannten sie die kurzen Röcke und die rasierten Gesichter der Europäer); er führte die Frau in die Öffentlichkeit; er schuf Schulen und schaffte den Patriarchen ab; er tötete seinen einzigen Sohn und Nachfolger, weil ihm dieser in „altrussische Kultur" zurückzufallen drohte; er tat seinem Adel das größte Leid an, als er ihn zum Dienste zwang. Denn die „Oblomowerei" des russischen Adels, das Leben im Schlafrock und auf dem Sopha, war auch ein tatarisches Erbübel, die Faulheit des Herrn-Sklavenhalters, die Atrophie von jeglichem ernsten Willen und Energie, die ihr würdiges Gegenstück fand in unbeschränkten despotischen Anwandlungen, in ungezügelten Ausbrüchen wilder, zerstörender Lebenslust. Und lange noch behielt das Familienleben seine tatarisch-primitiven Züge der Despotie und Sklaverei; man lese darüber nicht etwa den DOMOSTROI des 16. Jahrhunderts, der die Peitsche über dem Ehebett aufhängte, sondern die Schilderungen des Familienlebens im 19. Jahrhundert eines SALTYKOW, „Poszechonskaja Starina", oder die Schilderungen des OSTROWSKY vom Leben des russischen Kaufmanns, oder des alten AKSAKOW Familienchronik oder Oblomows Jugendtraum bei GONCZAROW usw. Wie in der rückständigen Provinz das Leben noch heute ist, dafür sei als klassischer Zeuge der lang ausgesponnene Roman von GORKI, „Matwiej Kożemiakin" (4 Teile, 1911), genannt. Gegen diesen starken psychischen Einschlag gehalten, war der physische ohne jede Bedeutung; daß die Namen oder Ahnen der AKSAKOW, SALTYKOW, TURGENEW, auch des DERZAWIN u. a. tatarisch waren, hat nichts zu besagen. Das altrussische moskowitische Leben und Kultur, die tatarische Willkür und die byzantinische Askese ist gerade das Gegenteil echten slavischen Lebens und Kultur!

Iwan der Gestrenge (die geläufige deutsche Übersetzung „Grausame" ist grundfalsch) ist die völlige Inkarnation der „altrussischen Kultur", deren Züge wir nicht erschöpft haben; ihr tatarischer Despotismus hat nur Äußerlichkeiten von Byzanz entlehnt (den Doppeladler, das Wort Samoderzec =

Autokrator u. a.), stammt aber direkt aus der Goldenen Horde, ebenso wie die furchtbare, unmenschliche Grausamkeit in der Kriegführung oder bei den Strafgerichten. Liest man ferner POBIEDONOSCEWS Angriffe des Westens und seiner Freiheit, DOSTOJEWSKYS „Dämonen“ oder „Die Karamazows“, ROZANOWS Ausfälle gegen Christus und das Christentum neben seiner Mystik des Fleisches, manche Ausführungen der „Slavophilen“, oder würdigt man das Wirken der russischen Beamten im Zartum Polen (mit ihren „Gesetzen“ zur bloßen Parade vor Europa und ihren „Instruktionen“ für den Hausgebrauch), immer summt einem im Ohr das Wort von der tatarischen Verschlagenheit, das ja GORKI speziell für die Slavophilen geprägt hat.

Andere gehen weiter, möchten sogar den russischen Nihilismus und Pandestruktionismus als ein Erbstück des Dzingischan, als etwas atavistisches hinstellen, doch ist ungleich ungezwungener, natürlicher eine andere Erklärung. Jedenfalls war der tatarische Einschlag in der russischen Psyche unendlich tiefer, als dies MASARYK zugibt, und mit dieser Feststellung erst gehen wir zu den geistigen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts über, deren Vertreter gerade zu dieser „Kultur“ die verschiedenartigste Stellung eingenommen haben.

II.

Zur Orientierung des Lesers in den oft krausen Irrgängen des russischen Denkens sei noch folgendes vorausgeschickt.

Wir haben bereits Rußland als das unphilosophischeste Land bezeichnet. Abstraktes Denken ist nicht nach seinem Geschmack; sogar BIELINSKY, ein durchaus philosophisch angelegter Kopf, gab dies von sich ohne weiteres zu. Trotz aller Talente haben die Russen bis heute, wenn ich von LOPATIN absehe, kein philosophisches System geschaffen; sie haben es sogar in der Zeit, da auch bei ihnen jede Intelligenz nur abstrakt dachte, in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, nicht einmal soweit gebracht wie damals die Polen, konnten nicht Leistungen aufweisen wie die des Nationalökonomen-Philosophen CIESZKOWSKI, des Vorgängers von MARX und LASSALLE, eines der wenigen schöpferischen Hegelianer, oder des großen Pädagogen-Philosophen TRENTOWSKI, des Schöpfers der konsequenten Universalphilosophie. Dieser Mangel ist desto auffälliger, weil die Russen mit Vorliebe allgemeine, theoretische Fragen und Themen behandeln, mit regem Wissensdurst namentlich auf das Neue und Allerneueste sich stürzen, die Vor- und Zwischenstufen allerdings überspringend. Je extremer, extravaganter eine Sache, desto größeren Zulauf findet sie. BÜCHNERS „Kraft und Stoff“ hat in der gesamten Welt nicht annähernd die Verwüstung angerichtet, wie in den russischen Köpfen allein; das MARXfieber durchseuchte seinerzeit ganz Rußland, namentlich das junge. Als ich einen russischen Kollegen 1895 fragte, ob SALTYKOW noch viel von der Jugend gelesen würde, meinte er: außer MARX liest sie überhaupt nichts. Noch heute frägt der Russe nicht, wie ein Buch ist, sondern nur: kakije wywody? (welches sind seine Resultate?), und russische Abhandlungen werden meist mit einer besonderen Aufzählung der „Resultate“ versehen. Die Methode, wie man zu den Resultaten gekommen

ist, die Einzelheiten, das Konkrete, interessieren weniger; da ermüdet zu leicht die Aufmerksamkeit, das scheint zu pedantisch, zu unwesentlich, das überläßt man den „Deutschen".

Von diesem Heißhunger, mit dem man sich auf Allgemeinheiten und ganz besonders auf die allerneuesten stürzt, sticht die mangelnde Verarbeitung, Verdauung des Aufgenommenen grell ab: Ob ein Russe von all denen, die MASARYK bespricht (es sind ja keine Fachphilosophen darunter), je ein System, ja auch nur einen Gedanken, vollständig zu Ende durchdacht hat, möchte man schier bezweifeln, etwa mit Ausnahme von LAWROW und MICHAJLOWSKY. Die deutschen philosophischen Systeme, in die sich die Russen (außer in KANT, der unbekannt blieb) vertieften, nahmen sie in der Regel einseitig auf, die russischen Schellingianer z. B. hauptsächlich die SCHELLINGsche Ästhetik, die Fichteaner die FICHTEsche Ethik; das Erkenntnistheoretische blieb ihnen fremd, es zogen sie nur die ethischen und religiösen Probleme an. Daher auch die Leichtigkeit, mit der sie die Systeme wechselten; BIELINSKY und BAKUNIN sind rasch nacheinander Schellingianer, Fichteaner, Hegelianer, Feuerbachianer usw. geworden. Dafür auch die Einseitigkeit in der Auffassung: was für Unheil hat in ihren Köpfen z. B. das HEGELsche Axiom von der Vernünftigkeit alles Wirklichen angerichtet, nur weil sie gar nicht nach der Bedeutung der HEGELschen Wirklichkeit fragten. Bei ihrem mangelnden Interesse für Erkenntnistheoretisches ergreifen sie mit Vorliebe, was kein Kopfzerbrechen mehr kostet, den Positivismus als Methode und den Materialismus als Weltanschauung.

Die Vorliebe für das Extreme ist, wie bemerkt, ein anderes bezeichnendes Merkmal; Mäßigung, Maßhalten ist unbeliebt. Wie im Leben ihnen die einfache Pflichterfüllung als fad und banal gilt, so verachten sie auch im Denken das Maß, die Besonnenheit. Der Denker BIELINSKY verwandelt sich bei jedem neuen System sofort zu einem rasenden Roland in dessen Verkündigung; als angehender Hegelianer, in der ersten Hitze, apotheosiert er die russische Autokratie, verdammt seinen Abgott SCHILLER wegen seines Idealismus, verurteilt MICKIEWICZ wegen seines Patriotismus, schließt jegliche Tendenz aus der Kunst aus; zu spät sieht er ein, was er angerichtet hatte, seine Rehabilitierung des MICKIEWICZ z. B. ließ die Zensur nicht mehr durch. Polnische Studenten in Petersburg erzählten mir, sie könnten mit ihren russischen Kollegen nicht recht verkehren, denn entweder sei bei diesen jedes zweite Wort Gott und Zar oder aber verwerfen sie alles, Nationalgefühl, Religion usw., vollständig. Daher sind auch PUSZKIN und TURGENEW, als Meister des Maßes, eine ganz ausnahmsweise Erscheinung in der gesamten Literatur gewesen.

Diese extreme Richtung führt zu dem Maximalismus, der für den Russen so charakteristisch ist. Ein TOLSTOI z. B. verlangt sofort alles, und da dies nicht zu erreichen ist, verwirft er eben alles. Wir wissen wohl, daß unserer Ehe, Staat, Polizei, Organisationen, Kapitalismus usw. Mängel aller Art anhaften, aber es fällt uns nicht ein, mit TOLSTOI wegen dieser Mängel gleich Ehe, Staat, Polizei, Gerichte, Organisationen usw. unbedingt zu verwerfen.

Wir bewundern den unübertroffenen Menschenschilderer und den unermüdlichen Wahrheitssucher, wir sind dem strengen Gewissensrichter, dem ungeduldigen Mahner und Wecker, dankbar für unendliche Anregung, aber ein praktischer Erfolg kann ihm nie auf die Dauer beschieden sein und alle Tolstoianer sind längst in alle Winde verweht. Alles oder nichts ist für den Russen die Losung, daher seine stete Enttäuschung, sein Pessimismus, die Langeweile schließlich, Rußlands Erbübel, die skuka. In dem Alter, wo das europäische Mädchen noch seelenvergnügt mit der Puppe spielt, langweilt sich das russische; der Gymnasiast bereits saugt sich an MARX voll und findet alles andere schaal. HERZEN, enttäuscht durch den Ausgang der Revolution von 1848, verwirft sofort das ganze Abendland und setzt, wie ein verzweifelter Spieler, seine Hoffnungen auf den — Mir. Es ist kein Zufall, daß der Russe BAKUNIN Vater, wenn nicht des Anarchismus, so doch des Pandestruktionismus ist: die Zerstörung um der Zerstörung willen ist seine Losung wie die des Sawa im ANDREJEWschen Drama. Die Frage, im Namen wovon denn wir die Hölzer zusammentragen sollen, um in ihrem lustigen Feuer unsere RAPHAEL und REMBRANDT verschwinden zu sehen, die Frage, was denn die Stelle der Vernichtung einnehmen soll, lehnen BAKUNIN und Sawa als überflüssiges Kopfzerbrechen ab: ihr nackter Mensch auf der nackten Erde wird sich natürlich sofort das Paradies schaffen.

Dafür sind die Russen Meister in der Kunst, eine an sich ganz einfache Sache so zu verbrämen und aufzuputzen, daß etwas völlig anderes entsteht, aus der Not eine Tugend, aus Fehlern Vorzüge, aus schnödem Verrat ein heroisches Opfer. Während MICKIEWICZ einfach von ihrem „Heroismus der Sklaverei" handelte, haben die Russen, DOSTOJEWSKY voran, in diesem Sklavensinn die Panazee für die Menschheit erfunden: Demütige dich, Stolzer, ist ihre Losung, die wir dankend ablehnen. Der Russe ahmt außerordentlich leicht nach (ein Erbübel des Slaven, das zu dessen Entnationalisierung stark beitrug; über diese Xenomanie eifert man schon seit dem Mittelalter), und GRIBOJEDOW hat der russischen Intelligenz etwas von chinesischer Unduldsamkeit gegen alles Fremde gewünscht, damit nicht das Volk seine Intelligenten für Ausländer halten müßte; ein PUSZKIN hat mit großer Leichtigkeit (allerdings auch mit gleicher Seichtigkeit, z. B. sein Faust) fremde Dichter und Stoffe nachgeahmt. Daraus machte DOSTOJEWSKY in seiner berühmten Puschkinrede 1880 den Dichter zu einem „Allmenschen" (wobei er allerdings nur ein Plagiat an A. GRIGORIEW beging), und seit diesem Tag wird den Russen das „Allmenschentum", die besondere Aufnahmefähigkeit und Verschmelzung aller Ideen und Tugenden Europas, als Beruf nachgerühmt — natürlich in leeren Worten, irgendein Beweis ist dafür noch nicht erbracht. Etwas mehr diskreditiert ist, heute wenigstens, ein anderer Köhlerglaube, auf den sich die Russen, von CZADAJEW und HERZEN an, stets beriefen: weil der Russe bisher nichts geschaffen hatte, weil er unbeteiligt geblieben war am europäischen Ideenleben, hielt man diese seine Unberührtheit, Ursprünglichkeit, „Frische" für die beste Gewähr, nicht etwa logischerweise dafür, daß dies auch fernerhin so bleiben dürfte, sondern umgekehrt, daß

ihm die glänzendste Zukunft gesichert wäre, daß er, der künftige Messias, die organische Lösung aller der Zweifel und vergeblichen Mühen des alten Europa bringen werde. TURGENEW ließ seinen galligen Potugin aus Anlaß der Londoner Weltausstellung sagen: Wenn jetzt ganz Rußland vom Erdboden auf einmal verschwände, brauchte darum noch kein Nagel im ganzen Krystallpalast sich zu lockern. Ob heute, nach einem halben Jahrhundert, ein neuer Potugin nicht dasselbe wiederholen könnte? Wie freute sich HERZEN über die durch keinerlei fortgeschleppte Traditionen gehinderte Gradlinigkeit des Russen, dessen Geist, wie seine Steppe, keine Engen noch Schranken kenne, und ab und zu ertönt noch heute diese Melodie. Aber mit gleichem Rechte könnte man einen Analphabeten wegen seiner Unwissenheit verherrlichen. Ein CZADAJEW hat darüber ganz anders und viel richtiger gedacht. So hilft man sich in Rußland mit einer Phrase über alles Unangenehme hinweg oder lullt sich mit einer anderen in Sicherheit ein, z. B. die Phrase von Rußlands Jugendfrische! In Wahrheit ist jedoch Rußland gerade so alt wie das übrige Europa, seine „Jugend“ und „Frische“ nur eine Erfindung statt Rückständigkeit. Bei allen diesen und ähnlichen unmotivierten Gedankensprüngen erinnern wir uns wieder der Worte von TURGENEW: Der Russe trägt nicht nur seine Mütze, sondern auch sein Hirn schief.

Aber weiß der Russe nicht Ideen zu schaffen, sterben für sie kann er wie niemand anderer. Was ist das Martyrologium europäischer Intelligenz gegen das russische! Aus Studenten, Kursistinnen, Ärzten, Lehrern, unter die sich selten ein Arbeiter oder Bauer verlor, rekrutierten sich die zahllosen, mitunter auch namenlosen Heroen der „Revolution“. Im Abendlande ereifert man sich nur theoretisch für Ideen, errichtet eventuell auch Barrikaden, aber nur der Russe läßt sich für sie massenhaft hängen. Über die Ideen oder richtiger die Ideenlosigkeit der „Nihilisten“ schüttelt man den Kopf, aber jede Kritik erstirbt beim Anblick der Opfer eines PLEHWE, STOLYPIN und wie alle die Henker hießen. Staunende Bewunderung, tiefstes Mitgefühl wecken diese Helden, wie sie ihr junges Leben unter den größten physischen und psychischen Qualen hingeben, wie diese neuen Winkelriede der Freiheit eine Gasse vergebens brechen. Nur den christlichen Märtyrern der ersten Jahrhunderte sind sie zu vergleichen; dies resignierte Leiden finden wir auch bei dem Volke, wie dies z. B. die Selbstverbrennungen der Sektierer, ja ihr ganzes Verhalten vom Protopopen AVAKUM an im 17. Jahrhundert bis zu den Duchoborzen von heute beweisen. Die an Ideen gar arme russische Revolution ist desto reicher an idealen Gestalten und der Fremde, Amerikaner oder Pole (z. B. ST. BRZOZOWSKI in seinem Roman „Flammen“), der ihnen je näher getreten ist, wird zu ihrem glühenden Verehrer.

III.

Rußlands Vergangenheit war großartig, herrlich ist seine Gegenwart, seine Zukunft wird alles übertreffen, was Menschengeist ersinnen kann: so formulierte Rußlands Rolle der oberste der Gensdarmen, als durch eine Art

von Indiskretion von seiten des Autors wie der Zensur, CZADAJEWS Verzweiflungsschrei ertönte, daß Rußland weder Vergangenheit noch Gegenwart noch Zukunft habe. In seiner alten Isoliertheit von Europa läge der Grund dieses Übels, der völligen Haltlosigkeit aller Ideen, in einem Lande, wo sogar das Quecksilber festfriere, des Mangels an Kulturgewöhnungen einfachster Art von Zucht, Ordnung, Gerechtigkeit, Ehre, wie sie dem Abendlande angeboren sind, sogar der Ausdruckslosigkeit russischer Gesichter, wenn man sie mit denen des Westens vergleicht. Das Erstarren im byzantinischen Schisma machte CZADAJEW verantwortlich für diese Rückständigkeit, die durch passive Aufnahme der europäischen Errungenschaften nicht getilgt würde.

CZADAJEWS Einfluß ist schwer zu bestimmen; er ist, wie so viele andere russische Denker, nur Dilettant, im besten Falle Populärphilosoph, schreibt oder wenigstens veröffentlicht so gut wie nichts, doch ersetzt diesen Mangel die mündliche Propaganda in den endlosen Debatten, in denen sich die Russen gefallen, in denen sie Meister sind. Die Filiation der Ideen ist daher schwer festzustellen. Wir wissen oft nicht recht, was z. B. bei HERZEN auf das Konto von CZADAJEW oder von KIRIEJEWSKY zu setzen ist. Schon bei CZADAJEW finden wir nämlich auch die Hoffnung auf Rußlands Zukunftgröße, die durch sein spätes Auftreten in der Geschichte verbürgt werde, als ob das später Kommende eo ipso auch das Vollkommenere sein müßte.

CZADAJEWS katholisierende Richtung, die von ihm selbst bald eine starke Korrektur erhielt und sich fast ins Gegenteil verkehrte, fand nur vereinzelte Nachfolger. Größer und heute sich wieder erneuernd, war der Einfluß der Slavophilen, die die Orthodoxie mit Rußland identifizierten, doch in der Bevormundung der Kirche durch den Staat Unheil sahen, Peters Reformwerk mehr oder minder als Abfall vom Altrussentum erkannten und verwarfen, in einseitiger Bewunderung erträumter alter Tugenden und Vorzüge aufgingen und das Nationalgefühl vor allem dadurch zu wecken suchten, daß sie Petersburg aus ganzer Seele und mit jedem Gedanken hassen lehrten. Im letzten Grunde war diese „Slavophilie", die eigentlich Moskwophilie heißen müßte, da sie nichts mit Slaven zu tun hatte, da ihr die andersgläubigen Slaven nur ein Greuel, nur Abtrünnige waren, ein Rückschlag, wie ihn ähnlich schon die vorigen Jahrhunderte aufzuweisen hatten, als die alte Kirche, d. i. der Hort der nationalen Interessen, bedroht erschien. Im 17. Jahrhundert war so das Schisma der „Altgläubigen" von der angeblich reformierten Staatskirche entstanden; im 18. Jahrhundert verfochten so Erzbischof MACIEJEWICZ die Rechte der vom Staat erdrosselten Kirche und Fürst SZCZERBATOW die alte Sittlichkeit gegen die moderne, französische Sittenverderbnis; im 19. Jahrhundert verteidigten so die slavophilen Don Quichote Kirche und Nation gegen den Indifferentismus und Skeptizismus der offiziellen Welt wie der „Westler", der überzeugten Anhänger des Europäertums. Nur ihre Waffen waren andere; sie waren nicht umsonst bei dem Westen in die Schule gegangen. Ihr Theologe, CHOMIAKOW, bewies mit unübertroffener Sophistik und schon aus angeborenem Widerspruchsgeist

die Alleinseligkeit der Orthodoxie, der angeblichen Kirche der Liebe, Einigkeit, brüderlichen Selbständigkeit gegenüber den Neuerungen des machtlüsternen Papismus und dem trockenen Rationalismus der Protestanten. Ihr Historiker, KONSTANTIN AKSAKOW, erfand Rußlands „innere Wahrheit" gegenüber der „äußeren" Europas, den Gegensatz von „Land" und „Staat", von der Einstimmigkeit des Mir und dem Majoritätszwang der Parlamente, des herzlichen Vertrauens des Russen, der alle Verantwortung den Regierenden überläßt, und des schnöden Mißtrauens des Abendländers, der ohne die Garantien der Verfassung nicht zu leben weiß. Für seine windigen Konstruktionen mißbrauchte er das alte Märchen von der (angeblich) freiwilligen Berufung der Waräger durch Russen. Nicht auf Eroberung, wie alle abendländischen, ginge der russische Staat zurück, er ruhe auf der inneren Wahrheit friedfertiger Harmonie, die europäischen auf der äußeren des Zwanges. Beide, CHOMIAKOW und AKSAKOW, gehen auf IWAN KIRIEJEWSKY, den bedeutendsten russischen Schellingianer (neben GRIGORIEW), zurück, der jedoch seine leitenden Ideen erst später schriftlich formulieren konnte.

KIRIEJEWSKY ist aus einem Paulus ein Saulus geworden, aus einem Europäer ein Slavophile; seine Religiosität siegte über seinen Liberalismus, seine Orthodoxie weckte sein Nationalitätsgefühl. Die Fehler des Westens, seiner individualistischen, den Staat, die Kirche, die Gesellschaft, die Familie atomisierenden Entwicklung sieht er scharf, die Rückständigkeit des Ostens deutet er als Vorzug um; aber von dem mrakobiesije, dem Obskurantismus und von dem Europäerhaß späterer Slavophilen ist er noch weit entfernt. Seine gründliche philosophische Bildung und humane Gesinnung hält ihn von schroffer Einseitigkeit zurück. Dagegen ist seine Konsequenz gar unbedeutend und es fällt nicht schwer, ihm Widersprüche nachzuweisen, ganz abgesehen von aller Fragwürdigkeit seiner Grundpositionen, die man auf Treu und Glauben hinnehmen muß: von der leichteren Annahme und reineren Bewahrung des echten (byzantinischen) Christentumes durch die Russen; von der wahren Kultur des alten Rußland (wir haben sie oben kennen gelernt), wie sie auf dem Lande im Gegensatz zur Stadt fortlebe; von der ruhigen Einheitlichkeit des russischen Wesens gegenüber der europäischen Zerrissenheit (ja, wenn Einheitlichkeit nur Unentwickeltheit ist); von dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Rußland und Europa (was KIRIEJEWSKY nur wünscht, setzt er einfach als gegeben hin); von dem Gegensatz zwischen russischem Glauben und Tradition gegenüber westlichem Wissen und Kritik, die alles Unheil anrichten usw. Diese Willkür der Annahmen ist für das ganze Slavophilentum charakteristisch, aber sein ruhiger, bescheidener Begründer, in seinem weltflüchtigen Quietismus, in seinem starren Konservatismus, der ihn weder an der absoluten Staatsautorität noch an der Leibeigenschaft rütteln läßt, hält noch Maß. Aber auch bei ihm finden wir schon den Russen im Zentrum, als Herz der Menschheit (die Allmenschheit des DOSTOJEWSKY); schon ihm ist das russische Volk der Messias der Völker. Mit diesen Überschwenglichkeiten versöhnt einigermaßen die idealistische Gesin-

nung, der Ruf nach größerer Bildung, ein mystischer Aufflug des Gedankens, was den Nachfolgern meist völlig fehlte. Die Kritik seiner Positionen wie der des energischeren CHOMIAKOV ist von MASARYK eingehend gegeben, die späteren slavophilen Journalisten (IWAN AKSAKOW) und Politiker (SAMARIN; KOSZELEW und CZERKASSKY sind gar nicht genannt) werden kurz gestreift.

Mit Recht, denn über die Begründer der Lehre sind die späteren gar nicht mehr hinausgekommen, am allerwenigsten der rührigste unter ihnen, der unphilosophische Kopf, aber temperament- und talentvolle Publizist IWAN AKSAKOW, der sich einfach als Testamentsvollstrecker der Slavophilen betrachtete und seine periodischen Publikationen hauptsächlich auch mit Briefen, Memoiren u. dergl. der älteren Slavophilen ausfüllte. Man spricht außerhalb Rußlands viel von den Slavophilen und macht nur viel Lärm um Nichts, denn einen wirklichen, weiterreichenden Einfluß hat der Klüngel nicht geübt, schon darum nicht, weil er die meiste Zeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nur in kleinen Privatzirkeln wirkte. Die Regierung duldete keine slavophilen Publikationen, die ja trotz aller Vorsicht ihrer Äußerungen eo ipso die schärfste Kritik an der Petersburger Regierung und ihrem System übten. Deutsche Romantik, deutscher Idealismus haben die Slavophilie geboren; es war dasselbe Gefühl der Unzufriedenheit mit der beengenden Umgebung, dieselbe Idealisierung der nationalen Vergangenheit, derselbe Glaube an die Nation als Trägerin einer großen Idee, wovon auch KIRIEJEWSKY ausging. Der Stolz auf seine Nation und noch mehr auf seine Kirche, die unabhängige Gesinnung, die Forderung von Freiheit für Wort und Gewissen, vom Hören auf die Stimme des Volkes, von Achtung für das Weib, die liebevolle Erforschung des Volkstums, das Hochhalten der Tradition, das waren die positiven, die Lichtseiten der Lehre, die später vielfach zurücktraten oder sich verdunkelten.

Von der Slavophilie ist der Panslavismus nachdrücklichst zu scheiden, eine Kinderkrankheit der Böhmen, da sie sich in den Anfängen ihrer nationalen Wiedergeburt nach äußerlichem Halt umsahen und das Märchen von der slavischen Bluts- und Seelengemeinschaft aufbrachten. Ein Märchen, denn die Russen und Böhmen eint neben einer weitläufigen Sprachverwandtschaft höchstens, daß sie vor anderthalb Jahrtausenden ausgeprägte Anarchisten waren und daß sie den Deutschen gleichmäßig hassen; aber der Böhme steht durch die historische Entwicklung diesem Deutschen unendlich näher als dem ihm völlig wesensfremden und im Grunde rätselhaften Russen. Allerdings interessierten sich die älteren Slavophilen auch für andere Slaven aus ihren romantischen Tendenzen her, aber dieses Interesse reichte nicht weit und jüngere Slavophilen, z. B. der Kritiker A. GRIGORJEW, der Erfinder der „poczwa", des nationalen Fundamentes, und Lehrer von DOSTOJEWSKY, protestierten geradezu gegen jegliches Paktieren mit Polen und Kleinrussen. Doch hat sich im Laufe der Jahre der Panslavismus, der ja wegen der unendlichen Überlegenheit der Russen an Zahl, Macht, Reichtum über die übrigen Slaven folgerichtig nur ein Panrussismus sein kann, mit der Slavophilie verquickt und beide haben, namentlich nach 1863, nach dem Polen-

aufstande, langsam einen gewissen Einfluß auf die Regierung gewonnen, die sich ab und zu mit nationalem und falls es ihrer Politik paßte, sogar mit panslavistischem Öle salben ließ, was 1914 seinen Höhepunkt erreichte, als die russische Regierung, die Unterdrückerin der Polen und Kleinrussen, sich auf einmal zum Hort der gesamten Slavenwelt, zu ihrer Vorkämpferin gegen jegliches Deutschtum aufwarf und entscheidende Siege über deutsche Ortsnamen und Kolonisten erfocht. Bezeichnend war auch die Rolle, die SAMARIN und Iwan AKSAKOW bei der Entdeutschung der baltischen Provinzen gespielt haben.

Das Programm der Slavophilen war im Grunde das der Regierung selbst, das der Unterrichtsminister UWAROW formuliert hatte: ein Gott, ein Zar, ein Volk — also Orthodoxie, Autokratie und nationale Einheit. Doch im Geist und Einzelheiten gingen beide Programme stark auseinander; für UWAROW war ja Leibeigenschaft die Granitsäule des Staatsgebäudes, das Zurückdrängen Rußlands um 50 Jahre seine Lebensaufgabe, die Nichtexistenz russischer Literatur (als eines beunruhigenden Momentes) sein Herzenswunsch. Außerdem bedurfte UWAROW keiner Ideologie, ohne die die Slavophilen nicht auskommen konnten; die Gensdarmen und die zwanzig Zensurämter sorgten dafür, daß niemand das offizielle Programm bekämpfte oder anzweifelte.

Gegen die Slavophilen wie gegen das UWAROWsche Programm wandten sich gleichmäßig die „Westler“, deren Ideologie MASARYK weniger ausführlich bespricht, weil er Einzelnen, einem BIELINSKY, HERZEN, BAKUNIN, besondere Kapitel widmet, was er bei den Slavophilen nicht tat. Die Bedeutung der Westler ist auch eine unendlich größere; während die Ideologie der Slavophilen nicht weit über einige Moskauer Salons hinausreichte, haben die Westler in BIELINSKY einen leidenschaftlichen Vorkämpfer gefunden, an dessen Lippen das ganze junge und anständige Rußland hing, den es bewunderte und liebte. War jedoch der slavophile Klüngel in allem Wesentlichen einer Meinung, so vereinten sich unter den Westlern alle möglichen Richtungen, vom gemäßigtesten Liberalismus an bis zum politischen und namentlich sozialen Radikalismus. Zu den Radikalsten gehörte eben der Hauptsprecher, BIELINSKY. Er hat seinen Beruf verfehlt; er mußte literarischer, ästhetischer Kritiker werden, weil in dem Nikolaitischen Rußland Belletristik die einzige Form gewährte, unter der man humane Gedanken und moderne Ansichten durchschmuggeln durfte. BIELINSKYS leidenschaftliche Natur empfand schwer diesen Druck; es langweilte ihn direkt, immer nur über Literatur sprechen zu müssen; der Agitator und Tribun mußte den Schöngeist spielen. Darunter litt natürlich der Gegenstand selbst; BIELINSKY brach in Rußland die Bahn der rein publizistischen Kritik, die sich zum Schaden für die Literatur Jahrzehnte lang behauptete und gar manchen ästhetischen Justizmord auf ihrem Gewissen hat. Denn diese publizistische Kritik war mit Notwendigkeit parteiisch und einseitig, prüfte nicht nur das Werk, sondern Herz und Nieren des Autors und verdammte ihn sicher, ohne Rücksicht auf den Wert des Werkes, sowie er nicht zur Partei gehörte. Man traut seinen Augen nicht, wenn man liest die Urteile z. B. eines SKA-

BICZEWSKY, eines lange Zeit angesehenen liberalen Kritikers, dessen Geschichte der modernen russischen Literatur in vielen Auflagen verbreitet ist. Wie er DOSTOJEWSKY oder TOLSTOI herab- und SALTYKOW hinaufsetzt, wirkt geradezu komisch. Als ein Vertreter des Idealismus in der Kritik, WOLYNSKY (Verfasser eines gediegenen Buches über Leonardo da Vinci; Kantianer), die lautere Wahrheit über die Einseitigkeit der Kritik eines BIELINSKY usw. in den 90er Jahren bescheiden zu sagen wagte, wurde er als Verunglimpfer und Verräter von der fortschrittlichen Kritik förmlich zu Tode gehetzt und aus allen Zeitschriften verdrängt.

Unter dem Nikolaitischen Regime war freilich diese ausschließlich publizistische, demagogische Kritik unerläßlich; aber auch ihr waren die Grenzen äußerst eng gezogen. Bei GOGOLS „Toten Seelen“ z. B. durfte BIELINSKY nur die Fragen andeuten, zu denen das Werk anregte, dagegen nicht diese Fragen besprechen. Die zahlreichen Wandlungen seines philosophischen Standpunktes, seine Häutung von der äußersten Rechten zur äußersten Linken sind schon erwähnt. Bei MASARYK tritt die saubere, chronologische Scheidung seiner Ansichten etwas zurück (ebenso in der Besprechung von HERZEN u. a.). Von Moskau, der alten Hauptstadt, wo sich unabhängige Männer in Debattiersalons zusammenfanden, nicht von dem streng bureaukratischen Petersburg aus kamen Slavophile wie Westler, letztere die Arbeit aus den Universitätszirkeln der Studenten her fortsetzend. Langsam nur schieden sich endgiltig die Geister; die frühe örtliche Trennung (BIELINSKY zog schon 1839 nach Petersburg), trug zu dessen Unduldsamkeit gegen die Andersdenkenden entschieden bei; HERZEN, der länger in Moskau verblieb, namentlich in dem Verbrüderungsjahr der Intelligenz von 1845, hat sie nie mitgemacht.

Statt aller einzelnen Westler genüge die Charakteristik des radikalsten und einflußreichsten BIELINSKY. Der Vielschreiber hat sich in kleineren Aufsätzen zersplittern müssen, nichts systematisches geschrieben noch — gedacht — ein Empiriker, kein Theoretiker, alles versucht, sich nirgends beruhigt, auch nicht beim französischen Sozialismus, den er zuletzt bekämpfte, ein unverbesserlicher Individualist, gerade wie HERZEN, von instinktiver Abneigung gegen die Masse, das Volk, dem er einfach mißtraute. Er liebte sein Rußland und haßte das orthodoxe, autokratische, slavische; er liebte dafür Europa, den Fortschritt, die Menschlichkeit. Er wußte, daß nicht er ins gelobte Land der Freiheit einziehen werde; aber den Weg dazu vorbereiten, durch Predigen, unablässiges; die Hindernisse wegzuräumen, die Unwissenheit, Aberglaube, Eigennutz aufgetürmt; ungestüm das Lernen zu empfehlen, da ging der leidenschaftliche Plebejer restlos auf, während seinen aristokratischen Kollegen die Propaganda bloßer angenehmer Zeitvertreib war. Darum haßten ihn die Regierenden. Jahrelang durfte nicht der Name dessen genannt werden, den nur der frühe Tod vor der Festung errettete. Als Denker ist BIELINSKY Extremen abgeneigt, vielfach Eklektiker, z. B. in seiner Ästhetik (SCHELLING und HEGEL), zu Kompromissen bereit, z. B. zwischen Subjektivismus und Objektivismus. Aber im Grunde genommen geht er theoretischen und namentlich erkenntnistheoretischen Problemen aus

dem Wege. Er ist Skeptiker, aber Skepsis ist ihm nur Durchgangstadium, nicht Ziel; er bekämpft Mystik und Romantik, namentlich auch jegliche Phrase; als Realist verteidigt er die „natürliche“ (nicht naturalistische!) Richtung in der Literatur; er scheut sich nicht, seinen Liebling (GOGOL) erbarmungslos zu brandkmarken, als er ihn auf den Wegen der Mucker und Pietisten fand; er selbst wird Materialist und Atheist, aber verliert nicht den Glauben an den Fortschritt von Europa, an die Zukunft seines Volkes; die Intelligenz bleibt ihm dessen berufener Führer; das Volkstum bleibt ihm fremd.

Einzelne Gedankenblitze entschädigen uns nicht für den völligen Mangel an Originalität, der ja allen Westlern anhaftet — da waren ihnen die Slavophilen entschieden überlegen, namentlich in ihrer zersetzenden Kritik des alternden, absterbenden Europa. Sie haben auch direkt den Westlern den knechtischen Sinn gegenüber Europa vorgeworfen. Die Bedeutung von BIELINSKY ist eine rein historische, die eines Weckers der Geister, eines Bekämpfers jeglicher Mystik, eines Fanatikers des Wissens — doch nicht um des Wissens willen, eines Förderers sozialer Mitarbeit, eines Apostels der Humanität. Keiner der übrigen Westler reicht an seine historische Bedeutung heran. MASARYK, der nicht die Geschichte der Ideen in Rußland schreibt, nur Skizzen zu ihr gibt, konnte sich daher mit ihrer kurzen Aufzählung begnügen. Er hätte sonst verweilen müssen, namentlich bei dem letzten Westler und Hegelianer, bei CZICZERIN, einem äußerst vielseitigen Geiste, der sich auch in den Naturwissenschaften, nicht nur in Philosophie (speziell Rechtsphilosophie) betätigt, der noch am Vorabend seines Todes für Finnland aufs wärmste eintrat und dabei einfach zerschmetternde Wahrheiten über Rußland, seine Bureaukratie und seinen Militarismus vorbrachte, wie sie fremde Zucht und Bildung nicht vertragen können, zerstören müssen.

IV.

Mit BIELINSKY verklang für ganze Jahre das letzte freie Wort in Rußland, bis ihm einmal in der Ferne, in London, ohne jede Zensur, und schließlich auch daheim, unter stark gemilderter Zensur, wieder Raum gewährt wurde. In London, war es BIELINSKYS Freund, ALEXANDER HERZEN, d. i. der russische Aristokratensohn JAKOWLEW mit dem deutschen Kosenamen, der Rußland 1847 für immer verlassen hatte, den publizistische Arbeit über die Vereinsamung und die Fehlschläge seines Emigrantenlebens hinwegtrösten sollte.

HERZEN ist der glänzendste russische Schriftsteller, der Voltaire des Nordens; als solcher Skeptiker von Beruf, zu keiner energischen Aktion fähig, sich nur allzuleicht von eigenen Stimmungen und noch mehr von Fremden fortreißen lassend, auch gegen eigene, bessere Überzeugung. Im Grunde die weite russische Natur, mit ihren Inkonsequenzen und Wandlungen: seine Skepsis machte doch Halt z. B. vor den Dekabristen, in späteren Jahren vor dem russischen Bauer, ja vor Rußland selbst, das ihm Europas Aufgaben zu lösen berufen scheint; des Westens begeisterter Verehrer und doch wieder allzu leicht von ihm entnüchtert durch des KIREJEWSKY zersetzende Kritik,

wie durch das Mißlingen der Revolution, entpuppte er sich schließlich als halber Slavophile (ohne die Orthodoxie). Wie BIELINSKY ist er Propagandist, nicht der Tat, sondern des Wortes, als ob die Ideen die Welt beherrschten. Noch treten bei ihm, wie bei BIELINSKY die ökonomischen Interessen ganz zurück, daher die schwankende Grundlage seines Sozialismus. Er ist überzeugter Sozialist, aber er durchschaut die Utopien des französischen Sozialismus. Er weiß, daß es keinen Übergang gibt von dessen Theorien zur Praxis des Lebens, aber die Einseitigkeit von MARX stößt ihn ab. Wie BIELINSKY ist er Individualist; und unlösbar erscheint ihm das weitere Problem der Wahrung der Individualität innerhalb der sozialistischen Organisationen. Den Glauben an die Möglichkeit oder Fruchtbarkeit gewaltsamen Umsturzes hat er verloren und ebenso ist er irre geworden an der Unfehlbarkeit der Republik. Aus allen diesen Schwierigkeiten kommt er nicht heraus und endigt in müder Vereinsamung, zerfallen mit der ganzen Welt, mit seinen westlerischen Freunden (CZICZERIN, TURGENEW u. a.), denen er als Sozialist viel zu weit ging und die seine Slavophilie, die Anbetung des Bauern, des mužik nicht mitmachen konnten; mit der Jugend, der der stets zögernde zu sehr rückständig erschien; mit BAKUNIN, dessen Terror er prinzipiell verurteilte; er stirbt als einer jener „überflüssigen Leute", mit deren Psychologie er sich so eingehend beschäftigte, die er gegen die Angriffe der Jugend verteidigte.

Und doch gab es ganze Jahre, wo er von seiner Londoner Warte aus Rußlands öffentliche Meinung beherrschte, wo die ADLERBERG und Genossen vor ihm zitterten, wo die Drohung: Wir werden es HERZEN schreiben, manchen Autokraten einschüchterte. Seine „Glocke" (Kolokol) weckte die Gewissen, läutete die neue Ära ein; nur irrte HERZEN mit vielen andern, als er an den endgiltigen, vollkommenen Sieg des Galiläers (so begrüßte er die Reformpläne des Zaren) glaubte. Seine politische Rolle war bald ausgespielt, zumal als er den erwachenden Nationalismus durch sein unbedingtes Eintreten für die Polen (sogar mit TURGENEW geriet er deswegen in scharfen Konflikt), herausgefordert hatte. Desto bleibender ist der Wert seiner Schriften. „Herzen" ist eine der gesündesten Lektüre, die ich kenne, freilich nicht für ganz junge Leute; er räumt auf mit aller Mystik, mit allen Vorurteilen, mit aller Rückständigkeit; seine Kritik verschont nichts, am allerwenigsten die Götzen der Revolution und deren Zerstörungswut; ebenso scharf geht er dem Westen, seiner Intelligenz und Bourgeoisie, ihrer verdichteten Mittelmäßigkeit zu Leibe; erst in seinen letzten Jahren entdeckte er, daß auch der Bourgeois sozusagen Mensch ist und als solcher Mitleid verdient.

Die an den Naturwissenschaften erprobte Methode, die scharfe Beobachtungsgabe, der klare, tiefdringende Verstand, der kecke, sprudelnde Humor, der Witz seiner Aphorismen haben ihn zu einem nie übertroffenen Publizisten gemacht, aber über bloßes Popularisieren seiner Meinungen kam der Dilettant nicht heraus, Soziologie hat er nicht bereichert noch vertieft, nur Rußland in Europa vorteilhaft eingeführt. In seinen späteren Jahren treibt er förmlich Zickzackkurs, nimmt zurück, schränkt wesentlich ein, was er

früher gefordert oder gepredigt; immer schärfer wendet er sich gegen Gewaltsamkeit, woher sie auch komme; der Befehl: Glaube, dünkt ihm ebenso tyrannisch, wie der Befehl: Glaube nicht; der Revolutionär wird zum Apostel der Humanität. Nur vor dem Rückfall in den alten Glauben bewahrt der Positivismus den Atheisten; aber die Macht von Politik, Konstitution, Parlamentarismus, die historische Entwicklung ohne alle Sprünge, beginnt der Exanarchist langsam anzuerkennen, zum Entsetzen seines Freundes und bösen Geistes, BAKUNIN.

Eine Zeitlang schienen beide Namen unzertrennlich, in Wahrheit konnte sie nichts auf die Dauer binden, den Propagandisten des ersten freien russischen Wortes und den Propagandisten aller unbedachten Wagnisse. BAKUNIN hat die philosophische Entwicklung seiner Moskauer Freunde (BIELINSKY, HERZEN u. a.) mitgemacht, zum Teil beeinflußt (als Hegelianer), sie dann aber weit hinter sich zurückgelassen. Schon 1842 verwarf er, nicht etwa die russische, sondern die europäische Wirklichkeit, verurteilte nicht nur die Positiven d. i. Konservativen, Ruhenden, Todten, sondern ebenso scharf die Vermittelnden, die Liberalen, die Halben und Lauen und apotheosierte bereits die Lust der Zerstörung, die ihm zugleich schaffende Lust ist. In der späteren Entwicklung blieb es meist bei der zerstörenden Lust, bei der strikten Negation von Staat, Kirche, Gesellschaft, bei der Anarchie, die als Antithese die These Staat aufhebt, verzehrt und etwas völlig neuem, der kommenden Synthese, die Föderation heißt, Platz macht; wie in dieser Föderation das Individuum (denn BAKUNIN bleibt Individualist, wie BIELINSKY und HERZEN) sich ausleben soll, bleibt wie alles andere der Zukunft überlassen. Ziel ist die unbedingte Gleichheit aller (HERZEN hatte vorerst Gehirngleichheit gefordert), das Fallen aller Schranken. Erreicht wird es durch Revolutionen, denn die Menschen haben revolutionäre Instinkte; politische Propaganda führt nicht weit; Geheimgesellschaften, denen jedes Mittel heilig ist, erreichen rascher das Ziel; die „Tat“, der Terror wird gepriesen und verlangt.

Die Entwicklung von BAKUNINS Anarchismus ist äußerst lehrreich. Nach dem Revolutionstaumel von 1848 scheint er plötzlich wie entnüchtert, ist sogar zum Paktieren mit dem liberalen Zaren entschlossen. Die Reaktion in Rußland zusammen mit dem Scheitern seiner polnischen Pläne werfen ihn ins Extreme zurück; den Glauben an die europäische Bourgeoisie verliert er vollends, als die Alliance 1867 seine Forderung einer Erklärung: „es gebe keinen Gott“, abweist. Nun wendet er sich dem Lumpenproletariat zu, aber er weiß, daß bloße Verelendung, Hunger, ja sogar Verzweiflung, wo auch der Deutsche das Räsonnieren aufgibt, noch keine Revolution erzwingen, daß dazu noch ein Glaube an ein Ideal, an ein unveräußerliches Recht hinzutreten muß. Diesen Glauben findet er beim russischen Volke, bei den Slaven; und so kommen slavophile Tendenzen in das Programm des Revolutionärs und eingefleischten Föderalisten herein, dem gerade seine Russen (später auch die Romanen) aus Instinkt sozialistisch und von Natur aus revolutionär, daher zur Einleitung der Weltföderation wie prädestiniert erschienen.

Langsam spitzten sich die Gegensätze zwischen dem Subjektivisten und Kollektivisten BAKUNIN und dem Objektivisten MARX zu. Es kamen hinzu seine phantastischen Pläne und taktischen Mißgriffe, bis schließlich der kühl berechnende MARX den kompromittierenden Anarchisten aus der Internationale ausschließen ließ. In einem eingehenden Vergleiche der Ansichten beider weist MASARYK die Gegensätze zwischen Anarchismus und Marxismus (Sozialdemokratie) auf. BAKUNINS literarische Tätigkeit ist ganz fragmentarisch, seine Putsche streifen das Burleske, aber sein Einfluß, namentlich auf die russische Jugend, war unleugbar; der stets zögernde HERZEN unterlag hier völlig dem stets aktionsbereiten Helden der Revolution.

Auch der jüngere Emigrant, Fürst KRAPOTKIN, ist Anarchist, erwartet die Massenrevolution, billigt die terroristische Tat, die Ermordung des Tyrannen wie einer Viper. Aber fremd ist ihm der Pandestruktionismus; er baut ja seine neue Moral, die keinen Zwang kennt, seinen neuen Glauben auf die guten Instinkte der menschlichen Natur, auf das vernünftige Erkennen gegenseitigen Vorteiles, auf den Mutualismus. Die Zwangsorganisationen der Sozialdemokratie sind ihm unsympathisch; der Kampf ums Dasein, der Klassenkampf wird ihm ergänzt und gemildert durch eine natürliche Sympathie; ohne solche Harmonie hätte sich ja das Menschengeschlecht, ja nicht einmal die Tiergattung erhalten können. Dagegen negiert er das Prinzip des Staates, jegliche Autorität, die bisherige religiöse und moralische Erziehung. Sein anarchistischer (nicht mehr revolutionärer) Sozialismus erkennt weder Zentralismus noch Individualismus an, aber seine Grundbestimmungen sind oft sehr vage, zeugen wohl für die humane Gesinnung des Autors, aber überzeugen nicht. Mit KRAPOTKIN schließt die Emigrantenliteratur wohl für immer ab; es braucht nicht mehr das freie russische Wort die Fremde, die Schweiz usw. aufzusuchen — es kann vernehmlicher in der Heimat ertönen.

Aber mit dieser Feststellung haben wir der chronologischen Folge stark vorgegriffen und kehren von der Emigration nach dem Rußland von 1855 zurück, wo eben das NIKOLAItische System von französischen und englischen Kanonen zusammengeschossen war. Rußland erwachte jetzt aus dem dreißigjährigen Schlafe zum Leben und da sich hier alles wiederholt, ließ sich der Regierungsantritt ALEXANDER II. ebenso vielverheißend an wie der ALEXANDER I., um ebenso in grellsten Mißklängen wie dieser zu endigen. Der Wonnemond des Einvernehmens zwischen der reformfreudigen Gesellschaft und der ihren Erwartungen zögernd nachhinkenden Regierung, da sogar HERZEN das Kriegsbeil begraben wollte, verflog rasch; die Bauernemanzipation, so erlösend sie auch war, befriedigte schließlich niemand, am wenigsten den Bauer, dem sie drückende Lasten auflegte; die übrigen großen Reformen, der Selbstverwaltung, der Gerichtsordnung, kamen nur langsam heraus und bald machte die ganze Bewegung Halt. Aber dem geistigen Leben ließ sich kein Halt mehr gebieten; immer schärfer schied sich die noch unlängst fast indifferenzierte Gesellschaft; immer ungestümer, radikaler wurden die Forderungen des Teiles der öffentlichen Meinung, des lautesten, dessen

Hauptsprecher jetzt Plebejer, nicht wie einst Aristokraten waren, dessen Hauptsitz das neue ungleich mehr kosmopolitische Petersburg, nicht mehr das alte, streng nationale Moskau wurde. Allen voran der Märtyrer CZERNYSZEWSKY, der wie BIELINSKY, in demselben Organ, dem einflußreichen „Zeitgenossen", mit literarischer Kritik, als sein Erbe und Nachfolger, begonnen hatte, diese Kritik jedoch bald seinem Gesinnungsgenossen DOBROLUBOW übertrug und publizistischer Kritik sowie wissenschaftlicher Arbeit sich ergab, bis er in der engen Kasematte der Peterpaulsfestung seinen lebensfreudigen, optimistischen Roman schuf, um dann in der sibirischen Verbannung seine wissenschaftliche und belletristische Arbeit in stark verkleinertem Maßstab, ohne neue Ideen, mit gelähmter Kraft fortzusetzen.

CZERNYSZEWSKY setzt BIELINSKY fort, ohne dessen Temperament, Feuer, Stil, dafür mit unendlich tieferem und kritischerem Wissen, mit derselben Ergebenheit dem „Aufspritzen der Gehirne" dienend, mit Selbstverleugnung, daher ebenso verhaßt der Regierung, die ihn schließlich durch die Festung und Sibirien in seiner Schaffensfreude niederbrach. Ebensowenig wie BIELINSKY hat CZERNYSZEWSKY die Wissenschaft selbst gefördert; aber er hat unendlich wichtigeres getan. Als folgerichtiger Aufklärer hat er die russische fortschrittliche Intelligenz im Geiste des Realismus erzogen, sie auf die Wichtigkeit ökonomischer Fragen gelenkt, ihr revolutionäres Stadium vorbereitet. Er verknüpfte FEUERBACHS Anthropologismus mit dem dogmatischen Materialismus eines BÜCHNER u. a. und wies demnach in seiner Abhandlung „Anthropologisches Prinzip in der Philosophie" (1860) jeglichen Dualismus (Leib, Seele) energisch ab. Unendlich wirksamer war sein Roman „Was tun?", der die "Realisten" bei der Arbeit zeigte, bei der Jugend einen Sturm der Begeisterung für die RACHMETOW, LOPUCHOW, KIRSANOW, WIERA hervorrief, die Konservativen wie die Liberalen arg verstimmte. Seine Helden, ernste, wissenschaftlich denkende Männer, frei von aller Pose, über alle Vorurteile und Leidenschaften erhaben, stets tätig, mäßig, unverdrossen, sind ihrer Theorie nach Utilitaristen, Egoisten, verlachen jede altruistische Regung, bekämpfen namentlich das Opfer; in der Tat opfern sie sich ständig für die Gesellschaft, die kommunistische, auf: den Widerspruch zwischen seiner den Egoismus als einzigen Beweggrund für alles Tun proklamierenden streng utilitaristischen Ethik und seinem eigenen wie seiner Helden edlen, aufopferungsvollen Leben hat CZERNYSZEWSKY nie zu überwinden, ja nicht einmal wegzudisputieren vermocht; und mit Recht verspottete SOLOWIEW die Beweisführung: Wir stammen vom Affen ab, folglich opfern wir einer für den andern unsere Seele. In WIERAS Traumbildern führt der Roman die neue Menschheit vor, wie sie nach FOURIER und OWEN erzogen in Produktivgenossenschaften organisiert, ihr kommunistisches Glück sich schafft: da es sich um Träume handelt, erübrigt sich eine Kritik.

Auch sonst ist CZERNYSZEWSKY nicht frei von Widersprüchen und Wandlungen, doch ist er gegen einen BIELINSKY oder BAKUNIN gehalten das wahre Muster von Stetigkeit. Daß er sich einen Augenblick lang in der Einschätzung der Regierung und ihres Reformeifers geirrt hatte, teilte

er mit HERZEN, BAKUNIN und anderen, nur hat er den Irrtum früher eingesehen; daß er dann die Revolution für 1865 ansetzte, war schon weniger verzeihlich, aber erklärlich, zumal er auch diesen Irrtum, diese Überschätzung des Volkes, früh ablegte; trotz seines Determinismus, trotz der Ableugnung jedes freien Wollens entschieden ihm in der Geschichte nur die großen Männer, die Beweger der Beweger; das Volk erschien ihm wie die Marodeure, die sich schließlich bei dem vorwärts drängenden Hauptheere einfinden werden. Als Utilitarist setzt er die Kunst herab, die ihm nur zu einer bloßen Illustration des Lebens wird; der ethische, praktische, empirische Gesichtspunkt siegen immer über alles andere, aber schon spielen die ökonomischen Verhältnisse eine bestimmende Rolle. Im Mir, in der Gemeindekommunion erkennt er mit Recht etwas primitives, rückständiges, beengendes, aber er meint, daß von diesem Mir aus Rußland mit Überspringung von Zwischenstufen zu einem vollendeteren, reicheren Kollektivismus sich entwickeln werde. Er ist, soweit es die Zensur erlaubt, entschiedener Demokrat, Radikaler, Atheist und geriet daher in Konflikt mit den Liberalen und mit HERZEN, überzeugter Sozialist und hat daher dem Marxismus in Rußland stark vorgearbeitet.

Der Kritiker PISAREW treibt nun den Realismus des CZERNYSZEWSKY auf die Spitze. In jugendlicher, durch fremden Widerspruch aufs äußerste gereizten Überschwenglichkeit, bekämpft er als veraltet, überflüssig, schädlich die Philosophie als Scholastik, die Ästhetik und Kunst als müßigen Zeitvertreib, alle Prinzipien und Ideale als bloßes Wortgeschwätz; der demokratische Sozialist wird zum demokratischen Individualisten, der das Sich-Ausleben als einziges reale Ziel anstrebt, Hedonist und Epikuräer wird. PISAREW schafft die Gestalt des „denkenden (d. h. durch seine Gedankenarbeit alles abweisenden) Realisten“.

Für diese Realisten, Positivisten, Radikalen, hat nun TURGENEW in einem unglücklichen Augenblick die Bezeichnung „Nihilisten“ geprägt, sie später dahin korrigiert, daß wo Nihilist gesagt, Revolutionär zu verstehen wäre. Feinde griffen die Bezeichnung auf und lange spukte es in Rußland von Nihilisten und Nihilistinnen, den Verächtern aller Formen und Normen. Auch MASARYK ist geneigt, den Namen in dieser weiten Bedeutung zu mißbrauchen, zu behaupten: „Der Nihilismus ist seit den 60er Jahren die große Frage der denkenden Russen und Europäer“ (II, 103). Ich beschränke den Namen auf die wirklichen, eigentlichen Nihilisten, die Rußland zwischen 1864—1870 unsicher machten, die alle Prinzipien, äußere wie innere, Pflichten usw. einfach über Bord warfen, den engsten Eigennutz als einzigen Trieb proklamierten, selbst die Hände in den Schoß legend die Arbeit anderer verlachten, alles in den Kot zogen: nicht die BAZAROW, RACHMETOW usw. der Romane der liberalen und radikalen Belletristik, sondern die Zerrgestalten der reaktionären Romane eines LESKOW u. a. — eine ganz vorübergehende, durchaus unsympathische Gesellschaft „galliger Leute“, die von den Realisten des CZERNYSZEWSKY, ja sogar von PISAREW wohl zu scheiden ist.

Durch die immer schärfer einsetzende Reaktion sind nun diese Realisten zu Revolutionären geworden, und da eine Revolution nur von den breiten Massen, d. i. in Rußland, wo der Arbeiter noch immer keine erheblichere Rolle spielte, vom Bauer zu tragen war, sind diese Realisten zu „Narodniki“ geworden (wörtlich „Volkstümler“), weil sie unter das Volk, narod, gingen. Der Name Narodnik bezeichnet Verschiedenes: in der Belletristik diejenigen, die nur ihre Stoffe sich vom Bauer holten, die ZLATOWRATSKY, USPIENSKY u. a.; im politischen Leben, die Revolutionäre, und nur in diesem Sinne brauchen wir ihn hier. Der eine Name deckte jedoch die verschiedensten Richtungen und Parteien, Taktiken und Programme, von den gemäßigten an, die es einfach als Pflicht des Intelligenten ansahen, dem Volke als ältere, erfahrenere Brüder in seinen Nöten beizustehen, es aufzuklären, bis zu Terroristen und Expropriatoren jeglicher Art, die zur Fälschung zarischer Manifeste griffen, Attentate verübten, revolutionäre Stimmung um jeden Preis weckten. Eine Darstellung dieses Sektentreibens gehört jedoch in eine Geschichte der revolutionären Bewegung Rußlands und wir begnügen uns damit, die beiden markantesten Persönlichkeiten, Theoretiker dieser Bewegung vorzuführen, LAWROW und MICHAJLOWSKY. Der eine, Exoberst, mußte, wie die BAKUNIN und HERZEN, Rußland verlassen und von der Emigration her als Publizist, weniger als Organisator wirken; der andere hat die Zeiten der schlimmsten Reaktion zu überdauern gewußt, natürlich unter der Bedingung, daß er in seiner literarisch-publizistischen Kritik über „äsopische“ Sprache oder über Allgemeinheiten nicht herauskam, nur in der illegalen Presse oder Proklamation sich frei aussprach. Beide führten das Werk von CZERNYSZEWSKY fort.

PISAREW hatte durch das einseitige Hervorkehren der Naturwissenschaften als der einzigen, wahrhaft wissenschaftlichen Disziplinen die Geisteswissenschaften absichtlich in den Hintergrund gedrängt; dagegen hat nun LAWROW mit Erfolg protestiert und die Geschichte und Soziologie wieder zu Ehren gebracht. Er war kein besonders tiefer, originaler Geist, aber ein gewissenhafter, fleißiger Gelehrter, dem es beschieden war, eine Zeitlang auf die fortschrittliche Jugend Einfluß zu üben. Wie HERZEN und BAKUNIN, hat noch mehr LAWROW die Entfernung von Rußland geschadet; er rechnete zu wenig mit dem eigenen Lande. Der Orthodoxie z. B. geschieht bei ihm keine Andeutung; wir bewegen uns mit ihm fast ausschließlich in Abstraktionen. Aber die ökonomischen Verhältnisse spielen eine erheblich größere Rolle als bei CZERNYSZEWSKY; er kennt und ehrt MARX, ohne je Marxist zu werden. Im Grunde ist er Eklektiker, wie alle die Russen, und schafft überall Kompromisse, ohne auf Widersprüche zu achten. Tiefer sittlicher Ernst zeichnet ihn besonders aus; nie eignet er sich den amoralischen Standpunkt von MARX an und da scheiden sich ihre Wege am deutlichsten. Jeder Fortschritt ist mit vielen blutigen Opfern und Entbehrungen geschaffen, daher die Pflicht (für: kategorischer Imperativ) des Individuums, diese Schuld abzutragen durch uneigennütziges Dienen der Gesellschaft. Als Russe, der sich der ungeschiedenen Volksmasse gegenüber stellte, der er die Menschenrechte erst zu erkämpfen hatte, wird er, genau wie HERZEN, BAKUNIN,

Michajlowsky, das Recht, die Stellung der Persönlichkeit immer vertreten, ausgesprochener Individualist bleiben. Trotz seines Determinismus wahrt er dem Menschen die Willensfreiheit und wäre sie auch nur Illusion; die kritisch denkende Persönlichkeit wird ihm zum Beweger der Geschichte; was erst Kritik war, wird nachher Glaube. Das bestimmtere, d. h. fortgeschrittene Individuum kennt dreierlei Pflichten, die der Propaganda durch Wort und Schrift, der Organisation in sozialistischem Geiste, des vorbildlichen Lebens und Lawrow selbst hat alle diese Pflichten musterhaft erfüllt. Der Mann der Kabinettsarbeit war nicht zum Führer geboren und doch mußte er zeitweise eine Führerrolle übernehmen; da gab es trotz aller Skepsis, trotz alles Zögerns und Wägens auch im Wagen, Zugeständnisse an die Revolution, sogar an den Terror, aber es überwog doch entschieden die Bekämpfung Bakunins, der sich dafür an Lawrow rächte, indem er ihn als bloßen Propagandisten ablehnte. Wie Czernyszewsky, entwickelte sich auch Lawrow, vom Liberalen zum Sozialisten, der den Liberalismus bekämpft, mit ihm nicht paktieren will, außer etwa wenn es gälte den gemeinsamen Feind, den Absolutismus niederzuringen; von Czernyszewsky, der vielfach von den Engländern abhing, z. B. J. St. Mill übersetzte und radikal glossierte, unterscheidet er sich durch die entschiedene Anlehnung an Comte; daneben wirkt auf ihn Kant, seine Ethik, seine Humanitätsideen. Die Widersprüche und Halbheiten, die sich daraus ergaben, weist Masaryk mit aller Entschiedenheit nach, trotz hoher Anerkennung des Menschen, seines Strebens nach der „zweieinigen Wahrheit“ (das russische prawda ist sowohl Wahrheit wie Gerechtigkeit), d. i. der gleichen Achtung vor der eigenen und fremden Würde der Persönlichkeit, seines ethischen Rigorismus, seiner Forderung einer moralischen Änderung der Gesellschaft, die wichtiger wäre als die sozialpolitische.

Im strikten Gegensatze zu allen bisher genannten steht Lawrows nächster Kampf- und Bundesgenosse, der Kritiker Nikolais Michajlowsky, durch die völlige Einheitlichkeit seines Wirkens, vom Ende der 60er Jahre bis zu seinem Tode (1904). Er wenigstens kennt keine Wandlungen noch Schwankungen. Lawrows an Geschichte und Ethik geknüpfte Soziologie ergänzt er mit Biologie, mit dem Heranziehen der Naturwissenschaften, als erklärter Darwinianer; er ist ebensowenig Marxist wie Lawrow; ebenso unbedingter Verehrer der Persönlichkeit; der Individualismus ist der Eckstein seiner Welt- und Lebensanschauung. Charakteristisch bleibt für ihn, wie für alle diese Russen (von Bielinsky ab), daß für sie die Religion gar nicht zu existieren scheint. Ein Bekämpfen der Orthodoxie war ja natürlich, der Zensur wegen, ausgeschlossen, aber es blieb nicht bei der Ablehnung der Konfession; sie sind alle Atheisten und finden das als so selbstverständlich, daß sie Religion, falls sie sie überhaupt erwähnen, fast nur als Überlebsel einschätzen, eine Einseitigkeit, die gerade heute sich rächt, da religiöse Probleme, ja Theosophie, in den Vordergrund sich drängen.

Michajlowsky ist der letzte große Propagandist nach Herzens Sinn, er schließt würdig die mit Bielinsky beginnende Reihe ab. Während

LAWROW Gelehrter war, große systematische Arbeiten, wenn nicht abschloß, so doch in Angriff nahm, ist MICHAJLOWSKY Publizist und Kritiker; systematische Arbeit liegt ihm fern, wenigstens läßt er sich immer ablenken durch das Eingehen auf die „Tagesübel"; zu einem literarischen oder gar ästhetischen Kritiker fehlt ihm jedoch Organ und Neigung; die Ideen aufzudecken, die dem Werke zugrunde liegen (auch ohne Wissen und Absicht des Verfassers), und vor allem die Wissenschaft zu popularisieren, PISAREWS Vermächtnis anzutreten, dies bildet den Inhalt seiner reichen, vieljährigen Praxis. Er ist noch mehr wie LAWROW der eigentliche Vertreter der subjektiven, ethische Kriterien anerkennenden Methode in der Soziologie und diese Konstatierung reicht aus, um ihn von MARX, vom amoralischen Objektivismus, vom historischen Materialismus völlig abzurücken. Er ist wie LAWROW überzeugter Individualist; der Kampf um die Individualität macht den Inhalt der menschlichen Geschichte und Entwicklung aus. In der Arbeit, nicht im Talent, Reichtum usw., in der zielbewußten Kräfteausgabe äußert sich die Persönlichkeit, daher ist Arbeit ihr einziger Wertmesser; das Wesen der Gesellschaftlichkeit liegt somit in der Mitarbeit, der Kooperation der Individuen. Diese Kooperation hat verschiedene Typen und Stufen; die primitive ist einfache Mitarbeit von Individuen; aus ihr entwickelt sich die zusammengesetzte Kooperation, mit ihrer Arbeitsteilung unter die Individuen, wie sich etwa im Körper Organe für spezielle Verrichtungen differenzieren, aber was in der Physiologie zweckmäßig und natürlich ist, ist es nicht in der Soziologie, für die die Biologie keine Analogien abgeben kann (ebenso bestreitet er, obwohl Darwinist von Haus aus, die Notwendigkeit des Kampfes ums Dasein für die menschliche Gesellschaft, die umgekehrt das Bestreben hat, solche Kämpfe, wo sie vorkommen zu mildern). Durch diese Arbeitsteilung sinkt das Individuum zu einer Maschine herab, verkrüppelt in seiner Einseitigkeit. Die Unvollkommenheiten der erzwungenen Arbeitsteilung zu beseitigen, sie durch die einfache Mitarbeit vollentwickelter und ausgebildet erhaltener Menschen zu ersetzen, ist das Streben des die Gleichheit, auch die wirtschaftliche Gleichheit fordernden Sozialismus. Nach ihm ist somit der Fortschritt die schrittweise Annäherung zur Totalität der Individuen, zur möglichst vollen und allseitigen Teilung der Arbeit unter den Organen, und möglichst kleinsten Teilung unter den Menschen. Bei LAWROW lautete die Fortschrittsformel: Entwicklung der Persönlichkeit in physischer, geistiger und sittlicher Beziehung, Verkörperung von Wahrheit und Gerechtigkeit in den gesellschaftlichen Formen. Auf der höchsten Stufe kehrt man somit zu dem ursprünglichen Typus der einfachen Kooperation zurück, aber das ist ja keine Rückbildung, sondern Weiterbildung, Vereinigung der ursprünglichen Einfachheit mit der höheren, reicheren Entwicklung.

Diese drei Stadien wirtschaftlichen Inhaltes decken sich ihm mit seinem obligaten dreistufigen Schema des Geschichtsprozesses; die erste Stufe ist die objektiv anthropozentrische, mit ihrem naiven Glauben an den Menschen als das objektive Naturzentrum, mit ihrem Anthropomorphismus, Mystizismus, Theologie; auf der zweiten, der exzentrischen Stufe mit ihrem bis aufs äußerste zugespitzten Dualismus zwischen Leib und Seele steht der Mensch

unter der Herrschaft abstrakter Begriffe; die dritte, die subjektiv anthropozentrische, führt uns in das humane Zeitalter der Wissenschaft und des Positivismus, die Verwirklichung der humanen Ideale. Wer in allen diesen Aufstellungen MICHAJLOWSKY geleitet hat, die Abhängigkeit von COMTE, SPENCER, MARX usw., führt MASARYK sorgfältig aus, der der Betrachtung eines jeden Russen die Übersicht der Quellen, aus denen die Ideen geschöpft sind, vorausschickt, dann die Widersprüche, Willkürlichkeiten u. dgl. schonungslos aufdeckt.

Bei MICHAJLOWSKY ehren wir das tiefe ethische Streben, das Appellieren an Gewissen und Ehrgefühl als die höchsten Instanzen, als die beiden Grundmotive der praktischen, sozialen Ethik. Er beklagt bitter die Unbestimmtheiten, das Chaos unseres Zeitalters; dieses Chaos macht er verantwortlich für die steigende Zahl der Selbstmorde (ein Leben ohne Sinn wirft man eben weg), diese Irreligiosität, aber von der wahren Religion verlangt er nicht Dogmen, nur Charakterbestimmtheit, Charakterstärke, sieht in ihr die harmonische Verbindung von Verstand und Gefühl, alles Mystische weist er entschieden ab; als folgerichtiger Evolutionist nimmt er eben auch Entwicklung der Religion an; aber er vermag nicht zu bestimmen die neuen Elemente, die das Handeln der Menschen leiten sollen, was eben den wesentlichen Charakter jeder Religion ausmacht. Seine Schriften bleiben wegen ihrer Klarheit und Bestimmtheit eine treffliche Schule für soziologische und politische Bildung. Auch die Berechtigung, Notwendigkeit des Sozialismus hat er ungleich besser erkannt als seine Vorgänger; sein Sozialismus ist nur Anwendung der humanistischen Moral, erscheint ihm nur für Europa revolutionär, für Rußland (schon wegen des Mir!) konservativ: eine etwas willkürliche Auffassung, die wir nicht teilen können.

Alle bisher genannten, von BIELINSKY bis MICHAJLOWSKY, sind die Wortführer nur der „Intelligenz“, d. h. nur eines minimalen Bruchteiles der wirklichen Intelligenz, denn der russische Sprachgebrauch schließt oft aus seiner „Intelligenz“ von vornherein aus Beamtenschaft, Geistlichkeit, Offizierskorps, Konservative (Adel), Bourgeoisie, versteht unter „Intelligenz“ die oppositionelle, revolutionäre. Von jener übrigen und zahlreichsten Intelligenz läßt nun MASARYK auch einige Vertreter zu Worte kommen, darunter die Verteidiger des UWAROWschen Programms KATKOW, POBIEDONOSCEW, TICHOMIROW.

KATKOW schwärmte einst für den englischen Konstitutionalismus, bis er seinen eigentlichen Beruf entdeckte, die polnische Intrigue und den mit ihr engst verknüpften Nihilismus bis in ihre geheimsten Schlupfwinkel zu verfolgen und in den „Moskauer Nachrichten“ Rußland täglich einmal vor beiden zu retten; merkwürdiger Weise spricht MASARYK mehrfach von KATKOWS ephemerem Eintreten für polnische Autonomie, aber nicht von seiner dauernden Polenverfolgung. TICHOMIROW war revolutionärer Terrorist, ehe er sich zum Polizeibüttel bekehrte, und nur POBIEDONOSCEW blieb sich immer treu, als er prinzipiell alle Errungenschaften der Demokratie mit allen Mitteln der Sophistik bekämpfte. Ungleich interessanter und systematischer

zum Teil als diese Mammute oder Sbirren der Reaktion sind die mystischen Gottsucher LEONTIEW und WL. SOLOWIEW gewesen.

Der einstige Arzt, Materialist und „Nihilist“ LEONTIEW wird Mönch und Gründer der finstersten, menschenhassendsten Lehre; was MICKIEWICZ seinen im Namen der Liebe Gott lästernden Konrad nicht aussprechen ließ, davon geht LEONTIEW seelenvergnügt aus: Gott ist Zar der Welt, der Zar ist Gott auf Erden, Russismus ist starrer Byzantinismus (daher will er vom Panslavismus nichts wissen), das Christentum Religion der Furcht, nicht der Liebe. Sein Gegenstück ist der Apostel der Humanität SOLOWIEW, der glänzende Publizist und Philosoph, dem die POBIEDONOSCEW den Zugang zum Katheder versperrten, der größte philosophische Dichter aller Zeiten (dies verdiente schärfer unterstrichen zu werden), dessen dichterische Phantasie den Philosophen zu den Utopien vom Antichristen fortreißt, der mit seiner logischen Schärfe und witzigen Sarkasmen alles anhebt, nichts abschließt, der angefeindet oder verkannt nach seinem Tode größere Wirkung übt, die Schüler findet, die dem Lebenden fehlten. Er hätte vielleicht das spiritualistische Lehrgebäude errichtet, das LOPATIN aufführte, hätten ihn nicht ethische und religiöse, ja mystische Themen völlig in Beschlag genommen. Er ist dogmengläubiger Christ, beklagt die Kirchenspaltung und erhofft die religiöse Union unter Roms Vortritt; im Streben des Endlichen nach Unsterblichkeit erkennt er die Entwicklung von Welt und Menschheit; die Kirche durchdringt den Staat, die moralische Organisation der Menschheit vertreten ihm der Hohepriester, der König und der Prophet; er erinnert eher an einen Kirchenvater, an Origines oder Augustin.

V.

Nach 1881 setzte eine sich von Jahr zu Jahr steigernde Reaktion ein, die jede Publizistik knebelte, den Apolitismus der Gesellschaft und damit das Aufkommen streng individualistischer Richtungen, z. B. der moralischen Selbstvervollkommnung eines TOLSTOI, mächtig förderte. Aber das Hungerjahr 1891, das Tsuschima der russischen Bureaukratie, die damals völlig versagte, ließ die Gesellschaft förmlich wieder aufwachen, stärkte ihr Selbstbewußtsein und Pflichtgefühl, zumal der baldige Thronwechsel die Bahn zur Erlangung politischer Rechte freier zu machen schien. Zugleich waren wichtige Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft vor sich gegangen. Erstarkt war vor allem die Arbeiterschaft durch die zunehmende Industrialisierung Rußlands, im Gefolge des Schutzzolles, zumal in bestimmten Zentren, und gewann einen mächtigen Rückhalt an der verhältnismäßig zahlreichen, fortgeschritteneren Arbeiterschaft des Zartum Polen; mochten auch vorläufig die Kämpfe dieser Arbeitermassen durchaus unpolitischer, ausschließlich ökonomischer Natur sein, so ließen doch die immer zahlreicheren und größeren Streikbewegungen die Macht des neuen Faktors erkennen, die auch für politische Zwecke verwendbar erschien. Dazu kam, namentlich in der Mitte der 90er Jahre, die mächtige Welle des Marxismus: „orthodoxe“ Marxisten und baldigst auch „junge“ Marxisten (Revisionisten), Revolutionisten und Evolutionisten oder Reformisten, d. i. alle Schattierungen

der Sozialdemokratie bekämpften wirksam die Ideologie der älteren Narodniken-Revolutionäre, die nur die Agrarfrage und den Mužik (Bauer) kannte und von Rußland die Phase des Kapitalismus abzuwehren suchte, überzeugt, daß Rußland von dem primitiven Kollektivismus seines Mir sofort auf die höhere Stufe des vollendeten Kollektivismus überspringen könnte. In allen Positionen geschlagen schienen die Narodniken das Feld bald völlig räumen zu müssen; schließlich rettete sie der revolutionäre Teil ihres Programms. Die Notwendigkeit, die einfachsten Rechte, die Preß-, Vereins-, Gewissensfreiheit zu erlangen, merzte langsam den bisherigen Apolitismus der Sozialdemokraten und Narodniken aus und bereitete ihre Verschmelzung zur politischen Revolution, im Verein mit der liberalen Bourgeoisie, wie sie in den Ereignissen von 1905 gipfelte; der Zusammenbruch des militärischen Prestige im fernen Osten erleichterte, gerade wie vor einem halben Jahrhundert der in der Krim, den Kampf. Die Revolution als solche scheiterte zwar kläglich und ein furchtbares Strafgericht der militärischen Justiz, der Strafexpeditionen und Feldgerichte, lichtete für immer die Reihen der Revolutionäre, die sich bis heute nicht wieder zusammengeschlossen haben. Aber daß eine Zeitlang die Staatszügel ganz am Boden geschleift haben, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Trotz aller unter Stolypin und Goremykin einsetzenden Reaktion verblieb es (gegen den Einspruch von Geistlichkeit und Synod) bei einer verhältnismäßigen Gewissensfreiheit, bei einer namentlich für die Presse der Hauptstadt, gar beträchtlichen Freiheit des Wortes, bei einer Volksrepräsentation in der Duma, die doch trotz aller Künsteleien, ja Gewaltsamkeiten der Wahlordnung, eine andere Macht besitzt, als sie ihr in dem Bulyginschen Entwurfe (vor der Moskauer Revolution) zugemessen war.

In diesen Kämpfen häuteten sich fortwährend die Parteien und ihre Programme, und es wäre ganz unmöglich, in dieser knappen Übersicht ihnen irgendwie gerecht zu werden. Nur auf zweierlei sei hier aufmerksam gemacht. Einmal auf den völligen Mangel führender Persönlichkeiten; ein Lawrow, Michajlowsky haben keinen Nachfolger mehr gefunden. Noch mehr als die schöne Literatur zersplittert, atomisiert sich die politische (soziale usw.); mit der steigenden Zahl der Autoren und Richtungen vermindert sich stetig ihr Einfluß und Bedeutung; Masaryk spricht zwar von Plechanow, Struve, Lenin u. a., verzichtet aber darauf, irgend einem von ihnen eine besondere Charakteristik zu widmen. Das oft ganz kleinliche Parteigezänk zwischen den Leuten der „Iskra“, zwischen Maximalisten und Minimalisten, zwischen den Mehrheitlern und Minderheitlern usw. ist zu verworren, als daß es in wenigen Worten dargelegt werden könnte. Gewiß ragen einzelne Schriftsteller hervor, so der unentwegte Marxist Plechanow, der in seiner alleinseligmachenden Orthodoxie jede Abweichung vom historischen Materialismus als schismatisch bekämpft und namentlich gegen den Reformisten Struve auftritt; nur gibt es weder hüben noch drüben irgend eine überragende Persönlichkeit.

Dagegen muß hervorgehoben werden nach dem Bankerott der Revolution von 1905 der schmähliche Abfall der „Intelligenz“ von der ganzen revolutionären Ideologie. Die früheren Marxisten, Materialisten, Atheisten verdammen die Revolution, rufen zur Einkehr auf, zur innerlichen Vertiefung,

zu Christus und der Kirche. Dies war der Grundton, auf den vor allem die Sammelschrift „Wiechy“ (Signalstangen) hinwies, die in der Tat einen völlig neuen Kurs absteckte; die sieben, die sich hier vereinigten (darunter drei Juden und ein Balte), waren in der Verdammung ihrer alten Ideologie einstimmig, weniger einstimmig in der Empfehlung einer neuen. Namentlich fiel auf PETER STRUVE, einst Marxist und Herausgeber der Stuttgarter „Befreiung“, der jetzt die Intelligenz wegen ihres mangelnden Staatssinnes anklagt, selbst zum leidenschaftlichen, vorurteilslosen Imperialisten wird (die kleinen Staaten sind nach ihm dazu da, von den großen verschluckt zu werden) und für sein neues „Große Rußland“ die Werbetrommel rührt.

Interessanter sind die Materialisten, die ihre religiösen Gefühle entdeckten und mystische, neochristliche oder einfach byzantinisch-orthodoxe Bahnen einschlugen. Mit ihnen findet sich MASARYK nur in wenig Worten ab. Gottsucher und Gottbauer, Theosophen, die die Parole „Los von Byzanz“ ausgeben, oder die noch in ihrer Kirche unterzukommen meinen; innerhalb der Kirche selbst der immer dringendere Ruf nach der Ablösung von Staat und Polizei; religiösphilosophische Vereinigungen (mit regelmäßigen Debatten und Publikationen, an denen auch Geistliche teilnahmen, die durch POBIEDONOSCEW in Petersburg verboten in Moskau auflebten); das Zurückgreifen auf SOLOWIEW, LEONTIEW, DOSTOJEWSKY; die Propaganda des (vereinsamten) MEREŻKOWSKY, der sogar aus dem reinen Unglauben eines CZECHOW oder GORKI die religiöse Unbefriedigtheit herausfühlt; die wunderliche Religiosität eines ROZANOW mit seiner Rehabilitierung des Fleisches; die immer orthodoxere Richtung eines BERDIJAEW oder BULGAKOW usw., alles in der „Intelligenz“, die bisher jede Religion links liegen ließ, mit der Ausfüllung des Beichtzettels ihre religiöse Pflichten für erledigt hielt und höchstens in der Osternacht sich für einen Augenblick religiös ergriffen fühlte: eine eigenartige, der Analyse lohnende Erscheinung, an der MASARYK ganz vorbeigeht.

Keine besondere Erwähnung erforderte dagegen die heute glücklicherweise fast schon überwundene Richtung des nakten Hedonismus, die nach dem Scheitern der Revolution durch den Sanin des ARCYBASZEW einfach fleischliche Lust als das einzig erstrebenswerte ankündigte und als schließlichen Ausweg den Selbstmord verherrlichte; im „Sanin“ endigen so allerdings nur 3½ Personen (½, weil Sanin seine Schwester im letzten Augenblick vor dem Sprung ins Wasser rettet, was er dann bedauert), aber im folgenden Roman ein ganzes Dutzend; die Selbstmordmanie grassierte übrigens schon lange unter der russischen Jugend. Prostituierung der bis dahin keuschen Literatur war der einzige Erfolg der „Saninerei“.

Dagegen kann man von einer inneren Krise innerhalb der Revolutionspartei selbst kaum sprechen; die Partei als solche scheint einfach weggefegt; einzelne ihrer Vertreter arbeiten wohl organisch auf dem Lande, die Bauern aufzuklären; andere werden in Fabriken Streike arrangieren helfen, aber sonst ist das Spiel für lange aus, Regierung und Gesellschaft können ihretwegen ruhig auf beiden Ohren schlafen. Ich erwähne dies auch darum, weil MASARYK von einer Krise innerhalb der Partei aus Anlaß der beiden Romane von ROPSZIN handelt. Ganz zu Unrecht; in einem Lande, wo ein TOLSTOI gegen

jeglichen Widerstand dem Bösen jahrelang predigte, kann man unmöglich an dem Thema, ob man denn überhaupt töten dürfe, achtlos vorbeigehen; Ropszin, in dessen Adern nur Theaterblut fließt, stellte sich nun in die Pose eines revolutionären Hamlet: Töten oder nicht töten, das ist die Frage. Aber Ropszin wird im Laufe der Jahre noch alle mögliche Posen annehmen, d. h. Krisen durchmachen, die nur ihn, nicht die Partei interessieren, mögen sich auch einzelne an dem akademischen oder literarischen Streite beteiligen. Übrigens war gerade Merežkowsky der einzige, der den unbeachtet gebliebenen ersten Roman („Das fahle Roß“, d. i. der Apokalypse), eingehend würdigte, natürlich von seinem neochristlichen Standpunkte aus. Die russische Revolution ist vorläufig zu Ende, das Problem existiert für Dezennien nicht mehr, sie hatte ja keine Wurzeln, unterschätzte die Macht der Regierung und überschätzte ihre eigene. Ihr Ausgang erinnert an die uralte slavische (bei Polen und Russen wiederkehrende) Tradition, wonach einst die Herren ihre aufrührerische Sklaven nicht mit Waffen, wohl aber mit Peitschen zur alten Unterwürfigkeit zwangen.

Mit diesem Eindruck, den vielleicht Masaryk selbst entschieden bestreiten dürfte, scheiden wir von seinem Werke, dessen reichen Inhalt wir auch nicht annähernd erschöpfen konnten. Wir übergingen namentlich seine allgemeinen Ausführungen über den Gegensatz: Theokratie — Demokratie und Theologie — Philosophie (er ist jeglicher Theologie unbedingtester Gegner); über das Wesen der Nationalität; über den Anarchismus; über die Halbheiten des Liberalismus; über die Einseitigkeit des Marxismus usw.; wir beschränkten uns notwendiger Weise auf das speziell russische Problem. Masaryk ist Anhänger der sozialen Demokratie, nicht der Sozialdemokratie und am allerwenigsten der marxistischen; seine Offenheit im Eintreten für den wahren Fortschritt, in der Bekämpfung jeglicher Rückständigkeit, Einseitigkeit, Theokratie im Leben und Theologie im wissenschaftlichen Denken, gewinnt von vornherein den Leser. Eine außerordentliche Vielseitigkeit, eine erstaunliche Belesenheit, der frische Vortrag, das interessante Thema machen sein Buch zu einer fesselnden Lektüre für Jedermann; der Historiker, Philosoph, Soziologe wird stets daran Gefallen finden. Wir haben nur einen kurzen Auszug daraus gegeben, nicht mit den Worten, ja oft nicht einmal in den Spuren des Verfassers wandelnd, indem wir andere Züge berücksichtigten, aus anderen Quellen schöpften; wir polemisierten mehrfach offen oder versteckt mit dem Verfasser, dessen Ansichten wir nicht teilten, aber wir bewahren ihm großen Dank für die mannigfachste Anregung und Belehrung. Bei dem vielfach mehr referierenden Charakter des Buches wird ja ein Russe, der in dieser Literatur aufgewachsen ist, gar vieles bekannt finden; für den außerhalb dieser Literatur stehenden Europäer kann man das Buch als eine Art Offenbarung, Aufschließung neuer Gebiete ohne weiteres bezeichnen. Die deutsche Literatur ist in der Aufschließung russischen geistigen Lebens in den letzten Jahren stark ins Hintertreffen gedrängt, kann nicht Werke aufweisen wie die französische (eines Maçon, Lirondelle u. s. f.); Masaryks Werk füllt nicht nur eine große Lücke aus, sondern bedentet einen mächtigen Vorsprung.

Einiges aus der Utopienliteratur der letzten Jahre.

Von

Von **Karl Ballod** (Berlin).

Utopien sind oder genauer, waren sowohl bei der zünftigen Nationalökonomie als den sozialistischen Schriftstellern in den letzten Jahrzehnten verbotene Ware. Man hatte nur Hohn und Spott für sie übrig, eine Organisation der Volkswirtschaft, die nicht von selbst entstanden war, schien eine Ausgeburt von Irrsinn. Der bürgerliche Nationalökonom liberaler Richtung begeisterte sich für die „königlichen Kaufleute“, die die Verteilung der von den Menschenkindern erzeugten Güter in vorzüglichster und einsichtigster Weise organisierten, schrieb Lobeshymnen auf die Genialität der großen und kleinen Unternehmer, nicht nur der „Kapitäne der Industrie“, sondern auch der mittleren Fabrikanten, ohne die die Welt ja gar nicht bestehen könnte, die es, indem sie ihre eigene Haut zu Markte trügen, Erfahrung und Kenntnisse ansammelten, überhaupt erst bewirkten, daß für die anwachsenden Bevölkerungsmassen Brot geschaffen wäre ... Und der zünftige Sozialist trieb es nicht anders. Ein Wilhelm Liebknecht erklärte in einer Reichstagssitzung: nur ein Narr könne nach dem Zukunftsstaat fragen; und ein sozialistischer Kritiker meinte bei der Besprechung einer Utopie im „Vorwärts“: der Gedanke einer Organisation der Volkswirtschaft stünde auf gleicher Stufe wie die Darstellung eines Theologen über das Leben nach dem Tode, es käme doch alles darauf an, daß der Großbetrieb sich entwickele und gedeihe. Kam hier noch ein unverdauter Marxismus zu Worte, so tat der innerhalb der deutschen Sozialdemokratie immer mehr zur Herrschaft gelangende Revisionismus das Menschenmögliche, um mit den Forderungen einer sozialistischen Organisation der Volkswirtschaft aufzuräumen. Ein Eduard Bernstein[1]) erwies sich als ein gelehriger Schüler von Julius Wolf, insofern, als er die Entwickelung zum Wohlstand in gleichsam automatischer Weise vor sich gehend nachweisen wollte, höchstens mit dem Unterschied, daß er die sozialpolitische Gesetzgebung nicht für überflüssig hielt. Und der Sozialist David[2]) will haarscharf die Überlegenheit des Kleinbetriebes über den Groß-

1) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus usw. 1898.

2) Eduard David, Sozialismus und Landwirtschaft. I. Bd. Die Betriebsfrage. Berlin 1903.

betrieb in der Landwirtschaft nachweisen, ohne sich darum zu bekümmern, daß er damit nicht nur dem Marxismus, sondern auch dem Sozialismus den Todesstoß versetzt. Es wird unter solchen Umständen begreiflich, daß die großzügige Ehrenrettung der Utopien, die der heute angesehenste russische Nationalökonom TUGAN-BARANOWSKI 1907 vornahm, völlig in den Wind geschlagen wurde. TUGAN-BARANOWSKI zeigte in eindringlicher Weise, wie der „wissenschaftliche Sozialismus" eines MARX und ENGELS um keinen Deut wissenschaftlicher wäre als der utopische, wies nach, wie der „wissenschaftliche" nur deswegen keine Ideale aufgestellt hätte, weil er sie fix und fertig von den Utopisten bezogen hätte, dabei allerdings von der automatisch sich vollziehenden wirtschaftlichen Entwickelung den Triumph des Sozialismus erwarte. TUGAN-BARANOWSKI wurde in Deutschland von Marxisten und Revisionisten abgelehnt . . . Bei einigen jüngeren Nationalökonomen wurde die Theorie von der Weltwirtschaft, der Ersprießlichkeit der steigenden Verflechtung in den Weltverkehr, die ein aufgewärmter Smithianismus war, Trumpf.

Es mußte erst die furchtbare, erdbebenartige Erschütterung eines Weltkrieges kommen, um die Fragen wenigstens nach einer teilweisen Organisation der Volkswirtschaft wieder aufleben zu lassen. In der Tat: der königliche Kaufmann, der selbstherrliche Unternehmer, die angeblich die Erzeugung und Verteilung der Güter in der denkbar vollkommensten Weise regelten, liegen am Boden. Aus ist es mit der Weltwirtschaft, dem Weltverkehr. Zusammengebrochen, tot ist die Hoffnung unserer Börsengewaltigen, daß das an uns verschuldete Ausland uns bedeutende Mittel zur Kriegführung und Belebung unserer Volkswirtschaft darbieten würde. Die ausländischen Guthaben sind plötzlich infolge Schließung der Börsen für die Dauer des Krieges Makulatur geworden. Aus der Verpflechtung in den Weltverkehr ist eine beinahe hermetische Abschließung geworden. Wir sind auf unsere eigene Kraft, die eigene Gütererzeugung angewiesen. Es gibt nur noch einen großen Arbeitgeber: den Staat; fast die ganze Industrie ist in den Dienst des Staates getreten. Diese mit der Wucht von Keulenschlägen auf uns niedersausende Erkenntnis hat schon eine Reihe von bürgerlichen Nationalökonomen zum Umlernen veranlaßt. Ein BRENTANO, ein GOTHEIN, ehedem Säulen des Individualismus, fordern die staatliche Regulierung der Ernährung des Volkes während des Krieges, gewissermaßen das Rationensystem unter Enteignung der vorhandenen Vorräte. Und jüngere Nationalökonomen (JAFFÉ u. a.) sind sich darüber einig, daß es mit der öffentlichen Regelung der Volkswirtschaft nach wieder erlangten Frieden nicht ihr Bewenden haben würde, sondern daß für die Monopolindustrien die staatliche Regelung, die staatliche Vorratansammlung durchgeführt werden müsse. Noch wehren sich gegen diesen Gedankengang einige ältere Nationalökonomen. Auch sie werden ihren individualistischen Standpunkt revidieren müssen, wenn erst die Schäden des Weltkrieges verrechnet und auf die Schultern der Steuerzahler gelegt werden, wenn das finanzielle „Fazit" gezogen wird. Zwar die Sieger schmeicheln sich der Hoffnung, daß die Unterlegenen ihnen nicht nur alle Schäden er-

setzen, sondern noch darüber hinaus Buße bezahlen würden. Man hört mitunter die abenteuerlichsten Vorschläge über die Verwendung des demnächst auf uns niederprasselnden Milliardensegens. Wie aber, wenn infolge allseitiger Kraftanspannung der völlige Sieg ausbleibt, man einen Frieden ohne eine erhebliche Entschädigung schließen muß? Und wie soll gar die Volkswirtschaft der Unterlegenen nach dem Kriege organisiert werden? Wie sollte es z. B. Frankreich möglich machen, an uns 25 oder wie andere Optimisten hoffen, gar 40 Milliarden zu bezahlen, dabei für Kriegsausgaben 20—30 Milliarden und ebensoviel für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten materiellen Werte aufzubringen? Das bedeutete doch eine Verringerung des Volksvermögens auf die Hälfte bei gleichzeitiger starker Verminderung der „produktiven Kräfte" (Verlust eines Teils des Terrains, der Kolonien, Verlust bezw. Unbrauchbarwerden einer großen Anzahl Arbeiter für die Arbeit infolge von Tod, Krankheit und Wunden). Erträgt einen derartigen Aderlaß überhaupt die heutige Volkswirtschaft, kann man solche Schadenbeträge bezw. deren Zinsen auf dem Wege der Steuererhöhung aufbringen? Aber noch wissen wir nicht, ob wir so restlos siegen werden, daß wir physisch in der Lage sein werden, die feindlichen Nationen „bis zum Weißbluten" niederzuwerfen, ganz abgesehen davon, daß die Ausführung dieser Theorie gegen eine unterlegene Nation eine Weltkoalition gegen uns heraufbeschwören, neue furchtbare Kämpfe uns bringen kann, wie denn schon heute die Angst vor dem „Vae victis" alle kämpfenden Nationen zu den verzweifeltsten Kraftanstrengungen veranlaßt.

Es ist jedenfalls von Belang, bei den Fragen nach der Reorganisation der Volkswirtschaft nach dem Kriege theoretisch zunächst von der Annahme auszugehen, daß eine jede der großen kämpfenden Nationen das alte Gebiet behält und ihre Kriegsschäden selber tragen muß. Für die Sieger wären alsdann, je nach Maßgabe ihres Sieges der erlangten Kriegsentschädigung Korrekturen in Plus, für die Besiegten in Minus anzubringen. Denkt man sich den Krieg von einjähriger Dauer, so ist nach den bisherigen Erfahrungen wahrscheinlich, daß Deutschland und Österreich mindestens 30 Milliarden Mark reine Kriegsunkosten und mindestens 15—20 Milliarden indirekte Zerstörung von Volksvermögen aufzuweisen haben werden. Der Jahresbetrag der Steuer würde also um die Zinsen dieses Kapitals plus der Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen wachsen. Es können so leicht für Deutschland allein 2, für Österreich $1^1/_4$—$1^1/_2$ Milliarden Mark jährliche Mehrausgaben erwachsen. Eine Erhöhung der Arbeiter-Alterspensionen, Herabsetzung des pensionsberechtigten Alters wird auch nicht zu umgehen sein und große Summen erfordern. Wie diese aufbringen? Daß dies auf dem gewöhnlichen Steuerwege zu furchtbaren Mißständen führen müßte, leuchtet ein. Man würde also neben einer sehr fühlbaren Erhöhung der Einkommens- und Erbschaftssteuer doch noch Monopole einführen, Verstaatlichungsaktionen großen Stils, z. B. bei den Bergwerken, durchführen müssen. Dazu kommt noch etwas sehr Wichtiges. Deutschland hat einen sehr großen Nahrungsmittelbezug aus dem Auslande. Dieser Nahrungsmittelbezug wird aus Gründen nationaler

Sicherheit sehr stark eingeschränkt werden müssen; dafür wird die Inlandsproduktion zu steigern, eine gewisse „Autarkie“ anzustreben sein. Dies ist wiederum nicht auszuführen ohne großzügige Meliorationen einerseits und ein Getreidemonopol bezw. selbst Brotmonopol andererseits. Also ein weiterer Schritt zur Staatswirtschaft, die sich von dem perhorreszierten Sozialismus dadurch unterschiede, als hier ein Kompromiß zwischen den bisher herrschenden Klassen und der Arbeiterschaft geschlossen werden müßte. Produktion und Konsum werden also in hohem Maße einer staatlichen Regelung unterworfen werden müssen.

Der Weltkrieg führt aber in noch einer Hinsicht zur Umwertung der Werte. Er lehrt uns, wie gewaltige Massen, Millionenheere nach einem einheitlichen Plane gelenkt werden können, auf ein Ziel hinarbeiten müssen. Da liegt denn der Gedanke doch zu nahe, ob die Millionenarmeen, die im Kriege zur Zerstörung der mühsam im Laufe von vielen Jahrzehnten gesammelten und aufgebauten Kulturwerte verwendet werden, nicht nachher, wenn es sich um den Wiederaufbau handeln wird, ebenfalls mit großem Vorteil nach einem einheitlichen Plane zu diesem Wiederaufbau organisiert werden sollen. Wie denkt man sich denn überhaupt sonst wieder den Wiederaufbau bei geschwächter Kapitalskraft, verringerter Arbeitskraft? Zwar die Landwirtschaft kann ohne weiteres nach Kriegsschluß auch beim individualistischen Prinzip mit dem Wiederaufbau beginnen. Dies aber ohne weiteres doch nur dann, wenn geringere, nicht höhere Leistungen von ihr verlangt werden. Höherleistungen werden aber verlangt werden, weil der Krieg uns die Unsicherheit aller überseeischen Beziehungen gleichsam mit Hammerschlägen dargetan hat. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen bezüglich unseres industriellen Exportes werden, je länger der Krieg dauert, desto sicherer unterbunden, die Wiederanknüpfung um so schwieriger, damit auch die Wiederaufnahme der Produktion für den Export. Es wäre ein gefährlicher Irrtum, wenn man glaubte, die Millionenarmeen von heute würden nach Kriegsschluß nach Hause entlassen, sofort wieder vollzählig im alten Gleise weiter arbeiten können. Es hilft da nichts ein Hinweis auf die Entwickelung nach den früheren Kriegen, den Aufschwung der Volkswirtschaft, der nach 1870/71 folgte. Die damaligen Heere waren im Verhältnis nicht ein Drittel so zahlreich, die deutsche weltwirtschaftliche Interessenverflechtung war erst im Werden, Deutschland war ganz überwiegend Agrarstaat.

So viel also ist nicht wegzudisputieren: die Nationalökonomie unserer Zeit ist vor gewaltigen Aufgaben gestellt wie nie zuvor, sie muß in vieler Beziehung umlernen. Und da gewinnt denn die Frage, ob es in der bisherigen sozialistischen bezw. Utopienliteratur, die wir stolz als Ausgeburt von Phantasten beiseite geschoben, unter den Tisch geworfen haben, nicht doch etwas für den uns bevorstehenden Wiederaufbau der Volkswirtschaft Brauchbares, Beachtenswertes gibt? D. h. also, eine Betrachtung der Utopien hat nicht mehr bloß die theoretische Bedeutung, die ihr bis jetzt zukam, es liegt das dringendste praktische Bedürfnis vor, auch von ihnen zu lernen, dasjenige herauszusuchen, was für die allernächste Zukunft von Belang sein

könnte. Und unter den in den Utopien behandelten Darstellungen eines vollkommenen Gesellschaftszustandes gibt es doch die mannigfachsten Abstufungen. Nicht alle sind auf der gleichen kommunistisch-sozialistischen Grundlage aufgebaut.

Der Anarchismus eines KRAPOTKIN in seinem „Wohlstand für Alle" ist eigentlich nichts als extremster Individualismus. Er ist die Darstellung der höheren Produktivität der Arbeit im Falle der Zugänglichmachung der Produktionsmittel an alle. Dabei ist bloß die petitio principii enthalten, daß in einem solchen Falle alle ihren Acker zur höchsten Produktivität bringen würden; es ist also höchste Einsicht und Weisheit eines jeden Einzelindividuums unterstellt. Es ist im Grunde genommen dieselbe Voraussetzung wie beim Smithianismus: nur die Benennung der Triebfeder ist eine verschiedene. Hier ist es der Egoismus des Einzelnen, der das Höchste, Beste für die Gesellschaft zuwege bringen soll, dort (beim „Edelanarchismus") die allgemeine Menschenliebe. Es ist klar, daß mit diesen edelanarchistischen Theorien nicht viel anzufangen ist. Vor allem deshalb nicht, weil die Forderung einer Steigerung der Produktivität der Arbeit den Großbetrieb wenigstens in der Industrie erzwingt, damit eine Zusammenfassung, Zusammenschweißung der Einzelindividuen und nicht die Auflösung des Gesellschaftskörpers in Einzelatome. Das Ideal eines KRAPOTKIN, die Zugänglichmachung des hauptsächlichen Produktionsmittels, des Landes an alle, ist in der russischen Dorfgemeinde, im Mir bereits verwirklicht — der Erfolg ist allgemeines Elend, nicht allgemeiner Wohlstand. Würde man die hohen Ernteerträge, die KRAPOTKIN bei vollkommenster landwirtschaftlicher Kultur überwiegend richtig einsetzt, als Erträge in der russischen Dorfgemeinde erzielen, so würde auch in den „landarmen" Gebieten der Wohlstand allgemein sein müssen. Gewiß könnte KRAPOTKIN einwenden, daß es an der Belehrung des Bauern gefehlt hat, daß man ihn in Unwissenheit und Unkenntnis der modernen Kultur verkommen ließ. Aber bei vollkommenster Belehrung ist immer noch keine Sicherheit geboten, daß diese Belehrung von allen oder auch nur von der Mehrheit beherzigt wird. Das Gesetz der Trägheit, der Gleichgiltigkeit, ist im Menschen denn doch zu mächtig. Nur die bittere Notwendigkeit, der harte Zwang, bringt große Kulturleistungen hervor. Die Beispiele, die KRAPOTKIN dafür anführt, daß auch in der Dorfgemeinschaft lebende Bauern sich zu gemeinsamer, fleißiger Arbeit, Maschinenbenutzung aufgerafft hätten, ohne jeden Zwang von außen, sind denn doch zu vereinzelt.

Folgerichtig ist daher der Marxismus insofern, als er anerkennt, daß durch die Expropriation der vielen Kleinunternehmer, wie sie die Herrschaft des Kapitalismus mit sich brachte, eine erhebliche Steigerung der Produktivität der Arbeit eingetreten ist. Seine Anklage richtet sich dagegen, daß die Kapitalistenklasse dieses Mehr, das die Arbeit der Massen schaffe, ganz allein mit Beschlag belege, es zur Steigerung des Luxus und fortdauernder Kapitalakkumulation benutze. Aber die Sozialisten betonen, daß noch viel zu viel Hemmungen der Produktivität der Arbeit vorhanden seien, infolge

der zersplitterten anarchistischen Produktion. Der Kleinbetrieb sei noch zu zahlreich vertreten; auch fehle die „Proportionalität" zwischen Produktion und Konsumtion, daher die Wirtschaftskrisen (TUGAN-BARANOWSKI). Die Reste des unproduktiven Kleinbetriebes sollen nach KAUTSKY am Tage nach der sozialen Revolution durch die „Diktatur des Proletariats", d. h. doch wohl durch die Diktatur der Erwählten des Proletariats, beseitigt werden. Die gut eingerichteten Großbetriebe sollen ihre Produktion verstärken durch Einlegung von Doppelschichten, bezw. sogar drei Schichten zu 5—8 Stunden. D. h. also, es soll eine vollständig durchdachte, einheitlich geleitete Organisation der Volkswirtschaft von einem Zentralpunkte aus, also im rechten Grunde, von oben herab erfolgen.

Daß dieses „Oben" in der marxistischen Terminologie „Diktatur des Proletariats" anstatt „Staatsregierung" benannt ist, macht nichts zur Sache. Der ganze Unterschied besteht eben in der Terminologie. An sich wäre es doch, wie oben bemerkt, denkbar, daß eine bestehende „bürgerliche" Staatsregierung, um die Schäden des Krieges schnell zu heilen, die gewaltigen, nach dem Kriege zu entlassenden Armeen zunächst zum Wiederaufbau benützte, und nachdem sie erst eingesehen hätte, daß die Zusammenfassung der Kräfte relativ größere Wirkungen hervorbringt, als die vor dem Kriege bestehende Zersplitterung, eine Reihe von Wirtschaftszweigen mit Hilfe der Heeresorganisation unter Verlängerung der Dienstzeit, bezw. Einstellung aller im militärpflichtigen Alter befindlichen Personen (gegenüber der bisherigen Einstellung von nur 54 % in Deutschland, 75 % in Frankreich, 30 % in Rußland), in Betrieb nähme. Die Staatsverfassung an sich bedingt keinen Unterschied: im republikanischen Frankreich und im demokratischen England wird gerade so diktatorisch oder noch diktatorischer regiert als in der „starken" Monarchie Deutschland oder in dem zu $^9/_{10}$ absolutistischen Rußland. Die Bevölkerung findet sich mit der Diktatur — und das ist ebenfalls eine neue Erkenntnis, die uns der Weltkrieg gebracht hat — als mit einer harten, aber unumgänglichen Notwendigkeit ab. Sie wird die Diktatur auch noch eine Zeitlang nach dem Friedensschluß ohne Murren ertragen, insbesondere wenn die von der Regierung getroffenen Maßnahmen für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft in einleuchtender Weise öffentlich dargelegt und gemeinverständlich auseinandergesetzt werden. So könnte es z. B. kommen, wenn ein großer Nahrungsmitteleinfuhrstaat wie Deutschland sich nach dem Kriege in der Hauptsache auf die Autarkie in bezug auf die Nahrungsmittelversorgung einrichtet, großzügige Meliorationen, Kultivierung der Moore, künstliche Bewässerungsanlagen großen Stils vornimmt, eine „Elektrisierung" der Bodenbearbeitung und damit Verringerung des Zugviehbestandes unter Ersparnis von Nährwerten durchführt.

Mag nun das, was der „bürgerliche" Staat tatsächlich durchführt, nur unter die Rubrik der „Kriegswirtschaft" bezw. „Ergänzung der Kriegswirtschaft" beim Wiederaufbau fallen, so ist doch eine Durchdenkung der Grenzen der individualistischen und der sozialistischen, bezw. staatlichen Wirtschaft unter allen Umständen von Belang. Somit auch eine Betrachtung der Utopien.

Der Unterschied zwischen den Plänen der Utopisten und der Marxisten besteht schließlich auch nur darin, daß die ersteren fertige Pläne haben, die letzteren aber erst auf dem aufbauen wollen, was sie am kritischen Tage, nach dem Siege des Proletariats vorfinden, wo sie also Hals über Kopf, ohne jede Möglichkeit für eine reifliche Prüfung und Überlegung, Beschlüsse fassen, die schwerwiegendsten Maßnahmen durchführen müssen. Kein Wunder, daß den Revisionisten (BERNSTEIN!) vor einer derartigen Möglichkeit, vor dem kritischen Tage graut und sie lieber die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus wegdisputieren, indem sie auf die Unmenge der kleinen und mittleren Betriebe hinweisen, auf die vielen und noch stetig anwachsenden mittleren Einkommen.

Die führenden marxistischen Theoretiker glauben, daß es am kritischen Tage genügen würde, nach der Methode der Trusts zu verfahren, nur die besteingerichteten Betriebe weiter bestehen zu lassen. KAUTSKY führt z. B. aus, daß 1907 von den 1 088 280 Arbeitern der Textilindustrie $^1/_3$ in bloß 1000 Betrieben gearbeitet hätten[1]); bei dreifachem Schichtwechsel würden also nur 1000 Textilbetriebe zu verwalten und zu kontrollieren sein. Diese Vorschläge von KAUTSKY haben bloß eine große Lücke. Es ist die Landwirtschaft dabei nicht berücksichtigt, bei der von einer starken Zusammenlegung der Betriebe ohne eine gründliche, jahrelange Vorarbeit gar keine Rede sein kann; und weiter sind die seltenen und die aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe und Fabrikate nicht berücksichtigt. Das ist um so auffallender, als KAUTSKY selbst früher einmal die Vorrede zu einer Utopie (des ATLANTICUS[2])) geschrieben hatte, die mehr zahlenmäßige nüchterne Berechnung als Utopie, ein Gesamtbild des Sozialstaates zu entwerfen suchte, indem überall anstatt der tatsächlichen Produktivität der Arbeit die in den besteingerichteten Betrieben gesetzt worden war, für die Landwirtschaft dagegen in Deutschland 100 000 erst einzurichtende, neu zu bauende Betriebe gefordert waren, durch die mit $^2/_5$ der früheren Arbeitskräfte eine bedeutend erhöhte Produktion und damit allgemeiner Wohlstand bewirkt werden sollte.

Diese Utopie des ATLANTICUS hat neuerdings POPPER-LYNKEUS[3]) in seinem vor zwei Jahren erschienenen umfassenden Buch teils reproduziert, teils auch zu korrigieren versucht. Wir werden uns mit POPPER-LYNKEUS eingehender befassen, weil er von den jüngeren Utopisten der einzige ist, der einen wirklichen umfassenden Plan, eine Konstruktion des Sozialstaates zu geben versucht, während die Bücher von LICHTNECKERT[4]) und OTTO[5])

1) Vgl. KARL KAUTSKY, Am Tage nach der sozialen Revolution, 1907.

2) ATLANTICUS, Produktion und Konsum im Sozialstaat. Mit einer Vorrede von KARL KAUTSKY. Stuttgart 1898.

3) JOSEF POPPER-LYNKEUS, Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage. Dresden, Carl Reissner 1912. gr. 8°. XVI—813 S. (17 M.).

4) JOSEF LICHTNECKERT, Der sozialdemokratische Weltstaat mit Gemeineigentum und Eigenproduktion. Papiermühle S.-A., Fr. Engelke 1912. XII—283 S. (2 M.).

5) BERTHOLD OTTO, Der Zukunftsstaat als sozialistische Monarchie. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht 1910. gr. 8°. 483 S. (8 M.).

lediglich die übliche sozialistische Feuilletonliteratur, Ausmalung der Vorzüge der sozialistischen Weltordnung ohne eigene wissenschaftliche Untersuchungen vorstellen. — Auf höherer Warte steht das Buch des Franzosen DESLINIÈRES, „Le Maroc socialiste“ [1]), der ein sozialistisches Versuchsgemeinwesen in Marokko auf einer zu erlangenden Landkonzession von 1½ Millionen Hektar begründen will mit einer staatlichen Unterstützung von nur 100 Millionen Franks. DESLINIÈRES schildert sehr gut und überzeugend die Mängel und Fehler der kapitalistischen Kolonisation in Tunis und Algier, die geringen Leistungen, die mangelhafte Produktivität der Arbeit, die sie charakterisierten. Ausgezeichnet ist auch seine Darstellung der natürlichen Vorzüge der von ihm geforderten Landkonzession am Sebufluß. Dagegen fehlt vollständig eine Rechnung darüber, was er eigentlich mit den geforderten 100 Millionen machen will, wieviel Land dafür in Kultur genommen, welche Produktion erzielt werden soll, welche Volkszahl angesiedelt werden kann. Kein Wunder daher, daß die französische sozialistische Partei es nicht riskiert hat, auf den Vorschlag von DESLINIÈRES hin die 100 Millionen vom französischen Parlament zu verlangen. Das Geld wäre ihr wahrscheinlich zugebilligt worden, selbst von den bürgerlichen Parteien, von den letzteren freilich nur in der Hoffnung, daß die Sozialisten es doch nicht verstehen würden, eine ersprießliche Organisation zu schaffen und sich nur heillos bloßstellen, daher damit ihren politischen Einfluß verlieren würden.

Gehen wir das Buch von POPPER-LYNKEUS durch, so können wir die theoretischen Teile überschlagen, da sie grundlegende neue Gedanken nicht bieten. Die Kritik der bürgerlichen Nationalökonomie ist trotz vieler trefflicher Ausführungen ebensosehr auf die Spitze getrieben, wie die von MARX. — Wenn POPPER-LYNKEUS (S. 304) die Konzentrationstheorie auch für die Industrie als unzutreffend hinstellt mit dem Bemerken, daß die absolute Zahl der Kleinbetriebe, Mittelbetriebe und Großbetriebe sich vermehrt hätte, so ist das eine unstatistische, unwissenschaftliche Betrachtung. Es kommt doch darauf an, ob die Anzahl der Arbeiter sich im Groß- oder im Kleinbetriebe stärker vermehrt hat. Und da ist der Großbetrieb entschieden im Fortschreiten begriffen. Es kommt noch hinzu, daß die Produktivität des einzelnen Arbeiters im Großbetriebe höher ist als im Mittel- und erheblich höher als im Kleinbetriebe. Hätte POPPER-LYNKEUS die Ausführungen bürgerlicher Nationalökonomen, wie SINZHEIMER [2]), hierüber gelesen, so würde er anderer Meinung geworden sein. Richtig ist bloß, daß in der Landwirtschaft die Tendenz zum Großbetriebe fehlt. Dies ist der Fall infolge von rein natürlichen Unterschieden, weil in der Landwirtschaft die Fläche als solche der hauptsächlichste Produktionsfaktor ist und die Unterschiede in der Produktivität zwischen Groß- und Kleinbetrieb nicht so erheblich sein können wie

1) LUCIEN DESLINIÈRES, Le Maroc socialiste. Projet de colonisation socialiste. Paris, Giard & Brière 1912. (3.50 fr.).

2) Vgl. LUDWIG SINZHEIMER, Über die Grenzen der Weiterbildung des fabrikmäßigen Großbetriebes. Stuttgart 1893.

in der Industrie. Die Konkurrenz der Betriebe untereinander ist überhaupt nicht da. Wenn der fleißige Bauer Peter auf gleicher Fläche um $^1/_4$ oder $^1/_3$ mehr produziert als der faule Bauer Martin, so geht Martin deswegen noch nicht zugrunde. — Wenn POPPER-LYNKEUS weiter die Akkumulationstheorie und die Verelendungstheorie als absolut falsch hinstellt, so folgt er darin den Spuren BERNSTEINS mit der gleichen unausreichenden Begründung. Die Zahl der Kapitalmagnaten nimmt gewiß nicht ab, die Verelendung nicht zu; aber POPPER-LYNKEUS hat übersehen, daß bereits KAUTSKY von einer relativen Verelendung spricht, d. h. einer Abnahme des relativen Anteils der Arbeiterschaft am Gesamteinkommen der Nation. Das ist ein Problem, das bis jetzt in der Öffentlichkeit noch gar nicht in einer wissenschaftlich einwandfreien Form untersucht ist. Eine gewisse Akkumulation auf höheren Einkommens- und Vermögensstufen ist tatsächlich vorhanden (den Nachweis darüber kann Schreiber aus Gründen des Raumes nicht an dieser Stelle führen), aber sie ist freilich nicht so erheblich, wie sich das die Sozialisten vorgestellt haben: es besteht die Möglichkeit, sie durch eine scharfe, abgestufte Erbschaftssteuer großenteils abzuschneiden. — Die glatte Ablehnung der Mehrwertstheorie kann auch nicht als wissenschaftlich angesehen werden, ebensowenig wie POPPER-LYNKEUS' Verspottung der Krisentheorie, der Zusammenbruchstheorie. Der Weltkrieg, in den wir geraten sind, ist eine glatte Bestätigung der Theorie, daß die Krisen immer furchtbarer geworden sind. — POPPER-LYNKEUS' Begründung für die Notwendigkeit der Aufstellung eines Planes für die soziale Produktion beruht so lediglich auf der Forderung der Überwindung der Unsicherheit der sozialen Lage des Arbeiters und dem Hinweis auf die höhere Produktivität der sozialen Arbeit — ähnlich wie bei ATLANTICUS, der jedoch sich nicht in der Weise wie POPPER-LYNKEUS gegen MARX wendet.

Was sind nun die Forderungen bei POPPER-LYNKEUS?

Als Ziel stellt er (S. 491) hin die Organisation einer „Minimum"-Institution, deren Aufgabe darin bestehen soll, alles zu einer notwendigen, aber doch nicht zu knappen Lebenshaltung Gehörige zu beschaffen und an alle Staatsangehörigen bedingungslos zu verteilen. Dieses Notwendige besteht nach POPPER-LYNKEUS in den physiologisch notwendigen Nahrungsmitteln, den hygienisch notwendigen Wohnungen, die dem herrschenden Klima entsprechende Bekleidung. Das zum Leben unbedingt Notwendige erhält aber auch der Sklave. POPPER-LYNKEUS fordert daher ein „anständiges" Minimum und adoptiert zu diesem Zwecke eine Reihe von Aufstellungen des ATLANTICUS. Nur will er nichts von einer Beibehaltung des Geldwesens wissen, sondern den Bürgern seines Staates alles in natura zuteilen. Ebensowenig läßt er Unterschiede in den Gehalten und Pensionen der Arbeiter und der sog. intellektuellen Berufe zu; es soll das Prinzip der Gleichheit gewahrt werden. Auch fordert er die Arbeitspflicht für alle, nicht wie ATLANTICUS das bloße Recht auf Arbeit. Dafür hält er seine Staatsordnung, trotzdem er sie für ein Deutschland, das 70 Millionen Bevölkerung haben soll, berechnet, erst um 1980, also in zwei Menschenaltern, oder

gar um 2000 oder noch später, in 100 Jahren für durchführbar. — Von einer reichlichen Ablösung an die Besitzenden, wie sie ATLANTICUS in Aussicht stellt, will POPPER-LYNKEUS nichts wissen. Die Besitzenden sollen sich mit dem Bewußtsein zufrieden geben, daß ihre Angehörigen im Zukunftsstaat ein Minimum an Lebensbedürfnissen sicher bekommen werden. — Das Wohnungswesen zieht er, im Gegensatz zu ATLANTICUS, mit in den Kreis seiner Berechnungen, dafür aber schaltet er Bier, Tabak, Seide, Klaviere u. dergl. Luxusdinge völlig aus. »Erst allmählich dürfen diese Gegenstände von einer neben der Staatswirtschaft noch zulässigen Privatwirtschaft erzeugt werden. — Man sieht, es ist ein spartanisches Ideal, das POPPFR-LYNKEUS vorschwebt — im Gegensatz zu dem athenischen des ATLANTICUS. Die Bürger seines Staates sollen Gleiche sein, wie die „Homoioi" der Spartaner (deren Gleichheit freilich ihre Folie fand in der Zwangsarbeit der Heloten und den Beiträgen der Periöken).

POPPER-LYNKEUS kommt auf Grund des Studiums der Arbeiten von GROTJAHN und MOMBERT zu dem Ergebnis, daß die heutige Arbeiterkost unzureichend sei, und fordert daher deren Erhöhung. Das Kostmaß selbst setzt er zunächst in Übereinstimmung mit ATLANTICUS an pro Kopf und Jahr: zu 100 kg Fleisch, 167 kg Kartoffeln, 167 kg Brot (2/3 Weizen, 1/3 Roggen), 16 kg Butter, 30 kg Zucker, 5 kg Käse fest, hält nur das Quantum von 50 Liter Vollmilch zu niedrig und erhöht es auf 150 Liter. In der Tat garantiert dies Kostmaß eine Ernährung, die über die bekannte VOIT-PETTENKOFERsche Norm hinausgeht: es lassen sich dabei etwa 105 Gramm Eiweiß und über 2800 Kalorien auf den Kopf der Bevölkerung errechnen, während neuere Physiologen, wie RUBNER, schon für den erwachsenen Arbeiter 90—100 Gramm Eiweiß für genügend halten, dabei allerdings 3000—3500 Kalorien fordern. Unter Berufung auf die niedrigeren Normen der Physiologen setzt nun POPPER-LYNKEUS das Kostmaß des ATLANTICUS um 1/6 herab, so daß nach ihm bei der Organisation der Landwirtschaft in Deutschland, die ATLANTICUS gezeichnet, anstatt 60 (wie bei ATLANTICUS) 70 Millionen Menschen ernährt werden könnte. Tee und Kaffee hält POPPER-LYNKEUS, im Gegensatz zu ATLANTICUS, für entbehrlich; noch mehr verdammt er den Genuß von Alkohol in der Form von Bier, Wein und Branntwein. Also Spartaner und Temperenzler!

In der Wohnungsfrage geißelt POPPER-LYNKEUS die heutigen Zustände, die es bewirken, daß z. B. in Berlin wie in Wien nahezu die Hälfte der Bevölkerung in Hinterhäusern in Einzimmerwohnungen (Stube und Küche) bei Mangel an Luft und Licht hausen, dabei öfters noch Schlafburschen mit beherbergen muß — in Berlin leben 100000 Menschen in Kellerwohnungen. Im Sozialstaate soll ein Wohnungszentralamt für genügend geräumige und gesunde Wohnungen unentgeltlich sorgen. Der Staat solle die Häuser bauen. POPPER-LYNKEUS streift die Frage, ob in Zukunft Einzelhäuser, Kleinhäuser oder Großhäuser (Wohnungskasernen nach der heutigen Terminologie) gebaut werden sollen, und ist in der Theorie für Einzelwohnhäuser, glaubt aber, daß der Bevölkerungszuwachs den Bau von Großhäusern erzwingen werde, da sonst zu viel Land der landwirtschaftlichen Produktion verloren ginge . . .

Auch ein starker Gegensatz zu ATLANTICUS, der einer jeden Familie 1/4 ha Waldland zu Erb und Eigen geben möchte zwecks Errichtung von Villen in Villenkolonien, bezw. Gartenstädten; zu dem Zwecke die ganze Meeresküste in einer Breite von mehreren Kilometern und die Hügelhänge bestimmen will. Von der Gartenstadtidee ist also POPPER-LYNKEUS nicht angesteckt. In bezug auf das Ausmaß der staatlichen Wohnungen nimmt er als Norm an: für eine Einzelperson 1 Zimmer und 1 Vorzimmer von zusammen 45 qm Fläche; für eine Familie 2 Zimmer, Kabinett, Vorzimmer und Küche, also eine Zweizimmer-, bezw. wohl auch Dreizimmerwohnung von 100 qm Fläche und 3 1/2 m Zimmerhöhe.

Für die Beleuchtung fordert POPPER-LYNKEUS elektrisches Licht; für die Beheizung Gas.

Er übernimmt nun eine ganze Reihe von Berechnungen des ATLANTICUS. So vor allem die Zeichnung des Mustergutes des ATLANTICUS (von 200 ha Fläche) und dessen Erträgen, die auf 3000 kg Getreide, 20 000 kg Kartoffeln, 70 000 Futterrüben und 12 000 kg Kleeheu per Hektar sich belaufen sollen. ATLANTICUS hatte, um solche Erträge in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erzwingen, eine Verringerung der deutschen Ackerfläche von 26 auf 16, der Wiesenfläche von 6 auf 4 Millionen Hektar gefordert, damit die schlechteren Böden (6.—8. Klasse etwa) gar nicht erst in die Meliorationsarbeiten hineingezogen zu werden brauchen, sondern vorerst in Dauerweide zurückverwandelt werden können, und erst allmählich, mit der anwachsenden Bevölkerung wieder für die landwirtschaftliche Produktion herangezogen zu werden brauchen. Bezüglich der Erträge könnte man ATLANTICUS hinsichtlich des aufzuwendenden Kunstdüngers kritisieren, die angenommenen Mengen zu gering finden, insbesondere es für fraglich finden, ob bei Nichtverwendung von Stickstoffdünger so hohe Ernten zu erzielen sind. — Auch die angenommenen Kleeheu- und Wiesenheuernten mögen um 1/3 zu hoch sein. Man mag es auch weiter für unwahrscheinlich halten, daß ohne Zugabe eiweiß- und fettreicher Ölkuchen so hohe Milcherträge (3300 Liter per Kuh) erlangt werden können. Aber auf die Kritik der fachtechnischen Seite, die bei scharfer Durchrechnung vielleicht eine Reduktion der ATLANTICUS'schen Endsummen der Produktion um 1/6—1/7 bewirkt hätten, hat sich POPPER-LYNKEUS nicht eingelassen. Er rekapituliert, daß unter der Annahme des ATLANTICUS, Deutschland anstatt 10 Millionen im Jahre 1904 12 Millionen Milchkühe haben würde, dazu 10 Millionen Kälber. Das ist ungenau: es ergaben sich bei ATLANTICUS 150 Stück Jungvieh im Alter bis zu 2 1/2 Jahren, zusammen also 27 Millionen Rinder anstatt 20,6 Millionen 1907. — Den Pferdebestand verringert POPPER-LYNKEUS mit ATLANTICUS von 4,22 auf 0,8 Millionen (8 Pferde für einen jeden der 100 000 Wirtschaftshöfe des ATLANTICUS). — Der Bestand an Schweinen steigt dagegen von 22 auf 35 Millionen. — ATLANTICUS will in Deutschland 30, in Südafrika 70 Millionen Schafe ziehen zwecks Wollproduktion. POPPER-LYNKEUS verringert die Gesamtzahl der Schafe auf 35—40 Millionen, indem er annimmt, daß die Wolle der Wollenzeuge wiederholt benutzt werden könnte, und zwar dadurch, daß die alten Wollenkleider zu Shoddy aufgearbeitet würden.

Die direkte landwirtschaftliche Produktion soll Netto-Getreideerträge von 30—32 Millionen Tonnen bringen, dazu Kartoffelerträge von freilich nur 20, Futterrübenerträge von 14 Millionen Tonnen. Dazu hält ATLANTICUS auf Grund detaillierter Berechnungen 2,12 Millionen männlicher und 1,2 Millionen weiblicher Arbeitskräfte für ausreichend. POPPER-LYNKEUS übernimmt diese Zahl und geht nun zunächst auf die Nahrungsmittelindustrie ein, immer an der Hand der Aufstellungen des ATLANTICUS, jedoch nicht ohne daß ihm manches Mißverständnis passiert. So führt er aus, daß 1907 in der Rübenzuckerindustrie 34 718 Arbeiter tätig gewesen seien. Er übersieht, daß die Gewerbezählung im Sommer stattfand, zu einer Zeit, zu der die Zuckerfabriken ruhten. Noch fehlerhafter ist aber dabei die Außerachtlassung des Umstandes, daß beim Zuckerrübenbau im Sommer auf je 1—1½ ha ein Sommerarbeiter benötigt wird. POPPER-LYNKEUS übersieht so einen Mehrbedarf von mindestens ¼ Million Arbeitern gegenüber dem ATLANTICUS, der für die Zuckerproduktion in Deutschland keine Arbeiter eingesetzt hatte aus dem Grunde, weil er die Zuckerproduktion in die Tropen verlegt wissen wollte.

Bei der Müllerei, Bäckerei, Fleischerei übernimmt POPPER-LYNKEUS die Berechnungen des ATLANTICUS ohne Einwände. Bei den Bauarbeitern will er eine Korrektur vornehmen, indem er den Reparaturbedarf bei den 100 000 Wirtschaftshöfen des ATLANTICUS zu je 10 % jährlich annimmt! Das ist natürlich ein ungewöhnliches Mißverständnis: es ist selten, daß der Reparaturbedarf bei einigermaßen gut ausgeführten Gebäuden 1 % übersteigt. Dieses Mißverständnis erklärt sich übrigens recht harmlos so, daß ATLANTICUS 10 Jahre angesetzt hat für die Errichtung seiner Musterwirtschaftshöfe, POPPER-LYNKEUS hat dies als Abnutzungs- und Reparaturenquote angesehen.

POPPER-LYNKEUS fordert den jährlichen Neubau von 14 000 Einzelwohnungen und 186 000 Familienwohnungen, indem er neue Wohnungen lediglich für den Bevölkerungszuwachs, den er zu 900 000 Köpfen jährlich ansetzt, als notwendig ansieht, obwohl er kurz vorher gerade die Wohnungsnot der vorhandenen Bevölkerung beklagt hatte. Er nimmt als Jahresproduktion der Ziegeleien 15 Milliarden Stück an, gegenüber 23—24 Milliarden bei ATLANTICUS, indem er für eine jede Wohnung 25 000 Ziegel für nötig erachtet (ATLANTICUS 40 000). — Dafür kommt er freilich mit 84 000 Zieglern, 300 000 Maurern, 65 000 Steinmetzen und 40 000 Zimmerleuten aus, während ATLANTICUS hierfür je 160 000, 400 000, 120 000 angesetzt hatte, dazu 80 000 Arbeiter in den Zementfabriken (POPPER-LYNKEUS 60 000).

Bei der Beheizung und Beleuchtung übernimmt POPPER-LYNKEUS die Berechnung von ATLANTICUS, indem er sie durch einige weitere Ausführungen illustriert, z. B. wie hygienisch die Gasheizung und die elektrische Beleuchtung sei.

Bei der Bekleidungsindustrie hält er sich ebenfalls an ATLANTICUS, übersieht aber den auch von letzterem nicht erwähnten Bedarf an Flickschustern und Flickschneidern, die man auch bei 2½ Paar Schuhen auf den Kopf und 2 Anzügen doch nicht würde ganz entbehren können.

Eigene Vorschläge macht POPPER-LYNKEUS bei der Textilindustrie. Er ist nicht einverstanden mit der Annahme bei ATLANTICUS, daß die Baum-

wolle in den Tropen, die Wolle z. T. in Deutsch-Südwestafrika, erzeugt werden solle. Er will auf eingeführte Faserstoffe gänzlich verzichten, indem er auf die Unsicherheit des Bezuges, die Gefahr der Unterbrechung im Kriegsfalle hinweist, und die Baumwolle durch Lein zu ersetzen vorschlägt. Zu dem Zwecke will er dem Flachsbau in Deutschland eine Fläche von 1 Million Hektar einräumen, indem er mit einem Flächenertrage von 500 kg Flachs per Hektar rechnet. Diese Million Hektar Ackerfläche will er durch Ausschließung von Bier aus der „Minimum“-Organisation gewinnen. Ebenso will er die Züchtung von Rambouillet-Schafen zwecks Kammwollproduktion anstreben; er rechnet 2—2½ kg Kammwolle pro Schaf, und benötigt nur 40 Millionen Schafe und für diese 2 Millionen Hektar Weidefläche; allerdings unter der schon erwähnten Voraussetzung des ausgiebigen Verbrauchs von Kunstwolle (Shoddy). POPPER-LYNKEUS will also seinen Sozialstaat auf vollständig autarkischer Grundlage aufbauen, Kolonien ausschalten, also den „geschlossenen Handelsstaat“ à la FICHTE unter Verzicht auf den internationalen Warenaustausch. Man muß zugeben, daß der Weltkrieg, der uns die Unsicherheit aller internationalen Beziehungen und Abmachungen handgreiflich vors Auge geführt hat, ein gewichtiges, von POPPER-LYNKEUS nicht vorausgesehenes Argument für seine Thesen bildet.

Naturgemäß will er auch nur so viel Eisen und Maschinen herstellen, als das Inland braucht, dabei unter Ausschaltung der Luxusindustrien und des sonstigen Luxusbedarfes. Er gelangt so zu einem Eisenkonsum von nur 6 Millionen Tonnen für seine 70 Millionenbevölkerung = kaum ⅓ der Produktion des Jahres 1913. Er übersieht freilich, daß der Eisenbedarf bei und während der Zeit der Organisation seiner sozialistischen Volkswirtschaft stark ansteigen würde, schon wegen der vielen landwirtschaftlichen Neubauten, Anschlußgleise usw. Natürlich will er nur einheimische Eisenerze verwenden. Für die Eisenindustrie braucht POPPER-LYNKEUS 100 000 Arbeiter (anstatt 140 000 bei ATLANTICUS); er übersieht den Bedarf in den Eisenerzgruben. An Maschinenarbeitern rechnet er 218 000 gegen 297 000 bei ATLANTICUS; freilich will POPPER-LYNKEUS den Schiffbau ausschalten, da die Bürger seines Staates keine Seereisen zu machen brauchen.

Bei der Berechnung des notwendigen Kohlenkonsums rechnet er mit einem Bedarf von 70 Millionen Tonnen, die zunächst für die Heizgasbereitung dienen sollen (eine Ziffer, die er wiederum von ATLANTICUS übernommen hat), wobei dann 40 Millionen Tonnen Koks gewonnen werden sollen, die für den ganzen sonstigen Bedarf ausreichen sollen. Für den Bedarf der Eisenbahnen rechnet POPPER-LYNKEUS nur 2,8 Millionen Tonnen für die Güterzuglokomotiven; die Bürger seines Staates dürfen zwar reisen, sollen aber dazu Extraarbeit leisten (ATLANTICUS rechnete den Bedarf der Eisenbahnen zu 16,8 Millionen Tonnen Kohle). So reduziert denn POPPER-LYNKEUS die Kohlenproduktion auf etwa die Hälfte der heutigen (um Kohle zu sparen), und benötigt dafür nur 230 000 Arbeiter, gegenüber 414 000 bei ATLANTICUS.

Als Gesamtergebnis finden wir bei POPPER-LYNKEUS (S. 641) einen Bedarf von 5,1 Millionen männlichen und 3,3 Millionen weiblichen, zusammen also 8½ Millionen Arbeitern für seine „Minimum“-Organisation für eine Be-

völkerung von 70 Millionen, während ATLANTICUS bereits für eine Bevölkerung von 60 Millionen, allerdings bei erheblich reichlicherer Versorgung, 5 Millionen männliche und 3,8 Millionen weibliche, zusammen also 8,8 Millionen Arbeiter rechnete. Anstatt aber nun die Zeit der Arbeitspflicht (bei ATLANTICUS 10 Jahre für die männlichen [vom 17.—27.], 7 für die weiblichen Arbeiter [vom 15.—22.]) herabzusetzen, verfährt POPPER-LYNKEUS so, daß er die tägliche Arbeitszeit von 10—11 auf 7—7½ Stunden herabsetzt, und erklärt demzufolge die errechnete Ziffer für viel zu niedrig. Er setzt sie um das 1,4 fache hinauf, nämlich auf 7,2 Millionen Männer und 4,64 Millionen Frauen. POPPER-LYNKEUS scheint also offenbar nichts von der sonst allbekannten Tatsache zu wissen, daß erstens nirgends mehr 10—11 Stunden gearbeitet wird, sondern 9—10; und zweitens, daß auch eine Abkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden keineswegs eine in die Wagschale fallende Abminderung des Arbeitseffekts mit sich bringt. Er weiß nichts davon, daß z. B. schon heute in englischen Kohlenwerken häufig nur 6—7 Stunden faktische Arbeit getan werden. Naturgemäß muß er nun für seine Nährarmee eine erheblich verlängerte Arbeitszeit einsetzen; und zwar rechnet er für die Männer eine 13jährige Arbeitszeit vom beginnenden 18. bis zum 30. Lebensjahr, für die Frauen eine solche von 8jähriger Dauer, vom 18. bis zum 25. Lebensjahr heraus. Ausnahmen für die akademischen Berufe, wie ATLANTICUS, gesteht er nicht zu. Bei POPPER-LYNKEUS müssen alle Männer und Frauen die volle Dienstpflicht im Arbeiterheere ableisten. Die einzige Konzession, die er macht, ist die, daß er bei einer Ausbildung für wissenschaftliche und künstlerische Berufe den Dienstantritt um 1 bis 3 Jahre hinauszuschieben gestattet (als ob in 1—3 Jahren Gymnasial- und Hochschulstudium absolviert werden kann). Die allgemeine Dienstzeit soll aber „natürlich" dieselbe bleiben. Eine Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Dienstzeit, die doch selbst BELLAMY zugesteht, ist bei POPPER-LYNKEUS nicht zulässig. Bei der heutigen menschlichen Psychologie würde natürlich der Erfolg derartiger vernunftwidriger Anordnungen, die einer Bestrafung derjenigen gleichkommen, die nach höherer Bildung und technischen Kenntnissen streben, der sein, daß die Nährarmee des POPPER-LYNKEUS alsbald aus lauter Analphabeten bestehen würde. Denn es würde doch alsbald auch an Lehrern fehlen. POPPER-LYNKEUS setzt also eine noch viel größere Opferwilligkeit und Selbstentäußerung der Gebildeten voraus, als BELLAMY; und er tut daher gut, den Termin der Einführung seines Sozialstaates fast ad calendas graecas zu vertagen.

Man kann also sagen: kein sozialistischer Schriftsteller hat der individualistischen Weltanschauung, bezw. dem kapitalistischen Gesellschaftsideal, einen größeren Dienst erwiesen als POPPER-LYNKEUS, keiner dem sozialistisch gesinnten Arbeiter die ganze Hoffnungslosigkeit seines Daseins schärfer vor die Seele gerückt. Der Kapitalist kann sich ruhig schlafen legen, durch das POPPER-LYNKEUSsche Ideal wird ihm kein Haar gekrümmt werden, der Arbeiter sich ruhig begraben lassen. Dafür, daß die Ur-Urenkel ein spartanisches Ideal zu erhoffen haben, wird keine Arbeiterhand sich erheben.

Es ist fast überflüssig, über die Modalitäten, unter denen die Überführung des kapitalistischen Staates in den sozialistischen bei POPPER-LYNKEUS statt-

finden soll, ein Wort zu verlieren. Es ist so unpsychologisch als möglich gedacht, wenn man die heutigen Inhaber der Staatsgewalt für so selbstlos hält, daß sie sich dieser Macht nicht nur freiwillig, mit Bewußtsein, begeben, sondern noch dazu sich und ihre Nachkommen, sofern diese Vorliebe für akademische Berufe haben, hart bestrafen werden. Daß während der Übergangszeit eine Anpassung an die heutigen gesellschaftlichen Zustände zulässig ist, Akademiker und sonstige freie Berufe ein Gehalt beziehen dürfen, ändert wenig. Gewiß gestattet ja POPPER-LYNKEUS eine gewisse Durchbrechung seines Systems insofern, als er die Herstellung von Luxusprodukten außerhalb seiner „Minimal"-Organisation zuläßt, soviel zu ersehen, für die Luxusindustrien sogar den Kapitalismus nicht ganz ausschaltet. — Eine starke Inkonsequenz.

Als eine Verbesserung der Utopie des ATLANTICUS ist daher POPPER-LYNKEUS vom Standpunkt des Arbeiters keineswegs anzusehen, sondern als eine nicht unerhebliche Verschlechterung seiner Hoffnungen. ATLANTICUS glaubte sein Ideal in 10 Jahren verwirklichen zu können, nicht wie POPPER-LYNKEUS in 80—100 Jahren. Vom Standpunkt der Wissenschaft aus kann gesagt werden, daß POPPER-LYNKEUS wenigstens das Verdienst gebührt, über alle Probleme einer sozialistischen Wirtschaft nachgedacht und hin und wieder eigene Untersuchungen vorgenommen zu haben. Wer das Buch heute liest, kann deshalb nicht mehr in den höhnisch abweisenden Ton mancher Kritiker, die es verdammten, weil es eine Utopie sei, verfallen, sondern er muß sich mit seinen Ansichten und Ausführungen abfinden. Und weiterhin muß betont werden: auch wenn bei einer staatlichen Wirtschaft keine so große Ersparnis an Arbeit möglich ist, wie sie bei POPPER-LYNKEUS oder ATLANTICUS gezeichnet ist, so haben doch die „bürgerlichen" Nationalökonomen die Pflicht, sich mit diesem Problem ernsthafter zu befassen, derartige Aufstellungen nachzuprüfen, die Grenzen zu erforschen suchen, die unter den heutigen Zuständen für die Abgrenzung von Staats- und Privatwirtschaft in Betracht kommen können, sich nicht auf die alleinseligmachende „freie Konkurrenz" zu verlassen, die ja auch gar nicht einmal mehr existiert — die vielmehr durch unsere Kartelle und Trusts längst zur frommen Sage geworden ist. Es kann heute für keinen Einsichtigen noch ein Zweifel mehr bestehen darüber, daß überall da, wo bereits tatsächliche Privatmonopole vorliegen, deren Ablösung und Überführung in den Staatsbetrieb für das allgemeine Wohl, dem ja auch schließlich alle Nationalökonomen huldigen, am ersprießlichsten ist, daß z. B. die Verstaatlichung der Bergwerke die gebieterischeste Forderung von heute ist. Und die Beschränkung auf die eigene Volkswirtschaft, die erzwungene Autarkie, legt uns die Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion bezw. deren Hebung außerordentlich nahe. Da gilt es Projekte zu machen, sei es auch „Utopien" vorzuschlagen. Es wäre sehr schlimm für die bürgerliche Nationalökonomie, wenn sie heute lediglich als unbeteiligter Zuschauer sitzen bleiben würde, wie es manche ihrer glänzendsten Vertreter wollen. Sie muß voran, muß mit in den Kampf der Meinungen, wenn sie nicht ihr Daseinsrecht verwirken will!

Marxens Prophezeiungen im Lichte der modernen Statistik[1][2].

Von

J. M. Rubinow (New York).

I.

Geschichtsprophezeiungen sind weitaus gefährlicher als Geschichtstheorien. Diese lassen zeitlich endlose Erörterung für und wider zu. Früher oder später aber kommt der Tag, der eine Prophezeiung bewährt oder ihre Unrichtigkeit zweifellos offenbart: genau so wie für den Ruf eines Arztes keine irrtümliche Diagnose bedenklicher ist als über Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Schwangerschaft. Vielleicht hält deshalb der gesunde Sinn der Historiker und Soziologen sie von bestimmter Voraussagung der Zukunft ab und begnügen sie sich normalerweise mit Darstellung der Vergangenheit.

Kühne Geister empören sich jedoch mitunter gegen diese Schranken. Der Wunsch, die zuverlässigen wissenschaftlichen Methoden bei historischen und soziologischen Untersuchungen anzuwenden, brennt ihnen im Herzen. Ja, oft ist sogar behauptet worden, daß lediglich die Fähigkeit, die Zukunft vorauszusagen, echte Wissenschaft von bloßem Sammelsurium empirischer Kenntnisse unterscheide. Das wohl berühmteste System von Geschichtsprophezeiungen nun ist das von Karl Marx. Es hat eine unübersehbare Literatur hervorgerufen — eine Literatur höchst polemischen Charakters im Hinblick auf die ungeheuere Wichtigkeit der Marxschen Aufstellungen für jede Klasse ebensowohl wie für jedes Individuum.

„Das theoretische System von Marx" ist jedoch ein gut Teil mehr als ein System von Geschichtsprophezeiungen. Der Marxismus repräsentiert gleichermaßen eine Geschichtsphilosophie, ein System der Volkswirtschaftslehre und die theoretische Grundlage für eine bestimmt abgegrenzte Klassenbewegung. Er bildet denn auch, wie der bekannte Marxforscher Boudin hervorhebt, „einen einheitlichen festen Bau, dessen Wesen nur erfaßbar ist, wenn man ihn als Einheit ins Auge faßt. Man muß ihn als Ganzes prüfen

1) Aus dem englischen Manuskript übersetzt von H. G.

2) Das Manuskript befindet sich in den Händen des Herausgebers seit Ende März 1914.

und als solches annehmen oder verwerfen" [1]), „kann (aber) nicht einen Teil als richtig zugeben und den Rest verwerfen, und jedenfalls nicht die Schlußfolgerungen akzeptieren, ohne den Voraussetzungen zugestimmt zu haben" [2]).

Die Forderung aus den starren Regeln der Formallogik drängt sich allerdings nicht bei jedem scharfsinnigen Forscher auf. Oft genug gelangen solche von richtigen Voraussetzungen aus zu falschen Schlußfolgerungen, und noch häufiger werden richtige Schlüsse aus falschen Prämissen gezogen. Gelang nicht der Wissenschaft älterer Zeit die Erklärung mancher Phänomene der Elektrizität und praktische Verwendung der elektrischen Kraft trotz nachher erwiesener absoluter Unhaltbarkeit der Theorie von zwei elektrischen Strömen? Nolens volens müssen wir auch die Tatsache zugeben, daß oft bloß isolierte Fragmente des MARXschen Systems angenommen worden sind: manche Historiker, welche die materialistische Geschichtsauffassung akzeptiert haben, verwerfen MARXens Volkswirtschaftstheorie, seine Klassenkampflehre und seine Voraussagen über die kapitalistischen Entwicklungstendenzen. Anderseits akzeptieren manche in der Praxis der Arbeiterbewegung stehende Arbeiter zwar seine Arbeitswertlehre und schwören auf seine Zukunftsvoraussagen, kümmern sich aber wenig um die marxistische Geschichtsphilosophie oder wissen kaum etwas von ihr. Nichtsdestoweniger weist der orthodoxe Marxforscher derartige Tatsachen entschieden ab. „Es ist gleichermaßen absurd — erklärt BOUDIN [3]) — mit SELIGMAN zu behaupten, daß MARXens Geschichtserklärung nichts mit dem Sozialismus zu tun habe, wie mit BERNSTEIN, daß für die Richtigkeit von MARX' Voraussagen die Haltbarkeit seiner Werttheorie belanglos" sei. Professor SELIGMAN wieder geht in Wirklichkeit noch weiter, indem er meint: die Schriftsteller, die gegenwärtig die materialistische Geschichtsauffassung am erfolgreichsten anwendeten, seien keineswegs Sozialisten [4]), und der Professor der Wirtschaftsgeschichte an der Columbia-Universität in New York, VLADIMIR G. SIMKHOVITCH [5]), gar basiert die jüngste Kritik des Marxismus auf dem — von ihm entdeckten — Wesens-Widerspruch zwischen Marxismus und Sozialismus, obgleich auch nach dem Erscheinen der SIMKHOVITCHschen Schrift einigermaßen ungewiß bleibt, ob, wenn nun einmal notwendigerweise der Sozialismus wegen seines Wesens-Widerspruches mit dem Marxismus verabschiedet werden muß, auch der Marxismus selbst schon als unhaltbar dargetan sei.

---

1) L. B. BOUDIN, The theoretical system of Karl Marx. Chicago 1907. S. 255. (Deutsche Ausgabe von LOUISE und KARL KAUTSKY u. d. T. Das theoretische System von Karl Marx. Stuttgart, Dietz Nachf. 1907. S. 277.)

2) Ebenda S. 256 (278).

3) Vgl. BOUDIN a. a. O., S. 41 f. (40 f.).

4) Vgl. E. R. A. SELIGMAN, Economic interpretation of history. New York 1902 (II. Aufl. 1907). S. 109.

5) SIMKHOVITCH, Marxism versus socialism. New York, Henry Holt & Co. 1913. (Deutsch von THOMAS JAPPE, Sozialismus gegen Marxismus. Jena, Fischer 1913.)

Man sieht: von der Betrachtung des MARXschen Systems als einer absoluten Einheit und des Zusammenhangs seiner Elemente in solcher Absolutheit, daß diese alle miteinander stehen und fallen, ist keine Rede. Die entgegengesetzte Behauptung SELIGMANS freilich, daß „Sozialismus und historischer Materialismus von Grund aus unabhängige Konzeptionen sind", kann man keinerdings zugeben. Mag immerhin ein reiner Logiker dabei beharren, die logische Unabhängigkeit der beiden Begriffe festzustellen: aber es ist schwer einzusehen, wie ein Historiker und Soziolog sich mit einer so oberflächlichen Analyse begnügen und dabei der Einbildung leben kann, er sei auf den Grund der Dinge gekommen. Jedenfalls fordert, sollte man meinen, die geschichtliche Verbindung zwischen dem philosophischen Dogma, der ökonomischen Theorie und der Klassenbewegung, die zu grell ist, als daß sie geleugnet zu werden vermöchte, sorgfältige Erläuterung.

Aus der gegenseitigen Abhängigkeit dieser Elemente in der Vergangenheit folgt nun nicht, daß ihre Verbindung auch in der Zukunft bestehen bleiben muß. Überdies sprechen für ihre Sonderung gewichtig mit: einerseits die Unmöglichkeit absoluter Erhärtung oder Widerlegung der philosophischen und theoretischen Lehren und anderseits die rasche Ansammlung exakten historischen Beweismaterials zugunsten der Geschichtsprophezeiungen. Seitdem MARX diese ausgesprochen hat, sind etwa fünfzig Jahre verflossen — ein Zeitraum, der sicherlich ausreicht, um sie entweder auf ihre Richtigkeit zu prüfen und diese festzustellen, oder um sie als irrig zu verwerfen, oder sie endlich, wenn wir sie als zum Teil nur zutreffend erkennen, entsprechend zu modifizieren. Sieht man von bestimmten sozialen Sympathien und Antipathien ab, so gibt es wohl kaum ein wichtigeres Problem für die historische und ökonomische Forschung als dieses.

An mehr oder weniger wissenschaftlichen Versuchen kritischer Analyse des MARXschen Systems hat es nun nicht gefehlt und die ständige Flut der antimarxistischen Literatur ist nicht im Abnehmen. Ihre Träger waren erst fast ausschließlich Gegner der sozialistischen Bewegung; seit einem oder zwei Jahrzehnten aber gesellten sich diesen auch Männer, die mitten in der Arbeiterbewegung stehen. Was diesen Kritiken fast immer eignet, ist: daß sie beides angreifen, sowohl die theoretische Grundlage wie die praktischen Folgerungen aus ihr.

Der erste bedeutende Sozialist, der vor einem halben Menschenalter mit einer Kritik des Marxismus hervortrat, war EDUARD BERNSTEIN [1]). Sie erregte in Europa Sensation und wurde dort zum Ausgangspunkt des Revisionismus, blieb aber in amerikanischen Gelehrtenkreisen fast unbekannt, so daß eine englische Übersetzung erst 1911 zustande kam. Der theoretische Wert von BERNSTEINS Untersuchung lag in der klaren Auseinanderhaltung der rein theoretischen Grundlagen des MARXschen Systems und seiner historischen Verallgemeinerungen und Prophezeiungen, die BERNSTEIN in seiner Schrift

1) BERNSTEIN, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899.

gesondert behandelte. In beiden fand er Fehler. Die Art, wie er bei deren Konstatierung verfuhr, war jedoch nicht für beide Fälle dieselbe. Die materialistische Geschichtsauffassung, die Arbeitswerttheorie etc. suchte er im Wege spekulativer Betrachtung zu widerlegen oder in ihrer Geltung einzuschränken, die Unhaltbarkeit der historischen Tendenzen wollte er durch Tatsachen und statistische Daten erhärten.

Beide Methoden wurden seither wiederholt angewendet, und beider bedient sich auch SIMKHOVITCH bei seinem jüngsten Angriff auf den Marxismus. Es ist aber zu bemerken, daß allmählich die statistische in die erste Reihe gerückt ist. Dies ist auch ganz richtig, wenn die Kritik des Marxismus nicht völlig unfruchtbar bleiben soll. Irgend etwas Neues, bisher noch nicht Gesagtes in bezug auf die grundlegenden theoretischen Konzeptionen des orthodoxen Marxismus vorzubringen, ist Anhängern wie Freunden äußerst schwer geworden. Muß ja auch ein sehr wohlwollender Kritiker des Buches von SIMKHOVITCH, Dr. WEYL, feststellen: daß dieser lediglich „lichtvoll, zum Teil glänzend die Argumente BÖHM-BAWERKS, SOMBARTS, STAMMLERS, BERNSTEINS und anderer Kritiker des Marxismus wiedergebe". Mag man sich nun in den Fußstapfen dieser bewegen oder in denen KAUTSKYS, PLECHANOWS und BOUDINS, auf mehr als eine Wiederholung kommt es doch kaum heraus. Neue Argumente für und wider MARX sind ebenso schwer zu finden wie solche für und wider das Frauenstimmrecht. Mehr noch, der Natur der Dinge nach gestattet die ökonomische Geschichtserklärung ebensowenig eine Probe, wie eine weitere metaphysische Erörterung der MARXschen Werttheorie gedeihliche wissenschaftliche Ergebnisse zu zeitigen vermag.

II.

Ich gestehe denn auch freimütig, daß die nachfolgende Studie „tendenziös" ist. Ich bekenne, daß ich seit so manchem Jahr die Wahrheit der MARXschen Prophezeiungen und mancher anderer Elemente des monistischen MARXschen Systems akzeptiert habe — erst gläubig und sodann auf Grund vieler und verschiedenartiger statistischer Quellen. Ich habe die ökonomische Geschichtserklärung als Untersuchungsmethode gehandhabt und sie als außerordentlich fruchtbar und nützlich erkannt. Aber ich erhebe keinen Anspruch auf die nötige philosophische und metaphysische Schulung, um über ihre absolute Eignung oder Nichteignung zur Erklärung der letzten Ursachen menschlicher Entwicklung mitsprechen zu können. Ich bin mit abstraktökonomischer Beweisführung soweit vertraut, daß ich mich gegenüber der MARXschen (oder einer anderen abstrakten) Wertlehre im Zustand wohlerwogenen Agnostizismus befinde. Sollte ich mich entscheiden müssen, so würde ich sie als Mittel zu zutreffender Erklärung des Tauschwertes verwerfen, aber nicht anders könnte ich mich auch zu anderen Werttheorien stellen. Und ich bin durchaus gewiß, daß ich — gestützt auf die Schriften der großen nationalökonomischen Autoritäten — Argumente genug zu deren Sonder- wie Kollektivablehnung vorbringen kann. Nicht so dagegen steht es um die „Prophezeiungen", für die Induktivzeugnisse existieren. Eben-

deshalb habe ich das SIMKHOVITCHsche Buch „Marxism versus socialism" einer sorgfältigen Analyse unterzogen, deren Ergebnisse ich nun der Öffentlichkeit und speziell der amerikanischen unterbreite. Dabei möchte ich bemerken, daß trotz des unvermeidlichen polemischen Tones meine eigentliche Absicht darin besteht, exakt und möglichst unparteiisch eine Theorie an der Hand von Tatsachen zu prüfen.

Was ist der wesentliche Inhalt der MARXschen Prophezeiungen?

Nach einer kurzen Skizze des „Marxschen Sozialismus im Umriß" (Kap. 2), befaßt sich SIMKHOVITCH im einzelnen und sehr ausführlich (Kap. 4—6, S. 47—146 [30—81]) mit den Lehren von der Konzentration der Produktion, dem Verschwinden des Mittelstandes und der wachsenden Verelendung (welcher Ausdruck übrigens wissenschaftlich genau zu ersetzen wäre durch: „Wachsende Ungleichheit der Güterverteilung") als den drei wichtigsten Prophezeiungen, die MARX vor langen Jahren ausgesprochen hat. Diese Liste ist jedoch nicht erschöpfend. Denn es ist wohl kaum nötig, noch besonders die Schluß- und sehr umfassende Prophezeiung von der „Sozialen Revolution" und dem „Zusammenbruch der kapitalistischen und der Aufrichtung der gesellschaftlichen Produktion" hervorzuheben, die seither Tausende in zündenden Worten verkündet haben und die in den Herzen von Millionen Widerhall gefunden hat. Aus einleuchtenden Gründen werden wir uns aber mit dieser „Prophezeiung" in der nachfolgenden Untersuchung nicht beschäftigen, sintemalen sie, wenigstens in orthodox MARXschem Sinn, nicht als realisiert behauptet wird und ihre statistische Bestätigung nicht erwartet werden kann. Sie bildet anerkanntermaßen das Ziel, die Hoffnung, den letzten Schritt oder einen wesenlosen utopischen Traum, und stimmt jedenfalls mit dem sozialen Ideal Vieler überein. Kalte statistische Daten sind also hier nicht am Platz.

III.

Die Ausführungen SIMKHOVITCHS über die Theorien von der Produktionskonzentration, dem Verschwinden des Mittelstands und der wachsenden Ungleichverteilung der Güter, enthalten eine Masse statistischen Materials. Einen mäkelnden Statistiker wird jedoch die bei dessen Zusammenstellung angewendete Methode kaum befriedigen. Statt eines Versuches zu induktiver Untersuchung, finden wir vielmehr die statistischen Daten den platten Ausführungen zur Widerlegung der behandelten Lehren illustrativ nachgestellt, und SIMKHOVITCH erklärt dabei, „er wolle sich nicht herausnehmen, den Leser mit weiteren statistischen Mitteilungen zu belästigen". Allein man hätte wohl eher diese in einem — übrigens schmächtigen — Bande erwartet, das den höchsten Problemen der Geschichte, Ökonomie, Soziologie und Politik gewidmet ist, als nur allzu zahlreiche Zitate aus HEINE, GÖTHE, SCHILLER. FREILIGRATH, SAM. M. CROTHERS, WILL. V. MODY und der Bibel. Nicht weniger unangenehm fällt die Art der statistischen Quellen auf, aus denen SIMKHOVITCH schöpft: von 52 Tabellen, die in den Kap. 3 bis 6 vorgeführt werden, entstammen 3 dem Zensus der Vereinigten Staaten — der einzigen Quelle, die

im Original benutzt worden ist —, die übrigen aber sind von BERNSTEIN, BOWLEY, GIFFEN, GOSHEN, WERNICKE, WAGNER, ADAMS und SUMNER u. A. übernommen. Das hebe ich nicht bloß in krittlerischer Absicht hervor. Man halte vielmehr fest, daß BERNSTEIN seine „Voraussetzungen des Sozialismus“ vor fünfzehn Jahren, GOSHEN seine (1905 gesammelten) „Essays and adresses on economic questions“ 1865 bis 1893 geschrieben hat, und so fort auf der ganzen Linie; statt der bereits verfügbaren Zensusziffern von 1905 und 1910 sind die von 1900 benützt, statt der amerikanischen Lohnstatistik für 1907 (und in fragmentarischer Form auch von 1912) im Anschluß an ADAMS und SUMNER, Labor Problems, die bis 1900 bloß reichenden; zwar werden die Ergebnisse der deutschen landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1882 und 1895 miteinander verglichen, die von 1907 aber ignoriert; die preußische Einkommenstatistik wird — nach ADOLF WAGNER — bloß für 1902 berücksichtigt, obgleich sie doch für ein zweites Jahrzehnt zu Gebote steht; dabei hätte es SIMKHOVITCH weit weniger Mühe gekostet, die neuesten statistischen Angaben aus den — allgemein bekannten und jedermann zugänglichen — amtlichen Publikationen heranzuziehen, statt sie in manchmal obskuren Schriften zusammenzuklauben. Das Resultat war eine Reihe schwerer Irrtümer, die in Folgendem gebührend aufgezeigt werden sollen.

Der Marxismus hat beharrlich die unausweichlich fortschreitende Vergesellschaftung des Produktionsprozesses verkündet. Diese gelangt gegenwärtig zum Ausdruck in der Tendenz zur mechanisch fortgesetzt und ganz unabhängig von der Eigentumskonzentration sich vollziehenden Produktionskonzentration. Aber beide Tendenzen wirken Seite an Seite in der Richtung einer Sozialisierung der Produktion. Das Vorhandensein dieses Prozesses wagt SIMKHOVITCH, angesichts offenkundiger und namentlich in der nordamerikanischen Union offenkundiger Tatsachen, nicht zu bestreiten. BERNSTEIN hat das ebensowenig vor fünfzehn Jahren getan. Gestützt auf ihn ist SIMKHOVITCH zufrieden, festzustellen: „daß der Prozeß ein langsamer ist, langsamer als erwartet wurde, und daß die Konzentration in Industrie und Handel von Vollständigkeit weit entfernt“ ist (S. 68). Und er ist eifrigst bemüht, aufzuzeigen, daß entweder eine Dezentralisation sich vollziehe oder daß die Konsolidationstendenz eine schwache oder endlich, daß sich entgegengesetzte Tendenzen bemerkbar machen. Zu diesem Zweck beruft er sich auf amerikanische Zensusberichte und auf deutsche, von BERNSTEIN u. A. beigebrachte Daten.

In der Tat, erklärt er (S. 56), seien die Industriebetriebe von 1890 bis 1900 rascher gewachsen als die Zahl der Lohnarbeiter. Es habe nämlich betragen die Zahl der

	1890	1900	Zuwachs %
Betriebe	355 415	512 254	44,1
Lohnarbeiter	4 251 613	5 308 406	24,9

Käme wirklich in diesen Ziffern die Tendenz in der amerikanischen Industrie zum Ausdruck, dann bedeuteten sie freilich einen tötlichen Schlag für die Konzentrationstheorie. Allein zum Glück ist die SIMKHOVITCHsche Auf-

stellung wertlos. Denn im Zensusbericht für 1900 (VIII. Bd., S. 64) wird weitläufig auseinandergesetzt, daß die Abnahme der kleinen Betriebe 1900 weit gründlicher war als 1890 und 1880, und daher ausdrücklich vor falschen Schlüssen gewarnt [1]).

Merkwürdig genug hat SIMKHOVITCH seine Tabellen dem Zensusbericht von 1905 entnommen. Er hätte also wissen müssen, daß in diesem — gerade im Hinblick auf die Schwierigkeit, die „angrenzenden" Kleinstbetriebe (wie Fahrräderreparatur-, Schuhflickerei- und ähnliche Werkstätten) aufzunehmen, sowie auf die Sinnlosigkeit ihrer Klassifizierung zusammen mit Produktivbetrieben und die Nutzlosigkeit, die Statistiken miteinander zu vergleichen — beschlossen wurde, diese Betriebe völlig auszuschließen, und daß dies 1910 auch so gehalten wurde. Für das letzte Jahrzehnt sind daher miteinander zu vergleichen „Fabrikanlagen mit Ausschluß von Hand- und angrenzenden Industrien", und dann stellt sich die Zahl dar:

	1900	1910	Zuwachs %
Betriebe	207 514	268 491	29,4
Lohnarbeiter	4 712 763	6 615 046	40,4 [2]).

Einen schwachen Versuch zur Anwendung einer richtigen Methode: Gruppierung der Betriebe in größeren Kategorien nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter oder der Produktmenge, macht SIMKHOVITSCH da, wo er die Verteilung der industriellen Betriebe im Jahre 1900 nach dem erstgenannten Kriterium vornimmt. Und er konstatiert im Anschluß daran, daß „einem die Anzahl der kleinen und mittleren industriellen Betriebe auffällt" (S. 54). Was beweist jedoch seine Aufstellung? Angenommen, es befänden sich an einem Ort 10 Betriebe, deren 9 je 2, 1 aber 10 000 Arbeiter zählte. Kann daraus irgend ein Schluß auf das Maß der Betriebskonzentration gezogen werden? Ist es nicht vielmehr exakter, einfach festzustellen, daß in 1 der 10 Betriebe 98 % der vorhandenen Arbeiter angestellt seien? Was aber noch wichtiger ist: wir haben in diesem Beispiel ein statisches Bild vor uns, während doch ein Problem der Dynamik zur Diskussion steht. Die Frage, von der wir ausgehen, ist nicht: „Wie war der Zustand im Jahre 1900 oder in einem anderen Zeitpunkt?", sondern: „Nach welcher Richtung hin bewegt sich die Entwicklung?" Antwort hieraus gibt aber nur ein Vergleich der Zensusangaben für 1900, 1905 und 1910. Durch einen solchen erhält man folgendes Bild. Es betrug die Zahl der Betriebe

1) „These facts — fährt dann der Bericht fort — are enumerated in order to guard against fallacious conclusions that might otherwise be drawn from the very large percentage of increase in the number of etablishments shown in the two decades, 41·1 percent for the decade ended 1900 and 40 percent in 1890".

2) Abstract of the 13th census. S. 339.

mit Angestellten	im Jahr 1900	im Jahr 1910
—	110 510	27 712
unter 5	232 726	136 289
5 bis 20	112 138	57 198
21 „ 50	32 408	23 544
51 „ 100	11 663	10 964
101 „ 250	8 494	8 116
251 „ 500	2 809	2 905
500 „ 1000	1 063	1 223
über 1000	443	540
	512 254	268 491

Die ziffermäßige Abnahme der Betriebe in den beiden ersten der vorstehenden Gruppen ist offenbar durch eine Verschiedenheit der Erfassungsmethode in den beiden Aufnahmejahren, namentlich durch die Ausscheidung der „Grenzbetriebe“ im Jahre 1910 zu erklären. Daß aber in diesem Jahre ein Produktionsausmaß von 500 Dollar erst zur Einbeziehung eines Betriebes führte, erklärt noch nicht die Abnahme in den Betriebsgruppen 4—6. Denn wir begegnen einer Zunahme in der Zahl der Betriebe nur bei den drei letztgenannten Kategorien. Jedenfalls wirkt diese Tabelle überzeugender als eine statische Betrachtung, da es sich doch um die Feststellung einer Bewegungstendenz handelt. Aber bei alledem ist sie weit davon entfernt, **einen Idealbeweis für den Konzentrationsprozeß abzugeben. Denn nicht auf die Zahl der großen Betriebe kommt es an, sondern auf die Produktionsquanten, die auf sie entfallen.** Für 1910 nun bietet der 13. Zensus nachfolgende Daten. Es betrug die Zahl der

			Betriebe im Ganzen	%	Arbeiter im ganzen	%
Kleinst- Betriebe	mit je —	Angestellten	27 712	10,3	—	—
Klein- Betriebe	„ „ 1 bis 20	„	193 487	72,1	952 497	14,3
Mittel- Betriebe	„ „ 21 „ 100	„	34 508	12,8	1 546 706	23,4
Groß- Betriebe	„ „ 101 „ 500	„	11 021	4,1	2 265 096	34,2
Größt- Betriebe	„ „ über 500	„	1 763	0,7	1 850 747	28,0
		Summe	268 491	100	6 615 046	100

Was an der vorstehenden Tabelle zumeist frappiert, ist nicht, daß es 221 199 Kleinst- und Klein- (= 82,4 % aller) Betriebe gab, sondern daß in ihnen nicht einmal 15 % aller Arbeiter eingestellt waren, und nicht minder, daß die 12 784 Groß- und Größtbetriebe (= 4,8 % der Gesamtzahl) 62,2 % der Arbeiter absorbierten. Beweist das eine Konzentration oder nicht?

Vollkommener noch als nach der Zahl der Angestellten läßt sich die Größenkategorie eines Betriebes nach dem Maß der Investition von fixem Kapital (Maschinen, Gebäude und Anlagen, die unter Ersparung menschlicher Arbeitskraft eine große Produktionsförderung ermöglichen, wie elektrische Kraftstationen) beurteilen, und den besten Maßstab bietet wohl das Produktionsquantum. Legt man diesen zugrunde, so entfielen auf Betriebe mit einem Produktionswert von

	in % aller Betriebe 1904	1909
unter 5 000 Dollar	32,9	34,8
5 000 bis 20 000 „	33,7	32,4
20 000 „ 100 000 „	22,2	21,3
100 000 „ 1 000 000 „	10,3	10,4
über 1 000 000 „	0,9	1,1

Die prozentuelle Gruppierung der so erfaßten Betriebsgrößen hat sich also in dem kurzen Zeitraum von fünf Jahren kaum merklich verändert. Man mag immer noch auf die sehr bedeutende Zahl der Kleinbetriebe mit einem Produktwert bis zu 20 000 Doll. in den beiden verglichenen Jahren Nachdruck legen. Allein man wird sich vor voreiligen Schlüssen hieraus hüten, wenn man die Aufteilung des Gesamtproduktwertes auf die einzelnen Betriebskategorien ins Auge faßt. Danach entfielen auf Betriebe mit einem Produktwert von

	in % des Gesamtproduktwerts 1904	1909
weniger als 5 000 Dollar	1,2	1,1
5 000 bis 20 000 „	5,1	4,4
20 000 „ 100 000 „	14,4	12,3
100 000 „ 1 000 000 „	41,3	38,4
über 1 000 000 „	38,0	43,8

Oder anders ausgedrückt, es entfiel

1904 von dem Gesamtproduktwert per 14 794 Mill. Doll. auf 1900, d. h. 0,9 % aller Betriebe, eine Quote von 5 62· Mill. Doll. = 38 %;

1909 von dem Gesamtproduktwert per 20 672 Mill. Doll. auf 3000, d. h. 1,1 % aller Betriebe, eine Quote von 9 054 Mill. Doll. = fast 44 %.

Läßt sich danach die fortschreitende industrielle Konzentration bestreiten? In fünf Jahren ist der Anteil der Größtbetriebe am Produktwert von 38 auf 43,8 % gestiegen und für 1914 darf man ihn wohl unbedenklich mit 50 % ansetzen. Was bedeutet dem gegenüber, daß es 1904 noch 143 936 und 1909 gar 180 337 Betriebe gab, deren Produktwert sich unter 20 000 Doll. bewegte? Stellte sich doch ihr prozentueller Anteil an der Gesamtproduktion 1904 auf bloß 6,3, 1909 sogar auf nur 5,5 %! Simkhovitch freilich, dem nur die Widerlegung der „Marxschen Prophezeiungen" am Herzen liegt, kümmert sich blutwenig um all das und begnügt sich mit dem Hinweis auf die Zahl der Kleinbetriebe im Jahre 1900. Da überdies die Schwierigkeit obzuwalten scheint, daß es an fest umschriebenen Anschauungen über die statistische Messung der Konzentration fehlt, so läßt er sich dazu verleiten, aus den von ihm angeführten Daten den richtigen ganz entgegengesetzte Schlüsse zu ziehen. So reproduziert er (S. 57) eine Aufstellung Wernickes über die Verteilung der Handelsbetriebe im Deutschen Reiche. Danach gab es Betriebe

	1882	1895
ohne Angestellten	429 825	454 540
mit 1 bis 5 „	246 413	450 913
„ 6 „ 50 „	26 531	49 271
über 50 „	463	960

Was wird hierdurch bewiesen? Rechnet man die absoluten Zahlen in die perzentuelle Quote um, so zeigt sich, daß in den genannten Jahren die Quote der Kleinst- und Kleinbetriebe von 61 auf 47,6 % zurückgegangen, die der mittleren von 35 auf 47 %, der großen und größten aber von 3,8 resp. 0,6 (= 4,4) auf 5,2 resp. 1 (= 6,2) % gewachsen ist. Oder, wenn man die perzentuelle Zunahme in jeder Gruppe für sich betrachtet: es vermehrten sich in den 13 Jahren die Kleinbetriebe um bloß 6, die mittleren um 83, die großen um 90, die größten um 107 %. Seither sind weitere 18 Jahre verflossen und während derselben hat die Entwicklung die gleichen Bahnen eingehalten: im Deutschen Reiche zeigt sich eine offenbare Tendenz zur Konzentration der Handelsbetriebe. Simkhovitch bemerkt mit Bezug auf die Wernickesche Tabelle: „Im Handel ist der Kleinbetrieb noch zäher als in der Industrie". Aber auch in diesem Falle, wie in manchen anderen, hätte er leicht die Entwicklung seit 1895 feststellen können[1]), und damit auch, daß es im Deutschen Reiche gab Handelsbetriebe mit

	1882	1895	1907
unter 5 Angest.	676 238 = 96,16 %	905 453 = 94,74 %	1 204 727 = 93,83 %
6 bis 50 „	26 531 = 3,77 %	49 271 = 5,16 %	76 366 = 5,95 %
über 50 „	463 = 0,7 %	960 = 0,10 %	2 828 = 0,22 %

Noch deutlicher als in dieser Tabelle wird die Konzentrationsbewegung innerhalb der Handelsbetriebe im Deutschen Reich in der folgenden, welche die Verteilung des Angestelltenpersonals auf die einzelnen Betriebsklassen zeigt. Es zählten Angestellte die

	1882	1895	1907
Kleinbetriebe	1 013 981 = 75,61 %	1 509 453 = 69,70 %	2 056 916 = 61,56 %
Mittelbetriebe	271 170 = 20,24 %	526 431 = 24,31 %	888 931 = 26,61 %
Großbetriebe	54 557 = 4,15 %	129 754 = 5,99 %	395 185 = 11,83 %

Wie steht es also um die Konkurrenzfähigkeit der Kleinhandelsbetriebe gegenüber den großen in Deutschland? Dabei ist festzuhalten, daß der durchschnittliche Umsatz auf den Kopf des Angestellten in Großhandelsbetrieben weit bedeutender ist als in kleinen, und daß daher der Grad der Konzentration, gemessen am Gesamtwarenumsatz, noch stärker ist, als die vorstehende Tabelle lehrt.

Betrachten wir nun die Schichtung der industriellen Betriebe in Deutschland während der obigen Zensusperioden, so sehen wir, daß es gab

---

1) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.

	1882	1895	1907
Kleinbetriebe mit 5 Angestellten und darunter	2 175 857 = 95,84 %	1 989 572 = 92,67 %	1 870 261 = 89,62 %
Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Angestellten	85 001 = 3,74 %	139 459 = 6,49 %	187 459 = 8,99 %
Großbetriebe mit über 50 Angestellten	9 481 = 0,42 %	17 941 = 0,84 %	29 033 = 1,39 %
Summe	2 270 339	2 146 972	2 086 753

Legen wir die Zahl der Angestellten zugrunde, so begegnen wir in den

	1882	1895	1907
Kleinbetriebe	3 270 404 = 65,20 %	3 191 125 = 39,89 %	3 200 282 = 29,47 %
Mittelbetriebe	1 109 128 = 18,61 %	1 902 049 = 23,77 %	2 714 664 = 25,02 %
Großbetriebe	1 554 131 = 26,19 %	2 907 329 = 36,34 %	4 937 929 = 45,51 %
	5 933 663	8 001 503	10 852 875

Man darf wohl sagen, daß diese Ziffern es schwer machen, an der These von der Lebensfähigkeit des Kleinbetriebs festzuhalten und zu läugnen, daß sie völlig zugunsten der MARXschen Prophezeihungen lauten.

Die industrielle Konzentration wird denn auch von den meisten MARX-Kritikern, wenngleich nur zögernd und mit mancherlei Vorbehalten, zugegeben. Lautest aber ist ihr Widerspruch, wenn es sich um die Anwendbarkeit der Konzentrationstheorie auf die Landwirtschaft handelt, wie ja dieselbe auch den Gegenstand lebhaftester Erörterung unter den meisten orthodoxen Marxisten gebildet hat und bildet, da Viele es für unmöglich halten, zu läugnen, daß der landwirtschaftliche Kleinbetrieb sich in allen Ländern als lebensfähig erweise. Unter diesen Umständen fällt es SIMKHOVITCH nicht schwer, die Konzentrationstheorie für die landwirtschaftliche Produktion zu widerlegen. Triumphierend beruft er sich (S. 67) auf den Zensus der Vereinigten Staaten für die Zeit von 1850— 1900 und versucht an der Hand einer Kategorisierung der Betriebe nach der durchschnittlichen Betriebsfläche zu zeigen, daß hierauf „keine Theorie einer Konzentrierung des Ackerbaues oder des Unterganges der Kleinwirte sich aufbauen lasse“. Denn, habe die Durchschnittsfläche eines Betriebes 1850 noch 202.6 acres betragen, so sei sie 1860 auf 199.2, 1870 auf 153,3, 1880 auf 133.7, 1890 auf 136.5 acres gesunken, um dann allerdings 1900 wieder auf 146.2 zu steigen. Da nun nach dem Zensus von 1910 die durchschnittliche Betriebsfläche gar noch auf 138 acres zurückgegangen ist, so scheint SIMKHOVITCHS Behauptung überhaupt keinen Zweifel mehr aufkommen lassen zu können. Allein die Methode deren sich SIMKHOVITCH bedient, kann einen ernsthaften Statistiker nicht befriedigen. Er hat es mit einem Land zu tun, das von 90 Millionen Menschen bevölkert ist, eine Produktionsfläche von nahezu 900 Millionen acres und dabei alle möglichen geschichtlich gewordenen Wirtschaftstypen aufweist: den niedergehenden Farmbetrieb in Neuengland, die zusammenge-

brochene Plantagenwirtschaft mit Sklavenarbeit im Süden, die reine Rentabilitätswirtschaft im Nordwesten. Aber SIMKHOVITCH wirft das alles ruhig durcheinander und rechnet sodann — unbekümmert um die übrigen Faktoren der landwirtschaftlichen Produktion — einen Durchschnitt der Betriebsfläche heraus!

Sicherlich könnte man bestreiten, ob der Konzentrationsprozeß insolange beginnen kann, als noch weite unokkupierte Landflächen verfügbar sind, wie das in den Vereinigten Staaten bis in die jüngste Zeit herein der Fall war. Landwirtschaftliche Konzentration ist offensichtlich ein Stadium, das nur einer höheren Entwicklungsphase angehört. Prüft man die verschiedenen in der Union vorhandenen Wirtschaftstypen, so muß man zum Schluß gelangen, daß die Konzentrationstendenz — wenn überhaupt von einer solchen die Rede ist — in ausgesprochenster Art zu suchen und zu finden sei in Minesotta, Jowa, Missouri, den beiden Dakotas, Nebraska und Kansas, d. h. in dem nördlichen Zentrum der Vereinigten Staaten, einem der wichtigsten Agrikulturgebiete derselben, das $^1/_4$ der ganzen Acker- und $^1/_3$ der gesamten Nutzfläche umfaßt.

Halten wir daher für einen Augenblick an der unreifen statistischen Methode SIMKHOVITCHS (der Vergleichung nämlich der durchschnittlichen Betriebsflächen während einer Periode von Jahren) fest, so zeigt uns die nachfolgende Tabelle die Entwicklungstendenzen unter der Einwirkung der kapitalistischen Kräfte in hellem Licht:

Jahr	Zahl der Farmen	Gesamte	durchschnittl. Betriebsfläche in acres	Gesamte	durchschnittl. Nutzfläche in acres.
1850	69 420	12 497 615	180	3 768 142	54
1860	185 448	35 202 747	190	11 122 285	60
1870	363 343	51 765 877	142	23 509 863	65
1880	712 965	101 197 945	141	61 252 946	86
1890	914 791	150 800 169	165	105 517 479	115
1900	1 060 744	201 008 713	189	135 643 828	128
1910	1 109 948	232 648 121	209	164 284 862	148

Man sieht: die genutzte Ackerfläche per Farm ist ständig und im Laufe von zwei Menschenaltern fast auf das Dreifache gewachsen. Verglichen mit dem Durchschnitt der Betriebsflächen zeigt dies ausgesprochen eine Reihenfolge zweier historischer Prozesse: eine Auflösung der großen Farmen zwischen 1860 und 1870, und seit 1880 eine ständige Konzentration, indem die Zahl der Farmen nur um 55 % zunahm, die Betriebsfläche aber um mehr als das Doppelte. Soweit also dieser Teil der Union in Betracht kommt, scheint der kapitalistische Prozeß daselbst begonnen und sich entfaltet zu haben.

Ohne Weiteres zugegeben sei, was der Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse einwenden dürfte, daß die vorstehende Tabelle weit davon entfernt sei, entscheidend beweiskräftig zu sein. Es bedarf in der Tat viel genaueren Eingehens auf die Zensusziffern, welche die Berichte von 1900 und 1910 in reicher Fülle bieten. Natürlich ist hier nicht der Ort für allzuviel Detail, ein paar charakteristische Illustrationsdaten sind aber immerhin möglich.

So vor allem, wobei wir im Nordwesten des Unionszentrums verbleiben, ein Überblick über die Zahl der Farmen in den Jahren

	1888 %	1900 %
unter 50 acres	111 547 = 15,7	144 507 = 13,0
50 bis 100 „	190 356 = 26,7	181 843 = 16,4
100 „ 500 „	400 515 = 56,2	715 544 = 64,4
500 „ 1000 „	8 626 = 1,2	55 179 = 5,0
1000 und mehr „	1 621 = 0,2	12 875 = 1,2
Summe	712 665	1 109 948

Im Jahre 1900 machten die Farmen mit über 500 acres — also entschieden Großbetriebe — 1,4 % der Gesamtzahl aus, ihre Betriebsfläche aber betrug 23,5 % der gesamten. Ein Jahrzehnt später ist ihre Prozentualquote an der Gesamtzahl auf 6,2 und an der Gesamtfläche auf 26,8 gestiegen. So wenig Beweiskraft man nun auch diesen Ziffern beimessen möge, jedenfalls zeigen sie aber, daß die allgemeine Tendenz zumindest in den fortgeschrittenen Landgemeinden zutage tritt: einerseits im Niedergang der alten, zum Teil spekulativen Güter und andererseits in der langsamen, aber in Wirklichkeit unverkennbar sicheren Landagglomeration. Die Gründe für diese schwach hervortretende, wenn auch sichere Tendenz sind mannigfaltig. Aber ob auch schwach, so steht sie doch rundweg in Widerspruch mit SIMKHOVITCHS Behauptung, daß „innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion von Konzentrationstendenzen keine Rede sein könne“ (S. 68).

Daß das jemand behauptet, der — wie SIMKHOVITCH, als Verfasser eines sehr umfangreichen Werkes über landwirtschaftliche Verhältnisse Rußlands — Gelegenheit gehabt hat, aus den reichen Quellen der russischen Landwirtschaftsstatistik zu schöpfen, welche aufzeigen, wie dort der Landkonzentrationsprozeß, trotz mancher gesetzlicher Hemmungen, seit einem halben Jahrhundert stetig fortschreitet, wirkt neben allem übrigen besonders überraschend.

IV.

Gleich energisch sind SIMKHOVITCHS Angriffe auf die Lehre von dem „Verschwinden des Mittelstandes“ — eine Lehre, die von MARX entwickelt und nunmehr von der Mehrheit der Sozialisten angenommen ist. Zwingt dies nun die sozialistische Bewegung, sie schlechthin in der radikal betonten und einigermaßen unreifen Erstformulierung anzunehmen, oder ist ihre Modernisierung, wie eine solche auf allen Wissensgebieten vorkommt, zulässig? Gegenwärtig beharrt niemand ernsthaft auf gänzlichem Verschwinden des Mittelstandes, weil dieser verschiedene wichtige Funktionen erfüllt, die nicht beseitigt werden können: so alle Formen handwerklicher Tätigkeit, die wissenschaftliche Leitung industrieller Unternehmungen usw. Und es ist zuzugeben, daß, soweit der Fortschritt der industriellen Technik ein zunehmendes Spezialistentum voraussetzt, hierin ein materieller Faktor gelegen ist für das Wachstum der Mittelklasse, sofern man deren fachmännisch tätigen Gruppen ins Auge faßt. Nach wie vor aber bleibt die entscheidende Frage:

Greift hier ein Geschichtsprozeß der Differenzierung zwischen den „oberen“ und „niederen“ Klassen Platz, eine Zunahme der Lohnarbeiterschaft innerhalb der Gesamtbevölkerung?

Simkhovitch verneint diese Frage (S. 70—97) und beruft sich hierbei auf nicht weniger als 15 Tabellen. Von diesen sind 5 Lohnverhältnissen, 7 der Bevölkerungsgliederung nach den Einkommensgrößen, 3 der Entwicklung der Aktiengesellschaften gewidmet, keine aber schlägt in das Problem der Zu- oder Abnahme des Mittelstandes ein. Dies liegt mit Bezug auf die lohnstatistischen so sehr auf der Hand, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Was aber die Einkommenstatistik anbelangt, so konstatiert Simkhovitch an der Hand der (von Adolf Wagner übernommenen Ziffern der) preußischen Einkommenstatistik, „wie durchaus ungerechtfertigt die Idee einer Proletarisierung der Mittelklasse ist“ (S. 89). Betrachten wir jedoch einmal die Dinge genauer. Es gab in Preußen:

Einkommen von	1853	1902	% aller Zunahme
900— 2 100 Mark	778 000	2 989 000	284,2
2 100— 3 000 „	46 900	321 300	585,1
3 000— 6 000 „	32 003	291 341	810,4
6 000— 9 500 „	7 239	77 683	973,0
9 500— 30 500 „	4 463	64 337	1 350,5
30 500—100 000 „	640	13 205	1 963,3
100 000 und mehr „	62	2 762	4 354,8

Simkhovitch schließt hieraus auf eine Mittelstandszunahme, wobei er willkürlich als „mittelständisch“ die Einkommen von 2100—9500 Mark bezeichnet, die in der Tat zwischen 1853—1902 von 86 000 auf 690 000, d. h. auf das 8fache gewachsen sind. Nun ist aber folgendes zu beachten. Die Klassifizierung aller Personen mit Einkommen von 2100 Mark (d. h. von nicht mehr als 500 Dollar in den Vereinigten Staaten) und darüber als mittelstandszugehörig ist unzutreffend. Simkhovitch muß denn auch (S. 88 Anm.) zugeben, daß sich oft in der Einkommensgruppe 2100—3000 Mark Maschinenarbeiter finden, und daher ruht, solange deren Zahl nicht bekannt ist, jede Vergleichung auf schwachen Füßen.

Ferner läßt Simkhovitch die Zunahme der Unterhaltskosten oder, was dasselbe ist, die Abnahme der Kaufkraft des Geldes außer acht. Wer aber kennt nicht, speziell bei uns in Amerika, die Verschiebungen der Kaufkraft des Geldes während der letzten 25 Jahre? Die Nahrungsmittelpreise sind von 1890—1912 um über 50% gestiegen, d. h. ein Dollar gilt heute nur 66 cents und wer 3000 Mark Einkommen hat, ist nicht besser daran als wer 1890 über ein solches von bloß 2000 Mark verfügte. Statistisch aber überspringt er zwei Stufen und gelangt so aus der unteren in die Mittelklasse. Das allein schon erklärt die Veränderungen innerhalb der — einzig nach dem Geldeinkommen gemessenen — niederen und höheren Einkommensgruppen. Überdies mag hier eine wirkliche Zunahme des Durchschnittseinkommens der handwerklichen Klassen vorhanden sein, das hat aber offensichtlich nichts mit der Frage des Verschwindens des Mittelstandes zu schaffen, bei der man

an die allmähliche Ausschaltung der mittleren Unternehmerkategorien zu denken hat und nicht an das Verschwinden von Ärzten, Anwälten, Lehrern, Journalisten, Schauspielern usw.

Eines ist jedenfalls unverkennbar aus der preußischen Einkommenstatistik zu entnehmen: 62 Personen mit Einkommen von über 100 000 Mark im Jahre 1852 standen 1902 45mal so viel, nämlich 2762 gegenüber; und für die Einkommen von 30 000—100 000 Mark sind die entsprechenden Zahlen 640 und 13 205, d. h. das 20fache. Zweifellos ist hierin eine Bestätigung der MARXschen Theorie von der Eigentumsagglomeration zu erblicken: ein größerer Teil des Nationaleinkommens ist in die Hände der Millionäre gefallen. Von allen Personen mit einem Einkommen über 900 Mark, im Jahre 1857 hatten bloß 0,08 % = 1/2500 Einkommen von mehr als 30 500 Mark; 1902 betrug ihre Zahl schon 0,42 % = 1/236. Nichtsdestoweniger leitet SIMKHOVITCH hieraus einen dem meinen ganz entgegengesetzten Schluß ab: ihm beweisen diese Tatsachen nur, daß MARX im Unrecht sei. Dabei führte er selbst folgende Daten an (S. 90), die ich nur durch die neuesten für 1912 ergänze. Es gab in Preußen Personen mit:

Einkommen von	1853	1875	1902	1912
100 000 bis 500 000 Mk.	60	399	2 094	4 134
500 000 „ 1 000 000 „	2	18	108	235
1 000 000 „ 2 000 000 „	—	4	44	54
über 2 000 000 „	—	4	16	33

Gibt es wohl eine bessere Bestätigung der Irrtümlichkeit von MARX' Formel: „Ein Kapitalist vernichtet stets viele andere“! In der Tat, unter solchen Umständen erscheint ein Beweis für die Einkommenskonzentration unmöglich. Wenn die Zahl der Großeinkommen abnimmt, so beweist dies klar die Verbreitung des Eigentums. Ist sie groß, so ist MARX erst recht verkehrt daran, denn „es töten Kapitalisten einander nicht“ (S. 90). Jeder weiß, daß die Zahl der Millionäre in den Vereinigten Staaten rapid zugenommen hat. Folglich ist nach SIMKHOVITCH in den Vereinigten Staaten von Reichtumskonzentration keine Rede; ebensowenig wie, daß in Preußen, wo die 6 Personen, die 1853 ein Vermögen von je 3 Millionen und darüber besaßen, 1902 sich auf 639 vermehrt haben.

Doch Scherz bei Seite! SIMKHOVITCH beweist mit seiner Art zu argumentieren solche Unklarheit über die Begriffe „Kapitalist“ und „Konzentration“, baß man baß erstaunt ist, sie bei jemanden zu finden, der sich gründlich mit MARXens Schriften beschäftigt haben will. Die Konzentration vollzieht sich nicht dadurch, daß ein großer Kapitalist ein halbes Dutzend anderer vernichtet; und mit der Definition „Kapitalist“ als einer „Person die ein Einkommen von 100 000 Mark und darüber hat“ ist für das Verständnis der industriellen Entwicklung auch nicht viel auszurichten. Wenn MARX von „gegenseitiger Vernichtung der Kapitalisten untereinander“ spricht, so denkt er keineswegs an die Ermordung von J. J. HILL durch MORGAN. Vernichtet ein Großkapitalist 100 kleine, so vernichtet er sie als Kapitalisten. Findet der Kleinkapitalist nach seinem wirtschaftlichen Tod eine Stellung

bei seinem Mörder, der ihm ein größeres Einkommen zahlt, so wird er gut und gerne als „Kapitalist“ zu existieren aufhören.

Was ist nun nach all dem unter Reichtumskonzentration zu verstehen, und wie ist sie zu messen?

Wie schon mit Bezug auf die Produktionskonzentration betont wurde, ist eine genaue Untersuchung der Eigentums- und Einkommenskonzentration nicht durchführbar, indem man alle Einheiten in eine kleine Zahl von Gruppen aufteilt und die Personenzahl in jeder derselben berechnet. Vielmehr setzt eine wissenschaftlich exakte Messung der Konzentration voraus, daß die ganze Einkommensmasse bekannt und daß konstatierbar sei, eine wie große Quote derselben in der Hand Weniger sich befindet.

Adolf Wagners tiefgründiger Studie[1]), der Simkhovitch seine Ziffern entlehnt hat, enthält denn auch Angaben über die Verteilung des Gesamteinkommens, die aber leider nicht hinter 1892 zurückreichen. Doch erzielt man, wenn man aus den neuesten Quellen die analogen Daten für 1912 heranzieht, eine Spannung von zwei Jahrzehnten, die natürlich nicht so beweiskräftig ist wie ein Zeitraum von 60 Jahren, aber immerhin die vorhandene Tendenz ausreichend erkennen läßt. Sie sind aus den nachstehenden Tabellen zu ersehen:

Einkommensverteilung in Preußen 1892.

Einkommensgruppe	Zahl der Zensiten	%	Ges.-Eink. i. Mill. Mk.	%
Unter 900 Mk.	8 726 215	78,18	3 998	41,21
900 bis 2 100 „	1 895 569	16,98	2 364	25,38
2 100 „ 3 000 „	223 400	2,00	548	4,63
3 000 „ 6 000 „	204 544	1,83	832	8,58
6 000 „ 9 500 „	55 561	0,50	413	4,26
9 500 „ 30 500 „	46 092	0,42	715	7,37
30 500 „ 100 000 „	9 034	0,08	451	4,65
100 000 „ 500 000 „	1 555		277	2,85
500 000 „ 1 000 000 „	72	0,01	47	0,48
1 000 000 „ 2 000 000 „	27		37	0,38
über 2 000 000 „	4		20	0,21
	11 162 073	100,00	9 702	100,00

Aufmerksame Prüfung lehrt, daß 95,16 % aller Zensiten je über bloß niedere Einkommen: bis zu 2100 Mark, verfügen und daß ihnen von der Gesamteinkommenmasse 66,6 % zufließen. Die Gruppe der mittleren Einkommen: von 2100 bis zu 30 500 Mark — die nicht notwendig mit der Mittelklasse zusammenfällt — macht bloß 4,75 % aller Zensiten aus und ist am Gesamteinkommen mit 24,84 % beteiligt. Die höchste Einkommensgruppe ist sehr klein: sie umfaßt 0,09 % d. h. weniger als $^1/_{1000}$; es fließen ihr

1) Vgl. Wagner, Weitere statist. Untersuchungen über die Verteilung des Volkseinkommens in Preußen auf Grund der neueren Einkommensteuerstatistik 1892—1902 („Zeitschr. d. kgl. preuß. Statist. Bureau“. XLIV (1904).

aber 8,56 % des Totaleinkommens zu. Die Gruppe der kleinen Zensiten war also um 28,56 % (= 95,16—66,6) des Gesamteinkommens verkürzt, während die mittlere und höchste Zensitengruppe 20,09 % (= 28,56—8,47) resp. 8,47 % (= 8,56—0,9) von Nationaleinkommen zu viel erhielten. Eine Konstatierung, die lediglich aus statistischen Gründen und nicht um einer ethischen Würdigung willen erfolgt.

Einkommensverteilung in Preußen 1912.

Einkommensgruppe	Zahl der Zensiten		%	Ges.-Eink. i. Mill. Mk.		%
Unter 900 Mk.	8 794 116	=	56,01	4 243	=	21,77
900 bis 2 100 „	5 588 207	=	35,60	7 267	=	37,30
2 100 „ 3 000 „	534 414	=	3,40	1 317	=	6,76
3 000 „ 6 000 „	547 648	=	3,49	1 144	=	11,00
6 000 „ 9 500 „	111 747	=	0,71	832	=	4,28
9 500 „ 30 500 „	99 026	=	0,63	1 533	=	7,87
30 500 „ 100 000 „	20 999	=	0,13	1 053	=	5,40
100 000 „ 500 000 „	4 134			1 738	=	3,79
500 000 „ 1 000 000 „	235	=	0,03	155	=	0,80
1 000 000 „ 2 000 000 „	54			76	=	0,39
über 2 000 000 „	33			124	=	0,64
	15 700 613	=	100,00	19 482	=	100,00

Unter Festhaltung der obigen Einkommensgruppierung sehen wir, daß die drei Gruppen nunmehr mit 91,61, 8,23 und 0,16 % der Gesamtzahl der Zensiten rangieren. Die zweite hat zahlenmäßig gewonnen, was die erste verloren hat, woraus aber nicht geschlossen werden darf, daß der Mittelstand eine Zunahme erfahren hat, da wir keine Kenntnis von der genaueren klassenmäßigen Einkommensverteilung haben. Simkhovitch selbst behauptet eine Zunahme der Lohneinkommen, und das muß auch eine beträchtliche Quote an dem Wachstum der Mittelstandsgruppen erklären. Was uns aber hier interessiert, ist doch die Konzentration des Nationaleinkommens. In dieser Beziehung ist nun zu konstatieren, daß im Verhältnis zum Anteil an der Gesamtheit der Zensiten die Einkommensquote der untersten Gruppe um 32,54 % zu niedrig, der mittleren und höchsten aber um 21,68 % resp. 10,86 % zu hoch ist.

Machen wir uns sodann die Verschiebung im betrachteten Zeitraum klar, so finden wir die Anteile der:

Unterst.-Eink.	% der Zensiten	% der Nat.-Eink.	Differenz
1892	95,16	66,60	— 28,56
1912	91,61	59,07	— 32,54
Mitteleinkommen			
1892	4,75	24,84	+ 20,09
1912	8,23	29,91	+ 21,68
Höchsteinkommen			
1892	0,09	8,56	+ 8,47
1912	0,16	11,02	+ 10,86

Sieht das wohl wie Konzentration oder wie Zersplitterung des Nationaleinkommens aus? War Marx, vom Tempo abgesehen, im Recht oder nicht? Es handelt sich in den vorstehenden Tabellen um zwei Jahrzehnte. Während derselben ist das Nationaleinkommen von rund 9 3/4 auf 19 1/2 Milliarden Mark gestiegen. Von diesem — durch eine Nation mit 15—16 Millionen Erzeugern geschaffenen — Zuwachs hat sich eine Gruppe von 0,15 % = 1/600 des Volkes 13 % angeeignet.

Weit lehrreicher noch müßte eine Vergleichung der Jahre 1853 und 1912 sein. Nun fehlen, wie erwähnt, bei Wagner die Daten für 1853. Doch habe ich deren approximative Feststellung versucht; und zwar unter der Annahme, daß innerhalb jeder unserer Einkommensgruppen das Durchschnittseinkommen keine starke Veränderung erfahren hat. Eine Annahme, die Fachstatistiker — im Hinblick auf die Tatsache, daß der Einkommendurchschnitt in den Jahren 1892 und 1912 fast der gleiche geblieben ist — als berechtigt anerkennen werden. Wir erhalten dann, in Analogie zu den früheren Tabellen für 1892 und 1912, die folgende:

Einkommensverteilung in Preußen 1853

Einkommensgruppe	Zahl der Gruppenzugehörigen	%	Schätzgsweise Durchschn. Einkommen	Schätzgsweise Gesamt-Gruppen Eink. i. Mill. Mk.	%
Unter 900 Mk.	5 077 842 =	83,02	455 Mk.	2 310,4 =	61,35
900 bis 2 100 „	778 540 =	15,20	1 340 „	1 043,2 =	27,70
2 100 „ 3 000 „	46 948 =	0,92	2 450 „	115,0 =	3,05
3 000 „ 6 000 „	32 003 =	0,62	4 060 „	129,9 =	3,45
6 000 „ 9 600 „	7 239 =	0,14	7 435 „	53,8 =	1,43
9 600 „ 28 800 „	4 463 =	0,09	14 510 „	69,2 =	1,84
28 800 „ 96 000 „	640 }		50 000 „	32,0 =	0,85
96 000 „ 480 000 „	60 } =	0,01	178 130 „	10,7 =	0,28
über 480 000 „	2 }		660 000 „	1,3 =	0,03
	5 947 737	100,00		3 765,5 =	100,00

Hält man diese Tabelle mit der von 1912 zusammen, so tritt der Konzentrationsprozeß weit schärfer hervor. Es betrug danach:

	% der Zensiten	% d. Eink.	Differenz
Unterstes Einkommen			
1853	98,22	89,06	— 9,16
1912	91,61	59,07	— 32,54
Mitteleinkommen			
1853	1,77	9,87	+ 8,10
1912	8,23	29,91	+ 21,68
Obereinkommen			
1853	0,01	1,17	+ 1,16
1912	0,16	11,02	+ 10,86

Während das Nationaleinkommen sich verfünffacht hat (von 3 3/4 auf 19 1/2 Milliarden Mk.), hat sich das Einkommen der Höchstgruppe verfünfzigfacht (von 44 auf 2 147 Milliarden Mk.)

Ein letztes statistisches Argument gegen die Lehre vom Verschwinden des Mittelstandes bildet der Hinweis auf die Zahl der Aktionäre in den Aktiengesellschaften. Vor SIMKHOVITCH schon hat es BERNSTEIN 1899 vorgebracht. Aber auch hier läßt sich dieselbe Einwendung erheben wie gegenüber einer Vermengung der Fragen nach Einkommensdurchschnitt und Mittelstands-Zugehörigkeit. Hört der Lohnarbeiter auf, Lohnarbeiter zu sein, und steigt er in den Mittelstand auf, wenn er seine mageren Ersparnisse in ein oder zwei Aktien statt in einer Sparkasse anlegt? Mit welchem Recht werden die Begriffe: „Mittelstand“ und „Besitz von mittleren Einkommen“, zusammengeworfen?

SIMKHOVITCH mißt der Zunahme der Aktionäre außerordentliche Bedeutung bei: „Die Annahme, daß die Zentralisation der Industrie auch die Zentralisation von Besitz und Kapital nach sich zieht, ist falsch. Die ökonomische Tendenz ist eine gegenteilige“, erklärt er mit Emphase (S. 92) und geht weit über eine einfache Feststellung der Beteiligung von Kleineigentum an Großunternehmungen hinaus. Er glaubt in dieser eine bestimmte ökonomische Tendenz zur Dezentralisation des Eigentums zu erkennen und beweist sie nicht nur durch Anführung der großen Zahl von Aktionären, sondern auch durch Beispiele ihrer ziffermäßigen Zunahme in verschiedenen konkreten Gesellschaften. Unglücklicherweise ist die statistische Munition SIMKHOVITCHS in diesem Falle wenig wirksam. Sollen wirklich statistische Daten eine Theorie entkräften und beruft man sich zum gleichen Zweck auf Tatsachen, so muß es sich wirklich um Tatsachen und nicht bloß um Annahmen handeln. „Die Gesamtzahl der amerikanischen Anteilscheinbesitzer — erklärt SIMKHOVITCH (S. 95) — wird jetzt auf etwa 2 Mill. geschätzt.“ Tatsächlich aber gibt es durchaus keine Unterlagen für eine solche Schätzung und er läßt es an jeglichem Beweis für deren Richtigkeit fehlen. Meines Wissens existiert keine Untersuchung über die Gesamtzahl der Aktionäre; bei bloß schätzungsweisen Angaben aber erscheint eine Aufklärung über die Methode, wie man zu ihnen gelangt ist, höchst wünschenswert.

Nehmen wir nun einmal an, wir besäßen eine Totalziffer auf Grund einer Zusammenzählung der Aktionäre in allen Gesellschaften, was wäre damit bewiesen? Daß vermittelst der Aktiengesellschaften das Großkapital in den Stand gesetzt wird, die kombinierten Ersparnisse der weniger Vermöglichen nutzbar zu machen, ist bekannt; nicht minder, daß auf diesem Wege eine gewisse politische Demoralisation des „Publikums“ gezeitigt wird, indem der Besitzer einer Aktie oft um der Dividende willen und noch öfter wegen eines möglichen Spekulationsgewinns leider geneigt ist, seine wichtigsten Interessen als Arbeiter und Konsument preiszugeben. Zur Diskussion stehen aber nicht die psychologischen, sondern die ökonomischen Resultate des Aktiengesellschaftwesens. Wie wirkt dieses auf die Konzentration oder Dezentralisation des Eigentums! Die Eigentümer oder Leiter der größten industriellen Unternehmungen brauchen die vereinigten Ersparnisse des Volkes zur Ausdehnung ihrer Operationen. Würde, falls die 4 Milliarden Dollar, die in den Sparkassen der Union plaziert sind, in kleinen Aktienbesitz

verwandelt würden, dies für sich allein eine Reichtums-Dezentralisation bewirken?

Wir besitzen, wie erwähnt, keine Statistik der Verteilung des Aktienbesitzes in der Union; und wir werden eine Einkommenstatistik erst haben, wenn die Einkommenbesteuerung eingeführt sein wird. Aber die Erbschaftssteuer im Staat New York ist oft sehr illustrativ. Sobald sich Gelegenheit zur Abschätzung des Vermögensstandes eines Multimillionärs bietet, entdeckt man regelmäßig folgende zwei Tatsachen:

1. daß der größere Teil des Nachlasses in Aktienbesitz besteht;

2. daß der Großkapitalist gewöhnlich zu klug ist, um alle seine Eier in einen Korb zu legen, und daher an mehreren Aktiengesellschaften beteiligt ist. Astor war ursprünglich nicht Aktien-, sondern Besitzer von Realitäten; die Verlassenschaftsabhandlung aber zeigte, daß er Aktien von mehreren hundert Gesellschaften besaß, so daß er statistisch mehrere hundertmal als Aktienbesitzer figurierte [1]). Es dürfte in den Vereinigten Staaten bei vorsichtiger Schätzung 10 000 Millionäre geben (die „New York World" zählte über 4000 vor zehn Jahren). Frage: wie vielmal figurieren dieselben unter den 2 Mill. Aktienbesitzern, die uns Simkhovitch vorführt? Triumphierend zitiert er (S. 97) Kautskys Wort: „Wenn die Kapitalisten in der Zunahme begriffen sind . . . dann werden unsere Hoffnungen sich nie verwirklichen", und bildet sich ein, daß seine Statistik die Erfüllung der Marxschen Hoffnungen gänzlich ausschließt. Kautsky hat jedoch in klarer Weise von „Kapitalisten" gesprochen. Er sagt nicht: „Wenn die Millionäre sich vermehren", und hat auch nicht jeden Aktienbesitzer unter die Kategorie der Millionäre gerechnet.

V.

Nun bleibt noch der vierte wichtige Faktor der ökonomischen Entwicklung: der Wechsel in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Simkhovitch befaßt sich mit ihm in ausführlichster Weise (S. 98/146) und legt dabei übertriebensten Optimismus an den Tag. Es kann hier nicht meine Absicht sein, für die unglückliche „Verelendungstheorie" eine Lanze zu brechen. Nur sehr wenige extremst-orthodoxe Marxisten noch halten an ihr

---

1) Vgl. die „New York Times" vom 14. Juni 1913. Danach betrug Astors Nachlaß 85 311 328 Doll. Davon waren angelegt: 63 124 321 Doll. in unbeweglichem Gut (im ganzen in 237 Teilstücken) und bloß 24 094 740 Doll. in Mobilien. Von diesen wieder bestanden 22 204 865 Doll., also 1/4 des Astorschen Vermögens, in Aktien, Schuldscheinen und Hypotheken. Der Aktienbesitz aber war nicht in einer Gesellschaft investiert, sondern in 130 — mit Beträgen zwischen wenigen 1000 oder 100 000 Doll. bei kleinen Lokalbanken und sonstigen Instituten, sowie mit 4 650 000 Doll. bei der New York Central & Harlem River R. R. Co. Die Liste liefert einen überzeugenden Beweis gegen die Verwendung von Statistiken der Aktienbesitzer zu Zwecken, wie sie Simkhovitch verfolgt.

in der Form fest, wie sie im Kommunistischen Manifest verkündigt wurde, das doch — wie nicht übersehen werden darf — zu Propagandazwecken verfaßt ward. Ja es ist recht fraglich, ob MARX an ihr festgehalten hat. Jedenfalls läßt sich seine Forderung einer energischen Arbeiterbewegung zum Zweck der Durchsetzung unmittelbarer Maßnahmen zur Verbesserung des Lohnes der Arbeiter schwer mit der starren Behauptung unvermeidlicher Verelendung derselben vereinigen. Manche MARX-Forscher betonen, daß MARX mit seiner Verelendungstheorie lediglich die ökonomische Tendenz innerhalb eines uneingeschränkten Kapitalismus feststellen wollte, die jedoch in weitem Umfange durch eine kräftige Arbeiterbewegung modifiziert oder paralysiert werden könne. Gegenwärtig wird sie in abgeänderter Form als „Theorie relativer Verelendung" oder „relativer Armut" vorgetragen, d. h. wachsender Ungleichheit in der Reichtums- und Einkommensverteilung, wie eine solche durch die preußische Einkommensstatistik erwiesen wird. Was die praktische sozialistische Bewegung anbelangt, so scheint ihre Entwicklungsfähigkeit nicht an die Verelendungstheorie geknüpft zu sein [1]).

Enthält aber die Theorie gerade in dieser Modifizierung auch nur ein Körnchen Wahrheit? Sicherlich gehört die Frage zu den wichtigsten, nicht nur weil Millionen Wähler in allen Kulturländern der Theorie anhängen, sondern auch weil außer den Gliedern dieser organisierten Arbeiterbewegung noch mehrere Millionen Lohnarbeiter und Angehörige der unteren Volksschichten bereit sind, ihr zu folgen.

Soweit eine Änderung zum Besseren eintritt, wird sie gewöhnlich den Offensivforderungen der organisierten Arbeit oder der Zwangsregulierung von oben her zugeschrieben. SIMKHOVITCH seinerseits spricht von stetiger und „beispielloser Verbesserung" der ökonomischen Lage der Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Kapitalismus und man wird schwerlich sonstwo so begeistertem Optimismus begegnen. Prüfen wir einmal einige der erstaunlichen statistischen Belege für seine Behauptung!

So entlehnt er (S. 138) Sir ROBERT GIFFENS „Progreß of the working classes in the last half century" (amerik. Ausg. 1885) mit lauter Zustimmung eine Tabelle, deren Ziffern GIFFEN selbst als „wunderbar" bezeichnet hat und die nun SIMKHOVITCH veranlassen, von „dem fast unglaublichen Wachstum des Durchschnittskonsums in England" zu sprechen: eine Tabelle nämlich „der wichtigsten importierten und der Akzise unterworfenen Artikel, die für den heimischen Verbrauch pro Kopf der Gesamtbevölkerung Großbritanniens

---

1) Es sei hier besonders auf die interessante Anregung eines der tüchtigsten MARX-Forscher der jüngeren Generation in den Vereinigten Staaten, SOLON DE LEON, zu der berühmten Phrase in MARX, Kapitel I: „Akkumulation des Reichtums auf einem Pol. . . ., zugleich die Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisierung und moralischer Degradation auf der anderen auf dem Gegenpol", aufmerksam gemacht. Diese Phrase solle — meint DE LEON — nicht auf die gesamte Arbeiterklasse bezogen werden, sondern bloß auf den äußersten Kreis „auf dem Pol".

ausgerechnet wurden. Die Tabelle bietet Durchschnittsziffern für die Jahre 1840 und 1882. Durchschnitte wovon? Der Konsumption? Keineswegs, abgesehen von wenigen konsumsteuerpflichtigen Artikeln, sondern der Einfuhr! Der Einfuhr von Speck und Schinken, Butter und Käse, Korinthen und Rosinen, Eiern, Reis, Kakao, Korn, Weizen- und Mehl, Rohzucker und Raffinade, Tee, Tabak, Wein, Spirituosen und Malz. Daß der Kakao- und Teeverbrauch mit dem Import dieser Waren zusammenfällt, wird nun freilich jeder zugeben. Steht es aber auch so mit Speck und Schinken, Korn und Weizen, Eiern und Käse? Bedarf es erst der Betonung, daß davon ein gut Teil durch heimische Erzeugung beschafft wurde und beschafft wird? Daß also die Einfuhr nur einen Teil der Konsumtion darstellt, daß aber auch parallel zur rapiden Industrialisierung Großbritanniens zwischen 1840 und 1881 die Zunahme der heimischen Erzeugung mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt gehalten hat und eine Importsteigerung nötig geworden ist? Halten wir dies fest und betrachten wir nun die (Giffen-Simkhovitchschen) Ziffern. Es betrug die Einfuhr nach Großbritannien pro Kopf der Bevölkerung von:

		1840	1882
Speck und Schinken:	lbs[1])	0,01	13,93
Butter:	„	1,05	6,36
Korn, Weizen und Mehl:	„	42,47	216,92
Eier: Stück		3,63	21,65

Wird jemand ernsthaft hieraus die Jahreskonsumption auf den Kopf der Bevölkerung entnehmen wollen? Soll man glauben, daß wirklich der Speck- und Schinkenverbrauch sich in 40 Jahren ver1300facht, daß der Speck und Schinken essende Engländer 1840 mit $^1/_{100}$ Pfund das ganze Jahr hindurch sich begnügt, daß ferner der durchschnittliche Brotkonsum im Jahr 42 Pfund = 19 kg, also 366 g wöchentlich und demgemäß $52^1/_2$ g täglich ausgemacht hat?

Was lehrt also die Tabelle? Schon vor einem Menschenalter hat Giffen selbst im unmittelbaren Anschluß an sie erklärt: „Diese wundervolle Tabelle spricht für sich selbst. Allerdings liegt gegen sie eine kritische Einwendung nahe, nämlich daß für manche dieser Artikel auch eine heimische Produktion existiert, so daß die Importsteigerung nicht schon die wirkliche Verbrauchssteigerung auf den Kopf der Bevölkerung zum Ausdruck bringt. Unter der Voraussetzung, daß die heimische Produktion stationär geblieben ist, kann die Konsumtionszunahme pro Kopf nicht so groß sein, wie bei den Importartikeln allein. Es handelt sich jedoch um andere Artikel wie Reis, Tee, Zucker, Kaffee, Tabak, Spirituosen und Malz, die entweder zur Gänze eingeführt werden oder, wenn wir auch die steuerbaren ins Auge fassen, insgesamt — mit Ausnahme des Kaffees — eine deutliche Sprache führen“ [2]).

---

1) 1 Ib, abbrev. für 1 pound = 435,5927 g.

2) Giffen, The progress of the working classes, S. 20/21. Die gesperrten Stellen sind von mir hervorgehoben.

SIMKHOVITCH aber zitiert nur die ersten Worte dieser Bemerkung. Er hat sie also nur unvollständig gelesen, sonst hätte er, was GIFFEN anzuführen für nötig hielt, nicht weglassen dürfen. Damit ist es jedoch nicht genug. GIFFEN hat in seiner Tabelle auch den Kaffee angeführt sowie: daß dessen Durchschnittsimport in der Zeit von 1840 bis 1881 von 1,08 auf 0,89 Pfund zurückgegangen ist. SIMKHOVITCH aber unterschlägt ruhig den Kaffee — da er nicht mit seiner Theorie zusammenpaßt. Kaffee und Erdäpfel sind die einzigen Artikel, die er ausläßt! Die in der GIFFENschen Tabelle ersichtlichen Erdäpfelmengen für die Jahre 1840 und 1881 waren 0,01 resp. 12,85 Pfund. SIMKHOVITCH dürfte gefühlt haben, daß ein durchschnittlicher Jahresverbrauch an Erdäpfeln per 44 $^1/_3$ g auch den einfältigsten Leser allzusehr befremden müsse [1]).

Da er ein besonderer Liebhaber der Konsumtionsstatistik zu sein scheint, so mag sie auch unsererseits als Mittel zur Beurteilung des ökonomischen Fortschrittes in den Vereinigten Staaten herangezogen werden. Man beachte daher die nachfolgende Tabelle, aus der der Konsumtionsdurchschnitt pro Kopf der Bevölkerung für die vier wichtigsten Artikel in den Jahren 1871—1912, in denen „eine beispiellose Verbesserung“ in der Lage der amerikanischen Lohnarbeiter stattgefunden haben soll, zu ersehen ist.

	Weizen (Bush.)	Kaffee (Ibs)	Thee (Ibs)	Zucker (Ibs)
1871—1880	5,1	7,25	1,33	39,2
1881—1890	5,7	8,59	1,35	58,5
1898—1900	4,7	9,15	1,27	63,2
1900—1905	5,7	11,66	1,16	70,9
1906—1910	6,4	10,31	1,03	78,3
1911—1912	5,9	9,25	1,04	79,8

Zucker ist danach der einzige Artikel, dessen Konsum nennenswert (in 40 Jahren auf das Doppelte) gestiegen ist — weil der Preis von 13 cents in den ersten 70er Jahren auf 4—5 während der letzten zwei Jahrzehnte gefallen ist. Der Weizenverbrauch schwankte bedeutsam. Bedenkt man

1) Überhaupt ist SIMKHOVITCH im Lesen und Zitieren seiner statistischen Quellen äußerst leichtfertig. So zitiert er S. 139 gewisse Daten nach A. L. BOWLEY, Statistical studies to relating to national progress in wealth and trade since 1882, London 1904, die die bedeutende Wohlstandszunahme in England zwischen 1883 und 1902 zeigen. U. a. will er uns damit erfreuen, daß die Zahl der erwachsenen männlichen Armen von 35 ‰ in den Jahren 1883/87 auf 31 ‰ in den Jahren 1891/1902 zurückgegangen sei (a. a. O. S. 32). SIMKHOVITCH zit. nun wohl ganz korrekt aus BOWLEY — macht sich aber über den Inhalt der zit. Angabe nicht die mindesten Gedanken. 35 ‰ der männlichen Bevölkerung „gesunde Arme! D. h. Hunderttausende solcher Armer in Summa, der Krüppel, Kranken, Wahnsinnigen, Geistesschwachen und Verbrecher zu geschweigen! Zum Glück ist BOWLEY (was übrigens aus S. 23 seiner Schrift hervorgeht) in seiner Tabelle ein Druckfehler unterlaufen: es soll nicht „35 ‰“ sondern 35 ‱ heißen — ein Druckfehler, den ein aufmerksamerer Leser als SIMKHOVITCH natürlich sofort bemerkt hätte.

aber die Ungenauigkeit unserer Landwirtschaftsstatistik, so kann man sagen, daß der Konsum seit den 80er Jahren nicht wesentlich zugenommen hat. Und auch bei den beiden anderen Artikeln läßt sich keineswegs von einer raschen Zunahme der Konsumtionskraft sprechen. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Verbrauchsdurchschnitt in England zwischen 1840—1880 nicht gestiegen und daß keine Besserung während der letzten Dezennien in Deutschland zu konstatieren sei. Das aber muß gesagt werden, daß es die Statistik mißbrauchen heißt, wenn man die geringste Verbesserung in den Lebensbedingungen der Arbeiterklasse maßlos übertreibt.

Hervorgehoben sei, daß diese Verbesserng in hohem Maße Resultat der Wirksamkeit von dem Kapitalismus feindlichen Kräften ist und keineswegs der Marxschen Prophezeiung in betreff der kapitalistischen Entwicklungstendenz widerspricht. So kann der bemerkenswerte Fortschritt in Deutschland zurückgeführt werden und wird auch oft zurückgeführt auf die organisierte politische Arbeiterbewegung, die (in Deutschland wenigstens) der kapitalistischen Organisation der Industrie durchaus feindselig gegenübersteht. Aber Simkhovitch macht geltend, daß in den Vereinigten Staaten sich einerseits seit 1866 ein starker Fortschritt vollzogen habe, während anderseits die sozialistische Bewegung daselbst jung sei und geringen Einfluß übe. Es ist auch nicht zu leugnen, daß für uns in der Union deren Entwicklung am meisten ins Gewicht fällt. Nun pflegen allerdings die orthodoxen Sozialisten sich in Pessimismus und Skeptizismus zu ergehen und die erreichten Verbesserungen zu bagatellisieren: nicht minder charakteristisch aber sind die optimistischen Übertreibungen der Lobredner des Kapitalismus.

Bei Simkhovitch beruht dieser Optimismus primär auf einer Adams und Sumner[1]) entlehnten Lohntabelle, nach der der Reallohn von 68,7 Einheiten im Jahre 1870 auf 104,5 im Jahre 1900 — also in 30 Jahren um 52 und daher jährlich um nahezu 2% — gestiegen ist. Er soll nämlich in Kaufkraft-Einheiten betragen haben:

1870	1875	1880	1890	1895	1900
68,7	72,5	82,8	100	102	104,5.

Sofort fragt man: Warum geht Simkhovitch nicht über das Jahr 1900 hinaus? Ist doch die Entwicklung der letzten 10-12 Jahre sicher sehr interessant! Erklärt sich sein Verhalten einfach dadurch, daß eben das Adam-Sumnersche Buch nur bis 1900 reicht, oder sind die Löhne seither stationär geblieben? Nun hat das United States Bureau of Labor eine Reallohn-Statistik für die Jahre 1890—1907 unter Zugrundelegung der Kaufkraft der Wocheneinkommen veröffentlicht. Sie nahm für die Jahre 1890/99 die Indexzahl 100 an; danach stellte sich der Reallohn 1890 auf 98,6. Er stieg 1896 auf 104, aber nur, weil die Preise fielen. 1906 betrug er 102,4 und 1907: 101,8. Während der 12 Jahre von 1895—1907 schwankte er also zwischen 98,5 und 104,2, was eher eine Tendenz zur Ab- als zur Zunahme zeigt. In der Tat bezifferte sich der Reallohn-Durchschnitt 1896 bis 1900 mit 102,6, 1899—1903 mit 101,1, 1903—1907 endlich mit 100,8.

1) Adams u. Sumner, Labor Problems. III. Aufl. New York 1905.

Was bedeutet also die ständige Zunahme zwischen 1870—1900, die ADAMS-SUMNER mitteilen? Ich habe an anderer Stelle die Wertlosigkeit der ADAMS-SUMNERschen Daten nachgewiesen [1]), die nur wegen ihres Optimismus von manchen orthodoxen Ökonomisten heruntergeschluckt worden sind. Hier genüge die Feststellung, daß in der ADAMSschen Tabelle unerwartete Sprünge von einem Jahr zum andern vorkommen. So wird der Lohn für 1869 mit 52,7, für 1870 mit 68,7 angegeben: die Steigerung in einem Jahr beträgt also 30 %; 1883 soll der Lohn 85,9, dagegen 1885 98,2 ausgemacht haben, was eine Steigerung von 12,3 % in zwei Jahren bedeutet. ADAMS hat eben drei Statistiken miteinander verglichen, die schlechthin unvergleichbar sind: für 1866/69 die leichtfertig gewonnenen Durchschnitte für 21 Industrien aus dem ganz verrufenen ALDRICH Report on wholesale prices and transportation; für 1870/79 die vom Arbeitsamt der Vereinigten Staaten publizierte Statistik über bloß 25 Berufe in 12 Städten, die bei den Statistikern dieses Amtes selbst so gering geschätzt wird, daß sie sie in ihren amtlichen Publikationen nicht zur Vergleichung mit den späteren herangezogen haben; für 1890/1900 endlich die sehr genauen und vertrauenswürdigen Mitteilungen des Bureau of labor.

Wie misraten die ADAMSsche Kompilation ist, erhellt ohne Weiteres daraus, daß die größte Lohnzunahme nur erhalten wurde durch einen Sprung von einer Quelle zur anderen. So konstatiert ADAMS nach der erstgenannten für 1869 die Lohnhöhe mit 52,7, für 1870 aber schon nach der zweiten mit 68,7. Wie will man nun diese 30 %ige Steigerung des Durchschnittslohnes in einem Jahr erklären? Selbstverständlich ist der Nominallohn 1890/1907 bedeutend gestiegen, und zwar war nach den Untersuchungen des United States bureau of labor der Stundenlohn 1907 um 29 cents höher als 1890. Allein die Reduktion auf Stunden und die ungeheure Preissteigerung haben bewirkt, daß das Niveau des Reallohns das alte blieb. Lebten wir nicht in einer Periode wachsender Preise, so wäre das Resultat vielleicht ein anderes. Halten wir uns jedoch an SIMKHOVITCHS genaue Methoden, so ist angesichts von Tatsachen eine solche Hypothese undiskutierbar. Und rechtfertigt wohl die Sprache der Tatsachen den Optimismus in bezug auf eine Tendenz zu selbsttätiger Verbesserung der Lage der Arbeiter? Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten ist oft des Pessimismus beschuldigt worden. Welchen Vorteil haben aber zwei Jahrzehnte höchster kapitalistischer Entwicklung, ungeheuren technischen Fortschrittes, riesenhafter Kapitalanhäufung und Ersparnisse dem amerikanischen Arbeiter gebracht? 1,8 % Lohnzunahme!

Es ist zu bedauern, daß exakte Daten für das letzte Jahrfünft nicht zur Verfügung stehen. Bekanntlich sind während 3 Jahren dieses Quinquenniums von einigen Arbeiterkategorien — häufig mit Erfolg — energische Anstrengungen zur Revision der Lohntarife gemacht worden; nicht minder bekannt aber ist die gleichzeitig erfolgte enorme Preissteigerung. Was war also der Erfolg dieser einander widerstrebenden Kräfte? Das Bureau of

---

1) Vgl. meine Schrift: Social insurance. New York, Henry Holt & Co. 1913. S. 33/36.

labor hat für einige Jahre Vergleiche zwischen den Schwankungen der Unterhaltskosten und den Lohnraten publiziert. 1907 ist diese Publikation unterbrochen, vor einem Jahr die Untersuchung über die Lebensmittelpreise wieder aufgenommen worden. Das Resultat war schwankend. Jeder weiß, daß die Preise gestiegen sind, die Schnelligkeit dieses Prozesses aber wird vielleicht nicht genügend beachtet. Prüft man die Preisbewegung unter Zugrundlegung der Indexzahl 100 für das Jahrzehnt 1890—1899, so stellt sich das Preisniveau 1899 auf 100,8; 1905 auf 116,4; 1907 auf 125,8. Seither sind die Preise weiterhin in erschreckendem Maße gewachsen: auf 130,1 für 1908; 137,2 für 1909; 144,1 für 1910; 143 für 1911 und 154,2 für 1912 — im letzten Jahrfünft also um 28,3, und in den letzten 12 Jahren um über 50 Punkte höher. Kann also davon die Rede sein, daß die Zunahme von Löhnen und Preisen gleichen Schritt gehalten hat?

Das Arbeitsamt hat die Fortsetzung seiner Untersuchungen in Aussicht gestellt und wirklich jüngst ein Heft über dieselben publiziert[1]), das aber bedauerlicherweise mit den früheren keinen Vergleich aushält. Statt einer Berechnung des allgemeinen Lohnindexes begnügt es sich mit der Darstellung der Lohnschwankungen in 50 verschiedenen Gewerben; zudem fehlt nun der vor 7 Jahren gemachte Vergleich zwischen Preisen und Löhnen. Immerhin jedoch ermöglichen die gegebenen Ziffern einen solchen in annäherndem Umfange.

Zunächst enthält das Heft eine interessante Tabelle über die prozentuellen Änderungen der Wochenarbeitsstunden und der Stundenlohnraten während der Jahre 1907 und 1912[2]) in 6 Groß-Industrie-Gruppen, die 50 Gewerbe umfassen. Eine oberflächliche Berechnung des Durchschnitts aus diesen 50 Angaben zeigt:

1. daß der Durchschnitt der Arbeitsstunden zwischen 1907 und 1912 abgenommen, dahingegen
2. der Durchschnitt des Stundenlohns um 12,1 % und
3. der des Wochenlohnes um (112,1 × 97,2 =) 8,9 % zugenommen hat.

Diese Art der Durchschnittsberechnung ist nun ganz unwissenschaftlich; man kann auch nicht sagen, daß der erhaltene Durchschnitt für alle Berufe des ganzen Landes charakteristisch sei, und muß sich fragen, ob man es da mit exakten oder nur schätzungsweisen Durchschnitten zu tun hat. Auf alle Fälle sind diese unbenützbar, da die Vergleichung zwischen Preisen und Löhnen, wie sie für 1900—1907 vorlag, fehlt.

Das gleiche Heft enthält aber auch[3]) — unter Zugrundelegung der alten Indexzahl von 1890/99 — Angaben über die korrespondierenden Wochenstunden und Stundenlöhne in gewissen Berufen, deren 27 auch schon in die frühere Untersuchung einbezogen waren. Hierdurch werden nun Vergleiche möglich. Die Durchschnitte aus diesen Daten hat nun zwar das Arbeitsamt nicht gezogen; ich habe jedoch meinerseits versucht, dies zu tun. Hier das Resultat. Es betrugen im Jahr 1907 für die 27 Berufe die relativen Wochenstunden 91,9; Stundenlöhne 135,3; Wochenlöhne also 91,9 × 135,3 =

1) Bulletin 131 of the U. S. Bureau of labor statistics: Union souls of wages ant hours of labor 1907 to 1912.

2) Ebenda S. 6. 3) Ebenda S. 11/15.

124,3. Im letzten Bulletin des Arbeitsamtes, das die spätesten Daten der Lohnindexziffern enthält, finden wir das Gesamtwocheneinkommen auf den Arbeiter für alle Gewerbe und Orte mit 122,4 berechnet. Da nun der Unterschied zwischen dieser und der für die 27 Berufe gefundenen Ziffer kaum 2 % beträgt, so kann man auch die letzteren als für die ganze Arbeiterklasse charakteristisch betrachten. — Prüfen wir nun, inwiefern der Durchschnitt für die 27 Berufe von dem vom Arbeitsamt früher für die 50 Berufe erhaltenen abweicht, so zeigt sich bei oberflächlicher Berechnung in den Jahren 1907 bis 1912 eine Zunahme von 7,6 % für jene gegenüber 8,9 für diese. — Die Lohnschwankungen in diesen 27 Berufen (für welche allein eine solche Doppelvergleichung möglich ist) sind einerseits ziemlich gleichmäßig mit denen aller Industrien in der Zeit von 1890/1907 (23,3 gegen 22,4) und anderseits mit denen der 50 Berufe in den Jahren 1907/1912 (7,6 gegen 8,9). Daher ist der Schluß gerechtfertigt, daß die Lohnschwankungen in den 50 Berufen — nämlich eine Zunahme von etwa 8,9 % zwischen 1907 und 1912 mit dem allgemeinen Zustand in der Industrie kommensurabel seien.

Welches ist nun, auf Grundlage dieser Annahme, die Richtung der Löhne?

Soweit ich es festzustellen vermag, ist der Stundenlohn in diesen 5 Jahren um etwa 12,2 % gewachsen, also — beim Durchschnitt von 100 für die Jahre 1890/99 — von 128,8 im Jahre 1907 auf 144,5 für 1912. Aber inzwischen ist die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden etwas zurückgegangen: von 95 auf 92,6. Demgemäß ist die Steigerung des Wochen-Arbeitseinkommens hinter der des Stundenlohnes zurückgeblieben: sie beläuft sich auf 133,8. — Auch die Kosten des Lebensunterhaltes sind jedoch mittlerweile gestiegen: auf 154,2. Hält man dies fest, so zeigt sich ein Rückgang: des realen Stundenlohns auf 93,7 und des Wochenlohns auf 86,8. — Resultate, die ich nicht als absolut genau bezeichnen möchte, die aber so gut und sorgfältig als möglich berechnet sind. Und ebenso lasse ich es dahingestellt, welche Gründe das Arbeitsamt veranlaßt haben, auf sie und die früher üblichen Vergleichsmethoden zu verzichten.

Für die Sünden des Arbeitsamts ist jedoch Simkhovitch jedenfalls nicht verantwortlich zu machen. Er hat genug eigene. Doch erlaubt es der Raum nicht, ihnen noch mehr, als es geschehen, nachzugehen, so verlockend dies auch wäre. So seien denn nur nochmals die Ergebnisse der vorstehenden Untersuchung festgehalten.

1. Überall ist ein Prozeß stetiger industrieller Konzentration zu bemerken;

2. ein analoger Prozeß hat auch in der Landwirtschaft begonnen, wo immer deren kapitalistische Entwicklungsphase eingesetzt hat;

3. hier wie dort findet eine entschiedene Konzentration von Besitz und Einkommen statt, die von Ausschaltung der kleinen Kapitalisten begleitet ist;

4. der industrielle Kapitalismus bewirkt durchaus keine selbsttätige merkliche Verbesserung in der Lage der Lohnarbeiter. Vielmehr ist eine solche, wo man ihr begegnet, eine Folge hartnäckiger Kämpfe der Arbeiterklasse und weit eher ein Protest gegen die kapitalistischen Produktions- und Distributionsweise als der Ausdruck einer ihr innewohnenden Tendenz;

5. unter dem Einfluß der Preissteigerung, welche vornehmlich den Besitzenden zu gute kommt, scheint die Tendenz, wenn sie nicht durch eine

aggressive Arbeiterbewegung berichtigt wird, der andere Weg zu sein. Das alles muß nun keineswegs logisch unvermeidlich zum Sozialismus führen. Aber es beweist doch, daß der Marxismus — was immer wir von seiner philosophischen Grundlage denken mögen — als geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklungstheorie während des halben Jahrhunderts seit seiner Verkündigung in den Geschehnissen reichliche Bestätigung erfahren hat.

Keiner, der sich ernsthaft mit der Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung befaßt, wird läugnen, daß Marxens Prophezeihungen in einer Beziehung versagt haben. Wir wissen nicht, binnen welcher Zeit Marx die Verwirklichung seiner Zukunftsvision erwartet hat. Liest man aber seine Schriften, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß er an eine weit schnellere Wirksamkeit der von ihm aufgezeigten Tendenzen gedacht hat, als sie wirklich eingetreten ist. Dies ist auch unschwer erklärlich. Die außerordentlich visionäre Klarheit Marxens in bezug auf die künftigen Umgestaltungen rückte ihm diese gedanklich in der Zeit näher, als sie tatsächlich erfolgen sollten. Und dieser Umstand allein — das langsamere Tempo der Entwicklung — hat dazu gezwungen, sie der sozialistischen Bewegung methodisch anzupassen, wenn diese eine lebendig pulsierende Bewegung bleiben und nicht zu einer Religionssekte oder wissenschaftlichen Schule zusammenschrumpfen sollte. Lebte Marx noch heute, er selbst wäre der leitende Geist bei dieser Anpassung — eine Überzeugung, die alle teilen, denen sein Andenken heilig ist.

Da nun der Sozialismus keine religiöse Bewegung ist, so beruht seine Schwungkraft auch nicht auf spekulativen Erwägungen darüber, „was Marx täte, wenn er heute nach Chicago käme“. Die Sozialisten sind nicht durch ein Gelübde gebunden, „seinen Spuren“ zu folgen, weil es „seine Spuren“ sind. Vielmehr folgen sie ihm nur so weit, als das Studium der Gegenwart an der Hand seiner Theorie von der kapitalistischen Entwicklung es rechtfertigt. Die praktischen Probleme der Taktik, welche den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse den meisten Erfolg verspricht, entfesseln fortwährend heftige Diskussionen; eine Verläugnung der Marxschen Vision jedoch hat sich nicht als notwendig erwiesen. Im Gegenteil! Je sorgfältiger man die wirtschaftliche Entwicklung der abgelaufenen zwei Menschenalter erforscht, desto unerschütterter erscheint der Marxsche Gedankenbau in seinen breiten Linien, und desto klarer wird, daß er nur in einzelnen unbedeutenderen Punkten Ergänzung und Richtigstellung fordert und zuläßt. Die einzige wissenschaftliche Basis für solche Modifikationen oder für das vollständige Aufgeben des Marxismus darf aber nur eine Forschungsarbeit sein, der Erkenntnis allein Ziel ist. An dieser Arbeit haben Sozialisten, Gegner des Sozialismus und neutrale Gelehrte in der Vergangenheit sich beteiligt und werden es auch künftig tun. Von einer Arbeit aber, die nach Muster der Simkhovitchschen nicht von wissenschaftlichen, sondern — wie ich gezeigt zu haben glaube — von Parteierwägungen und Zielen beherrscht ist, läßt sich nichts Ersprießliches erhoffen.

Monopole und Monopolpolitik[1]).

Von

Eugen von Philippovich (Wien).

Im 19. Jahrhundert haben die Lehren der klassischen Nationalökonomie von der Harmonie der freien Interessen und dem Produktions- und Verteilungserfolg der freien Verkehrswirtschaft sich in der praktischen Politik — mit Ausnahme des auswärtigen Handelsverkehrs — im Innern der Volkswirtschaften durchgesetzt. Alle alten Bindungen, Organisationen, Autoritäten sind beseitigt worden oder von selbst verschwunden. Alle neuen Verbände, die sich bilden, ruhen auf individuellen Interessen und diese sind es, welche die Produktion organisieren, die Kapitalbildung vermehren und jedem seinen Anteil an dem Ertrag der Volkswirtschaft nach seinem auf dem freien Markte sich bildenden Vertragsrechte sichern. ADAM SMITH war der Meinung, daß Korporationen niemals mehr einen bedeutenden Einfluß in dieser Volkswirtschaft erhalten werden. Sie seien nicht so produktiv wie die Einzelunternehmer, weil sie von Angestellten verwaltet werden müßten. Die Mitglieder einer Korporation, Aktieninhaber, können das Geschäft nicht übersehen und sind daher von ihrem gewählten Verwalter abhängig. Wohl werde es einige wenige große Unternehmungen geben, für die das Kapital des Einzelnen nicht reiche, aber im großen und ganzen werde doch das Gebiet der Produktion von individuellen Erzeugern beherrscht sein, die ihre eigenen Werkstätten haben und alles durch persönliche Überwachung kontrollieren.

Dieses Ideal ist nicht in Erfüllung gegangen. Nachdem die Verkehrsfreiheit hergestellt war, seit etwa dreißig Jahren, bilden sich Korporationen, die über viele hunderte von Millionen Produktiv- oder Handelswerte verfügen. ADAM SMITH würde diese Ungeheuer anstaunen, wie wir die Gebilde der vorsintflutlichen Zeit, das Mammuth, einen Ichtyosaurus (CLARK). In

1) J. B. CLARK, The Problem of Monopole, New-York 1904; ROB. LIEFMANN, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften II. Aufl. Jena, Fischer 1912, XIV—626 S. (16 M.); J. SINGER, Das Land der Monopole: Amerika oder Deutschland? 1913, XIX—365 S. (8·50 M.); OSWALD WHITMAN KNAUTH, The Policy of the United States towards Industrial Monopoly (Stud. in Hist. Econom. and Public Law the Columbie University LVI/2). New-York, LONGMANS, GREEN u. Co. 1914. 233 S. (2 Doll.).

der Tat, es machen sich nur wenige Kenner der jüngsten Entwicklung der finanziellen Organisationen der Großproduktion und der Handelszweige eine Vorstellung von der gewaltigen Konzentration und Beherrschung von differenzierten oder kombinierten Großunternehmungen, welche oft über eine einzelne Volkswirtschaft hinaus die produktiven Kräfte zusammenfassen. Wir wollen damit beginnen, diese Herrschaft der Großen Finanzkorporationen in den Vereinigten Staaten zu veranschaulichen.

Das Bureau of Corporations hat daselbst für das Ende des Jahres 1912 festgestellt, daß 18 Banken und Bankinstitute in folgender Weise Korporationen mit den angegebenen Kapitalien beherrschen:

Bank	Zahl der Direktorstellen	in der Zahl von Korporationen	Gesamtkapital dieser Korporationen Dollars
J. P. Morgan & Co.	63	38	10 036 000 000
First National Bank of New York	89	48	11 393 000 000
Guaranty Trust Co. of New York	160	76	17 342 000 000
Bankers Trust Co. of New York	113	55	11 184 000 000
National City Bank of New York	86	47	13 205 000 000
Kuhn, Loeb & Co.	15	12	3 011 000 000
National Bank of Commerce	149	82	18 165 000 000
Hanover National Bank	37	29	7 495 000 000
Chase National Bank of New York	67	48	11 527 000 000
Astor Trust Co.	74	47	12 408 000 000
Blair & Co. of New York	12	11	1 784 000 000
Speyer & Co. of New York	10	10	2 443 000 000
Continental and Commercial National Bank of Chicago	49	27	6 969 000 000
First National Bank of Chicago	55	28	9 021 000 000
Illinois Trust & Savings Bank of Chicago	28	22	4 599 000 000
Kidder, Peabody & Co. of Boston	8	6	2 395 000 000
Lee, Higginson & Co. of Boston	11	—	3 199 000 000

Natürlich sind in dieser Tabelle viele Doppelzählungen enthalten, weil für jede Firma immer das ganze Kapital angegeben ist. Löst man diese Doppelzählungen auf, so kommt man zu folgendem Ergebnis. Die Inhaber der genannten Firmen und ihre Direktoren, 180 an der Zahl, haben folgende Stellen inne: 385 Direktorsstellen in 41 Banken und Trustgesellschaften mit einem Gesamtkapital von 3832 Mill. Doll., und Depositen im Betrage von 2834 Mill. Doll.; ferner 50 Direktorsstellen in 11 Versicherungsgesellschaften, welche über ein Aktivum von 2—6 Mill. Doll. verfügen; 155 Direktorsstellen in 31 Eisenbahnsystemen mit einem Gesamtkapital von 12 193 Mill. Doll. und einer Kilometerlänge von 271 120; 6 Direktorstellen in 2 Expreßgesellschaften und 4 in einer Dampfschiffgesellschaft mit einem Gesamtkapital von 245 und einem Bruttoertrag von 97 Mill. Doll.; 98 Direktorsstellen in 28 Produktions- und Handelsgesellschaften mit einem Gesamtkapital von 3583 und einem jährlichen Bruttoertrag von über 1145

Mill. Doll.; endlich 48 Direktorsstellen in 19 Korporationen von öffentlicher Nützlichkeit (Wasser-, Licht-, Kraftversorgung) mit einem Gesamtkapital von 2826 und einem Bruttoertrag von 428 Mill. Doll. Im Ganzen haben daher die 180 Firmeninhaber und ihre Direktoren der 18 Banken 746 Direktorsstellen in 134 Korporationen mit einem Gesamtkapital von 25325 Mill. Doll., d. i. 101300 Mill. Mark inne. Es dürfte ein Drittel des amerikanischen Volksvermögens sein.

Angesichts dieser Veröffentlichung hat ein angesehener englischer Volkswirt, Herr PAISH, Herausgeber der Wochenschrift „Statist", in der Nummer vom 18. I. 1913 dieser Zeitschrift die Frage aufgeworfen, ob diese Konzentration der Herrschaft über die volkswirtschaftlichen Produktionsmittel zweckmäßig sei oder nicht. Er sprach sich zugunsten dieser Organisation aus. Sie bedeute ja nicht, daß die Milliarden den Verwaltern gehören, in ihrem Eigentum stehen. Vielmehr nehmen Millionen der Bevölkerung durch Besitz von Stammaktien, Prioritätsaktien, Obligationen, Depositen an dem Ertrage dieser Riesenkapitalien teil. Durch die Einheitlichkeit der Leitung fallen auch Kosten weg. Es ist die Möglichkeit einer Spezialisierung der Produktion in den einzelnen Werken gegeben; man kann ihren Standort nach dem wirtschaftlich günstigsten Gesichtspunkt wählen, nach dem Vorteil, den die Nähe der Rohstoffe, billiger Arbeitskräfte oder des Konsums bietet. Endlich fallen alle Konkurrenz- und Reklamekosten weg. Gewiß ist viel Wahres in dieser Beurteilung enthalten. Aber sie übersieht doch Eines: das Monopol, das dadurch geschaffen wird, das die Möglichkeit bietet, in den Preisen Gewinne zu erzielen, die jene Vorteile wieder aufheben, jedenfalls aber Millionen, welche keine Anteile haben können, schwer belastet. Diese Tatsache erklärt die Stimmung in der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten, welche seit Jahren Gesetze und Verwaltungsmaßregeln gegen die Monopole fordert und, wie wir sehen werden, schon Erfolge erzielt hat.

Zunächst sei noch die Darstellung einiger amerikanischer und deutscher Monopolorganisationen und eine Schilderung der Mittel vorgenommen, durch welche sie entstehen. Dann erst werden die Wege sichtbar, auf welchen ihre Entstehung verhindert oder ihre Wirksamkeit beschränkt werden kann. Das, was wir bisher in der Wissenschaft und Praxis als Großbetrieb und Monopol auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion, des Handels und der Banken bezeichnet haben, steht weit zurück gegen die heute zur Herrschaft gelangten Organisationsformen. Die Angliederung von Vorproduktionen z. B. bei einem Hochofenwerk, die Erwerbung von Erzbergwerken, von Kohlengruben, von Koksöfen und die Verarbeitung des Stahls zu Halb- und Ganzfabrikaten oder die Verbindung großer Handelsunternehmungen mit Seeschiffahrt und Eisenbahnen, das alles ist in der Gegenwart überholt. Betrachten wir zunächst einige amerikanische Monopolorganisationen.

Eine der bekanntesten ist die United States Steel Corporation. Sie ist 1901 nach vorausgegangenen kartellartigen Vereinbarungen zwischen einzelnen Unternehmungen in bezug auf Preise zur Entstehung gelangt. Es

wurden vier Gruppen von Eisenunternehmungen vereinigt mit folgenden Kapitalbildungen in Dollars:

Gruppe	Prioritätsaktien	Stammaktien	Bonds
I (7 Unterneh-	261 695 700	269 490 900	159 450 000
mungen	—	—	144 000 000
Carnegies)	98 277 100	90 279 000	—
II	74 191 500	72 202 500	—
III	1 791 000	2 004 500	—
IV	9 250 000	9 250 000	—
	445 205 300	443 236 900	303 450 000
an das Gründersyndikat . .	64 998 700	64 998 800	—
	510 204 000	508 235 700	303 450 000

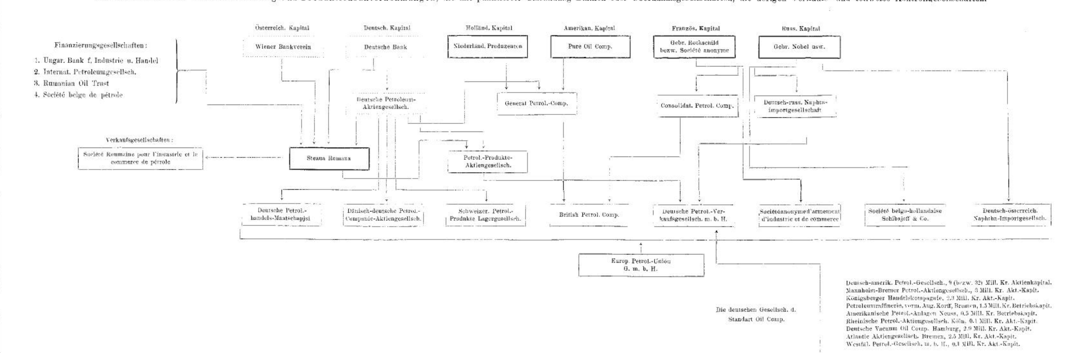
Das Gründersyndikat bekam daher 130 Mill. Doll. in Stamm- und Prioritätsaktien. Da die Stammaktien zur Zeit der Gründung keine Dividende trugen, war ihr reeller Besitz nur 63½ Mill. Doll. Carnegie erhielt den größeren Teil der Bonds 217,7 Mill. Mit der Zeit erweiterte sich der Trust durch Angliederung von anderen Unternehmungen, wie Kohlengruben, Erzbergwerken, Kokswerken. Ende 1911 besaß er 149 Walzwerke, 651 Walzstraßen, 125 Hochöfen, 35 Bessemer-Converter, 5 Zementwerke, 70 Lagerhäuser. Bei ihrer Entstehung kontrollierte die Steel-Corporation ⅔ der Rohstahlproduktion und die Hälfte bis ⅘ der hauptsächlichsten Walzfabrikate. Seither ist der Anteil an den Walzfabrikaten etwas gesunken. In der Erzeugung von Roheisen, Schienen und Stabeisen behielt sie ihren ersten Anteil. Das Kapital war am 31. XII. 1912 1512 Mill. Doll. Seit den letzten Jahren erhalten auch die Stammaktien 5% Dividende. Bis 1901 war nach dem Bericht des Bureau of Corporation das ganze Stammkapital, rund ⅕ bis ⅖ der Vorzugsaktien, wertlos. 1913 war die Gesamteinnahme, nach Abzug aller Ausgaben für den Betrieb, 137½ Mill. Doll. und der verfügbare Gewinn 82 Mill. Doll., so daß auch die Stammaktionäre ihre Dividende bezogen. Nach den Ausweisen der Korporation vom Bericht vom 1. II. 1912 hatte sie 35 220 Inhaber von Stammaktien und 67 113 Inhaber von Prioritätsaktien eingetragen, wobei von den ersteren 88% und von den letzteren 92% nicht mehr als 100 Stück hatten. Von den restlichen Aktien war ein großer Teil auf den Namen von Personen und Firmen registriert, welche sie für andere verwalteten und zu diesem Zwecke Zertifikate ausgegeben hatten. Solcher Besitzer gab es wahrscheinlich 50 000. Unter den Registrierten befanden sich über 22 000 Angestellte der Gesellschaft.

Andere ausgedehnte Trusts sind der Standart Oil Trust, der 1904 86,5% des ganzen Leuchtöles produzierte, aber nur ⅙ der Rohölproduktion. Dagegen hat er ein Röhrensystem von 45 000 Meilen (72 000 Kilometer) und die Mehrheit der Raffinerien in der Hand. 1890 bildete sich in den Vereinigten Staaten eine Vereinigung von Zigarrenfabriken unter dem Titel American Tobacco Co., der Tabak-Trust, der tatsächlich das ganze nordamerikanische Tabak- und Tabakfabrikatsgeschäft in seine Hand bekommen hat mit Ausnahme des Rohtabakhandels und den Anbau. Er wandte

Anhang I.

Die zur europäischen Petroleum-Union gehörigen Gesellschaften.

Die Gesellschaften mit starker Umrandung sind Produktionsunternehmungen, die mit punktierter Umrandung Banken oder Übernahmsgesellschaften, die übrigen Verkaufs- und teilweise Kontrollgesellschaften.



sich dann dem Ausland zu und erwarb die Tabakländereien in der Verelta abajo in der Nähe der Stadt Havana, ferner erwarb er nach und nach auch Produktionsgebiete in den Vereinigten Staaten, insbesondere in Virginia. Dann griffen sie nach England hinüber und kauften eine Fabrik in Liverpool. Eine Gegengründung der Engländer konnte sich nicht halten und sie verschmolz mit dem Amerikanischen Tabak-Trust zur British-American Co. (1/3 englisches, 2/3 amerikanisches Kapital). Von da aus griff er Deutschland an, wo schon viele Fabrikanten und Händler von ihm aufgesaugt sind. Doch trachtet man jetzt einen Zigarettentrust zwischen den deutschen Fabrikanten und den Tabakmonopolstaaten zu bilden, der das Monopol auf den Balkantabak erwerben soll gegen Gewährung einer Anleihe an die in Frage kommenden Balkanstaaten.

In Deutschland ist als ein geschlossenes Monopol die des Petroleums hervorzuheben, welches Monopol eine Ausdehnung auf ganz Europa erfahren hat. Der geschichtliche Entwicklungsgang ist der folgende.

1890 gründete der Wiener Bankverein in Pest die Ungarische Bank für Industrie und Handel, eine reine Gründungs- und Finanzierungsgesellschaft, mit einem Kapital seit 1895 von 20 Mill. Kr. Sie rief die Internationale Petroleum-Industrie-Aktiengesellschaft (J. P. A.) ins Leben, an welche der Bankverein seine Anleihe an einer rumänischen Petroleumgesellschaft übertrug. Die J. P. A. gründete nun eine Société Roumaine pour l'industrie et le commerce de pétrole für die Erwerbung von Ölterrains und deren Ausbeutung. 1897 gründete die Ungarische Bank f. I. u. H. mit der J. P. A. die Étoile Roumaine pour l'industrie de pétrole (Steaua Romana). 1898 übertrug die J. P. A. den größten Teil ihrer Beteiligung an der Steaua Romana an eine von der Ungarischen Bank für Industrie und Handel in London gegründete Gesellschaft: Roumanion Oil Trust Ltd. Diese Gesellschaft wird von der Ungarischen Bank weiter unterstützt durch Übertragung des Optionsrechtes auf neue Aktien der Steaua Romana. Dieselbe Bank hat schließlich 70% Nennwert der Aktien des Roumanian Oil Trust beliehen und der Steaua direkt 8 Mill. Frcs. ungedecktes Darlehen gegeben. 1902 wird von den beiden ungarischen Finanzierungsgesellschaften eine Société belge de pétrole gegründet. Die Ungarische Bank für Industrie und Handel löst sich aber 1902 auf und es hatte inzwischen neben dem Wiener Bankverein auch die Deutsche Bank sich an der Steaua und an den verschiedenen Finanzierungsgesellschaften beteiligt. 1903 wurde das Kapital der Steaua erhöht, sie übernahm die Liquidierung der Roumanian Oil Trust und hat heute ein Kapital von 50 Mill. Lei und 17,5 Mill. Obligationen. In West-Europa läßt sie ihre Produkte durch die Europäische Petroleum-Union verkaufen, im Osten Europas hat sie die Deutsch-Rumänische Bank G. m. b. H., für Bulgarien die Naphta-Gesellschaft errichtet.

1903 trat die Deutsche Bank an die Spitze der vom Wiener Bankverein betriebenen Unternehmungen. Sie verband sich mit einem bedeutenden englischen Reeder Sir Marcus Samuel, der eine Tank-Dampfreederei, die

Stell Transport und Trading Co. in Konkurrenz mit der Standard Oil Co. betrieb. Die Deutsche Bank und Samuel gründeten die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft durch Umwandlung einer deutschen Handelsgesellschaft und unter Beteiligung der Steaua. Samuel trat bald aus der Vereinigung aus. Weiter gründete die Deutsche Bank für die Produkte der Steaua ähnliche Verkaufsgesellschaften wie in Deutschland in England, Dänemark, Schweden, Norwegen, in der Schweiz, Belgien und Holland. Einer Londoner Gesellschaft: General Petroleum Co. gehörten auch die niederländisch-indischen Gesellschaften und die in Konkurrenz mit der Standard Oil Co. stehenden unabhängigen amerikanischen Produzenten (Pure Oil Co.) an. Die Deutsche Bank war auch noch an anderen Petroleumgesellschaften beteiligt und fand es richtig, die große Beteiligung teilweise abzuschieben und zu verteilen. Sie gründete daher eine finanzielle Trustgesellschaft, die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft, welche als Übernahmsgesellschaft zu bezeichnen ist. Diese verband sich dann mit den großen russischen Produzenten NOBEL und ROTHSCHILD zum Zweck des Kampfes mit der Standard Oil Co.. NOBEL und ROTHSCHILD hatten für den Absatz in Deutschland die Deutsch-Russische Naphta-Import-Gesellschaft in Berlin errichtet, die sich nun mit der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft vereinigte zur Deutschen Petroleumverkaufsgesellschaft m. b. H. Derselbe Vorgang wiederholte sich in England. Dort vereinigten sich NOBEL und ROTHSCHILD mit der Verkaufsgesellschaft der vereinigten deutsch-niederländisch-indischen und unabhängigen amerikanischen Interessenten zur British Petroleum Co., die größte Konkurrentin der Standard Oil Co., die durch die Anglo-American Co. vertreten ist.

1906 wird der Höhepunkt erreicht. Die beiden Verkaufsgesellschaften der beiden größten europäischen Konsumländer, England und Deutschland; die Deutsche Petroleumverkaufsgesellschaft m. b. H. und die British Petroleum Co. vereinigen sich zu einer gemeinsamen und monopolistischen Kontrollgesellschaft: der Europäischen Petroleum-Union G. m. b. H. in Bremen. Ihr traten bald die übrigen Verkaufsgesellschaften in den anderen europäischen Ländern bei: für die Deutsche Bank die deutsche Petroleumshandel Matschappij, die dänische deutsche Petroleum Akt.G, für die russischen Produzenten die Société anonyme d'armement d'industrie et de commerce, die Société belgo-hollandaise de pétrole und die von der Österreich.-priv. Kreditanstalt finanzierte Deutsch-Österreichische Naphta-Importgesellschaft.

Die Europäische Petroleumgesellschaft hat nur ein Kapital von 37 Mill. Mark, davon entfällt auf die Deutsche Bank durch die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft der Betrag von 20 Mill., auf NOBEL und ROTHSCHILD 17 Mill. Mk. 1907 schließen sich die deutschen Verkaufsgesellschaften der Standard Oil Co. an. Die im Anhang I beigegebene Übersicht über die Vereinigung von Petroleum-Produktions-Handelsgesellschaften, von Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften dürfte die geschilderte Organisation des europäischen Petroleummonopols noch klarer machen. Sie ist dem zitierten Buch von Prof. LIEFMANN entnommen.

Andere deutsche Monopolvereinigungen bestehen auf den Gebieten der Kohlen-, Roheisen- und Stahlproduktion. Das 1893 ins Leben getretene Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat 1904 alle Kohlenzechen bis auf 10 und auf die staatlichen Zechen vereinigt. Alle Zechenbesitzer verkaufen ihr gesamtes Produkt an Kohle, Koks und Briketts dem Syndikat, das die Verpflichtung der Abnahme und des Weiterverkaufes übernimmt. Es muß daher die Produktion kontrolliert und die Beteiligung nach festen Verhältnissen fixiert werden. Für jedes Jahr wird ein „Richtpreis" festgestellt, zu dem im Inlande verkauft wird, während man im Ausland den Preis nach den Konkurrenzverhältnissen bestimmt. Der Anteil des Syndikates an der gesamten Kohlenproduktion war 1912 65 %, aber im Ruhrgebiet 92,6 %. Am 1. Januar 1913 gab es 24 Syndikatsteilnehmer mit mehr als 1 Million Tonnen Beteiligung. Gelsenkirchen hatte allein 8,5 Mill. Es ist im ganzen eine kleine Anzahl von großen Gesellschaften und Gruppen, welche die größere Hälfte der Kohlenproduktion des Syndikats kontrolliert. — Die Produktion von Roheisen ist vollständig monopolisiert. Der Vertrag läuft bis 1915. Es sind drei Gruppen: eine niederrheinische mit 27 Mitgliedern und 2,26 Mill. Tonnen Beteiligung, 13 Siegerländer Werke mit 538 000 Tonnen Beteiligung und 4 Einzelwerke mit 610 000 Tonnen. — Aus einem 1903 gebildeten Halbzeugverband ging 1904 der Stahlwerksverband hervor mit der Tendenz, möglichst sämtliche Fabrikate der Walzwerksindustrie zu syndizieren. Dies gelang ihm für Rohstahl, Halbzeug, Eisenbahn-Oberbaumaterial und Formeisen, welche nur von ihm verkauft werden. Stabeisen, Walzdraht, Grob- und Feinbleche, Rohre, Guß- und Schmiedestücke sind nur kontingentiert. 1905 hatte der Verband sämtliche inländischen Thomasstahlwerke sowie die Röhren-Martinswerke vereinigt. Gleichzeitig traten 10 oberschlesische Werke zu einem Verband zusammen, der sich dann mit dem rheinischen vereinigte. 28 Mitglieder hatten am 1. Januar 1912 die ganze Produktion der oben in der ersten Gruppe aufgezählten Waren unter sich verteilt. In der zweiten Gruppe gelang eine solche Vereinigung nicht. Das Kapital des Stahlwerkverbandes war am 31. Dezember 1903 355,2 Mill. Mk. und 124,5 Mill. Mk. Obligationen, 1912 961 und 355 Mill. Mk. Und doch ist der Verband nicht ohne Konkurrenz. Die Mitglieder vergrößern ihre Betriebe, um größere Anteile zu erhalten, und im Auslande konkurrieren sie untereinander.

Ein anderer großer Konzern ist der der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (A. E. G.). Sie wurde 1883 mit einem Kapital von 5 Mill. Mk. gegründet, hat aber im Laufe der Jahre eine solche Ausdehnung bekommen, daß ihr Gesamtkapital 1912 378 Mill. Mk. betrug. Sie versorgt in Verbindung mit Siemens & Halske und Siemens-Schuckert ungefähr 35 % des öffentlichen Elektrizitätsbedarfs Deutschlands. 1895 errichtete die Deutsche Bank in Verbindung mit ihr und der Schweizerischen Kreditanstalt die Bank für elektrische Industrie in Zürich. Der Zweck war, zur Durchführung der Unternehmungen der A. E. G. eine starke Finanzkraft zur Seite zu haben. Die Bank beteiligte sich bald an großen elektrischen Anlagen in Italien, Spanien, Straßburg, an der Übernahme von Aktien und

Obligationen sonstiger Finanzierungs- und Überwachungsgesellschaften, welche die A. E. G. sich angliederte. 1897 erwarb die A. E. G. fast das ganze Kapital dieser Bank, ließ sie aber als selbständige Unternehmung bestehen. Die Unternehmungen dieser Bank umfassen — wie die Tabelle Anhang II zeigt — 5 Gruppen: 1. 17 Elektrizitäts-, 2. 4 Transportunternehmungen, 3. 3 elektrochemische Industrien, 4. 2 Fabrikunternehmungen, 5. 6 Finanzierungsgesellschaften. 1912 war sie mit ihren Tochtergesellschaften an rund 80 Unternehmungen der elektrischen Industrie beteiligt. Die Zahl der Beteiligungs- und Verkaufsgesellschaften im Konzern der A. E. G. ist 36. Davon 14 in Deutschland, 2 in Wien, 1 in London, 5 in Brüssel, 1 in Rußland, 4 in Italien, 1 in Spanien, 1 in Schweden, 3 in der Schweiz, 2 in Frankreich. Die Gesamtmenge von Effekten, welche vom Konzern der A. E. G. ausgegeben ist, ist nicht ganz genau zu fassen, doch wird sie kaum unter einer Milliarde betragen. Vielleicht die Hälfte dieser Summe wird in Effekten bestehen, die wieder nur auf dem Besitz von anderen Effekten beruhen. Es sind dies die Effekten der reinen Beteiligungsgesellschaften und alter Finanzierungsgesellschaften, die wie die A. E. G. selbst zu einem großen Teile Beteiligungsgesellschaften sind.

Dem Aufsichtsrat der A. E. G. gehörten 1912 32 Mitglieder an. Der Vorsitzende RATHENAU war im Aufsichtsrat von 35 großen Gesellschaften, der Generaldirektor EMIL RATHENAU hatte 27 Aufsichtsratsstellen, der zweite Stellvertreter FÜRSTENBERG 39. Im Ganzen haben die in der Leitung der A. G. G. vereinigten Personen bei den großen Banken und in den Industriegesellschaften, die zum größten Teil einen monopolistischen Charakter haben, gegen 500 Aufsichtsratsstellen in den wichtigsten Unternehmungen in Deutschland und in vielen ausländischen Unternehmungen, vielfach vereinigen sie sogar 2 Stellen in einzelnen Unternehmungen.

Ein anderer großer Konzern ist der des Metallhändlers MERTON in Frankfurt a. M. Er leitete eine Gesellschaft für Metallhandel, die Metallgesellschaft, welche in engster Verbindung mit der Londoner Firma HENRY R. MERTON & Co. stand, welche mit den zu ihr gehörigen Gesellschaften die größte und kapitalkräftigste Metallhandelsunternehmung Europas ist.

Die Metallgesellschaft entstand 1883 durch Übernahme anderer Metallhandelsfirmen. Diese Gesellschaft und das Londoner MERTONhaus gründeten als selbständige Handelsunternehmung, aber mit Beteiligung die American Metall Co. 1887. Diese drei Unternehmungen haben ihre Beteiligungen an berg- und hüttemännischen Unternehmungen mit der Zeit an 7 Übernahmsgesellschaften in Deutschland, England, Amerika, Belgien, Paris und Mexiko abgetreten, sich aber die Vorhand bewahrt. Dazu traten eine afrikanische Metallgesellschaft in London und australische in London und Melbourne. Im Jahre 1910 wurden von dem ganzen Konzern zwei große Transaktionen vorgenommen. In Basel wurde in Verbindung mit dem Schweizer Bankverein die Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte gegründet mit 20 Mill. Frcs. Kapital und 18 Mill. Frcs. Obligationen. Die zweite Transaktion war die Verschmelzung der ältesten Übernahms-

gesellschaft des Konzerns mit der Berg- und Metallbank zur Metall- und Metallurgischen Gesellschaft. Im Ganzen dürften in dem MERTON-Konzern, abgesehen von dem Kapitalvermögen der hinter ihm stehenden Kapitalisten, mehr als 200 Mill. Mk. investiert sein.

Auch in Österreich bestehen viele Kartelle und Konzentrationen, namentlich auf dem Gebiete der Eisenindustrie, der Metallwarenfabrikation, des Mineralöls, der Spiritus- und Zuckerindustrie, der Leder-, Papier- und Textilindustrie, doch sind so große Konzerne wie in Deutschland und Amerika hier nicht vorhanden.

Was die Politik gegen die Monopole anbelangt, so möge vor allem eine Darstellung der Maßnahmen in den Vereinigten Staaten folgen. Hier kommen zunächst Gesetze in Betracht, welche sich auf den Transport auf Eisenbahnen beziehen. Hier wurde mit Gesetz vom 4. Februar 1887 (Interstate Commerce Act) eine Kommission, die Interstate Commerce Commission eingesetzt, welche Einfluß auf die Tarife der Eisenbahnen nehmen konnte. Sie wurde ergänzt durch die Hepburn-Bill vom 29. Juni 1906 und die Mann-Elkins-Act vom 28. Juni 1910. — Wirksam ist ferner noch die Sherman-Act vom 2. Juli 1890, ein Gesetz zum Schutz von Handel und Verkehr gegen gesetzwidrige Beschränkungen und Monopole —. Die Panama-Kanal-Bill von 1912 sieht vor, daß allen Schiffen, die im Besitz von Gesellschaften sind, welche die Shermann-Akte verletzten, die Benützung des Kanales untersagt ist. Folgende Ausdehnung der Bestimmungen der J. C. A. sind durch die oben erwähnten Gesetze erfolgt:

1. Sie ist auch auf Rohrleitungen anzuwenden.

2. Beschränkung von freien Fahrten.

3. Eine Warenklausel: Verbot der Beförderung von Waren außer Holz und daraus hergestellten Erzeugnissen, die von den Bahnen oder auf ihre Veranlassung hergestellt worden sind oder die ihnen ganz oder zum Teil gehören oder an denen sie ein unmittelbares oder mittelbares Interesse haben, soweit sie nicht zu eigenem Gebrauch bestimmt sind. (Zweck: Trennung der Produktionsanstalten von Bahnen; ist gegen die Kohlenbeförderung gerichtet, wurde trotz der Beschlüsse mehrerer Bahnen aufrecht erhalten, von den Gerichten aber nicht bestätigt.)

4. § 2 verbietet unbillige Bevorzugung bei Beförderung von Personen und Gütern sowie

5. § 3. Gesetzwidrige Begünstigungen von Personen, Gesellschaften, Firmen, Korporationen, Örtlichkeiten.

6. § 6. Alle Tarife sind der Interstate Commerce Commission vorzulegen; Änderungen müssen 30 Tage vorher der Kommission mitgeteilt werden.

7. § 10 setzt Strafen bis 5000 Doll., Gefängnis bis zu 2 Jahren oder Beides für Übertretungen fest.

8. § 15 ermächtigt die Kommission: wenn sie auf Grund einer Beschwerde und daran angeschlossener Überprüfung zu der Ansicht gelangt, daß die Frachtsätze unbillig oder unangenehm sind und ungebührlicherweise eine Bevorzugung oder Benachteiligung enthalten, zu bestimmen, welche

Frachtsätze gerecht und angenehm sind und in Zukunft als Höchstsatz eingehalten werden müssen.

Elkins-Act 1910 ermächtigt die Kommission, Tariferhöhungen während einer vorzunehmenden Untersuchung, ob sie angemessen sind, für die Dauer von 9 Monaten (dazu 30 Tage der Bekanntgabe vor den Interstreten) zu suspendieren. Sie kann Tarifermäßigungen auf Grund eigener Entscheidung vornehmen. — Ferner wurde durch das Gesetz der Kommission die Kontrolle über den gesamten Betrieb, soweit Güter- und Personentransporte, also die Beziehungen der Bahnen zu ihren Kundschaften überhaupt in Betracht kommen, eingeräumt. Überhaupt wurden die Telegraphen-, Telephon- und Kabelgesellschaften mit gewissen Beschränkungen unter die Aufsicht der Kommission gestellt. Das Gesetz schuf ferner einen Handelsgerichtshof (Commerce Court), dem die Rechtsprechung in allen auf Grund der J. C. C. und der Elkinsakte von 1903 (Bestrafung auch der Verfrächter, welche Vorteile von den Bahnen annehmen) anhängig gemachten Streitfälle zugewiesen werden. — Am 5. Dezember 1912 nahm das Repräsentanthaus die Adamson-Bill an, welche die Anordnung enthält, daß der J. C. C. die Aufsicht über die Ausgabe von Effekten seitens der Bahnen übertragen werde. — Durch das Gesetz vom 1. März 1913 endlich wurde eine Ergänzung der J. J. C.-Act vorgenommen, durch welche eine Schätzung des Wertes der materiellen Bestandteile („a physical valutation") aller Bahnen und öffentlichen Transportanstalten (common carriers) vorgeschrieben und zugleich die Sicherung von Reformen betreffend ihrer Aktien-, Bank- und anderer Effekten angeordnet wird. Die Kosten dieser Erhebung werden auf 30 Mill. Doll. geschätzt.

Ein Wilson-Gesetz vom 27. August 1894 erklärt Koalitionen zur Hochhaltung von Preisen importierter Waren für strafbar mit 100—5000 Doll., event. Gefängnis von 3—12 Monaten. — Das Gesetz vom 19. Februar 1903 rief das Bureau of Corporation ins Leben, welches das Recht hat, eine eingehende Prüfung aller Gesellschaften vorzunehmen, die zwischenstaatlichen oder Außenhandel betreiben, mit Ausnahme öffentlicher Frachtführer, die der J. J. C.-Act unterworfen sind. Das Bureau hat die gleichen Rechte, Auskünfte zu verlangen wie die J. C. C., einschließlich des Rechtes, „Zeugen vorzuladen, Zeugnisablegung und die Vorlegung von Urkunden und Dokumenten zu verlangen und den Eid aufzuerlegen." Die Erhebungen erstreckten sich bis jetzt auf die Stahl-, Holz- und Tabakindustrie sowie auf die landwirtschaftliche Maschinenindustrie.

Der Gegensatz gegen die Monopolorganisationen ist von Präsidenten der Union wiederholt ausgedrückt worden. TAFT sprach am 18. November 1911 in Detroit: Man könne ohne Monopole auskommen, und wollte die Holding Companies (Effektenübernahmegesellschaften) durch ein Bundesgesetz verboten wissen. — ROOSEVELT verlangte in einem Aufsatz: „The Trusts, the People and the Square Deal" (1911) eine vollkommene Regierungskontrolle gleich jener der J. C. C. über die Bahnen. — GARY, der Präsident der Steel-Corporation machte 1911 bei einer von der J. C. C. veranstalteten Enquete den Vorschlag: die Aufsicht über die Trusts einer Bundesbehörde zu übertragen.

Diese sollte drei Bedingungen erfüllen: 1. Vollständige Öffentlichkeit in allen seitens einer Bundesbehörde zu bestimmenden Angelegenheiten; Hintanhaltung der Überkapitalisierung; Fürsorge dafür, daß die gleichen Preise ohne Unterschied der Person und der Örtlichkeit bewilligt werden. 2. Die Einsetzung einer Kommission für Aktiengesellschaften, welche die Konzession gewähren oder event. zurückziehen kann, vorbehaltlich des Rechtes der Berufung an die Gerichte. Die Kommission soll errichtet werden: a) um zu kontrollieren, ob die Bedingungen, unter denen die Konzession erteilt wurde, eingehalten werden; b) die Fragen zu entscheiden, die von jener Gesellschaft unterbreitet würden, die das Gesetz in jeglicher Hinsicht einhalten und Ungesetzlichkeiten vermeiden wollen; c) die Preise zu regulieren, soweit sich dies als notwendig erweisen würde, um Monopole und Beschränkungen des Handels zu verhindern; d) gegen die Entscheidung dieser Kommission soll die Berufung an einen Handelsgerichtshof (Commerce Court) oder ein anderes Gericht freistehen." Vereinbarungen müsse man aber gestatten, weil sie auch die kleineren Unternehmungen erhalten, während sie vollständig freien Kampf zum Monopol führen. Die Kommission solle das Recht haben, die Warenpreise zu fixieren aber nicht nur, daß sie nicht zu hoch sind, sondern daß sie auch nicht zu niedrig sind, um die schwachen Konkurrenten nicht zu schädigen. — Perkins (im Morgan-Steel- und Harvester-Trust) ist gegen die Auflösung der Korporationen aber gegen Übelstände: Überkapitalisierung, ungeregelte Kontrolle, große Kapital-Aggregationen durch wenige Leute, nicht entsprechende Verteilung der Gewinne zwischen Kapital, Arbeit und Konsum.

Die Überkapitalisierung ist ein großer Nachteil. Hill schreibt in seinem Abschiedsbrief an die Verwaltung der Great Northern 1912: „Es ist allgemeiner Gebrauch, neue Bahnen bloß mit dem Erlös von Bondsemissionen zu bauen. Die mitausgegebenen Aktien gelten als rechtmäßiger Besitz der „Gründer", die einen Teil als Bonus an Subskribenten der Bonds zu überlassen pflegten. Waren die Gewinne groß, so galten Aktien-Dividenden als durchaus in der Ordnung, denn die allgemeine Praxis aller Bahnen war, alle Gewinne zu verteilen und alle Aufwendungen durch Erhöhung der Kapitalisierung zu decken. Diese Gebräuche waren nicht nur bei Spekulanten und Bahnleitern in Übung, sondern sie waren als notwendige Art der Geschäftsführung und auch in ethischer Hinsicht allgemein sanktioniert." Er habe nie in seinem Unternehmen „für einen Dollar Wert Aktien oder Bonds ausgegeben, für die der volle Wert nicht bar durch Besitz oder Dienste bezahlt wurde." Und doch wurde seine Bahn eine der größten, „die nie eine Dividende ausließ, deren Kredit unerschüttert war und deren Mittel allen an sie gestellten Anforderungen entsprachen." In der Tat weisen die größten Bahnen in den Vereinigten Staaten und in Kanada eine große Stabilität der Dividenden auf. Aber damit ist doch die Frage der Überkapitalisierung nicht erledigt.

Im Jahre 1910 war eine parlamentarische Kommission eingesetzt worden, welche die Frage der Ausgabe von Aktien und Bonds bei Gründung einer Bahn und das Recht der Interstate Commerce Commission, die Tarife zu

kontrollieren, zu prüfen hatte. Der Bericht sprach sich für die Feststellung des physischen Wertes (physical valutation) der Bahnen durch die Interstate Commerce Commission aus. Allerdings warnt sie vor einem zu weit gehenden Einfluß des Staates. Die Berichte der Kommission müßten veröffentlicht werden und eine angemessene Bewertung der Anlagen vorgenommen werden. Der Grundsatz der Bewertung müsse auch in Betracht ziehen die Erwerbskraft des Unternehmens, seine Widerstandskraft gegen vorhandene oder mögliche Konkurrenzen, ferner die ertragsteigernde Wirkung von Kartellen, von Zöllen und Patenten auf die Materialien der Bahnen, ferner der „Goodwill", die Popularität, die öffentliche Meinung über die Leistungen. In der Tat ist eine Kommission für diesen Zweck eingesetzt worden, deren Arbeitszeit auf 15 Jahre geschätzt wurde.

Der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten, WILSON, hat als Gouverneur des Staates New Jersey 7 Antitrustgesetze durchgesetzt. Das wichtigste am 4. Juli 1913 in Kraft getretene Gesetz besagt folgendes:

1. Trust ist eine Vereinigung oder Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Korporationen, Firmen oder Personen für folgende Zwecke und ein solcher Trust wird hiemit für ungesetzlich und verklagbar erklärt: a) Beschränkung im Handel zu schaffen oder auszuführen oder ein Monopol zu erwerben, sei es im Geschäft oder im Verkehr innerhalb des Staates oder mit anderen Staaten; b) die Produktion zu limitieren oder herabzusetzen oder den Preis einer Ware oder irgendeines Artikels zu erhöhen; c) den Wettbewerb in der Erzeugung, im Transport, Verkauf oder Ankauf einer Ware oder irgendeines Artikels zu erhöhen; d) den Preis irgendeines Artikels oder Erzeugnisses, die zum Verkauf, zur Benützung oder zum Verbrauch in diesem Staate oder anderwärts bestimmt sind, für das Publikum oder die Konsumenten in irgendeiner Weise zu kontrollieren; e) irgendeine Vereinbarung zu treffen, durch sie direkt oder indirekt den freien, unbeschränkten Handel untereinander oder unter irgendwelchen Käufern oder Verbrauchern beim Verkauf oder Transport eines Artikels oder einer Ware verhindern, sei es durch deren gemeinsamen Ankauf, durch Zurückhaltung vom Markte, durch Verkauf zu einem bestimmten Preis oder in irgendeiner anderen Weise, wodurch der Preis berührt werden könnte; f) irgendeine geheime mündliche Vereinbarung zu treffen oder zu irgendeinem Abkommen ohne ausdrückliche Vereinbarung zu gelangen, durch sie direkt oder indirekt den freien, unbeschränkten Wettbewerb untereinander oder unter irgendwelchen Käufern oder Verbrauchern beim Verkauf oder Transport eines Artikels oder einer Ware verhindern, sei es durch deren gemeinsamen Ankauf, durch Zurückhaltung vom Markte, durch Verkauf zu einem bestimmten Preis oder in irgendeiner anderen Weise, wodurch der Preis berührt werden könnte.

2. Personen oder Korporationen, die eine der Bestimmungen dieses Gesetzes verletzen, machen sich eines Vergehens schuldig (fallen unter die Strafbestimmungen des Strafgesetzes für Vergehen: Gefängnis bis 3 Jahre oder 2000 Dollar oder beides).

3. Wenn eine inkorporierte Gesellschaft der Verletzung einer der Be-

stimmungen dieses Gesetzes sich schuldig macht, so gilt die Verletzung auch als von den Funktionären dieser Gesellschaft verübt, die irgendeine der verbotenen Handlungen angeordnet oder vollzogen haben.

4. Außer der Bestrafung der Gesellschaft kann die Charter (Konzession) der Gesellschaft durch den Generalanwalt zurückgezogen werden.

5. Die Worte „Ware", „Artikel" sind als gleichbedeutend mit natürlichen Produkten, fabrizierten Produkten, Gütern usw. anzusehen („Ware", Arbeit fällt nicht darunter!)

Ein zweites Gesetz verbietet verschiedene Preise für gleiche Ware, abgesehen soweit ihre Verschiedenheit durch Transportkosten verursacht ist, falls damit eine Beschränkung des Wettbewerbes oder des Handels beabsichtigt ist.

Ein drittes Gesetz beschäftigt sich mit der Ausgabe von Aktien zur Bezahlung für den Ankauf anderer Gesellschaften oder von anderem Besitz. Der Ankauf von Aktien einer anderen Gesellschaft oder von irgendwelchem Besitz behufs Beschränkung des Handels oder zum Erwerb eines Monopols bildet ein Vergehen.

Von den in diesen Gesetzen enthaltenen Beschränkungen soll nach der Anregung, die WILSON als Präsident gegeben hat, die letztere — das Verbot der Bildung von Gesellschaften zum Aktienerwerb anderer Gesellschaften — auch auf den Bund übertragen werden. Ferner wurde beantragt, daß eine Commission of Commerce eingesetzt werde, um die Monopolpreisbildung in derselben Weise, wie es die Interstate Commerce Commission bezüglich der Eisenbahntarife tue, hintanzuhalten. In der Tat ist im Jahre 1914 ein Federal Anti-Trust Act (Public Documents No. 212 63d Congress) beschlossen worden und in Wirksamkeit getreten am 15. Oktober 1914[1]) Das Gesetz besteht aus 26 Artikeln, von welchen die wichtigsten die folgenden sind: Das Wort „Commerce" (= wirtschaftlicher Vertreter) ist definiert als „Handel oder wirtschaftlicher Vertreter — innerhalb der verschiedenen Staaten der Union oder mit fremden Nationen oder von einem Staat in einen anderen und in ein Territorium (mit Ausnahme der Philippinen-Inseln). „Es ist gesetzwidrig für Personen beschäftigt im Handel irgend einen Unterschied zu machen, im Preis bei den verschiedenen Einkäufen von Waren, die für den Verbrauch in den Ver. Staaten verkauft werden." Ferner: „Es soll ungesetzlich sein, für irgend eine im Handel tätige Person, in der Durchführung der Handelsgeschäfte zum Verkauf zu überlassen, zu verkaufen oder einen Vertrag für den Verkauf zu machen über Güter, Waren, Handelsobjekte, Maschinen, Lebensmittel oder andere Bedarfsgegenstände, patentiert oder nicht patentiert, für den Gebrauch, Konsum oder Weiterverkauf innerhalb der Ver. Staaten oder festzusetzen dafür einen Preis oder Wechsel dafür zu nehmen oder Rabatt zu geben unter Bedingungen oder Verabredungen oder Verständigung, daß der Übernehmer bezw. Käufer solche Waren nicht ge-

1) The New Anti Trust Act in Journal of Political Economy published by The University of Chicago Nov. 1914. S. 906.

brauchen oder nicht handeln dürfe mit den Gütern, Waren, Maschinen, Lebensmitteln oder anderen Gebrauchsgegenständen eines Konkurrenten oder mehreren Konkurrenten des Verkäufers, wenn eine solche Art des Verkaufes oder Kaufvertrages unter solchen Bedingungen, Vereinbarungen oder Verständigungen in Wirklichkeit den Wettbewerb mindern oder ein Monopol auf irgend einem Gebiete des Handels herbeiführen würde." Wichtig ist ferner Artikel 8, der erklärt, daß keine Person zur selben Zeit Direktor, Angestellter oder Beamter von mehr als einer Bank sein darf. Ferner Art. 20, der die Durchführung des Gesetzes strengen Bestimmungen unterwirft, damit sie nicht angewendet werden auf das Verhältnis von Unternehmern und Angestellten oder unter diesen selbst oder zwischen Angestellten und solchen, welche Anstellung suchen, soferne nicht Verletzungen von Eigentum oder Rechten damit verbunden sind.

Für Deutschland (und indirekt für alle anderen Staaten mit den beschriebenen Monopolbildungen) hat Prof. LIEFMANN andere Vorschläge gemacht. Wir müssen zu diesem Zweck seine Gliederungen der Gesellschaften, welche durch Effektenbesitz sich bilden, etwas näher betrachten.

Das erste ist die Beteiligung, d. h. die Erwerbung von Anteilen an Industrie-, Eisenbahn-, Bergwerks- und großen Handelsgesellschaften. Geschieht dies in großem Maße, so kann die Majorität des Kapitals, ein großer Teil oder das ganze Kapital aus Effekten dritter Gesellschaften bestehen, statt aus sachlichem Kapital. In dem Maße als dies geschieht, substituieren sie fremde Effekten ihrer eigenen. Häufig wird eine Gesellschaft nur zu diesem Zweck ins Leben gerufen (Unterschied von Effektenhandel und Effektensubstitution). Der Grund für ihre Anwendung liegt in: 1. der Verhütung des Risikos, in der Aussicht auf durchschnittlich höhere Verzinsung (Kapitalanlagegesellschaften, Investmenttrusts); 2. der Absicht Kontrolle über fremde Unternehmungen zu bekommen (Holding Companie, Kontrollgesellschaften, Trusts). Hier kann man ohne eigenes Kapital das Kapital, das man durch Ausgabe eigener Effekten erwirbt, zum Ankauf der Effekten der zu kontrollierenden Gesellschaften verwenden; 3. dem Streben, das Publikum zur Kapitalbeschaffung für Unternehmungen heranzuziehen, deren Effekten aus tatsächlichen oder aus rechtlichen Gründen nicht direkt ausgegeben werden können (Effektenübernahmegesellschaften).

Wo Effekten von Unternehmungen selbst geschaffen werden, spricht man von Finanzierungsgesellschaften: Finanzierung, Beschaffung von Geld, um damit stehendes Kapital, Betriebseinrichtungen einer Unternehmung zu schaffen. Der Zweck ist der gewerbsmäßige Verkauf von Unternehmungen, so bei Banken. Im ersteren Fall ist der Vorgang nicht effektenkapitalistisch, im zweiten notwendig wegen Heranziehung des Publikums durch Emission von Effekten. Daher ein dreifacher Vorgang: das Finanzierungsgeschäft, das Gründungsgeschäft und das Emissionsgeschäft. Der gewöhnliche Sprachgebrauch wendet das Wort „Emission" auf alle drei Vorgänge an.

Die Teilnahme an Gründungen kann entweder ein Kredit- oder ein Kaufgeschäft sein, in letzterem Falle bei Privaten mit großem Kapital (ROCKEFELLER, ROTHSCHILD, MORGAN). Die Subjekte der Finanzierung sind: 1. die Banken für die von anderen oder von ihnen selbst gegründeten Unternehmungen; 2. gewerbliche Unternehmungen, um Tochterunternehmungen in Form von vollständigen Unternehmungen zu schaffen; 3. besondere Gesellschaften, welche ins Leben gerufen werden, um andere ins Leben zu rufen. Die Banken betreiben heute das Finanzierungsgeschäft, wenigstens in Deutschland, Schweiz und Frankreich, selbständig. $10^1/_2$—$18^1/_2$ des Bruttogewinns pflegen bei großen deutschen Banken aus diesem Geschäft zu fließen. Wichtig ist, daß sie auch besondere Finanzierungsgesellschaften gründen wie wir dies bei dem Petroleumkonzern seitens der Deutschen Bank und der Ungarischen Industriebank u. a. gesehen haben. Daß gewerbliche Unternehmungen Tochtergesellschaften gründen, ist heute insbesondere auf dem Gebiet der Elektrizitätsindustrie häufig. Solche besondere Finanzierungsgesellschaften sind Weiterbildungen der Kapitalanlage-, Effektenübernahme- und Kontrollgesellschaften. In allen Fällen eine Folge des Wunsches von Banken und finanzierenden Produktionsunternehmungen eine größere Spezialisierung vorzunehmen.

Über die diesen Formen der Kapitalskonzentration gegenüber einzuschlagende Politik macht LIEFMANN am angegebenen Orte folgende Vorschläge:

Es sind zwei Gefahren mit dem auf Effektenbesitz gegründeten Konzentrationswesen verbunden. Die eine liegt in der immer weiteren Ausdehnung der Herrschaft einiger weniger Unternehmungen, bzw. ihrer Leiter auf große Gebiete der Produktion und des Handels. Die zweite Gefahr ist die, daß ein immer größer werdender Teil des Volksvermögens und daher der privaten Vermögen die Form von Wertpapieren annimmt, über deren sachliche Grundlage die Besitzer in der Regel nicht unterrichtet sind. Bei öffentlichen Schuldverschreibungen, Pfandbriefen, auf bekannte Industrie- oder Verkehrsunternehmungen gestützten Obligationen ist eine Beurteilung der Sicherheit nicht unmöglich. Auch bei jenen Anteilscheinen und Aktien, die ein konkret begrenztes und sachliches Kapital repräsentieren, ist die Gefahr der Täuschung geringer. Bei allen Gesellschaften aber, welche auf Effektensubstitution beruhen, ganz oder zum größeren Teile, sind immer nur die in der Leitung stehenden Aktionäre unterrichtet, die anderen sind hilflos. Was schon in gewöhnlichen Aktiengesellschaften üblich ist, daß nur eine Minderheit in die Generalversammlung kommt und von dieser wieder nur ein Teil einen wirklichen Einblick in die Geschäfte hat, wird in den modernen Verschachtelungssystemen der Aktiengesellschaften die Regel. Die Stellung der wenigen kontrollierenden Aktionäre ist hier nicht nur die, daß sie eine vollkommene Einsicht in die Lage der verbundenen Unternehmungen haben, sie können sie vielmehr direkt beeinflußen.

Das naheliegendste Hilfsmittel wäre das gesetzliche Verbot der Beteiligung einer Unternehmung an der anderen durch

Effektenbesitz. Es würde in der Tat keine andere Politik möglich sein, wenn die Vorschläge, die unter Zulassung von Effektenübernahmegesellschaften durch Rechtsvorschriften nur die hervorgehobenen Gefahren beseitigen wollen, nicht ausreichen würden. Von fachkundiger Seite sind Vorschläge in dieser Richtung gemacht worden, die folgenden Inhalt haben (LIEFMANN a. a. O., Kap. VIII): 1. Es muß eine Höchstgrenze für den Besitz an fremden Effekten festgesetzt und ihre Bewertung in der Bilanz wahrheitsgemäß vorgenommen werden. 2. Ein Effektenbesitz muß in der Bilanz genügend klar hervortreten. Der Mangel einer solchen Vorschrift macht es möglich, Verluste oder Reserven zu verschleiern. 3. Es muß getrennt angegeben werden, welchen Gewinn man aus dem Effektenbesitz und welchen aus dem eigenen Fabrik- oder sonstigem Betrieb erzielt hat. Nur dann kann der Aktionär wissen, in welcher Richtung sein Geld verwendet wird. Dieses Ziel könnte auch durch die Zulassungsstellen an den Börsen erreicht werden, wenn sie verlangten, daß in den Einführungsprospekten alle Ausgaben für Effekten anderer Unternehmungen angegeben sind und daß die Gesellschaft sich verpflichtet, auch künftig in ihren Bilanzen derartige Ausgaben zu veröffentlichen. Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollen nur zulässig sein für Gesellschaften mit höchstens 1 Million Mark, weil hier der Bilanzzwang weniger streng ist. 4. Für alle Banken und für alle Gesellschaften, deren größter Besitz in Effekten anderer Unternehmungen besteht, sollen besondere Bestimmungen gelten: Veröffentlichungspflicht in der Bilanz für alle jene Effekten, deren buchmäßiger Wert im einzelnen Fall $^1/_{20}$ des eingezahlten Kapitals übersteigt. Angabe des Nominalbetrages ihres Besitzes aus solchen Effekten, ihres Buchwertes und ihres Erträgnisses im Laufe des Bilanzjahres, Mitteilung, ob dieser Ertrag im laufenden Jahre mit dem sonstigen Gewinn ausgeschüttet wird oder nicht. Um zu vermeiden, daß durch Verrechnungen der Effekten auf anderen Konten diese Vorschrift übergangen wird, muß bei Besitz von fremden Werten nachgewiesen werden: dauernde Beteiligung (Beteiligungskonto), Konsortialbeteiligung (Konsortialkonto) und vorübergehende Beteiligung (Effektenkonto). Gesellschaften, die nur Staatspapiere besitzen, sind von solchen Ausweisen befreit. Dauernde Beteiligung wäre dann anzunehmen, wenn die Verwaltung eine Veräußerung nicht innerhalb des nächsten Jahres vornehmen will. Eine solche Veräußerung soll der Zustimmung der Aktionäre bedürfen, wenn sie $^1/_{20}$ des Kapitals übersteigt. Heute kann bei den Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften das ganze Gesellschaftseigentum verkauft und durch anderes ersetzt werden, ohne daß die Aktionäre es wissen. In der Bilanz würde eine solche Absicht durch Übertragung auf Effektenkonto oder umgekehrt — bei dem Willen dauernder Beteiligung — durch Übertragung vom Effektenkonto auf das Beteiligungskonto zum Ausdruck kommen. Auf Konsortialkonto wäre ein Effektenbesitz so lange zu buchen als auf denselben noch Einzahlungen zu machen sind.

Die oben geschilderten Forderungen sollen für alle Gesellschaften gelten. Für Banken, Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften sind besondere Regeln notwendig. Als Banken gelten Erwerbs-

gesellschaften, welche Depositen annehmen; als Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften (Effektensubstitutionsgesellschaften) hätten zu gelten: „alle Gesellschaften, bei denen auf Beteiligungs-, Konsortial- und Effektenkonto ein Effektenbesitz von mehr als der Hälfte des eingezahlten Kapitals zu Buche steht.“ Alle diese Gesellschaften hätten ihren Effektenbesitz auf den drei Konten zu spezialisieren in a) nationale Obligationen öffentlicher Korporationen, nationale Pfandbriefe; b) fremdnationale Obligationen öffentlicher Körperschaften, sowie garantierte Eisenbahnobligationen; c) Aktien und andere Geschäftsanteile nationaler Industrie- und Transportunternehmungen; d) nationale Obligationen, die nicht unter a fallen; e) fremdnationale Industrie- und Transportunternehmungen; f) fremdnationale Obligationen, die nicht unter b fallen; g) Bankaktien, Aktien von Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften; h) etwaige sonstige Effekten. In allen Fällen Zahl der Gattungen und Gesamtbetrag, Gesamtbetrag jeder Gruppe, wie viel davon auf börsegängige (im In- und Auslande) Werte entfallen. Wenn der Besitz an Effekten einer einzelnen Unternehmung $^1/_{20}$ des Kapitals der besitzenden Gesellschaft überschreitet, hat diese in ihrem Geschäftsbericht die letzte Bilanz jener Unternehmung zu publizieren. Die Forderung des Gesetzes vom Juli 1910, einer zweimonatlichen Bilanz für Banken, soll auf alle Depositen haltende Gesellschaften und Privatbankiers ausgedehnt werden.

Es müßte ferner verlangt werden, daß Gesellschaften, von deren Aktien der größte Teil im Besitz von anderen Gesellschaften sich befindet, von der Kursnotierung an der Börse ausgeschlossen sind. Die Schädigung der Privatbesitzer durch Manipulationen der Monopolinhaber ist viel größer als der Mangel einer festen Kursnotiz. Jedenfalls sollte der Ausschluß der Börsennotierung dann erfolgen, wenn nach Ansicht des Börsekommissärs der Besitz in Händen von Privaten nicht mehr so groß ist, daß eine freie Preisnotierung erfolgt.

Anhang II.

Beteiligungsgesellschaften und Verkaufsgesellschaften im Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft Berlin.

Name	Sitz	Aktien-kapital	Obli-gationen
		Millionen	Millionen
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft . .	Berlin	Mk. 155 Reserven 66	Mk. 80
Felten & Guillaume Karlswerk A.-G. .	Mühlheim a. Rh.	Mk. 55	„ 25
A. E. G. Lahmeyerwerke A.-G.	Frankfurt a. M.	„ 10	—
Österreichische A. E. G. Union, Elektrizitätsgesellschaft	Wien	„ 12	—
A. E. G. Electric Company	London	—	—
A. E. G. Union électrique Soc. anonyme .	Brüssel	Frs. 3,5	—
A. E. G. Thomson-Hovston	Mailand	—	—
Société française d'Électricité A. E. G. .	Paris	Frs. 2	—
Società anonima di Electricità	Genua	—	—
Electrisca Actiobolaget A. E. G. . . .	Stockholm	—	—
A. E. G. Thomson-Houston-Iberica . . .	Madrid	—	—
A. E. G. Südamerikanische Elektrizitätsgesellschaft	Berlin	Mk. 2	—
Deutsche Überseeische Elektrizitätsgesellschaft	Berlin	„ 120	Mk. 85
Bank für elektrische Unternehmungen .	Zürich	Frs. 75	Frs. 42
Gesellschaft für elektr. Unternehmungen	Berlin	Mk. 50	Mk. 42
Elektro Treuhand A.-G.	Hamburg	„ 30	„ 15
Treuhandbank für die elektrische Industrie	Mühlheim a. Rh.	„ 25	—
Elektrische Aktiengesellschaft, vorm. Lahmeyer & Co.	Frankfurt a. M.	Frs. 25	Mk. 2[illegible]
Elektrizitätslieferungsgesellschaft . . .	Berlin	Mk. 30	„ 14
Allgem. Lokal- u. Straßenbahngesellschaft	Berlin	„ 20	„ 30
Sächs. Elektrizitätslieferungsgesellschaft	Oberlungwitz i. S.	„ 6,5	„ 4,5
Österr. Elektrizitätslieferungsgesellschaft	Wien	„ 2,5	—
Aktiengesellschaft Motor, Baden i. S. .	Baden i. A.	Frs. 20	Frs. 15
Watt, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen	Glarus	„ 10	„ 2
Société générale belge d'Entreprises électriques	Brüssel	„ 15	„ 5
Compagnie générale de Tramway de Buenos Ayres	Brüssel	„ 10	—
Société centrale pour l'industrie électrique	Paris	„ 20	—
Consortium Constantinople	Zürich	„ 12	—
Società per lo Sviluppo delle Imprese elettriche in Italia	Mailand	Lire 10	—
Dinamo, Societá Italiana per impreso elettriché	Mailand	„ 5	—
Berliner Elektrizitätswerke A.-G. . . .	Berlin	Mk. 64	Mk. 5[illegible]
Rheinisch-westfälisches Elektrizitätswerk	Essen	„ 38	„ 3[illegible]
Russische Allgem. Elektrizitätsgesellschaft	St. Petersburg	Rubel 8	Rubel [illegible]

Im ganzen rechnet man, daß von der gesamten vom Konzern der A. E. (ausgegebenen Masse, die schwer genau zu schätzen ist, aber kaum unter 1 Milliard Mark betragen wird, vielleicht die Hälfte, nämlich ca. 500—600 Millionen Mar in Effekten bestehen, die wiederum nur auf dem Besitz von anderen Effekten beruhe

Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage.

Eingeleitet und herausgegeben von

N. Rjasanoff (Wien).

A. Einleitung.

Es ist bekannt, welch' ausschlaggebende Rolle die Wiederherstellung Polens in allen Programmen der europäischen Demokratie seit der Julirevolution gespielt hat. Die Begeisterung für die unterdrückte Polen ging Hand in Hand mit dem Haß gegen den wichtigsten Teilnehmer an der Heiligen Allianz, gegen den russischen Zarismus, und man sah in der Wiederherstellung Polens das beste Mittel zur Lahmlegung des „barbarischen Rußland“ und zur Sicherung der Errungenschaften einer eventuellen neuen Revolution.

So schroff sich die proletarische Demokratie, wie sie in den Werken von MARX und ENGELS hervortritt, von der bürgerlichen Demokratie unterscheidet, so hat sie doch aus dem Programm der letzteren mit anderen politischen Forderungen auch die nach Wiederherstellung eines unabhängigen Polens übernommen. Nur suchten beide Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus diese Forderung mit neuen Argumenten zu unterstützen, ebenso wie sie von Anfang an auch den Illusionen der polnischen Revolutionäre entgegenzutreten sich bemühten.

Es wäre aber irrig, zu glauben, daß im Laufe der Zeit, seit den Jahren 1844—45, da beide Freunde ihre gemeinsame theoretische Arbeit angefangen hatten, bis zu MARX' Tode (1883) und — wenn wir auch weiter ENGELS' Ansichten berücksichtigen — bis zu dessen Tode (1895), ihre Anschauungen

über die polnische Frage unverändert geblieben wären. Das war ebensowenig der Fall, wie in Bezug auf ihre Stellung zu anderen Fragen. Es ist auch — was man oft vergißt — in Betracht zu ziehen, daß MARX und ENGELS nicht immer gleicher Ansicht waren, und daß, was später als ihre gemeinsame Ansicht erscheint, oft das Resultat eines Meinungskampfes zwischen ihnen war; ferner, daß in vielen Fragen ihre Auffassungen schon deshalb nicht immer sich deckten, weil MARX und ENGELS an diese unter dem Einfluß verschiedener — wissenschaftlicher sowohl wie praktischer — Voraussetzungen herangetreten sind.

Im folgenden versuche ich erstmals, die Ansichten von MARX und ENGELS über die polnische Frage zusammen zu fassen, und zwar gleichermaßen ihre gemeinsame Äußerungen hierüber, wie diejenigen, die jeder für sich bei irgend einer Gelegenheit im Lauf von vierzig Jahren gemacht hat, und von denen viele bis jetzt unbekannt geblieben. Die Aufgabe, die ich mir stelle, ist eine rein referierende. Ich verzichte von vornherein auf jede Kritik auch dort, wo die Ansichten von MARX und ENGELS eine solche direkt herausfordern. Ich bezwecke mit meiner Publikation eben nichts anderes, als der schon jetzt leidenschaftlich geführten Diskussion über die Stellungnahme von MARX und ENGELS in der polnischen Frage ein möglichst lückenloses Material zur Verfügung stellen.

I.

Nach dem polnischen Aufstand von 1830—1831, der einen Feldzug der „Heiligen Allianz“ gegen das revolutionäre Frankreich ebenso vereitelte, wie der polnische Aufstand vom Jahre 1794 die gemeinsame Aktion der absolutistischen Mächte, blieb Polen bis 1846 scheinbar ganz ruhig. Für die revolutionäre polnische Emigration war dieses halbe Menschenalter trotzdem eine Zeit innerer Kämpfe und der Selbstkritik. Einzelne Versuche, einen neuen Aufstand in Polen hervorzurufen, waren erfolglos. Die Kluft aber zwischen dem aristokratischen Teil der polnischen Emigration, der größten Wert auf die Hilfe der westeuropäischen Regierungen legte, und dem demokratischen Teil, der eine Annäherung an die westeuropäische Demokratie suchte, wurde mit jedem Tage weiter[1]).

Den Mittelpunkt der polnischen Bewegung bildete zuerst Frankreich (Paris, Poitiers, Mesançon). Später emigrierte ein Teil, freiwillig oder von der französischen Regierung ausgewiesen, nach London und Brüssel. In Brüssel lebte der berühmte polnische Historiker JOACHIM LELEWEL, den dort im Jahre 1845 MARX und ENGELS trafen[2]). In London wirkte u. a.

1) Vgl. Emigracja polska od 1831 do 1863. Krotki rys historyczry. Lipsk. 1865; Demokracja polska na emigracji, wyjątki z pism W. Heltmana Lipsk, 1866; L. Gadan, Emigracja polska, Krakow 1901.

2) L. SAWASZKIEWICZ, Notice sur la vie de Joachim Lelewel. Bruxelles 1862. Ein Brief von LELEWEL an MARX ist in „Herr Vogt“ S. 188 abgedruckt.

LUDWIK OBORSKI, der dort in den 40er Jahren sich an allen internationalen Kundgebungen beteiligte und sowohl mit den Chartisten, wie mit den Mitgliedern des Deutschen kommunistischen Arbeitervereins, insbesondere mit KARL SCHAPPER, eng befreundet war. In Portsmouth bildete sich auch die erste polnisch-revolutionäre Gesellschaft „Lud Polski“, die in ihr Programm die Aufhebung des Privateigentums aufnahm[1]). — Viel mehr Einfluß aber hatte die damals aktivste polnisch-revolutionäre Gesellschaft, die „Towarzystwo Democratyczne Polskie“ (Polnische Demokratische Assoziation), die noch 1832 im Gegensatz zu dem von CZARTORYISKI geführten aristokratischen Teil der Emigration gegründet worden war. Die Hauptursache des Mißerfolges der polnischen Revolution sahen die polnischen Demokraten in den egoistischen Tendenzen der Aristokratie. Sie glaubten, daß Polens Rettung nicht nur in einer bewaffneten Insurrektion, sondern zugleich auch in einer radikalen und demokratischen Revolution liege. Sie wollten daher an das Volk, an das Bauerntum appellieren und forderten demgemäß programmatisch die Befreiung der Bauern und des bäuerlichen Grundbesitzes von den Feudallasten. In diesem Sinne entfaltete die Gesellschaft durch ihre Emissäre eine rührige Propaganda in allen drei Teilen Polens[2]).

Im Jahre 1845 entschloß sie sich, unter dem Einfluß der Sektionen, die in Preußen und Österreich arbeiteten, einen neuen Aufstand vorzubereiten. Den militärischen Plan sollte das Vorstandsmitglied, General Mieroslawski ausarbeiten. Im Dezember 1845 begab sich dieser nach Posen und Krakau. Am 24. Januar 1846 wurde in Krakau eine nationale Regierung eingesetzt, die sodann am 22. Februar ein Manifest erließ, das den Bauern die Gleichberechtigung sowie das freie Eigentum an dem von ihnen seit Jahrhunderten bebauten Boden zusprach.

Bekanntlich mißglückte der Aufstand. Mieroslawski wurde schon am 12. Februar 1846 in Posen verhaftet. In Russisch Polen kam es nur zu einem rasch unterdrückten Putsch in Siedlce. In Galizien halfen die Bauern selbst den Aufstand unterdrücken. Der letzte Rest des alten unabhängigen Polens, die freie Republik Krakau wurde Österreich einverleibt.

Dieser Aufstand aber war es, der die Sympathien für das unglückliche Polen in der europäischen Demokratie wieder erweckte. Er bildete den Prolog der revolutionären Bewegungen, die das ganze Jahr 1847 ausfüllten und mit der 1848er Revolution endeten. Auch der entschieden soziale Charakter des Aufstandes, der so tragisch ausgefallene Versuch, an das Volk selbst zu appellieren, der ihn vorteilhaft von dem Aufstand von 1830/31

1) Vgl. B. LIMANOWSKI, Historja rucha spolecznego w XIX stulecin, Lwow 1890; W. NARKIEWICZ-JODKO i S. DYKSZTAIN, Polski socyalizm utopijny na emigracji, Krakow 1907; S. SZPOTANSKI, Lud polski, Lwow 1907.

2) A. PILLER, Historja Gowstania narodu polskiego w 1861—1864. Paryz 1867—1871. Band III; KRAJEWSKI, Tajne z wiazki polityczne w Galicyi, 1833—1841, Lwow 1903; B. LIMANOWSKI, Historja demokracji polskiej w epoce porozbiorowej, Zurych 1901. Neunter Abschnitt.

unterschied, warb jetzt den Polen neue Sympathien auch unter der Arbeiterklasse. Man kann sagen, daß die Wiederherstellung Polens erst seit dem Krakauer Aufstand zu einem der Hauptgrundsätze der auswärtigen Politik der Arbeiterklasse in England, Frankreich und Deutschland wurde. Was früher mehr an die Sympathien für die unterdrückte Griechen erinnerte, was eigentlich mehr das Bestreben einiger Ideologen war oder zu nichts verpflichtende Teilnahme der gebildeten Schichten, das wurde jetzt eine gemeinsame Forderung der ihren Emanzipationskampf beginnenden Arbeiterklasse. So ward die Wiederaufrichtung Polens ebenso wie der Kampf der Italiener und der Ungarn für ihre nationale Selbständigkeit, ein praktisches Interesse der internationalen demokratischen Bewegung.

Das erklärt uns auch, warum seit 1847 die polnische Frage auf der Tagesordnung jeder großen internationalen Zusammenkunft der europäischen Demokraten steht. Ebenso wie in London der früher erwähnte L. OBORSKI als ein Mitglied der internationalen Vereinigung der „Fraternal Democrats“ auftritt, nehmen die polnischen Flüchtlinge in Brüssel: LELEWEL, LUBLINER u. a. an der Gründung der „Association démocratique“ teil, deren Präsident JOTTRAND war, die Vizepräsidenten aber — MARX und IMBERT (November 1847)[1]).

Im Auftrage dieser Gesellschaft überbrachte MARX den „Fraternal Democrats“ in London eine Sympathieadresse, als er und ENGELS nach London gingen, um an dem Kongreß einer anderen internationalen Gesellschaft, des erst einige Monate vorher gegründeten „Bundes der Kommunisten“ teilzunehmen und dort den Entwurf des „Kommunistischen Manifestes“ diskutieren zu lassen. MARX entledigte sich seines Auftrages in der von den „Fraternal Democrats“ zur Gedächtnisfeier der polnischen Erhebung von 1830 am 29. November 1847 abgehaltenen Versammlung, und in dieser Versammlung haben er und ENGELS erstmals öffentlich über die polnische Frage und deren Bedeutung für das europäische Proletariat gesprochen[2]).

In seiner Rede betrachtet MARX die polnische Frage als einen Teil des

1) Vgl. L. BERTRAND, Histoire de la démocratie et du Socialisme en Belgique depuis 1830. Bruxelles 1906. I. Bd. S. 250/70. (Auch deutsch in „Die Neue Zeit“ XXIII/2, 277—283, 300—09); JOTTRAND, L. Charles-Louis Spilthorn, Bruxelles 1872.

2) Über diese Versammlung brachten Berichte die „Deutsche Brüsseler Zeitung“ vom 9. und 12. XII., sowie die Pariser „Réforme“ vom 5. XII. 1847. — Der letztere Bericht ist wieder abgedruckt: in CH. ANDLERS Ausgabe des „Manifeste communiste“ („Bibliothèque socialiste“, N. 8). Paris 1901. S. 76/79, sowie — nebst einem zweiten ENGELS zugeschriebenen Artikel aus der „Réforme“ in BERNSTEINS „Dokumente des Sozialismus“, I, 218/224. — FRANZ MEHRING, Einiges zur Parteigeschichte („Die Neue Zeit“ XX/IX, 545/548), reproduziert die Reden von MARX und ENGELS nach der „Deutsch. Brüss. Ztg.“ — Vgl. auch ED. DOLLÉANS, Le chartisme. Paris 1913. I. 397/404.

allgemeinen Emanzipationskampfes der Völker, den er in Zusammenhang bringt mit der radikalen Änderung der Eigentumsverhältnisse, und spricht als ein internationaler Kommunist, der diese Befreiung von der sozialen Revolution erwartet:

„Damit die Völker sich wirklich vereinigen können, muss ihr Interesse ein gemeinschaftliches sein. Damit ihr Interesse gemeinschaftlich sein könne, müssen die jetzigen Eigentumsverhältnisse abgeschafft werden, denn die jetzigen Eigentumsverhältnisse bedingen die Exploitation der Völker unter sich: die jetzigen Eigentumsverhältnisse abzuschaffen, das ist nur das Interesse der arbeitenden Klasse. Sie allein hat auch die Mittel dazu. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist zugleich der Sieg über die nationalen und industriellen Konflikte, die heutzutage die verschiedenen Völker feindlich einander gegenüberstellen. Der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie ist deshalb zugleich das Befreiungssignal aller unterdrückten Nationen.

Das alte Polen ist allerdings verloren und wir wären die Letzten, seine Wiederherstellung zu wünschen. Aber nicht nur das alte Polen ist verloren. Das alte Deutschland, das alte Frankreich, das alte England, die ganze alte Gesellschaft ist verloren. Der Verlust der alten Gesellschaft ist aber kein Verlust für die, die Nichts in der alten Gesellschaft zu verlieren haben, und in allen jetzigen Ländern ist dies der Fall für die grosse Mehrzahl. Sie haben vielmehr Alles zu gewinnen durch den Untergang der alten Gesellschaft, welcher die Bildung einer neuen, nicht mehr auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaft bedingt.“

Von allen Ländern ist England dasjenige, worin der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie am entwickeltesten ist. Der Sieg der englischen Proletarier über die englische Bourgeoisie ist daher entscheidend für den Sieg aller Unterdrückten über ihrer Unterdrücker. Polen ist daher nicht in Polen, sondern in England zu befreien. Ihr Chartisten habt daher keine frommen Wünsche zur Befreiung der Nationen auszusprechen. Schlagt eure eigenen inländischen Feinde und ihr dürft dann das stolze Bewusstsein haben, die ganze alte Gesellschaft geschlagen zu haben.

Anders Engels, der im Unterschied von Marx als ein deutscher Demokrat auftritt, der beweisen will, warum die deutsche Demokratie ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens hat. Im zweiten Teil seiner Rede spricht er in demselben Sinne wie Marx:

„Erlaubt mir, meine Freunde, heute einmal ausnahmsweise in meiner Eigenschaft als Deutscher aufzutreten. Wir deutschen Demokraten haben nämlich ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens. Es sind deutsche Fürsten gewesen, die aus der Theilung Polens Vortheil gezogen haben, es sind deutsche Soldaten, die noch jetzt Galizien und Polen unterdrücken. Uns Deutschen, uns deutschen Demokraten vor Allem, muss daran liegen, diesen Flecken von unserer Nation abzuwaschen. Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken. Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zu Stande kommen, ohne dass die

Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zu Stande kommt. Und darum hat Polen und Deutschland ein gemeinschaftliches Interesse, und darum können Polnische und Deutsche Demokraten gemeinsam arbeiten an der Befreiung beider Nationen.

Ich bin auch der Ansicht, dass der erste entscheidende Schlag, der den Sieg der Demokratie, die Befreiung aller europäischen Länder zur Folge haben wird, von den englischen Chartisten ausgehen wird; ich bin mehrere Jahre in England gewesen und habe mich während dieser Zeit offen der chartistischen Bewegung angeschlossen. Die englischen Chartisten werden aber zuerst aufstehen, weil gerade in England der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat am heftigsten ist. Und warum ist er am heftigsten? Weil in England durch die moderne Industrie, durch die Maschinen, alle unterdrückten Klassen in eine einzige grosse Klasse mit gemeinsamen Interessen, in die Klasse des Proletariats, zusammengeworfen werden; weil dadurch auf der entgegengesetzten Seite alle Klassen von Unterdrückern ebenfalls in eine einzige Klasse, die Bourgeoisie vereinigt worden sind. So ist der Kampf vereinfacht und so wird er mit einem einzigen grossen Schlage entschieden werden können. Ist dem nicht so? Die Aristokratie hat keine Macht mehr in England, die Bourgeoisie allein herrscht und hat die Aristokratie ins Schlepptau genommen. Der Bourgeoisie aber gegenüber steht die ganze grosse Masse des Volks, vereinigt zu einer furchtbaren Phalanx, deren Sieg über die herrschenden Kapitalisten näher und näher heranrückt. Und diese Zerstörung der entgegengesetzten Interessen, welche früher die verschiedenen Abtheilungen der Arbeiter auseinander hielten, diese Nivellirung der Lebenslage aller Arbeiter, verdankt ihr der Maschinerie; ohne Maschinerie kein Chartismus, und mag auch die Maschinerie eure momentane Lage verschlechtern, so macht sie uns doch gerade dadurch unseren Sieg möglich. Aber nicht nur in England, auch in allen anderen Ländern hat sie diese Wirkungen auf die Arbeiter gehabt. In Belgien, in Amerika, in Deutschland, hat sie die Lage aller Arbeiter gleich gemacht und macht sie täglich mehr und mehr gleich; in allen diesen Ländern haben die Arbeiter jetzt dasselbe Interesse, nämlich die Klasse, die sie unterdrückt, die Bourgeoisie zu stürzen. Diese Nivellirung der Lebenslage, diese Identifikation der Parteiinteressen der Arbeiter aller Nationen ist das Resultat der Maschinerie, und daher bleibt die Maschinerie ein ungeheurer geschichtlicher Fortschritt.

Was folgt für uns daraus? Weil die Lage der Arbeiter aller Länder dieselbe, weil ihre Interessen dieselben, ihre Feinde dieselben sind, darum müssen sie auch zusammen kämpfen, darum müssen sie der Verbrüderung der Bourgeois aller Völker eine Verbrüderung der Arbeiter aller Völker entgegenstellen".

Jene Versammlung vom 29. November 1847 war aber nicht die einzige Gelegenheit, bei der MARX und ENGELS über die polnische Frage vor der Februarrevolution sprachen. Knapp vor Ausbruch der letzteren, traten sie beide in einer Versammlung auf, welche die „Association Démocratique" in Brüssel am zweiten Jahrestage des Krakauer Aufstandes oder richtiger: des

Manifestes der Nationalregierung, veranstaltete. Diese Tatsache ist bis jetzt allen Biographen von MARX und ENGELS allgemein und auch LOUIS BERTRAND unbekannt geblieben, der in seinem zitierten Geschichtswerke der „Association démocratique" viele Seiten widmet.

Die Versammlung wurde mit Hilfe der polnischen Demokraten LELEWEL und LUBLINER organisiert. Als Redner traten auf: der Belgier SENAULT, MARX, ENGELS, LELEWEL, LUBLINER und die Arbeiter KATS, PELLERING, WALLAU. Die Reden der letzteren sind nicht erhalten, wohl aber alle anderen [1]).

MARXens Rede ist jetzt ganz anders aufgebaut, als die frühere Londoner. Er will seinen Hörern die Bedeutung der Krakauer Erhebung erklären. Er betont den notwendigen Zusammenhang zwischen den politischen und den sozialen Fragen. Das glorreiche Beispiel, den die Krakauer Erhebung ganz Europa gab, sieht er darin, daß sie die Sache der nationalen Befreiung mit der der Demokratie und der Befreiung einer unterdrückten Klasse vereinigte. Eben deshalb wird die Befreiung nicht des feudalen Polens, sondern des demokratischen Polens die Ehrensache aller europäischen Demokraten. — ENGELS seinerseits beweist, daß der Mißerfolg des Krakauer Aufstandes ein Sieg des demokratischen Polens über das alte aristokratische war; daß dem Kampf der Polen gegen ihre Unterdrücker ein Kampf unter den Polen selbst vorausgegangen ist. Er kritisiert daher die Erhebung von 1830, die in ihrem Wesen vielmehr eine konservative gewesen war. Nur ein Mitglied der Regierung, LELEWEL, habe verstanden, daß man die Revolution einzig durch Beseitigung der Privilegien der Aristokratie und der bäuerlichen Leibeigenschaft, sowie der infamen Lage der Juden populär machen könne. Erst die Krakauer Erhebung habe aus der polnischen eine Sache aller Völker, aus einer Sympathiephrase eine praktische Frage für alle Demokraten gemacht. Insbesondere dürfe sich Deutschland freuen, weil ihm im demokratischen Polen ein treuer Bundesgenosse entstanden ist, der die gleichen Interessen habe. Habe doch die Befreiung Deutschlands und Polens die politische Revolutionierung Deutschlands, den Fall Preußens und Oesterreichs, die Zurückdrängung Rußlands über den Dnjestr und die Dwina zur ersten Voraussetzung.

Im Sinne dieser Reden erklären MARX und ENGELS auch im „Kommunistischen Manifest", das um dieselbe Zeit erschien:

„Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief".

---

1) S. Beilagen Nr. 1 und 2. — Beide Reden sind vollständig abgedruckt in der — jetzt äußerst seltenen, m. W. nur in der ANTON MENGER-Bibliothek im Staatswissenschaftlichen Institut der Wiener Universität befindlichen — Broschüre: Célébration, à Bruxelles, du deuxième anniversaire de la Révolution polonaise du 22 Février 1846. Discours prononcés par MM. A. S. SENAULT, KARL MARX, LELEWEL, F. ENGELS et LOUIS LUBLINER, avocat. Bruxelles C. G. Vogler, Libraire-éditeur. 1848. 8°. 32 S. Die Rede von MARX: S. 10—14; von ENGELS: S. 21—24.

II.

Erst die vollständige Kenntnis der beiden Brüsseler Reden macht uns die Haltung von MARX und ENGELS in der Polenfrage während der 1848er Revolution vollends begreiflich.

Dieselben Grundsätze vertreten sie mit größerem historischem Apparat und polemischer Spitze gegen die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Frankfurter Parlament, in ihren Artikeln in der „Neuen Rheinischen Zeitung", die MEHRING u. d. T. „Die Polendebatte in Frankfurt" gruppiert hat [1]).

„Ein französischer Historiker hat gesagt: Il y a des peuples nécessaires: es gibt nothwendige Völker. Zu diesen nothwendigen Völkern gehört im 19. Jahrhundert unbedingt das polnische Volk.

Die nationale Existenz Polens ist aber für Niemanden nothwendiger als gerade für uns Deutsche.

Worauf stützt sich zunächst die Macht der Reaction in Europa seit 1815, ja, theilweise seit der ersten französischen Revolution. Auf die russisch-preussisch-österreichische heilige Allianz. Und was hält diese heilige Allianz zusammen? Die Theilung Polens, von der alle drei Alliirte Nutzen zogen.

Der Riss, den die drei Mächte durch Polen zogen, ist das Band, dass sie einander kettet, der gemeinsame Raub hat sie einer für den anderen solidarisch gemacht.

Von dem Augenblick an, wo der erste Raub an Polen begangen wurde, war Deutschland in die Abhängigkeit Russlands gerathen. Russland befahl Preussen und Österreich, absolute Monarchien zu bleiben, und Preussen und Österreich mussten gehorchen. Die ohnehin schlaffen und schüchternen Anstrengungen, namentlich der preussischen Bourgeoisie, sich die Herrschaft zu erobern, scheiterten vollends an der Unmöglichkeit, von Russland loszukommen, an dem Rückhalt, den Russland der feudalistisch-absolutistischen Klasse in Preussen bot.

Dazu kam, dass von dem ersten Unterdrückungsversuche der Alliirten an die Polen nicht nur insurrektionell für ihre Unabhängigkeit kämpfen, dass sie zugleich revolutionär gegen ihre eigenen inneren gesellschaftlichen Zustände auftraten.

Die Theilung Polens war zu Stande gekommen durch das Bündnis der grossen Feudalaristokratie in Polen, mit den drei theilenden Mächten. Sie war kein Fortschritt, wie der Expoet Herr Jordan behauptet, sie war das letzte Mittel für die grosse Aristokratie, sich vor einer Revolution zu retten, sie war durch und durch reaktionär.

Die Folge schon der ersten Theilung war ganz natürlich eine Allianz der übrigen Klassen, das heisst des Adels, der Bürgerschaft der Städte und theilweise der Bauern, sowohl gegen die Unterdrücker Polens, wie gegen die

---

1) Aus dem literarischen Nachlass von KARL MARX, FRIEDRICH ENGELS und FERDINAND LASSALLE. Hrsg. von FRANZ MEHRING. III. Bd.: Gesamm. Schriften von MARX und ENGELS 1841—1850. S. 134/182.

grosse Aristokratie des Landes selbst. Wie sehr die Polen es schon damals begriffen, dass ihre Unabhängigkeit nach Aussen unzertrennlich sei von dem Sturz der Aristokratie und von der agrarischen Reform im Innern, beweist die Konstitution von 1791.

Die grossen ackerbauenden Länder zwischen der Ostsee und dem schwarzen Meere können sich aus der patriarchalisch-feudalen Barbarei retten und durch eine agrarische Revolution, die die leibeigenen oder frohnpflichtigen Bauern in freie Grundbesitzer verwandelt, eine Revolution, die ganz dieselbe ist wie die französische von 1789 auf dem platten Lande. Die polnische Nation hat das Verdienst, unter allen ihren ackerbauenden Nachbarländern dies zuerst proklamirt zu haben. Der erste Reformversuch war die Verfassung von 1791; in dem Aufstande von 1830 wurde die agrarische Revolution von Lelewel als einziges Mittel zur Rettung des Landes ausgesprochen, aber zu spät vom Reichstage anerkannt, in den Insurrektionen von 1846 und 1848 wurde sie offen proclamirt.

Von dem Tage ihrer Unterdrückung an traten die Polen revolutionär auf und fesselten dadurch ihre Unterdrücker, den patriarchalisch-feudalen Zustand nicht nur in Polen, sondern auch in ihren übrigen Ländern aufrecht zu halten. Und namentlich seit dem Krakauer Aufstand von 1846 ist der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugleich der Kampf der agrarischen Demokratie — der in Osteuropa einzig möglichen — gegen den patriarchalisch-feudalen Absolutismus.

So lange wir also Polen unterdrücken helfen, so lange wir einen Theil von Polen an Deutschland schmieden, so lange bleiben wir an Russland und die russische Politik geschmiedet, so lange können wir den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns selbst nicht gründlich brechen. Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.

Die Herstellung Polens und seine Grenzregulierung mit Deutschland ist aber nicht nur nothwendig, sie ist bei weitem die lösbarste von all den politischen Fragen, die seit der Revolution in Osteuropa aufgetaucht sind. Die Unabhängigkeitskämpfe der Völker aller Stämme, die südlich von den Karpathen bunt durcheinander gewürfelt sind, sind ganz anders verwickelt, werden weit mehr Blut, Verwirrung und Bürgerkrieg kosten als der polnische Unabhängigkeitskampf und die Feststellung der Grenze zwischen Deutschland und Polen.

Es versteht sich, dass es sich nicht von der Herstellung eines Scheinpolen handelt, sondern von der Herstellung eines Staats auf lebensfähiger Grundlage. Polen muss wenigstens die Ausdehnung von 1772 haben, muss nicht nur die Gebiete, sondern auch die Mündungen seiner grossen Ströme, und muss wenigstens an der Ostsee einen grossen Küstenstrich besitzen".

Die Kritik der polnischen Aristokratie ist womöglich noch schärfer als in den Brüsseler Reden. Nur ein Polen der Bauerndemokratie, das gleichzeitig mit der Erlangung der nationalen Existenz eine agrarische Revolution durchmachte, nur ein unabhängiges Polen, das im Besitz der Ostseeküste

und der Mündungen der polnischen Flüsse, kann eine unüberwindliche Barrière gegen den russischen Zarismus bilden. Und die Garantie, die Unvermeidlichkeit der Wiederherstellung dieses Polens liegt nicht in der Entwicklung der historischen Traditionen, sondern darin, daß Polen der revolutionäre Teil Rußlands, Österreichs und Preußens geworden ist, daß es der Herd der europäischen Demokratie schon war, als Deutschland noch in plattester, konstitutioneller und überschwänglicher philosophischer Ideologie umhertappte.

Und wie konnte Deutschland all das Polen garantieren? Nur „*wenn es nach der Revolution in seinem eigenen Interesse den Mut hatte, von Russland die Herausgabe Polens mit den Waffen in der Hand zu fordern*“.

Dieser revolutionäre Krieg Deutschlands gegen Rußland hätte aber nicht nur Polens Befreiung gebracht. „*Der Krieg mit Russland war der vollständige, offene und wirkliche Bruch mit unserer ganzen schmachvollen Vergangenheit, war die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, war die Herstellung der Demokratie auf den Trümmern der Feudalität und des kurzen Herrschaftstraumes der Bourgeoisie. Der Krieg mit Russland war der einzig mögliche Weg, unsere Ehre und unsere Interessen gegenüber unseren Hansischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten. Man hat ihn nicht gewagt, und das Unvermeidliche ist erfolgt: die Soldadeska der Reaktion, in Berlin geschlagen, erhob ihr Haupt wieder in Posen, unter dem Scheine, Deutschlands Ehre und Nationalität zu retten, pflanzte sie das Banner der Kontrerevolution auf und erdrückte die revolutionären Polen, unsere Bundesgenossen — und das geprellte Deutschland jauchzte einen Augenblick seinen siegreichen Feinden Beifall zu. Die neue Teilung Polens wurde vollzogen, und es fehlte ihr nur noch die Sanktion der deutschen Nationalversammlung.*“

III.

Gewiss ist es unangebracht, unter dem Einfluss momentaner Stimmungen oder besonderer Verhältnisse geschriebene Privatbriefe als politische Äusserungen auf gleiche Stufe mit Werken, die von Anfang an für die Öffentlichkeit bestimmt waren, zu stellen. Doch bieten auch solche Privatäußerungen, schon von biographischem Standpunkt, grosses Interesse. Ich berücksichtige daher hier auch alles, was über die polnische Frage im Briefwechsel zwischen MARX und ENGELS enthalten ist; zumal dieser Briefwechsel für die Jahre 1851—1864 oft die einzige Quelle bildet, aus der man MARX' und ENGELS' Ansichten über verschiedene Fragen kennen zu lernen vermag.

So kommt ENGELS ausführlich auf Polen zu sprechen in einem Brief an MARX vom 23. V. 1851.

„*Je mehr ich über die Geschichte nachdenke, je klarer wird es mir, dass die Polen eine nation fondue sind, die nur so lange als Mittel zu brauchen sind, bis Russland selbst in die agrarische Revolution hineingerissen ist. Von dem Moment an hat Polen absolut keine raison d'être mehr. Die Polen haben nie etwas anderes in der Geschichte getan, als tapfere, krakeelsüchtige Dummheit gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist an-*

zugeben, wo Polen, selbst nur gegen Russland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentirte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat. Russland dagegen ist wirklich progressiv gegen den Osten. Die russische Herrschaft mit all ihrer Gemeinheit, all ihrem slavischen Schmutz ist zivilisierend für das Schwarze und Kaspische Meer und Zentralasien, für Baschkiren und Tataren, und Russland hat viel mehr Bildungselemente und besonders industrielle Elemente aufgenommen, als das seiner ganzen Natur nach chevaleresk-bärenhäuternde Polen. Schon dass der russische Adel fabriziert, schachert, prellt, sich korrumpieren lässt und alle möglichen christlichen und jüdischen Geschäfte macht, vom Kaiser und Fürst Demidoff bis herab zum lausigsten Bojaren vierzehnter Klasse, der nur blagarodno (wohlgeboren) ist, schon das ist ein Vorzug. Polen hat nie fremde Elemente nationalisieren können. Die Deutschen der Städte sind und bleiben Deutsche. Wie Russland Deutsche und Juden zu russifizieren versteht, davon ist jeder Deutschrusse aus zweiter Generation ein sprechendes Exempel. Selbst die Juden bekommen dort slavische Backenknochen.

Von der „Unsterblichkeit" Polens liefern Napoleons Kriege 1807 und 1812 schlagende Exempel. Unsterblich war bei den Polen bloss ihre Krakeelerei ohne allen Gegenstand. Dazu kommt, dass der grösste Teil von Polen, das sogenannte Westrussland, das heisst Bjelostock, Grodno, Wilna, Smolensk, Minsk, Mohilew, Volhynien und Podolien, sich mit geringen Ausnahmen seit 1772 ruhig hat von den Russen beherrschen lassen, ils n'ont pas bougé, mit Ausnahme von ein paar Bürgern und Edelleuten hier und da. Ein Viertel von Polen spricht Litauisch, ein Viertel Ruthenisch, ein kleiner Teil Halbrussisch und der eigentliche polnische Teil ist zu voll einem Drittel germanisiert.

Glücklicherweise haben wir in der Neuen Rheinischen Zeitung keine positiven Verpflichtungen gegen die Polen übernommen, als die unvermeidliche der Wiederherstellung mit suitabler Grenze — und auch die noch unter der Bedingung der agrarischen Revolution. Ich bin sicher, dass diese Revolution in Russland eher vollständig zustande kommt als in Polen, wegen des Nationalcharakters und wegen der entwickelteren Bourgeoisieelemente in Russland. Was ist Warschau und Krakau gegen Petersburg, Moskau, Odessa usw. usw.!

Resultat: Den Polen im Westen abnehmen, was man kann, ihre Festungen unter den Vorwand des Schutzes mit Deutschen okkupieren, besonders Posen, sie wirtschaften lassen, sie ins Feuer schicken, ihr Land ausfressen, sie mit der Aussicht auf Riga und Odessa abspeisen, und im Falle die Russen in Bewegung zu bringen sind, sich mit diesen alliieren und die Polen zwingen, nachzugeben. Jeder Zoll, den wir an der Grenze von Memel bis Krakau den Polen nachgeben, ruiniert diese ohnehin schon miserabel schwache Grenze militärisch vollständig und legt die ganze Ostseeküste bis nach Stettin bloss.

Ich bin übrigens überzeugt, dass bei dem nächsten Krawall die ganze polnische Insurrektion sich auf Posener und galizische Adlige nebst einigen

Zuläufern aus dem Königreich beschränken wird, und dass die Prätensionen dieser Ritter, wenn sie nicht von Franzosen, Italienern, Skandinaviern usw. usw. unterstützt und durch tschechoslawische Krawalle verstärkt werden, an der Erbärmlichkeit ihrer Leistungen scheitern werden. Eine Nation, die 20 000 bis 30 000 Mann höchstens stellt, hat nicht mitzusprechen. Und viel mehr stellt Polen gewiss nicht" [1]).

Vergleicht man diese Auslassung mit den Artikeln aus der „Neuen Rheinischen Zeitung", so fällt gleich der große Unterschied in die Augen. Bei dem stark impulsiven ENGELS kann man diese plötzliche Änderung teilweise noch daraus erklären, daß die polnische Emigration sich im damaligen Streit zwischen Demokraten und Kommunisten auf die Seite jener stellte. Zwar bezieht er sich nur auf die Frage der Konzessionen, die die „Deutschen" Polen machen können. Auch in der „Neuen Rheinischen Zeitung" betrachtet ENGELS die Polen als ein vorwiegend ackerbautreibendes Volk, und unter den slawischen Völkern, die eine Zukunft haben, zählt er auch die Russen auf.

MARXens Antwort ist uns unbekannt. Wahrscheinlich hatten die Freunde bald Gelegenheit, diese Frage, ebenso wie andere, brieflich bei einer unter ihnen angeregten Zusammenkunft nachher mündlich zu diskutieren. Jedenfalls klingt das Kapitel über die polnische Frage in den 1851 und 1852 für die „New York Tribune" geschriebenen Artikeln minder enthusiastisch und kategorisch, als die Artikel in der „Neuen Rheinischen Zeitung", die ENGELS für seinen neuen Artikel resumiert.

„Da die Revolution von 1848 sofort den Anspruch aller unterdrückten Nationen auf eine selbstständige Existenz und auf das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, wach rief, war es ganz natürlich, dass die Polen ohne Weiteres die Wiederherstellung ihres Landes innerhalb der Grenzen der alten polnischen Republik von 1772 forderten. Allerdings war diese Grenze schon zu jener Zeit als Scheidungslinie zwischen der deutschen und polnischen Nationalität nicht mehr richtig gewesen; sie wurde von Jahr zu Jahr immer unrichtiger, seitdem die Germanisation fortschritt; aber die Deutschen hatten eine solche Begeisterung für die Wiederherstellung Polens an den Tag gelegt, dass sie erwarten mussten, man werde als ersten Beweis der Echtheit ihrer Sympathien den Verzicht auf ihren Antheil an der Beute von ihnen verlangen. Anderseits musste man sich fragen, ob man ganze Landstriche, die hauptsächlich von Deutschen bewohnt, grosse Städte, die ganz deutsch waren, an ein Volk abtreten solle, das bisher noch keine Beweise davon abgelegt hatte, dass es fähig sei, über einen Zustand des Feudalismus hinauszugehen, der auf der Unfreiheit der Landbevölkerung beruhte. Die Frage war verwickelt genug. Die einzige mögliche Lösung bot ein Krieg gegen Russland. Dadurch war die Frage der Abgrenzung der

1) Vgl. Der Briefwechsel zwischen F. ENGELS und K. MARX 1844—1883, hrsg. von A. BEBEL und ED. BERNSTEIN. Stuttgart 1913. I, 189/191.

verschiedenen revolutionierten Nationen untereinander zu einer sekundären geworden gegenüber der Hauptfrage der Gewinnung einer sicheren Grenze gegen den gemeinsamen Feind. Die Polen hätten in Bezug auf den Westen eher mit sich ein vernünftiges Wort reden lassen, wenn sie ausgedehnte Territorien im Osten erhielten; und Riga und Mitau wären ihnen am Ende ebenso wichtig erschienen wie Danzig und Elbing. Da die radikale Partei in Deutschland einen Krieg mit Russland für notwendig erachtete, um die Bewegung auf dem Kontinent aufrecht zu erhalten, und von der Anschauung ausging, dass die nationale Wiederherstellung auch nur eines Theils von Polen unausweichlich zu einem solchen Kriege führen müsse, unterstützte sie die Polen; die regierende Bourgeoispartei dagegen sah klar voraus, dass ein nationaler Krieg gegen Russland ihren Sturz herbeiführen müsse, da er thätigere und thatkräftigere Männer ans Ruder rufen würde, und daher erklärte sie mit einem erheuchelten Enthusiasmus für die Ausdehnung der deutschen Nationalität, Preussisch-Polen, den Hauptsitz der revolutionären polnischen Agitation, für einen integrierenden Bestandtheil des deutschen Zukunftsreiches. Die Versprechungen, die den Polen in den ersten Tagen der Aufregung gegeben worden, wurden schmählich gebrochen: polnische Aufgebote, die mit der Zustimmung der Regierung aufgebracht worden, wurden von preussischer Artillerie zerstreut und niedergemacht, und bereits im Monat April 1848, binnen sechs Wochen nach der Berliner Revolution war die polnische Bewegung erstickt und der alte nationale Gegensatz zwischen Deutschen und Polen wieder erweckt. Dieser ungeheuere und unschätzbare Dienst für den russischen Autokraten wurde von den beiden liberalen Kaufleuten und Ministern Camphausen und Hansemann vollzogen. Man muss noch bemerken, dass diese polnische Kampagne das erste Mittel war, dieselbe preussische Armee wieder zu organisieren und mit Selbstvertrauen zu erfüllen, die dann die liberale Partei von der Macht verjagte und jene Bewegung niederwarf, die zu Stande zu bringen die Herren Camphausen und Hansemann sich so sehr bemüht hatten. „Womit sie gesündigt, damit werden sie gestraft". Das war das Schicksal aller der Emporkömmlinge von 1848 und 1849, von Ledru-Rollin zu Changarnier, und von Camphausen herunter zu Haynau" [1]).

Mit der polnischen Frage beschäftigt sich MARX im Jahr 1853 in Artikeln, die PALMERSTONS Politik behandeln und beinahe gleichzeitig in der „New York Tribune" sowie im Chartistenblatt „Peoples Paper" erschienen sind [2]). Es ist aber nur eine schonungslose und sarkastische Schil-

1) K. MARX, Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland. Deutsch von K. KAUTSKY. Stuttgart 1896. S. 59/61. Englische Ausg. von MARXens Tochter, ELEANOR MARX-AXLING u. d. T. „Revolution and Counter-Revolution or Germany in 1848. London 1896. Aus dem Briefwechsel zwischen MARX und ENGELS ist ersichtlich, daß die meisten dieser Artikel vor ENGELS geschrieben sind.

2) Palmerston and Russia in „New York Tribune" vom 4. IX. 1853, auch in „Peoples Paper" vom 5. und in „Free Press" vom 17. XI. 1853 und

derung aller Widersprüche und Heucheleien, die PALMERSTONS Stellungnahme zu Polen auszeichnen.

Daß für MARX und ENGELS auch noch später die polnische Frage den Gegenstand eingehender Studien bildete mit dem Zweck, immer aufkommende Zweifel an der Richtigkeit ihrer Ansichten zu beseitigen, beweisen noch einige Briefe aus dem Jahre 1856. So schreibt MARX an ENGELS unter dem 16. X. 1856:

„Einliegend Auszug aus einem Buche Mieroslawskis. Du weisst, dass er nicht ohne Esprit; aber auch viel esprit de mauvais aloi in der Schrift, namentlich viel von dem Style amphigourique, den sich die Franzosen angequält, seit dem sie „tief“ geworden und keine oberflächlichen Voltairianer mehr sind. Auch viel von der begeisterten Salbe, womit „verkannte“ Nationalitäten ihr passé verhimmeln. Hass gegen Russland, noch mehr gegen Deutschland, gegen den Panslawismus; dagegen freie Konföderation von slavischen Nationen mit Polen als peuple Archimède. Soziale Revolution in Polen als Grundbedingung der politischen entschieden hervorgehoben; aber durch eine geschichtliche Deduktion, die gerade das Gegenteil beweist, nachzuweisen gesucht, dass die Herstellung der alten agrarischen Gemeine (Gmina — die russische Gemeinde latinisiert) das Wahre ist“ [1]).

Obwohl MARX gegen die Tendenz der polnischen Emigration, darunter auch MIEROSLAWSKIS eine *„révolution diplomatique unter den auspices of Louis Bonaparte und Palmerston“* machen zu wollen, auftritt, bleibt er bei seiner alten Ansicht. *„Was mich übrigens bei meinen neueren Studien der polnischen Geschichte ganz direkt für Polen entschieden hat, — schreibt er an Engels am 2. Dezember 1856 — ist das historische Fact, dass alle Revolutionen seit 1789 ihre Intensivität und Lebensfähigkeit ziemlich sicher an ihrem Verhalten zu Polen messen. Polen ist ihr „auswärtiger“ Thermometer. Dies en détail nachweisbar in der französischen Geschichte. In unserer kurzen deutschen Revolutionsepoche, ebenso in der ungarischen ist es augenfällig* [2]).

In seinem Pamphlet „Herr Vogt“ unterwirft MARX die russophilen Ansichten KARL VOGTS einer vernichtenden Kritik. *„Statt der Emanzipation der polnischen Nationalität von Russen, Österreichern und Preussen, verlangt Vogt das Aufgehen und Untergehen des ganzen ehemaligen polnischen*

---

das zweite Mal in der Londoner Ausgabe am 12. Januar 1856. — Separat in TUCKERS „Political Fly-Sheets“ u. d. T. „Palmerston and Poland“; 1899 wieder abgedruckt in d. Sammlung „The Story of the Life of Lord Palmerston by Karl Marx. Edit. by his daughter Eleanor Marx Aveling London 1899 (S. 22—35 — beidemal in sehr mangelhafter Ausgabe).

1) Briefwechsel II, 129. Es ist die Schrift: L. MIEROSLAWSKI, La nationalité polonaise dans l'équilibre européen. Paris, 1856. Der sehr ausführliche Auszug fand sich unter MARXens Papieren. Ebenso andere Exzerpte aus Büchern über polnische Geschichte.

2) Briefwechsel II, 134.

Reichs in Russland. Finis Poloniae“. Besonders scharf betont MARX die Gefahr, die in diesem Falle Deutschland droht. „*Als Russland durch die Verträge von 1815 den bei weitem grössten Teil des eigentlichen Polens annexierte, erhielt es eine nach Westen hin so vorgeschobene Stellung, drängte es sich so keilartig nicht nur zwischen Österreich und Preussen, sondern zwischen Ostpreussen und Schlesien, dass schon damals preussische Offiziere (Gneisenau a. B.) auf die Unerträglichkeit solcher Grenzverhältnisse gegen einen übermächtigen Nachbar aufmerksam machten. Als aber die Niederwerfung Polens 1831 dies Gebiet den Russen auf Gnade und Ungnade unterwarf, entwickelte sich auch erst der wahre Sinn des Teils. Den Befestigungen im grössten Styl angelegt, bei Warschau, Modlin, Iwangorod, diente die Niederhaltung Polens nur als Vorwand. Ihr wirklicher Zweck war vollständige strategische Beherrschung des Weichselgebiets, Herstellung einer Basis für den Angriff nach Norden, Süden und Westen. Selbst Haxthausen, der für den rechtgläubigen Czar und alles Russische schwärmt, sieht hier eine ganz entschiedene Gefahr und Drohung für Deutschland. Die befestigte Stellung der Russen an der Weichsel bedroht Deutschland mehr als alle französischen Festungen zusammengenommen, namentlich von dem Augenblick, wo Polens nationaler Widerstand aufhören und Russland über Polens kriegerische Kraft als seine eigene Aggressivkraft verfügen würde* [1]).

Dieser sozusagen strategische Beweis der Notwendigkeit, ein unabhängiges Polen wiederherzustellen, fehlte in der Argumentation der „Neuen Rheinischen Zeitung“. MARX glaubte damals, daß „*die Leibeigenenemanzipation im Sinne der russischen Regierung die Aggressivkraft Russlands ums Hundertfache steigern*“ würde — eine Ansicht, die er später änderte.

IV.

Der polnische Aufstand von 1863 erweckte bei MARX und ENGELS neue revolutionäre Hoffnungen. Die Erinnerung an die Krakauer Erhebung, die ihnen als Vorbote der 1848er Revolution erschien, spielte dabei keine geringe Rolle.

„*Was sagst Du zu der Polengeschichte? — schreibt Marx an Engels am 13. II. 1863. — So viel ist sicher, die Era of revolution ist nun wieder fairly opened in Europa. Und der allgemeine Stand der Dinge gut. Aber die gemütlichen Delusions und der fast kindliche Enthusiasmus, mit dem wir vor Februar 1848 die Revolutionsära begrüssten, sind zum Teufel. Alte Kameraden wie Weerth usw. sind hin, andere sind abgefallen oder verkommen und neuer Zuwachs wenigstens noch nicht sichtbar. Zudem wissen wir jetzt, welche Rolle die Dummheit in Revolutionen spielt, und wie sie von Lumpen exploitirt werden. Übrigens kommen die ‚preussischen‘ Nationalitätsschwärmer für ‚Italien‘ und ‚Ungarn‘ jetzt schon ins Gedränge. Die Preussen werden ihr Russentum nicht verleugnen. Hoffentlich wälzt sich*

---

1) Vgl. MARX, Herr Vogt. London 1860. S. 78—79.

die Lava diesmal von Ost nach West und nicht umgekehrt, so dass uns die ‚Ehre' der französischen Initiative erspart wird" [1]).

Und im nächsten Brief schlägt Marx Engels vor, im Namen des Londoner Arbeitervereins ein Manifest zu erlassen. *„Du musst den militärischen Teil schreiben — id est Deutschlands militärisch-politisches Interesse an der Wiederherstellung Polens. Ich schreibe das Diplomatische"* [2]).

Engels, der glaubte, daß, wenn die *„ganz famose Burschen (die Polen) sich noch halten bis zum 15. März, so wirds in ganz Russland losgehen und dass die Chancen des Sieges denen der Niederlage fast schon überlegen sind"* [3]), willigt sofort in Marxens Plan und schlägt folgende Einteilung der Broschüre vor: *„1. Militärische Position Russlands gegenüber dem Westen und Süden vor; 2. ditto nach den Dreiteilungen Polens; 3. ditto nach 1814; 4. Stellung Russlands und Deutschlands nach der Wiederherstellung Polens. (Hier muss auch etwas über Preussisch-Polen, Sprachgrenzen und statistische Verhältnisse der gemischten Bevölkerung gesagt werden.) Das Ganze höchstens drei bis vier Bogen; Titel: Deutschland und Polen. Politisch-militärische Betrachtungen bei Gelegenheit des polnischen Aufstandes von 1863* [4]).

Die Ereignisse entwickelten sich aber viel schneller, als die Freunde erwarteten. Auch die Ernennung Langiewicz' zum Diktator betrachtete Marx als „ecklich". Er konnte in ihr den Sieg des aristokratischen Teils der polnischen Emigration vermuten. Verdächtig waren ihm auch die Beziehungen der ausländischen Vertreter der polnischen Nationalregierung mit der englischen und französischen Regierung. Endlich ward ihm klar, daß der Widerstand Preußens sehr stark sei. So schrieb er Engels am 24. III. 1863: *„Die politische Pointe, zu der ich gelangt bin, ist die: dass V i n c k e und B i s m a r c k in der Tat das preussische Staatsprinzip r i c h t i g vertreten; dass der ‚Staat' Preussen (eine von Deutschland sehr verschiedene Kreatur) nicht o h n e das bisherige Russland und nicht m i t einem selbständigen Polen existieren kann. Die ganze preussische Geschichte führt zu dieser Konklusion, welche die Herren Hohenzollern (Friedrich II. eingeschlossen) längst gezogen haben. Dieses landesväterliche Bewusstsein ist weit überlegen dem beschränkten Untertanenverstand der preussischen Liberalen. Da also die Existenz Polens für Deutschland nötig und neben Staat Preussen unmöglich ist, so muss dieser Staat Preussen wegrasiert werden. Oder die polnische Frage ist nur ein Anlass zu beweisen, dass es unmöglich ist, deutsche Interessen durchzusetzen, solang der hohenzollernsche Leibstaat existiert"* [5]).

Aus der geplanten Broschüre ist nichts geworden. Im August 1863 machte Marx die Bekanntschaft des Obersten Lapinski, der mit Bakunin eine Expedition unternahm, um den aufständischen Polen zu helfen, die aber mit einem vollständigen Fiasko endete. Sein Zweck in London war — wie

---

1) Briefwechsel III, 116. 2) Ebenda, 117. 3) Brief vom 17. II. 1863, ebenda, 118. 4) Ebenda, 120. 5) Ebenda, 122.

MARX ENGELS am 12. IX. 1863 mitteilt — eine *„deutsche Legion, wenn auch nur von 200 Mann, auf die Beine zu bringen, um mit der schwarz-rot-goldenen Fahne den Russen in Polen gegenüberzutreten, teils um die Pariser zu ‚exasperieren‘, teils um zu sehen, ob es irgendwie noch möglich, die Deutschen in Deutschland wieder zur Besinnung zu bringen. Was fehlt, ist Geld. Es werden hier Versuche gemacht, sämtliche deutsche Vereine usw. für diesen Zweck zu exploitieren“* [1]).

Unter anderem forderte auch der Londoner deutsche Arbeiter-Bildungsverein in einer Proklamation die deutschen Arbeiter zu einer Geldsammlung für Polen auf. Ihre prinzipielle Begründung und die Darlegung der Bedeutung der polnischen Frage für Deutschland lassen deutlich MARXens Verfasserschaft erkennen [2]).

Von den früheren Erklärungen unterscheidet sich die Proklamation nur insofern, als sie im Anschluß an die Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus anläßlich der Konvention Preußens mit Rußland vom 18. II. 1863 eine Schilderung der Haltung der bürgerlichen Parteien in der Polenfrage gibt. *„Lauten Protest gegen den deutschen Verrat an Polen, der zugleich ein Verrat an Deutschland und Europa ist, schuldet die deutsche Arbeiterklasse in diesem verhängnisvollen Augenblick den Polen, dem Auslande und ihrer eigenen Ehre. Wiederherstellung Polens muss sie in Flammenzügen auf ihre Fahne schreiben, nachdem der bürgerliche Liberalismus diese glorreiche Parole von seiner Fahne weggestrichen hat“.* Und die Proklamation empfiehlt den deutschen Arbeitern als Vorbild die Haltung der englischen Arbeiterklasse, die durch Massenmeetings den wiederholten Versuch der herrschenden Klassen zur Intervention für die amerikanischen Sklavenhalter niederschlug [3]).

V.

Hält man sich an Ereignisse, die den einen oder anderen Anlass zur Gründung der I(nternationalen) A(rbeiter)-A(ssoziation) i. J. 1864 gaben, so spielt darunter der polnische Aufstand von 1863 eine gewisse Rolle. So trafen sich die englischen und die französischen Arbeiter auf dem Londoner Meeting in St. James' Hall vom 22. VII. 1863, um die Regierungen beider Länder zu einer energischen Intervention zugunsten Polens zu veranlassen. Als aber

1) Ebenda, 145—6.

2) Vgl. Beilage Nr. 3. Die Proklamation ist auf einem bläulichen Papier gedruckt, ohne Datum und Druckort. Das Original, aus LESSNERS Nachlass, befindet sich jetzt in der Sammlung von Hof- und Gerichtsadvokat Dr. TH. MAUTHNER in Wien.

3) Ein Vergleich mit der Resolution, die LASSALLE in der Polenfrage im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein durchsetzte, fällt aus dem Rahmen dieser Studie. Freilich fehlt der MAXRschen Proklamation die Mäßigung, die HERMANN ONCKEN in der LASSALLEschen Resolution hervorhebt. (Vgl. ONCKEN, Lassalle, II. Aufl. Stuttgart 1912, S. 403—4.

die Versammlung vom 28. IX. 1864 in St. Martins Hall, aus der die I. A.A. hervorgegangen ist, abgehalten wurde, war der polnische Aufstand bereits gänzlich unterdrückt und die von MARX verfasste und im November 1864 vom provisorischen Zentralrat veröffentlichte Inauguraladresse beschränkte sich deshalb auf einen Protest gegen „*den schamlosen Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas dem Meuchelmord des heroischen Polens durch Russland zusahen*". Eine positive Forderung stellte die Adresse, die übrigens kein Programm war, in der Polenfrage nicht auf.

Selbstverständlich tat MARX alles, was in seinen Kräften lag, um die I. A. A. zu bestimmen, die Wiederherstellung Polens in ihr Programm aufzunehmen. In den zwei Jahren, die dem ersten Kongress der I. A. A. vorausgingen, benutzte er jeden Anlass, um diese Forderung zu begründen und zu verteidigen. In der Sitzung des provisorischen Zentralrats vom 25. XI. 1864 wurde denn auch folgende Resolution betreffend Polens angenommen: „*1. That the Polish war of Independence was made in the general interest of the people of Europe that in its defeat the cause of civilisation and human progress suffered a severe shock. 2. That Poland has an unimpeachable claim upon the leading nations of Europe to contribute by every necessary means towards the restoration of her National Sovereignty*" [1]).

Es wurde dabei, auf Vorschlag des Antragstellers, PETER FOX, auch beschlossen, eine Adresse an das polnische Volk im Namen der britischen Mitglieder des provisorischen Zentralrats zu veröffentlichen. In seinem Briefe an ENGELS vom 10. XII. 1864 schreibt darüber MARX folgendes: „*Letzten Dienstag war Subkomiteesitzung, wo Herr Peter Fox (sein wirklicher Name ist Peter Fox André) uns seine Polenadresse vorlegte). (Diese Art Sachen werden immer vorher im Subkomitee verhandelt, bevor sie an das Generalkomitee kommen.) Die Sache ist nicht übel geschrieben, und Fox hat sich bemüht, die ihm sonst fremde Reduktion auf „Klassen" wenigstens tinkturmässig anzuwenden. Sein eigentliches Fach ist Foreign Policy, und nur als atheistischer Propagandamacher hat er mit der Working Classes as such zu tun gehabt* [2]) . . . *Fox, wie sein Freund Beesly (Professor der politischen Ökonomie an der Universität zu London, er präsidierte bei dem Stiftungsmeeting in St. Martins Hall) und andere „Democrats" haben, im Gegensatz zu dem, was sie nicht mit Unrecht die englische aristokratische Tradition, und als Fortsetzung von dem, was sie die englische demokratische Tradition von 1791—92 nennen, fanatische „Liebe" für Frankreich, die sie, was Foreign Policy betrifft, nicht nur auf Napoleon I., sondern selbst auf Boustrapa erstrecken. Well! Herr Fox, nicht zufrieden, in seiner Adresse*

1) Aus d. Schriftlichen Protokollen des Zentralrats, die ich demnächst veröffentlichen werde.

2) FOX war einer der tätigsten Mitglieder des Generalrats, nach dem Genfer Kongress Generalsekretär. Er starb in Wien im Mai 1869, wo er als Korrespondent englischer Zeitungen weilte.

(die übrigens nicht als eine Adresse der Gesamtassoziation, sondern als Adresse des englischen Teils über die Polenfrage unter Sanktion des Gesamtkomitees erscheinen soll) den Polen zu sagen, was wahr ist, dass das französische Volk mit Bezug auf sie bessere Traditionen hat als die Engländer, winds up his address damit, dass er die Polen hauptsächlich vertröstet auf die in den English Working Classes für die französischen Demokraten eingetretene Passion der Freundschaft. Diesem widersetzte ich mich und entrollte ein historisch unwiderlegbares Tableau des beständigen Verrats der Franzosen an Polen von Louis XV. bis Bonaparte III. . . . Kurz und gut, Fox' Adresse ward vom Subkomitee angenommen unter der Bedingung, dass er den tail meinen Vorschlägen gemäss ändere. Jung, der Swiss Secretary (aus der französischen Schweiz) erklärte, dass er als minority im Generalrat die Verwerfung der Adresse als altogether „bourgeois" beantragen werde" [1]).

Nach einer langen Diskussion in den Sitzungen des provisorischen Zentralrats vom 13. XII. 1864 und 3. I. 1865 wurde beschlossen: *„that the views, expressed in the address, concerning the French foreign policy towards Poland not being borne out by historical facts, that it be amended so as to accord with the truths of history"*. Das weitere Schicksal dieser Adresse ist mir unbekannt.

In der Sitzung vom 18. I. 1865 empfing der provisorische Zentralrat eine Deputation der englischen Liga für Polen und der Vertreter der Polnischen Nationalregierung, die der I. A. A. ein gemeinsames Meeting vorschlugen, und es wurde einstimmig beschlossen: *„that should the Polish committee call the meeting, this association pledged itself to assist by all means in its power the commemoration of the glorious, though unsuccessful, Revolution of 1863"*.

Aber die Veranstaltung dieses Meetings stiess auf Schwierigkeiten. Marx weist auf sie im Briefe an Engels vom 25. II. 1865 hin: *„Übrigens hatten sich auch schon andere Parlamentler, wie Taylor usw. (Kerls, die mit Mazzini zusammenhängen) beigehen lassen uns mitzuteilen, dass jetzt die Zeit für ein Polenmeeting nicht opportun sei. Ich antwortete durch unseren Council, dass die Working Class its own Foreign Policy habe, die sich durchaus nicht danach kehre, was die Middle Class für opportun halte. Sie hielten es immer für opportun to goad the Poles at the beginning of a new outbreak, to betray them during its progress by their diplomacy, and to desert them when Russia had thrown them down. In der Tat, das Meeting bezweckt vor allem Geldunterstützung. Sollen die armen emigrés (diesmal meist Arbeiter und Bauern und daher keineswegs unterstützt von Prinz Zamoyski und ko.) verhungern, weil es der English middle class gerade jetzt inopportun scheint, to mention even the name of Poland?"* [2]).

Trotzdem verlief die Versammlung am 1. III. 1865 sehr gut. Über sie berichtet der in der Beilage Nr. 4 mitgeteilte — bis jetzt noch unveröffent-

1) Vgl. Briefwechsel III, S. 204/05. 2) Vgl. Briefwechsel III, 236.

lichte — Brief von MARX an JUNG, der zugleich ein grelles Licht auf MARX' Haltung im Zentralrat wirft [1]).

Das Interesse für die Polenfrage ließ aber nicht nur in den bürgerlichen Kreisen nach: es wurde auch unter einem Teil der englischen Arbeiterklasse und insbesondere unter den französischen und belgischen Arbeitern schwächer. In Frankreich und Belgien erklärt sich diese Erscheinung durch den wachsenden Einfluß des Proudhonismus.

Hatte PROUDHON schon 1861 sich gegen die Wiederherstellung Polens ausgesprochen [2]), so rät er im Dezember 1863 in der Schrift: „Si les Traités de 1815 ont cessé d'exister. Actes du futur congrès", sich vielmehr mit der russischen Herrschaft abzufinden, und spricht sich energisch gegen die Unterstützung der polnischen Sache durch die europäische Demokratie aus [3]). Zieht man in Betracht, daß PROUDHON sich so zu einer Zeit äußerte, da MURAWIEFF und BERG in Polen und Litauen ihre furchtbare Henkerarbeit verrichteten, so wird MARXens Urteil: daß PROUDHON in seiner letzten Schrift gegen Polen *„dem Zaren zur Ehre cretinartigen Zynismus treibt"* [4]), psychologisch begreiflich.

Nicht so heftig wie PROUDHON verteidigte 1864 dieselbe These sein Jünger, HECTOR DENIS, in einer Artikelserie, die im fortgeschrittensten Organ der belgischen Arbeiterbewegung erschien [5]). Daß aber seine Artikel auf die belgischen Arbeiter nicht ohne Einfluß blieben, konnte MARX auf der ersten Konferenz der I. A. A. in London, im September 1865 wahrnehmen.

---

1) S. unten S. 211. Der Brief ist nach dem Original in JUNGS (jetzt im Parteiarchiv der Deutschen Sozialdemokratie befindlichen) Papieren abgedruckt. Unter dem Namen von JUNG ist es mit einigen Änderungen im „Weissen Adler" vom April 1865 erschienen.

2) „Mais quant à ressusciter un état condamné par les propres rois, exécuté en vertu du droit de la force et selon les formes de la guerre, j'aimerais autant qu'on me parlât de rêtablir la Saxe de Witikind, le royaume d'Austrasie ou celui de Visigoths". (PROUDHON, La guerre et la paix. Bruxelles 1861. II. Bd. S. 448 f.).

3) Die Broschüre ist auch als Anhang in der neuen Ausgabe von „Du principe fédératif usw." veröffentlicht. Val. daselbst S. 286/314 das Kapitel „Question polonaise": *„Je dis que plus la Russie fera des progrès dans la civilisation et dans les voies constitutionnelles, plus elle perdra son humeur envahissante; que plus ses paysans, émancipés d'hier, s'instruiront et s'enrichiront, se formeront aux arts et aux moeurs sédentaires, moins nous aurons á la craindre, que là est le vrai gage de notre sécurité, le véritable contrefort de l'Europe"*.

4) Vgl. MARX, Über P. S. Proudhon („D. Sozialdemokrat", Berlin vom 5. II. 1865, Nr. 18).

5) La Tribune du peuple. Journal hebdomadaire. Die Artikel: Pologne, la question polonaise et la Démocratie, 5 et 26 III., 17 IV., 29 V., 30 VI.; Note sur la nationalité, 31 VI. 1864.

Der Zentralrat legte dieser Konferenz ein Programm, das auf dem Kongress erörtert werden sollte, vor. Darunter auch den von MARX formulierten Punkt: „The Muscovite invasion of Europe and the reestablishment of an independent and integral Poland“. Der leidenschaftlichste Gegner dieses Antrags nun war CÉSAR DE PAEPE, der belgische Delegierte. Die Franzosen verhielten sich neutral oder waren dagegen. Auch unter den Engländern fand der Vorschlag Gegner. Doch wurde er schließlich angenommen. Es war aber klar, daß auf dem künftigen Kongreß eine starke Opposition zu erwarten sei. Und gleich nach der Konferenz eröffnete VÉSINIER einen Feldzug speziell im Hinblick auf die Polenfrage gegen den Zentralrat. MARX schrieb daher unter dem 3. I. an ENGELS: *„Der eigentliche Nerv der Polemik ist die Polenfrage. Die Kerls haben alle an den Proudhon-Herzenschen Moskowitismus angebunden. Ich werde Dir dabei die früheren Artikel der Orakel in der Tribune du Peuple gegen Polen schicken und Du wirst eine Gegenarbeit machen, sei es für unsere Genfer Blätter (das ‚Deutsche‘) oder für den Workmans Advocate. Die Herren Russen haben in dem proudhonisierten Teil der „Jeune France“ die allerneuesten Bundesgenossen gefunden“* [1]).

Infolge verschiedener Umstände erschien ENGELS' — übrigens unvollendet gebliebene — Artikelserie nicht in dem „Workmans Advocate“, sondern in dessen Fortsetzung „The Commonwealth [2]) [3]). Im ersten Artikel setzt ENGELS auseinander, daß die auswärtige Politik der arbeitenden Klassen bei dem Beginn einer selbständigen Arbeiterbewegung sich in den wenigen Worten resumieren lasse: Wiedererstellung Polens. Dann wendet er sich gegen PROUDHON und dessen Schüler und beweist ausführlich, warum Russland, trotz Preußens und Österreichs Mitschuld, an der Teilung Polens doch der Hauptschuldige sei. ENGELS schließt mit der Formulierung der Bedingungen, unter denen man Rußland, als Nation, von dem Zarismus werde trennen dürfen. Werde die russische Arbeiterklasse ein politisches Programm annehmen und werde dieses die Befreiung Polens enthalten, so bleibe allein die Regierung des Zaren „under indictment“. Im zweiten Artikel polemisiert ENGELS gegen die Behauptung, daß die Forderung einer Wiederaufrichtung Polens auf die Anerkennung des bonapartistischen „Principe des nationalités“ zurückgehe. Historisch beweist er, daß dieses Prinzip umgekehrt eine russische Erfindung sei, und begründet den Unterschied zwischen dem Nationalitätenprinzip und „dem alten demokratischen und Arbeiterstandpunkt, daß alle großen europäischen Nationen ein Recht auf eine unabhängige und separate Existenz haben“. — Im dritten Artikel

1) Vgl. Briefwechsel, III, 288.

2) Seit dem 10. II. 1866. Dem Verwaltungsausschuß gehörten viele Mitglieder der I. A. A. an, darunter auch MARX.

3) S. Beilage Nr. 5. Die polnische Übersetzung dieser Artikel erschien in dem Sammelwerk: „Marx, Engels, Liebknecht. Odbudowani Polski“. Warszawe, 1910. S. 99/118.

behandelt er das Nationalitätenprinzip in seiner Anwendung auf Polen. Er bestreitet nicht, daß es die Aristokratie war — ein Lieblingsargument der Proudhonisten —, die Polen zugrunde gerichtet[1]), zugleich aber betont er auch die Rücksichtlosigkeit, mit der Rußland diese Schwäche ausgenützt hat.

In der — von MARX verfaßten — Denkschrift, die vom Zentralrat dem Genfer Kongreß vom September 1866 vorgelegt wurde, versucht MARX seinerseits, die Bedeutung der Polenfrage auseinanderzusetzen und die Haupteinwendungen der Gegner zu beantworten.

„*a) Warum — heisst es da — nahmen die Arbeiter Europas diese Frage auf? Erstens weil die Bürgerklasse, Schreiber und Agitatoren, konspiriren, sie zu unterdrücken, obgleich sie alle Arten von Nationalitäten auf dem Continent in Schutz nehmen, selbst Irland. Woher dieser Widerwille? Weil beide, Aristocratie und Bourgeoisie, die finstere asiatische Macht im Hintergrunde als eine letzte Zuflucht gegen das Vorschreiten der Arbeiterklasse betrachten. Diese Macht kann nur wirklich unschädlich gemacht werden durch die Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage.*

b) In dem gegenwärtigen veränderten Zustande von Mittel-Europa und speciell Deutschland ist es mehr als je nöthig, ein demokratisches Polen zu haben; von seiner Existenz wird es abhängen, ob Deutschland ein Vorposten der Heiligen Allianz oder ein Verbündeter des republikanischen Frankreich ist. Die Arbeiterbewegung wird beständig unterbrochen, aufgehalten und verzögert, bis diese grosse europäische Frage abgethan ist.

c) Es ist speziell die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, die Initiative zu ergreifen, weil Deutschland ein Mitschuldiger an der Theilung Polens ist“[2]).

Wir übergehen die Debatte auf dem Genfer Kongreß. Trotz aller Anstrengungen des alten BECKER und der Delegierten des Zentralrats gelang es nicht, die Majorität zu überzeugen. Eine Resolution kam nicht zustande und man sprach nur die Erwartung aus: „*dass durch die Ausbreitung der I. A. A. die Herstellung eines sozialdemokratischen Polens sich von selbst vollziehen werde*“.

---

1) Eigentlich wiederholt ENGELS hier denselben Gedanken, den er bereits in einem Brief an MARX vom 21. IV. 1863 entwickelt hatte: „*Ich muss sagen, für die Polacken von 1772 sich zu begeistern, dazu gehört ein Büffel. Im grössten Teil von Europa fiel doch damals der Adel mit Anstand, teilweise mit Esprit, so sehr auch seine allgemeine Maxime war, dass der Materialismus in dem bestehe, dass man esse, trinke, beschlafe, im Spiel gewinne oder für Schuftereien bezahlt erhalte; aber so dumm in der Methode sich an die Russen zu verkaufen, wie die Polacken, war doch sonst kein Adel*“. (Vgl. Briefwechsel III, 129).

2) S. Beilage Nr. 6. Das englische Original ist dem offiziellen englischen Protokoll des Genfer Kongresses, die vorstehende Übersetzung dem Protok. im „Vorbote, Zentralorgan d. Sektionsgruppe deutscher Sprache d. I. A. A.“ (1866, S. 165) entnommen.

Einige Monate nach dem Genfer Kongreß (am 22. Januar 1867) veranstaltete der Generalrat der I. A. A., zusammen mit der polnischen Arbeitergesellschaft eine öffentliche Versammlung, um den Jahrestag des Aufstandes von 1863 zu feiern. Den Vorsitz führte JUNG. Wie bei solchen Meetings üblich, wurden die vorzuschlagenden Resolutionen von verschiedenen Rednern beantragt und begründet, so daß jede Resolution einen anderen Punkt hervorhob, der in der Rede des Antragstellers entwickelt wurde. Die erste Resolution über die die Bedeutung und das Programm des Aufstandes wurde von den Polen ZABICKI und BOBCZYNSKI begründet und lautete:

„Die Polen, welche hier versammelt sind, den Jahrestag ihrer Empörung zu feiern, erklären, dass sie dem Manifeste der polnischen National-Regierung vom 22. Januar 1863 getreulich anhängen. Jenes Manifest schaffte alle Vorrechte ab, machte die Bauern zu freien Landeigentümern, proklamierte alle Einwohner, ohne Unterschied, frei und gleich vor dem Gesetz. Sie sind fest überzeugt, dass dieses das einzige zu Gebote stehende Mittel ist, den ruchlosen Versuchen des moskowitischen Czaren, die polnische Gesellschaft in Fragmente der verschiedenen Klassen, Religionen und Rassen zu zerlegen, Widerstand zu leisten; dass es das einzige gerechte Prinzip ist zur Begründung der Volkseinheit und zur Organisierung einer Nationalmacht, die im Stande ist, Polens Freiheit und Unabhängikeit zu erobern, und ferner appellieren sie an diese Versammlung, zu erklären, dass die Polen in der Verfolgung dieser ihrer Zwecke berechtigt sind, auf den guten Willen und die Mitwirkung von allen freien und zivilisierten Völkern, besonders aber der Arbeiterklassen der Welt, Anspruch zu machen.“

Die zweite — von MARX unterbreitete und von ECCARIUS unterstützte — Resolution wies auf die Bedeutung der polnischen Frage für Europa hin und besagte: daß „*Ohne Polens Unabhängigkeit keine Freiheit in Europa etabliert werden kann*“.

Die dritte Resolution, des Franzosen BESSON und die vierte, des Engländers FOX, übergehen wir. Der Versammlungsbericht in „Der Vorbote“ [1]) gibt die Reden nicht einzeln wieder, sondern resumiert sie alle folgendermaßen:

„Die Reden waren alle kurz und bündig. Es wurde hauptsächlich hervorgehoben, dass Polen Jahrhunderte lang eine Scheidewand zwischen der westlichen Zivilisation und dem östlichen Barbarismus gebildet habe, dass Europa seine moderne Kultur nur erreicht habe, weil die Polen im Osten Wache gestanden, und dem Barbarismus das Vordringen unmöglich gemacht; dass die Teilung Polens diese Scheidewand niedergerissen, den russischen Barbarismus als Verbündeten der herrschenden Klassen gegen die beherrschten im Herzen von Europa etabliert habe, und dass die Arbeiterfrage des Westens nicht gelöst werden könne, ohne den Damm, welcher die Wiege der bürgerlichen Gesellschaft hütete, welchen ein unabhängiges Polen einer Russenflut

1) Der Vorbote, Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der I. A. A., red. von J. P. BECKER. 1867. S. 29—30.

entgegensetzen würde, wieder aufzurichten, und dass Niemand als die Arbeiterklasse im Stande sei, und dass es eine heilige Pflicht der Arbeiter sei, für die Wiederherstellung Polens zu wirken.“

Die Rede MARXens aber zur Begründung seiner Resolution ist in der Marx-Nummer der französischen Zeitschrift „Le Socialisme“ vom 15. März 1908 — nach dem der Redaktion von Frau LAFARGUE zu Verfügung gestellten englisch geschriebenen Original[1]) — veröffentlicht worden. Sowohl beide LAFARGUEs, wie die Redaktion des „Socialisme“ vermeinten: MARX habe diese Rede 1862 gehalten, weil er in ihr den polnischen Aufstand von 1863 nicht erwähnt, wohl aber von der Bauernbefreiung von 1861 spricht. Sie übersahen dabei sowohl die oben festgestellte Teilung der Arbeit unter verschiedene Redner, als auch den Umstand, daß in der Rede noch andere Tatsachen zitiert werden, die erst nach 1862 geschehen sind. So beginnt die Rede mit dem Hinweis auf „die letzten Ukase, die Polens Vernichtung proklamieren“, das sind die drei am 31. Dezember 1866 veröffentlichte Ukase, durch welche Polen in Rußland administrativ vollständig einverleibt wurde. Daher auch die vierte Resolution, die auf demselben Meeting von P. FOX vorgeschlagen und von DUPONT unterstützt, angenommen worden ist[2]). — Unsere Annahme wird noch durch die sarkastische Bemerkung von MARX bestätigt, in der er den Rat des Börsen-Organs (wahrscheinlich „Economist“): die neuen Ukase ruhig hin zu nehmen, damit erklärt, daß so die kurz zuvor dem russischen Zarentum vom englischen Kapital bewilligte Anleihe von 6 Mill. Pfund besser gesichert werde — eine Anleihe, die wirklich am 4. November 1866 aufgenommen wurde[3])[4]).

1) Dasselbe fehlt in den mir von Frau LAFARGUE übergebenen Papieren ihres Vaters.

2) *„Dass die neuliche Abschaffung des „Kongress Polen“ durch den Czar eine wohlverdiente Beschimpfung jener Grossmächte Europas ist, die durch geheimes Einverständnis oder gegenwärtige Eifersucht jenes Arrangement befürworteten, dass wir, die das Volksinteresse vertreten, dagegen nicht bedauern können, dass die rechtlose und missgeburtliche Übereinkunft von 1815 hinweggefegt ist, sondern dass wir uns vielmehr freuen, dass fortan die Polenfrage notwendigerweise zu diesem einfachen Ausgange reduziert ist, entweder das gänzliche Verschwinden des Namens Polen von der Karte von Europa stillschweigend genehmigen, oder für die Wiederherstellung mit den nationalen Grenzen streiten.“*

3) Die sog. zweite 5% englisch-holländische Anleihe. Vgl. Geschichte des russischen Finanzministeriums 1802—1892 (russ.). Petersburg 1902. II. Bd. S. 446/47.

4) Schon diese Beweise genügen zur richtigen Datierung der Rede MARXens und ich sehe daher vorläufig von weitern ab. Merkwürdigerweise haben auch ihre polnischen Herausgeber den Widerspruch zwischen Inhalt und angenommenem Datum unbeachtet gelassen (Zit. Sammelwerk 147/152). Die Einleitung und die Anmerkungen sind von S. ZAWIERUCHA besorgt. Die

Zur Motivierung seines Resolutionsantrages beginnt MARX mit der Geschichte der Julirevolution. Diese beweise, daß nur der polnische Aufstand Europa vor einem Komplott zwischen KARL X. und NIKOLAUS I. und einem neuen Antijakobiner-Krieg gerettet habe, und nicht minder gute Dienste hätten die Polen 1848/49 auch in dem Konflikt zwischen der Revolution und dem Zarismus geleistet. Habe sich die Lage seither geändert? Sei die russische Gefahr verschwunden? Sei Polen nur eine sentimentale Erinnerung geworden? Nein, bloss die Verblendung der herrschenden Klassen in Europa habe ihren Zweck erreicht. Die russische Politik sei dieselbe geblieben; ihre Mittel, ihre Motive änderten sich, nicht aber ihr Ziel, die Beherrschung der Welt. Schon POZZODI BORGO, der fähigste russische Diplomat der Neuzeit, habe behauptet: daß Polen das beste Werkzeug dieser russischen Politik werden könne, aber auch das größte Hindernis, wenn es nicht in eine Waffe des Zaren verwandelt werde. — Gebe es aber außer dem polnischen Volke einen Faktor, der die Pläne Rußlands paralysieren könne?

MARX weist auf die Erfolge der russischen Politik in Asien hin. Der anglo-französische Scheinkrieg brachte Rußland die Herrschaft über den Kaukasus und das Schwarze Meer. Neue Eisenbahnen konzentrierten seine Kräfte. Neue Befestigungen in Warschau, Modlin, Iwangorod vergrößerten seine Angriffskraft. Die panslawistische Propaganda schwächte Österreich und die Türkei. Was das bedeute, habe schon das Jahr 1848 bewiesen. Und die Verfolgungen der Iren hätten Rußland einen neuen Freund jenseits des Atlantischen Ozeans geschaffen.

Ein kontinentaler Europäer würde einwenden: daß Rußland durch die Bauernbefreiung ein zivilisiertes Land geworden sei; daß die deutsche, kürzlich in den Händen Preußens konzentrierte Macht ihm gegenüber einen Damm bilden könne; daß die soziale Revolution den „internationalen Konflikten“ ein Ende bereiten werde. Ein Engländer aber, der nur die „Times“ lese, würde meinen: im schlimmsten Falle, wenn Rußland Konstantinopel erobere, werde England gleichzeitig Aegypten annektieren und sich so den Weg nach Ostindien sichern. Allein die Bauernbefreiung habe nur alle Hindernisse, die der Adel der Zentralisation in den Weg legte, beseitigt; jeder Versuch, das geistige Niveau der Bauern zu heben, werde bestraft; und was immer man von der Bauernbefreiung für die Zukunft erwarten möge, vorläufig habe sie den Zarismus neu gestärkt.

Was Preußen anbelangt, so bleibt es trotz allem an Rußland gebunden, weil es ohne dessen Hilfe nie zur Großmacht geworden wäre. Schon der verstärkte Antagonismus gegen Frankreich und Österreich mache für Preußen das russische Bündnis unentbehrlich. Außerdem bilde Rußland die Stütze des hohenzollernschen Absolutismus. Und die soziale Revolution? Sie bedeute doch nichts anderes als Klassenkampf. Möglicherweise werde

---

andere Übersetzung ist in der Zeitschrift „Mysl Socjalistyczna“ in Krakow Mai 1908, S. 119/23, erschienen. Der anonyme Übersetzer ist nicht so apodiktisch und sagt nur: die Rede sei „wahrscheinlich“ 1862 gehalten worden.

der Kampf zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten nicht so blutig sein, wie der zwischen dem Feudalismus und der Bourgeoisie in Frankreich und England. Jedenfalls aber werde er den herrschenden Klassen nichts erwünschter machen, als die russische Hilfe. Es sei auch eine Illusion, daß Rußland sich mit Konstantinopel begnügen werde, davon gar nicht zu sprechen, daß es nur gegen Frankreich möglich sei.

So stehe vor Europa nur eine Alternative: entweder das asiatische Barbarentum werde unter moskowitischer Führung wie eine Lawine Europa überschwemmen, oder Europa müsse Polen befreien und sich so durch eine Barrière von 20 Mill. Helden vor Asien schützen, bis die Stunde ihrer sozialen Wiedergeburt kommt.

Es ist die letzte uns bekannte Kundgebung zu Gunsten Polens, die von dem Generalrat in London unter dem Einfluß und unter der Teilnahme von MARX stattfand. Was die alte Internationale, als Ganzes anbelangt, so hatte sie nach dem Genfer Kongreß keine Gelegenheit mehr, sich mit der Polenfrage zu beschäftigen, und im großen Streite zwischen BAKUNIN und MARX spielte diese Frage keine Rolle.

VI.

Der Anteil der polnischen Revolutionäre an der Pariser Kommune belebte von Neuem die alten Sympathien für das unterdrückte Polen in den Reihen der europäischen Arbeiterbewegung, besonders in Frankreich und Deutschland. Anderseits zeigte sich auch in Rußland der Beginn einer Scheidung zwischen „Regierung" und „Gesellschaft", die auf eine revolutionäre Bewegung innerhalb des früher unbeweglichen „Barbarenlandes" hinwies. Zwar hat diese Bewegung, insofern sie unter der Leitung BAKUNINS stand, MARX und ENGELS große Enttäuschungen bereitet. Die Tatsache aber blieb, daß der leidenschaftlichste Hasser des Zarismus, MARX, im Generalrat Sekretär nicht nur für Deutschland, sondern auch für Rußland war; und 1872 erschien in Rußland die erste Übersetzung des „Kapital" auf europäischem Boden. Angesichts dieser Tatsache konnten daher beide Freunde nicht mehr wie — ENGELS noch in seinen englischen Artikeln — die russische Regierung und das russische Volk in einen Topf werfen und dieses wie jene als unter Indictment stehend proklamieren.

Das alles erklärt, warum wir schon 1874 in einer neuen Erklärung von ENGELS zur Polenfrage andere Töne finden. Den Anlaß bot eine polnische Proklamation der Londoner polnischen Emigranten (darunter von WROBLEWSKI, dem berühmten Kommunard und späteren Sekretär für Polen im Generalrat), die gelegentlich des Besuches Zar ALEXANDERS II. in London erschienen war.

Die Gefahr, die Europa von Rußland droht — führt ENGELS aus[1]) — ist stärker als je. *„Nur dadurch, dass 1870 die russische Armee Österreich*

1) Vgl. F. ENGELS, Die Flüchtlings-Literatur. Eine polnische Proklamation. (Volksstaat v. 11. VI. 1874; wieder abgedr. in „Internationales aus dem Volksstaat". Berlin 1899, S. 34/40).

verhinderte, für Frankreich Partei zu ergreifen, konnte Preussen Frankreich besiegen und die preussisch-deutsche Militärmonarchie vollenden. Bei allen diesen Haupt- und Staatsaktionen sehen wir im Hintergrund die russische Armee. Und wenn auch — sofern nicht die innere Entwickelung Russlands bald in revolutionären Fluss geräth[1] *— der Sieg Deutschlands über Frankreich ebenso sicher einen Krieg zwischen Russland und Deutschland erzeugen wird, wie der Sieg Preussens über Österreich bei Sadowa den deutsch-französischen Krieg nach sich zog — so wird doch gegen eine Bewegung im Innern den Preussen stets die russische Armee zu Diensten stehen. Noch heute ist das offizielle Russland der Hort und Schirm der gesamten europäischen Reaktion, seine Armee die Reserve aller übrigen Armeen, die die Niederhaltung der Arbeiterklasse in Europa besorgen.*"

Es folgt die Erklärung, warum gerade die deutsche Arbeiterbewegung an der Abschaffung dieses unerträglichen Zustandes interessiert ist:

„*Nun sind es aber gerade die deutschen Arbeiter, die dem Anprall dieser grossen Reservearmee der Unterdrückung zuerst ausgesetzt sind, und zwar sowohl im sog. deutschen Reich wie in Österreich. So lange hinter der österreichischen und deutschen Beourgeoisie und Regierung die Russen stehen, ist der ganzen deutschen Arbeiterbewegung die Spitze abgebrochen. Wir vor allen haben also das Interesse, uns die russische Reaktion und die russische Armee vom Halse zu schaffen.*"

Und besonders wichtig ist der Schluß der ENGELSschen Erklärung, der ungekürzt lautet: „*Und bei dieser Arbeit haben wir nur einen zuverlässigen, aber auch unter allen Umständen zuverlässigen Bundesgenossen: das polnische Volk. Polen ist noch weit mehr als Frankreich durch seine geschichtliche Entwickelung und seine gegenwärtige Lage vor die Wahl gestellt: entweder revolutionär zu sein oder unterzugehen. Und damit fällt all das alberne Gerede von dem wesentlich aristokratischen Charakter der polnischen Bewegung. Es gibt in der polnischen Emigration Leute genug, die aristokratische Gelüste haben; sowie aber Polen selbst in die Bewegung eintritt, wird diese durch und durch revolutionär, wie wir 1846 und 1863 gesehen haben. Diese Bewegungen waren nicht nur national, sie waren gleichzeitig direkt auf Befreiung der Bauern und Übertragung des Grundeigentums an diese gerichtet. 1870 trat die grosse Masse der polnischen Emigranten in Frankreich in die Dienste der Kommune; war das die Tat von Aristokraten? Bewies das nicht, dass diese Polen vollständig auf der Höhe der modernen Bewegung standen? Seit Bismarck den Kulturkampf in Polen eingeführt hat und unter dem Vorwand, dem Papst dadurch einen Streich zu spielen, auf polnische Schulbücher fahndet, die polnische Sprache unterdrückt und alles aufbietet, um die Polen in die Arme Russlands zu treiben, was geschieht? Die polnische Aristokratie schliesst sich mehr und mehr an Russland an, um unter seiner Herrschaft wenigstens Polen wieder zusammenzubringen; die revolutionären Massen antworten, indem sie der deutschen*

---

1) Von mir gesperrt.

Arbeiterpartei ihre Allianz anbieten und in den Reihen der Internationale kämpfen.

Dass Polen nicht tot zu machen ist, hat es 1863 bewiesen und beweist es noch jeden Tag. Sein Anspruch auf selbständige Existenz in der europäischen Völkerfamilie ist unabweisbar. Seine Wiederherstellung aber ist eine Notwendigkeit, namentlich für zwei Völker: für die Deutschen und für die Russen selbst.

Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung des andern bedarf, wendet sich schliesslich immer gegen es selbst. So lange russische Soldaten in Polen stehen, kann das russische Volk sich weder politisch noch sozial befreien. Bei dem jetzigen Stand der russischen Entwickelung aber ist es unzweifelhaft, dass an dem Tage wo Russland Polen verliert, in Russland selbst die Bewegung mächtig genug wird, die bestehende Ordnung der Dinge zu stürzen. Unabhängigkeit Polens und Revolution in Russland bedingen sich gegenseitig. Und Unabhängigkeit Polens und Revolution in Russland — die bei der grenzenlosen gesellschaftlichen, politischen und finanziellen Zerrüttung und der das ganze offizielle Russland durchdringenden Korruption weit näher ist als die Oberfläche anzeigt — bedeuten für die deutschen Arbeiter: Beschränkung der Bourgeoisie, der Regierungen, kurz der Reaktion in Deutschland auf ihre eigenen Kräfte — Kräfte, mit denen wir dann mit der Zeit schon selbst fertig werden."

Der Unterschied im Vergleich mit den Artikeln von 1866, sowie mit der Begründung in der Marxschen Denkschrift, springt in die Augen. Die polnische Frage ist jetzt auch eine russische geworden und nicht mehr bloß eine deutsche. Der Bann, das Indictment, den Engels und Marx 1866 auf das russische Volk gelegt haben, erscheint nun aufgehoben. Die Argumentation von Engels ist denn auch nicht nur Gemeingut aller russischer Revolutionäre der 70er Jahre geworden, sondern ist auch bis in die jüngste Zeit das Glaubensbekenntnis der russischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung geblieben. Nicht über die Wiederherstellung eines demokratischen und unabhängigen Polens walten noch Differenzen, sondern nur über die historische Möglichkeiten und Bedingungen dieser Wiederherstellung.

Noch weiter gehen Marx und Engels in ihrer letzten gemeinsamen Erklärung über die Polenfrage von Ende 1880 anläßlich der Jubiläumsfeier der Erhebung des 1830er Aufstandes, welche die Redaktion der polnischen sozialistischen Zeitschrift „Równosc" (Gleichheit) am 29. XI. 1880 in Genf veranstaltete. Es war die Zeit, in der die von der „Narodnaja Wolja" geleitete revolutionäre Bewegung in Rußland viel stärker war als in Polen und „durch ihre Aufopferung und ihren Heldenmut das absolute Zarentum soweit brachten, daß es schon die Möglichkeit und die Bedingungen einer Kapitulation in Erwägung ziehen mußte".

Die Erklärung ist von MARX, ENGELS, LAFARGUE, LESSNER als ehemaligen Mitgliedern des Generalrats der alten Internationale gefertigt[1]). Sie ibt einen gedrängten historischen Überblick über die Rolle der Polen in len Befreiungskämpfen und Revolutionen seit dem amerikanischen unabängigen Krieg im 18. Jahrhundert. *„So hat der Schrei ‚Es lebe Polen' nmer bedeutet: Tod der Heiligen Allianz, Tod dem Militärdespotismus 'usslands, Preussens und Österreichs, Tod der mongolischen Herrschaft ber die moderne Gesellschaft“.*

Mit der Julirevolution und der Eroberung der politischen Gewalt in rankreich und England durch die Bourgeoisie beginnt die Arbeiterbewegung ch zu entwickeln. In England muß die herrschende Klasse gegen die hartisten, der ersten Kampforganisation der Arbeiterklasse, ihre Zuflucht ır militärischen Gewalt nehmen. *„Zugleich bricht in dem letzten Rest des nabhängigen Polens, in Krakau, im Jahre 1846 die erste politische Revolution us, die sozialistische Tendenzen proklamiert. Seit jener Zeit verliert Polen lle trügerischen Sympathien des besitzenden Europas. Im Jahre 1847 ıgt in London geheim der erste internationale Kongress des Proletariats, er das „kommunistische Manifest“ mit der neuen revolutionären Losung eröffentlicht: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“. Auf diesem Kongress hatte auch Polen ihre Vertreter, und die Resolution des Kongresses ɪurde von dem berühmten Lelewel und seinen Gesinnungsgenossen auf einem ffentlichen Meeting in Brüssel genehmigt*[2]). *In den Jahren 1848 und 1849 ɪimmeln die revolutionären Armeen — die deutschen, die französischen, 'ie ungarischen, die italienischen — von Polen, die sich als Soldaten und Ieerführer auszeichneten. Obwohl die sozialistische Bewegungen jener Zeit m Juniblut versenkt sind, hat dennoch die 1848er Revolution — man darf s nicht vergessen — durch ihre Flamme ganz Europa umfassend, aus hm für kurze Zeit eine Gemeinde gemacht und in dieser Weise den Grund 'ür die Internationale Arbeiterassoziation vorbereitet. Der polnische Auf'tand von 1863, der den gemeinsamen Protest der englischen und fran:ösischen Arbeiter gegen die internationale Missbräuche ihrer Regierungen ɪervorrief, diente als Ausgangspunkt der Internationale, die unter der Teilɪahme der polnischen Emigranten gegründet wurde. Endlich, unter den ɔolnischen Flüchtlingen fand die Pariser Kommune ihre aufrichtigen Ver'eidiger, und nach der Unterdrückung der Kommune genügte es Pole zu sein, um von den Militärgerichten in Versailles zu Tode verurteilt zu werden.*

---

1) S. Beilage Nr. 7. (Abgedr. in „Sprawozdanie z międzynarodowego zebrania zwolanego w 50-letnią rocznicę listopadowego powstania prze redakcyję „Równości“ w Genewie. Genewa. Nakladem i Staraniem Redakcyi „Równości“. 1881. S. 30—32). Eine andere Übersetzung bringt LIMANOWSKI. Sie ist jetzt in dem obengenannten Sammelwerk erschienen. S. 152—54.

2) Wahrscheinlich ein Gedächtnisirrtum. MARX und ENGELS verwechselten die Versammlung der „Fraternal Democrats“ mit dem Kongreß des „Bundes der Kommunisten“.

So haben die Polen jenseits der Grenzen ihres Vaterlandes eine gros Rolle im Emanzipationskampf des Proletariats gespielt — sie waren v allem seine internationale Krieger.

Heute, da dieser Kampf sich unter dem polnischen Volk selbst entwicke soll er durch Propaganda, durch revolutionäre Presse unterstützt werde soll er mit den Bestrebungen unserer russischen Brüder si vereinigen. Das wird noch ein neuer Anlass, um den alten Schrei zu wiede holen „Es lebe Polen“.

Diese Vereinigung der polnischen und russischen Revolutionäre hat sic gleich danach vollzogen. 1884 hat die polnische revolutionäre Organisati „Proletaryat“ (deren hervorragendste Mitglieder Warynski und Kunitzi waren) mit der „Narodnaja Wolja“ ein formelles Bündnis geschlosse um das Zarenregiment zu stürzen.

Marx ist noch vor der endgültigen Niederlage der „Narodnaj Wolja“ gestorben, Engels lebte noch so lange, um auch die Geburt d russischen sozialdemokratischen Bewegung nicht nur zu verfolgen, sonde auch tätigst zu unterstützen. Für die erste russische Sozialdemokratisch Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ lieferte er seine Arbeit über d „Auswärtige Politik des russischen Zarentums“, die später in „Die Neue Zeit (VIII, 145/154; 193/203) erschien und in der er den russischen Sozialdem kraten ausführlich auseinandersetzte, warum die westeuropäische Arbeite parteien so sehr an dem Siege der russischen revolutionäre Partei interessiert sind. Die Wiederherstellung Polens bleibt, wie frühe ein Programmpunkt der auswärtigen Politik des europäischen Proletariats im inneren Kampfe gegen das Zarentum tritt jetzt das polnische Prole tariat nur als Bundesgenosse des russischen auf, das diesen Kampf in de gefährdetsten Punkten der Zarenmacht, in Petersburg und Moskau, im eigent lichen Rußland, führt.

Im Jahre 1892 schrieb Engels ein Vorwort für die polnische Aus gabe des Kommunistischen Manifestes (Manifest Komunistyczny, Londyn „Przedswit“, 1892). Bemekenswert ist der Hinweis auf die Entwicklung de Industrie in Polen, die in dem von ihr großgezogenen Proletariat eine neu Garantie der künftigen Wiedergeburt schafft. Nachdem der polnische Ade sich als kraftlos erwiesen hat und die polnische Bourgeoisie sich ganz gleich gültig zu dieser Frage verhält, kann die Befreiung Polens nur durch da polnische Proletariat erobert werden.

B. Beilagen.

Nr. 1. Discours de M. Karl Marx.

Messieurs, Il y a dans l'histoire des analogies frappantes. Le jacobi de 1793 est devenu le communiste de nos jours. En 1793, lorsque la Russie l'Autriche, la Prusse se partagèrent la Pologne, les trois puissances exhi baient la constitution de 1791, qui fut condamnée d'un commun accord, à cause de ses prétendus principes jacobins.

Et qu'avait-elle proclamé? La constitution polonaise de 1791! Pas autre chose que la monarchie constitutionnelle: la législation mise entre les mains des représentants du pays, la liberté de la presse, la liberté de conscience, la publicité de débats judiciaires, l'abolition du servage, etc. Et tout cela s'appelait alors du jacobinisme tout pur! Ainsi, vous voyez, Messieurs, l'histoire a marché. Le jacobinisme d'alors est devenu aujourd'hui, en fait de libéralisme, tout ce qu'il y a de plus modéré.

Les trois puissances ont marché avec l'histoire. En 1846, lorsqu'en incorporant Cracovie à l'Autriche ils confisquèrent les derniers débris de la nationalité polonaise, ils substituaient le nom de communisme à ce qu'ils appelaient autrefois le jacobinisme.

Or qu'est-ce que le communisme de la révolution cracovienne? Était-elle communiste pour avoir voulu rétablir la nationalité polonaise? Autant vaudrait dire que la guerre que l'Europe coalisée fit à Napoleon, pour sauver les nationalités, était une guerre communiste, et que le congrès de Vienne se composait de communistes à couronne. Ou bien la révolution cracovienne était-elle communiste pour avoir voulu instituer un governement démocratique? Personne ne taxera les citoyens millionnaires de Berne et de New-York d'avoir des velléités communistes.

Le communisme nie la nécessité de l'existence de classes; il veut abolir toute classe, toute distinction de classe. Les revolutionnaires de Cracovie n'ont voulu qu'effacer dans les classes les distinctions politiques; aux différentes classes ils voulaient donner des droits égaux.

Mais en quel point enfin était-elle communiste, cette révolution cracovienne?

Serait-ce par hasard parce qu'elle tentait de briser les chaines de la féodalité, d'affranchir la propriété tributaire et de la transformer en propriété libre, en propriété moderne?

Si l'on dirait aux propriétaires français: „Savez-vous ce que veulent les démocrates polonais? Les démocrates polonais veulent introduire chez eux la forme de propriété qui existe déjà chez vous“; alors les propriétaires français répondraient: „Ils font très-bien“. Mais dites, avec M. Guizot, aux propriétaires français: „Les Polonais veulent abolir la propriété telle que vous l'avez instituée par la révolution en 1789, et telle qu'elle existe encore chez vous“: „comment! s'écrieront-ils, ce sont donc des révolutionnaires, des communistes! Il faut écraser les infâmes“. L'abolition des jurandes, des corporations, l'introduction de la libre concurrence, s'appelle maintenant en Suède du communisme. Le Journal des Débats fait mieux: abolir la rente que constitue le droit de corruption à deux cent mille électeurs, c'est abolir une source de revenu, c'est détruire une propriété acquise, c'est être communiste. Sans doute, la révolution cracovienne, elle aussi, voulait abolir une propriété. Mais quelle espèce de propriété? Celle qui ne saurait pas être détruite dans le reste de l'Europe, pas plus que le Sonderbund dans la Suisse, l'une et l'autre étant devenus introuvables.

Personne ne niera qu'en Pologne la question politique se rattachait à une question sociale. De tout temps l'une est inseparable de l'autre.

Demandez-le plutôt aux réactionnaires! Pendant la restauration, combattaient-ils seulement le libéralisme politique et son bagage obligé de voltairianisme?

Un écrivain réactionnaire très-renommé a hautement avoué que la plus haute métaphysique d'un de Maistre et d'un de Bonald aboutissait en dernière instance à une question d'argent, et toute question d'argent n'est-elle pas directement une question sociale? Les hommes de la restauration ne eachaient pas que pour ramener la bonne politique, il fallait ramener la bonne propriété, la propriété féodale, la propriété morale. Tout le monde sait que la fidélité monarchique ne peut se passer de dîme et de corvée.

Remontons plus haut. En 1789, la question politique des droits de l'homme renfermait la question sociale de la libre concurrence.

Et que se passe-t-il donc en Angleterre? Dans toutes les questions, depuis le Reform-bill jusqu'à l'abolition des lois céréales, les partis politiques ont-ils combattu pour autre chose, sinon pour des changements de propriété, pour des questions de propriété, pour des questions sociales?

Ici, en Belgique même, la lutte du libéralisme et du catholicisme est-elle autre chose que la lutte du capital industriel et de la grande propriété foncière?

Et les questions politiques qu'on débat depuis dix-sept ans, ne sont-elles pas au fond des questions sociales!

Ainsi, quel que soit le point de vue où vous vous placerez, que ce soit le point de vue libéral, radical, aristocratique même, comment pourriez-vous encore reprocher à la révolution de Cracovie d'avoir attaché une question sociale à une question politique?

Les hommes qui étaient à la tête du movement révolutionnaire de Cracovie avaient la conviction intime qu'une Pologne démocratique pouvait seule être indépendante, et une démocratie polonaise était impossible sans l'abolition des droits féodaux, sans le mouvement agraire, qui transformerait les paysans tributaires en propriétaires libres, en propriétaires modernes.

Mettez à la place de l'autocrate russe des aristocrates polonais, et vous aurez donné au despotisme des lettres de naturalisation. C'est ainsi que les Allemands, dans leur guerre contre l'étranger ont échangé un Napoléon contre trente-six Metternich.

Si le seigneur polonais n'a plus de seigneur russe au-dessus de lui, le paysan polonais n'en aura pas moins au-dessus de lui un seigneur, mais un seigneur libre à la place d'un seigneur esclave. Ce changement politique n'aura rien changé à sa position sociale.

La révolution de Cracovie a donné un exemple glorieux à toute l'Europe, en identifiant la cause de la nationalité à la cause de la démocratie et à l'affranchissement de la classe opprimée.

Si cette révolution a été étouffée pour un moment par les mains sanglantes d'assassins soldés, elle surgit maintenant glorieuse et triomphante en Suisse et en Italie. Elle trouve la confirmation de ces principes en Irlande, où le

parti étroitement national est descendu dans la tombe avec O'Connell, et où le nouveau parti national est avant tout réformateur et democratique.

C'est la Pologne encore qui a pris l'initiative, non plus la Pologne féodale, mais la Pologne démocratique, et dès ce moment son affranchissement est devenu le point d'honneur de tous les démocrates de l'Europe.

Nr. 2. Discours de M. F. Engels.

Messieurs, L'insurrection dont nous célébrons aujourd'hui l'anniversaire a échoué. Après quelques jours de résistance héroique, Cracovie fut prise, et le spectre sanglant de la Pologne, qui s'était dressé un instant devant les yeux de ses assassins, redescendit dans la tombe.

C'était une défaite que la révolution de Cracovie, une défaite bien déplorable. Rendons les derniers honneurs aux héros tombés, plaignons leur échec, vouons nos sympathies aux vingt millions de Polonais dont cet échec a resserré les chaines.

Mais, Messieurs, est-ce là tout ce que nous avons à faire? Est-ce assez de verser une larme sur le tombeau d'un malheureux pays et de jurer à ses oppresseurs une haine implacable, mais jusqu'à présent peu puissante?

Non, Messieurs! L'anniversaire de Cracovie n'est pas un jour de deuil seulement, c'est pour nous autres démocrates un jour de réjouissance; car la défaite même renferme une victoire, victoire dont les fruits nous restent acquis, tandis que les résultats de la défaite ne sont que passagers.

Cette victoire, c'est la victoire de la jeune Pologne démocratique sur la vieille Pologne aristocratique.

Oui, la dernière lutte de la Pologne contre ses oppresseurs étrangers a été précédée par une lutte cachée, occulte, mais décisive au sein de la Pologne même, lutte des Polonais opprimés contre les Polonais oppresseurs, lutte de la démocratie contre l'aristocratie polonaise.

Comparez 1830 et 1846, comparez Varsovie et Cracovie. En 1830, la classe dominante en Pologne était aussi egoiste, aussi bornée, aussi lâche dans le corps législatif, qu'elle était dévouée, enthousiaste et vaillante sur le champ de bataille.

Que voulait l'aristocratie polonaise en 1830? Sauvegarder ses droits acquis, à elle, vis-à-vis de l'empereur. Elle bornait l'insurrection à ce petit pays qu'il a plu au congrès de Vienne d'appeler le royaume de Pologne; elle retenait l'élan des autres provinces polonaises; elle laissait intacts le servage abrutissant des paysans, la condition infâme des juifs. Si l'aristocratie, dans les cours de l'insurrection, a dû faire des concessions au peuple, elle ne les a faites que lorsqu'il était déjà trop tard, lorsque l'insurrection était perdue.

Disons le hautement: l'insurrection de 1830 n'etait ni une révolution nationale (elle excluait les trois quarts de la Pologne), ni une révolution sociale ou politique; elle ne changeait rien à la situation intérieure du peuple; c'était une révolution conservatrice.

Mais au sein de cette révolution conservatrice, au sein du gouvernement national même, il y avait un homme qui attaquait vivement les vues étroites de la classe dominante. Il proposa des mesures vraiment révolutionnaires et devant la hardiesse desquelles reculèrent les aristocrates de la diète. En appelant aux armes toute l'ancienne Pologne, en faisant ainsi de la guerre pour l'indépendance polonaise une guerre européenne, en émancipant les juifs et les paysans, en faisant participer ces derniers à la propriété du sol, en reconstruisant la Pologne sur la base de la démocratie et de l'égalité, il voulait faire de la cause nationale la cause de la liberté, il voulait identifier l'intérêt de tous les peuples avec celui du peuple polonais. L'homme dont le génie conçut ce plan si vaste et pourtant si simple, cet homme, ai-je besoin de le nommer? C'était Lelewel.

En 1830, ces propositions furent constamment rejetées par l'aveuglement intéressé de la majorité aristocratique. Mais ces principes mûris et développés par l'expérience de quinze ans de servitude, ces mêmes principes nous les avons vus écrits sur le drapeau de l'insurrection cracovienne. A Cracovie, on le voyait bien, il n'y avait plus d'homme qui avaient beaucoup a perdre; il n'y avait point d'aristocrates, toute démarche qui fut prise portait l'empreinte de cette hardiesse démocratique, je dirais presque prolétaire, qui n'a que sa misère à perdre, et qui a toute une patrie, tout un monde à gagner. Là, point d'hésitation, point de scrupules: on attaquait les trois puissances à la fois, on proclamait la liberté des paysans, la réforme agraire, l'émancipation des juifs, sans se soucier un instant si cela pût froisser tel ou tel intérêt aristocratique.

La révolution de Cracovie ne voulut ni rétablir l'ancienne Pologne, ni conserver ce que les gouvernements étrangers avaient laissé subsister des vieilles institutions polonaises; elle n'etait ni réactionnaire ni conservatrice.

Non, elle était encore plus hostile à la Pologne elle-même, qu'à ses oppresseurs étrangers, hostile à l'ancienne Pologne, barbare, féodale, aristocratique, basée sur le servage de la majorité du peuple. Loin de rétablir cette ancienne Pologne, elle voulut la bouleverser de fond en comble, et fonder sur ses débris avec une classe toute nouvelle, avec la majorité du peuple, une nouvelle Pologne moderne, civilisée, démocratique, digne du dix-neuvième siècle, et qui fut, en vérité, la sentinelle avancée de la civilisation.

La différence de 1830 et de 1846, le progres immense fait au sein même de la Pologne malheureuse, sanglante, déchirée; l'aristocratie polonaise séparée entièrement du peuple polonais et jetée dans les bras des oppresseurs de sa patrie; le peuple polonaise gagné irrévocablement à la cause démocratique; enfin la lutte de classe à classe, cause matrice de tout progrès social établie en Pologne comme ici, voilà la victoire de la démocratie constatée par la révolution cracovienne, voilà le résultat qui portera encore ses fruits quand la défaite des insurgés aura été vengée.

Oui, Messieurs, par l'insurrection de Cracovie, la cause polonaise, de nationale qu'elle était, est devenue la cause de tous les peuples: de question de sympathie qu'elle était, elle est devenue question d'intérêt pour tous les

démocrates. Jusqu'en 1846 nous avions un crime à venger; dorénavant, nous avons à soutenir des alliés, et nous le ferons.

Et c'est surtout notre Allemagne qui doit se féliciter de cette explosion des passions démocratiques de la Pologne. Nous sommes, nous-mêmes, sur le point de faire une révolution démocratique: nous aurons à combattre les hordes barbares de l'Autriche et de la Russie. Avant 1846, nous pouvions douter sur le parti que prendrait la Pologne en cas d'une révolution démocratique; nous aurons à combattre les hordes barbares de l'Autriche et de la Russie. Avant 1846, nous pouvions douter sur le parti que prendrait la Pologne en cas d'une révolution démocratique en Allemagne. La révolution de Cracovie a écarté tout doute. Désormais le peuple allemand et le peuple polonais sont irrévocablement alliés. Nous avons les mêmes ennemis, les mêmes oppresseurs, car le gouvernement russe pèse aussi bien sur nous que sur les Polonais. La première condition de la délivrance et de l'Allemagne et de la Pologne, est le bouleversement de l'état politique actuel de l'Allemagne, la chute de la Prusse et de l'Autriche, le refoulement de la Russie au delà du Dniestr et de la Dzwina.

L'alliance des deux nations n'est donc point un beau rêve, une charmante illusion; non, Messieurs, elle est une nécessité inévitable, résultant des intérêts communs des deux nations, et elle est devenue une nécessité par la révolution de Cracovie. Le peuple allemand, qui pour lui-même jusqu'à présent n'a presque eu que de paroles, aura des actions pour ses frères de Pologne; et de même que nous, démocrates allemands, présents ici, offrons la main aux démocrates polonais, de même tout le peuple allemand célébrera son alliance avec le peuple polonais sur le champ même de la première bataille gagnée en commun sur nos oppresseurs communs.

Nr. 3.

Der Londoner deutsche Arbeiter Bildungsverein hat im Einverständnis mit einem Agenten der polnischen Nationalregierung das Unterzeichnete Comité beauftragt, eine Geldsammlung für Polen unter den deutschen Arbeitern in England, Deutschland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten zu veranstalten. Wenn auf diesem Wege den Polen nur wenig materielle, kann ihnen grosse moralische Hülfe geleistet werden.

Die polnische Frage ist die deutsche Frage. Ohne ein unabhängiges Polen, kein unabhängiges und einiges Deutschland; keine Emancipation Deutschlands von der russischen Oberherrschaft, die mit der ersten Theilung Polens begann. Die deutsche Aristokratie hat schon längst den Czaren als geheimen Ober-Landesvater anerkannt. Die deutsche Bourgeoisie sieht stumm, thatlos und gleichgültig dem Abschlachten des Heldenvolkes zu, das Deutschland allein noch vor der muscovitischen Sündfluth beschützt. Ein Theil der Bourgeoisie begreift die Gefahr, opfert aber bereitwillig das deutsche Interesse dem Interesse deutscher Sonderstaaten, deren Fortbestand durch die Zerstückelung Deutschlands und die Erhaltung der russischen Hegemonie bedingt ist. Ein anderer Theil der Bourgeoisie betrachtet die Autocratie im

Osten ganz wie die Herrschaft des Staatsstreichs im Westen, als notwendige Stütze der Ordnung. Ein dritter Theil endlich ist so ganz und gar vom wichtigen Geschäft des Geldmachens unterjocht, dass er das Verständnis und den Blick für grosse geschichtliche Verhältnisse völlig eingebüsst hat. Durch ihre laute Demonstration für Polen zwang die deutsche Bürgerschaft von 1831 und 1832 wenigstens den Bundestag zu Gewaltschritten. Heut zu Tage findet Polen seine eifrigsten Widersacher, Russland also seine nützlichsten Werkzeuge, unter den liberalen Coryphhäen des sogenannten National-Vereins. Jeder mag für sich selbst entscheiden, wie weit dies liberale Russenthum zusammenhängt mit der preussischen Spitze.

Lauten Protest gegen den deutschen Verrath an Polen, der zugleich ein Verrath an Deutschland und Europa ist, schuldet die deutsche Arbeiterklasse in diesem verhängnisvollen Augenblick den Polen, dem Auslande und ihrer eigenen Ehre. Wiederherstellung Polens muss sie in Flammenzügen auf ihre Fahne schreiben, nachdem der bürgerliche Liberalismus diese glorreiche Parole von seiner Fahne weggestrichen hat. Die englische Arbeiterklasse hat dadurch unsterbliche geschichtliche Ehre geerndtet, dass sie den wiederholten Versuch der herrschenden Klassen zur Intervention für die amerikanischen Sklavenhalter durch enthusiastische Massen-Meetings niederschlug, obgleich die Fortdauer des amerikanischen Bürgerkriegs einer Million englischer Arbeiter die furchtbarsten Leiden und Entsagungen aufbürdet.

Wenn polizeiliche Zustände der Arbeiterklasse in Deutschland Demonstrationen solchen Umfangs für Polen untersagen, zwingen sie dieselben doch keinenfalls durch Theilnahmlosigkeit und Verstummen sich als Mitschuldige des Verraths in den Augen aller Welt zu brandmarken.

Das unterzeichnete Comité bittet Geldsendungen an Herrn Bolleter, dem Inhaber des Vereinslokals, No. 2 Nassau Street, Soho, W., London, einzusenden. Die Verwendung des Geldes geschieht unter Controlle des Vereins und wird darüber, sobald es der Zweck dieser Sammlung erlaubt, öffentlich Rechenschaft abgelegt werden.

Bolleter, Berger, Eccarius, Krüger, Lessner, Limburg, Linden, Matzrath, Tatschky, Toups, Wolf.

Nr. 4.

13 April 1865.

Modena Villas, Maitland Park Haverstock Hill. N.W.

Lieber Jung! In „N 30" of „Der weisse Adler", 223 Münstergasse, Zürich there is a report of our Polish Meeting of 1 March. This report must have been translated from the „Daily News" or some other English middleclass paper which, intentionally, suppressed the Resolution, proposed in the name of the „International Association", and unanimously adopted by the St Martins Hall Meeting.

As you are the S w i s s S e c r e t a r y, *it belongs to you to rectify the report, and to request the* E d i t o r *of the paper to print the notice which I translate literally from the Report in the „Bee-Hive".*

Yours fraternally K. Marx.

Berichtigung.

„Nachdem die in N. 30 Ihres Blattes erwähnten zwei Anträge der Herren Beales und Levenson auf dem Londoner Polenmeeting vom 1. März angenommen worden waren, stellte Herr Peter Fox (Engländer) im Namen der Internationalen Arbeiterassociation den Antrag: „Dass ein intregales und unabhängiges Polen eine unentbehrliche Bedingung eines demokratischen Europa's ist, und dass, so lange diese Bedingung unerfüllt bleibt, revolutionäre Triumphe auf dem Kontinent, nur kurzlebige Vorspiele verlängerter Perioden der Herrschaft der Konterrevolution sein können."

Nach einer kurzen historischen Skizze der Übel, die Europa in Folge des Verlusts der Freiheit Polens und der Eroberungspolitik Russlands befielen, wies Herr P. Fox nach, dass die Haltung der l i b e r a l e n *Partei in dieser Frage nicht zusammenfalle mit der der* d e m o k r a t i s c h e n *Gesellschaft, in deren Namen er spreche. Das Motto des konservativen Europa's sei: Ein geknechtetes Europa mit einem geknechteten Polen als Basis — das Motto der internationalen Arbeiterassociation sei dagegen: Ein freies Europa, gestützt auf ein freies und unabhängiges Polen.*

Herr E c c a r i u s *(deutscher Arbeiter und Vizepräsident der Internationalen Arbeiterassociation) unterstützte den Antrag und setzte ausführlich Preussens Theilnahme an den verschiedenen Theilungen Polens aus einander. Er schloss mit den Worten: „Der* U n t e r g a n g d e r p r e u s s i s c h e n M o n a r c h i e *ist die conditio sine qua non für Deutschlands Herstellung und für Polens Wiederherstellung".*

Herr L u b e z, *französisches Mitglied der „*I n t e r n a t i o n a l e n A r b e i t e r a s s o c i a t i o n*", sprach ebenfalls für den Antrag, der* e i n s t i m m i g u n d u n t e r a n h a l t e n d e m B e i f a l l r u f d e s M e e t i n g s a n g e n o m m e n w u r d e.

Die D a i l y N e w s *und mehrere andere „liberale" Londoner Tagesblätter* u n t e r d r ü c k t e n *diesen Theil des Berichtes aus Ärger über den Triumph der „Internationalen Arbeiterassociation", ohne deren Mitwirkung, nebenbei bemerkt, das Polenmeeting zu St. Martins Hall überhaupt nicht stattgefunden hätte. Ich ersuche Sie im Namen der „Internationalen Arbeiterassociation" um Aufnahme dieser Berichtigung.*

London etc. H. Jung, korrespondierender Sekretär der Internationalen Arbeiterassociation für die Schweiz.

Es versteht sich von selbst, lieber Jung, dass Sie die Schlussworte in der Ihnen passend scheinender Weise ändern. Ich wollte Ihnen, da Sie plus ou moins Franzose, nur das Schema deutsch hinwerfen.

Nr. 5.

Artikel aus „The Commonwealth“:
To the Editor of the „Commonwealth“.
What have the Working classes to do with Poland?

I.[1]

Sir, — Wherever the working classes have taken a part of their own in political movements, there, from the very beginning, their foreign policy was expressed in the few words — Restoration of Poland. This was the case with the chartist movement so long as it existed; this was the case with the French working men long before 1848, as well as during that memorable year, when on the 15th of May they marched on to the National assembly to the cry of „Vive la Pologne!“ — Poland for ever! This was the case in Germany, when, in 1848 and 49, the organs of the working class demanded war with Russia for the restoration of Poland. It is the case even now; — with one exception — of which more anon — the working men of Europe unanimously proclaim the restoration of Poland as a part and parcel of their political programme, as the most comprehensive expression of their foreign policy. The middle class, too, have had, and have still, „sympathies“ with the Poles; which sympathies have not prevented them from leaving the Poles in the lurch in 1831, in 1846, in 1863, nay, have not even prevented them from leaving the worst enemies of Poland, such as Lord Palmerston, to manage matters so as to actually assist Russia while they talked in favour of Poland. But with the working classes it is different. They mean intervention, not non intervention; they mean war with Russia while Russia meddles with Poland; and they have proved it every time the Poles rose against their oppressors. And recently, the International Working men's Association has given a fuller expression to this universal instinctive feeling of the body it claims to represent, by inscribing on its banner, „Resistance to Russian encroachments upon Europe — Restoration of Poland“.

This programme of the foreign policy of the working men of Western and Central Europe has found a unanimous consent among the class to whom it was addressed, with one exception, as we said before. There are among the working men of France a small minority who belong to the school of the late P. J. Proudhon. This school differs in toto from the generality of the advanced and thinking working men: it declares them to be ignorant fools, and maintains, on most points, opinions guilt contrary to theirs. This holds good in their foreign policy also. The Proudhonists, sitting in Judgment on oppressed Polands find the verdict of the Staleybridge Jury, „Serves her right“. They admire Russia as the great land of the future, as the most progressive nation upon the face of the earth, at the side of which such a paltry country as the United States is not worthy of beeing named. — They have charged the Coucil of the International Association

1) *Saturday, March 24th, 1866.*

with setting up the Bonapartist principle of nationalities, and with declaring that magnanimous Russian people without the pale of civilised Europe, such being a grievous sin against the principles of universal democracy and the fraternity of all nations. These are the charges. Barring the democratic phraseology at the wind-up, they concide, it will be seen at once, verbally and literally with what the extreme Tories of all countries have to say about Poland and Russia. Such charges are not worth refuting; but, as they come from a fraction of the working classes, be it ever so small a one, they may render it desirable to state again the case of Poland and Russia, and to vindicate what we may henceforth call the foreign policy of the united working men of Europe.

But why do we always name Russia alone in connection with Poland? Have not two German Powers, Austria and Prussia, shared in the plunder? Do not they, too, hold parts of Poland in bondage, and, in connection with Russia, do they not work to keep down every national Polish movement?

It is well known how hard Austria has struggled to keep out of the Polish business; how long she resisted the plans of Russia and Prussia for partition. Poland was a natural ally of Austria against Russia. When Russia once became formidable, nothing could be more in the interest of Austria than to keep Poland alive between herself and the newly-rising Empire. It was only when Austria saw that Polands fate was settled, that with or without her, the other two powers were determined to annihilate her, it was only then that in self-protection she went in for a share of the territory. But as early as 1815 she held out for the restoration of an independent Poland; in 1831 and in 1863 she was ready to go to war for that object, and give up her own share of Polands provided England and France were prepared to join her. The same during the Crimean war. This is not said in justification of the general policy of the Austrian Government. Austria has shown often enough that to oppress a weaker nation is congenial work to her rulers. But in the case of Poland the instinct of self-preservation was stronger than the desire for new territory or the habits of Government. And this puts Austria out of court for the present.

As to Prussia, her share of Poland is too trifling to weigh much on the scale. Her friend and ally, Russia, has managed to ease her of nine-tenths of what she got during the three partitions. But what little is left to her weighs as an incubus upon her. It has chained her to the triumphal car of Russia, it has been the means of enabling her Government, even in 1863 and 64, to practise unchallenged, in Prussian Poland, those breaches of the law, those infractions of individual liberty, of the right of meeting, of the liberty of the press, which were so soon afterwards to be applied to the rest of the country; it has falsified the whole middle-class Liberal movement which, from fear of risking the loss of a few square miles of land on the eastern frontier, allowed the Government to set all law aside with regard to the Poles. The working men, not only of Prussia, but of all Germany, have a greater interest than those of any other country in the

restoration of Poland, and they have shown in every revolutionary movement that they know it. Restoration of Poland, to them, is emancipation of their own country from Russian vassalage. And this, we think puts Prussia out of Court, too. Whenever the working classes of Russia (if there is such a thing in that country, in the sense it is understood in Western Europe) form a political programme, and that programme contains the liberation of Poland-then, but not till then, Russia as a nation will be out of court too, and the Government of the Czar mill remain alone under indictment.

Frederic Engels.

II.[1])

Sir, — It is said that to claim independence for Poland is to acknowledge the „principle of nationalities", and that the principle of nationatities is a Bonapartist invention concocted to prop up the Napoleonic despotism in France. Now what is this „principle of nationalities"?

By the treaties of 1815 the boundaries of the various states of Europe were drawn merely to suit diplomatic convenience, and especially to suit the convenience of the then strongest continental Power-Russia. No account was taken either of the wishes, the interests, or the national diversities of the populations. Thus, Poland was divided, Germany was divided, Italy was divided, not to speak of the many smaller nationalities inhabiting south-eastern Europe, and of which few people at that time knew anything. The consequence was that for Poland, Germany, and Italy, the very first step in every political movement was to attempt the restoration of that national unity without which national life was but a shadow. And when, after the suppression of the revolutionary attempts in Italy and Spain, 1821—23, and again, after the revolution of July, 1830, in France, the extreme politicians of the greater part of civilised Europe come into contact with each other, and attempted to mark out a kind of common programme, the liberation and unification of the oppressed and subdivided nations became a watchword common to all of them. So it was again in 1848, when the number of oppressed nations was increased by a fresh one, viz, Hungary. There could, indeed, be no two opinions as to the right of everyone of the great national subdivisions of Europe to dispose of itself, independently of its neighbours, in all internal matters, so long as it did not encroach upon the liberty of the others. This right was, in fact, one of the fundamental conditions of the internal liberty of all. How could, for instance, Germany aspire to liberty and unity, if at the same time she assisted Austria to keep Italy in bondage, either directly or by her vassals? Why, the total breaking-up of the Austrian monarchy is the very first condition of the unification of Germany!

This right of the great national subdivisions of Europe to political independence, acknowledged as it was by the European democracy, could

1) *Saturday, March 31, 1866.*

not but find the same acknowledgement with the working classes especially. It was, in fact, nothing more than to recognise in other large national bodies of undoubted vitality the same right of individual national existence which the working men of each separate country claimed for themselves. But this recognition, and the sympathy with these national aspirations, were restricted to the large and well defined historical nations of Europe; there was Italy, Poland, Germany, Hungary. France, Spain, England, Scandinavia, were neither subdivided nor under foreign control, and therefore but indirectly interested in the matter; and as to Russia, she could only be mentioned as the detainer of an immense amount of stolen property, which would have to be disgorged on the day of reckoning.

After the coup d'état of 1851, Louis Napoleon, the Emperor „by the grace of God and the national will", had to find a democraticised and popular sounding name for his foreign policy. What could be better than to inscribe upon his banners the „principle of nationalities"? Every nationality to be the arbiter of its own fate-every detached fraction of any nationality to be allowed to annex itself to its great mother-country-what could be more liberal? Only, mark, there was not, now, any more question of nations, but of nationalities.

There is no country in Europe where there are not different nationalities under the same government. The Highland Gaels and the Welsh are undoubtedly of different nationalities to what the English are, although nobody will give to these remnants of peoples long gone by the title of nations, any more than to the Celtic inhabitants of Brittany in France. Moreover, no state boundary coincides with the natural bound of nationality, that of language. There are plenty of people out of France whose mother tongue is French, same as there are plenty of people of German language out of Germany; and in all probability it will ever remain so. It is a natural consequence of the confused and slow-working historical development through which Europe has passed during the last thousand years, that almost every great nation has parted with some outlying portions of its own body, which have become separated from the national life, and in most cases participated in the national life of some other people; so much so, that they do not wish to rejoin their own main stock. The Germans in Switzerland and Alsace do not desire to be reunited to Germany, any more than the French in Belgium and Switzerland wish to become attached politically to France. And after all, it is no slight advantage that various nations, as politically constituted, have most of them some foreign elements within themselves, which form connecting links with their neighbours, and vary the otherwise too monotonous uniformity of the national character.

Here, then, we perceive the difference between the „principle of nationalities" and the old democratic and working-class tenet as to the right of the great European nations to separate and independent existence. The „principle of nationalities" leaves entirely untouched the great question of the right of national existence for the historic peoples of Europe; nay

if it touches it, it is merely to disturb it. The principle of nationalities raises two sorts of questions; first of all, questions of boundary between these great historic peoples; and secondly, questions as to the right to independent national[1]) *existence of those numerous small relics of peoples which, after having figured for a longer or shorter period on the stage of history, were finally absorbed as integral portions into one or the other of those more powerful nations whose greater vitality enabled them to overcome greater obstacles. The European importance, the vitality of a people is as nothing in the eyes of the principle of nationalities; before it, the Roumans of Wallachia, who never had a history, nor the energy required to have one, are of equal importance to the Italians who have a history of 2000 years, and an unimpaired national vitality; the Welsh and Manxmen, if they desired it, would have an equal right to independent political existence, absurd though it would be, with the English. The whole thing is an absurdity, got up in a popular dress in order to throw dust in shallow people's eyes, and to be used as a convenient phrase, or to be laid aside if the occasion requires it.*

Shallow as the thing is, it required cleverer brains than Louis Napoleon's to invent it. The principle of nationalities, so far from being a Bonapartist invention to favour a resurrection of Poland, is rothing but a ***Russian invention concocted to destroy Poland. Russia has absorbed the greater part of ancient Poland on the plea of the principle of nationalities as whe shall see hereafter. The idea is more than a hundred years old, and Russia uses it now every day. What is Panslavism but the application, by Russia, and Russian interest, of the principle of nationalities to the Serbians, Croats, Ruthenes, Slovaks, Czechs, and other remnants of bygone Slavonian peoples in Turkey, Hungary, and Germany? Even at this present moment, the Russian Government have agents travelling among the Lapponians in Northern Norway and Sweden, trying to agitate among these nomadic savages the idea of a „great Finnic nationality", which is to be restored in the extreme North of Europe, under Russian protection, of course. The „cry of anguish" of the oppressed Laplanders is raised very loud in the Russian papers — not by those same oppressed nomads, but by the Russian agents — and indeed it is a frightful oppression, to induce these poor Laplanders to learn the civilised Norwegian or Swedish language, instead of confining themselves to their own barbaric, half Esquimaux idiom! The principle of nationalities, indeed, could be invented in Eastern Europe alone, where the tide of Asiatic invasion, for a thousand years, recurred again and again, and left on the shore those heaps of intermingled ruins of nations which even now the ethnologist can scarcely disentangle, and where the Turk, the Finnic Magyar, the Rouman, the Jew,***

---

1) Im Original ein Druckfehler — rational. Der polnische Übersetzer bemerkte es nicht und läßt daher Engels von einem „Recht auf eine unabhängige rationale Existenz" sprechen.

and about a dozen slavonic tribes, live intermixed in interminable confusion. That was the ground to work the principle of nationalities, and how Russia has worked it there, we shall see by-and-by in the example of Poland.

Frederic Engels.

III. [1])

The Doctrine of nationality applied to Poland.

Poland, like almost all other European countries, is inhabited by people of different nationalities. The mass of the population, the nucleus of its strength, is no doubt formed by the Poles proper, who speak the Polish language. But ever since 1390 [2]) *Poland proper hat been united to the Grand Duchy of Lithuania, which has formed, up to the last partition in 1794, an integral portion of the Polish Republic. This Grand Duchy of Lithuania was inhabited by a great variety of races. The northern provinces, on the Baltic, were in possession of L i t h u a n i a n s proper, people speaking a language distinct from that of their Slavonic neighbours; these Lithuanians had been, to a great extent, conquered by German immigrants, who, again found it hard to hold their own against the Lithuanian Grand Dukes. Further south, and east of the present kingdom of Poland, were the W h i t e R u s s i a n s, speaking a language betwixt Polish and Russian, but nearer the latter; and finally the southern provinces were inhabited by the so-called L i t t l e R u s s i a n s, whose language is now by best authorities considered as perfectly distinct from the great Russian (the language we commonly call Russian). Theresfore, if people say that, to demand the restoration of Poland is to appeal to the principle of nationalities, they merely prove that they do not know what they are talking about, for the restoration of Poland means the re-establishment of a state composed of at least four different nationalities.*

When the old Polish State was thus being farmed by the union with Lithuania, where was then Russia? Under the heel of the Mongolian conqueror, whom the Poles and Germans combined, 150 years before, had driven back east of the Dnieper. It took a long struggle until the Grand Dukes of Moscow finally shook off the Mongol Yoke, and set about combining the many different principalities of great Russia into one State. But this success seems only to have increased their ambition. No sooner had Constantinople fallen to the Turk, than the Moscovite Grand Duke placed in his coat-of-arms the double headed eagle of the Byzantine Emperors, there by setting up his claim as successor and future avenger, and ever since, it is well known, the Russians worked to conquer Czaregrad, the town of the Czar, as they call Constantinople in their language. Then, the rich plains of Little Russia excited their lust of annexation; but the Poles were then a strong, and always a brave people, and not only knew how to fight for

1) Saturday, May 5, 1866.

2) Wahrscheinlich ein Druckfehler. Soll 1386 heißen.

their own, but also how to retaliate; in the beginning of the seventeenth century they even held Moscow for a few years.

The gradual demoralisation of the ruling aristocracy, the want of power to develop a middle class, and the constant wars devastating the country, at last broke the strength of Poland. A country which persisted in maintaining unimpaired the feudal system of society, while all its neighbours progressed, formed a middle class, developed commerce and industry, and created large towns — such a country was doomed to ruin. No doubt the aristocracy did ruin Poland, and ruin her thoroughly; and after ruining her, they upbraided each other for having done so, and sold themselves and their country to the foreigner. Polish history, from the 1700 to 1772, is nothing but a record of Russian usurpation of dominion in Poland, rendered possible by the corruptibility of the nobles. Russian soldiers were almost constantly occupying the country, and the kings of Poland, if not willing traitors themselves, were placed more and more under the thumb of the Russian Ambassador. So well had this game succeeded, and so long had it been played, that, when Poland at last was annihilated, there was no outcry at all in Europe, and, indeed, people were astonished at this only, that Russia should have the generosity of giving such a large slice of the territory to Austria and Prussia.

The way in which this partition was brought about, is particularly interesting. There was, at that time, already an enlightened „public opinion" in Europe. Although the Times newspaper had not yet began to manufacture that article, there was that kind of public opinion which had been created by the immense influence of Diderot, Voltaire, Rousseau, and the other French writers of the eighteenth century. Russia alway knew that it is important to have public opinion on one's side, if possible, and Russia took care to have it, too. The Court of Catherine II was made the headquarters of the enlightened men of the day, especially Frenchmen; the most englightened principles was professed by the Empress and her Court, and so well did she succeed in deceiving them that Voltaire and many others sang the praise of the „Semiramis of the North", and proclaimed Russia the most progressive country in the world, the home of liberal principles, the champion of religious toleration.

Religious toleration — that was the word wanted to put down Poland. Poland had always been extremely liberal in religious matters; witness the asylum of Jews found there while they were persecuted in all other parts of Europe. The greater portion of the people in the Eastern provinces belonged to the Greek faith, while the Poles proper were Roman Catholics. A considerable portion of these Greek Catholics had been induced, during the sixteenth century, to acknowledge the supremacy of the Pope, and were called United Greeks; but a great many continued true to their old Greek religion in all respects. They were principally the serfs, their noble masters being almost all Roman Catholics, they were Little Russians by nationality. Now, this Russian Government, which did not tolerate at home any other

religion but the Greek, and punished apostacy as a crime: which was conquering foreign nations and annexing foreign provinces right and left; and which was at that time engaged in riveting still firmer the fitters of the Russian serf — this same Russian Government came soon upon Poland in the name of religious toleration, because Poland was said to oppress the Greek catholics; in the name of the principle of nationalities, because the inhabitants of these Eastern provinces were Little Russians, and ought, therefore, to be annexed to Great Russia; and in the name of the right of revolution arming the serfs against their masters. Russia is not at all scrupulous in the selection of her means. Talk about a war of class against class as something extremely revolutionary; — why, Russia set such a war on foot in Poland nearly 100 years ago, and a fine specimen of a class-war it was, when Russian soldiers and Little Russian serfs went in company to burn down the castles of Polish lords, merely to prepare Russian annexation, which being once accomplished the same Russian soldiers put the serfs back again under the yoke of their lords.

All this was done in the cause of religious toleration, because the principle of nationalities was not then fashionable in Western Europe. But it was held up before the eyes of the Little Russian peasants at the time, and has played an important part since in Polish affairs. The first and foremost ambition of Russia is the union of all Russian tribes under the Czar, who calls himself the Autocrat of all Russias (Samodergetz vsekh Rossyiskikh)[1]*, and among these she includes White and Little Russia. And in order to prove that her ambition went no further, she took very good care, during the three partitions, to annex none but White and Little Russian provinces; leaving the country inhabited by Poles, and even a portion of Little Russia (Eastern Galicia) to her accomplices. But how do matters stand now? The greater portion of the provinces annexed in 1793 and 1794 by Austria and Prussia are now under Russian dominion, under the name of the kingdom of Poland, and from time to time hopes are raised among the Poles, that if they will only submit to Russian supremacy, and renounce all claims to the ancient Lithuanian provinces, they may expect a reunion of all other Polish provinces and a restoration of Poland, with the Russian Emperor for a king. And if at the present juncture Prussia and Austria came to blows, it is more than probable that the war will not be, ultimately, for the annexation of Schleswig-Holstein to Prussia, or of Venice to Italy, but rather of Austrian, and at least a portion of Prussian, Poland to Russia.*

So much for the principle of nationalities in Polish affairs.

Frederic Engels.

Nr. 6. Polish Question.

a) Why do the workmen of Europe take up this question? In the first instance, because the middle class writers and agitators conspire to

1) Auch ein Druckfehler: „Samoderschetz wserossyiski".

suppress it, although they patronize all sorts of nationalities on the continent, even Ireland. Whence this reticence? Because both, aristocrats and bourgeois, look upon the dark Asiatic power in the background as a last resource against the advancig tide of working class ascendency. That power can only be effectually put down by the restoration of Poland upon a democratic basis.

b) In the present changed state of central Europe and especially Germany, it is more than ever necessary to have a democratic Poland. Without it, Germany will become the outwork of the Holy Alliance, with it, the cooperator with republican France. The working class movement will continuously be interrupted, checked and retarted, until this great European question be set at rest.

c) It is especially the duty of the German working class to take the initiative in this matter, because Germany is one of the partitioners of Poland.

Nr. 7. Do meetingu w Genewie, zwołanego na pamiątkę 50-ej rocznicy Rewolucyi Polskiej 1830 r.

Obywatele! Po pierwszym podziale kraju, polacy, opuszczając swą oiczyznę, przepływoją Atlantyk, aby bronić wielkiej, wówczas powstającej respubliki amerykańskiej. Kościuszko u alczy obok Waszyngtona. W 1791 r., gdy Rewolucyja Francuzka z trudnością stawia opór siłom Koalicyi, sławne powstanie polskie wyswobadza ją. Polska traci swą niezaleźność, lecz rewolucyja zostaje. Polacy zwyciężeni wstępują, do armii „sankiulotów" i pomagają im przy burzeniu feodalnej Europy. Nakoniec w 1830 r., gdy cesarz Mikołaj i król Pruski zamierza doprowadzić do skutku swe plany, by nowym napadem na Francyję, zrestaurowác legitymistyczną monarchiją, wówczas rewolucyja polska, którą dziś święcicie, zastępuje im drogę. „Porządek zapanował w Warszawie".

Okrzyk: „Niech żyje Polska", który rozległ sie wówczas w całej Europie zachodniej, nie był wyłącznie daniną sympatyi i podziwu dla bojowników patryjotycznych, brutalną siłą zgniecionvch — okrzykiem tym witano naród, wszystkie powstania którego, — tak dla niego samego fatalne — zatrzymywaly zawsze pochód kontr-rewolucyi, naród, najlepsi synowie którego nie zaprzestawali nigdy wojny odpornej, walcząc wszędzie pod sztandarem rewolucyj ludowych. Z drugiej znów strony, podział Polski ukrzepił Swięte-Przymierze, tę maskę hegemonii cara nad wszystkiemi rządami Europy. Okrzyk więc „Niech żyje Polska!" mówił sam przez się: śmierć Swiętemu Przymierzu, śmierć despotyzmowi militarnemu Rossyi, Prus i Austryi śmierć panowaniu mongolskiemu nad społeczeństwem nowożytnem.

Od 1830 r., gdy burżuazyia we Francyi i Anglii ujęła mniej więcej władzę w swe ręce, ruch zaczął się ujawniać wśród proletaryjatu. Od roku 1840 klasy posiadające w Anglii zmuszone już byly uciekać się do pomocy siły zbrojnej, aby opierać się partyi chartystów, tej pierwszej bojowej organizacyi wśród klasy robotniczej. Wówczas w ostatnim zakątku nieza-

leżnej Polski, w Krakowie, wybuchła w 1846 r. pierwsza rewolucyja polityczna, która ogłasza żądania socyjalistyczne. Od tej chwili Polska zyskuje sobie wszelkie złudne sympatyje zabezpieczonej Europy.

W 1847 z. zbiera się potajemnie w Londynie pierwszy międzynarodowy kongress proletaryjatu, który wydaje Manifest Komunistyczny, zakończony nowem hasłem rewolucyjnem: „Proletaryusze wszystkich krajów łączcie się". Polska miała na tym kongresie swych przedslawicieli, a do rezolucyj kongresu przystąpił sławny Lelewel i jego stronnicy na publicznym meetingu w Bruxelli.

W 1848 i 49 r. armije rewolucyjne niemieckie, romańskie, węgierskie, włoskie — przepełnione były polakami, którzy odznaczali się, jakó żołnierze i jako dowódcy. Chociaż prądy socyjalistyczne tej epoki utopione zostały we krwi Czerwcowej, jednak rewolucyja 1848 r. — nie trzeba o tem zapominać — ogarniając swym płomieniem prawie calą Europę, zrobiła z niej na chwilę jedną gminę i przygotowala w ten sposób grunt dla Międzynarodowego Stowarzyszenia Robotników. Powstanie polskie 1863 r., dając sposobność do wspólnege protestu robotników angielskich i francuzkich przeciw nadużyciom międzynarodowym ich rządów, było punktem wyjścia dla Internacyjonału, założonego przy udziele wygnąńców polskich. Nakoniec, wśród polskich wygnańców Komuna Paryzka znalazła swych prawdziwych obrónców, a po jej upadku w obec sądów wojennych w Wersalu wystarczyło być polakiem, aby zostać rozstrzelanym.

Polacy więc po za granicami kraju swego odegrali wielką rolę w walce za oswobodzenie proletaryjatu — oni byli głównie jej międzynarodowymi wojownikami.

Dziś, gdy walka ta rozwija się wśród samego ludu polskiego, niech ją podtrzymuje progaganda, prasa rewolucyjna, niech łączy się ona z usiłowaniami naszych braci rosyjskich; będzie to jednym powodem więcej, aby powtórzyć dawny okrzyk: „Niech żyje Polska"!

Pozdrowienie i braterstwo!

Londyn 27 Listopada 1880.

(podpisano) Karl Marx, Fryderyk Engels, Paweł Lafargue, F. Lessner, Dawni członkowie Rady Głównej Stowarzyszenia Międzynarodowego Robotników.

Bibliographie[1].

Die Internationale und der Weltkrieg.

Der Weltkrieg hat zwar keineswegs, wie Viele übereilt urteilen, die organische Einheit der nationalen Glieder innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung zerstört: man geht aber kaum fehl, wenn man feststellt, daß die Form, in der diese Einheit seit einem halben Menschenalter ihren Ausdruck gefunden hat, die zweite Internationale, durch ihn zerschlagen worden ist. Darüber hinaus hat er zudem, soweit man sehen kann, auch auf das innere Gefüge der sozialistischen Parteien in allen Ländern, den kriegführenden ebensowohl wie den neutralen, vielfach zersetzend eingewirkt. Überall ist heftigster Streit darüber entbrannt: ob und in welchem Maße die tatsächliche Haltung der einzelnen Sektionen der Internationale in den vom Krieg erfaßten Ländern mit den Prinzipien des Sozialismus überhaupt und den Beschlüssen der internationalen Kongresse insbesondere übereinstimme oder sich als Untreue gegen sie darstelle; welche Folgen sich daraus für ihr gegenwärtiges und zukünftiges Verhältnis zu einander und zu den Sektionen der neutralen Länder ergäben; wie sie sich fortan zu den Regierungen und zu den anderen Klassen innerhalb des eigenen Staates und Volkes zu stellen hätten?

Die Literatur über all diese Fragen schwillt täglich mehr an. Ich erachte es deshalb als notwendig, ihr — schon der leichteren Übersicht wegen — innerhalb der Bibliographie eine eigene Rubrik einzuräumen und sofort mit ihrer ersten Teilveröffentlichung zu beginnen, da die Stoffüberfülle es unmöglich macht, die Gesamtbibliographie schon in diesem Heft zu bringen.

Angesichts der gegenwärtigen Erschwerungen des Verkehrs, zum Teil auch mit den neutralen Ländern, mußte natürlich auf den Versuch auch nur der Vollständigkeit verzichtet werden. Die folgenden Hefte werden die nötigen Ergänzungen bieten. Ferner habe ich davon abgesehen, Artikel aus Tagesblättern anzuführen, so wichtig manche derselben auch sein mögen; und zwar vornehmlich auch deshalb, weil ich im nächsten Hefte u. d. T. „Die Internationale und der Weltkrieg“, mit der Veröffentlichung beginnen werde einer Sammlung der Kundgebungen der sozialistischen und Arbeiterparteien sowie der Gewerkschaftszentralen aller Länder, die deren grundsätzliche Haltung zum Weltkrieg und zu dessen Rückwirkungen zu kennzeichnen geeignet sind. In dieser Sammlung werden auch programmatisch bedeutsame Artikel aus den ausschlaggebenden publizistischen Organen ihren Platz finden.

CARL GRÜNBERG.

* * *

[1] Die mit † gekennzeichneten Schriften sind bei der Redaktion eingelaufen und werden im nächsten Heft zur Besprechung gelangen.

A. Veröffentlichungen in deutscher Sprache[1]).

Lichtstrahlen. Monatl. Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Hrsg. v. JULIAN BORCHARDT. II. Jhrg. seit 1. X. 1914. Berlin.

Mitteilungs-Blatt des Verbandes der soz.dem. Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Mitteilungs-Blatt des soz.dem. Vereins Stuttgart. (Wöchentlich; seit dem 14. XI. 1914); von Nr. 5 an (16. I. 1915) u. d. T. Der Sozialdemokrat, Mitteilungsblatt für die Mitglieder des soz.-dem. Vereins Stuttgart.

* * *

ADLER FRITZ, Der französisch-belgische Aufruf (Kampf VII, 538/540; VIII, 48).

— Die Sozialdemokratie in Deutschland u. der Krieg (ebda VIII, 33/42).

— Die Sozialdemokratie in Frankreich u. der Krieg (ebda VIII, 63/71).

ADLER MAX, Ferdinand Lassalles 50. Todestag (ebda VII, 482/486).

— Das Prinzip des Sozialismus (ebda VIII, 1/8).

— Zur Ideologie des Weltkrieges (ebda VIII, 115/129).

ARONS, Das Volkswohl (Soz. Monatsh. 1915/I, 217/219).

BEER HEINRICH, Der Krieg u. die Gewerkschaften (Kampf VII, 505/508).

BERNSTEIN EDUARD, Der Krieg, sein Urheber und sein erstes Opfer (Soz. Monatsh. 1914/II, 1015/23).

— Was hat die sozialdemokratische Parteipresse während des Krieges zu tun? (Kampf VII, 497/502).

— Karl Marx und Friedrich Engels in der zweiten Phase des Krieges von 1870/71 (N. Zeit 33/I, 76/79).

BERNSTEIN EDUARD, Der englische Radikalismus und der Krieg (ebda 162/69).

— Demokratie und auswärtige Politik (ebda 417/27).

— Die Demokratisierung der Diplomatie (ebda 550/64).

— Friedrich Engels und die deutsch-französische Frage (ebda 710/17).

— Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg (Kriegsheft II d. Archivs f. Sozialwiss. u. Sozialpol., 267/322).

— Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Berlin, Vorwärts-Buchhandlung 1911. 48 S. (30 Pfg.)

— Dokumente zum Weltkrieg. Hrsg. von. Ebda 1914/15. I. D. deutsche Weißbuch 44 S.; II.—III. D. englische Blaubuch 46 u. 72 S.; IV. D. russische Orangebuch 39 S.; V. D. belgische Graubuch 46 S.; (I—II, IV—V à 30, III 50 Pfg.).

† BLATCHFORD ROBERT, Englands Furcht und Haß (Übersetzung a. d. Engl.: Germany and England, von GUST. GOLDSTEIN). Leipzig O. G. Zehrfeld 1915, 87 S. (1 M.).

BLOCH JOSEF, Der Krieg und die Sozialdemokratie (Soz. Monatsh. 1914/II, 1023/27).

† BORCHARDT JULIAN, Vor und nach dem 4. August. Hat die deutsche Sozialdemokratie abgedankt? Berlin, Verl. d. Lichtstrahlen 1915. 8°. 32 S. (30 Pfg.).

BRAUN ADOLF, Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften (Kampf VIII, 42/47).

---

1) Abkürzungen: Kampf = Der Kampf. — N. Zeit = Die Neue Zeit. — Soz. Monatsh. = Sozialistische Monatshefte.

Braun Adolf, Die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften (N. Zeit 33/I, 80/86; 113/120).
— Die Einheit der Partei und die Gewerkschaften (ebda 749/54).

Crispien, Hörnle, Walcher, Im Kampf um unsere Grundsätze. Tatsachenmaterial z. Gewaltstreich d. Landesvorstandes d. Sozialdem. Württembergs gegen d. polit. Reaktion d. Schwäbischen Tagwacht. Hrsg. von d. Redakteuren. Stuttgart 1914. 32 S. (20 Pfg.)

Cunow Heinrich, Partei-Zusammenbruch? Ein offenes Wort zum inneren Parteistreit. Berlin, Vorwärtsbuchhandlung 1915. 8°. 38 S. (75 Pfg.)

David Eduard, Ludwig Frank ist tot. (Soz. Monatsh. 1914/II, 1061/62).

Deutsch Julius, Krieg und Parteiorganisation (Kampf VII, 501/05).

Diderich Franz, Die Zarengeißel Sturmschrei aus hundert Jahren. Hrsg. von. Berlin, Vorwärts-Buchhandlung 1914. 56 S. (50 Pfg.)
— Ein Beispiel von Kriegsdichtung (N. Zeit 33/I, 373/82).

Eckstein Gustav, Der Fachmann als Laie (ebda 33/37).
— Die Parteitaktik während des Weltkrieges (ebda 385/91; 436/445).
— Stimmungen und Meinungen (ebda 545/550).
— Englands Siegespreis (ebda 705/10).

Engels Friedrich, Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Krieges der Heil. Allianz gegen Frankreich i. J. 1852. Hrsg. von N. Rjasanoff (ebda 265/274; 297/310).

Fendrich Anton, Der Krieg und die Sozialdemokratie. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1915. 8°. 31 S. (50 Pfg.)

Fischer Edmund, Der Sozialismus während des Krieges (Soz. Monatsh. 1914/II, 1128/33).

† Goldscheid Rudolf, Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren. Ein Beitrag zur Soziologie des Weltkrieges und Weltfriedens. Wien-Leipzig, Anzengruber-Verlag Brüder Schuschitzky 1914. II. Aufl. 1915. 71 S. (2 Kr.)

Grünwald Julius, Die „radikale Brotinteressentenverfechtung" (D. Gewerkschaft. Organ d. Gewerksch. Kommiss. Österreichs, 19. I. 1915).

Hammer Josef, Was ist Imperialismus (Kampf VIII, 24/33).

† Haenisch Konrad, Krieg und Sozialdemokratie. Drei Aufsätze. Aus d. „Hamburger Echo" Nr. 280, 286 u. 303. Hamburg, Auer & Co., 1915. 8°. 23 S. (25 Pfg.)

Heine Wolfgang, Sozialistische Landesverteidigung. (Soz. Monatsh. 1914/II, 1122/24.)
— Die deutsche Sozialdemokratie in der Internationale (ebda 1915/I, 1/11).
— Die Einheit der Nation (ebda 117/120).
— Kultur und Nation. Chemnitz, Landgraf & Co. o. J. (November 1914). 8°. 16 S. (15 Pfg.)
— † Gegen die Quertreiber! Dessau, Verl. Volksblatt für Anhalt o. J. (1915). 8°. 40 S. (20 Pfg.)
— und Hildenbrand Karl, Zwei Reden. 1. Die Kriegssitzungen des deutschen Reichstages. 2. Die politische Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie. Stuttgart, Verl. d. „Schwäb. Tagwacht" 1915. 45 S. (20 Pfg.)

Heinemann Hugo, Zur Erklärung der sozialdemokrat. Fraktion im Landtage (Soz. Monatsh. 1915/I, 167/74).

† HEINEMANN HUGO, Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit. Chemnitz, Landgraf & Co. o. J. (1914). 8°. 16 S. (15 Pfg.)

HIRSCH PAUL, Die Kriegstagung des preußischen Landtages (Soz. Monatsh. 1914/II, 1157/64).

HOCH GUSTAV, Unsere Aufgaben nach dem 2. Dezember (N. Zeit 33/I, 513/520).

HOFRICHTER ANTON, Der englische Handelskrieg (ebda 647/659, 684/691).

KALISKI JULIUS, Vergeltungspolitik gegen England (Soz. Monatsh. 1915/I, 123/128).

KAMPFFMEYER PAUL, Die zweite Internationale und der Krieg (ebda 82/86).

— Die dritte Internationale und der Krieg (ebda 128/132).

KAUTSKY KARL, Der Krieg (N. Zeit 32/II, 843/46).

— Die Vorbereitung des Friedens (ebda 876/82).

— Der Imperialismus (ebda 908/22).

— Wirkungen des Krieges (ebda 936/48, 969/82).

— Kriegssitten (ebda 33/I, 65/76, 99/109).

— Die Sozialdemokratie im Kriege (ebda 1/8).

— Die Internationale und der Burgfrieden (ebda 18/19).

† — Die Internationalität und der Krieg. S.A. aus der „Neuen Zeit“. Berlin, Vorwärtsbuchhandlung 1915. 8°. 40 S. (20 Pfg.)

† — Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei 1915. 8°. 80 S. (50 Pfg.)

† KEIL W., Das deutsche Volk im Kriege. Ulm, Volksbuchhandlung 1914. 20 S. (15 Pfg.)

KLOTH EMIL, Weltwirtschaft, Krieg und Gewerkschaften (Soz. Monatsh. 1915/I, 27/33).

Krieg, Der, und die sozialen Pflichten (Korresp.Blatt d. Gener.Kommiss. d. Gewerksch. Deutschlds., 5., 12., 19., 26., IX.; 15. X. 1914).

LAUFENBERG HEINR. und WOLFFHEIM FRITZ, Imperialismus und Demokratie. Hamburg, Selbstverl. 1914. 8°. 48 S. (30 Pfg.)

† — Demokratie und Organisation. Ebda 1915. 8°. 79 S. (50 Pfg.)

LEGIEN CARL, Die Gewerkschaften als Organe des nationalon Wirtschaftslebens (Soz. Monatsh. 1915/I, 165/67).

† LENSCH PAUL, Die Deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie. Berlin, Vorwärtsbuchhandlung 1915. 8°. 64 S. (1 Mk., Agit.Ausg. 40 Pfg.)

LEUTHNER CARL, Ist es noch derselbe Krieg? (Soz. Monatsh. 1914/II, 1213/19).

— Tripelententesozialismus (ebda 1915/I, 78/82).

— Die friedliche Demokratie (ebda 178/84).

LINDEMANN HUGO, Aufgaben und Tätigkeit der Gemeinden im Kriege (Kriegsheft I d. Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol.; 196/266).

MATTUTAT HERM., Jugendwehr und Arbeiterbewegung (Soz. Monatsh. 1914/II, 1240/46).

— Die kommunale Lebensmittelversorgung (ebda 1915/I, 192/98).

MAYER GUSTAV, Die nationale Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie (Süddeutsche Monatshefte Okt. 1914, 56/65).

MEHRING FRANZ, Erinnerung aus dem Kriegsjahre. Ein Wort zum Burgfrieden (N. Zeit 33/I, 9/19).

MEHRING FRANZ, Das Wesen des Krieges (ebda 193/201).

OEHME WALTER, Nationale Solidarität. (Soz. Monatsh. 1914/II, 1124/28).

OPPENHEIMER FRZ., Eine Revision des sozialdemokratischen Programms (Ztschr. f. Polit. VIII, 255/65).

POETZSCH HUGO, Der Krieg und die sozialdemokratische Presse (Soz. Monatsh. 1109/13).

— Der Krieg und die sozialistische Internationale (ebda 1219/27).

QUESSEL LUDW., Das Schicksal unseres Volkes (ebda 1013/15).

— Der Krieg und das britische Weltreich (ebda 1164/70).

— Das Kriegskomplott von 1914 (ebda 1227/33).

— Ein halbes Jahr Weltkrieg (ebda 1915/I, 65/73).

— England und Europa (ebda 228/33).

RENNER CARL, Kriegsfürsorge und Sozialdemokratie (Kampf VII, 486/497).

— Der Krieg und die Wandlungen des nationalen Gedankens (ebda VIII, 8/23).

— Der Krieg und die Internationale (ebda 49/62).

— Sozialistischer Imperialismus oder internationaler Sozialismus (ebda 104/115).

— Die nationale Rechtsidee und die Internationale. Wien, Volksbuchhandlung 1914. 26 S. (50 h.)

— Volksernährung im Kriege. Brünn, Brünner Bezirkskrankenkasse 1914. 35 S. (50 h.)

RJASANOFF N., Marx und Engels über den deutsch-französischen Krieg (Kampf VIII, 129/39).

— siehe ENGELS.

SACHS MAX, Die Schuldfrage (N. Zeit 33/I, 780/83).

SEITZ KARL, Imperialistische oder sozialistische Weltpolitik (Kampf VIII, 97/104).

† Sozialdemokratie, Der Krieg und die (S.A. aus d. „Grütlianer“ v. 31. X., 2., 3., 5., 6. XI. 1914). Zürich, Grütlibuchhandlung 1914. 24 S. (20 cent.)

SPEKTATOR, Friedlicher Imperialismus (N. Zeit 33/I, 481/85).

— Der Krieg und die Probleme der Handelspolitik (ebda 773/80).

STERN JOS. LUITPOLD, Die deutschen Dichter und der Krieg (Kampf VII, 529/38).

STÜHMER HEINRICH, Der Krieg und die deutsche Gewerkschaftspresse (Soz. Monatsh. 1915/I, 86/92.

† Tagwacht, Schwäbischen, Die Vorgänge in der, und ihre Ursache. Hrsg. v. Landesvorstand d. Soz.-Demokraten Württembergs. Stuttgart o. J. (1914). 31 S. 8°. (20 Pfg.)

— siehe CRISPIEN.

† — Der Parteivorstand zum Redaktionswechsel der. Protokoll d. Preßkommiss. über die gemeins. Sitzung am 15. XI. 1914. Stuttgart, C. A. Hammer 1914. 16 S. (20 Pfg.)

TOPALOVITS Z., Dem Andenken Dimitrij Tutzovits (N. Zeit 33/I, 641/646).

† TROTZKY LEO N., Der Krieg und die Internationale. o. O. (Zürich). Verlag: „Borba“ (Der Kampf); Kommiss.Verlag Grütlibuchhandlung o. J. (1914), Gr. 8°. IX–60 S. (50 cent.)

WINNIG AUGUST, Der Krieg und die gewerkschaftliche Internationale (Soz. Monatsh. 1915/I, 11/16).

— Die Kolonien und die Arbeiter (ebda 219/224).

B. Fremdsprachige Veröffentlichungen.

De Tribune. Soc.dem. Orgaan. Orgaan van de Soc.-Dem. Partij (S. D. P.) Amsterdam. Redactie: J. C. Ceton, H. Gorter, W. v. Ravesteijn en D. J. Wijnkoop. (2 mal wöchentlich.)

Weekblad, het. Bijvoegsel van „Het Volk. Dagblad voor de Arbeiderspartij“. Amsterdam. Redactie van F. M. Wibaut en F. van der Goes. (Wöchentlich.)

* * *

† Embden D. van, De oorlog en het kapitalisme. Amsterdam, Scheltema's & Holkema's Boekhandel 1914. Gr. 8°. 116 S.

† Goes Fr. van der, Aan wie de schuld. Een word over de aanleiding tot den oorlog. Amsterdam, A. H. Kruyt 1915. Gr. 8°. 50 S. (10 cent.)

— De brochure van Kuyper (Weekblad, Nr. 295/303).

† Gorter H., Het imperialisme, de wereldoorlog en de socialdemocratie. Amsterdam, Brochurenhandel S.-D. P. o. J. (1914). II. Aufl. 1915. 116 S. (1 fl.; Arbeiterausgabe 10 cent).

Kleerekoper A. B., De S.D. A.P. en de oorlog. Amsterdam, Brochurenhandel de Social-demokr. arb. partij 1914. 24 S. (7 1/2 cent).

Koperberg Sam, Modern utopisme (Weekblad, Nr. 288/289).

Kuyper R., Geen man en geen cent. Amsterdam 1914.

R. A., Het vredes-program der sociaaldemocratie (Weekblad, Nr. 295/296).

† Ravesteijn W. van, Wereldoorlog. Amsterdam, Drukkerij „De Strijd“ 1914. 16 S. (3 cent).

— De oorlog en de Internationale Baarn, Hollandia-Drukkerij 1915.

Roland-Holst Henriette, Het socialistisch proletariaat en de vrede. Amsterdam, J. J. Boos & Co. 1915. 40 S. (15 cent).

Sannes G. W., De internationale gedachte en de oorlog, Veendam, F. Spiekman 1915. 46 S. (12 cent.)

Schaper J. H., De S.D. A.P. en de Anti-Oorlog-Rad. Amsterdam, J. J. Boos & Co. 1915. (7 1/2 cent).

Troëlstra P. J., De wereldoorlog en de sociaal-demokratie. Amsterdam, Brochurenhandel S.D. A.P. 1915. 132 S. (1 fl.)

Waerden Th. van der, De schuld van het kapitalisme aan de oorlog. Ebda 1914.

W(ibaut) F. M., Zijn europeesche oorlogen onvermijdelik? (Weekblad, Nr. 281, 283/284).

W. Th. v. d., De ekonomische wordels van het imperialisme (ebda Nr. 285/286).

Pagine libere. Rivista di critica, di politica e di coltura. Direttore: A. O. Olivetti. Serie III[a]. Milano (je 3 wöchentlich, seit 10. X. 1914).

Crespi Angelo, La crisi europea nelle sue cause profonde. (Critica sociale 1914, 329/3; 345/7; 361/3; 375/9.

Leone E., L'idea di nazionalità e l'avvenire della guerra (ebda 1915, 29/30).

— Riflessioni sulla conflagrazione europea (ebda 1914, 284/7, 295/9).

Bujor M. Gh., Războiul european si socialdemocratia (D. europ. Krieg u. die Soz.Dem.). Bucarest, Cercul de editura socialistă 1914. 16 S. (10 bani.)

R(AKOVSKI) C., Razboaiele. Cauze, consecinte, firşit. (Die Kriege, Ursachen, Folgen, Ende). Ebda 1914. 28 S. (15 bani).

C. O., Războiul. Cauzele si urmörile lui (Der Krieg. Seine Ursachen u. Wirkungen). Sectia Partidului socialdemocrat si comisia locală a sindicatelor. 1914. 16 S.

† DOBROGEANU-GHEREA C., Război si neutralitatea (Krieg u. Neutralität). Bucarest, Socec & Co. 1914. 118 S. (80 bani.)

Golos, Nasch. (La voix). Polit. u. soziales Tageblatt (russisch). Paris, seit 13. IX. 1914; von Nr. 6 (18. IX. 1914) an u. d. T. Golos (Voix). Im ganzen 108 Nr. bis 17. I. 1915 reichend, sodann von der französischen Regierung verboten. Als Fortsetzung erscheint:

Nasche Slovo (Notre parole). Polit. u. soziales Tagblatt (russ.). Paris, seit 29. I. 1915; letzt zugekommene Nr. 39 vom 14. III. 1915.

Jswestija (Bulletin). Hrsg. v. Sekretariat des Organisat. Komittees d. russ. soz.dem. Partei. Zürich. Nr. 1 vom 22. II. 1915.

Mysl (La pensée). Pol., soziales u. literar. Tageblatt (russ.). Paris, seit 15. IX. 1914. Letzt erschienene Nr.: 101 vom 14. III. 1915. Seither von der französischen Regierung verboten.

Nascha Zarja (Unsere Morgenröte. (Russ.). Petrograd. V. Jhrg. Nr. 7–9.

Socialdemokrat (Le Social-Démocrate). Zentralorgan d. russ. sozialdemokr. Partei. Genf. Nr. 33 bis 40 (1. XI. 1914–29. III. 1915).

* * *

BIBIK A., Njet, on nje potoniet (Sie [i. e. die deutsche Soz.Dem.] wird nicht versinken). (Nascha Zarja V, 7/9, 45/46).

LEONOW W., Voina i jeja pritschinij (D. Krieg u. seine Ursachen). Ebda 72/86.

PLECHANOW G. W., O voin (D. Krieg). Paris, Imprimerie „Union" 1915. 32 S. (15 cent.)

P(OTRESSO)W A., Krititscheskije nabroski. Niekotorije kaprižy historij. (Kritische Skizzen. Einige Launen d. Geschichte.) (Nascha Zarja, V, 7/9, 126/129.)

TSCHEREWANJNIN N., Germania perjed wnutrenim krisissom (Deutschland am Vorabend d. inneren Krise). Ebda 88/108.

Nachtrag.

Internationale, Die. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Hrsg. von ROSA LUXEMBURG und FRANZ MEHRING. Düsseldorf, Nr. 1. vom 15. IV. 1915.

Neues Leben. Monatsschrift für sozialistische Bildung. Hrsg. von ROBERT GRIMM und JAKOB LORENZ. Bern. Seit 1. I. 1915.

Der Kommunismus bei Marx.

Von

Max Adler (Wien).

I.

Die Vernunft ist das Zeitlose im Leben der Menschen; darum richtet sie auch so wenig aus in der Zeit, darum kann sie aber auch so oft der Zeit voraus sein und Wahrheiten in einer Zeitenferne verkünden, die vielleicht erst eine andere Zeitenferne verwirklichen wird. Eine solche Wahrheit ist die Idee des Kommunismus. Sie ist ebenso der Traum der Philosophie wie die Hoffnung des Volkes seit den ersten Tagen, da das Denken der einen und das Leiden des anderen sich vor das Problem des rechten gesellschaftlichen Lebens gestellt sah. Von der Zeit an, als mit dem Verfall des agrarischen Urkommunismus der immer schärfer werdende Klassengegensatz einsetzte und nun jener Urzustand eines klassenlosen Lebens, das den Unterschied von arm und reich nicht kannte, sich in das Ideal eines verlorenen goldenen Zeitalters wandelte, — seither hat der Kommunismus noch in allen wirklich revolutionären Volksbewegungen die Rolle des letzten Mittels zur Wiedererlangung dieses Zeitalters gespielt. Und seit das tiefe Denken eines Plato sich diesem ernstesten Problem des menschlichen Lebens zum ersten Male philosophisch zugewendet hatte, wie es möglich wäre, in unserem gesellschaftlichen Leben dieselbe Ordnung und Gerechtigkeit zu schaffen, die nun einmal Lebensbedürfnis des denkenden und sittlichen Geistes ist, hat die Philosophie aller Zeiten bis auf die Tage unseres Fichte keine andere Antwort zu geben gewußt, als die des Kommunismus.

Und in der Tat ist der Gedanke des Kommunismus ein solcher von elementarer Klarheit und bezwingender Logik. Denn

da wir Menschen nun einmal einer nicht ohne den anderen leben können, da wir nur gesellschaftlich zu existieren vermögen, in dieser Tatsache selbst aber kein Grund aufzufinden ist, durch welchen die Existenz des Einen gegenüber jener des Anderen bevorrechtet wäre; da im Gegenteil vielmehr die Zurücksetzung und das Elend eines Teiles der Gesellschaft eine Gefahr für das Glück und die Sicherheit des andern Teiles ist, — warum sollten nicht alle zusammen vorerst das gemeinsam sicherstellen, was alle zum auskömmlichen Leben brauchen, um dann auf dieser Grundlage ein jeder für sich um so sicherer und ungestörter leben zu können?

Die Vernunft zeigte diesen Weg schon im grauen Altertum, aber die Geschichte wird nicht mit Vernunft gemacht. Stärker als diese ist das Interesse; und sobald im Spiele der Interessen die Zustände einmal unvernünftig geworden waren, konnte es nicht mehr verwundern, wenn diejenigen Interessen, denen diese Unvernunft zugute kam, nicht eine Vernunft annehmen wollten, die gegen ihren Bestand gerichtet war. So wurde der Kommunismus ein Ideal der Hungrigen und ein Spott der Satten, eine Rechtsidee im Herzen der Enterbten und eine sträfliche Gesinnung im Geiste der Besitzenden. Genug wenn die Einsichtigsten unter den Letzteren den Kommunismus als eine schöne, aber bodenlose Utopie gelten lassen wollten.

Und allerdings: der Kommunismus war eine Utopie, solange ihm die starken Interessen fehlten, die imstande waren, ihre Macht als reale gesellschaftliche Kraft den entgegengesetzten Interessen gegenüberzustellen. Aber solche starke, geschichtlich wirkende Interessen erwuchsen ihm schließlich in der Entwicklung einer Klasse, die von dem Interesse der Erhaltung der bestehenden Ordnung absolut losgelöst war, weil sie nur eine solche Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft einnahm, daß sie zwar die ganze Last derselben zu tragen hatte, ohne jedoch an ihren Vorteilen teilzunehmen: in der Klasse des Proletariats. In dem Maße, als diese Klasse zum Bewußtsein ihrer sozialen Stellung und Aufgabe erwächst, ändert sich daher die geschichtliche Bedeutung des Kommunismus: aus einer bloßen Idee der Philosophen, aus einer schwärmerischen Sehnsucht der Menschenfreunde, aus einem Notschrei verzweifelter Mengen wird er zu einem Programm einer

sich immer straffer organisierenden Klasse. Der Kommunismus hört auf Chiliasmus zu sein und wird — Politik.

Das war die Situation, die geschichtlich erreicht war, als Karl Marx zu wirken begann. Am Anfang des XIX. Jahrhunderts hatten Fourier in Frankreich und Owen in England den zündenden Gedanken des Kommunismus neu entfacht und bereits sammelten sich um den feurigen Owen in England, um den eifervollen Cabet in Frankreich, um den genialen Weitling in Deutschland die ersten Vortruppen, die den großartigen geschichtlichen Aufmarsch des Proletariats ankündigten. Damals schrieb Marx in einem, sowohl für seine Entwicklung wie für die des modernen Sozialismus höchst bedeutenden Leitartikel der „Rheinischen Zeitung“ zu einer Zeit, als er noch nicht selbst Kommunist war, daß der Kommunismus eine Zeitfrage von höchstem Ernst für Frankreich und England bilde und das von ihm geleitete Streben der Besitzlosen bereits ein Faktum sei, welches in Manchester, Paris und Lyon auf den Straßen jedem sichtbar unterlaufe[1]). Aber dieser Kommunismus war dadurch charakterisiert, daß er, zwar bereits als Ziel einer Massenbewegung gedacht, immer doch noch als eine Forderung der bloßen Vernunft, der wissenschaftlichen Wahrheit dem realen geschichtlichen Leben gegenübertrat, statt unmittelbar als dessen Resultat aus ihm hervorzuwachsen. Immer noch waren es bloß die einzelnen großen Sozialreformer, die gleichsam als Erretter und Befreier der leidenden Menschheit ihr die Parole zuriefen, unter der sich alles sammeln sollte, was da gedrückt war, aber auch alles, was der Vernunft und Gerechtigkeit Geltung verschaffen wollte. So bleibt auch jetzt der Charakter des Kommunismus utopisch, seine Vertreter bleiben Propheten. „An die Stelle der gesellschaftlichen Tätigkeit“, wie es in dem unvergänglichen Dokument heißt, mit welchem dieses Stadium des Kommunismus endgiltig überwunden wird, im „Kommunistischen Manifest“, „muß ihre persönliche erfinderische Tat treten, an die Stelle der geschichtlichen Bedingungen der Befreiung phantastische, an die Stelle der allmählich vorsichgehenden Organisation des Proletariats zur Klasse

1) Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels und Lassalle. Hrsg. von Franz Mehring. I, 275, 276. Stuttgart 1902.

eine eigens ausgeheckte Organisation der Gesellschaft. Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und in die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne".

Es ist die große geschichtliche und theoretische Leistung von MARX, diesen utopischen Charakter des Kommunismus endgiltig beseitigt und an die Stelle der Forderung des Kommunismus die Erkenntnis der notwendigen Entwicklung zu ihm hin gesetzt zu haben. Aus einem bloßen Ideal der Politik verwandelt sich der Kommunismus jetzt in ein notwendiges Ziel der Geschichte, aus einem Aufschwung moralischer Strebungen zugleich in ein Resultat des Kampfes sozialer Kräfte. Es ist die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens, durch welche sich dieser große Wandel in der Auffassung des Kommunismus vollzieht, und diese Erkenntnis ist begründet in der materialistischen Geschichtsauffassung von KARL MARX [1]).

Nirgends deutlicher als hier tritt die große, nur zu oft verkannte Tatsache hervor, daß MARX, trotzdem sein Hauptwerk, „das Kapital", ein national-ökonomisches ist, doch in seiner theoretischen Bedeutung gar nicht erfaßt ist, wenn man ihn nur als national-ökonomischen Denker betrachtet. Seine eigentliche Leistung war eine soziologische: die Aufdeckung des sozialen Mechanismus, die Bloßlegung der gesellschaftlichen Kräfte und ihrer Wirkungsweise, endlich die Aufzeigung der Ursachen und Richtung der Entwicklung. Und dies kommt deshalb nirgends deutlicher als hier am Problem des Kommunismus zum Ausdruck, weil wir in seiner ersten systematischen Begründung, nämlich im „Kommunistischen Manifest", also lange vor der ökonomischen Hauptarbeit von MARX, bereits alle Grundgedanken seiner ökonomischen Kritik finden, sodaß sich die kritische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie dann später im „Kapital" durchgeführt wird, nur als eine Anwendung der theoretischen Einsicht in den geschichtlichen Entwicklungsgang der Gesellschaft überhaupt darstellt.

In der Tat ist ja auch der entscheidende Gesichtspunkt der MARXschen Grundauffassung gegenüber dem Kapitalismus wie

1) Vgl. über den Unterschied von wissenschaftlichem und utopischem Sozialismus: MAX ADLER, Marx als Denker. Berlin 1908. Kap. V.

dem Kommunismus, daß beide als historische Phasen einer großen geschichtlichen Entwicklung aufgefaßt werden, von denen der letztere bestimmt ist den ersteren abzulösen, indem er notwendig aus ihm hervorwächst. Der Standpunkt der Marxschen Lehre gegenüber dem Kapitalismus ist derart vor allem ein genetischer, und darin ist die Überlegenheit seiner Nationalökonomie gegenüber der bürgerlichen begründet. Denn während die bürgerliche Nationalökonomie den Kapitalismus nicht historisch betrachtet, sondern, obgleich sie weiß, daß er nicht von allem Anfang an da war, ihn nun gleichsam als eine erreichte Stabilität der Entwicklung ansieht, als eine Art Endprodukt, das nur in sich noch wechseln, nicht aber über sich hinaustreiben kann, sieht der Marxismus im Kapitalismus bloß ein Stadium in der geschichtlichen Entwicklung, das trotz seiner Jahrhunderte dauernden Geltung vergänglich und eben jetzt in kritischer Wandlung ist. Für den Marxschen Standpunkt ist daher das Problem der nationalökonomischen Gesetzlichkeit ein ganz anderes als für die bürgerliche Nationalökonomie: er sieht in den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht die Gesetze der Gesellschaft selbst, sondern vielmehr nur historische Ausdrücke für eine tiefer liegende allgemeine soziale Gesetzlichkeit. Und hat sich ihm diese Gesetzlichkeit enthüllt als die der materialistischen Geschichtsauffassung, also kurz gefaßt dahin, daß die Art, wie die Menschen durch ihre wirtschaftlichen Lebensverhältnisse miteinander vereinigt oder gegeneinander gestellt sind, das Bewußtsein bestimmt, aus dem heraus sie ihr Leben gestalten, und folgt daraus weiter, daß der Klassenkampf das bewegende Prinzip der Geschichte werden muß, so gewiß, als die Menschen durch ihre wirtschaftlichen Lebensbedingungen in Klassen geschieden werden, so folgt daraus von selbst, daß diese soziologische Grunderkenntnis zur ökonomischen Spezialforschung werden muß, wenn sie den Charakter und die Tendenzen eines bestimmten Zeitabschnittes gesetzlich erfassen will. Die soziale Funktion des Klassengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat kann nur erkannt werden aus dem Verständnis des ökonomischen Verhältnisses, das diese Funktion trägt, des Verhältnisses von Kapitalist und Lohnarbeiter; d. h. die materialistische Geschichtsauffassung mündet, gerade weil sie das Problem der kapita-

listischen Gesellschaft erst als ein historisches möglich macht, in die nationalökonomische Analyse des Warenverkehrs aus, der ja die Seele des Kapitalismus ist.

Aber damit gewinnt sie zugleich noch viel mehr als das bloße Verständnis dieser Geschichtsepoche, nämlich die Einsicht in die Tendenzen, die über ihren jetzigen Zustand hinausführen, und den Ausblick auf die notwendige Gestaltung der nächsten Phase der Entwicklung. Und da erscheint nun der Kommunismus als diese Notwendigkeit. Denn die kapitalistische Gesellschaft erweist sich als der Gipfel der Klassenspaltung. Ihr Wesen besteht darin, immer offensichtlicher eine Produktionsweise notwendig zu machen, in der alle Arbeit stets mehr und mehr aus der vereinzelten Tätigkeit kleiner Produzenten in die vergesellschaftete Arbeit gewaltiger Betriebe übergeführt wird, gleichzeitig aber immer mehr eine Klasse zu erzeugen, die, obgleich sie der eigentliche Träger aller Produktion ist, doch von dem steigenden Nutzen derselben radikal ausgeschlossen bleibt, sofern sie sich nicht selbst einen Teil desselben nimmt. Der Widersinn dieser Organisation der Gesellschaft wird immer deutlicher, je größer und aufgeklärter diese Klasse wird, — das Proletariat. Und es kann keinen anderen Ausweg geben als den, welchen diese Verhältnisse selbst vorgebildet haben: nämlich die Produktion, die bis jetzt trotz ihrer stets wachsenden Vergesellschaftung doch nur zum individuellen Profit der einzelnen Eigentümer der Produktionsmittel bestimmt ist, endlich auch zum gesellschaftlichen Nutzen wirken zu lassen, in dem die Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft übernommen werden und nun zum Nutzen aller statt zum Profit Einzelner arbeiten. Dieser Kommunismus ist also, so sehr er als Forderung einer Klasse auftritt, doch keine bloße Partei- oder Gefühlssache mehr, keine bloße Anrufung idealer Mächte, sondern im Gegenteil das allmählich aber unaufhaltsam fortschreitende Ergebnis realer geschichtlicher Kräfte. Von da aus versteht man die lapidaren Sätze des „Kommunistischen Manifestes“: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassen-

kampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden Bewegung". Und darum will MARX auch die Kommunisten gar nicht als eine Partei angesehen haben. „Die Kommunisten", heißt es in dem eben zitierten Manifest, „sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien". Das war ja das Eigentümliche des früheren Kommunismus, daß er eine Parteisache, ja nur zu oft sogar eine Sektensache wurde. Die modernen Kommunisten können höchstens in dem Sinne eine Partei sein, wie die Anhänger einer wissenschaftlichen Erkenntnis eine Partei bilden. Sie nehmen Partei gegen den Unverstand oder Mißverstand einer notwendigen Entwicklung. Die Kommunisten unterscheiden sich daher von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie, wie das kommunistische Manifest weiter ausführt, „praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder sind; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." Aber sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Kurz, der Kommunismus nach MARX ist gar nichts anderes als die bewußt gewordene historische Aufgabe des Proletariats in der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Indem so die vielgerühmte und viel geschmähte Idee des Kommunismus in den realen Zusammenhang eines gesellschaftlichen Prozesses gestellt wird, ergibt sich von da aus die Möglichkeit einer radikalen Widerlegung aller jener Grundmißverständnisse und Vorurteile, die seit den Tagen des ARISTOPHANES immer wieder dieser Idee entgegengehalten werden. Denn leider scheint ebenso zeitlos wie die Vernunft auch die Unvernunft zu sein, die nur den negativen Vorzug hat, daß, während die Vernunft mit der Zeit doch langsam wächst, die Unvernunft durch alle Zeit dieselbe bleibt. Die neue Auffassung des Kommunismus erlaubt uns erst, zu erkennen, wie alle die geläufigen Einwände genau so unhistorisch, so jeden genetischen Verständnisses der gesellschaftlichen Vorgänge bar sind, wie die bürgerliche Vorstellung der kapitalistischen Welt selbst, aus der sie entspringen und die sie verteidigen. Der Kommunismus wird

nicht mit der Logik der Tatsachen, sondern bloß mit einer sie einseitig abspiegelnden Ideologie konfrontiert, mit der Ideologie des Bürgertums, woraus dann freilich folgt, daß er für dieselbe unsinnig, unmoralisch und unmöglich ist. Es ist also die materialistische Geschichtsauffassung von KARL MARX, die nicht nur den neuen Begriff des Kommunismus ermöglicht, sondern zugleich auch die kritische Analyse seines notwendigen bürgerlichen Mißverständnisses gibt. Und wirklich ist es im höchsten Grade fesselnd, zu sehen, wie bei MARX mit der ersten Entwicklung seiner Geschichtsauffassung zugleich auch sich bereits die Widerlegung der meisten Hauptirrtümer über den Kommunismus vorfindet, indem alle diese Anfeindungen als ebensoviele notwendige Beschränktheiten rein bürgerlicher Ideologie aufgelöst werden. Indem wir im Folgenden auf diese wenig bekannte Verteidigung des Kommunismus durch MARX näher eingehen wollen, werden wir nicht nur für die inhaltliche Bereicherung dieses Begriffes großen Gewinn daraus ziehen, sondern zugleich auch die materialistische Geschichtsauffassung in einer Form bei MARX selbst angewendet sehen, die beweist, wie wenig sie dem geistlosen Popanz entspricht, den ihre Gegner aus ihr machen wollen, nämlich in der Form einer psychologischen Analyse der aus der ökonomischen Situation des Bürgertums hervorgehenden Schranken und Bedingtheiten seiner intellektuellen und moralischen Auffassungsweise.

II.

Die Verteidigung des Kommunismus durch MARX findet sich nicht bloß in den wuchtigen und treffsicheren Argumenten des „Kommunistischen Manifestes", mit welchem dieses einige der gewöhnlichsten Einwände gegen den Kommunismus abwehrt, sondern noch viel eingehender in einer bis jetzt noch sehr wenig beachteten Jugendschrift von MARX und ENGELS, die leider vorläufig nur fragmentarisch veröffentlicht ist, in der gegen MAX STIRNER verfaßten Streitschrift „der h. Max [1])". Der Anlaß hiezu war dadurch gegeben, daß STIRNER in seinem Buch „Der Einzige

1) In den von ED. BERNSTEIN herausgegebenen „Documenten des Socialismus", Bd. II u. ff., Stuttgart 1903.

und sein Eigentum", dessen revolutionäre Bedeutung übrigens von MARX nicht gebührend gewürdigt wurde, in einem Kapitel von dem Kommunismus handelt und denselben als auch eine Art der Selbstentfremdung kritisiert, die den Einzelnen zum Opfer der Gesellschaft machen will. Die MARXsche scharfe und höhnische Kritik dieser Charakteristik des Kommunismus bei STIRNER übersieht, daß STIRNER eigentlich denselben utopischen und bloß humanitären Kommunismus bekämpft, gegen den MARX aufgetreten ist, daß STIRNER im Grunde nur gegen den Kommunismus seiner Zeit ist, weil er noch keinen anderen kannte, insbesonders nicht den von MARX erst entwickelten Kommunismus des Klassenkampfes, den niemand mehr ersehnte, als STIRNER selbst. Aber wie immer dem sei, wir haben es hier nicht mit der Polemik MARXens gegen STIRNER zu tun, sondern mit den gelegentlich derselben von MARX entwickelten Darlegungen und Erläuterungen zum Begriffsinhalt des proletarischen Kommunismus[1]). Versuchen wir also im Folgenden, diese Erörterungen aus ihrer polemischen Verbrämung herauszuschälen und in ihrer Geltung für sich zu betrachten; und da ergibt sich uns eine ebenso überraschende wie reiche Ergänzung des „Kommunistischen Manifestes", die sich im Zusammenhalt mit demselben geradezu zu einer Charakterologie des Kommunismus überhaupt gestaltet. Hiebei wird es zweckmässig sein, die bei MARX zerstreuten Ausführungen nach einem gewissen System zu ordnen.

Die Einwände gegen den Kommunismus lassen sich fast durchwegs auf eine individualistische Oppositionsstellung zurückführen, die mit mehr oder weniger Naivetät wie etwas Selbstverständliches und Unbestreitbares vorangesetzt wird. Sie müssen daher natürlich so lange als unwiderleglich erscheinen, als nicht der Widerspruch dieses individualistischen Vorurteils gegenüber dem sozialen Problem der Gesellschaftsordnung klar aufgezeigt und ins helle Bewußtsein gerückt ist.

Dies beweist sogleich das auch jetzt noch sehr gewöhnliche und beliebte, weil unendlich bequeme Schlagwort gegen den Kommunismus, daß er im Grunde nur Parteisache sei, gegen-

1) Vgl. über STIRNER: MAX ADLER, Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus. Stuttgart 1914. S. 173 ff.

über welcher es eben auch noch andere Standpunkte gebe. Und allerdings: solange der Kommunismus nur aus dem noch so edlen Schwärmen einiger Idealisten oder aus dem noch so achtungswerten Meinen einiger Politiker abgeleitet werden konnte, dem ein eben so edles oder achtungswertes anderes Streben und Meinen entgegengestellt werden konnte, schien der Einwand unabweisbar, daß die Kommunisten einfach ihr Ideal den rechten Gesellschaftszustand nennen, ohne sich auszuweisen, mit welchem Rechte sie dies täten. Euch ist dieses recht, — gut; wir anderen halten es lieber anders. Wie wollt ihr uns das Recht dazu nehmen, das ihr selber für die Freiheit Eures Standpunktes beansprucht? Die Antwort, die MARX auf diese Frage gibt, rückt sofort die Sache aus dem Gesichtswinkel solch individualistischen Räsonnements auf den sicheren Standpunkt gesellschaftlicher Betrachtung, wenn er sagt: „Die heutzutage in der Gesellschaft Gedrückten denken bloß darauf, die ihnen rechte Gesellschaft, die zunächst in der Abschaffung der jetzigen Gesellschaft auf der Basis der vorgefundenen Produktivkräfte besteht, durchzusetzen“ [1]). Mit dieser Antwort ist die Frage nach dem Rechte des Kommunismus durch den Hinweis auf den Klassenkampf erledigt. Und man meine ja nicht, daß auf diese Weise etwa nur die Einflußsphäre des Individualismus geändert sei, indem an die Stelle des Einzelnen als Träger desselben nun die Klasse trete. Diese Anschauung ist nur eine Folge des bürgerlichen Mißverständnisses vom Wesen des Klassenkampfes selbst, der in ihm nur die Summierung des Machtstrebens der Einzelnen erblickt, weil ihm die Gesellschaft überhaupt nichts anderes ist als die bloße Vervielfältigung des egoistischen, und nur aus Interesse oder Vernunft geselligen Individuums. Von diesem Standpunkte aus, der die Vergesellschaftung des Menschen total verkennt, d. h. seine gedankliche Bindung an eine Umwelt von Mitmenschen, welche bewirkt, daß alle seine Interessen zugleich die Form von Rechten und Ideen seiner Interessengruppe annehmen müssen, kann freilich nicht erkannt werden, daß der Klassenkampf in der Geschichte eben niemals bloßer Kampf, sondern stets zugleich Kampf von Rechts- und Moralideen ist, in

1) Sankt Max X, in Documente des Socialismus III, 300.

welche sich die vorhandenen Interessengegensätze umsetzen. In diesem geschichtlichen Prozeß gilt nicht das vermittelnde Wort, was dem einen recht, sei dem andern billig. Sondern im Gegenteil, was jedem billig, nennt er auch sein Recht, und so steht Recht gegen Recht, Moral gegen Moral; nur daß das Recht und die Moral der herrschenden Klasse notwendig immer mehr in Unrecht und in Unmoral kommen muß, eben weil sie herrscht, d. h. weil sie andere von ihr zustehenden Vorrechten ausschließen will und zu diesem Zwecke unterdrücken muß. Trotzdem behält aber die herrschende Klasse in ihrer Sprache die Ausdrücke einer allgemein menschlichen Moral, die sie selbst doch nicht betätigen kann. Dieses ihr zunächst lange Zeit unbewußte Verhältnis wird schließlich sogar manifest, ohne daß jedoch das Bürgertum als Klasse etwas gegen den sich ihm aufschließenden Widerspruch seiner eigenen Rechts- und Moralbegriffe tun könnte, die nun aber leer und unwahr werden. „Je mehr", sagt Marx, „die normale Verkehrsform der Gesellschaft und damit die Bedingungen der herrschenden Klasse ihren Gegensatz gegen die fortgeschrittenen Produktionskräfte entwickeln, je größer daher der Zwiespalt in der herrschenden Klasse selbst und mit der beherrschten Klasse wird, desto unwahrer wird natürlich das dieser Verkehrsform ursprünglich entsprechende Bewußtsein, d. h. es hört auf, das ihr entsprechende Bewußtsein zu sein, desto mehr sinken die früheren überlieferten Vorstellungen dieses Verkehrsverhältnisses, worin die wirklichen persönlichen Interessen als allgemeine ausgesprochen werden, zu bloßen, idealisierenden Phrasen, zur bewußten Illusion, zur absichtlichen Heuchelei herab. Je mehr sie aber durch das Leben Lügen gestraft werden und je weniger sie dem Bewußtsein gelten, desto entschiedener werden sie geltend gemacht, desto heuchlerischer, moralischer und heiliger wird die Sprache dieser normalen Gesellschaft" [1]). Die Bekämpfung des Kommunismus vom Standpunkt der bürgerlichen Moral wird uns daher keinen Augenblick länger aufhalten können. Sie ist nichts anderes als die mehr oder minder feierliche Betonung des bürgerlichen Standpunktes selbst.

---

1) Sankt Max, ebenda IV, 370/371.

Allein in der Frage nach dem Rechte des Kommunismus steckt eigentlich die andere nach dem Rechte der Persönlichkeit. Und hier tritt die anscheinend wuchtigste Anklage gegen ihn auf. In den verschiedensten Formen wird sie erhoben: der Kommunismus vergewaltige die Eigenpersönlichkeit, er schere alle über denselben Kamm, so daß der höher Leistungsfähige dem minder Leistungsfähigen ganz gleichgestellt sei. Er schaffe das Selbsterarbeitete, wohlverdiente Eigentum ab und beraube den Einzelnen um den Genuß seiner besonderen Arbeit. Und überhaupt sehe der Kommunismus nicht, daß, wenn er auch das Wohl aller begründen will, das deshalb noch nicht auch mein Wohl sein müsse. Denn da in der kommunistischen Gesellschaft alle arbeiten müssen, wird z. B. derjenige, dessen Wohl in einer genussreichen Faulheit besteht, in einem solchen Zustand der Dinge auch *sein* Wohl begründet sehen?

Mit Recht antwortet MARX auf alle derartigen Einwände, daß sie auf trivialsten Bougeoisvorstellungen beruhen, daß sie also einer Anschauung entspringen, die unvermögend ist, über die Bedingungen ihrer Klasse hinauszudenken. Der Kommunismus kann niemanden um den Genuß seiner Arbeit bringen, er kann keine Gefährdung des selbsterarbeiteten Vermögens sein, weil im Kommunismus „*die Grundlage dieses ganzen Gegensatzes von Arbeit und Genuß wegfällt*“ [1]). Dieser Gegensatz ist ja ein eminent bürgerlicher, privatwirtschaftlicher, noch dazu aber ein heuchlerischer: als ob in der bürgerlichen Welt wirklich jede Arbeit ihren Genuß hätte und jeder selbsterarbeitete Wert seinem Erzeuger verbliebe! Gerade um die Beseitigung dieses heuchlerischen Scheines handelt es sich im Kommunismus. Während in der bürgerlichen Welt die Arbeit gerade für die überwiegende Mehrzahl ihrer Mitglieder nur eine Last ist, die sie von jedem Lebensgenuß ausschließt und in ihrer Anhäufung als Kapital noch dazu dient, sie in immer drückendere Abhängigkeit von demselben zu führen, wird sie erst in der kommunistischen Welt zu dem, was sie ihrer Funktionsbedeutung nach sein soll, zur Lebensbedingung für alle. Oder, wie das „Kommunistische Manifest“ dies ausdrückt: In der

1) Sankt Max, ebenda III, 315.

bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern". Weit entfernt also, daß der Genuß der Arbeit irgend einem Einzelnen verkürzt würde, handelt es sich gerade darum, diesen Genuß für alle sicher zu stellen.

Und spricht man von dem Ideal einer genußreichen Faulheit, dem der Kommunismus entgegenstände, so bezeichnet Marx diesen Einwand als einen wirklich der gewöhnlichsten Bürgeranschauung angehörigen. Denn er unterstellt die Faulheit, wie sie heute allein möglich ist, also die Faulheit eines Besitzenden, die Faulheit auf Kosten anderer, kurz des Nichtstuers, des Rentiers, — denn wer anders könnte sonst sich dem Ideal einer genußreichen Faulheit in der kapitalistischen Welt hingeben? In dieser Unterstellung übersieht man also ganz die völlig geänderten Lebensbedingungen der kommunistischen Gesellschaft. Wer so denkt, „glaubt also", wie Marx sagt, daß in der kommunistichen Gesellschaft noch Rentiers vorkommen, deren ‚Wohlsein' zu vernichten wäre. Er behauptet, daß das Wohlsein als Rentier ein den Individuen, die jetzt Rentiers sind, inhärentes, von ihrer Individualität nicht zu Trennendes sei; er bildet sich ein, daß für diese Individuen gar kein anderes „Wohlsein" existieren könne, als das, was durch ihr Rentiersein bedingt ist. Er glaubt ferner, die Gesellschaft sei schon kommunistisch eingerichtet, solange sie noch gegen Rentiers u. dgl. zu kämpfen hat. Die Kommunisten machen sich allerdings kein Gewissen daraus, die Herrschaft der Bourgeois zu stürzen und ihr Wohlsein zu zerstören, sobald sie die Macht haben werden. Es liegt ihnen keineswegs daran, ob dies ihren Feinden gemeinsame, durch die Klassenverhältnisse bedingte ‚Wohlsein' auch als persönliches Wohlsein sich an eine borniertenweise vorausgesetzte Sentimentalität adressiert" [1]).

Aber der Kommunismus will das Eigentum abschaffen: heißt das nicht so viel, er will jedem seine persönliche Habe nehmen? Damit die Gesellschaft alles habe, soll keiner mehr etwas für

1) Ebenda III, 316.

sich haben dürfen. Eine allgemeine persönliche Verarmung muß so die Folge sein inmitten gesellschaftlichen Reichtums. Leider findet sich hier eine große Lücke in dem MARXschen Manuskript. Allein der erhalten gebliebene Einleitungssatz läßt uns deutlich die Richtung der MARXschen Auflösung dieses Einwandes erkennen. Wieder handelt es sich um einen rein bürgerlichen Mißverstand oder eigentlich Unverstand, welcher Habe und Privateigentum schlechtweg identifiziert. Statt die bestimmten Verhältnisse des Privateigentums zur Produktion, statt das ‚Haben' als Privatbesitzer, als Rentier, als Commercant, als Fabrikant, als Arbeiter zu betrachten — wo sich das ‚Haben' als ein ganz bestimmtes Haben, als das Kommando über fremde Arbeit ausweist — verwandelt er alle diese Verhältnisse in ‚die Habe'" [1]). Es handelt sich also bei der Abschaffung des Eigentums durch den Kommunismus nicht um die Abschaffung des Habens überhaupt — was ja gar nicht möglich wäre, da nach dem drastischen Spottworte MARXens der Mensch auch in der kommunistischen Gesellschaft z. B. Leibschmerzen „haben" wird, — sondern nur um die Abschaffung einer bestimmten ökonomischen Form dieses Habens, des kapitalistischen Privateigentums, also des Habens der Produktionsmittel. Diese ganz bestimmte Habe, die aber nichts anderes ist als der Einbruch in die Habe anderer, „das Kommando über fremde Arbeit", soll allerdings aufgehoben werden.

Es ist daher nur eine Albernheit, dem Kommunismus zu imputieren, daß er das persönliche Eigentum abschaffen will, während gerade er es ist, der dieses für alle zu erlangen bestrebt ist. MARX zitiert daher auch FOURIER, der schon „hundertmal im Gegensatz zu den bescheidenen Bourgeoismoralisten" gesagt habe, „nicht darin, daß wenige zuviel haben, liege ein soziales Übel, sondern darin, daß alle zu wenig haben". Weit entfernt also, daß man von einer Verarmung der kommunistischen Gesellschaft sprechen kann, hat FOURIER bereits von einer „Armut der Reichen" in der schlechten Organisation der heutigen

1) Ebenda III, 307. — In obigem Satze ist wohl vor die Worte „als Arbeiter" einzuschieben, resp. hinzuzudenken ein Ausdruck wie etwa „im Unterschiede von dem", da sonst der folgende Hinweis auf die fremde Arbeit grammatikalisch nicht stimmt.

Gesellschaft sprechen können. Und „desgleichen heißt es“, wie MARX weiter zitiert, „bereits in der 1839, also vor WEITLINGS Garantien in Paris erschienenen deutschen kommunistischen Zeitschrift ‚Die Stimme des Volkes‘: ‚Das Privateigentum, der vielbelobte, fleißige, gemütliche, unschuldige Privaterwerb tut offenbar Abbruch dem Lebensreichtum“ [1]). Übrigens — um auch die Donner des kommunistischen Manifestes hereintönen zu lassen — „Ihr entsetzt Euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in Eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr wirft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt. Ihr werft uns mit einem Worte vor, daß wir Euer Eigentum aufheben wollen. Allerdings, das wollen wir“. Es ist also klar: die Abschaffung des Privateigentums durch den Kommunismus bedeutet nicht eine Beseitigung des persönlichen Eigentums überhaupt, sondern nur eine Änderung in der gesellschaftlichen Aneignungsweise des Produktes der gesellschaftlichen Arbeit und gerade dadurch eine Schaffung ausreichenden persönlichen Besitzes für jedes Gesellschaftsmitglied.

Hier schmiedet nun die Gegnerschaft gegen den Kommunismus einen neuen Einwand: warum soll ich mich damit begnügen müssen, nur so viel zu bekommen, als ich brauche? Warum soll ich mir nicht im Gegenteil so viel aneignen können, als ich eben imstande bin, zu thun? Auch dieser Einwand ist wieder nur ein Stück engster bürgerlicher Denkweise. Er schiebt, wie MARX sagt, „dem Kommunismus das Brauchen der heutigen Bourgeois unter, er bringt also eine Distinktion herein, die ihrer Lumpigkeit wegen bloß in der heutigen Gesellschaft von Wichtigkeit sein kann“ [2]). Das will sagen: das „Brauchen“ der bürgerlichen Gesellschaft stellt eine Art ewiger Bedürftigkeit und sorgenerfüllter Lumpigkeit in ihr dar, weil es notwendig unbegrenzt ist, da hier aller Besitz und Erwerb ja nur Mittel zu neuem Erwerb ist, zur Mehrwertgewinnung, zur Profiterzeugung, so daß freilich

1) Ebenda III, 307. 2) Ebenda III, 309.

kein Punkt bezeichnet werden kann, an dem jemand sich für so befriedigt finden müsste, daß er nun nichts mehr „brauchte". So ist also das Brauchen in der bürgerlichen Gesellschaft ein unersättlicher Antrieb, der den Grundwiderspruch ihrer Warenproduktion nur widerspiegelt, Nutzgüter zu erzeugen, die aber in erster Linie nicht genutzt, sondern getauscht werden sollen; so auch ist das „Brauchen" eine fortwährende Aneignung von Gütern der Bedürfnisbefriedigung, ohne damit irgend ein Bedürfnis zu befriedigen. Ja, man könnte daher sagen, daß das Brauchen in der bürgerlichen Gesellschaft sich mit Eifer gerade auf das bezieht, was man nicht braucht, nämlich nicht braucht, um als Mensch zu existieren, sondern nur braucht, um als Kapitalist sich zu erhalten. Dieses Brauchen kann es nun in der kommunistischen Gesellschaft nicht geben; damit entfällt aber auch in ihr jeder Antrieb für eine Aneignung über das hinaus, was gesellschaftlich jedem zur ausreichenden Lebensführung sichergestellt ist. Wenn ich habe, was ich zum Leben brauche, wozu sollte ich mir etwas aneignen wollen, was ich nicht brauche, da ich ja keinen Gewinn mehr daraus ziehen kann? Es ist also wieder nur das Verbleiben der Gedanken und Vorstellungen in der alten Welt des Handels und Erwerbes, die das „Brauchen" über das Bedürfnis des Lebens hinaus, das akkumulierende Brauchen gleichsam für eine Wesensbestimmtheit der menschlichen Natur überhaupt ansieht.

Überdies aber vergißt der Einwand, der davon spricht, wenn ich mir nicht so viel sollte aneignen können, als ich hierzu das Vermögen habe, daß dies, wie Marx hervorhebt, „keineswegs von den Einzelnen, sowenig, wie sein Vermögen selbst, sondern auch von den Produktions- und Verkehrsverhältnissen abhängt, in denen er lebt" [1]). Es werden also diese Verhältnisse nicht etwa nur die Möglichkeit und Fähigkeit der Aneignung bestimmen, sondern inbesonders auch die Motive dazu. Und was sollte nun in einer kommunistischen Gesellschaft der Zukunft, aufgebaut auf reichster Entwicklung der Produktion und des Verkehrs und mannigfachster Spezialisierung für eine hoch differenzierte Bedürfnisbefriedigung sich jemand aneignen wollen, wozu ihm nicht ohnedies die Gesellschaft berechtigte?

1) Ebenda III, 307.

Aber soll dann nicht wenigstens der Leistungsfähigere mehr Lohn erhalten wie der minder Begabte? Allein — im Kommunismus gibt es doch keinen Lohn mehr, da es ja auch keine Lohnarbeit mehr gibt, sondern nur gesellschaftliche Bedürfnisse und gesellschaftliche Leistungen, bei denen jeder nach seinen Fähigkeiten an den richtigen Ort gestellt werden wird. Glaubt man ernstlich, daß der Begabtere weniger Arbeit leisten wird, weil er jetzt für die Gesellschaft statt für Lohn arbeitet, weil er jetzt überhaupt nicht mehr arbeiten muß, um sein Leben zu fristen, sondern nur mehr, um sich selbst zu betätigen und hierdurch zugleich seine gesellschaftlichen Pflichten zu erfüllen, — glaubt man dies ernstlich, so heißt das, meinen, daß persönliche Leistung und Lohnarbeit an sich identisch sind, und daß der Mensch von Natur aus die Seele eines Lohnarbeiters, resp. eines Warenhändlers hat. Kurz, die ganze Vorstellung von dem Lohnvorrecht der größeren Leistung, welcher der Kommunismus nicht genüge, existiert nur, wie Marx sagt, weil sie „das Privateigentum in seiner doppelten Gestalt, als Verteilung und Lohnarbeit, wieder in den Kommunismus hineinbringt. Wie schon früher, manifestieren sich hier wieder die allergewöhnlichsten und borniertesten Bourgeoisvorstellungen als Durchschauungen des Kommunismus“ [1]).

Der auf diese Weise überall als bloße Verbrämung des kapitalistischen Geistes entschleierte und zurückgewiesene Individualismus zieht sich nun auf seine stärkste Festung und auf sein eigenstes Gebiet zurück, auf die Bedrohung der Persönlichkeit. Jedenfalls, so meint er, ist der Kommunismus doch ein Eingriff in unsere individuelle Sphäre, ein Raub am Persönlichen, der ein solcher bleibt, auch wenn er im Interesse aller begangen wird. Allein was für ein „Persönliches“, was für eine „Individualität“ ist damit gemeint? „Wenn der bornierte Bourgeois“, sagt Marx, „zu den Kommunisten sagt: ‚indem ihr das Eigentum, d. h. meine Existenz als Kapitalist, als Gutsbesitzer, als Fabrikant und eure Existenz als Arbeiter aufhebt, hebt Ihr meine und eure Individualität auf; indem ihr es mir unmöglich macht, euch Arbeiter zu exploitieren, meine Profite, Zinsen oder Renten einzustreichen,

1) Ebenda III, 314.

macht ihr es mir unmöglich, als Individuum zu existieren; — wenn also der Bourgeois den Kommunisten erklärt, indem ihr meine Existenz als Bourgeois aufhebt, hebt ihr meine Existenz als Individuum auf, wenn er sich als Bourgeois mit sich als Individuum identifiziert, so ist daran wenigstens die Offenherzigkeit und Unverschämtheit anzuerkennen. Für den Bourgeois ist dies wirklich der Fall; er glaubt nur insofern Individuum zu sein, als er Bourgeois ist. Sobald aber die Theoretiker der Bourgeoisie hereinkommen und dieser Behauptung einen allgemeinen Ausdruck geben, das Eigentum des Bourgeois mit der Individualität auch theoretisch identifizieren und diese Identifizierung logisch rechtfertigen wollen, fängt der Unsinn erst an, feierlich und heilig zu werden“ [1]).

Im Grunde genommen beruht der oft gehörte Vorwurf von der Einschränkung der Persönlichkeit durch den Kommunismus auf einem bloßen Spiel mit Worten, wie MARX mit treffender Kritik darlegt. So fragt z. B. STIRNER: ist denn bloß Geld und Gut ein Eigentum oder ist nicht jede Meinung ein Mein, ein Eigenes? Werde also alles Eigentum aufgehoben, so auch alle eigene Meinung. Auf Grund desselben Wortwitzes hat, wie MARX erinnert, schon viel früher DESTUTT DE TRACY den gleichen Einwand gegen den Kommunismus erhoben und hat sich Mühe gegeben, zu erweisen, daß propriété, individualité und personalité dasselbe seien, sowie daß in dem moi auch das mien liege. Mit köstlichem Spott illustriert MARX diese Art, aus synonymen Wortbedeutungen solche Schlüsse zu ziehen, in einem recht amusanten Beispiel. Könnte man nicht etwa auch so räsonieren: „Die Kommunisten wollen unter anderem den Wechsel (lettre de change) beseitigen. Besteht aber nicht gerade im Wechsel (changement) der Hauptweltgenuß? Sie wollen also das Tote, Unbewegte, China — d. h. der vollendete Chinese ist Kommunist. Daher die Deklarationen der Kommunisten gegen die Wechselbriefe und Wechsler. Als ob nicht jeder Brief ein Wechselbrief, ein einen Wechsel konstatierender Brief und jeder Mensch ein Wechselnder, ein Wechsler wäre“ [2])?

In der Tat handelt es sich bei dem ganzen Einwand von der

1) Ebenda III, 362. 2) Ebenda IV, 317/318.

Bedrohung der Individualität durch den Kommunismus um eine Begriffsverwirrung, die freilich tiefer begründet ist, weil sie in der Sprache des bürgerlichen Zeitalters selbst vorbereitet ist. Darauf hat Marx in einer für die Psychologie und Soziologie der Sprache sehr bedeutsamen Bemerkung aufmerksam gemacht. „Der Bourgeois", sagt er, hat es umso leichter, aus seiner Sprache die Identität merkantilischer und individueller oder auch allgemein menschlicher Beziehungen zu beweisen, als diese Sprache selbst ein Produkt der Bourgeoisie ist, und daher wie in der Wirklichkeit, so in der Sprache die Verhältnisse des Schachers zur Grundlage aller anderen gemacht worden sind. Z. B. Propriété, Eigentum und Eigenschaft, property, Eigentümlichkeit, eigen im merkantilischen und im individuellen Sinn, valeur, value, Wert — commerce, Verkehr — échange, exchange, Austausch usw., die sowohl für kommerzielle Verhältnisse wie für Eigenschaften und Beziehungen von Individuen als solchen gebraucht werden". Wenn man aus dieser Zweideutigkeit der Worte national-ökonomische Schlüsse ziehen will, dann kann „man es leicht dahin bringen, eine glänzende Reihe neuer ökonomischer Entdeckungen zu machen, ohne ein Wort von der Ökonomie zu wissen" [1]).

Und wirklich: „dieser ganze theoretische Unsinn, der sein Asyl in der Etymologie sucht, wäre unmöglich, wenn nicht das wirkliche Privateigentum, das die Kommunisten aufheben wollen, in den abstrakten Begriff ‚das Eigentum' verwandelt würde. Hiermit erspart man sich einerseits die Mühe, über das wirkliche Privateigentum etwas zu sagen oder auch nur zu wissen, und kann andererseits leicht dahin kommen, im Kommunismus einen Widerspruch zu entdecken, in dem man in ihm nach der Aufhebung des wirklichen Eigentums allerdings leicht noch allerlei Dinge entdecken kann, die sich unter ‚das Eigentum' subsummieren lassen. In der Wirklichkeit verhält sich die Sache freilich gerade umgekehrt. In der Wirklichkeit habe ich nur insoweit Privateigentum, als ich Verschacherbares habe, während meine Eigenheit durchaus unverschacherbar sein kann. An meinem Rock habe ich nur solange Privateigentum, als ich ihn

1) Ebenda III, 363.

wenigstens verschachern, versetzen oder verkaufen kann. Verliert er diese Eigenschaft, wird er zerlumpt, so kann er für mich noch allerlei Eigenschaften haben, die ihn mir wertvoll machen, er kann sogar zu meiner Eigenschaft werden und mich zu einem zerlumpten Individuum machen. Aber es wird keinem Ökonomen einfallen, ihn als mein Privateigentum zu rangieren, da er mir über kein noch so geringes Quantum fremder Arbeit noch ein Kommando gibt. Der Jurist, der Ideologe des Privateigentums, kann vielleicht noch so etwas faseln"[1]).

MARX begnügt sich jedoch nicht, durch dieses Zurückgehen auf den eigentlichen, ökonomischen Sinn des bürgerlichen Privateigentums recht anschaulich zu machen, wie wenig dasselbe mit Persönlichkeit oder Individualität zu schaffen hat, er geht vielmehr sofort weiter, um zu zeigen, wie im Gegenteil der auf das Privateigentum gestützte, von ihm abhängige persönliche Zustand des Eigentümers einen durchaus unpersönlichen Charakter hat und eine Qualität darstellt, die mit seinen streng persönlichen Eigenschaften und Verdiensten in keiner Weise zusammenhängt. Auf diese Weise entfremdet gerade das Privateigentum nicht nur die Individualität der Menschen, sondern auch der Dinge. Der Grund und Boden hat nichts mit der Grundrente, die Maschine nichts mit dem Profit zu tun. Für den Grundbesitzer hat der Grund und Boden nur die Bedeutung der Grundrente, er verpachtet seine Grundstücke und zieht die Rente ein, eine Eigenschaft, die der Boden verlieren kann, ohne eine seiner inhärenten Eigenschaften, ohne z. B. einen Teil seiner Fruchtbarkeit zu verlieren, eine Eigenschaft, deren Maß, ja deren Existenz von gesellschaftlichen Verhältnissen abhängt, die ohne Zutun des einzelnen Grundbesitzers gemacht und aufgehoben werden. Ebenso mit der Maschine. Wie wenig das Geld, die allgemeinste Form des Eigentums, mit der persönlichen Eigentümlichkeit zu tun hat, wie sehr es ihr geradezu entgegengesetzt ist, wußte bereits Shakespeare:

„Soviel hiervon macht schwarz weiß, häßlich schön,
Schlecht gut, alt jung, feig tapfer, niedrig edel,
Ja dieser rote Sklave . . . er macht den Aussatz lieblich,
. . . Führt der überjährigen Witwe Freier zu . . ."

1) Ebenda III, 362/363.

Mit einem Worte: Grundrente, Profit etc., die wirtschaftlichen Daseinsweisen des Privateigentums sind gesellschaftliche, einer bestimmten Produktionsweise entsprechenden Verhältnisse und ‚individuelle' nur so lange, als sie noch nicht zur Fessel der vorhandenen Produktivkräfte geworden sind" [1]).

Das heißt: sobald einmal das Privateigentum die Gestalt des kapitalistischen Eigentums angenommen hat, in welcher es ebenso eine Fessel der Produktivkräfte ist als durch diese in seiner Entwicklung bestimmt wird, ist es nur mehr eine historisch bedingte Erscheinungsform des gesellschaftlichen Zusammenhanges von Menschen, die aber mit der individualen Beschaffenheit derselben an sich gar nichts zu tun hat, es sei denn, daß sie dieselbe mannigfach beschränkt und unterdrückt. Darum erklärt auch das kommunistische Manifest: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit .... Von dem Augenblicke an, wo die Arbeit nicht mehr in Kapital, Geld, Grundrente, kurz in eine monopolisierbare gesellschaftliche Macht verwandelt werden kann, d. h. von dem Augenblicke an, wo das persönliche Eigentum nicht mehr in bürgerliches umschlagen kann, von dem Augenblicke an erklärt Ihr, die Person sei aufgehoben. Ihr gesteht also, daß Ihr unter Person niemanden anderen versteht als den Bourgeois, den bürgerlichen Eigentümer. Und diese Person soll allerdings aufgehoben werden" [2]).

So zeigt es sich wirklich, wie alle diese Einwände des Individualismus immer wieder auf denselben Denkfehler zurückgehen, den Marx von seinem hier zu glänzenden Entfaltung gelangten Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung leicht aufdecken kann: daß sie unvermögend sind, aus den Schranken der bürgerlichen Begriffe und Anschauungsweisen herauszugehen und so dazu gelangen müssen, „Bourgeoisverhältnisse in persönliche, individuelle zu verwandeln, die man

1) Ebenda III, 363.
2) Ebenda III, 308: „An dem, was dem Bourgeois für „persönlich" gilt, wird der Kommunismus allerdings einen ‚Raub' ausüben".

nicht antasten kann, ohne das Individuum in seiner Individualität, Eigenheit und Einzigkeit anzutasten" [1]).

III.

Aber nun vollziehen die Einwände gegen den Kommunismus einen vollständigen Frontwechsel. Da sie von der Seite des Individuums her mit seiner Bekämpfung nichts ausrichten, so versuchen sie es mit dem Standpunkt der Gesellschaft, von dem aus sie ihn abermals zu kritisieren beginnen. Was mache doch der Kommunismus aus der Gesellschaft für eine allgütige und allmächtige Vorsehung! Wird nicht der Mensch entnervt und um alle seine tatkräftige Energie, diese Quelle jeden Fortschrittes, gebracht, wenn er nun alles „von der Gesellschaft" erwarten soll und darf wie vom lieben Gott? Und täuscht er sich nicht damit über das Maß von Selbstverschulden hinweg, das schließlich der Einzelne an seiner eigenen schlechten Lage hat? Auf der anderen Seite: welche vielzugroßen Anforderungen erhebt nicht der Kommunismus an den Opfermut und an die Hingebungsfähigkeit der Menschen, die für die Interessen der Gesellschaft ihre eigenen hintanstellen sollen! Ja, braucht er nicht im Grunde für diese Gesellschaft ganz neue Menschen an Stelle dieser verderbten aus der kapitalistischen Zeit? Menschen mit idealem Sinn für eine hohe Aufgabe, für ihren Menschheitsberuf, für die Bestimmung des Menschengeschlechtes, und wie alle diese hohen Imperative sonst noch ausgedrückt werden mögen!

In zwei Sätzen von epigrammatischer Schlagkraft enthüllt Marx wiederum das rein bürgerliche, von jeder Entwicklung über den Kapitalismus hinaus abgeschlossene Vorurteil aller dieser Einwände, die unter der kommunistischen Gesellschaft sich nicht das geschichtlich werdende Umwandlungsprodukt des Kapitalismus selbst vorstellen können, sondern immer nur irgend ein künstliches, schwächliches Experiment einer Anzahl von Kommunisten. Der erste Satz lautet: „Die Kommunisten warten nicht darauf, daß ihnen die Gesellschaft irgend etwas gebe, höchstens wollen sie sich selbst eine Gesellschaft geben". Und das andere: „Die Kommunisten wollen nicht der Gesellschaft

1) Ebenda IV, 317.

Opfer bringen, höchstens wollen sie die bestehende Gesellschaft opfern" [1]). Das heißt: die Kommunisten stehen der kommunistischen Gesellschaft nicht gegenüber als einer fremden Macht, die ihnen etwas zu geben oder der sie etwas zu opfern hätten, sondern sie erkennen sich selbst als wirkende Kräfte einer Umwandlung der bestehenden und Neugestaltung der künftigen Gesellschaft. Wer also meint, daß die menschliche Energie darunter leiden könne, wenn jedem sein Auskommen durch eine andere Regelung der Gesellschaft zugeteilt wäre, der übersieht, daß diese andere Gesellschaftsgestaltung ja gerade nur durch die vereinigte Energie aller möglich ist, der verwandelt „die Gesellschaft, ehe sie existiert, in ein Instrument, aus dem er Nutzen ziehen will, ohne daß er und andere Leute durch gegenseitiges gesellschaftliches Verhalten eine Gesellschaft, also dieses Instrument, produziert haben" [2]). Die kommunistische Gesellschaft, die jedem etwas „gibt", und die Kommunisten, die durch ihre gemeinschaftliche Arbeit und Energie sich diese Gesellschaft selbst „geben", sind also gar nicht voneinander zu trennen. Es existiert hier kein Wohltäter und kein bedürftig Empfangender, sondern es ist ja nur die eigene Organisation der Arbeiten und Genüsse der Kommunisten, die ihre Gesellschaft ausmacht. Sie erhalten nichts von der Gesellschaft, was sie sich nicht selbst zuteilen. Die kommunistische Gesellschaft ist also nicht eine Art Himmelsmanna für die in ihr Vereinten, sondern im Gegenteil das Resultat ihrer eigenen Mühe und Arbeit, die freilich um vieles geringer sein wird als die Mühe und Arbeit der kapitalistischen Gesellschaft, weil sie sich auf alle verteilt und im ganzen ökonomisch organisiert ist. Kurz, die kommunistische Gesellschaft ist das Produkt der Kommunisten selbst und daher gerade so karg und gerade so wohltätig für jeden einzelnen, als sie selbst sich dies einrichten werden können.

Und darum braucht man auch keine Angst zu haben, daß für die neue Gesellschaft keine neuen Menschen vorhanden sein würden. Das hieße zu glauben, „daß die kommunistischen Proletarier, die die Gesellschaft revolutionieren, die Produktions-

---

1) Ebenda III, 312. 2) Ebenda III, 312.

verhältnisse und die Form des Verkehrs auf eine neue Basis, d. h. auf sich als die Neuen, auf ihre neue Lebensweise setzen, die Alten bleiben. Die unermüdliche Propaganda, die diese Proletarier machen, die Diskursionen, die sie täglich unter sich führen, beweisen hinlänglich, wie wenig sie selbst die Alten bleiben wollen. Die Alten würden sie nur bleiben, wenn sie die Schuld (sc. ihrer schlechten Lage) in sich suchten; sie wissen aber zu gut, daß sie nur unter veränderten Umständen aufhören werden, die Alten zu sein; und darum sind sie entschlossen, diese Umstände bei der ersten Gelegenheit zu verändern. In der revolutionären Tätigkeit fällt das sich verändern mit dem Umändern der Umstände zusammen"[1]).

In diesen prachtvollen Sätzen, welche die materialistische Geschichtsauffassung in ihrer Bedeutung für das Verständnis der Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein in einer glänzenden und anschaulichen Anwendung zeigen, führt MARX so den Einwand von dem der kommunistischen Gesellschaft angeblich fehlenden neuen Menschengeschlecht auf das zurück, was er ist, auf ein gedankenloses Gerede. Es bleibt ihm verschlossen, daß derselbe Prozeß, der die kommunistische Gesellschaft erstehen läßt, auch die Menschen für diese heranwachsen läßt, weil die kommunistische Gesellschaft ja schließlich nichts anderes ist, als die geschichtliche Tat von Menschen, die sie für ihre Bedürfnisse wollen und schaffen. Daß aber dieses Gerede von den Engeln, die der Kommunismus an Stelle der bösen Menschen von heute angeblich voraussetzt, auch heute noch nicht aufhören will, ja immer noch als ein Haupteinwand gilt, hängt damit zusammen, daß die bürgerliche Vorstellung sich ganz falsche und übertriebene Vorstellungen von dem Maß von Aufopferung und Hingebung macht, welches die kommunistische Gesellschaft angeblich von ihren Mitgliedern wird beanspruchen müssen. Aus der ganz und gar auf die Züchtung des schäbigsten Egoismus gestellten Geistesverfassung des bürgerlichen Existenzkampfes glaubt man, daß an dieser als das eigentliche Wesen des Menschen erscheinenden Klippe des Egoismus aller Kommunismus sich stets werde zu Schanden stossen müssen.

---

1) Ebenda III, 312/313.

An diesem Punkte offenbart sich aber zugleich auch die moralische Heuchelei der bürgerlichen Welt, von der Marx früher schon sprach. Denn während sie die kommunistische Gesellschaft als unmöglich hinstellt, weil sie statt auf den „naturgemäßen“ Egoismus auf die allgemeine Aufopferung aufgebaut sei, verlangt sie gleichzeitig für ihre eigene bürgerliche Gesellschaft diese Aufopferung, diese Unterordnung unter das angebliche Gemeininteresse, die unbedingte Hingabe an das, was sie als Gemeinwohl ausgibt; sie sieht in diesen von ihr stets verherrlichten Bürgertugenden ebensoviele von der Moral gezogene Grenzen für die „Begehrlichkeit“ und den „Eigennutz“ der unteren Klassen. Darum sind es ja gerade die Kommunisten, die gegen die Lügenhaftigkeit der bürgerlichen Ideen von Aufopferung und Unterordnung unter angeblichen Gemeininteressen aufgetreten und ihnen gegenüber die Lebensinteressen des Einzelnen geltend gemacht haben. Schon daraus ergibt sich, daß die Begriffe von Aufopferung und Hingabe an das Gemeinwohl in der kommunistischen Gesellschaft wohl einen ganz anderen Sinn haben müssen als in der bürgerlichen. Wie wenig die Kommunisten geneigt sind, ihre Forderungen auf eine Predigt des Wohlwollens und der Entäußerung zu stützen, erweist Marx durch Berufung auf Cabet, also jenen Kommunisten, „der noch am meisten den Schein haben kann, als appelliere er an das dévoûment, die Aufopferung“. Die zitierten Stellen sind gegen die Angriffe Buchez' auf den Kommunismus gerichtet, mit denen dessen Mangel an Sinn für Aufopferung gerügt wird: ‚Um würdig seine Pflicht (devoir) zu erfüllen (sagt Buchez), bedarf es der Aufopferung (dévoûment)'. Begreife wer kann (erwidert Cabet), welcher Unterschied zwischen devoir und dévoûment. ‚Wir fordern Aufopferung von allen, sowohl für die große nationale Einheit als für die Arbeiterassoziation . . . es ist notwendig, daß wir vereint seien, immer hingegeben (dévoué), die einen für die anderen'. — Es ist notwendig, es ist notwendig, — das ist leicht zu sagen, und man sagt es seit sehr langer Zeit und man wird es noch sehr lange Zeit ohne mehr Erfolg sagen, wenn man nicht auf andere Mittel sinnt! Buchez beklagt sich über die Selbstsucht der Reichen; aber wozu dienen solche Klagen. Buchez erklärt alle die für Feinde, welche sich nicht devouieren

wollen. ‚Wenn, sagt er, durch den Egoismus getrieben, sich ein Mensch weigert, für die anderen sich hinzugeben, was muß man tun? ... Wir werden keinen Augenblick anstehen zu antworten: die Gesellschaft hat immer das Recht, uns das zu nehmen, was die eigene Pflicht uns gebietet, ihn aufzuopfern ... Die Aufopferung ist das einzige Mittel, seine Pflicht zu erfüllen. Jeder von uns muß sich aufopfern, überall und immer. Der, welcher aus Egoismus seine Pflicht der Hingebung zu erfüllen sich weigert, muß hierzu gezwungen werden'. — So schreit BUCHEZ allen Menschen zu: ‚Opfert Euch, opfert Euch. Denkt nur daran, Euch zu opfern! Heißt das nicht die menschliche Natur verkennen und mit Füßen treten? Ist das nicht eine falsche Anschauung? Wir möchten fast sagen, eine kindische, abgeschmackte Anschauung'? (Réfutation des doctrines de l'Atelier, par CABET p. 19. 20)“ [1]).

Der ganze Gegensatz von Egoismus und Aufopferung, von Wahrung persönlicher Interessen entgegen den Allgemeininteressen ist übrigens als gesellschaftliches Phänomen betrachtet eine aus der widerspruchsvollen Sphäre der bürgerlichen Klassengesellschaft ganz notwendig hervorgehende Illusion. Diese Illusion löst sich auf, wenn man in das Geheimnis der bürgerlichen Ideologie eingedrungen ist. „Wie kommt es“, fragt MARX, „daß die persönlichen Interessen sich den Personen zum Trotz immer zu Klasseninteressen fortentwickeln, zu gemeinschaftlichen Interessen, welche sich den einzelnen Personen gegenüber verselbständigen, in dieser Verselbständigung die Gestalt allgemeiner Interessen annehmen, als solche mit den wirklichen Individuen in Gegensatz treten und in diesem Gegensatz, wonach sie als allgemeine Interessen bestimmt sind, von dem Bewußtsein als ideale, selbst religiöse, heilige Interessen vorgestellt werden können“ [2])? Die Antwort liegt schon in der Frage selbst, aber MARX gibt sie auch ausdrücklich an einer früheren Stelle seiner Schrift. „Die Ideen und Gedanken des Menschen waren natürlich Ideen und Gedanken über sich und ihre Verhältnisse, ihr Bewußtsein von sich, von den Menschen, denn es war ein Bewußtsein nicht nur der einzelnen Person, sondern der ein-

1) Ebenda III, 359/360. 2) Ebenda IV, 214.

zelnen Person in Zusammenhang mit der ganzen Gesellschaft und von der ganzen Gesellschaft, in der sie lebten. Die von ihnen unabhängigen Bedingungen, innerhalb deren sie ihr Leben produzierten, die damit zusammenhängenden notwendigen Verkehrsformen, die damit gegebenen persönlichen und sozialen Verhältnisse mußten, so weit sie in Gedanken ausgedrückt wurden, die Form von idealen Bedingungen und notwendigen Verhältnissen annehmen, d. h. als aus dem Begriff des Menschen, dem menschlichen Wesen, der Natur des Menschen, dem Menschen hervorgehende Bestimmungen ihren Ausdruck im Bewußtsein erhalten. Was die Menschen waren, was ihre Verhältnisse waren, erschien im Bewußtsein als Vorstellung von dem Menschen, von seinen Daseinsweisen oder von seinen näheren Begriffsbestimmungen“ [1]). Hierin liegt zugleich der Grund, wieso nun innerhalb dieser Verselbständigung der persönlichen Interessen zu Klasseninteressen „sogar das persönliche Verhalten des Individuums sich versachlichen, entfremden muß und zugleich als von ihm unabhängige, durch den Verkehr hervorgebrachte Macht ohne ihn besteht, sich in gesellschaftliche Verhältnisse verwandelt, in eine Reihe von Mächten, welche es bestimmen, subordinieren und daher in der Vorstellung als „heilige“ Mächte erscheinen“ [2]). Hat man einmal begriffen, „daß innerhalb gewisser, natürlich nicht vom Wollen abhängiger Produktionsweisen stets fremde, nicht nur vom vereinzelten Einzelnen, sondern sogar von ihrer Gesamtheit unabhängige praktische Mächte sich über die Menschen setzen“, dann wird der Gegensatz von Egoismus und Aufopferung im sozialen Verhältnis der Gesellschaftsglieder zu einander als das erkannt, was er ist, als bloße Formen der Vorstellung oder Einbildung, in denen die Menschen ihre Gebundenheit erkennen oder verkennen. Erst dann ist man „überhaupt aus dem Reich der Spekulation in das der Wirklichkeit herabgestiegen, aus dem, was die Menschen sich einbilden, zu dem, was sie sind, aus dem, was sie sich vorstellen, zu dem,

---

1) Ebenda III, 128/129.

2) Schon hier also finden wir den Ansatz zu der berühmten und soziologisch fundamentalen Lehre MARXens von dem Fetischismus der Ware und der ökonomischen Beziehungen überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft.

wie sie sich betätigen und unter bestimmten Umständen betätigen müssen"[1]).

„Selbst in der abgeschmackten kleinbürgerlich deutschen Form", fährt MARX fort, in welcher man an dem ideologischen Ausdruck eines Gegensatzes von persönlichen und allgemeinen Interessen haften bleibt, mußte man „übrigens einsehen, daß die Individuen, wie sie nicht anders konnten, immer von sich ausgegangen sind, und daher beide notierte Seiten (des Egoismus und der Aufopferung) Seiten der persönlichen Entwicklung der Individuen sind, beide durch gleiche empirische Lebensbedingungen der Individuen erzeugt, beide nur Ausdrücke derselben persönlichen Entwicklung der Menschen, beide daher nur im scheinbaren Gegensatz. Was die durch besondere Entwicklungsumstände und durch die Teilung der Arbeit den Individuen zugefallene Stelle betrifft, ob es mehr die eine oder die andere Seite des Gegensatzes repräsentiert, mehr als Egoist oder mehr als Devouierter erscheint, war eine durchaus untergeordnete Frage, die sogar nur dann irgend ein Interesse erhielt, wenn sie innerhalb bestimmter Geschichtsepochen an bestimmten Individuen aufgeworfen wurde. Sie konnte sonst nur zu moraquacksalbernden Redensarten führen"[2]). Kurz, der „Egoist" und der „Aufopfernde" bedeuten innerhalb der bürgerlichen Welt nur Ausdrücke für die Tatsache, in welcher zugleich das Schicksal dieser Welt besiegelt ist, daß persönliche und Allgemeininteressen in ihr notwendig auseinanderfallen, zugleich aber dieser Widerspruch in dem Bewußtsein jedes Klare sich anders spiegeln muß. Das egoistische Interesse der herrschenden Klasse gibt sich als Allgemeininteresse der Gesellschaft aus und verlangt die Aufopferung und Hingabe der Interessen der beherrschten Klasse, die es zugleich als „bloß egoistische" denunziert. Das Klasseninteresse des Proletariates dagegen muß diesem selbst als Allgemeininteresse erscheinen; es verlangt daher gar nicht die Aufopferung des „egoistischen" Interesses, sondern im Gegenteil seine Geltendmachung, nur daß es den Einzelnen über den eigentlichen Inhalt seines Interesses aufklärt.

Übrigens aber ist dieser ganze Gegensatz von Egoismus und

1) Ebenda IV, 214/215. 2) Ebenda IV, 215.

Aufopferung, so schmerzlich er sich auch oft in der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren sich stets verschärfenden Gegensätzen vitaler Lebensbedingungen geltend machen muß, für die völlig geänderte Lage einer kommunistischen Gesellschaft keineswegs noch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung. Und dies deshalb, „weil die Kommunisten weder den Egoismus gegen die Aufopferung, noch die Aufopferung gegen den Egoismus geltend machen und theoretisch diesen Gegensatz weder in jener gemütlichen, noch in jener überschwenglichen ideologischen Form fassen, vielmehr seine materielle Geburtsstätte nachweisen, mit welcher er von selbst verschwindet. Die Kommunisten predigen überhaupt keine Moral. Sie stellen nicht die moralische Forderung an die Menschen: Liebet euch unter einander, seid keine Egoisten etc.; sie wissen im Gegenteil sehr gut, daß der Egoismus ebenso wie die Aufopferung eine unter bestimmten Verhältnissen notwendige Form der Durchsetzung von Individuen ist. Die Kommunisten wollen also keineswegs . . . den „Privatmenschen“ dem „allgemeinen“, dem aufopfernden Menschen zu Liebe aufheben — eine Einbildung, worüber (man) sich bereits in den Deutsch-französischen Jahrbüchern die nötige Aufklärung hätte holen können. Die theoretischen Kommunisten, die einzigen, welche Zeit haben, sich mit der Geschichte zu beschäftigen, unterscheiden sich gerade dadurch, daß sie allein die Schöpfung des „Allgemeininteresses“ durch die als „Privatmenschen“ bestimmten Individuen in der ganzen Geschichte entdeckt haben. Sie wissen, daß dieser Gegensatz nur scheinbar ist, weil die eine Seite, das sogen. „Allgemeine“, von der anderen, dem Privatinteresse, fortwährend erzeugt wird, und keineswegs ihm gegenüber eine selbständige Macht mit einer selbständigen Geschichte ist, daß also dieser Gegensatz fortwährend praktisch vernichtet und erzeugt wird. Es handelt sich also nicht um eine Hegelsche „negative Einheit“ von zwei Seiten eines Gegensatzes, sondern um die materiell bedingte Vernichtung einer bisherigen materiell bedingten Daseinsweise der Individuen, mit welcher zugleich jener Gegensatz samt seiner Einheit verschwindet“ [1]).

1) Ebenda IV, 215/216.

Es wird also natürlich gar nicht in Abrede gestellt, daß auch die kommunistische Gesellschaft an die Aufopferungsfähigkeit ihrer Mitglieder wird appellieren wollen. Aber die Aufopferung selbst hat dann ihren Charakter gründlich verändert. Sie kann jetzt gar nicht mehr als „Opfer“, als Nötigung, als Selbstverläugnung erscheinen, weil sie ja gar nichts anderes ist als die aufs Höchste gesteigerte Anteilnahme an der Gesellschaft selbst, also an dem eigenen Wohl und Wehe. Der Gegensatz von Pflicht und Interesse, der in der bürgerlichen Gesellschaft so häufig ist, wird nun in die Einheit der ungebrochenen Lebensbetätigung der Individuen aufgehoben. Nur der Bourgeois vermag sich eine freie Tätigkeit ohne lohnendes Interesse nicht vorzustellen, sodaß ihm alles, wo er ein solches Interesse nicht klar gegeben sieht, als Selbstentfremdung ansieht. So muß er auch in der Aufopferung eine Selbstverleugnung, eine Interessenvernichtung erblicken. „Im Interesse schiebt der reflektierende Bourgeois immer ein Drittes zwischen sich und seine Lebensäußerung, eine Mauer, die wahrhaft klassisch bei BENTHAM erscheint, dessen Nase erst ein Interesse haben muß, ehe sie sich zum Riechen entschließt“ [1]). Das bedeutet: die Kommunisten werden ihre Arbeit für die Gesellschaft weder als Befriedigung eigennütziger Interessen noch als Aufgabe selbstloser Pflichterfüllung empfinden, sondern einfach als Notwendigkeit ihrer Lebensordnung, die aus ihren bestimmten und klar zu übersehenden neuen Lebensverhältnissen sich ergibt. So ist z. B. das Denken für den Denker, zu dessen Lebenswillen es gehört, keine besondere Pflicht oder Aufgabe. „Wenn du denken willst, so stellst du dir von vornherein die ‚Aufgabe‘ zu denken“. Das ist eine Tantologie, die nur in der subjektiven Vorstellungsweise dem realen Tatbestand eine ideale Forderung aufprägt. „Als Bestimmtes, Wirkliches hast Du eine Bestimmung, Aufgabe, Du magst ein Bewußtsein darüber haben oder nicht“ [2]).

Wenn man also so oft gemeint hat, der Kommunismus sei nur eine neue Form der Ideologie, welcher seine mangelnden realen Grundlagen durch die hohen Gesichtspunkte einer Bestimmung und Aufgabe des Menschen, eines idealen Berufes zur

1) Ebenda III, 312. 2) Ebenda IV, 369.

Höherentwicklung ergänze, so hat man damit nur seine eigene Befangenheit in den Schranken einer unkritisierten Ideologie dargetan. Diese bewirkt freilich, daß man die Vorstellungen von Bestimmung, Aufgabe, Beruf völlig losgelöst von den sie erzeugenden wirklichen Lebensverhältnissen gebraucht und so in ihnen abstrakte Mächte vorfindet, über deren Inhalts- und Machtlosigkeit sich dann trefflich orakeln läßt. „In der Wirklichkeit dagegen, wo die Individuen Bedürfnisse haben, haben sie schon hierdurch einen Beruf und eine Aufgabe, wobei es zunächst noch gleichgültig ist, ob sie diesen auch in der Vorstellung zu ihrem Beruf machen. Es versteht sich indeß, daß die Individuen, weil sie Bewußtsein haben, sich von diesem ihnen durch ihr empirisches Dasein gegebenen Beruf auch eine Vorstellung machen und dadurch Gelegenheit bieten, sich an das Wort „Beruf", an dem Vorstellungsausdruck ihrer wirklichen Lebensbedingungen festzuklammern und diese Lebensbedingungen selbst außer Augen zu lassen. Der Proletarier z. B., der den Beruf hat, seine Bedürfnisse zu befriedigen wie jeder andere Mensch, und der nicht einmal die ihm mit jedem anderen Menschen gemeinsamen Bedürfnisse befriedigen kann, den die Notwendigkeit einer vierzehnstündigen Arbeit zu gleicher Stufe mit dem Lasttier, den die Konkurrenz zu einer Sache, einem Handelsartikel herabdrückt, der aus seiner Stellung als bloße Produktivkraft, der einzigen, die ihm übrig gelassen, durch andere gewaltigere Produktivkräfte verdrängt wird, dieser Proletarier hat schon hierdurch die wirkliche Aufgabe, seine Verhältnisse zu revolutionieren. Er kann sich dies allerdings als seinen „Beruf" vorstellen, er kann auch, wenn er Propaganda machen will, diesen seinen „Beruf" so ausdrücken, daß es der menschliche Beruf des Proletariers sei, dies und jenes zu tun, umsomehr, da seine Stellung ihm nicht einmal die Befriedigung der aus seiner unmittelbaren menschlichen Natur hervorgehenden Bedürfnisse gestattet .... Namentlich unter den bisherigen Verhältnissen, wo immer eine Klasse herrschte, wo die Lebensbedingungen eines Individuums stets mit denen einer Klasse zusammenfielen, wo also die praktische Aufgabe jeder neu aufkommenden Klasse jedem Individuum derselben als eine allgemeine Aufgabe erscheinen mußte, und wo wirklich jede Klasse nur dadurch ihre

Vorgängerin stürzen konnte, daß sie die Individuen aller Klassen von einzelnen bisherigen Fesseln befreite — namentlich unter diesen Umständen war es notwendig, daß die Aufgabe einer zur Herrschaft strebenden Klasse als die allgemein menschliche dargestellt wurde —. Wenn übrigens z. B. der Bourgeois dem Proletarier vorhält, er, Proletarier, habe die menschliche Aufgabe, vierzehn Stunden täglich zu arbeiten, so hat der Proletarier ganz Recht, in derselben Sprache zu antworten: seine Aufgabe sei vielmehr, das ganze Bourgeoisieregime zu stürzen" [1]). Machen also „die Arbeiter in ihrer kommunistischen Propaganda geltend, es sei Beruf, Bestimmung, Aufgabe jedes Menschen, sich vielseitig, alle seine Anlagen zu entwickeln", so äußert sich hierin nur das Bedürfnis des Individuums, „wie es auf Kosten seiner selbst durch die Teilung der Arbeit zerstümmelt und unter einen einseitigen Beruf subsummiert worden ist", anders zu werden und aus dieser Vergewaltigung seiner selbst hervorzugehen. „Was hier unter der Form eines Berufes, einer Bestimmung geltend gemacht wird, ist aber die Verneinung des durch die Teilung der Arbeit bisher praktisch erzeugten Berufs, des einzig wirklich existierenden Berufs — also die Verneinung des Berufs überhaupt. Die allseitige Verwirklichung des Individuums wird erst dann aufhören, als Ideal, als Beruf etc. vorgestellt zu werden, wenn der Weltanstoß, der die Anlagen der Individuen zur wirklichen Entwicklung sollizitiert, unter die Kontrolle der Individuen genommen ist, wie dies die Kommunisten wollen" [2]).

1) Ebenda IV, 368.

2) Ebenda IV, 370. — Hiezu findet sich in einem weiteren von EDUARD BERNSTEIN durch das KARL EISNERsche „Arbeiter-Feuilleton" Nr. 8 von 1913 versendeten Stück des MARX-ENGELSschen Manuskriptes, betitelt „Mein Selbstgenuß" noch die nachfolgende zusammenfassende Stelle: ‚Beruf, Bestimmung, Aufgabe, Ideal' sind, um dies kurz zu wiederholen, entweder:

1. die Vorstellung von den revolutionären Aufgaben, die einer unterdrückten Klasse vorgeschrieben sind; oder

2. bloße idealistische Paraphrasen oder auch entsprechender bewußter Ausdruck der durch die Teilung der Arbeit zu verschiedenen Geschäften verselbständigten Betätigungsweisen der Individuen; oder

3. der bewußte Ausdruck der Notwendigkeit, in der Individuen, Klassen, Nationen sich jeden Augenblick befinden, um durch ganz bestimmte Tätigkeit ihre Stellung zu behaupten; oder

Der Sinn dieser ebenso glanzvollen wie eigenartigen, an sozialpsychologischen Aperçus reichen Kritik, die MARX hier an der bürgerlich-gesellschaftlichen Ideologie übt, an ihren Vorstellungen von Pflichten und Interessen „als von zwei sich ergänzenden Seiten eines Gegensatzes, der bloß der Bourgeoisiegesellschaft angehört“ [1]), und an den damit zusammenhängenden Ideen von Bestimmung, Beruf und Aufgabe „des Menschen“, ist in diesem letzten Gedanken von der unter die Kontrolle der Individuen gestellten Gesellschaft deutlich ausgesprochen. Es besagt, daß die Menschen, wie sie in der kommunistisch geordneten Gesellschaft endlich Herren ihrer ökonomischen Beziehungen werden, nun auch ihr ideologisches Bewußtsein von den Entstellungen und Illusionen bloß bürgerlicher Anschauungsweisen befreien und damit ihrer Selbstentfremdung im Denken und Fühlen ein Ende machen werden. So erst werden sie nun auch geistig und moralisch ihre eigenen Herren sein, weder von den Dingen noch von den Traditionen unterjocht, sondern ihre eigenen Verhältnisse nehmend wie sie sind [2]).

---

4. die in den Gesetzen, der Moral etc. ideal ausgedrückten Existenzbedingungen der herrschenden Klasse (bedingt durch die bisherige Entwicklung der Produktion), die von ihren Ideologen mit mehr oder weniger Bewußtsein verselbständigt werden, in dem Bewußtsein der einzelnen Individuen dieser Klasse als Beruf etc. sich vorstellen können und den Individuen der beherrschten Klasse als Lebensnorm entgegengehalten werden, teils als Beschönigung oder Bewußtsein der Herrschaft, teils als moralisches Mittel derselben. Hier wie überhaupt bei den Ideologen ist zu bemerken, daß sie die Sache notwendig auf den Kopf stellen und ihre Ideologie sowohl für die erzeugende Kraft wie für den Zweck aller gesellschaftlichen Verhältnisse ansehen, während sie nur ihr Ausdruck und Symptom ist“.

1) Sankt MAX, ebenda III, 312.

2) Um ein Mißverständnis zu verhüten, das besonders einer erkenntniskritisch nicht geübten Denkweise nahe liegt, scheint es mir nicht überflüssig, zu bemerken, daß die MARXische Kritik der Ideologie, welche die abstrakten Vorstellungen von Pflicht, Aufgabe, Beruf, Ideal etc. zurückführt auf bloße Bewußtseinsarten des ihnen zugrunde liegenden wirklichen Lebens, natürlich die reinen Formen dieses Bewußtseins in keiner Weise antastet. Gerade im Gegenteil werden diese erneut in ihrer fundamentalen, diese Ideologie erst ermöglichenden Funktion klar herausgestellt. Denn wie wäre es möglich, daß eine Klasse ihre Bedürfnisse sich unter Formen allgemeiner Geltung vorstellen könnte, wie könnte das, was real doch nur als Lebensnotdurft oder Lebensdrang gegeben ist, die Bewußtseinsgestalt einer Pflicht, einer Aufgabe,

IV.

Nach allen diesen vergeblichen Versuchen, die Prinzipien des Kommunismus zu schwächen, die nur ebensoviele Schwächen des eigenen bürgerlichen Standpunktes enthüllen, bleibt nur noch übrig, das Niveau der ganzen kommunistischen Gesellschaft selbst herabzusetzen. Was wird das für eine Gesellschaft sein! Was kann sie sein! — Eine Arbeitergesellschaft, die ihren Stolz und ihre Würde in die Arbeit setzt, als ob dies nicht eine notwendige Last wäre, ja ein Fluch der Menschheit schon von Adams Zeiten her. Und wird trotz alledem am Ende nicht auch in der kommunistischen Gesellschaft keineswegs der Himmel auf Erden sein, sondern auch hier noch immer die Arbeit eine stete Sorge der Menschen bleiben?

Alle diese auch heute noch beliebten „Einwände" sind jedoch nichts als leere, abermals aus den trivialsten bürgerlichen Vorurteilen entspringende Deklamationen. Insbesonders die Phrasen von dem Wert und der Würde der Arbeit sind echt bürgerliche Phrasen, mit denen die kapitalistisch gewordene Welt das Elend

---

eine Ideals annehmen, wenn nicht das Bewußtsein selbst diese reinen Formen als ebensoviele Arten der Auffassungsweise an sich trüge, in welcher allein für die Menschen psychische Erlebnisse, natürliche und gesellschaftliche Erfahrung möglich ist. Kurz, jene apriorischen Elemente des Bewußtseins, die überhaupt erst gesellschaftliche Erfahrung möglich machen (das von mir sogenannte Transzendental-Soziale) ist selbst keine Ideologie, sondern die Grundlage aller Ideologie (vgl. hierzu meine „MARXistischen Probleme". Stuttgart, 1913, spez. Kap. I). Wenn MARX im Zuge seiner obigen Kritik der Ideologie noch an einer weiteren Stelle sagt: „Die von den wirklichen Dingen getrennten Vorstellungen und Ideen der Menschen müssen natürlich auch nicht die wirklichen Individuen, sondern das Individuum der philosophischen Vorstellung, das von seiner Wirklichkeit getrennte, bloß gedachte Individuum, ‚den Menschen als solchen, den Begriff des Menschen' zu ihrer Grundlage haben. Darin vollendet sich sein Glauben an die Philosophie", (Sankt MAX, ebenda IV, 371), so ist damit trefflich jene Philosophie oder besser Metaphysik gekennzeichnet, die auch KANT bekämpft, welche aus dem Wesen des Menschen, aus dem Wesen der Vernunft, aus dem Wesen der Seele ihre für allgemein gültig ausgegebenen Folgerungen zieht, ohne alle diese Begriffe zuerst kritisch auf ihre Grenzen zu analysieren. Der Begriff „des Menschen" erweist sich als ein Denkfehler, sobald er als ein inhaltlich bestimmter für möglich gehalten wird. Er ist dagegen ein notwendiger, sobald er nur mehr auf das geht, was in dem menschlichen Bewußtsein als dieses tragende und bedingende Elemente erkannt wird.

ihrer Arbeitsnot gerne zu verbrämen sucht. Keinem Kommunisten fällt es ein, derartige Begriffe auf die Gesellschaft des Kommunismus anzuwenden. Man höre nur, sagt MARX, jene schon einmal zitierte alte deutsche kommunistische Zeitschrift „Die Stimme des Volkes", die sich über diesen Punkt folgendermaßen vernehmen läßt: „Was heute Arbeit heißt, ist nur ein winzig elendes Stück des gewaltigen, großmächtigen Produzierens; nämlich nur dasjenige Produzieren, welches widerlich und gefährlich, beehrt die Religion und Moral Arbeit zu taufen und unterfängt sich noch obendrein, allerlei Sprüche, gleichsam Segenssprüche (oder Hexensprüche) drüber zu streuen: ‚Arbeiten im Schweiß des Angesichts' als Prüfung Gottes; ‚Arbeit macht das Leben süß' zur Ermunterung u. s. w. Die Moral der Welt, in der wir leben, hütet sich sehr weislich, das Verkehren der Menschen von den amusanten und freien Seiten auch Arbeit zu nennen. Das schmäht sie, obschon es auch Produzieren ist. Das schimpft sie gern Eitelkeit, eitle Lust, Wollust. Der Kommunismus hat diese heuchlerische Predigerin, die elende Moral, entlarvt" [1]).

In der Tat: das Bürgertum kennt die Arbeit nur von ihrer entmenschten, versachlichten Form, in der sie eben Lohnarbeit ist, welche die menschliche Arbeitskraft zur bloßen Ware gemacht hat, während Arbeit als solche doch Lebensbetätigung ist und Lebensgenuß sein kann. Allein, eben „diese Lebensbetätigung", sagt MARX wenige Jahre später nach seiner Streitschrift gegen STIRNER in den Vorträgen über „Lohnarbeit und Kapital", verkauft er an einen Dritten, um sich die nötigen Lebensmittel zu sichern. Seine Lebenstätigkeit ist für ihn also nur ein Mittel, um existieren zu können. Er arbeitet, um zu leben. Er rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr *ein Opfer seines Lebens*. Sie ist eine Ware, die er an einen Dritten zugeschlagen hat. Das Produkt seiner Tätigkeit ist daher auch nicht der Zweck seiner Tätigkeit. Was er für sich selbst produziert, ist nicht die Seide, die er webt, nicht das Gold, das er aus dem Bergschacht zieht, nicht der Palast, den er baut. Was er für sich selbst produziert, ist der *Arbeits-*

---

1) Sankt Max, ebenda III, 314.

lohn, und Seide, Gold, Palast lösen sich für ihn auf in ein bestimmtes Quantum von Lebensmitteln, vielleicht in eine Baumwollenjacke, in Kupfermünze und in eine Kellerwohnung. Und der Arbeiter, der zwölf Stunden webt, spinnt, bohrt, dreht, baut, schaufelt, Steine klopft, trägt usw. — gilt ihm dies zwölfstündige Weben, Spinnen, Bohren, Drehen, Bauen, Schaufeln, Steinklopfen als Äusserung eines Lebens, als Leben? Umgekehrt. Das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett. Die zwölfstündige Arbeit dagegen hat sonst keinen Sinn als Weben, Spinnen, Bohren usw., sondern als Verdienen, das ihn an den Tisch, auf die Wirtshausbank, ins Bett bringt"[1]). Das ist die Arbeit, auf der die bürgerliche Welt beruht und die sie als ihre freie Arbeit rühmt. Sie zeigt zugleich, wie wenig mit der bloß rechtlich-politischen Befreiung des Proletariates gewonnen ist. „Die Arbeit ist frei in allen zivilisierten Ländern; es handelt sich nicht darum, die Arbeit zu befreien, sondern sie aufzuheben"[2]).

Es ist also klar, daß mit der Aufhebung der kapitalistischen Form der Arbeit diese nun endlich auch ihren Sklavencharakter verlieren und wirklich zu dem wird, was sie sein soll, zu dem vernünftigen Mittel ebensowohl der menschlichen Lebensbetätigung wie Lebenserhaltung. Nun erst wird sie Befriedigung des Funktionsbedürfnisses und der Lebensnotdurft zugleich und in Einem, die natürlich nicht mühelos und gewiß auch nicht sorgenlos möglich ist. Aber diese Sorge ist jetzt keine Lebensnot mehr, sondern im Gegenteil eine Anstachelung aller Energien des Denkens und Handelns. Auch sie hat also ganz ihren Charakter verändert. Die bürgerliche „Sorge ist nichts anderes, als die gedrückte und geängstigte Gemütsstimmung, die im Bürgertum die notwendige Begleiterin der Arbeit, der lumpenhaften Tätigkeit des notdürftigen Erwerbes ist. Die „Sorge" floriert in ihrer reinsten Gestalt beim deutschen guten Bürger, wo sie chronisch und immer sich selbst gleich miserabel und verächtlich ist, während die Not des Proletariers eine akute, heftige Form annimmt, ihn zum Kampf um Leben und Tod treibt, ihn revolutionär macht und deshalb keine „Sorge", sondern Leidenschaft

---

1) MARX, Lohnarbeit und Kapital, S. 18. 2) Sankt Max, a. a. O. III, 177.

produziert. Wenn der Kommunismus nun sowohl die Sorge des Bürgers wie die Not des Proletariers aufheben will, so versteht es sich doch wohl von selbst, daß er dies nicht tun kann, ohne die Ursache beider, die „Arbeit“ aufzuheben“ [1]).

So zeigen also auch diese Einwände, die das Niveau der kommunistischen Gesellschaft erniedrigen wollten, uns den eigenen Tiefstand der Gedanken und Anschauungen an, die außer stande sind, sich über das Althergebrachte und Längstgewohnte zu erheben und für die die Geschichte keine Entwicklung ist, sondern ein bloßer Kreislauf, ein gedankenarmes „Alles schon dagewesen“. So schwankte alle bürgerliche Bekämpfung zwischen den Extremen einer banalen Alltäglichkeit des Denkens, die sich die notwendigen Beschränktheiten der bürgerlich-kapitalistischen Zustände überhaupt nicht wegzudenken vermag, und einer ebensolchen banalen Überschwänglichkeit, die nur von einer überirdischen Engelsnatur des Menschen eine Änderung für möglich hält. Beide Male wird die ganz nüchterne und reale Natur des Kommunismus als eines notwendigen Entwicklungsproduktes der Gegenwart verkannt, die zu keinem dieser Extreme einen Anlaß bietet. Beide Male wird verkannt, „daß der Kommunismus eine höchst praktische Bewegung ist, die praktische Zwecke mit praktischen Mitteln verfolgt“ [2]), nicht aber eine phantastische Schwärmerei oder ekstatische Begeisterung der Nächstenliebe. Auf diese Weise muß dann freilich „die reale Grundlage des Kommunismus, nämlich die bestimmte Konjunktur der Verhältnisse unter dem Bourgeoisieregime, beseitigt“ [3]) werden und der ganze Kommunismus „so luftig“ gemacht werden, daß es dann natürlich nicht schwer wird, ebensogut über seine Niedrigkeiten, wie — je nachdem — über seine Sublimierungen herzuziehen. Demgegenüber ist kein anderer Ausweg, als eben auf die wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse eingehen, aus denen der Kommunismus hervorgeht und die er überwinden will, so sehr auch die Beschäftigung mit diesen Dingen dem Hochflug einer sich nur an das „Wesen“ der Erscheinungen haltenden abstrakten und ideologischen Denkweise unter der Höhe ihrer Prinzipien erscheinen mag. Marx spottet denn auch über „die betrübte

1) Ebenda III, 316. 2) Ebenda III, 314. 3) Ebenda III, 357.

Lage, in die die deutschen Theoretiker durch den Kommunismus versetzt worden sind. Sie müssen sich jetzt auch mit profanen Dingen wie Stecknadelfabriken usw. beschäftigen, bei denen sie sich wie wahre Barbaren, wie Ojibbeway-Indianer und Neuseeländer benehmen" [1]).

Dies sind im wesentlichen die Hauptgedanken, mit denen MARX in dem bisher veröffentlichten Teil seiner Streitschrift gegen STIRNER den Kommunismus erläutert, und sie bilden fürwahr eine so glänzende Kette von fruchtbaren Ideen und anschaulichen Vorstellungen, daß man nur dringend wünschen muß, bald auch den noch übrigen Rest veröffentlicht zu sehen, von dem gewiß besonders die Kapitel über „die Gesellschaft", der „Verein" und über „die Religion des Vereines" noch viel Schätzbares enthalten mögen [2]). Man hat der Marxistischen Lehre mit ihrer steten Bekämpfung des Utopismus und ihrer daraus folgenden Ablehnung detaillierter Zukunftsmalerei oft vorgeworfen, daß sie nur negativ sei und keine Anschauung von ihren eigenen Zukunftsplänen habe. Die großartige Reihe prachtvoller Ausführungen, mit denen wir hier MARX den Kommunismus gegen bürgerlichen Mißverstand und Unverstand verteidigen sahen, läßt auch diesen Vorwurf als völlig unbegründet erscheinen. Denn in ihr entfaltet sich zugleich eine solche Fülle packender Charakteristiken einer kommunistischen Gesellschaft, daß sich aus ihnen — besonders noch im Zusammenhalt mit den Ge-

---

1) Ebenda III, 358/359.

2) Vgl. die von EDUARD BERNSTEIN veröffentlichte Inhaltsübersicht über das ganze Manuskript (ebenda III, 67). — Nur der Vollständigkeit halber sei hier noch auf die klassische Besprechung der landläufigen Argumente gegen den Kommunismus bezüglich Zerstörung der Familie, Weibergemeinschaft, Vaterlandslosigkeit, Bildungsfeindlichkeit etc. im „Kommunistischen Manifest" verwiesen. Eine hierher gehörige, sehr aufschlussreiche Stelle über die Ehe findet sich auch in der Streitschrift und sei noch hier angeführt: „Die Bourgeoisie gibt historisch der Familie den Charakter der bürgerlichen Familie, worin die Langweile und das Geld das Bindende sind und zu welcher auch die bürgerliche Auflösung der Familie gehört, bei der die Familie selbst fortexistiert. Ihrer schmutzigen Existenz entspricht der heilige Begriff in offiziellen Redensarten und in der allgemeinen Heuchelei. Wo die Familie *wirklich* aufgelöst ist, findet gerade das Gegenteil statt. Dort existiert der Familienbegriff durchaus nicht, während stellenweise allerdings Familienzuneigung, gestützt auf höchst reale Verhältnisse, gefunden wird".

danken des „Kommunistischen Manifestes“ — ein lebendiges und eindrucksvolles Gemälde der Zukunftsgesellschaft in ihren Grundzügen ergibt. Aber was noch mehr ist, weil hierin zugleich der theoretische Wert dieser Darlegungen begründet ist — dieses Gemälde erscheint nicht etwa bloß als Produkt einer künstlerischen Phantasie oder überhaupt einer willkürlichen Komposition, sondern nur als das mosaikartige Ergebnis ebenso vieler realer Bestimmungsstücke der geschichtlichen Entwicklung selbst. Wir gewinnen diesen Blick in die Zukunft nur, indem wir die Gegenwart schärfer ins Auge fassen. Wir lernen den Kommunismus genauer kennen nur aus dem besseren Verständnis der ökonomischen wie ideologischen Bedingungen und Schranken des Kapitalismus.

Und darin liegt zuletzt, so sehr auch diese Marxischen Polemiken gegen allerlei Verkennung des Kommunismus schon an sich fesseln und reiche Anregung geben, ihre theoretische Bedeutung für den modernen Sozialismus, daß sie an einem großen und entscheidenden Beispiel seine theoretische Grundlage, die materialistische Geschichtsauffassung, in das volle Licht rücken. Denn sie konnten den Kommunismus gar nicht verteidigen, ohne in der bürgerlichen Ideologie den Ursprung aller Vorurteile und Täuschungen über die kommunistische Gesellschaft nachzuweisen und den Grund hierfür aufzudecken in dem eigenartigen Zwiespalt, in welcher die überkommenen traditionellen Anschauungen der Moral, der Sitte und des Rechtes mit den inzwischen mächtig umgewandelten realen Lebensverhältnissen der bürgerlichen Welt geraten sind. Diese Kritik war nur möglich durch die materialistische Geschichtsauffassung von Marx, ja in ihr entwickelte diese sich selbst in einer ersten und großartigen Anwendung, die um so bedeutungsvoller ist, als sie hier wesentlich auf die Analyse psychologischer Zusammenhänge gerichtet ist. Denn damit ist anschaulich gezeigt, wie wenig der gedankenlose Vorwurf gerechtfertigt ist, daß die materialistische Geschichtsauffassung das geistige Leben in der Geschichte, den sogenannten moralischen Faktor, übersehe oder vergewaltige, weil sie ihm gegenüber dasselbe tat wie alle Wissenschaft an ihrem Stoff: daß sie nicht bei dem Augenschein stehen bleibt, sondern ihm in jenen Zusammenhang stellt, in welchem erst seine gesetzmäßige Beschaffenheit und Wirkungsweise erkennbar wird.

Und mit dieser Einfügung des Kommunismus in ein theoretisches System, wodurch er selbst mit der Vorstellung, ein notwendiges Entwicklungsproduckt der kapitalistischen Gesellschaft zu sein, seine revolutionäre Schlagkraft in bis dahin unerreichter Weise erhöhte, verwirklicht sich nun ein anderer Gedanke von MARX. Noch nicht als Anhänger des Kommunismus, aber ihm doch bereits zugewendet durch die Sympathie seines freiheitsdurstigen Wesens hat er damit in fast prophetischer Weise sein eigenes Wirken vorhergesagt. Ich meine jene berühmte Stelle, die MARX in der „Rheinischen Zeitung“ gegen die Anklage wegen kommunistischer Haltung derselben schrieb, als die Welt der Besitzenden zum ersten Male eine tiefere Beunruhigung fühlte über die Versuche der Verwirklichung OWENscher und CABETscher Utopistereien. Damals schrieb er: „Wir haben die feste Überzeugung, daß nicht der praktische Versuch, sondern die theoretische Ausführung der kommunistischen Ideen die eigentliche Gefahr bildet; denn auf praktische Versuche, und seien es Versuche in Masse, kann man durch Kanonen antworten, sobald sie gefährlich werden. Aber Ideen, die unsere Intelligenz besiegt, die unsere Gesinnung erobert, an die der Verstand unser Gewissen geschmiedet hat, das sind Ketten, denen man sich nicht entreißt, ohne sein Herz zu zerreißen, das sind Dämonen, welche der Mensch nur besiegen kann, indem er sich ihnen unterwirft“ [1]). Was MARX hier als die eigentliche Gefahr des Kommunismus für die bürgerliche Welt bezeichnete, seine theoretische Ausführung, das wurde sein Lebenswerk. Und die Dämonen, von denen er hier mit einer Art leidenschaftlichen Sehnsucht spricht, sie sind seiner eigenen, scheinbar so kalten und abstrakten Gelehrtenarbeit entstiegen, um sich Kopf und Herz einer ganzen Welt anzueignen, der Welt der Arbeiter, aber nur, um sie hinüberzuführen in eine neue Welt, in welcher Arbeitersein erst gleichbedeutend sein wird mit Menschsein, in die Welt des Kommunismus. Und darum sammeln sich in diesen Dämonen alle guten Geister der Menschheitsentwicklung.

1) Aus dem literar. Nachlaß I, 278/279.

Der Sozialismus als Ware.

Von

Constantin Jurenew (Bern).

I.

Die moderne Gesellschaftsordnung beruht auf der unbeschränkten Herrschaft von Warenproduktion. Es wird nichts anderes produziert als Waren. Nicht nur die materiellen Güter allein, auch die ideellen erscheinen auf dem Markte in Warenform, und alle Produkte, die der Konsumtion zugeführt werden sollen, müssen zunächst den vollständigen Kreislauf des Warenverkehrs durchmachen. Dieser Umstand ist für das gesamte geistige Leben der modernen Menschheit von grundlegender Bedeutung geworden. Es scheint, daß Marx und Engels die ersten waren, die darauf aufmerksam wurden und es mit gebührender Schärfe hervorhoben. Dies geschah meines Erachtens erstmalig im kommunistischen Manifest, wo es heißt: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seine natürliche Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung' . . . Sie hat die persönliche Würde in Tauschwert aufgelöst . . ., die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres heiligen Scheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt." — Diese Worte entstanden um das Jahr 1848. Sie sind eine prophetische Voraussicht der ganzen späteren Entwicklung des bürger-

lichen Geisteslebens geworden. Die zweite Hälfte des XIX. Jahrhunderts und besonders der Anfang des XX. — mit der mächtigen Anschwellung verschiedener künstlerischer Strömungen, mit der tollen Jagd nach neuen Formen und Ausdrücken, mit dem verzweifelten Kampf zwischen verschiedenen ideologischen Richtungen des Bürgertums, welches gerade zu dieser Zeit auf der Höhe seiner Entwicklung stand — erfüllte die MARXschen Prophezeiungen ziemlich restlos. Der innere Kern, das „Geheimnis“, wie LUDWIG FEUERBACH sagen würde, dieser geistigen Blütezeit war in eben jener Entheiligung der sogenannten liberalen Berufe wie der geistigen Tätigkeit überhaupt und in ihrer immer klarer zutage tretenden Abhängigkeit von der Barzahlung zu suchen. Es wäre in mancher Hinsicht eine reizvolle Aufgabe, die neueste literarische Entwicklung aller europäischen Länder — mit Ausnahme vielleicht Rußlands — vom Standpunkte dieses immer steigenden Überhandnehmens der Warenproduktion auch auf geistigem Gebiet zu untersuchen. Wie die Konkurrenz, die nun einmal die modernen Produktionsverhältnisse beherrscht, sich im Geistigen äußert, und welche Wirkungen sie dort zeitigt, diesem Problem nachzugehen, verspricht die theoretische Erschließung mancher Gebiete des zeitgenössischen Lebens, die bis jetzt noch gewissermaßen in mystische Nebel gehüllt zu sein scheinen. Und vor allem wäre dabei jene interessante und lehrreiche Dialektik der geschichtlichen Entwicklung in Betracht zu ziehen, in deren Folge die Idee gegen ihre eigene Entwicklung zur Ware zu rebellieren anfängt und verschiedentlich anstrebt, diese Evolution sozusagen aufzuscheuchen. Und da es ihr selbstverständlich nicht gelingt, so macht sie diese Evolution von nun an nur noch widerstrebend mit.

Es ist dies eine Tendenz, die man mit besonderer Klarheit speziell im Verlaufe der letzten 15—20 Jahre beobachten konnte; sie nahm die verschiedensten Erscheinungsformen an, aber ihr Wesen blieb stets dasselbe. Der bürgerliche Geist merkte, daß er jene Freiheit, die ihm im Zeitalter der großen Revolutionen blühte, verloren hat, daß er immer mehr und mehr auf den Markt als Schicksalsgenosse anderer Waren hinausgedrängt wird und sich sein Leben ebenso — d. h. denselben Gesetzen unterworfen,

wie beim Verkauf von Stiefelwichse oder Haarpomade — verdienen mußte. Diese Erkenntnis brachte ihn, was nur zu begreiflich ist, vollkommen aus dem Harnisch. Am besten und reinsten drückte sich diese Selbstverleugnung unseres modernisierten Geisteslebens bei dem Wiener Satiriker KARL KRAUS aus. Sein Werk hat in sozialistischen Kreisen noch keine gebührende Würdigung gefunden und, abgesehen von einigen ästhetisierenden Konventikeln, die im Grunde genommen in ihm nur den Ausdruck ihrer eigenen verhaltenen Wut gegen glücklichere Kunstproduzenten schätzen und verstehen, ist KRAUS dem größeren demokratischen Publikum so gut wie unbekannt. Und doch verdient er weitestgehende Beachtung. Nicht nur künstlerisch — dies wäre mehr oder weniger Geschmackssache —, sondern vor allem soziologisch. Denn in ihm hat jene Entwicklung, die das Kommunistische Manifest voraussah, ihren Höhepunkt erreicht, sofern es sich um den bürgerlichen Flügel der modernen Kultur handelt. KRAUS' Kampf gegen heutige Kunst und Künstler, gegen die Presse, gegen jenes Gezücht adjektivistischen Literatentums, das unser Leben zum Abklatsch lügenhaftester Phraseologie macht, ist eben nichts anderes, als die Auflehnung des bürgerlichen Geistes gegen die Wurzeln seiner eigenen Existenz, gegen die Warenproduktion als Grundlage der Kunst, gegen die bezahlte Lohnarbeit als das Geheimnis aller künstlerischen Tätigkeit. KRAUS drückt diese Revolution des entheiligten und zur Ware degradierten Geistes gegen sich selbst am besten aus, und obzwar seine eigene Tätigkeit, genau so wie jede andere, denselben Gesetzen des Marktes unterworfen ist und sogar seine Auflehnung gegen diese Gesetze nichts anderes als eine eigenartige Wirkung der die Produktion der geistigen Waren beherrschenden Konkurrenz ist, hat er doch den überzeugendsten Tonfall gefunden, um das Elend dieser Kunst, die ein Bankgeschäft geworden, und dieses Bankgeschäftes, das sich als Kunst ausstaffieren möchte, zu schildern. Andere, wie HERMANN BAHR, FRANK WEDEKIND, PETER ALTENBERG, merken ja ab und zu die Symptome des Übels ebenfalls, doch ist bei ihnen das Moment der Auflehnung, der Negation der Negation, nicht so klar ausgesprochen, wie bei KRAUS. Einerseits bedauern sie in ihren schwachen Stunden die

vollzogene Negation der Idee durch die Ware, andererseits aber — und dieses gilt hauptsächlich von HERMANN BAHR — fühlen sie sich in dieser ideellen Warenwelt wie der Fisch im Wasser und haben sich als tüchtige Geschäftsleute so gut bewährt, daß ihrer gelegentlichen Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand ein heuchlerischer Beigeschmack nicht abgesprochen werden kann.

Aber nicht nur die Bourgeoisie hat sich mit der soeben geschilderten Entwicklungsstufe der Kopfarbeit abzufinden. Auch ihrem gesellschaftlichen Antipoden, dem Proletariat, bleiben dabei manche Überraschungen, Widersprüche und Schwierigkeiten nicht erspart. Denn in dem Maße, in dem die gesamte geistige Tätigkeit der Gesellschaft durch das Gesetz der Warenproduktion beherrscht zu werden anfängt, wird auch das geistige Schaffen der Arbeiterklassen, die doch innerhalb derselben Gesellschaftsordnung sich bewegt wie die Bourgeoisie, von den veränderten Verhältnissen aufs entschiedenste beeinflußt. Da gibt es kein Entrinnen. Die Kunst, einer bestimmten Gesellschaftsform anzugehören und ihre Lebenstendenzen nicht mitzumachen, ist noch nicht entdeckt. Und dort, wo jede Idee, jeder Gedanke überhaupt zur Ware gestempelt wird, sich nur in dieser Eigenschaft, d. i. nur als Ware unter ihresgleichen hinauswagen darf, wird auch der Sozialismus über lang oder kurz eine Ware und muß sich auf das Hineingezogenwerden in den Prozeß der Warenzirkulation, der dem gesamten Gesellschaftsorganismus sein Gepräge gibt, gefaßt machen. Daraus entspringen mancherlei Probleme, denen wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen. Wenn es uns auch nicht gelingen kann, dieselben zu erschöpfen, was selbstverständlich nicht einmal beabsichtigt ist, so hoffen wir doch, einige Anhaltspunkte zu gewinnen, um ihre Bedeutung zu würdigen und ihrer Lösung wenigstens vorzuarbeiten.

II.

Schon in den äußerlichen Schicksalen des modernen Sozialismus bemerken wir einige Wendungen und Fügungen, die auf das Heranbrechen neuer Zeiten hinweisen. Jedoch ist diese, äußerliche, Seite unseres Problems ziemlich leicht zu erfassen, bedarf

daher keiner besonderen theoretischen Formulierung. Es ist wohl ohne weiteres einleuchtend, daß die sozialistische Bewegung, je mehr sie anschwellt, um so zwingender sich veranlaßt sieht, bezahlte Hilfskräfte zu verwenden, um ihre mannigfaltigen Agenden bewältigen zu können. Eine wohlgeschulte Angestelltenarmee entsteht so, für die der Sozialismus nicht nur Berufung, sondern zugleich Beruf ist, die von ihm lebt und für die er ein Erwerbszweig geworden ist. Mit der wachsenden Bedeutung der Parteipresse, der Parteiämter und der gewerkschaftlichen Organisationen wächst zugleich auch die Schicht dieser Arbeiter, für die der Sozialismus eine Überzeugung, zugleich aber auch eine Ware ist. Beruflich sind sie vollkommen allen andern Schichten der Gewerbtreibenden gleichzustellen und speziell jenen, deren soziale Verwendung sich in der Form von geistiger Lohnarbeit manifestiert.

Diese Feststellung, die eben nur eine Feststellung und nichts anderes ist, soll beileibe nicht als Vorwurf aufgefaßt werden. Es handelt sich um eine Tatsache. Die anarchistische Gefühlsduselei pflegt sich seit einiger Zeit, namentlich nachdem so ziemlich alle anarchistischen Einwände gegen den wissenschaftlichen Sozialismus im Sand verlaufen sind, in wilden Flüchen gegen das sogenannte Beamtentum in der Partei auszutoben. Es öffne — so beiläufig lauten diese Deklamationen — Tür und Tor der schlimmsten Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung. Man züchte keine Sozialisten mehr, sondern Leute, denen es nur um ein gesichertes Einkommen zu tun sei, und was dergleichen Redensarten mehr sind.

Nun, diese Gedankengänge sind, soweit sie nicht bewußter Verdrehungssucht entspringen, reinster Utopismus und Überreste jener Periode der sozialistischen Bewegung, die den Hemmschuh der Sektiererei noch nicht abzustreifen vermochte. Es liegt auf der Hand, daß innerhalb einer Gesellschaft, die auf Lohnarbeit beruht und in der keine Konsumtion ohne vorangegangene Warenproduktion stattfinden kann, derjenige, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit in den Dienst der Arbeitersache stellt, um zu leben, seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muß. Und da diese Arbeitskraft die Form sozialistischer Überzeugungen hat, wie die Arbeits-

kraft des Webers z. B. in der von Leintüchern erscheint, so wird die sozialistische Arbeit unvermeidbar Lohnarbeit und ihre Produkte — Waren. Ein einziger Unterschied wäre vielleicht — vom subjektiven Standpunkte des Produzenten — zu betonen: daß es ungemein anziehender ist, seine Arbeitskraft in Form sozialistischer Überzeugung zu verkaufen, als in irgend einer andern Form. Jedenfalls hat der Sozialismus gar keine Ursache, außer Rand und Band zu geraten, sobald er diesen Warencharakter seiner gegenwärtigen Erscheinungsform erkennt. Er weiß, daß das eine bedingte und vergängliche Form ist —, im Gegensatz zu der bürgerlichen Erkenntnis, die sich an den babylonischen Ufern ihrer Warenform deshalb so rebellisch gebärdet, weil sie keine Möglichkeit sieht, ihr zu entrinnen.

In diesem Zusammenhang sei noch auf eine andere Begleitungserscheinung hingewiesen, die dem als Ware auftretenden Sozialismus anhaftet. Es handelt sich um jene Fälle, in denen die geistige Arbeitskraft ihre sozialistische Überzeugung nicht unmittelbar in der Partei oder in ihrem Auftrag verkauft, sondern sie frei und nur auf das Vorhandensein einer entsprechenden Nachfrage gestützt auf den Markt bringt. Diese Fälle gewähren den besten Einblick in die Mysterien des geistigen Schaffens, das nicht nur von der inneren Gesetzmäßigkeit der Idee, sondern auch von der ökonomischen Notwendigkeit des Marktes abhängig ist.

Wir sehen, daß eine ganze Klasse geistiger Produzenten entstanden ist, die in „Sozialismus“ arbeitet, und diese neue Ware, deren Absatzmarkt mit der steigenden Flut der Arbeiterbewegung immer größer wird, fällt schließlich ebenso wie alle anderen Waren den Gesetzen der freien Konkurrenz anheim. Die Erscheinungen, die dabei zutage treten, sollen weiter unten eingehender erwähnt werden, hier sei nur auf folgendes hingewiesen.

Jene Achtung, oder vielmehr Beachtung, die die sozialistische Bewegung im Laufe der Zeit ihren Gegnern abringt, beruht nicht auf ihrer steigenden Macht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, sondern ausschließlich und allein auf dem Wachstume ihres Warencharakters. Denn die wachsende Kraft einer Bewegung, die gegen die Existenzbedingungen der modernen Gesell-

schaft gerichtet ist, kann nur immer stärkere Wutausbrüche ihrer Machthaber auslösen. Und dies tut sie auch in reichlichem Maße. Aber jene Stimmung der Bourgeoisie und ihrer Vertreter, welche in der soeben erwähnten „Beachtung" der Arbeiterbewegung gipfelt, beweist nichts anderes, als daß die Produkte sozialistischer Kopfarbeit in den Bereich der Warenzirkulation eingetreten sind. Sofern der Sozialismus als Ware auftritt oder, vulgär gesprochen, sofern er seinen Mann nährt, kann ihm die bürgerliche Gesellschaft, deren allgemeine Gottheit die Warenform der Güter ist, eine gewisse Anerkennung nicht absprechen. Sie verabscheut ihn als ihren Feind, aber sie kann seine Warenform nicht verabscheuen, ohne zugleich den der Ware als solcher schuldigen Respekt zu verletzen. Diese und keine andere Bewandtnis hat es mit dem sogenannten Gerechtigkeitssinn der Gegner des Sozialismus, der die „Bedeutung" der gesunden Seiten der sozialistischen Bewegung zu würdigen vorgibt. Diese „gesunden Seiten" sind eben die Erwerbsmöglichkeiten, die sie ihren Anhängern eröffnet. Und jede Erwerbsmöglichkeit ist der bürgerlichen Anschauungsweise schon an und für sich heilig.

Aber in ihrer Warenform hat die sozialistische Ideologie noch manche andere Prüfung zu bestehen. Vor allem bekommt auch sie jenes Mißverständnis zu spüren, das überall im Bereiche der Warenproduktion herrscht: das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion. Dies äußert sich auf doppelte Art: das eine Mal akut, in der Form von Überproduktion; das andere Mal chronisch, als ständiger Interessengegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten.

Die „sozialistische Überproduktion" tritt erst auf einer sehr vorgeschrittenen Entwicklungsstufe der Bewegung in Erscheinung. Sie bedeutet soviel, als daß mehr Sozialismus produziert wird, denn konsumiert werden kann. Jene freie schriftstellerische Konkurrenz, von der wir oben sprachen, beginnt den Warenmarkt mit ihren Erzeugnissen zu überschwemmen. Zugleich fängt auch das Bürgertum an, sich für die neue Ware und das durch sie erschlossene Arbeitsgebiet zu interessieren. Es versucht, sich dieselben nutzbar zu machen —, eine Parallelerscheinung zu dem Triebe, auch auf ökonomischen

Gebieten fremde Märkte sich anzueigenen. Somit fängt das Bürgertum an, die sozialistischen Fragen von s e i n e m, d. h. vom bürgerlichen Standpunkte zu bearbeiten. Kurzum, diese Überproduktion führt, wie jede andere, zu K r i s e n. Und zwar sind also solche vornehmlich die bekannten Erscheinungen des Revisionismus, Ministerialismus, Anarchismus zu betrachten. Wir werden ihnen übrigens weiter unten nochmals begegnen.

Andererseits wirkt der ständige Interessengegensatz zwischen Konsumenten und Produzenten auf dem Gebiete der sozialistischen Theorien dahin, daß man ihn allgemeiner als einen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, oder zwischen Proletariern und Akademikern aufzufassen geneigt ist. Insofern dabei nicht jene erste, akute Erscheinungsform gemeint wird, ist diese Auffassung irrig. Nicht Theorie und Praxis überhaupt kommen hier in Betracht, sondern jene, das ganze ökonomische Leben beherrschende Tatsache, daß der Konsument als solcher sich in Opposition gegen den Produzenten stellen zu müssen glaubt.

Während der Diskussion über den Massenstreik auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß im Jahre 1905 ließ sich ein Redner unter anderem zu folgender Beweisführung hinreißen: „Unsere Literaten setzen sich ja hin und schreiben . . . Die Literaten mögen ja tun, was sie wollen, aber der Arbeiterbewegung leisten sie keinen guten Dienst . . .“ Und dann ein anderesmal wieder: „Wenn die Massen instinktiv sagen, wir müssen kämpfen, dann ist die Zeit gekommen, wo wir den Kampf wagen können. Darüber kann man so viel reden wie man will, man kann so viel schreiben wie man will, es nützt alles nichts, zuletzt liest es ja niemand mehr.“

Diese Worte sind die beste Illustration für das eben Gesagte. Zunächst erscheint ja die, allerdings etwas humoristisch gefärbte, Verbissenheit unseres Gewährsmannes gegen redende und schreibende Leute vollkommen unbegreiflich. Man ist sonst gewohnt, derartigen Ausfällen in ganz anderen politischen Kreisen zu begegnen. Aber vom Standpunkte der modernen Warenproduktion betrachtet, verlieren diese Rodomontaden ihren überraschenden Charakter. Das Geheimnis ist sehr leicht zu lösen. Der Konsument betrachtet die ihm angebotene Ware als von seinen Bedürf-

nissen und Wünschen abhängig. Der Produzent hat sich nach der Nachfrage zu richten. Die Ware ist käuflich und verkäuflich, und für sein gutes Geld erwartet der Abnehmer möglichst zuvorkommende Bedienung. Aber in diesem spezifischen Falle kommt er sehr schlecht an. Der Produzent ist seinerseits bestrebt: ihm eine bestimmte Warensorte aufzuzwingen, nicht sich der Nachfrage zu fügen, sondern im Gegenteil die Nachfrage seinen eigenen Wünschen gefügig zu machen. Auch versucht er, die Nachfrage durch ausgedehnte, und durch Massenproduktion zu erweitern; und da dieses Mittel allein auf die Dauer nicht genügen kann, so entsteht schließlich ein unvermeidlicher Konflikt, den wir in anderen Formen auch auf sonstigen Gebieten der wirtschaftlichen Tätigkeit beobachten können. Hinc illae irae. Daher findet ein Ausfall gegen das sozialistische Schrifttum, wie der zitierte, Zustimmung in entsprechenden Konsumentenkreisen.

III.

Hiermit kann man die Untersuchung über die formelle Seite unseres Problems abschließen. Auch sind wir ja bereits unmerklich mehr auf das Gebiet seiner innern, inhaltlichen Bedeutung übergegangen, und dieser wollen wir uns nunmehr endgültig zuwenden. Daß die Lohnarbeit sich den Gesetzen der Warenproduktion fügen muß, auch wenn es sich um eine auf Erzeugung sozialistischer Idealgüter gerichtete Arbeit handelt, bedarf keiner weiteren Beweisführung. Aber die eigentliche Schwierigkeit beginnt erst, wenn wir die Frage aufwerfen: wie sich diese Umwandlung in dem Gebrauchswerte der Ware widerspiegelt.

In Parenthese sei bemerkt, daß diese Frage nur auf dem Gebiete der Kopfarbeit für die theoretische Ökonomie in Betracht kommt. Nur dort entsteht ein Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Tausch- und Gebrauchswert, so daß jener diesen unmittelbar beeinflußt.

Auch die sozialistische Weltanschauung muß wohl in dem Maße, in dem sie durch die gesellschaftlichen Verhältnisse zur Ware gestempelt wird, eine Einwirkung ihres so entstehenden Tauschwerts auf ihren Gebrauchswert oder innern Inhalt ver-

spüren. Wie läuft dieser Prozeß ab? Worin besteht seine eigentliche Triebkraft?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns zunächst an analoge Verhältnisse auf sonstigen Wirtschaftsgebieten halten. Beobachten wir die inneren Tendenzen irgend eines Produktionszweiges, so bemerken wir, daß ihm ein Streben innewohnt, sich vor allem die Absatzmöglichkeit zu sichern. Jeder Produktionszweig kann nur dann entstehen und sich entwickeln, wenn er nicht Eingriffen äußerlicher Gewalten ausgesetzt wird, die seine Existenz zu vernichten drohen. Als Ware, als Erwerbszweig, als Gebrauchsartikel strebt auch der Sozialismus nach Stabilität. Vorbei sind jene ersten sturm- und drangvollen Zeiten, jene Perioden fortwährender Erschütterungen, die zu Beginn der sozialistischen Bewegungen deren Dasein unterbrochen und sie in kein ruhiges Gleis kommen ließen. Was jetzt unmittelbar gefordert wird, ist Ruhe und Möglichkeit ungestörter Weiterentwicklung. Jede Tätigkeit, die diesem Bedürfnis widerspricht, wird verpönt. Der Warenproduzent, der für den sozialistischen Bedarf arbeitet, sieht sich durch jede Möglichkeit einer Katastrophe unmittelbar bedroht, er kann seine Produktion nicht mit der erforderlichen Sicherheit einrichten, und so erscheint es ihm vor allem notwendig, jedes Geschäftsrisiko möglichst auszuschließen oder wenigstens einzuschränken. Das Verhältnis von klandestiner Bewegung zur legalen Partei wird hauptsächlich durch diese Umstände beherrscht. Im Momente, wo sich der Sozialismus nach sicheren Produktionen und Absatzmöglichkeiten zu sehnen anfängt, sieht er sich gezwungen, die Legalität als seinen Verbündeten anzurufen, und unter ihrem Schutze bekommt er jene „roten Backen und prallen Muskeln", die im Grunde genommen nichts anderes sind, als Zeugnisse seiner Reife für den Warenverkehr.

Die Frage vom Verhältnis des Sozialismus zum Parlamentarismus spielt schon seit vielen Jahren eine große Rolle in der Arbeiterbewegung. Ohne diese Frage in ihrem ganzen theoretischen Umfange zu untersuchen, begnügen wir uns mit dem Hinweise darauf, daß ihre Wendungen mit der Entwicklung des Warencharakters der sozialistischen Kopfarbeit vollkommen zu-

sammenfallen. Denn die parlamentarische Tätigkeit, die Einstellung der ganzen sozialistischen Arbeit auf das Winkelmaß des Parlamentarismus, gewährt der sozialistischen Ware jene Zirkulationssicherheit, ohne die sie als solche, d. h. als Ware, gar nicht existieren kann. Der Parlamentarismus ist somit die reine, ja die reinste Form derjenigen Entwicklung, die sich in dem Ware gewordenen Sozialismus allmählich vollzogen hat.

Während der Massenstreikdebatten in der deutschen Arbeiterpartei hat so mancher mit Verwunderung gefragt, wie es komme, daß gerade die Revisionisten sich für den politischen Massenstreik begeisterten? Man glaubte darin höchste Inkonsequenz sehen zu sollen. Aber nichts falscher als das! Die Revisionisten blieben sich vollkommen treu. Denn man darf nicht vergessen, dass sie nur in einem einzigen Fall zur Waffe des Massenstreiks willig gegriffen hätten: im Fall einer eventuellen Entziehung ihrer politischen Rechte und vor allem des Wahlrechts. Nichts würde dem Warencharakter des Sozialismus mehr geschadet haben, und es gibt bekanntlich kein Übel, welches die Ware mehr fürchtet, als die Gefahr, vom Markte verdrängt zu werden. Da der Revisionismus stets bloß ein vollkommen unkritischer und unbewußter Abklatsch der neuen Warenphase der sozialistischen Theorie war, so wäre nichts Verwunderliches daran gewesen, wenn er auch zu Gift und Dolch gegriffen hätte, sobald die heilige Majestät seiner ungestörten Weiterproduktion bedroht gewesen wäre[1]). Außerdem war der Revisionismus von der alleinseligmachenden Kraft der friedlichen Entwicklung so sehr überzeugt, daß ihm jedes Mittel, sie zu verteidigen, gerade gut genug erschien. Denn nicht der Verlust der politischen Rechte, als solcher, war ihm Hauptsache, sondern der Umstand, daß dieser Verlust auf abschüssige, d. h. „gewaltsame“ Bahnen lenken würde. Diese Per-

1) Es handelt sich hier ausschließlich um den Revisionismus. Die Gründe, aus denen die Marxisten den Massenstreik propagierten, waren ganz anderer Natur, sind aber hier nicht von Belang. Auch verzichten wir mit Vorbedacht auf sämtliche Belege, Zitate usw., die in Frage kommen. Sie würden nicht nur diese Untersuchung unnötig ausdehnen; von Vornherein war auch diese nur als rein- und streng schematische Beschreibung unseres Problems beabsichtigt. Alles Detail bleibt daher fort. Es soll bei anderer Gelegenheit und in größerem Maßstabe vorgeführt werden.

spektive jagte ihm derartigen Schrecken ein, daß er sich zu jedem Aufruhr bereit erklärte — nur um Ruhe zu haben. Eine bemerkenswerte Dialektik, die übrigens in den gesamten Bedingungen der Warenproduktion liegt.

Es ist in dieser Beziehung höchst interessant, die Anfänge der sozialistischen Bewegung mit ihren weiteren Phasen zu vergleichen. Die Entwicklung ist dabei typisch und kann einen ziemlich sicheren Fingerzeig für die Art bieten, wie sich eine neue Weltanschauung zur Geltung bringt.

Die erste Periode des Sozialismus ist mit ständigen Opfern, Entbehrungen und Kämpfen seiner Vorläufer und Anhänger aufs engste verbunden. Von Verdienst kann keine Rede sein: der Sozialismus ist noch von jeder Marktbeteiligung ausgeschlossen, er trägt seinen Jüngeren gar nichts ein. Ringsum allgemeine Verachtung, Wut, Abscheu und Haß. Nichts ist dem wohlbestallten Bürger widerlicher, als der Anblick jener Taugenichtse, die den ganzen Tag müßig herumlungern, nichts Ordentliches, d. h. Profitbringendes, anfangen, in Dachkammern hausen und eine vollkommene Verkörperung rebellierender Armut sind. Hier stehen zwei Welten gegenüber, die sich nicht nur theoretisch, rational, sondern auch praktisch, gefühlsmäßig, hassen müssen. Die Lebensgeschichte eines SAINT-SIMON, eines WEITLING, eines KARL MARX liefern überzeugende Beispiele dieser anfänglichen unversöhnlichen Feindschaft zwischen der satten Wohlgefälligkeit, die sich endlich die Möglichkeit erzwungen hat, gewinnbringend tätig zu sein, und einer hungrigen Armut, die die ganze Welt zu erobern sich anschickt und nichts zu verlieren hat, als ihre Ketten. Im rastlosen Schaffen einer Generation, deren Leben durch alle Nöten der Armut und Verzweiflung gewandert ist, liegt das große Geheimnis ihrer unüberwindlichen Stärke und ihrer großartigen Wirkung. „Ein halbes Jahrhundert auf dem Rücken und immer noch ein Pauper“, rief KARL MARX einmal aus, — und hinter diesen Worten verbirgt sich mehr denn eine oberflächliche Stimmung. Es steckt eine qualvolle Tragödie dahinter, ein Leben, dessen innerer Wert in schreiendem Mißverhältnis zur äußeren Hülle steht. Und doch hat diese Armut ein Werk vollbracht, dessen Bedeutung erst die Spätern aufzufassen, und vor allem —

auszunützen, lernten. Denn „das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen". Die Väter haben nicht vergebens gesät, die Söhne konnten reichlich ernten. Der Markt wurde endlich erschlossen, ein Absatzgebiet nach dem andern erworben und befestigt, so daß das neue Geschlecht die Möglichkeit bekam, in verhältnismäßiger Sicherheit den Betrieb fortzuführen. Aus der Sekte ward eine Partei. Zum Gebrauchswert des Sozialismus gesellte sich von nun an noch ein bestimmter Verkaufswert, und das alte Stürmen und Drängen machte allmählich einem Ruhebedürfnis Platz.

IV.

Aber zum Wesen der Warenzirkulation gehört nicht nur das Bedürfnis, den Markt vor etwaigen Erschütterungen sicherzustellen, es gilt auch, ihn zu beherrschen, den Konkurrenten zu überwinden: nicht nur durch bessere Ware und billigere Preise, sondern auch durch Abschaffung jeder Monopolstellung seiner Artikel. Der Handelsverkehr gibt dieser Tendenz einen ausgeprägten Ausdruck in den Warenhäusern. Das Prinzip des Warenhauses ist: nicht nur billig zu verkaufen, sondern auch alles zu verkaufen. Die Konkurrenz darf gar nichts bieten können, was man nicht auch seinerseits auf Lager hat. Keine Monopolartikel! Der ganze Bedarf, von der Automobilhupe bis zum Bismarckhering, soll bei einer Firma gedeckt werden können, wird zur Idealmaxime des Warenhauses. Dieselbe Maxime liegt auch der Tätigkeit jener Verfechter sozialistischer Theorien zugrunde, die Lohnarbeiter geworden sind. Auch für sie ist es desto leichter, ihre Ware zu verkaufen, je weniger zahlreich die Bezugsquellen für sie sind, je seltener die Gefahr, daß der Käufer von der Konkurrenz abgefangen wird, kurz, je mehr es gelingt, eine Art Warenhaus für Idealgüter in größter Quantität und für jede Geschmacksrichtung zu begründen.

Der theoretische Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus wurde dadurch aufs stärkste betroffen. Namentlich jene Sucht, ihn mit allen möglichen andern geistigen Erzeugnissen zusammenzukoppeln, die besonders zu Anfang dieses Jahrhunderts grassierte, liefert einen sicheren Beweis für die Wirkungen, die der

Warencharakter des Sozialismus auf dessen Integrität ausüben kann, sofern man sich ihm willen- und widerstandslos hingibt. Wie der Parlamentarismus unter gewissen Bedingungen in Kretinismus ausartet, so wird auch der Sozialismus im Augenblick seiner Gleichberechtigung auf dem Warenmarkte der Idee von einem derartigen Taumel ergriffen, daß die einzige Möglichkeit eines Entrinnens nur in der rechtzeitigen Erkenntnis der veränderten Bedingungen besteht, unter denen die sozialistische Kopfarbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sich vollziehen muß. Nur dies ermöglicht es, den inneren Sinn der eben erwähnten Zusammenkoppelungsversuche zu erfassen. Welcher Ideengang lag ihnen — bewußt oder unbewußt — zugrunde?

Nun, handelspolitisch, wie man heutzutage zu sagen pflegt, ist das Geheimnis sehr durchsichtig. Man erwäge offenbar folgendes: MARX ist gut. Aber daneben gibt es doch noch manches andere Schöne. Soll, wer darauf reflektiert, der Konkurrenz überlassen werden? Mit Nichten! Und somit wurden alle Schleusen aufgemacht.

KANT und NIETZSHE, AVENARIUS und JAMES — alle wurden entsprechend „verarbeitet“. Dieser neue Marxistenschlag hat sozusagen alles am Lager und kann es geradezu nicht dulden, daß sich bei den bürgerlichen Lieferanten etwas findet, das „wir“ nicht hätten ebensogut herstellen können. Daher die Sucht, alle Moderströmungen des bürgerlichen Geisteslebens mitzumachen, sie auszunützen, aus ihnen Kapital zu schlagen. Man hat das oft als ein psychologisches Phänomen betrachtet und sich gewundert, wie es möglich sei, daß anscheinend gescheite und gelehrte Leute vollkommen wahllos alle möglichen Metalle zusammenlöten wollen. Aber man hat das Probem falsch gestellt: Nicht eine psychologische, sondern eine ökonomische Erscheinung kommt dabei in Betracht, und als solche drückt sie eben getreulich den Warencharakter des heutigen Geisteslebens aus. Die bona fides der Revisionisten in allen Ehren! Sicherlich gibt es unter ihnen manchen, der fest davon überzeugt ist, neue theoretische Welten entdeckt zu haben. Aber das ändert an der eigentlichen Sachlage gar nichts. Auch manchen Dichter und Denker gibt es, der sich im Dienste der hohen Kunst oder der reinen Wahrheit wähnt,

der aber nichts anderes als Lohnarbeiter der Bourgeoisie ist. Das klingt allerdings „grob materialistisch", und zarte Seelen — namentlich solche, die gerne täuschen und sich täuschen lassen — mögen derartige Behauptungen ganz unmanierlich finden. Aber auch ihr Geschrei ist Lohnarbeit. . . .

V.

Dies in großen Zügen die Entwicklung des Sozialismus in den letzten Jahrzehnten. Sie ist notwendig, und nur in dieser ihrer Notwendigkeit zu begreifen. Nichts ist billiger, als sie ablehnen zu wollen, ihre Wirkungen vom Standpunkte der absoluten Vollkommenheit zu verneinen. Aber eine derartige steife Verneinung würde dem Verhalten einiger Moralisten zur modernen Entwicklung überhaupt gleichen. Es genügt, die Namen von William Morris oder Thomas Carlyle zu nennen, um diese ganze Betrachtungsweise der Dinge zu kennzeichnen. Es war eine abstrakte, blutleere Manier, die Wirklichkeit einfach zu verleugnen, ohne auf sie weiter einzugehen, ohne ihre Triebkräfte verstehen zu wollen. Man weigerte sich, sie „anzunehmen" — und kümmerte sich nicht mehr um sie. Es war die erste, ungeschlachte Auflehnung des Geistes gegen die Ware, den ersten Aufständen der Arbeit gegen das Kapital vergleichbar, die sich in der Zertrümmerung von Maschinen kundgab. Auch jene Generation prophetischer Besserwoller merkte den Teufel, wußte aber nicht, wie man ihn loswerden kann, und sagten deshalb zu allen seinen Anfechtungen: Hebe dich hinweg, Satan! Aber im Reiche der Geschichte heißt es nicht, verneinen, sondern widerlegen, nicht, sich auflehnen, sondern aufheben, wie der tiefe und sinnreiche Ausdruck Hegels lautet. Nur jene Kraft kann das Schlechte vom Guten scheiden und unterscheiden, die seine Wesenseinheit mit dem Guten erkannt und begriffen hat, daß nur durch diese innere Verwandtschaft die Möglichkeit gegeben ist, dem Bösen das Handwerk zu legen.

So ist man auch gegen einige Abarten des modernen Sozialismus oft ins Feld gezogen, ohne ihre Daseinsberechtigung tiefer zu erfassen. Und man begnügte sich deshalb mit nackter Prinzipienreiterei. Man kämpfte gegen Worte dort, wo man die Sache

angreifen mußte, und schob die Schuld dem Denken in die Schuhe dort, wo das Sein der eigentliche Übeltäter war.

Aber das Sein hat für die üblen Taten, die es vollbringt, sogleich auch das Gegengift bei der Hand. Und so muß dann anstatt einer unfruchtbaren Debatte über die rein theoretischen Verfehlungen des heutigen Sozialismus gefragt werden: Worin mündet jene Entwicklung, die ihn als eine Ware auf den Markt geworfen hat?

Die Idee ist eine gar merkwürdige Ware. Man kauft und verkauft sie; man beginnt mit ihr ganz rentable Geschäfte zu machen —, bis man plötzlich merkt, daß man ein ganz anderes Ding als zuvor in den Händen hat. Manchem ergeht es hierbei wie dem biedern Bauersmann, der ein feuriges Roß zu kaufen glaubte, dieweilen er eine armselige Schindmähre nach Hause brachte. Denn auf der Jagd nach dem Tauschwert verliert die Idee ihren Gebrauchswert. Es ist dieselbe Dialektik der sozialen Verhältnisse, die die japanischen Mädchen veranlaßt, durch außerehelichen Geschlechtsverkehr sich die zur Gründung des ehelichen Glücks notwendigen Mittel zu verschaffen. Auch die Idee wird auf dem Markte zum Allerweltsmädchen, verliert ihre ursprüngliche Frische und vergißt ihren Daseinszweck.

Wenn das überhaupt von Ideen, die Waren geworden sind, gilt, um wieviel mehr vom Sozialismus, der doch unter den Waren eine ganz eigenartige Idee ist. Er verneint ja die ganze auf den Warenverkehr gegründete Gesellschaftsordnung, und will eben den Warencharakter der Güter aufheben. Man kann sich also leicht vorstellen, welche Opfer er bringen muß, um auf dem Markte zur Geltung zu kommen. Auf dem Gipfel des Ruhmes wird er sich dann ihrer Unverhältnismäßigkeit bewußt, und gerade das, was ihm ursprünglich die Gunst der Abnehmer erwarb, beginnt ihm schließlich zu mangeln: sein eigenartiger Charakter, der ihn von den Konkurrenzideen deutlich abhob. So schlägt denn auch seine Beliebtheit in ihr Gegenteil um. Alle, die in ihm seine Eigenart schätzten, drohen sich von ihm abzuwenden; und in demselben Augenblick, in dem er den Markt endgültig erobert zu haben scheint, will ihm dieser entschwinden. Dagegen gibt

es nur eine einzige Rettung: Zu jenem alten Geschäftsverfahren zurückzukehren, durch das er groß und beliebt geworden ist.

Diese Erkenntnis wird auch nicht auf sich warten lassen. Schon befinden wir uns, wie es scheint, in ihrem Zeichen. Und es ist wahrhaftig die höchste Zeit. Denn auch dort, wo Ideen als Waren auftreten, darf man nicht mit dem Strome treiben. Es kann sonst zum Zusammenbruch kommen. Aber zum Glück unterscheiden sich lebensfähige Ideen von totgeborenen dadurch, daß ihr Gebrauchswert stets den Sieg über ihren Tauschwert davontragen muß. Der Sozialismus als Ware sah sich genötigt, den Kreislauf der Marktgesetze durchzumachen. Und dieselben Gesetze werden ihn zwingen, wieder die nämliche Flagge zu hissen, die ihm einstmals die Welt eroberte.

Thomas Hodgskin als Theoretiker der politischen Ökonomie [1]).

Von

Gustav Eckstein (Berlin).

Immer mehr bricht sich in der Geschichte der Wissenschaften die Erkenntnis Bahn, daß die Entwicklung und Aufeinanderfolge der Systeme und Theorien weder ein Spiel des Zufalls ist, noch auch rein ideologisch durch eine Art spontaner, gleichsam parthenogenetischer Fortzeugung der Ideen aus sich selbst erklärt werden kann, sondern daß die Probleme, die das praktische Leben an die Forschung stellt, für deren Fortgang bestimmend sind. Gilt dies schon von den Naturwissenschaften [2]), so umsomehr noch von der Wissenschaft von der gesellschaftlichen Befriedigung der dringendsten praktischen Lebensbedürfnisse, von der politischen Ökonomie, in der die Problemstellungen sich nicht nur viel rascher ändern, sondern auch durch den sozialen Standpunkt des Forschers stark beeinflusst werden.

Gerade die Verfolgung dieser Veränderungen der Problemstellung und des Einflusses, den der sozialpolitische Gesichtspunkt auf die Forschungsart und die Forschungsergebnisse der einzelnen wissenschaftlichen Individualität geübt hat, sowie auch wieder die Untersuchung, wie der soziale Standpunkt durch die Forschung mitbestimmt wird, machen das Studium der Geschichte der politischen Ökonomie besonders anziehend und reizvoll.

Es gibt aber wieder kaum eine Zeit, für welche das in so hohem Maße gilt, wie jene Epoche sozialer Gärung, als der industrielle Kapitalismus zuerst Englands ökonomisches Leben mächtig umgestaltete und die alten Klassen der Gesellschaft revolutionär durcheinander warf. Das war sozusagen das Heldenzeitalter der politischen Ökonomie, in deren theoretischen Auseinandersetzungen sich die sozialen Kämpfe jener Zeit getreu widerspiegeln; zuerst

1) Im Anschluß an: Dr. Carl Koepp, Das Verhältnis der Mehrwerttheorien von Karl Marx und Thomas Hodgskin. (Studien z. Sozial-, Wirtschafts- u. Verwaltungsgeschichte, hrsg. von Prof. Karl Grünberg, VI. Heft.) Wien 1911, Carl Konegen. Gr. 8°, VIII—289 S. (7 Mk.)

2) Vgl. z. B. Ernst Mach, Die Prinzipien der Wärmelehre. Leipzig 1900, S. 365.

noch, ohne daß die Vertreter der Wissenschaft sich dieses sozialen Charakters ihrer theoretischen Systeme stets klar bewußt waren. Aber alsbald wurden die Ergebnisse ihrer Forschung von den Parteien aufgegriffen und zu Schlachtrufen im sozialen Kampfe gemacht. Am eigentümlichsten war in dieser Hinsicht das Schicksal des abstraktesten Theoretikers der klassischen Ökonomie, Ricardos. Seine Lehren wurden zum Ausgangspunkt einerseits der interessierten Verteidiger des Bestehenden, andererseits der energischesten und leidenschaftlichsten Ankläger und Bekämpfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

In neuerer Zeit beginnt man sich mit dieser letzteren Richtung des ökonomischen und sozialen Denkens im England der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eingehender zu beschäftigen, und mit vollem Recht lenkte sich da die Aufmerksamkeit vor allem auch auf einen der eigenartigsten Vertreter dieser Richtung, Thomas Hodgskin. Die gewissenhafte und liebevolle Arbeit, die wir hier zum Ausgangspunkt unserer Besprechung nehmen, ist dafür ein Zeugnis.

Über der Abfassung dieses Buches waltete ein eigener Unstern. Nach einer Bemerkung (S. 12) hatte der Verfasser das Werk im wesentlichen schon vor dem Erscheinen des 3. Bandes von Marx' „Theorien über den Mehrwert" (1909) abgefaßt, also bevor die ausführliche Darlegung bekannt wurde, die Marx selbst von seinem Verhältnis zu den Theorien Hodgskins dort gibt. Nun meint Koepp allerdings, die Ergebnisse seiner Arbeit fänden „erfreulicherweise durch den 3. Band der ‚Theorien' nachträgliche Bestätigung"; er wird sich aber wohl selbst nicht verhehlt haben, daß diese Studien von Marx selbst den Wert seiner Untersuchungen stark beeinträchtigen mußten. Allerdings hätte gerade das Erscheinen des 3. Bandes der „Theorien" zu einer neuen und höchst interessanten Studie über das Verhältnis zwischen Hodgskin und Marx den Anlaß und die Grundlage bieten können; dann hätte aber der Verfasser den ganzen Plan seiner Arbeit umstürzen und eine ganz anders gerichtete Untersuchung beginnen müssen.

In seinem „Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung" (Stuttgart 1891) hatte Anton Menger die Behauptung aufgestellt: Marx habe seine Wertlehre den älteren englischen Sozialisten, vor allem William Thompson, entlehnt, ohne seine Quelle anzugeben. Obgleich nun Engels und Kautsky zeigten, daß Menger das Wesen der Marxschen Theorie vollkommen mißverstanden hat, indem er ihr eine ethisch-juristische Auslegung unterschob, die sie niemals hatte noch haben sollte, hat der Ruhm, den sich Menger mit seiner großen „Entdeckung" geholt hatte, die internationale offizielle Wissenschaft nicht ruhen lassen, und mit allem Eifer gingen die Herren Professoren auf die Suche nach älteren Sozialisten, denen Marx seine Theorien gestohlen haben sollte. Und unter den „Vertretern des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag", denen Marx angeblich seine Wert- und Mehrwertlehre verdanken sollte, trat nun Thomas Hodgskin, den Menger nur ganz nebenbei erwähnt hatte, immer mehr in den Vordergrund. Im Jahre 1894 bezeichnete das Ehepaar Webb in seiner „Geschichte des

Britischen Trade-Unionismus" MARX als „illustren Schüler HODGSKINS". Zwei Jahre später erzählte GRAHAM WALLAS: HODGSKIN habe in einem Brief an PLACE den Plan zu einem Werk entwickelt, das „dem MARXschen ‚Kapital' merkwürdig ähnlich" sei. Professor H. S. FOXWELL hat zwar in seiner „Geschichte der sozialistischen Ideen in England", die er der englischen Übersetzung von MENGERS Werk voranschickte, die Entdeckung gemacht, daß MARX' „durch theoretisches Kauderwälsch entstelltes" Werk nur ein Plagiat an J. F. BRAY ist, er findet aber auch, daß HODGSKIN MARX darin weit voraus war, daß er „sorgfältig zwischen dem Kapitalisten und dem Unternehmer unterscheidet". ELIE HALÉVY, der Biograph HODGSKINS, hat wieder entdeckt, daß MARX seine Wertlehre zwar PROUDHON, seine materialistische Geschichtsauffassung aber HODGSKIN entlehnte und nur „gut in HEGELsche Ausdrücke kleidete"; und BRENTANO behauptet in seiner „Entwicklung der Wertlehre" (München 1908), MARX habe die HODGSKINsche Mehrwert-Theorie „zum Eckstein seiner Lehre vom Kapital gemacht" [1]).

Diesen verschiedenen Behauptungen gegenüber mochte eine wissenschaftliche Untersuchung der Frage lockend erscheinen: ob und wie weit sich eine Abhängigkeit MARX' von HODGSKIN tatsächlich nachweisen läßt, und das um so mehr, als HODGSKINS Werke in Deutschland fast völlig unbekannt und auch sonst nur schwer zugänglich waren. KOEPP wollte nun mit seinem Buche zugleich diese Untersuchung durchführen und die deutschen Leser mit einem originellen ökonomischen Denker bekannt machen, dessen Hauptwerk MARX eine „vorzügliche Schrift" genannt hatte. Während er aber mit der Abfassung seines Buches beschäftigt war, erschien nicht nur die schon erwähnte ausführliche Besprechung HODGSKINS von MARX, sondern auch eine Übersetzung seines wichtigsten Werkes, der „Verteidigung der Arbeit", von DR. FRIEDRICH RAFFEL (Hauptwerke des Sozialismus Heft 10, Leipzig 1909). Die Einleitung, die GEORG ADLER zu dieser Übersetzung schrieb, mochte KOEPP sein Unternehmen allerdings ebensowenig überflüssig erscheinen lassen, wie der Abschnitt, den MUCKLE in seiner ebenfalls 1909 erschienenen „Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert" HODGSKIN gewidmet hat. Die Übersetzung RAFFELS aber hätte es wohl KOEPP erspart, dieselbe Arbeit nochmals zu machen und seinem Buch eine neue, im sprachlichen Ausdruck allerdings oft besser gelungene Übersetzung derselben Schrift einzufügen.

Viel ernster aber war für die Stellung der ganzen Frage das Erscheinen des 3. Bandes der MARXschen „Theorien". Dieser zeigt nämlich die besonders seit MENGER so in Mode gekommene Schnüffelei nach MARXschen Plagiaten in ihrer ganzen Armseligkeit. Seit zwanzig Jahren hatten die Gelehrten auf die Quellen, aus denen MARX geschöpft hatte, Jagd gemacht, aber nicht in der Absicht, dadurch zum genetischen Verständnis dieser Lehren und der Nationalökonomie überhaupt beizutragen, sondern um MARX „Plagiate" nachzuweisen. Und nun bietet MARX selbst in reicher Fülle, was

---

1) Vgl. KOEPP S. 1—5.

jene bei all ihrer Gelehrsamkeit nicht hatten erstöbern können. Schritt für Schritt verfolgt MARX mit liebevollem Spürsinn, wie sich aus RICARDOS Theorien die Probleme entwickelten, die sich ihm selbst bei seinen Forschungen aufdrängen sollten, wie aber auch allmählich schon die Lösungen heranreiften, wie die ganze Geschichte der klassischen Ökonomie und ihrer Auflösung geradezu zu dem MARXschen System hindrängte, es als Abschluß forderte. Und eine wichtige Station auf diesem Wege bedeutet allerdings HODGSKINS geistvolle „Verteidigung der Arbeit", deren Besprechung MARX 60 Seiten widmet.

Damit waren alle die Märchen von den MARXschen Plagiaten abgetan, ohne daß eine Polemik überhaupt noch notwendig gewesen wäre. MARX zeigt, was in den Ideen aller dieser Autoren an Entwicklungsfähigem vorhanden war, und wie sich diese Theorien zu seinen eigenen verhalten, wie sie die Straßen ebnen, die es ihm erst ermöglichten, sein System aufzubauen.

Aber diese Darstellung des Entwicklungsganges der ökonomischen Theorien bei MARX blieb rein ideologisch. MARX zeigt, wie sich die Probleme und ihre Lösungen, wie sich die Ideen auseinander entwickeln; er zeigt aber nicht, wodurch diese Entwicklung angeregt und bestimmt wurde, er zeigt nicht, wie das Fortschreiten der Wirtschaft, die Umwandlung des Systems der Manufaktur und des sich zur Heimarbeit umgestaltenden Handwerks zum Fabrikssystem diese Probleme dem Theoretiker aufzwingt, die inneren Widersprüche der Theorie, die vorher nur latent, verborgen waren, an die Oberfläche, ins Bewußtsein der Forscher emportreibt. In dieser Richtung konnte und sollte MARX' Darstellung ergänzt werden, eine Aufgabe allerdings, deren Lösung gewaltige Schwierigkeiten bietet, dafür aber um so lohnender wäre.

KOEPP hat diesen Weg nicht betreten, er ist dem Problem treu geblieben, das er sich gestellt, als er die Arbeit antrat, die Untersuchung durchzuführen, wie weit jene Vorwürfe des Plagiats oder doch der Anlehnung an HODGSKIN berechtigt sind, die MARX von so vielen Gelehrten gemacht werden. KOEPP ist damit selbst auf das Niveau dieser Herrn hinabgestiegen, seine Arbeit hat dadurch viel an Wert und Interesse verloren. In dem ihm hier nun einmal gesteckten Rahmen aber hat der Verfasser viel Eifer und Gewissenhaftigkeit an die Lösung seiner Aufgabe gesetzt.

Trotzdem ist ihm eine Reihe von Mißverständnissen MARXscher Lehren nicht erspart geblieben, und diese beziehen sich zum Teil gerade auf die Theorien, in denen sich eine Parallele der beiden Denker am ehesten ziehen ließe. Diese Aufgabe selbst stößt nämlich, wie KOEPP selbst ganz richtig hervorhebt, vor allem auf die Schwierigkeit, daß HODGSKIN ein geschlossenes ökonomisches System überhaupt nicht aufgestellt hat, daß man seine Ansichten vielmehr erst aus den verschiedenen Schriften zusammentragen muß, wobei es ohne Widersprüche keineswegs abgeht. In einem Punkt macht sich allerdings ein besonders durchgreifender Unterschied in der ganzen Betrachtungsweise der beiden Männer geltend, der schon allein zeigt, wie wesentlich sie in den Grundfragen der ökonomischen Theorie auseinandergehen. Gerade hier aber ist bei KOEPP ein entschiedener Mangel an Verständnis zu

beobachten. Er sagt (S. 36): „Wert der Arbeit und Menge der Arbeit sind MARX in allen diesen Fällen synonyme Ausdrücke"; diese Fälle sind aber nicht etwa dem „Elend der Philosophie" entnommen, einer Schrift, in der MARX noch ganz im Banne der RICARDOschen Werttheorie steht, sondern dem „Kapital" und den „Theorien". Im gleichen Sinne heißt es auf derselben Seite: „Beide (MARX und HODGSKIN) sagen im Prinzip übereinstimmend: Im Austausch zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit ist die Menge der Arbeit größer als der Wert der Arbeit." Hier wird also auch bei MARX von einem „Wert der Arbeit" gesprochen, während gerade die Folgen, die sich aus dieser Verwechslung von Arbeit und Arbeitskraft für HODGSKIN ergeben, besonders deutlich den Wert dieser Unterscheidung zeigen. Bei KOEPP ist diese Unklarheit[1]) umso befremdlicher, als er selbst (S. 65) sagt: „Diese für die ganze MARXsche Arbeitstheorie fundamentale Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitskraft wird von HODGSKIN nicht gemacht."

Die Unklarheit in diesem Punkt hat KOEPP das Verständnis von HODGSKINS Wert- und Mehrwerttheorie geradezu unmöglich gemacht. S. 29 bezeichnet er als den Kern dieser Theorie: „Alle Werte und alle Preise inklusive Profit, Zins und Rente werden in letzter Linie gebildet durch den Wert der Arbeitskraft. Profit, Zins, Rente, Steuern, Zehnten und Gebühren sind Wert*abschlags*produkte (nicht Wert*zuschlags*produkte) vom Arbeitswertprodukt des Arbeiters." Zwei Seiten darauf aber heißt es: „Profit und Rente sind keine Wertbestimmungsfaktoren, d. h. sie bestimmen nicht den natürlichen Wert, wohl aber steigern sie ihn um ihren ganzen Betrag zum sozialen Preis, zum Tauschwert." Diese Hervorhebung und Betonung eines Gegensatzes zwischen dem „natürlichen" Wert und dem „Tauschwert" ist für HODGSKINS Auffassung überhaupt charakteristisch. Schon hier macht sich die naturrechtliche Betrachtungsweise geltend, von der HODGSKIN stets beherrscht war. Der „natürliche" Wert ist ihm jener Wert, den der Arbeiter für den Ertrag seiner Arbeit kaufen kann. Der Tauschwert ist jener Wert, den die Ware auf dem Markte erzielt. In einer Gesellschaft, in der dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Arbeitsleistung zufiele, ohne daß Kapitalist, Grundbesitzer, Steuereinnehmer usw. einen Teil dieses Arbeitsertrages für sich beanspruchen dürften, in einer solchen Gesellschaftsverfassung würden natürlicher Wert und Tauschwert zusammenfallen. In der bestehenden Gesellschaft jedoch ist der natürliche Wert stets um Profit, Grundrente, Steuer usw. geringer als der Tauschwert. Sehr klar hat HODGSKIN diese Unterscheidung allerdings nirgends getroffen, da er, ähnlich wie ADAM SMITH und noch mehr MALTHUS, die beiden Maßstäbe der Bemessung des Wertes nach der Menge der zur Herstellung der Ware erforderlichen Arbeit und nach dem Lohn für diese Arbeit fortwährend durcheinanderwirft. Es ist das eben das logische Resultat des Umstandes, daß

1) Dasselbe Durcheinanderwerfen der beiden Begriffe zeigt sich auch auf S. 40 und 69 des KOEPPschen Buches.

er die von MARX durchgeführte Unterscheidung von Arbeit, die als Ursache und Maßstab des Wertes fungiert, und Arbeitskraft, die selbst Wert besitzt, noch nicht gekannt hat. Am klarsten ist der Kern von HODGSKINS Wertlehre vielleicht aus seinem Brief an PLACE vom 28. Mai 1820 zu ersehen, dessen Übersetzung KOEPP mitteilt. In diesem ausführlichen Brief versucht sich HODGSKIN theoretisch mit RICARDO auseinanderzusetzen, wobei sich am klarsten seine Unfähigkeit erweist, die Forschungsmethode und Darstellungsweise dieses abstrakten Denkers zu erfassen. Gerade dieser Brief zeigt mit vollster Deutlichkeit den Gegensatz der historischen Auffassungsweise HODGSKINS und der theoretisch-abstrahierenden Betrachtungs- und Darstellungsweise RICARDOS, ein Gegensatz, der erst von MARX in einer höheren Synthese aufgehoben wurde.

In diesem Briefe sagt nun HODGSKIN [1]): „Der natürliche Preis wird bemessen durch die Quantität Arbeit, die zur Produktion irgendeiner Ware erforderlich ist. Ihr Tauschwert oder das, was ein anderer für die produzierte Ware geben wird oder zu geben gezwungen ist, kann der auf ihre Produktion verwandten Arbeitsmenge gleich sein oder nicht. RICARDO hat m. E. geirrt, wenn er diese beiden Dinge für gleich hielt. Sie sind es nicht, oder die Arbeitslöhne würden immer dem Produkt der Arbeit gleich sein.“

Man sieht, die Auffassung HODGSKINS ist der PROUDHONS nahe verwandt. Sein „natürlicher Wert“ entspricht dem „konstituierten Wert“ des Franzosen. Eine Abhängigkeit PROUDHONS von HODGSKIN in dieser Beziehung ist wohl ebensowenig anzunehmen, wie eine Entlehnung seiner Tauschbankprojekte von englischen Vorbildern. Alle diese Theorien und Pläne sind eben nur der ideologische Ausdruck des Strebens des handwerksmäßigen Produzenten nach dem vollen, ungeschmälerten Ertrag seiner Arbeit, der ihm weder durch das Leih- noch durch das Handelskapital gekürzt werden soll.

KOEPP hat diese beiden Arten und Bestimmungen des Wertes nicht streng auseinandergehalten. So sagt er (S. 26): HODGSKIN sehe ein, „daß der Arbeiter eine Ware fast niemals für die Arbeitsquantität erhalten kann, die ihre Produktion gekostet hat, d. h. nicht zu ihrem notwendigen Preis oder Wert, sondern nur zu dem um Rente und Profite gesteigerten natürlichen Preis oder Wert, zu dem Tauschwert oder sozialen Preis.“ Hier wird also der natürliche Preis oder Wert dem Tauschwert gleichgesetzt und beide von einem „notwendigen“ Preis oder Wert unterschieden. Schon auf der nächsten Seite führt aber KOEPP Stellen aus HODGSKINS oben erwähntem Brief an PLACE an, die zeigen, daß HODGSKIN den Tauschwert vom natürlichen Preis durchaus unterschied und behauptete, jener sei um den Betrag von Renten und Profiten höher als dieser. Durch diese Ungenauigkeit des Ausdrucks hat KOEPP sich selbst und dadurch auch dem Leser das Verständnis der Werttheorie HODGSKINS, soweit von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, sehr erschwert. Nur dadurch ist es auch erklärlich, daß er bei der Vergleichung der Arbeitswerttheorien von HODGSKIN und

1) Vgl. KOEPP S. 169.

MARX zu dem abschließenden Urteil gelangen konnte (S. 71): „Die beiderseitige Darstellung des Austausches von mehr Arbeit gegen weniger Arbeit bewegt sich in stark analogen Gedankengängen." Hätte KOEPP die nahe Verwandtschaft der Werttheorie HODGSKINS mit der PROUDHONS erkannt, dann hätte ihn ein flüchtiger Blick in MARX' „Elend der Philosophie" davor bewahrt, eine so irrige Behauptung aufzustellen.

Tatsächlich liegt auch HODGSKINS von MARX durchaus anerkannte Bedeutung keineswegs auf dem Gebiet der scharfen Begriffsanalyse und theoretischen Deduktion. Das große Verdienst HODGSKINS lag in einer ganz andern Richtung. Das hat auch schon sein liebevoller Biograph HALÉVY erkannt, indem er die Kritik und Zerstörung dessen, was MARX später den „Fetischismus" des Kapitals nennen sollte, als das wesentliche Ziel der ökonomischen Theorie HODGSKINS bezeichnete [1]). Dieser selbst erklärte seine Grundauffassung sehr charakteristisch in einem Brief vom Jahre 1854 [2]): „Die ganze Wissenschaft der politischen Ökonomie betrifft den Menschen und seine industrielle Betätigung, aber nicht deren Produkte."

Allerdings war HODGSKIN nicht der erste, bei dem diese Reaktion gegen die herrschende Lehre der klassischen Ökonomie zum Durchbruch kam. In seiner „Geschichte des Sozialismus in England" hat M. BEER darauf aufmerksam gemacht, daß PIERCY RAVENSTONE schon in seiner 1821 erschienenen Schrift „A few doubts as to the correctness of some opinions generally entertained on the subjects of Political Economy" die politische Ökonomie als gleichbedeutend ansah mit der Wissenschaft vom sozialen Leben, und daß er auch schon in dieser Schrift den Gedanken entwickelt habe, Kapital an sich existiere nicht, es sei nur aufbewahrte Arbeit. Dennoch sei es zum Fetisch geworden, zu einem metaphysischen Wesen, dem alle Errungenschaften des sozialen Lebens zugeschrieben werden, während die Arbeit, die das wirkliche Kapital schaffe, nur als ein durch die Gnade des metaphysischen Wesens am Leben erhaltener Bettler betrachtet werde [3]).

Leider ist es mir jetzt nicht möglich, die Schriften RAVENSTONES selbst zu prüfen. Es ist schade, daß KOEPP auf die Untersuchung der Frage nicht eingegangen ist, inwiefern HODGSKIN in seinen ökonomischen Auffassungen und Theorien von seinen Vorgängern, insbesondere von RAVENSTONE, abhängig ist. MARX hat in den „Theorien über den Mehrwert" nicht die von BEER zitierte Schrift RAVENSTONES seiner Betrachtung unterzogen, sondern ein um wenige Jahre später erschienenes Pamphlet, in dem sich offenbar keine Gedankengänge der von BEER bezeichneten Art finden, da MARX sie dann sicherlich hervorgehoben hätte. Doch auch in jener früheren Schrift RAVENSTONES scheinen sie keineswegs so deutlich herausgearbeitet zu sein, wie bei HODGSKIN. Darauf läßt die allerdings ziemlich knappe Inhalts-

---

1) ELIE HALÉVY, THOMAS HODGSKIN (1787—1869). Paris 1903, S. 95.

2) Vgl. ebenda S. 152.

3) Vgl. M. BEER, Geschichte des Sozialismus in England. Stuttgart 1913 S. 214 ff.

angabe schließen, die HALÉVY von dieser Schrift gibt[1]). Denn diese läßt von dem von BEER skizzierten Gedankengang kaum etwas merken, was umso mehr auffällt, als HALÉVY ähnliche Ausführungen HODGSKINS nachdrücklich hervorhebt. Bei diesem tritt allerdings diese Grundauffassung von dem sozialen Charakter der politischen Ökonomie schon in seiner ersten ökonomischen Schrift, der „Verteidigung der Arbeit", ganz in den Vordergrund. Denn schon in der „Vorbemerkung" des Autors bezeichnet er es als seine Aufgabe, zu beweisen: „daß alle Vorteile, die dem Kapital zugeschrieben werden, aus der neben dem Kapital vorhandenen Arbeitsgeschicklichkeit hervorgehen." Und am Schluß der Schrift faßt er ihre Ergebnisse in die beiden Sätze, daß „das umlaufende Kapital nichts weiter ist als gleichzeitig geleistete Arbeit, und das stehende Kapital nichts anderes als gelernte Arbeit."

Es ist daher überraschend, wenn KOEPP (S. 83) behauptet: die Auffassung, daß „das Kapital . . . ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis darstellt'" möge sich aus der HODGSKINschen Kapitaltheorie als Abgeleitetes ergeben, werde aber von HODGSKIN nirgendwo ausdrücklich fixiert. KOEPP selbst aber zitiert Aussprüche HODGSKINS, die besonders klar erweisen, daß dieser den Charakter des Kapitals als eines gesellschaftlichen Verhältnisses vollkommen klar erkannt hat. So wenn er z. B. in der „Verteidigung der Arbeit" sagt: „Das Kapital bringt seinem Eigentümer nicht deshalb Profit, weil es akkumuliert ist, sondern weil es ein Mittel darstellt, um über die Arbeit anderer zu kommandieren." (Zitiert bei KOEPP S. 81.) Oder wenn es in einem Briefe HODGSKINS noch deutlicher heißt: „Ein großes Kapital besitzen, heißt eine große Gewalt über die Arbeit anderer haben." (Zitiert bei KOEPP S. 108.) In der Tat ist es gerade diese klare Auffassung, die HODGSKIN über die Ökonomen seiner Zeit emporhebt, und die in dieser Hinsicht das Urteil FOXWELLS nicht ungerechtfertigt erscheinen läßt, der von HODGSKIN mit Bezug auf seine Gewerkschaftspolitik, seine ökonomische Analyse und seine weite Auffassung der sozialen Philosophie sagt[2]): „In der Tat, seine rechtgläubigen Zeitgenossen, die Anhänger und Vertreter der herrschenden ökonomischen Richtung, hätten viel von ihm lernen können"; und es ist mindestens mit Bezug auf die Grundauffassung von dem sozialen Charakter der ökonomischen Verhältnisse fraglich, ob FOXWELL darin Recht behält, wenn er von jenen Vorzügen HODGSKINS sagt, daß sie „tatsächlich 50 Jahre später in die englische Volkswirtschaftslehre Aufnahme fanden."

---

1) Vgl. HALÉVY a. a. O. S. 86 ff. Die kurze Inhaltsangabe der RAVENSTONEschen Schrift in der von Professor GEORG ADLER verfaßten Einleitung zur RAFFELschen Übersetzung der „Verteidigung der Arbeit" („Hauptwerke d. Sozialismus u. d. Sozialpolitik," 10. Heft) kann hier nicht gut herangezogen werden, da sie eigentümlicherweise mit HALÉVYS Ausführungen inhaltlich ganz und zum Teil auch im Wortlaut übereinstimmt.

2) Vgl. FOXWELL, Geschichte der sozialistischen Ideen in England. (Deutsche Übersetzung, abgedr. als Einleitung zu COLLMANNS Übersetzung von W. THOMPSONS „Verteilung des Reichtums". Berlin 1903). S. LII.

Von seiner ökonomischen Analyse im allgemeinen kann man allerdings wohl nicht behaupten, daß sie vorbildlich und seinen Zeitgenossen überlegen gewesen sei. Das hat sich schon bei der Besprechung seiner Werttheorie gezeigt. Noch deutlicher treten diese Mängel bei seiner Profit- und Rententheorie hervor. Eine Mehrwerttheorie im MARXschen Sinne hat HODGSKIN, wie KOEPP (S. 95) richtig bemerkt, überhaupt nicht aufgestellt. Er wirft, wie ja allerdings seine Zeitgenossen allgemein, das umlaufende Kapital mit dem Lohnkapital zusammen und kann daher auch nicht zu einer scharfen Unterscheidung zwischen Profit und Mehrwert oder überhaupt zu einer präzisen Erfassung dieses letzteren Begriffes gelangen.

Man muß deshalb die Behauptung KOEPPS (S. 120): „die MARXsche Profittheorie stimme im wesentlichen mit der HODGSKINschen überein," von vornherein mit einem gewissen Mißtrauen aufnehmen. Was KOEPP (S. 115) tatsächlich als den Theorien der beiden Forscher über die Herkunft des Mehrwerts gemeinsam nachweist, ist nicht mehr, als daß dieser ein Produkt unbezahlter Arbeit sei, eine Anschauung, die HODGSKIN keineswegs eigentümlich ist, die vielmehr unter den geistigen Vertretern der Arbeiterklasse ziemlich allgemein verbreitet war. Für HODGSKIN gilt in dieser Hinsicht ebenfalls, was MARX von dem Verfasser des Pamphlets „The Source and Remedy" etc. gesagt hat: „Der Verfasser steht auf RICARDOschem Boden und spricht nur eine Konsequenz konsequent aus, die in diesem System selbst enthalten ist, und macht sie im Interesse der Arbeiterklasse gegen das Kapital geltend. Im übrigen ist der Verfasser in den ökonomischen Kategorien befangen, wie er sie vorfindet. Ganz wie bei RICARDO das Verwechseln von Mehrwert und Profit zu unangenehmen Widersprüchen führt, so bei ihm, daß er den Mehrwert Kapitalzins tauft [1])."

Allerdings macht KOEPP (S. 120) den Versuch, auch noch weitere Übereinstimmungen zwischen den Profittheorien bei HODGSKIN und MARX nachzuweisen. Aber dieses Bestreben hat KOEPP zu ziemlich gewagten Parallelen verführt. So hebt er hervor, bei beiden gehe der Profit in den Preis der Waren ein. Diese Behauptung ist, wörtlich genommen, richtig, sie verdeckt aber den sehr großen Unterschied in der Bedeutung, den dieser Ausdruck bei beiden Theoretikern besitzt. Bei HODGSKIN rührt der Kapitalzins daher, daß der Arbeiter nicht imstande ist, den Ertrag seiner Arbeit mit seinem Lohne zurückzukaufen, daß er vielmehr gezwungen ist, dem kapitalistischen Warenbesitzer mehr zu geben als er selbst für die Herstellung der Ware erhalten hat. Der Profit oder vielmehr Kapitalzins bildet also einen Aufschlag auf den natürlichen Preis oder Wert der Waren, so daß diese nicht zu diesem natürlichen Wert ausgetauscht werden, sondern zu ihrem sozialen oder Tausch-Wert. Diese Auffassung und auch die Unsicherheit [2]), mit der

1) MARX, „Theorien über den Mehrwert," hrsg. von KARL KAUTSKY, III. Bd. Stuttgart 1910, S. 301.

2) Über diese Unsicherheit in der Erklärung des Profits vgl. auch HALÉVY a. a. O. S. 73.

HODGSKIN sie entwickelt, rührt offenbar daher, daß für ihn der selbständige Kleinmeister, der vom Kapitalisten ausgebeutet wird, den Normaltyp der Wirtschaft repräsentierte. So erklärt sich nicht nur die Verwechslung von Profit und Zins, sondern vor allem die grundlegende Anschauungsweise, daß es das „Natürliche" wäre, wenn die Produzenten, d. h. die Arbeiter, wozu er auch die selbst materiell oder geistig mitarbeitenden Meister rechnet, ihre Produkte unter einander ohne die Intervention von Kapitalisten austauschten. In diesem Falle würden die Waren zu ihren natürlichen Preisen verkauft resp. getauscht werden, zur Bildung eines Kapitalzinses wäre gar keine Gelegenheit. Wir sehen hier auf ökonomischem Gebiet die gleiche kleinbürgerliche Auffassung wie bei PROUDHON, die bei beiden Theoretikern auch zu ganz ähnlichen naturrechtlich-anarchistischen Konsequenzen geführt hat.

Bei MARX hingegen hat der Satz, daß der Profit in den Preis der Waren eingeht, eine durchaus andere Bedeutung. Er erhält seinen Sinn erst, wenn man berücksichtigt, daß bei MARX Wert und Preis prinzipiell auseinander fallen, daß die Preise dadurch entstehen, daß durch einen gesellschaftlichen Prozeß die innerhalb der ganzen Volkswirtschaft erzeugten Mehrwerte nach Abzug der Grundrente auf die Kapitalien im Verhältnis zu ihrer Größe verteilt werden. Der Preis der Ware entsteht nun, abweichend von ihrem Wert, in der Weise, daß zu ihren Produktionskosten ein Aufschlag zugerechnet wird, der im Verhältnis steht zur Größe des Kapitals, das notwendig war zur Erzeugung dieser Waren. Von einer solchen Preistheorie ist bei HODGSKIN nirgends die Rede. Für ihn fallen Wert und Preis normalerweise zusammen, während er andererseits die Kategorie des Mehrwerts nicht kennt und zwischen Profit und Zins nicht unterscheidet.

Noch schlimmer steht es um eine andere Analogie, die KOEPP gefunden haben will. Er behauptet, den Anschauungen HODGSKINS und MARX' sei gemeinsam, daß der Arbeiter „als Inhaber seiner eigenen Arbeitsinstrumente" ein Recht auf Profit habe. Für jeden Kenner der MARXschen Schriften muß es überraschend sein, daß MARX von dem Recht des Lohnarbeiters auf Profit auf Grund des Besitzes eigener Arbeitsinstrumente gesprochen haben sollte. KOEPP beruft sich zum Beweis auf eine Stelle im 3. Band des „Kapital", und er tut das sogar wiederholt, um jene Behauptung zu belegen. In der Tat ist aber in dem von KOEPP zitierten Passus (III/2, 165) überhaupt nicht von Lohnarbeitern die Rede, sondern von irischen Kleinpächtern, und gleich darauf betont MARX ausdrücklich, daß es sich hier nicht um einen Normalfall des kapitalistischen Systems handle, daß daher solche Beispiele der Untersuchung der Ökonomie dieses Systems nicht zugrunde gelegt werden dürfen. Es ist also gar keine Rede davon, daß MARX für den Arbeiter „als Inhaber seiner eigenen Arbeitsinstrumente" ein Recht auf Profit aufstellt. Bei HODGSKIN liegt die Sache allerdings so. Hier kommt eben gerade sein kleinbürgerlicher Standpunkt klar zum Ausdruck. HODGSKIN spricht ja auch von dem „Recht des Arbeiters für das Ausleihen seines Eigentums Zins zu empfangen oder aus seiner Verwendung einen Profit zu ziehen".

Gerade in jener Schrift, der dieses Zitat entnommen ist, „The natural

and artificial right contrasted" aus dem Jahre 1832, tritt die soziale Auffassung HODGSKINS, die auch für seine ökonomischen Anschauungen bestimmend war, besonders charakteristisch zutage. Es heißt hier z. B.: „Von nun an sehen wir in der Gesellschaft ganz Europas ... eine große Mittelklasse heranwachsen, die das Joch der Knechtschaft und des Elends abgeschüttelt hat, das die Gesetzgeber ... dauernd aufzurichten gedachten. Die Angehörigen dieser Klasse sind sowohl Arbeiter wie Kapitalisten. Ihre Zahl steigt zusehends, sodaß wir hoffen können, daß in dem Maße, als die wunderbaren Erfindungen der Technik die ungelernte Arbeit abschaffen, diese Klasse alle Rückstände an Sklaverei und Bedrückung allmählich auslöschen und die ganze Gesellschaft auf freie und gleiche Menschen reduzieren wird". — Und noch deutlicher spricht sich HODGSKIN an einer späteren Stelle derselben Schrift aus, wo er als eine Folge des mechanischen Fortschritts erwartet eine „großartige Vervielfältigung der Mittelklassen, d. h. derjenigen, die durch oder in Verbindung mit Maschinen ein wenig arbeiten, die zugleich Arbeiter und Kapitalisten sind, die nicht unter dem Brandmal leiden, das auf gewöhnlicher und lang andauernder Arbeit ruht (weil diese früher von Sklaven verrichtet wurde) ... und die, ohne der Notwendigkeit zu arbeiten enthoben zu sein, weit über der großen Mehrzahl der Sklaven-Arbeiter und ihrer Abkömmlinge stehen. Auf jene Klasse von Menschen, die durch einen Umschwung nichts zu verlieren haben und nichts zu gewinnen von der Fortsetzung der Erpressungen seitens der Steuer- und Zehntenkollektoren, baue ich meine besten Hoffnungen[1]). Jene Klasse ... wird allwählich die Klasse der Sklaven-Arbeiter und die Schar der müßigen und trägen Tölpel, die nur von der Bodenrente oder vom Geldzins leben, abschaffen"[2]).

Derselbe Standpunkt macht sich aber auch schon in der „Verteidigung der Arbeit" geltend, wenn der Verfasser sagt: „Der Kampf scheint sich jetzt zwischen Meistern und Arbeitern abzuspielen oder zwischen einer Art von Arbeit und einer andern. Bald wird er jedoch seinen wahren Charakter offenbaren und als ein Krieg des redlichen Fleißes gegen die ruchlose Müßigkeit anerkannt werden".

Hier tritt die Ähnlichkeit der Denk- und Ausdrucksweise mit der der französischen Zeitgenossen HODGSKINS, der Saint-Simonisten, sehr klar hervor. So finden wir z. B. in den Abhandlungen, die Enfantin in den Jahren

---

1) Es ist dafür charakteristisch, wie sehr sich KOEPP durch oberflächliche Ähnlichkeiten bestechen läßt, daß er bei diesem Satz auf die Analogie mit dem bekannten Passus des kommunistischen Manifestes hinweist: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten und eine Welt zu gewinnen". Er bemerkt dabei nicht, daß HODGSKIN hier von der Mittelklasse spricht, von der er erwartet, daß sie die wirklichen Proletarier, die „Sklaven-Arbeiter", durch die Einführung von Maschinen überflüssig machen und verdrängen wird.

2) Vgl. KOEPP S. 257, 271.

1830 und 1831 u. d. T. „Économie politique et Politique“ [1]) veröffentlichte, eine ganz ähnliche Gegenüberstellung der „Müßigen, die von Mieten, Pachtgeldern und Zinsen leben“, und der „Arbeiter“, die nicht nur am Steigen der Löhne interessiert sind, sondern auch am Sinken des Zinsfußes, der Mieten und der Pachtgelder [2]). Denn der „Arbeiter“ zahlt an den „Müßigen“ Miete für die Arbeitswerkzeuge [3]), ihm soll durch Banken geholfen werden, die „Repräsentativkammern der Arbeiter sein sollen mit der Aufgabe, ununterbrochen den Arbeitern zum niedrigsten Preise die notwendigen Mittel zu beschaffen“ [4]).

Trotz dieser weitgehenden Übereinstimmung gibt es doch einen charakteristischen Unterschied in der Abgrenzung zwischen den „Arbeitern“ und den „Müßigen“ bei den Saint Simonisten und bei HODGSKIN, charakteristisch weniger für die wissenschaftlichen Individualitäten als für das Milieu, in dem sie lebten und das ihre theoretischen Auffassungen anregte. SAINT-SIMON selbst hatte zu den Industriellen diejenigen gerechnet: 1. die direkt gesellschaftlich nützliche Arbeiten verrichten; 2. die diese Arbeit dirigieren, oder deren Kapitalien in industriellen Unternehmungen angelegt sind; 3. die durch solche Arbeiten zur Produktion beitragen, die den Produzenten nützlich sind (wie Gelehrte, Künstler usw.) [5]). SAINT-SIMON rechnet hier also zu den produktiven Klassen der Gesellschaft nicht nur die Lohnarbeiter, Meister und Unternehmer, sondern auch diejenigen Geldkapitalisten, die ihr Kapital der Produktion zur Verfügung stellen. Demselben Gedankengang entspricht es, wenn z. B. ENFANTIN sagt [6]): „Der Reichtum ist immer entweder ein Werkzeug zur Arbeit oder ein Nährmittel des Müßiggangs; kommt der Reichtum in arbeitsame Hände, so ist die Maßnahme, die ihn dahin gebracht hat, gut; sie ist schlecht, wenn sie dieses Arbeitsmittel in müßige Hände hinüberleitet“. Der Bankier, der die müßigen Gelder sammelt und der Industrie zuführt, ist daher in den Augen der Saint Simonisten ein Wohltäter der Menschheit, ein Herold des neuen Reichs. Bekanntlich haben sich die Brüder Pereire bei der Gründung des Crédit Mobilier gerade auf diese saint-simonistische Argumentation berufen, um ihr finanzielles Unternehmen mit einem ideologischen Mäntelchen zu behängen.

In dieser scharfen Unterscheidung zwischen den „müßigen“ Geldbesitzern, die ihr Geld nur wuchern lassen, ohne etwas zur Produktion beizutragen, und den „industriellen“ Bankiers, die sich durch Zuleitung des Geldstroms

---

1) Vgl. Prosper Enfantin, Die Nationalökonomie des Saint-Simonismus, deutsch von ALB. VILLARET („Hauptwerke d. Sozialism. u. d. Sozialpolitik“. 5. Heft). Leipzig 1905.

2) Vgl. Enfantin a. a. O. S. 68.

3) Ebenda S. 82.

4) Ebenda S. 101.

5) Vgl. SAINT-SIMON „Le parti national ou industriel comparé au parti antinational“ (1819) (Oeuvres de SAINT-SIMON et d'ENFANTIN. XIX, 195.)

6) Vgl. ENFANTIN a. a. O. S. 86.

in die Produktion nützlich machen, spiegeln sich die Verhältnisse eines Landes, in dem die großindustrielle Produktion noch eine sehr geringe Rolle spielt, wo der Bauer, der kleine Meister oder Unternehmer dem privaten Wucherer ausgeliefert ist, wenn er keinen Bankkredit findet, und wo der Geldmarkt von der skrupellosen Oligarchie der Pariser Haute Banque, an ihrer Spitze das Haus ROTHSCHILD, beherrscht wird, die ihren Gewinn weniger im Diskontgeschäft sucht, als in Finanzgeschäften mit den Regierungen, in öffentlichen Anlehen, in Arbitragegeschäften und im internationalen Edelmetallhandel.

In England lagen die Verhältnisse ganz anders. Hier tritt der industrielle Kapitalismus selbstbewußt auf. Der Unternehmer ist in der Regel zugleich Kapitalist. Der Geldbesitzer tritt ihm nicht als eine ökonomische Notwendigkeit gegenüber, sondern als Parasit. Der Zins, den er verlangt, erscheint als unnötige schwere Belastung der Produktion, die dadurch verteuert wird. Ist hingegen das Kapital in den Händen der Produzenten, so wird dadurch die Produktion verbilligt.

Dieser eigenartige Gedanke wird von HODGSKIN in einem Brief an PLACE vom 12. Oktober 1818 entwickelt[1]: „... Das Kapital als Produktionsmittel kann nur in den Werkzeugen und Gegenständen erster Notwendigkeit bestehen, die der Arbeiter während der Produktion benützt und verbraucht. Eine Anhäufung dieser Gegenstände in den Händen des Arbeiters erniedrigt deren Preis und, während ihrer Konsumtion, gleicherweise den Preis dessen, was produziert wird. Eine Akkumulation von Geld jedoch, das diese Gegenstände repräsentiert, oder von diesen Gegenständen selbst in andern Händen als denen des Arbeiters, verteuert alles".

HODGSKIN gehörte zum Kreise der in London 1823 gegründeten „Mechanics Institution", des geistigen Mittelpunktes der Handwerkerbewegung. Er selbst hielt dort Vorträge über Nationalökonomie, die dann in Buchform erschienen. Er war ein Freund der PLACE, LOVETT, HETHERINGTON usw. In London aber hatte in den 20er und 30er Jahren die fabriksmäßige Produktionsform noch lange nicht so festen Fuß gefaßt, wie im Norden des Landes, hier herrschte noch die Manufaktur vor, der Arbeiter fühlte sich als Handwerker und oft sozial dem Meister oder kleinen Unternehmer näher stehend[2]) als dem Fabriksproletarier des Nordens, ein Gegensatz, der in den

1) Abgedr. bei KOEPP S. 154.

2) Wie sehr dieses Milieu für HODGSKINS Auffassungen bestimmend war, ergibt sich nicht nur aus den zahlreichen Stellen in der „Verteidigung der Arbeit", wo er die Interessen der Meister, „die zugleich Arbeiter sind", mit denen der Lohnarbeiter identifiziert; vielleicht noch charakteristischer ist eine Stelle, die zeigt, daß diese mehr patriarchalischen Verhältnisse im Begriffe waren, sich aufzulösen. HODGSKIN sagt da (KOEPP, S. 232): „Gleichzeitig können die Meister und Arbeitgeber nicht hoffen, daß die Arbeiter, welche nicht Kapitalisten sind, lange im unklaren bleiben, werden über die Art, in welcher die Meister, welche sowohl Arbeiter wie Kapitalisten sind, sich den Anschauungen der Kapitalisten, die nicht Arbeiter sind, anpassen.

Kämpfen innerhalb der chartistischen Bewegung besonders scharf zum Ausdruck gelangte. Auch HODGSKIN kann seine Abneigung gegen die „Arbeitssklaven“ kaum verbergen. Er setzt seine Hoffnungen, wie gezeigt, auf die Mittelklasse, von der er hofft, daß sie mit dem Aufkommen neuer Erwerbszweige und neuer Maschinen zugleich die Arbeitssklaven und die müßigen Parasiten verdrängen wird, auf jene Klasse, deren Angehörige zugleich Arbeiter und Kapitalisten sind.

Seine Gedanken berührten sich hier mit denen O'BRIENS, wenn dieser z. B. sagt: „Man sollte nicht erlauben, daß Geld Geld hervorbringt, wie Kohl Kohl oder Unkraut Unkraut. Wenn ein Mann auf rechtlichem Wege hundert oder tausend Pfund Güterwert mehr verdient hat, als er verbraucht oder ausgegeben hat, so hat er ein heiliges Recht auf seinen ausschließlichen Gebrauch, wenn er es so wünscht, aber er hat kein Recht, jenen Reichtum in der Weise zu verwenden, daß er ihn als eine Art Saugpumpe oder Daumschraube benutzt, um anderer Leute Ertrag in seinen Besitz zu bringen. Und darin liegt das große Übel der Gesellschaft, nicht im Privateigentum, sondern in der ungerechten und schrecklichen Macht, mit der die bestehenden Gesetze aller Länder es ausstatten [1]).

HODGSKIN wie O'BRIEN haben, wenn sie von Kapital als Mittel der Ausbeutung sprechen, in erster Linie das Geldkapital und das Handelskapital im Auge. Wenn sie aber von den Leiden des ausgebeuteten Arbeiters sprechen, meinen sie den Lohnarbeiter. Die Unternehmer gehören für beide zeitweilig zu den Arbeitern, die vom Kapital ausgebeutet werden, zeitweilig zu den Kapitalisten, die selbst ausbeuten. Der Profit wird, soweit er in der Gestalt des Unternehmergewinnes auftritt, von HODGSKIN als Entlohnung des Meisters oder Unternehmers für seine geistige Arbeit betrachtet und soweit gebilligt [2]), das Kapital zugleich als Instrument der Ausbeutung verurteilt. Auf diese Weise entsteht eine Reihe scheinbarer Widersprüche, die von KOEPP zum Teil aufgezeigt werden, für deren Verständnis und Auflösung er den Schlüssel aber nicht gefunden hat [3]).

HODGSKIN wurde zu solchen Unklarheiten zum Teil dadurch verführt, daß er in die ökonomischen Untersuchungen ein starkes ethisches Empfinden hineintrug. Die Frage der Herkunft eines Einkommens verquickte sich bei ihm wie bei den Vulgurökonomen der nachricardoschen Schule mit der Frage nach ihrer Berechtigung. So rechtfertigt er z. B. den Handelsprofit mit der sozialen Nützlichkeit von Personen, die die Verteilung der Güter besorgen [4]),

---

1) English Chartist Circular, vol. I. Nr. 18, zitiert bei TILDSLEY, Die Entstehung und die ökonomischen Grundsätze des Chartismus. Jena 1898, S. 107, 108.

2) HODGSKIN bezeichnet den Unternehmergewinn, insofern er ihn eben als die Belohnung qualifizierter Arbeit ansieht, auch als den „natürlichen Profit“. (Vgl. Brief an PLACE vom 28. Mai 1820, bei KOEPP S. 172).

3) Vgl. KOEPP a. a. O., besonders S. 144.

4) Popular political economy. S. 150—51 (zit. bei HALÉVY a. a. O. S. 112).

und den industriellen Profit mit der Nützlichkeit der Arbeit der Leitung und Beaufsichtigung des Produktionsprozesses[1]), wobei er zugleich allerdings bemerkt, diese Arbeiten würden deshalb, weil der, der sie leistet, zugleich Kapitalist oder Agent der Kapitalisten sei, im Verhältnis zur Entlohnung für manuelle Arbeit zu hoch bezahlt. Aber auch noch in einem Brief aus dem Jahre 1846[2]) erklärt er es als die brennendste und wichtigste Frage, wie die Ungerechtigkeit in der Bezahlung der Leistungen eines Landarbeiters, eines Erzbischofs oder eines Unternehmers zu beheben sei. Für ihn bleibt eben der Unternehmergewinn oder eigentlich der industrielle Profit, den er von diesem nicht unterscheidet, ein allerdings zu hoch bemessener Lohn für die qualifizierte Arbeit der Überwachung und Leitung des Arbeitsprozesses. Er übersieht dabei, daß der Profit dem Kapitalaufwand und nicht der Arbeitsleistung des Unternehmers proportional ist, und daß die ethische Frage der „Berechtigung" eines Einkommenszweiges von der ökonomischen Frage seiner Herkunft sorgfältig zu trennen ist[3]).

An Klarheit und Schärfe der Begriffsbildung standen in der Tat HODGSKIN und die übrigen theoretischen Vertreter der Rechte der Arbeiter jener Zeit hinter RICARDO weit zurück, wenn sie ihm auch, und hier besonders

---

1) Verteidigung der Arbeit. Vgl. KOEPP a. a. O. S. 225 f.

2) Zit. bei HALÉVY a. a. O. S. 150 ff.

3) FOXWELL (a. a. O. S. XLVI) wertet diese Leistung HODGSKINS allerdings anders. Er sagt: „In einer Beziehung war er (HODGSKIN) sowohl MARX als den Nationalökonomen voraus. Er unterscheidet sorgfältig zwischen dem Kapitalisten und dem Unternehmer". Zum Beweise dafür zitiert er folgenden Passus aus der „Verteidigung der Arbeit". „Meister sind offenbar ebenso gut Arbeiter wie ihre Gesellen. In dieser Eigenschaft ist ihr Interesse genau dasselbe wie dasjenige ihrer Leute. Aber sie sind auch entweder Kapitalisten oder die Agenten von Kapitalisten, und insofern ist ihr Interesse demjenigen ihrer Arbeiter entschieden entgegengesetzt". Man vergleiche mit diesen Sätzen die folgenden Ausführungen von MARX (Kapital III/1, 359): „Der Zins, den der fungierende Kapitalist an den Geldkapitalisten zahlt, erscheint als der Teil des Rohprofits, der dem Kapitaleigentum als solchem zukommt. Im Gegensatz hierzu erscheint der Teil des Profits, der dem aktiven Kapitalisten zufällt, jetzt als Unternehmergewinn, entspringend ausschließlich aus den Operationen oder Funktionen, die er im Reproduktionsprozeß mit dem Kapital vollführt, speziell also den Funktionen, die er als Unternehmer in der Industrie oder dem Handel verrichtet. ... Diese qualitative Scheidung zwischen den beiden Teilen des Rohprofits ... ist keineswegs bloß subjektive Auffassung des Geldkapitalisten hier und des industriellen Kapitalisten dort. Sie beruht auf objektiver Tatsache, denn der Zins fließt dem Geldkapitalisten, dem Leiher zu, der bloßer Eigentümer des Kapitals ist ... und der Unternehmergewinn fließt dem bloß fungierenden Kapitalisten zu, der Nichteigentümer des Kapitals ist". — Vgl. insbes. auch die Ausführungen S. 367 ff.

HODGSKIN, in der Erkenntnis des sozialen und historischen Charakters der ökonomischen Verhältnisse und daher auch der ökonomischen Kategorien entschieden überlegen waren. Dieser Mangel macht sich selbst dort geltend, wo sie RICARDO gegenüber materiell im Recht waren. Bezeichnend dafür ist die Behandlung des Problems des tendenziellen Sinkens der Profitrate. RICARDO erklärte dieses Phänomen, das den Ökonomen jener Zeit viel zu denken gab, aus der wachsenden Schwierigkeit der Lebensmittelversorgung und dem dadurch herbeigeführten Steigen der Geldlöhne, wodurch der Anteil des Kapitals am erzeugten Gesamtwert fortwährend verringert wird. In der „Verteidigung der Arbeit" bezeichnet HODGSKIN diese Theorie als falsch und stellt ihr eine neue, eigene Theorie gegenüber, wonach das Sinken der Profitrate daher rühre, „daß keine Arbeit, keine Produktivkraft, kein Erfindertalent und keine Kunstfertigkeit den überwältigenden Anforderungen des Zinseszinses gerecht werden kann". (KOEPP, S. 220). Er knüpfte dabei an die kuriose Rechnung des Dr. PRICE an, wonach ein Penny, der bei der Geburt Christi zu 5 Prozent auf Zinseszins angelegt worden wäre, bis zum Jahre 1791 zu einem geradezu märchenhaften Betrag angewachsen sein würde. Der Zinseszins würde daher alle Reichtümer der Welt verschlingen, wenn er nicht in den Grenzen der Produktivität der Arbeit auch seine Schranke fände. In seiner sehr eingehenden und besonders liebevollen Besprechung der HODGSKINschen Schrift hat MARX nachgewiesen, daß diese ganze Argumentation hinfällig wird, sobald man annimmt, daß das Wachstum der Arbeiterbevölkerung Schritt hält mit der Akkumulation des Kapitals [1]), zugleich hat er aber auch gezeigt, welcher rationelle Kern in HODGSKINS Theorie steckt [2]), ein Kern allerdings, über dessen Vorhandensein HODGSKIN selbst wahrscheinlich ziemlich erstaunt gewesen wäre. Das ist ja das Eigenartige an MARX' Studien über die Geschichte der ökonomischen Theorie, daß er mit einem Spürsinn, der den seiner Plagiatschnüffler weit in den Schatten stellt, bei seinen Vorgängern die zartesten Keime entdeckt hat, aus denen sich Gedanken und Theorien entwickeln konnten, die den seinigen verwandt waren. Erst durch die Beleuchtung, in die MARX diese Keime rückt, werden sie als Ansätze zu Gedanken kenntlich, die ihren Autoren meist noch durchaus nicht zum Bewußtsein gekommen waren. Mit Recht schließt deshalb KOEPP seine sorgfältige Zusammenstellung der Punkte, in denen sich die Anschauungen von HODGSKIN und MARX über die wichtigsten Fragen der Wert- und Mehrwerttheorie gleichen oder von einander abweichen, mit folgenden Worten (S. 144): „Es fehlt eben bei HODGSKIN, im Gegensatz zu MARX, überall an einer planmäßigen, klar disponierten Darstellung und an einem systematischen Aufbau seiner örtlich und zeitlich zerstreuten Thesen".

Leider ist KOEPP auf HODGSKINS Kritik der RICARDOschen Rententheorie und auf deren Verhältnis zur Stellung MARX' zu diesem Problem nur flüchtig eingegangen. Und doch ist gerade diese Seite der HODGSKINschen Theorie nicht nur an sich interessant, sie ist zugleich auch sehr bezeichnend für die geistige Eigenart und die Problemstellung dieses Denkers.

---

1) MARX, Theorien über den Mehrwert, III, 364. 2) Ebenda, S. 369 ff.

Noch bei ADAM SMITH durchbricht das Phänomen der Grundrente das Arbeitswertgesetz. In Reminiszenz an die Physiokraten bezeichnet SMITH die Grundrente als besonderes Entgelt für die natürlichen Produktivkräfte des Bodens. Für RICARDO, der die Arbeitswerttheorie überhaupt viel konsequenter durchführte als sein Vorgänger, mußte es sich darum handeln, die Geltung dieser Theorie auch für das Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion nachzuweisen. Zugleich entstand aber auch das Bedürfnis, eine theoretische Erklärung für das fortgesetzte und rasche Steigen der Getreidepreise zu finden. RICARDO geht dabei von der Voraussetzung der absoluten Herrschaft der Gesetze der freien Konkurrenz aus, eine Voraussetzung, die selbst für das England seiner Zeit nicht voll zutraf, die aber für die theoretische Entwicklung der Gesetze dieser Wirtschaft notwendig war. So kam RICARDO zu seiner Theorie der Differentialrente, die sowohl die Erscheinungen der Grundrente der Arbeitswerttheorie einordnete, als auch das Steigen der Getreidepreise erklärte. Er beging aber dabei den methodologischen Fehler, die Ergebnisse seiner auf der Konstruktion eines in der Wirklichkeit nicht voll gegebenen Wirtschaftszustands beruhenden Theorien als unmittelbar für die Wirklichkeit geltend hinzustellen. Dieser Fehler hing mit der ganzen unhistorischen Denkweise der klassischen Nationalökonomie zusammen, die in den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft absolute, für jede vernünftige Wirtschaft geltende Gesetze erblickte, zu denen die Geschichte zwar unvollkommene Vorstufen aufwies, die aber einer weiteren Entwicklung über sich hinaus nicht mehr fähig waren. Dadurch verliehen diese Ökonomen ihren Untersuchungen den Charakter der Aufstellung von Normen des Richtigen. Sie prätendierten, nicht nur zu erklären, was *ist*, sondern zugleich festzustellen, was sein *soll*. Sie wurden, manchmal wohl ohne es selbst zu wollen, zu Anwälten des Bestehenden.

Dagegen wandten sich die ideologischen Vertreter des Arbeiterinteresses mit großer Leidenschaftlichkeit, wobei einigen von ihnen ihr besseres historisches und soziales Verständnis zustatten kam. Sie begriffen das Kapitel als geschichtliche Erscheinung, die ebenso wie sie nicht von jeher da war, auch nicht für alle Zukunft Bestand haben würde. RAVENSTONE und besonders HODGSKIN gingen aber noch weiter und zeigten den *sozialen* Charakter der ökonomischen Kategorien auf. Aber in ihrer Polemik gegen die offizielle Wissenschaft erkannten sie doch nicht deren methodologische Fehler. Sie stellten sich nicht auf den Standpunkt, es sei die Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft, die Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens zu beschreiben, zu erklären und die Tendenzen des historischen Verlaufs aufzudecken, nicht aber das Vorgehen und die Einkommensquellen der verschiedenen Akteure des Wirtschaftslebens zu rechtfertigen oder zu verurteilen, was nur Sache der Ethik sein kann. Sie akzeptierten vielmehr die Auffassung ihrer Gegner, drehten aber den Spies um und suchten in den ökonomischen Theorien ebenso eifrig nach Argumenten zur Verdammung, wie jene nach solchen zur Rechtfertigung von Kapitalprofit und Grundrente. Und ebenso wenig verstanden sie den zweiten methodischen Grundfehler der klassischen

Ökonomie aufzudecken und nachzuweisen, daß eine Theorie des Kapitalismus nur eben die Erscheinungen dieses Wirtschaftssystems erklären kann, nicht aber zur Beurteilung von Verhältnissen herangezogen werden darf, die gar nicht kapitalistisch sind, wenn sie sich auch im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft sowohl als Überlebsel früherer Wirtschaftsformen wie auch als Keime zu neuen noch reichlich vorfinden. Umgekehrt glaubten jene Theoretiker eben diese Erscheinungen und Verhältnisse zur Widerlegung der Anschauungen ihrer Gegner verwenden zu können.

Gerade die Rententheorie HODGSKINS und seine Polemik gegen RICARDO sind in dieser Hinsicht sehr lehrreich.

In seinem Brief an PLACE vom 28. Mai 1820 (KOEPP, S. 159—175), in dem er sich mit RICARDOS Theorien und besonders mit seiner Rententheorie ausführlich auseinandersetzt, erklärt er zuerst, warum ihm RICARDOS Lehre überhaupt unsympathisch sei; sie strebe die gegenwärtige politische Lage der Gesellschaft zu rechtfertigen und setze unsern Hoffnungen auf künftigen Fortschritt Grenzen. Es ist eigentümlich, daß der Rententheorie RICARDOS die entgegengesetzten und sich widersprechenden Vorwürfe gemacht werden. CAREY z. B. bezeichnet RINCARDOS Buch als „das richtige Handbuch des Demagogen, der nach Macht strebt durch Bodenkonfiskation, Krieg und Plünderung". Ähnlich behauptet HELD, unter RICARDOS Hand sei „die rechtgläubige Nationalökonomie zu einer gefügigen Dienerin der ausschließenden Interessen des mobilen Kapitals geworden", sein Grundrentengesetz sei „einfach von dem Haß des Geldkapitalisten gegen den Grundbesitzerstand diktiert gewesen". Auf den ersten Blick erscheint diese Auffassung verständlicher als die entgegengesetzte, wie sie von HODGSKIN vertreten wird. Denn während die Physiokraten und auch noch SMITH die Grundrente als die Entlohnung für besondere Eigenschaften des Produktionsmittels Grund und Boden an dessen Eigner betrachteten, zeigte RICARDO, daß die Rente eine Art Tribut ist, den die gesamte Volkswirtschaft des Landes ohne Gegenleistung an die Eigentümer alles Bodens entrichtet, der überhaupt Rente trägt. Ferner hat aber RICARDO auch nachzuweisen gesucht, daß das Interesse der Grundbesitzer auch insofern mit dem der ganzen übrigen Gesellschaft, mit dem der Kapitalisten wie mit dem der Arbeiter, in Widerspruch steht, als beim Fortgang der Produktion die Grundrente automatisch und ohne Zutun der Rentenbezieher fortwährend steigt, während Profit und Reallohn sinken. Tatsächlich wurde ja auch diese Theorie besonders von den Bodenreformern zu heftigen Angriffen auf das Grundeigentum und zur Begründung der Konfiskation der Grundrente durch den Staat weidlich ausgenützt. Wieso kommt aber dann HODGSKIN zur Auffassung: RICARDOS Rententheorie „verfolge in erster Linie den Zweck, unsere großen Land-Leviathans in ihren enormen Erpressungen zu unterstützen", „sie bilde die stärkste Stütze für eine Theorie der Aristokratie"?

Die Erklärung für dieses Paradoxon ist in der sozialpolitischen Haltung zu suchen, die HODGSKIN zur Frage des Grundbesitzes einnahm. Für den Verteidiger des Besitzstandes bedeutete die RICARDOsche Rententheorie eine

Bedrohung des Großgrundbesitzes, denn sie bewies die Überflüssigkeit der sozialen Funktion des Großgrundbesitzers und die wachsende Gegensätzlichkeit seiner Interessen zu denen der Gesellschaft. Für den Kommunisten oder radikalen Agrarreformer war sie aus denselben Gründen eine willkommene Waffe[1]). Anders aber mußte sie von dem gewertet werden, der weder für die Erhaltung der bestehenden Besitzverhältnisse war, noch für die Vergesellschaftung oder Verstaatlichung des Grundbesitzes, sondern die Lösung der sozialen oder doch wenigstens der Agrarfrage von der Zerschlagung des Großgrundbesitzes und vom Übergang des Eigentums an den Teilstücken an kleinere Wirte erwartete. Für ihn bedeutete RICARDOS Theorie den Nachweis, daß die Grundrente keineswegs mit dem Großgrundbesitz verschwinden werde, daß die Last, die die Gesellschaft zu tragen hat, durch dessen Zerschlagung nicht erleichtert würde. In diesem Sinne betrachtete HODGSKIN RICARDOS Theorie als eine Verteidigung der „Land-Leviathans". Er selbst versprach sich „eine Demokratie von wohl unterrichteten und wohlversorgten menschlichen Wesen", wenn die Mittelklasse statt der Lords das Land eignete (KOEPP, S. 163). Selbstverständlich konnte ihn unter diesen Umständen RICARDOS Theorie nicht befriedigen, die von dieser Maßregel keine wesentliche Änderung der Grundrente erwarten ließ. HODGSKIN führte die Rente im Gegensatz zu RICARDO darauf zurück, daß früher die Bauern versklavt waren und von den Feudalherren ausgebeutet wurden. Die damals entstandene Ausbeutung ist bisher erhalten geblieben und hat nur neue Formen angenommen. HODGSKIN wird so, ohne es selbst zu merken, zum Verteidiger des kapitalistischen Systems, das nicht, wie RICARDO behauptet hatte, zur Aussaugung der ganzen Gesellschaft durch eine parasitische Grundbesitzerklasse führt, in dem vielmehr diese Aussaugung nur ein Überbleibsel aus überwundenen, überholten Gesellschaftsformen ist, das auch wieder beseitigt werden kann, ohne den Gesamtbau dieses Systems zu schädigen. Es ist charakteristisch, daß die eigenartige Beurteilung der RICARDOschen Rententheorie als einer Schutzwaffe des Großgrundbesitzes bei einem Theoretiker unserer Tage wiederkehrt, der eben auch jene sozialpolitischen Anschauungen HODGSKINS im wesentlichen teilt, bei FRANZ OPPENHEIMER[2]).

HODGSKIN leugnet die Differentialrente im RICARDOschen Sinne nicht, er behauptet aber, es gebe außer ihr noch eine absolute Grundrente, eben das Ergebnis der ehemaligen Feudalherrschaft, ebenso wie auch die Niedrigkeit des Lohnes sich dadurch erkläre, daß die Arbeiter einst Sklaven waren.

Die Frage der absoluten Grundrente hat in der klassischen Nationalökonomie eine große Rolle gespielt und insbesondere auch die Frage, ob eine absolute Grundrente mit der Arbeitswerttheorie verträglich sei. RICARDO leugnete dies. Erst MARX hat das Gegenteil nachgewiesen. Für RICARDO

1) Vgl. z. B. HENRY GEORGE, Fortschritt und Armut (Deutsch von GÜTSCHOW). Berlin 1881. S. 148 ff.

2) Vgl. FRANZ OPPENHEIMER, DAVID RICARDOS Grundrententheorie. Berlin. 1909, besonders S. 3, 5, 31.

war mit dem Hinweis auf die Unvereinbarkeit einer absoluten Grundrente mit dem Arbeitswertgesetz die Frage insofern erledigt, als dann eine solche Rente im kapitalistischen System nicht vorkommen kann, wenn das Arbeitswertgesetz wirklich das Grundgesetz dieses Systems ist. HODGSKIN hätte nun sehr wohl gegen RICARDOS Leugnung der Existenz einer absoluten Rente einwenden können, daß die wirkliche Gesellschaft, in der er lebte, die wirkliche Wirtschaft seiner Zeit nicht vollkommen durch die Gesetze des kapitalistischen Systems beherrscht werden, daß es noch sozial wichtige Erscheinungen gebe, die aus früheren Zeiten fortbestehen und noch starke Wirkungen üben. HODGSKIN argumentierte aber nicht in dieser Weise, sondern er glaubte mit dem Hinweis darauf, daß das Grundeigentum des englischen Hochadels noch einen stark feudalen Charakter hätte, auch schon RICARDS Rentengesetz widerlegt zu haben.

Es handelt sich bei der Betonung dieses Unterschiedes in der Auffassung nicht um Silbenstecherei. Das zeigt sich sofort in ihren Konsequenzen. Denn RICARDO hatte gezeigt, daß das Grundeigentum eine furchtbare und stets wachsende Last der Gesellschaft darstellt, auch wenn es rein kapitalistisch ist, wenn Grund und Boden zur frei veräußerlichen Ware geworden sind, an der kein Monopolbesitz besteht. Dieser Nachweis wurde dadurch nicht erschüttert, daß HODGSKIN zeigte, daß es außerdem auch noch eine feudale Rente gab. HODGSKIN vermengte hier die Aufgaben der deskriptiven mit denen der theoretischen Ökonomie [1]. Erst MARX ist es gelungen, diese beiden Aufgaben auch auf dem Gebiet der Grundrententheorie nicht zu vermengen, sondern zu vereinen [2].

Mit Recht bemerkt KOEPP (S. 125, Anm. 3), die Rententheorie HODGSKINS „erscheine in sich unausgeglichen und widerspruchsvoll". Trotzdem ist sie für die Charakterisierung seines theoretischen Denkens sehr wichtig. Sein Satz, der Verkauf oder die Verpachtung von Land sei in Wirklichkeit Verkauf oder Verpachtung von Macht über Arbeitssklaven [3], zeigt, daß HODGSKIN den sozialen Charakter des Großgrundbesitzes tiefer erkannt und erfaßt hat, als RICARDO; in der ökonomischen Analyse bleibt er aber weit unter diesem, während er zugleich dessen streng wissenschaftliche Fragestellung mißversteht und der Antwort eine soziale Tendenz unterschiebt, die sie weder subjektiv noch objektiv besitzt.

Dieser Mangel an analytischer Schärfe sowie der naturrechtliche Standpunkt hinderten auch HODGSKIN, die Theorien RICARDOS über sich hinaus

1) Vgl. übrigens darüber, daß HODGSKINS Behauptung auch historisch irrig war: MARX Theorien II/2, 6 fg.

2) Vgl. MARX, Das Kapital III/2, bes. 315 ff. Darnach würdige man die etwas apokalyptische Stelle in S. und B. WEBBS „History of Trade Unionism (Ausg. v. 1894, S. 147), wo HODGSKIN und „seinem berühmten Schüler" KARL MARX der Vorwurf gemacht wird, sie hätten in ihren Berechnungen das Gesetz der Rente übersehen und gelehrt, daß alle Tauschwerte in „Arbeitszeit" ausgedrückt und gemessen werden könnten.

3) Brief an PLACE vom 20. April 1820 (KOEPP, S. 157).

fortzuentwickeln, die ihnen immanenten Widersprüche aufzudecken und zu lösen. In dieser Hinsicht kann er sich mit RAMSAY und insbesondere mit CHERBULIEZ nicht messen. Selbst dort, wo er die inneren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems geradezu berührt, wie bei der Besprechung des Gesetzes der sinkenden Profitrate oder der Hemmnisse, welche die Akkumulation des Kapitals der Produktion bereitet, kommt er nur zur Feststellung eines Widerspruches des Kapitalismus mit dem Naturrecht[1]), aber nicht eines Widerspruches im Kapitalismus selbst. Er bleibt daher diesem gegenüber einfach negativ, er verwirft ihn vom Standpunkt einer naturrechtlichen Ethik und findet sein Ideal in einer historisch überwundenen Wirtschaftsform, wo selbständige Kleinproduzenten ihre Produkte zum vollen Wert miteinander austauschen. Daß HODGSKIN an einigen Stellen seiner Schriften die Hoffnung oder Zuversicht ausspricht, die Mittelklasse, der seine Sympathien galten, werde durch die Entwicklung der modernen Technik von selbst zur Alleinherrschaft gelangen, ändert nichts daran, daß das Ziel seines Strebens nicht jenseits des Kapitalismus lag, sondern vor ihm, in der Vergangenheit.

In dieser Grundauffassung steht HODGSKIN im vollsten Gegensatz zu MARX, und dieser Kardinalpunkt durfte in einer Vergleichung der theoretischen Systeme dieser beiden Ökonomen nicht außer acht gelassen werden, wie KOEPP es getan hat, der sich darauf beschränkte, nur die einzelnen Lehrsätze bei HODGSKIN und MARX mit einander zu vergleichen, ihren wissenschaftlichen Individualitäten aber kaum Aufmerksamkeit schenkte, ihnen keinesfalls gerecht wurde.

MARX selbst hat in knappen Zügen das theoretische Verhältnis zwischen der Ökonomie RICARDS und der HODGSKINS gezeichnet und damit auch zugleich helles Licht über die Frage seiner eigenen Stellung zu den Lehren des Letzteren verbreitet[2]): „Indem sie (RICARDO und seine Schule) auf der einen Seite die Arbeit absolut, weil ihnen Lohnarbeit mit Arbeit identisch war, und auf der andern Seite ebenso absolut das Kapital, die Armut der Arbeiter und den Reichtum der Nichtarbeiter in demselben Atem als einzige Quelle des Reichtums ansprechen, bewegen sie sich beständig in absoluten Widersprüchen, ohne die geringste Ahnung darüber . . . „Arbeit oder Kapital" — in diesem Ausdruck RICARDOS tritt der Widerspruch und die Naivität, mit der er als Identisches ausgesprochen ist, schlagend hervor. — Es war aber klar, daß dieselbe reale Entwicklung, die der bürgerlichen Ökonomie

1) Dafür, welch großes Ansehen damals die Vertreter des naturrechtlichen Anspruchs der Arbeiter auf den vollen Arbeitsertrag unter der Arbeiterbevölkerung genossen, und welchen Einfluss besonders HODGSKIN besaß, dafür ist ein ergrimmter Brief JAMES MILLS an LORD BROUGHAM vom 3. September 1832 (zit. bei WEBB, History of Trade Unionism, S. 142) bezeichnend, in dem sich MILL über die weite Verbreitung des „verrückten Unsinns unseres Freundes HODGSKIN" bitter beklagt.

2) Vgl. MARX, Theorien, III, S. 308 ff.

diesen theoretisch rücksichtslosen Ausdruck gab, die in derselben enthaltenen realen Widersprüche entwickelt, namentlich den Gegensatz zwischen dem wachsenden Reichtum der „Nation“ in England und dem wachsenden Elend der Arbeiter. Da ferner diese Widersprüche in der RICARDOschen Theorie usw. einen theoretisch schlagenden, wenn auch unbewußten Ausdruck erhalten, war es natürlich, daß die Geister, die sich auf die Seite des Proletariats stellten, den theoretisch für sie schon zurecht gemachten Widerspruch aufgriffen. Die Arbeit ist die einzige Quelle des Tauschwerts und der einzige aktive Schöpfer der Gebrauchswert. So sagt ihr. Andererseits sagt ihr, das Kapital ist alles, der Arbeiter nichts oder bloß ein Teil der Produktionskosten des Kapitals. Ihr habt euch selbst widerlegt. Das Kapital ist nichts als Prellerei des Arbeiters. Die Arbeit ist alles. — Dies ist in der Tat das letzte Wort aller der Schriften, die das proletarische Interesse vom RICARDOschen Standpunkt, auf dem Boden seiner eigenen Voraussetzungen vertreten. So wenig er die Identität von Kapital und Arbeit in seinem System begreift, so wenig begreifen sie den Widerspruch, den sie darstellen, weshalb die bedeutendsten unter ihnen, wie HODGSKIN zum Beispiel, alle ökonomischen Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion selbst als ewige Formen akzeptieren und nur das Kapital streichen wollen, die Basis und zugleich die notwendige Konsequenz“.

Trotzdem hat MARX das große Verdienst voll anerkannt, das sich HODGSKIN um die politische Ökonomie durch die Art erworben hat, wie er „das Kapital streichen wollte“, indem er die fetischistischen Vorstellungen bekämpfte, die mit dem Begriff des Kapitals verknüpft worden waren. Dabei habe er allerdings „den Wert etwas unterschätzt, den die Vergangenheit der Arbeit für ihre Gegenwart hat“, das sei aber in Ordnung dem ökonomischen Fetischismus gegenüber[1]). Und mit besonderem Nachdruck stellt MARX die Auffassungsweise HODGSKINS der Vulgärökonomie gegenüber[2]): „Die ganze objektive Welt, die „Güterwelt“, versinkt hier (bei HODGSKIN) als bloßes Moment, bloß verschwindende, stets und stets erzeugte Betätigung der gesellschaftlich produzierenden Menschen. Nun vergleiche man diesen „Idealismus“ mit dem grob materiellen Fetischismus, wozu die RICARDOsche Theorie „bei dem unglaublichen Schmierer“ MAC CULLOCH ausläuft, wo nicht nur der Unterschied zwischen Mensch und Tier, sondern sogar der zwischen Mensch und Ding verschwindet. Und danach sage man, daß der proletarische Gegensatz dem erhabenen Spiritualismus der bürgerlichen Ökonomie gegenüber einen rohen, auf das brutale Bedürfnis ausschließlich gerichteten Materialismus predigt!“

* * *

Die Zusammenstellung der Namen HODGSKIN und MARX ruft die Erinnerung an einen Streit wach, der zwischen ANTON MENGER und FRIEDRICH ENGELS wegen einer MARXschen Zitierung geführt wurde. MARX hatte in

1) MARX, Theorien III, 329.

2) Ebenda, S. 318.

der „Misère de la Philosophie“ (1847) auf eine „Économie Politique de Hopkins 1822“ hingewiesen. In seiner vom 5. Mai 1885 datierten Vorrede zum II. Band des „Kapital“ zitierte ENGELS diese Stelle, schrieb aber statt HOPKINS: HODGSKIN. In seinem „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ wies nun MENGER auf diese Diskrepanz hin und behauptete: MARX habe ursprünglich ein Buch „Notions on political economy“ von JOHN HOPKIN im Auge gehabt, das 1833 erschienen war. Frau JANE MARCET, die unter diesem Pseudonym geschrieben, sei aber nicht, wie MARX an jener Stelle behauptet, Sozialistin gewesen, sondern im Gegenteil eine der heftigsten und bekanntesten Gegnerinnen des Sozialismus. ENGELS änderte nun in der 1892 erschienenen zweiten Auflage der deutschen Übersetzung der „Misère de la philosophie“ den Namen HOPKINS in HODGSKIN, ließ aber die Jahreszahl 1822 stehen, obgleich HODGSKINS „Popular political economy“, die allein in Betracht kommen konnte, erst 1827 erschien. Diese Konfusion wurde dadurch noch erhöht, daß WILHELM LIEBKNECHT in seiner Schrift: „Zur Geschichte der Werttheorie in England“ (Jena 1902) schrieb, nach MARX sei HODGSKINS „Popular political economy“ zum ersten Male 1822 erschienen. Dieser Irrtum wurde vielleicht dadurch mit veranlaßt, daß ENGELS in dem erwähnten Vorwort zum II. Band des Kapital von Thompsons „Inquiry“ irrtümlich behauptet hatte, diese 1822 verfaßte Schrift sei 1827 erschienen, während sie tatsächlich 1824 herauskam.

Und nun weist KOEPP, der diesen ganzen Streit übersichtlich darstellt, darauf hin (S. 9), daß schon HALÉVY gezeigt hat, wie diese ganze Reihe von Widersprüchen und Verwirrungen ganz gegenstandslos ist, da MARX an jener Stelle tatsächlich nicht HODGSKINS „Popular political economy“ gemeint hat, aber auch nicht die „Notions“ von JOHN HOPKINS (die Schreibung HOPKIN bei MENGER ist irrig), sondern offenbar die tatsächlich 1822 erschienenen „Economical enquiries“ von THOMAS HOPKINS, den zwar „KAULLA“ (Die geschichtliche Entwicklung der modernen Werttheorie; Tübingen 1906, S. 168 Anm.) ebenfalls zu den „bürgerlichen Theoretikern“ rechnet, den aber HALÉVY als Sozialisten oder Vorläufer der Sozialisten bezeichnet, während KOEPP ihn zu den Vertretern des vom „Kommunistischen Manifest“ so genannten „feudalen“ Sozialismus zählt.

Einiges über moderne Utopien.

Eine Erwiderung.

Von

Josef Popper-Lynkeus (Wien).

In seiner unter dem obenstehenden Titel in diesem „Archiv“ VI, 114/128 veröffentlichten Abhandlung befaßt sich KARL BALLOD hauptsächlich mit meinem Werke: „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“. Daß ein so kompetenter Gelehrter meinen Vorschlägen eingehende Besprechung gewidmet hat, ist mir äußerst erfreulich, und nicht minder die ernsten und gewichtigen Worte, die BALLOD in der Einleitung und am Schluß seines Aufsatzes an die Nationalökonomen und Sozialpolitiker richtet — Worte, von denen sicherlich eine sehr nützliche Wirkung zu erwarten ist. Was aber nun mein Spezialprogramm selbst anbelangt, so macht BALLOD zu demselben mehrere Einwendungen, die zwar die Grundidee selbst nicht tangieren, mich aber doch zu Gegenbemerkungen veranlassen.

Zuerst sei ein Versehen BALLODS richtiggestellt, das in Anbetracht des großen Umfangs meiner Schrift sehr leicht erklärlich ist. Es wird nämlich meiner Ansicht über die „Konzentrationstheorie“ eine andere als die richtigere gegenübergestellt, die ich wohl als eine gleichberechtigte akzeptieren könnte, und da heißt es nun: „Hätte POPPER-LYNKEUS die Ausführungen bürgerlicher Nationalökonomen, wie SINZHEIMER hierüber gelesen, so würde er anderer Meinung geworden sein.“ Aber dieses Werk SINZHEIMERS: „Über die Grenzen der Weiterbildung des fabriksmäßigen Großbetriebes in Deutschland“, ist auf S. 414/416 meines Buches genannt und eingehend besprochen worden. —

Mein Plan beruht durchaus nicht, wie BALLOD meint, auf „der Forderung der Überwindung der Unsicherheit der sozialen Lage des Arbeiters“. Denn ich vermied strenge, vom „Arbeiter“ zu sprechen und hob hervor, daß man die soziale Frage als eine Angelegenheit aller Menschen betrachten müsse, denn außer den Arbeitern seien noch viele andere Berufskategorien von Not oder Sorge nicht frei, oder sie können es, bei der Labilität unseres Wirtschaftssystems und unserer politischen Verhältnisse, doch leicht werden. Man möge daher den Fehler der Marxisten vermeiden, die immer nur von „Arbeitern“ und von „Proletariat“ sprechen.

BALLOD rügt es, daß ich „neue Wohnungen lediglich für den Bevölkerungszuwachs ... als notwendig ansehe, obwohl ich kurz vorher gerade die Wohnungsnot der vorhandenen Bevölkerung beklagt hatte". Allein ich ging ganz richtig vor, denn es war notwendig, in der Statistik für den Beharrungszustand im Zukunftsstaat selbstverständlich eben nur den Zuwachs der Bevölkerung zu berücksichtigen. Ich hob das auch ausdrücklich mit den Worten hervor: „Wir setzen ... bei diesen wie bei allen nachfolgenden Berechnungen der in der Minimum-Armee Beschäftigten stets voraus, daß der Staat nach unserem Programm schon komplett eingerichtet sei, daß demnach sämtliche Arbeiten für den Übergang aus dem heutigen in den zukünftigen vollständig durchgeführt wurden, also der sozialistische Beharrungszustand bereits vorhanden sei" (S. 581). Der Neubauten aber wegen der bestehenden Wohnungsnot gedenke ich speziell (S. 598) da, wo von der „Bauperiode" während jenes Überganges gehandelt wird.

„POPPER-LYNKEUS — führt BALLOD des ferneren aus — „will also seinen Sozialstaat auf vollständig autarkischer Grundlage aufbauen, Kolonien ausschalten, also den geschlossenen Handelsstaat à la FICHTE unter Verzicht auf den internationalen Warenaustausch." Ich befürworte jedoch durchaus nicht die Ausschaltung von Kolonien überhaupt, sondern die vollständige Inlandserzeugung aller unentbehrlichen Artikel, ohne sich auf Kolonien zu verlassen, und ich erläuterte (S. 345) die Unsicherheit in der notwendigen Lebenshaltung, wenn man sich für Minimum-Artikel auf Kolonien verlassen wollte. Von Kolonien für Produktion nicht-notwendiger, sogen. exotischer oder Luxusartikel habe ich nirgendwo abgeraten, ebensowenig wie von internationalem Warenaustausch, den ich ja (S. 349 und 364) ausdrücklich als einen möglichen Fall annehme; beides ist eine kaufmännisch selbstverständliche Voraussetzung der von mir vorgeschlagenen „freien Privatwirtschaft". Die Erwähnung des „geschlossenen Handelsstaats" von FICHTE kann leicht die irrige Meinung erwecken, daß die Geschlossenheit auch bei mir eine wesentliche Voraussetzung meines Sozialprogramms sei. Das ist aber nicht entfernt der Fall, für so wünschenswert ich sie auch im Gebiet des Notwendigen hinstelle. Die Unabhängigkeit vom Auslande in dieser Beziehung ist nur sozusagen die Krönung des Gebäudes, d. h. eine verstärkte Sicherung des Minimums. Wenn aber die Umstände unabänderlich ungünstige sind, wenn z. B. das eigene Land trotz aller Bemühungen das zum Leben Notwendige nicht hervorbringen kann, oder wenn es wirtschaftlich besonders nützlich erscheint, Minimum-Artikel aus dem Ausland durch Austausch zu beziehen — dann hört natürlich mit der Geschlossenheit auch die vollkommene Sicherheit der Lebenshaltung auf. Schon eine Absperrung der Einfuhr in Kriegszeiten beweist das. Aber in allen solchen Fällen besteht mein Programm der allgemeinen Nährpflicht nach wie vor; nur der unwesentliche Unterschied gegenüber dem Falle der vollen Unabhängigkeit ist dann vorhanden, daß jene Austauschartikel, die im Inlande produziert werden, um notwendige aus dem Auslande zu erhalten (und die natürlich keine Minimum-Artikel sind), also nur indirekt unent-

behrliche Produkte verschaffen, geradeso kollektiv produziert und von der Gesamtheit übernommen werden müssen, wie sonst z. B. die Nahrungsmittel. Mein Programm ist demnach ganz unabhängig davon, ob die Abhängigkeit, sei es für kürzere Zeit oder für immer, gestört wird oder nicht. Und um nun Mißverständnisse zu verhüten, gebe ich hier ganz kurz das Wesen meines Programms. Es fordert: Trennung des zum physischen Leben Notwendigen vom Nichtnotwendigen; kollektive, direkte oder indirekte Produktion des ersteren durch eine Nährarmee und bedingungslose Verteilung desselben in natura an alle; freie Privatwirtschaft für Beschaffung eines sekundären Minimums und eines Luxuseinkommens.

Ballod bemängelt: ich wisse nicht, daß „erstens nirgends mehr 10—11 Stunden gearbeitet wird, sondern 9—10; und zweitens, daß auch eine Abkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden keineswegs eine in die Wagschale fallende Abminderung des Arbeitseffektes mit sich bringt". Die Ziffer „10—11" habe ich in dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reichs (der betreffende Jahrgang ist mir entfallen und aus besonderen Gründen nicht zugänglich), und zwar einer Tabelle, in der mehrere verschiedene Arbeitszeiten verzeichnet sind, entnommen; aus den dort angeführten Umständen ergab sich mir, behufs Vorsicht in meinen Berechnungen, die Zahl 10—11 als die empfehlenswerteste. Und was die Bemerkung über die 8stündige Arbeitszeit betrifft, so ist sie mir aus den sozialistischen Schriften schon längst bekannt, jedoch schien es mir nicht geraten, anzunehmen, daß die Sache erfahrungsmäßig sicher und noch weniger, daß sie für alle Arten von Arbeiten bewiesen sei. Meine Vorsicht ist also wohl gerechtfertigt.

Ballod betrachtet es als eine „Bestrafung" der nach höherer Bildung Strebenden, wenn ich vorschlage, ihre Dienstzeit mit der allgemeinen gleich zu bemessen und nur den „Dienstantritt um 1—3 Jahre hinauszuschieben, als ob in 1—3 Jahren das Gymnasial- und Hochschulstudium absolviert werden kann". Allein ich spreche ja gar nicht von „1—3 Jahren", sondern ich sage (S. 359): „In allen diesen Fällen kann man so vorgehen, daß man erlaubt, entweder den Dienstantritt etwas aufzuschieben ... oder daß man zwar zur normalen Zeit seinen Dienst antritt, aber z. B. nur einen halben Tag in der Nährarmee, den anderen halben Tag in seinem Fach beschäftigt ist, dafür aber die doppelte Zahl von Jahren dient." Wieso kann man da von einer Bestrafung sprechen, da doch der Gelehrte, Künstler oder Techniker sein ganzes Leben hindurch vor Nahrungssorgen gesichert wird?

Von besonderer Wichtigkeit ist die Ansicht Ballods: Keiner habe dem kapitalistischen Gesellschaftsideal einen so großen Dienst erwiesen wie ich, niemand „dem sozialistisch gesinnten Arbeiter die ganze Hoffnungslosigkeit seines Daseins schärfer vor die Seele gerückt ... Dafür, daß die Ur-Urenkel ein spartanisches Ideal zu erhoffen haben, wird keine Arbeiterhand sich erheben".

Es ist mir in der Tat kaum möglich, zu verstehen, wie Ballod zu einer solchen Ansicht gelangen konnte, die der von mir vertretenen voll-

kommen entgegengesetzt ist. Meinem Sozialprogramm zufolge ist jedem Individuum von der Geburt bis zum Tode bedingungslos eine behagliche Lebenshaltung, das „primäre Minimum", gesichert — natürlich, soweit nicht (politische oder Natur-) Katastrophen eintreten, denen keine menschliche Institution gewachsen ist. Überdies kann jeder nach abgelegtem Dienst in der Nährarmee sich an der „freien Privatwirtschaft" (mit Geld als Tauschmittel und freier Konkurrenz) betätigen, also wie heute Erwerb suchen und über das Minimum hinaus ein Einkommen gewinnen. Und da fast alle Menschen das tun werden, besonders wenn sie verheiratet sind und Kinder haben, so werden auch die Kinder von Geburt an bis weit ins Leben hinein an jenem Mehreinkommen der Eltern partizipieren. Überdies erhält jeder ein „sekundäres Minimum" in Geldform behufs Anschaffung der kleinen Kulturbedürfnisse (vgl. S. 334 ff.) aus der freien Privatwirtschaft. Wie man sieht, sollen alle Vorteile des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems mit der vollen Sicherung vor Not und vor Sorge vereinigt werden. Darf man da wohl von einem „spartanischen" Zustand sprechen?

„Es ist fast überflüssig, über die Modalitäten, unter denen die Überführung des kapitalistischen Staats in den sozialistischen bei POPPEN-LYNKEUS stattfinden soll, ein Wort zu verlieren," lautet eine andere Einwendung BALLODS. „Es ist so unpsychologisch als möglich gedacht, wenn man die heutigen Inhaber der Staatsgewalt für so selbstlos hält, daß sie sich dieser Macht nicht nur freiwillig, mit Bewußtsein begeben, sondern noch dazu sich und ihre Nachkommen, sofern diese Vorliebe für akademische Berufe haben, hart bestrafen." Aber genau das Gegenteil von „freiwilligem" Aufgaben der Macht setze ich voraus und schildere ich in dem Kapitel von der „Überführung". Denn ich spreche dort einerseits von „Vorbereitung der Gesinnungen", d. h. durch Agitation, und andererseits von „der zu erwartenden Opposition der Kapitalisten" (S. 567, 672); ferner handle ich davon, daß es wegen der seitens der verschiedenartigsten Kreise bevorstehenden akuten und bewußten Opposition unausbleiblich sei, daß „die Freunde des sozialistischen Programms die politische Macht in so hohem Maße erobern, daß sie mit größter Aussicht auf Erfolg, ohne jeden Bürgerkrieg, der Aristokratie, den Industriellen, Finanziers und eventuell noch anderen Opponenten entgegentreten können" (S. 673); endlich gebe ich sogar (S. 674) eine ungefähre zahlenmäßige Abschätzung der Fäuste, die einander gegenüber geballt sein werden, und schließe (S. 701) mit den Worten: „Gewalt, Unruhen, Bürgerkrieg sind, soweit es nur möglich ist, zu vermeiden. Das Recht aber, über die Schnelligkeit des Tempos der Reform zu entscheiden, wie auch die Macht dazu, liegt ausschließlich in der gedrückten Volksmasse." Dieses alles und besonders der zuletzt zitierte Wink mit dem Zaunpfahl ist wohl mit der Voraussetzung eines „freiwilligen" Verzichts auf die Macht schwer vereinbar.

BALLOD hat übrigens seine Auffassung meines Programms als „spartanisches" Ideal dadurch selbst korrigiert, daß er meine Befürwortung einer freien Privatwirtschaft (für Luxusbedürfnisse) erwähnt. Er nennt sie aber eine „Inkonsequenz". Eine wirkliche Inkonsequenz auf meiner Seite läge

aber nur dann vor, wenn ich mich in meinem Werke für einen absoluten Sozialisten oder Kollektivisten, etwa à la MARX, ausgegeben hätte. Ich habe jedoch im Gegenteil (S. 19) nachdrücklich hervorgehoben: „Es wird übrigens schwer sein, die gebräuchlichsten Klassifikationen auf mein Programm anzuwenden, um dasselbe womöglich einschachteln zu können ... Individualistisch ist es nicht, weil es ja eine gesellschaftliche Produktion (und auch Verteilung) und zu diesem Zwecke eine eigene Zwangsinstitution verlangt; es kann aber auch nicht sozialistisch genannt werden, denn da käme sofort die Einwendung, daß es gleichzeitig eine freie Privatwirtschaft wie die heutige zuläßt und sogar empfiehlt.“ Mit einem Worte: Mein Programm ist ein rein aus der Sache heraus konzipierter praktischer Vorschlag, bei dem ich alles das, also auch die freie Privatwirtschaft, anrate, was mir von Nutzen scheint; von Konsequenz oder Inkonsequenz kann hier keine Rede sein.

Schließlich meint BALLOD, mein Programm sei „vom Standpunkt des Arbeiters“ keineswegs als eine „Verbesserung der Utopie des ATLANTICUS anzusehen, sondern als eine nicht unerhebliche Verschlechterung seiner Hoffnungen“. „ATLANTICUS glaubte, sein Ideal in 10 Jahren verwirklichen zu können, nicht wie POPPER-LYNKEUS in 80—100 Jahren.“ Hiezu sei bemerkt, daß die Grundidee bei ATLANTICUS, nämlich die Trennung des Notwendigen vom Luxus, von ihm in seiner Schrift „Produktion und Konsum im Sozialstaat“ im Jahre 1898, von mir aber schon zwei Jahrzehnte zuvor, nämlich in meinem 1878 erschienenen Buche: „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“ veröffentlicht worden ist. Wie übrigens die Zusammenstellung auf S. 297 meiner „Nährpflicht“ zeigt, finden sich auch in BELLAMYS „Looking backward“ (1888) viele ganz mit den zehn Jahre zuvor von mir ausgesprochenen identische Grundansichten. Daß aber mein Programm wesentliche Verbesserungen gegenüber dem Plan des ATLANTICUS besitzt, zeigt wohl eingehend meine Darlegung im Kapitel „Über das Gemeinsame und die Unterschiede zwischen meinem sozialen Programm und dem des ATLANTICUS“ (S. 497 ff. der „Nährpflicht“). Daß das Los aller Menschen, also auch das der „Arbeiter“, bei Durchführung meines Vorschlags bedeutend besser sein müßte als bei ATLANTICUS, kann man nicht nur aus dem eben zitierten Kapitel, sondern besonders aus dem „Positiven Teil“ meines Werks, namentlich aus dem Hauptpassus (S. 329) ersehen. Was aber die „10 Jahre“ bei ATLANTICUS und meine „80—100 Jahre“ betrifft, so hätte also ATLANTICUS, der 1898 schrieb, i. J. 1908 die Verwirklichung seines Programms erleben müssen, während wir heute schon 1915 zählen und in der ganzen Sache noch nicht weiter gekommen sind. Meine 80—100 aber sind auf Grund größter Vorsicht — die man sonst bei solchen, „Utopien“ genannte, Projekten nicht zu tadeln pflegt — und zugleich mittelst einer teilweisen annähernden Rechnung aufgestellt worden (S. 699). Rasche Verwirklichung eines radikalen Reformprogramms wünschen, ist eine gar leichte Sache, und wenn es bloß aufs wünschen ankäme, so würde ich nicht 10 Jahre, sondern 10 Tage bis zur Verwirklichung wünschen.

Wien, im Frühjahr 1915.

Schriften niederländischer Sozialisten über den Krieg.

Besprochen von

D. van Blom (Delft)[1].

1. J. Fedder, Klassenstrijd of volkerenstrijd? Beschouwingen over sociaaldemocratie en landsverdediging, Amsterdam, J. Emmering, 1915. 30 S. (12 cent.). — 2. Fr. van der Goes, Aan wie de schuld? Een woord over de aanleiding tot den oorlog. Amsterdam, A. H. Kruyt, 1915. 50 S. (10 cent.). — 3. H. Gorter, Het imperialisme, de wereldoorlog en de sociaal-democratie. Amsterdam, Brochurehandel S. D. P. 1914. 116 S. (Luxusausgabe 1 fl.; Arbeiterausgabe 10 cent.). — 4. A. B. Kleerekoper, De S. D. A. P. en de oorlog. Tweede druk (Amsterdam, Brochurenhandel S. D. A. P. 24 S. (7 1/2 cent.). — 5. R. Kuyper, Geen man en geen cent! Beschouwingen over de sociaal-democratie en het militairisme. Derde druk. Ebenda. 32 S. (10 cent.). — 6. Anton Pannekoek, De oorlog. Zijn oorsprong en zijn bestrijding. Derde druk Amsterdam, Drukkerij „De Strijd". 14 S. (3 cent). — 7. W. van Ravesteyn, Wereldoorlog Ebenda. 16 S. (3 cent.). — 8. Henriette Roland Holst I. Het socialistisch proletariaat en de vrede. Sonderabdruck aus „De Nieuwe Tijd". Amsterdam, J. J. Bos & Co. 40 S. 10 (cent.). — 9. Dieselbe II., Volksleger of ontwapening. Twee opstellen, overgedrukt nit „De Nieuwe Tijd" van Maart 1903 en Maart 1915. Ebenda. 40 S. (10 cent.) — 10. G. W. Sannes, De internationale gedachte en de oorlog. Veendam, F. Spiekman; 46 S. (12 cent.). — 11. J. H. Schaper, De S. D. A. P. en de Anti-oorlog-Raad. Amsterdam, J. J. Bos & Co.; 24 S. (7 1/2 cent.). — 12. A. B. Soep, Nationalisme of internationalisme? 's Gravenhage, Drukkerij „De Arbeid" 1915. 60 S. (deren die 16 ersten S. u. d. T. Een onuitgesproken rede voor het Congres der S. D. A. P., April 1915). — 13. P. J. Troelstra, De wereldoorlog en de sociaaldemokratie. Amsterdam, Brochurenhandel S. D. A. P., 1915. 131 S. (20 cent.). — 14. Th. van der Waerden, De schuld van het kapitalisme aan de oorlog. Tweede druk, 1914. Ebenda, 20 S. (5 cent.). — 15. Verslag van het een-en-twintigste congres der S. D. A. P., gehouden op 4, 5 en 6 April 1915 te Arnhem. Ebenda. 86 S. (30 cent.).

Sämtliche vorstehend genannten Broschüren betreffen, oder berühren wenigstens, den Krieg. Das rechtfertigt nun wohl ihre Kollektivbesprechung zur Ge-

1) Das Manuskript wurde am 11. Juli 1915 abgeschlossen.

nüge. Bei näherer Betrachtung zeigen sie jedoch so große Unterschiede, daß eine wirklich zusammenfassende Darlegung ihres hauptsächlichen Inhalts kaum möglich erscheint. So will z. B. der Abgeordnete zur II. Kammer der General-Staaten, KLEEREKOPER, lediglich die Haltung der S. D. A. P. den niederländischen Arbeitern gegenüber verteidigen und nebenbei die These propagieren: die Entscheidung über Krieg und Frieden solle in die Hände der Völker gelegt werden, während sein Kollege Dr. jur. SANNES sich die Aufgabe stellt, vorläufig zu untersuchen, wie nach Friedenschluß die Internationale wird wiederhergestellt werden können. Es mag nun natürlich vorkommen, daß sich die Ausführungen beider kreuzen, daß zwei solche Autoren ähnliches bemerken; im Allgemeinen jedoch sind sowohl ihr Stoff wie dessen Behandlungsweise grundverschieden. Daraus erklärt sich und damit soll dann auch entschuldigt werden der vielfach fragmentarische Charakter des nachfolgenden Referats.

Man könnte daran denken, die zu besprechenden Schriften in zwei große Gruppen einzuteilen, deren eine alle umfassen würde, die ausgesprochen nüchternes und realistisches Gepräge tragen, die andere aber jene utopischer Natur. Eine so scharfe Grenzlinie läßt sich aber praktisch nicht ziehen. Nüchtern und realpolitisch z. B. erklärt der Führer der S. D. A. P. Dr. jur. TROELSTRA: die Forderung der Abrüstung könne für Holland infolge seiner geographischen Lage zwischen den zwei Brennpunkten europäischen Imperialismus nur dann praktisch-politische Bedeutung gewinnen, wenn entweder die Abrüstung international durchgeführt oder die Verhältnisse der europäischen Großmächte sich derart gestalten würden, daß der Antagonismus zwischen Deutschland und England und damit die strategische Bedeutung Hollands als Pufferstaat schwände (S. 8). Aus dem gegenwärtigen Chaos werde der Sozialismus erst dann hervorgehen, wenn wir, trotz des „letzten Wortes des Kapitalismus“ und seiner „letzten Phase“, noch manche andere Phase von Auf- und Niedergang durchgemacht haben werden (S. 26). Ein Übergang aus diesem Kriege in das sozialistische Regime lasse sich schwer denken; wohl aber ein solcher zu politischer Reorganisation, in der der Gewerkschaftsbewegung eine große Rolle zufallen wird, und zu allmähliger Übernahme von dazu geeigneten Produktionszweigen in Gemeinbetrieb (S. 131). Der Fehler des — „syndikalistisch angehauchten“ (S. 102) GORTER sei es, daß er eine Nebentendenz des nationalen Antagonismus, d. h. ein gewisses Maß internationaler Solidarität, sowohl der Bourgeoisie als des Proletariats, zur Hauptsache, zum überwiegenden Element in der Entwicklung der heutigen Welt emporhebe, wobei er seine Gedankenwelt mit der realen verwechsle (S. 111). Und auf dem Osterkongresse der S. D. A. P. rief TROELSTRA den Genossen zu: Passet euch der Wirklichkeit an, bildet euch keine neuen Illusionen! (Verslag S. 14).

Auch das Kammermitglied SCHAPER bleibt nüchternen Geistes. Warnt er doch seine Partei davor, alle Besitzenden unterschiedslos als durchtriebene Schelme und bewußt-bösgesinnte Handhaber eines verächtlichen sozialen Systems anzusehen; die Wirklichkeit sei eine andere (S. 15, 16).

SCHAPER ist Revisionist und Reformist. TROELSTRA bildet einigermaßen

das Verbindungsglied zwischen dem rechten und dem linken Flügel der niederländischen Sozialdemokraten.

Aber auch ausgesprochene Marxisten wie Dr. lit. Gorter und Frau Roland-Holst — sie haben vor einigen Jahren der S. D. A. P. den Rücken gekehrt und Gorter hat sich der kleinen Sekte der Abtrünnigen, der Sozialdemokratischen Partei (S. D. P.) angeschlossen — halten sich von oberflächlichem Optimismus fern. Auch sie vermeinen, daß der Imperialismus und der Krieg — trotzdem dieser und die Rüstungen das Proletariat mehr als je zuvor in der Geschichte bedrücken und morden — fortdauern werden (Gorter S. 110). Für Viele wird diese Äußerung ebenso als Übertreibung in anderer Richtung erscheinen, wie die Behauptung des konsequenten Antimilitaristen Gorter: für das internationale Proletariat sei es unter dem Imperialismus des 20. Jahrhunderts ebenso schlimm, wenn ihr eigenes Land verwüstet würde, als irgend ein Teil Deutschlands, Belgiens, Frankreichs oder Rußlands (S. 33, 34). — Frau Roland-Holst wieder wählt jedoch als Motto ihrer Schrift das Wort Wilhelms I. von Oranien: „Zum Versuchen ist die Hoffnung, zum Ausharren ist das Gelingen nicht notwendig". Die hochbegabte Dichterin ist tief enttäuscht: „Wir wissen nichts Bestimmtes; nirgendwo spüren wir die Klarheit der Morgenröte. Nur dieses Eine wissen wir mit unsagbar-peinlicher Gewißheit: der Krieg hat die Grundlagen unserer Erwartungen angegriffen; den Felsen, auf dem wir bauten, die internationale Einigkeit des Proletariats, hat er zertrümmert .... Der große Kladderadatsch, der im Denken vieler der unsrigen eine Rolle spielte, ist unerwartet gekommen, aber das Erste — und bisher das Einzige — das wirklich zusammenbrach, war die proletarische Einigkeit" (I, 4). Ein Bestimmungsrecht der Parlamente über Krieg oder Frieden hätte den Krieg nicht verhüten können. Denn „wer zweifelt daran, daß die Parlamente Österreichs, Deutschlands, Rußlands, Englands unter dem Eindrucke der Mitteilungen ihrer Regierungen ebensogut den Krieg erklärt haben würden, wie sie jetzt, fast einhellig, die Kriegskredite bewilligt haben?" (I, 15). „Eine neue Periode bricht an: wir müssen unser Denken erneuern (I, 20). „Der heutige Weltkrieg hat bewiesen: nicht nur, daß der ‚internationale Gedanke' unendlich weniger tief im Proletariat verankert ist, als wir vor etwa 10, 12 Jahren glaubten, sondern auch und dies zumeist, daß dieser Gedanke wie jeder andere ohnmächtig bleibt gegenüber Gefühlen, Stimmungen, Neigungen, Affekten, die mit unwiderstehlicher Gewalt aus dem Unterbewußtsein emporbrechen, wenn auch an der Seite des Gedankens das ‚nüchterne Interesse' steht" (II, 27).

Schon diese Zitate zeigen, daß die Grenze zwischen utopischem Optimismus und realistisch beobachtender Nüchternheit jedenfalls mit der zwischen Radikalismus und revisionistischem Reformismus keineswegs zusammenfällt. Jedoch finden sich mehrere Äußerungen, die dem Außenstehenden als reiner Utopismus scheinen, gerade in den Schriften von Mitgliedern der S. D. A. P., die zu deren radikalen Elementen gerechnet werden dürften.

Der Abgeordnete Dr. jur. Sannes glaubt: die technische Möglichkeit des Sozialismus sei bereits gegeben (S. 28). Der Gedanke der Internationalität

wachse immer mehr aus dem gesellschaftlichen Leben und dem Kampf der Arbeiterklasse empor und gelange — „wie sonderbar dies augenblicklich auch scheinen mag“ — zur Herrschaft (S. 19). Das Klasseninteresse der Kapitalisten selbst bewirke die Umwandlung nationaler in internationale Gesinnung — eine Umwandlung die KARL RENNER (Der Kampf VIII, Januar) am Beispiel der ungarischen Bourgeoisie treffend demonstriert habe (S. 24).

FEDDER betont: der Internationalismus werde den Sieg davontragen, sowohl infolge der imperialistischen Tendenzen der Gegenwart und der nächsten Zukunft, wie auch durch das grausame Elend, dem nach diesem Kriege das Proletariat überall anheimfallen und das es zugleich international zusammenschmieden werde (S. 37, 38). Über die technische Möglichkeit internationaler Sozialisierung (die SANNES behauptet, aber nicht beweist) schweigt jedoch FEDDER gänzlich. — Der angesehene Akademiker KUYPER, der freimütig gesteht, mit den Fragen der direkten Praxis wenig vertraut zu sein (S. 3), erwartet in der sozialistischen Zukunft den Frieden, wenigstens zwischen den sozialistischen Nationen. Denn die sozialistische Produktionsweise werde nicht durch das Profitstreben beherrscht, schaffe nicht ein Zuviel von Kapital- und Verbrauchsgütern und dränge daher nicht zu internationalen Konflikten. Denn die Ursachen, die in der vorkapitalistischen Periode den Krieg erzeugten (Landhunger und Übervölkerung, Gier nach den Reichtümern der Nachbarn, dynastische Interessen), würden dann geschwächt sein. Und insoweit innerhalb des Sozialismus noch Interessengegensätze zwischen den Völkern fortdauerten, werde dennoch die moralische Gesinnung, die Blüte des sozialistischen Produktionsprozesses, jede sozialistische Nation verhindern, gegen ein anderes sozialistisches Volk die Waffen zu führen (S. 6). KUYPER befürwortet für Holland schon jetzt den absoluten Anti-Militarismus und die Abrüstung. Und auf dem Osterkongresse äußerte er sich: „Wenn wir aus sozialistischen Motiven die Mobilmachung verweigern, dann werden wir beim Friedensschluß auf unsere sozialistischen Kameraden jenseits der Grenze rechnen können; sie werden dann — wie chauvinistisch sie jetzt auch sein mögen — moralisch gezwungen sein, sich für unsere Nation ins Zeug zu legen“ (Verslag S. 8). — Glücklicherweise hat auch die sozialistische Kammerfraktion Hollands der Mobilmachung als Mittel zur Wahrung der nationalen Selbständigkeit und der Neutralität größeres Vertrauen als Genosse KUYPER geschenkt.

* * *

Wie haben nun die holländischen Sozialisten auf die Haltung ihrer Genossen in den kriegführenden Staaten reagiert?

Enttäuschung ist der Grundton, den man aus allen ihren Äußerungen heraushört; u. zw. namentlich über das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten: „Die Abstimmung der deutschen Sozialdemokratie zugunsten der Kriegskredite ist jedem Vorurteilsfreien der nationalistische Sündefall des Proletariats, der die sozialistischen Parteien anderer Länder verhängnisvoll mitreißen mußte. Darnach dem Ideale der Internationale treu zu bleiben,

hätte besonders bei den französischen und belgischen Sozialisten eine fast übermenschliche Kraft erfordert" (ROLAND HOLST I, 37). „Tiefe" Enttäuschung erfüllt sogar SANNES (S. 9), und er fragt, ob vielleicht der Wunsch: den Gefühlen der Massen Rechnung zu tragen und nicht den Kontakt mit ihnen zu verlieren, es war, was die deutschen Führer beherrschte (S. 11). Aber aus dem gleichen Grundton entwickelt sich höchst variierte Musik.

SOEP — er ist nach dem Osterkongresse aus der S. D. A. P. ausgetreten —, der auf dem Internationalen Meeting zu Brüssel vom 29. Juli 1914 anwesend war, zitiert das Wort eines Brüsseler Gewerkschaftlers über die in dieser Versammlung abgehaltenen Reden JAURÈS und anderer: „Blague et pas plus" (S. 4). Namentlich richtet sich sein Zorn gegen KAUTSKY, der mit seiner „Ermattungsstrategie" d. h. mit dem Bestreben, sich auf Wahlkämpfe und Gewerkschaftsbewegung zu konzentrieren, auf lange hinaus die Arbeiterklasse als sozialistisches Kampfheer gelähmt habe (S. 8). Man hätte handeln sollen. In so entscheidungsvollen Augenblicken sei Passivität ein Verbrechen. Besser sei es Fehler zu begehen, die man ja später verbessern könne, als nichts zu tun (S. 8).

FEDDER hält die Haltung KAUTSKYS (und WOLFGANG HEINES) für „nichts weniger als einen Bankerott unserer Taktik" (S. 11). Nebenbei bemerkt er, daß auch die französischen und englischen Sozialisten (die letzteren mit Ausnahme der Independent Labour Party) ihre Pflicht verfehlt haben (S. 14, 15).

Am ausführlichsten und bittersten GORTER: Auf dem Stuttgarter Kongreß habe man zum letzten Male eine wirklich ernsthafte Stellungnahme gegen den Imperialismus gesehen. In Kopenhagen jedoch habe man schon gewankt und in Basel sei man förmlich geflüchtet (S. 21). Der gleiche Vorwurf gelte für die französische, die belgische, die englische Sozialdemokratie, ja für die Sozialdemokratie aller jener Länder, wo die Arbeiterparteien die Rüstungs- und Mobilisationskredite bewilligt haben (S. 49). Mit Unrecht hätten KAUTSKY und seine Marxisten sowie auch die Revisionisten in Deutschland und anderwärts den Imperialismus als Nebensache, als vorübergehende Erscheinung betrachtet. Sei er ja vielmehr der Angelpunkt, um den die soziale Entwicklung, das Emporstreben und der Kampf der Arbeiterklasse die Revolution selbst kreise. Er sei das Problem, von dem die ganze Entwicklung des Kampfes der Arbeiter abhänge (S. 39). Der schlimmste Fehler aber der deutschen Sozialdemokratie sei der, daß ihre Haltung die Möglichkeit einer Revolution nach dem Kriege ausgeschaltet habe (S. 46). So wie SOEP konstatiert auch GORTER, daß die KAUTSKYsche Lehre von der Passivität die Massenaktionen unmöglich gemacht habe. Ja, sie habe sogar den Nationalismus des Proletariats mit verschuldet. Weder die deutschen, noch die österreichischen Marxisten hätten sich den Aufgaben der neuesten Phase des Kapitalismus gewachsen gezeigt (S. 75—85). KAUTSKY sei ein schlechter Schüler MARXens. Denn MARX habe der Meinung gelebt, daß die Kommunisten vorangehen sollten und die Zukunft der Bewegung repräsentieren; KAUTSKY und die Radikalen um ihn aber seien der Bewegung nachgehumpelt. MARX habe (für den, der ihn begreift) gelehrt, daß der Geist der zwa nicht

absolut freie, aber doch mächtigste ökonomische Faktor sei, der schließlich die Gesellschaft macht und gründet; KAUTSKY aber glaube, die ökonomischen Verhältnisse seien jetzt, durch den kapitalistischen Imperialismus, stärker als die ebenfalls daraus entstandene Arbeiterklasse, deren schon riesig starke Organisationen sich ohne Kampf haben ergeben sollen (S. 78). Kurz, die Ursachen des Nationalismus des Proletariats seien erstens Unwissenheit in Bezug auf den Imperialismus und Reformismus und zweitens die entmutigende Taktik der Radikalen (S. 50 ff., 71 ff.). Massen-Widerstand war im August 1914 nach GORTER die Pflicht des Proletariats (S. 87). „Vielleicht, fügt er hinzu, wäre eine Niederlage erfolgt; aber wir würden sowohl den Kampf wie auch die Niederlage zur Basis der Revolution nach dem Kriege gemacht haben"; und „dann hätten wir die Grundlage für den Sieg in der Zukunft gelegt; dann wäre wirklich die Internationale die Internationale gewesen. Nichts davon jedoch ist geschehen; durch die Unwissenheit und die Kleinheit der Arbeiter, den Betrug der Reformisten, die Feigheit und die Unentschlossenheit der Radikalen hat die Internationale die Niederlage erlitten" (S. 89).

Etwas ruhiger urteilte KUYPER auf dem Parteikongresse: „Wenn die deutsche Parteiführung sofort gegen die Kriegskredite Widerstand geleistet hätte, wäre vielleicht schon jetzt ein Anfang revolutionären proletarischen Widerstandes da" (Verslag S. 8).

Ungleich besonnener spricht sich TROELSTRA aus. Schon in seiner vor dem Kongreß veröffentlichten Broschüre heißt es: der Grundfehler liege in der rasch veralteten und jetzt als unbrauchbar erwiesenen Stuttgarter Resolution, die in den Jahren vor dem Kriege die Grundlage der sozialistischen Propaganda gewesen sei und Erwartungen gezeitigt habe, die nicht erfüllt werden konnten. Die sozialistischen Arbeiter der neutralen Länder, wo der Krieg die nationale Frage noch nicht in ihrer vollen brutalen Schärfe stellte, seien nur allzusehr geneigt, über so viele, den ersten Forderungen der elementarsten sozialistischen Schriften widerstreitende Thorheiten der Sozialisten in den kriegführenden Ländern den Kopf zu schütteln. Die Dummheit, wenn davon die Rede sein könne, liege jedoch bei denen, die so denken; u. zw. namentlich in der Tatsache, daß sie nicht nur sich außerstande zeigen, in die Lage jener Genossen sich hineinzudenken, sondern auch zu geringe Selbstkritik besitzen und zu wenig weit blicken, um dieses Mangels sich bewußt zu sein (S. 56). Und im gleichen Geiste sprach der Führer auf dem Kongresse: Versuchet wenigstens die Haltung der deutschen Partei zu begreifen. Wir dürfen uns nicht daran beteiligen, eine Partei, die bis jetzt in der Internationale die beste war, der die Arbeiterklasse alles verdankt, deren Männer zu den klarst denkenden und besten gehören, als eine Bande von Feiglingen oder Bluthunden zu beurteilen (Verslag S. 14).

Und Frau ROLAND HOLST, — die (nebenbei bemerkt) die meisten Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte" als halb verbürgerlichte Elemente aus der Internationale ausschaltet (I, 14), spricht zwar von der „vernunftlosen Selbsttäuschung", mit der der Größtteil der deutschen Parteipresse ebenso den Krieg

gegen Rußland wie die französischen Sozialisten den Krieg gegen Deutschland als einen revolutionären Kreuzfahrerzug darstellen (II, 32), warnt aber doch auch vor einer „Ketzerjagd" nach dem Kriege: Kein Sozialist dürfe Personen oder Gruppen deshalb verurteilen und verdammen, weil dieselben gefehlt haben im allerschwersten Augenblicke, überrascht und verwirrt durch blitzschnelle Entfesselung gewaltiger Kräfte, wie beinahe Niemand sie erwartet hatte, vor eine Entscheidung und vor Konsequenzen gestellt, in die das sozialistische Bewußtsein sich nie genügend eingedacht hatte; und am wenigsten stehe dies den Sozialisten der neutralen Staaten an, die selbst nicht vor ein so entsetzliches Dilemna gestellt worden seien.

* * *

Die Charakterisierung des heutigen Krieges und zumal dessen Erklärung aus innerhalb des Kapitalismus gelegenen Ursachen beanspruchen selbstverständlich in den angezeigten Schriften einen verhältnismäßig breiten Raum.

„Siehe — ruft KLEEREKOPER aus —, wie ein vernunftloses System, das nicht um Menschen, sondern nur um Anhäufung von Reichtümern sich kümmerte, in wütender Vernichtung von dem endet, was es selbst aufgebaut hat. Denn der Kapitalismus konnte nur durch den Militarismus bestehen und dieser zieht wieder die Vernichtung des Kapitals notwendig nach sich. Ein wahnsinniger Kreislauf, dessen Resultat Europa jetzt vor Augen hat" (S. 3). — Und FEDDER: „Dieser Krieg ist im tiefsten Wesen nichts anderes als die gewalttätige Rebellion der übergewaltigen Produktivkräfte gegen die zu eng gewordenen politischen Verhältnisse, in deren Mitte sie wirken, wie auch der Marxist TROTZKY in seiner Broschüre darlegte" (S. 25).

Was die Aufzeigung der Ursachen des Krieges betrifft, so nimmt die Schrift des marxistischen Theoretikers VAN DER GOES eine eigene Stellung ein. Wohl zu bemerken ist jedoch, daß es, ihrem Titel nach, nicht so sehr des Verfassers Absicht gewesen ist, des Krieges tiefsten Ursachen als dessen Veranlassung nachzuspüren. Nach ihm tragen die halb feudalen regierenden Kasten Österreichs und Deutschlands die Schuld, nicht die kapitalistische Klasse der Bourgeoisie, deren pazifistische Gesinnung außer Zweifel stehe. Österreich habe den Krieg gegen Serbien gewollt und die den Forderungen aus Wien sehr weit entgegenkommende und nahezu in allen Punkten nachgiebige Antwort Serbiens habe ihn nicht verhindern können. (S. 7, 8, 14 bis 17, 25 ff., mit ausführlicher Dokumentierung auf Grund der verschiedenen diplomatischen Urkundensammlungen.) — Von den eigentlichen Ursachen reden namentlich TROELSTRA, VAN RAVESTEYN, GORTER, PANNEKOEK und Frau ROLAND HOLST.

TROELSTRA schließt sich hauptsächlich den Darlegungen HILFERDINGS in „Das Finanzkapital" an (S. 20—22).

Dr. lit. VAN RAVESTEYN, einer der Führer der S. D. P. und marxistischer Geschichtsforscher, rühmt den deutschen Historiker RUEDORFFER als den Mann, der ziemlich genau die politischen Ereignisse, die den Weltbrand verursacht haben, zusammenfassend dargelegt habe. „Es war die Politik des

‚bluff', des Drohens mit den gewaltigen Machtmitteln, die alle großen und die meisten kleinen Staaten angesichts des möglichen Krieges besaßen, wodurch die Weltkatastrophe dennoch gekommen ist“ (S. 1—7). Auch rügt er die Parvenü-Haltung Deutschlands England gegenüber: „Der doch wirklich etwas plumpe und naive Versuch, die Engländer noch im letzten Augenblick zu bestechen, ein Versuch, der nur ausgehen konnte von Staatsmännern, die, wie RUEDORFFER sagt, noch nicht die Tradition einer Jahrhunderte alten Weltherrschaft kennen, die noch Parvenüs und . . . halbe Barbaren sind, trotz ihrer Philosophie und Kultur“, lasse sich bloß erklären aus der Furcht der deutschen Regierung vor einem Krieg mit England, indem nur aus dieser Furcht und „aus dem Gefühle der tiefen Enttäuschung“ über den mißlungenen Versuch „die für uns fast unbegreifliche Wut, mit der der deutsche Militarismus jetzt gegen Belgien, die unmittelbare Veranlassung des Krieges gegen England, verfährt“, sich psychologisch erklären lasse (S. 13).

Ganz anders ist die Methode GORTERS. Die nationalen Bestrebungen Serbiens werden bloß in einer Fußnote erwähnt, aber alles Licht wird auf den Imperialismus gerichtet: „Die wahre Ursache, der Initiator, der Urheber dieses Krieges ist also nicht ein Staat, sondern alle Staaten, die imperialistische Politik treiben; Deutschland, England, Frankreich, Österreich, Rußland, Belgien, Japan, jeder für sich und alle zusammen, sind die Ursache (S. 7). Und am Ende faßt er sein „Resultat“ wie folgt zusammen: „Der Kapitalismus wächst und verbreitet sich über die Welt durch die Kraft der Nationen; die Internationalisation des Kapitales ist noch gering; den nationalen Kapitalen gegenüber bilden die internationalen Kapitale noch eine kleine Minorität; die nationalen Kapitale, das von den Nationen gebildete und verwaltete Kapital, sind das herrschende Kapital, das den Ausschlag gibt; alle diese Nationen und nationalen Kapitale haben verschiedene Interessen; und das einzige Mittel zur Lösung dieses Interessenkampfes ist die Bewaffnung, der Krieg“ (S. 98).

Dr. phil. nat. PANNEKOEK, der seit einigen Jahren Holland verlassen hat, wo er der äußersten Linken der S. D. A. P. angehörte, und in Deutschland wohnhaft ist, argumentiert wesentlich ähnlich: „Die Deutschen sagen, für sie handle es sich um ihre nationale Existenz, um ‚Sein oder Nichtsein'. Und dies ist richtig, insoweit hier die Existenz Deutschlands als Weltmacht gemeint wird. Seiner Unabhängigkeit als Staat drohte keine Gefahr, auch wenn es geschlagen würde, ebensowenig als der Unabhängigkeit Frankreichs oder Englands.“ Der Krieg werde geführt um die Weltmacht, d. h. um die besten Investierungschancen einerseits für das deutsche und andererseits für das englische und französische Kapital. Er sei mit innerer Notwendigkeit aus der kapitalistischen Natur der Gesellschaft entstanden. Völkerhaß und Krieg könnten nicht verschwinden, solange das Kapital die Welt beherrsche und sein Profitstreben die Völker wider einander treibe; und würde auch ein Staatenbund Mittel-, oder im günstigsten Fall Ganz-Europas aus diesem Kriege hervorgehen, so würde er doch später mit England, mit Amerika, mit neu aufkommenden Staaten in Asien um die Weltherrschaft kämpfen.

„Diesem Kriege werden riesigere Weltkriege folgen, wenn nicht zuvor eine neue, stärkere Macht in die Geschichte eingreift, die Macht der Arbeiterklasse“ (S. 9, 10).

Das Urteil Frau ROLAND-HOLSTS über die Unumgänglichkeit des Krieges innerhalb des Kapitalismus lautet weniger positiv. Es können zwar, nach ihr, die Gegensätze kapitalistischer Interessen zwischen einigen Staaten jederzeit wieder einen Weltkrieg entfesseln (I, 23), aber die Unvermeidlichkeit der Kriege im kapitalistischen System könne ebensowenig bewiesen werden wie das Gegenteil. Zweifellos wirkten im Kapitalismus starke Potenzen in der Richtung gewaltsamer Austragung schwerwiegender Interessengegensätze, die diesmal von den Trägern der rein feudal-militärischen Interessen unterstützt worden seien und gesiegt haben. Das Kapital jedoch gewinne, je länger je mehr, einen ausgeprägt internationalen Charakter, und diese Tatsache bedeute parallel dazu die Entstehung gemeinschaftlicher ökonomischer Interessen zwischen den großkapitalistischen Gruppen verschiedener Länder. Keinesfalls könne a priori bewiesen werden, daß europäische Kriege im kapitalistischen System gleich notwendig oder unvermeidlich seien wie z. B. die Ausbeutung als Mittel zur Bildung des Mehrwerts. Die Entwicklung der Trusts und Kartelle lehre, daß der Kapitalismus Kampf und Wettbewerb aufheben könne (S. 34).

* * *

Im engsten Zusammenhange mit derartigen Ausführungen stehen natürlich die zahlreichen Betrachtungen über den Imperialismus im Allgemeinen.

Für die meisten der behandelten Autoren — Dr. ing. VAN DER WAERDEN (S. 6, 7), PANNEKOEK (S. 5, 9), FEDDER (S. 12), VAN DER GOES (S. 3), KLEEREKOPER (S. 7, 8), KUYPER und SANNES auf dem Kongresse (Verslag S. 6 und 12) — ist wohl der Gedankengang in KAUTSKYS Abhandlung „Der Imperialismus“ (D. Neue Zeit 32/II, 908 ff.) maßgebend gewesen. TROELSTRA hebt speziell hervor: der Anti-Militarismus der Sozialdemokratie sei eine Konsequenz ihres Anti-Kapitalismus und bloß die heutige Erscheinungsform ihres Anti-Imperialismus; denn die Kapitalisten beherrschen den Staat und verwenden Heer und Flotte als Mittel zur Bereicherung in anderen Ländern (S. 4). Bleibend notwendig sei jedoch der Imperialismus nicht (S. 28). Könnten doch die Kapitalisten von der Arbeiterklasse in politischer Hinsicht geschwächt werden (S. 29) und gehöre überdies ein friedlicher Verkehr mit Ländern wie China zu den Möglichkeiten (S. 30). Es sei der Fehler PANNEKOEKS, daß dieser zwar mit Recht die kapitalistische Expansion für notwendig erachte, aber zu Unrecht den Militarismus als gleich notwendig ansehe (S. 65).

Eine heikle Frage für die sozialistischen Schriftsteller ist die nach dem Verhältnis der Arbeiterinteressen zur Kapitalsexpansion und demnach zum Imperialismus.

KLEEREKOPER (S. 9, 10) und SANNES (S. 8) leugnen jegliche Interessengemeinschaft zwischen der Arbeiterschaft und der Klasse der Besitzenden. Und Frau ROLAND HOLST liefert ein Beispiel strengster Konsequenz mit der

Behauptung: das sozialistische Proletariat jedes Landes solle sich um den Verlust der Kolonien seines Landes durchaus nicht kümmern. Ein so vollkommen negatives Verhalten angesichts der Kolonialpolitik sei zugleich die beste Probe, ob wirklich einzelne Teile der Internationale vom Imperialismus angekränkelt seien (I, 29).

Einen etwas abweichenden Standpunkt nimmt GORTER ein. „Kolonialpolitik und daher auch der Imperialismus — führt er aus — können dem Proletariat von direktem Nutzen sein“ (S. 12). Dennoch solle es jedwedem imperialistischen Bestreben energischen Widerstand leisten, weil es sonst die Arbeiter Japans und Chinas, Indiens und Ägyptens dem Sozialismus abhold machen würde (S. 14); auch sei der Preis jener Vorteile — der Militarismus — zu hoch (S. 15); und schließlich sei das Wort des Kommunistischen Manifestes: die Arbeiter jedes Landes sollten erst mit ihrer eigenen Bourgeoisie abrechnen, durch den Imperialismus zu nichte geworden (S. 18). Obwohl GORTER also die Arbeiterklasse gegen den Imperialismus mobil machen will, erscheint ihm dennoch dieser Kampf ziemlich hoffnungslos. Der Krieg könne enden entweder mit dem Sieg einer der zwei kämpfenden Gruppen, der jedoch niemals ein völliger Sieg sein könne, oder durch Lähmung auf beiden Seiten. In beiden Fällen prophezeit GORTER neue, noch weitaus kostspieligere Rüstungen. „Nur auf die eine oder andere Weise vermag der Krieg, soweit wir sehen können, zu enden; jede von ihnen bedeutet jedoch der Untergang des Proletariats im imperialistischen Regime“ (S. 27).

Auch nach SANNES wird die imperialistische Entwicklung des Kapitalismus wahrscheinlich die Wege des Militarismus weiter einhalten (S. 27). Ihm bleibt jedoch der Trost, daß seinem Optimismus (s. oben S. 316) der Sozialismus als schon jetzt technisch möglich erscheint (S. 28), die Verwirklichung des Sozialismus ihm also nur eine Frage der Schulung und der Organisation ist.

Nur sparsam sind die Äußerungen über etwaigen niederländischen Imperialismus. Wenn derselbe überhaupt besteht, so liegt ihm doch jeder Gedanke an weitere Eroberungen fern und ist er nur darauf bedacht, den bereits erworbenen Kolonialbesitz zu behaupten und dessen Produktionsmöglichkeiten weiter zu entwickeln. Ausdrücklich ruft jedoch FEDDER (S. 19 ff.) die holländischen Arbeiter gegen diesen holländischen Imperialismus auf.

Auch die Verteidigung der niederländischen Unabhängigkeit wurde auf dem Kongresse der S. D. A. P. mit der Frage des Imperialismus verknüpft. „Man sagt — führte das Kammermitglied Dr. jur. MENDELS unter Beifall aus — es gehe bloß um die nationale Selbständigkeit. Aber jede Kriegstat, die in Holland erfolgen wird, sei es zu Verteidigungs- oder zu Angriffszwecken, wird bewirken, daß Holland für den Imperialismus kämpft — für den deutschen oder für den englischen. Geht man ins Feuer, so gerät man unvermeidlich in eine Kombination, in die westliche oder in die östliche, und das eben wollen wir nicht“ (Verslag S. 24).

* * *

Über den Krieg selbst findet man in den besprochenen Schriften verhältnismäßig wenig. Dies erklärt sich wohl teilweise durch die Tatsache, daß die von der Regierung ausgegebene Parole absoluter Neutralität von der großen Mehrheit der holländischen Schriftsteller ohne irgendwelchen Zwang übernommen worden ist. Es bildet denn auch die Schrift VAN RAVESTEYNS unter den hier behandelten vielleicht die einzige Ausnahme. Bemerkenswert ist seine Ausführung über die Psychologie des englischen Volkes. In England sei — heißt es dort — kurz vor dem Kriege der Widerwille gegen ihn sehr stark gewesen; und bei der Arbeiterpartei und den Sozialisten habe er noch fortgedauert. Aber während der ersten Kriegswochen sei dieser Widerwille verschwunden und nationale Begeisterung an die Stelle getreten. Nichts war dazu geeigneter als die Art der deutschen Kriegführung, zumal in Belgien, sei dieselbe nun einigermaßen erklärbar oder nicht. „Der deutsche Militarismus ist nun einmal der konsequenteste in Europa und so treibe er auch die Greuel des modernen Krieges, greulicher als die Plünderfahrten ATTILAS, auf die Spitze. Auf ein Volk jedoch wie das englische, das in tiefster Seele anti-militaristisch und dem die persönliche Wehrpflicht zuwider ist, mit seiner Tradition — wie unecht dieselbe sein möge — der Freundschaft zu kleinen Nationen, wirken Taten wie die Verwüstung von Kulturzentren wie Löwen und Mecheln und die Tötung wehrloser Bürger in Belgien wie Peitschenschläge. Der deutsche Militarismus, dessen wirklich unglaubliche Bestialität aus Organen wie „Kreuzzeitung" und „Deutsches Offiziersblatt" spricht, hat durch die Verwüstung Löwens dem Sir EDWARD GREY und dem englischen Militarismus einen Dienst erwiesen, so groß wie diese nur wünschen konnten" (S. 15).

VAN RAVESTEYN hat in seiner (bereits vor mehreren Monaten erschienenen) Broschüre schon die endliche Stellungnahme Italiens an der Seite Frankreichs, Englands und Rußlands „wahrscheinlich" genannt (S. 7); und was den weiteren Verlauf des Krieges betrifft, so prophezeit er: „Durch die Art, in der Deutschland — überhaupt in Übereinstimmung mit der Natur des deutschen Militarismus, der ja auf blinder Unterwerfung unter den Willen einer Barbarenklasse, der ostelbischen Junker, beruht — diesen Krieg führt, werden der englische Kapitalismus und die englische Regierung nachgerade unwiderstehlich in die Richtung eines Kampfes mit Deutschland getrieben, der nicht mehr um koloniale Ausbeutungssphären, um Detailpunkte, gehen wird, sondern der, sowie auch der Kampf zwischen dem jung-kapitalistischen England und dem napoleonischen Frankreich, nur enden kann, wann einer der beiden vernichtet sein wird" (S. 14).

* * *

Hiermit erscheinen schon die Folgen des Krieges berührt. Wie auch KAUTSKY in seinem zit. Aufsatze über den Imperialismus sieht VAN RAVESTEYN in der Zukunft den nordamerikanischen anstatt des europäischen Kapitalismus an die herrschende Stelle treten und befürchtet für Europa ein Massen-Elend des Proletariats (S. 8, 9). — Das gleiche fürchtet FEDDER,

der jedoch ausdrücklich der Hoffnung kund gibt, die Arbeiter würden durch diese Plagen internationalisiert werden (S. 37, 38). — Weniger hoffnungsvoll ist in dieser Hinsicht — wie schon oben gezeigt wurde — GORTER (S. 27), der jedoch, nach 20 Seiten, wieder etwas Mut gefaßt hat und noch eine schwache Hoffnung hegt, das internationale Proletariat nicht in einem, sondern in vielen Ländern werde sich erheben und diejenigen fortjagen, die die Schuld an diesem Krieg tragen. „Aber die deutsche Sozialdemokratie — fügt er hinzu — hat dadurch, daß sie widerstandslos zu diesem Kriege mitarbeitet, die Aussicht hierauf sehr verkleinert, fast vernichtet“ (S. 47). Am Ende seiner ziemlich umfangreichen Schrift (die zum Teil aus einer für den Baseler Internationalen Sozialistischen Kongreß von 1913 bestimmten, aber dort nicht gehaltenen Rede besteht, woraus sich auch einige Zweideutigkeiten erklären dürften) findet sich noch eine Zusammenfassung: das Proletariat stehe vor einer doppelten Wahl; es könne entweder auf dem Wege der letzten Jahre weitergehen und dann werde sein Untergang seine Strafe sein, oder Widerstand bis aufs Äußerste leisten und dann werde die revolutionäre Aktion des Weltproletariats das Weltkapital allmählig besiegen können (S. 111—116).

* * *

Wird dieser Krieg der letzte sein?

Die Antwort auf diese Frage wird nach einem schon oben gegebenen Zitate aus PANNEKOEK von der Haltung der Arbeiterklasse abhängen (S. 10; vgl. auch S. 14). — Ebenso VAN DER WAERDEN: „Arbeiter, rüstet euch! Wir haben die Kraft unseres Feindes gesehen, aber wir wissen auch, daß wir ihn besiegen werden. Unsere Kraft wächst, unsere Einsicht wird klarer. Wir wissen, wie nie zuvor, daß wir nicht ruhen können, bevor wir den Kapitalismus an der Wurzel gefällt haben werden. Wir sind die Klasse, die der Menschheit die Freiheit und den Frieden bringen wird. Von uns wird es abhängen, ob dieser Krieg der letzte sein wird“ (S. 20).

* * *

Eine bemerkenswerte Lücke in dieser sozialistischen Literatur ist das fast gänzliche Fehlen handelspolitischer Betrachtungen.

Zwar ist FEDDER der Ansicht, die Schutzzöllnerei habe dazu mitgewirkt, die nationalen Verbände zu feindlich geschlossenen politischen Staaten zu formieren (S. 24, 25), aber nur Frau ROLAND-HOLST — und auch sie nur im Vorübergehen — erwähnt bei der Besprechung der Idee des europäischen Staatenbundes den Freihandel als Friedenspotenz (I, 29); und TROELSTRA äußert sich über diesen Gedanken „mit großer Reserve“: die Forderung sei leichter aufs Papier zu bringen als in der Praxis zu verwirklichen (S. 128).

Auch andere Probleme der internationalen Politik werden nur gestreift. So die Frage der völkerrechtlichen Pflichten der Neutralen.

Belgien habe — juristisch und moralisch — das Recht gehabt, sich nach dem deutschen Neutralitätsbruch den Alliierten als Kriegführender zuzugesellen, und zumal was mit Belgien geschehen, beweise die Notwendigkeit,

die Pflichten der Neutralen in Betreff der Verteidigung ihrer Neutralität innerhalb engerer Grenzen zu definieren, meint TROELSTRA (S. 97). — SANNES hebt eine andere Seite des nämlichen Problems hervor. Belgien habe unendlich mehr getan als die Neutralitätspflicht gebot; und, was die Zukunft aller Neutralen betrifft, so sei noch festzuhalten: „Die Pflichten der Neutralitätshandhabung tragen nur der tatsächlichen Macht Rechnung; gegen Verringerung dieser Kraft, gegen Eiuschränkung der Rüstung, gilt daher kein Einwand“ (S. 16, 17). — Sehr viel weiter als TROELSTRA und SANNES geht KUYPER. In Amsterdam sei ihm in der Debatte zugerufen werden: Belgien könne doch nicht mit sich spielen lassen. Es wäre ein Landesverrat der belgischen Sozialdemokratie gewesen, wenn sie die Regierung in solchem Fall nicht unterstützt hätte. Und KUYPER fährt fort: „Der aufmerksame Leser dieser Broschüre wird bereits eingesehen haben, daß ich diesen Landesverrat nicht nur als dem Sozialdemokraten völlig erlaubt, sondern auch als seine unabweisbare Pflicht ansehe. Statt dem bürgerlichen Lager entlehnte Redensarten liefere man den Beweis, daß die nationale Verteidigung überwiegende Vorteile für das Proletariat hat“ (S. 25).

* * *

Im Rahmen der internationalen Politik lassen sich auch die Betrachtungen Frau ROLAND HOLSTS einreihen über die Annäherung Deutschlands und Rußlands, d. h. über die wachsende Gleichförmigkeit der beiden Länder in politisch-sozialer Hinsicht. Die Spaltung werde immer kleiner durch das Emporkommen der russischen Demokratie einersaits und durch die Herrschaft des preußischen Junkerregiments anderseits, das eben noch gefährlicher sei als die Regierung der russischen Großgrundbesitzer, weil bei den Ostelbiern der gewaltsame und beschränkte Geist einer Jahrhunderte alten militärischen Tradition sich jetzt mit der nicht weniger gewaltsamen Gesinnung des modernen Imperialismus und den faßt unbegrenzten ökonomischen Kräften des hoch entwickelten Kapitalismus hat verbinden können (I, 2, 3). Durch diese Tatsache verschwinde die Notwendigkeit für die deutsche Arbeiterklasse, die Kriegsrüstungen des deutschen Reiches Rußland gegenüber zu unterstützen. Denn, bestünden auch noch jetzt große Unterschiede zwischen Rußland und Deutschland in Betreff politischer Freiheit, persönlicher Rechtssicherheit usw.: hier komme es hauptsächlich auf die Richtungslinien der Entwicklung an, und diese seien in diesem Falle nicht zweifelhaft (II, 25).

TROELSTRA seinerseits faßt andere Probleme ins Auge. Die internationale Sozialdemokratie habe durch den Krieg sich überrumpeln lassen, nun dürfe sie, bei Todesstrafe, sich nicht auch vom Frieden überrumpeln lassen. „Denn die Zeit, der wir entgegengehen, ist eine große historische Phase im Kampf für den Weltfrieden und dem Proletariate ein Kampf gegen den Imperialismus“. Es drohen Gefahren von allen Seiten. Die deutsche Bourgeoisie bezwecke durch Niederwerfung Frankreichs und Belgiens und durch die Ausübung eines vielleicht unwiderstehlichen Druckes auf die kleinen Nordseestaaten die Mobilmachung des europäischen Festlandes gegen England. Aber

auch ein Sieg Englands und Frankreichs berge, trotz allen Versicherungen vom Gegenteil, große Gefahren in sich. England sei nicht aus Liebe für die Demokratie und aus Ehrfurcht vor dem Recht kleiner Staaten, sondern um Befestigung seiner Weltmachtstellung willen in den Krieg getreten. Die Konkurrenz gegen Deutschland sei dabei die große Triebfeder gewesen. Im Falle eines englischen Sieges bestehe die Gefahr, daß England auf jede Art versuchen werde, das Expansionsbedürfnis des geographisch so ungünstig gelegenen Deutschlands zu hemmen. „Aber die ungehinderte Entwicklung des deutschen Kapitalismus ist nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches, ja ein Weltinteresse“. Daher müsse auch das Streben der französischen Chauvinisten, Preußen zu isolieren und Deutschland zu zerstückeln, als ein Attentat auf Fortschritt und Kultur strengstens verurteilt werden (S. 116, 117). — TROELSTRA erkennt jedoch, daß, was dieser Krieg zeitigen werde, nicht bloß von den Wünschen und Meinungen des sozialistischen Proletariats bestimmt werde. Ein mitteleuropäischer Staatenbund, wie ihn VON LISZT u. a. begehren und den, nach TROELSTRAS persönlichen Erfahrungen bei seinem Besuche auf dem Berliner Auswärtigen Amt, auch die deutsche Regierung erstrebe, sei etwas ganz anderes als die republikanischen Vereinigten Staaten von Europa, das Ideal TROTZKYS, die politische Form der sozialistischen Organisation des Weltwirtschaftslebens (S. 74).

Einen auch in Sachen ausländischer Politik demokratischen und dazu auch für die Kolonien freihändlerischen europäischen Staatenbund wünscht Frau ROLAND-HOLST als „vorläufiges Resultat“ (I, 29).

Ähnlich SOEP. Der Begriff „Nation“ sei veraltet; der Staatenbund Europas solle die „Internation“ vorbereiten; der zentralisierte internationale Klassenkampf sei die Bedingung der sozialen Revolution (S. 67, 68).

* * *

Was die Zukunft des Sozialismus selbst anbelangt, so teilt GORTER die Geschichte des modernen Sozialismus in drei Phasen ein. Die *theoretisch-radikale* Phase sei die erste gewesen: sie habe den Samen ausgestreut und die theoretischen Begriffe verbreitet. Ihr sei die *Reform*-Phase gefolgt, die ihrerseits in zwei Richtungen verlaufen sei: eine *revolutionäre* und eine *revisionistische*. Nunmehr breche die Stunde der dritten Phase an, der *revolutionären Massenaktion* (S. 68, 69). Doch wurde GORTERS Pessimismus in Bezug auf die zu erwartenden Resultate schon oben erwähnt.

Auch VAN RAVESTEYN ist nicht freudigen Mutes. Schon jetzt stehe, wie immer der Krieg enden möge, fest, daß durch ihn in Deutschland, Frankreich, der Donau-Monarchie, England, von den kleineren Staaten zu schweigen, die Sozialdemokratie als Ganzes, von schwachen Teilen abgesehen, vernichtet sei. Hätten doch die Sozialdemokraten dieser Länder durch ihr nationalistisches Verfahren sich gar zu sehr kompromittiert. Dagegen hätten die Russen und Italiener sowie auch die Serben und selbstverständlich ebenfalls die Nordamerikaner sich von diesem Fehler freigehalten (S. 10).

Im August 1914 hat die „Internationale“ den Krieg nicht verhindern können; die Frucht der kaum begonnenen internationalen Zusammenarbeit war noch nicht reif, konstatiert Troelstra (S. 49). Der Grundfehler der früheren Jahre und insbesondere der Stuttgarter Resolution sei gewesen, daß dem Hervortreten des nationalen Elements im Falle eines drohenden Krieges nicht genügend Rechnung getragen worden sei (S. 55).

Fedder stellt noch einen weiteren Fehler fest. Die erste Internationale ist nach ihm, anational gewesen, die zweite national; und diese sei namentlich dadurch verdorben worden, daß sie der Gegenwartsarbeit zu große Liebe entgegenbrachte; die dritte, noch ungeborene, Internationale solle supranational sein (S. 36 ff.).

Besonnen heißt es im Eingang der Sannes'schen Schrift: Zweifellos sei die Zeit noch nicht gekommen, um zu bestimmen, unter welchen Bedingungen und auf welchen Grundlagen die jetzt zerrissene Internationale wieder wird erstehen können; das zum Beantworten dieser Frage nötige Tatsachenmaterial sei noch gar zu unvollständig. — Für die Sozialdemokratie ist diese Frage jedoch ein Lebensproblem. Frau Roland Holst ist die Gegenwart, „jedenfalls der Anfang des Endes; des Endes entweder unserer früherer Methoden und Auffassungen in Betreff des Militarismus und Nationalismus, oder der sozialistischen Internationale selbst.“ Besser als bisher geschehen, müssen sich, meint sie, Programme und Taktik dem heutigen Werden, der Weltbewegung und der Weltentwicklung, die unter dem Namen „Imperialismus“ zusammengefaßt werden, anpassen (I, 21). Der Glaube an die Möglichkeit der Wiederherstellung proletarischer Einigkeit erscheint ihr nicht als wahnsinniger Optimismus. Denn es bedürfe dazu naturgemäß des Wunsches jedes Proletariats, in den siegenden Staaten sowohl wie in den besiegten Staaten. Werde doch jedes sozialistische Proletariat ein Feind sein von Annexionen, von Überwältigung fremder Volksteile, das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen und die Abschaffung aller Geheim-Verträge und -Bündnisse, sowie auch die allgemeine Abrüstung befürworten. Verschiebe man nun jede Kritik der Haltung der Sozialdemokraten in den kriegführenden Ländern auf spätere ruhigere Zeiten, so werde die einfache, aber grandiose Arbeit, welche die Geschichte der Sozialdemokratie der neutralen Ländern auferlegt, d. h. der Versuch, die sozialistischen Arbeiter aller Länder zu gemeinschaftlichen Friedensforderungen und in einer gemeinschaftlichen Friedensbewegung zu vereinen, gute Erfolge zeitigen können. Aus dem ganzen sozialistischen Proletariat solle diese Bewegung zusammengebaut werden; überall solle ein proletarisches „Block“ sich bilden, der neben der Sozialdemokratie und der modernen Gewerkschaftsbewegung auch die Syndikalisten und die christlichen Sozialisten umfassen müsse. (I, 35/38.) Wenn aber auch dieser Versuch scheitern würde? Wenn der Friede nur der Anfang neuer Rüstungen und Vorbereitungen zu noch fürchterlicheren Kämpfen wäre? „Auch dann würde das Proletariat, wenn es mit aller Kraft und allen Mitteln, über die es verfügt, den Kampf für seinen Frieden geführt hätte, nicht verloren, sondern gesiegt haben. Seine wirkliche Macht würde größer und seine Voraussicht

besser sein, als wenn es jenen Kampf vermiede. Denn in jenem Kampf würde es sich selbst, seine Einigkeit, seinen Glauben an sich selbst und an seine Ideale wiederfinden" (I, 40).

* * *

Schon aus vielem des bisher Gesagten erhellt, daß der Krieg bei vielen Sozialisten außer Kritik gegen Andere auch Selbstkritik gezeitigt hat. Aber die Richtungslinien dieser Selbstkritik gehen bei den einzelnen Autoren sehr weit auseinander. — TROELSTRA meint: nach dieser Katastrophe seien die Nationen weder zur Reaktion noch zur Restauration, sondern zur Reorganisation ihrer nationalen und internationalen Verhältnisse berufen, und den Sozialdemokraten sei dabei die Pflicht auferlegt, die notwendigen neuen Wege zu bahnen und neue Mittel zur Erreichung des alten Ideals zu finden (S. 7). — Frau ROLAND HOLST, die seit Jahren in Holland als treue Vorkämpferin des Marxismus bekannt ist, beschuldigt sich selbst in jener Broschüre, die zwei ihrer Aufsätze aus den Jahren 1903 und 1915 enthält, im ältesten derselben, nur einen oberflächlichen Quasi-Marxismus getrieben zu haben (II, 26). Und es läßt hieraus sich schließen, daß ihr die Dialektik des historischen Materialismus noch immer die Wahrheit ist. — Offenbar ist auch PANNEKOEK gleicher Ansicht. Gibt es doch für die von ihm behauptete Tatsache, das Proletariat fühle nichts, die Bourgeoisie dagegen fühle wirklich und viel fürs Vaterland, die — rein marxistische — Erklärung: „Der Bauer liebt seinen Geburtsort, die Gegend, wo er wohnt und seine Äcker besitzt, wo er die Menschen kennt und die Sprache versteht. Leuten fremder Zunge und fremder Sitte ist er abgeneigt; aber Feinde sind sie ihm erst, wenn sie seine Ruhe stören, sein Dorf plündern und auf seinem Hofe ihm befehlen wollen. Dann greift er zur Flinte und kühlt seinen Haß, wie die belgischen Bauern es gegen die deutschen Soldaten getan. Aber von einer besonderen Liebe zum Lande, zum Staatsgebiet, das er bewohnt, ist hierbei nicht die Rede; ein brabanter Bauer fühlt für einen Friesen oder einen Amsterdamer ebensowenig etwas als für den Staat der Niederlande, dem er Steuern zahlt. Anders bei der Bourgeoisie. Ihre Geschäfte dehnen sich über das ganze Land und sogar darüber hinaus; dadurch wird ein Band der Zusammengehörigkeit zwischen ihnen und der gemeinsamen Organisation, der Staatsgewalt, geknüpft, auf deren Hülfe und Schutz sie muß rechnen können.... Dieser Staatsverband ist für die bürgerliche Klasse die Gemeinschaft, die sie stützt und auf die sie angewiesen ist; deshalb ist es natürlich, daß sie dafür fühlt und es als „Vaterland" nicht nur preist und ehrt, sondern für das sie auch Opfer bringen will. Die Unabhängigkeit des Vaterlandes bedeutet die Freiheit, das eigene Gebiet, einschließlich der reichen Kolonien, nach eigenem Bedünken ausbeuten zu können; der Bourgeoisie ist wirklich diese Freiheit der Verteidigung wert. Für die Arbeiter gilt dies nicht. Nirgendwo in ihrem „Vaterlande" sind sie sicheren Lebensunterhalts gewiß; so wandern sie von Stadt zu Stadt, bis sie bisweilen erst im Auslande lohnende Arbeit finden. Dort finden sie in den deutschen oder belgischen Proletariern Genossen, die dieselben Interessen haben und mit denen sie zusammen gegen die Kapitalisten

für Verbesserung ihrer Existenz zu kämpfen haben. Die Gemeinschaft, die der Bauer in seinem Dorfe, der Kapitalist in seinem Vaterlande findet, kann der Arbeiter nur in seiner Klasse finden . . ." (S. 11, 12).

Ein guter historischer Materialist bleibt auch KUYPER, der den Neutralitätsbruch Deutschlands wider Belgien folgendermaßen zu verteidigen versucht: War der Einfall in Belgien ohne vorhergehende Kündigung des Neutralitätstraktats eine strategische Notwendigkeit, so war die deutsche Regierung auch von ihrem nationalistischen Standpunkt zum Neutralitätsbruch berechtigt und verpflichtet. „Mir ist Herr von BETHMANN-HOLLWEG nie weniger unsympathisch gewesen als in der historischen Reichstagssitzung gleich nach Kriegsausbruch. Ich würde, mit seiner Auffassung der Nationalität, nicht anders gehandelt haben" (S. 13, 14). — TROELSTRA dagegen erwartet, daß man mehr als bisher die Beschränktheit des historischen Materialismus einsehen werde. Zwar liefere er den Schlüssel zur Arbeitskammer der Geschichte, den die Sozialdemokraten nicht mehr preisgeben werden; aber dieser Schlüssel sei nicht ein Passe-partout, mit dem, wie viele Marxisten zu glauben scheinen, alle Geheimnisse des menschlichen Wollens und Geschehens zu entdecken seien. Das Auftreten der Sozialdemokratie bei diesem Kriege werde zweifelsohne das Streben verstärken, den historischen Materialismus sowohl nach der Seite der DIETZGENschen Philosophie und der Neu-Kantianer als nach der der Christen-Sozialisten zu ergänzen (S. 108, 109).

Auf dem Osterkongreß haben diese Behauptungen zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen KUYPER und TROELSTRA Anlaß gegeben (Verslag, S. 10, 20, 28, 36).

* * *

Die bisher der Sozialdemokratie geläufige Auffassung des scharfen Unterschieds zwischen Verteidigungs- und Angriffskriegen solle — wird gefordert — ebenfalls revidiert werden: schon weil man in der Praxis den Unterschied nie mit Bestimmtheit machen könne (SANNES 7, FEDDER 9, 10, ROLAND-HOLST I, 20); und zwar nach SANNES noch deshalb, weil Verteidigungskriege indirekt auch kapitalistisch seien (S. 12). — KUYPER seinerseits führt für die praktische Unhaltbarkeit der Unterscheidung noch das Argument an: die sozialdemokratischen Parlamentarier seien gänzlich auf die einseitigen, „im Kapitalismus notwendig durch und durch perfiden Regierungen" angewiesen (S. 9).

Angesichts der hiermit schon berührten Militärfragen haben sich inzwischen innerhalb der niederländischen Sozialdemokratie beträchtliche Meinungsunterschiede offenbart.

Der Ausgangspunkt war die Tatsache, daß die sozialdemokratische Parlamentsfraktion Anfang August 1914 einstimmig die Mobilisationskredite bewilligt hat, nachdem sie vorher bei den alljährlichen Abstimmungen über die Heeres- und Marinebudgette diese prinzipiell verweigert hatte. Nun aber hat sie, wie das Kammermitglied SCHAPER (S. 21) mitteilt, sogar erwogen: ob sie nicht diesmal auch den ordentlichen Heeresetat, als einen fortgesetzten Mobilisationskredit, bewilligen müßte. KUYPER zumal hat die Inkonsequenz

dieser Haltung betont. Die stete Ablehnung der Heeres- und Flottenetats war u. a. immer mit dem Hinweis darauf verteidigt worden, daß die Sozialdemokratie programmatisch das Volksheer fordere. Jetzt konnte KUYPER hervorheben, daß das Prinzip des Volksheeres in Holland auch im August 1914 noch nicht anerkannt worden sei (S. 11—13, Verslag 5); und auf dem Kongresse stellte er fest: sein Vorwurf der Inkonsequenz sei von denjenigen, die stets für Heer und Flotte jeden Groschen verweigert, im August aber alles bewilligt hätten, was damals die Regierung forderte, nicht widerlegt worden (Verslag, S. 36). — Ihm haben namentlich SOEP (S. 1) und FEDDER (S. 30) beigestimmt. Auf dem Kongreß auch RUGGE, der die sozialistische Pflicht der Landesverteidigung nicht akzeptierte und ausführte: „Es ist nicht richtig, wenn man sagt, eben dadurch, daß wir Widerstand leisten, halten wir den Krieg außerhalb der Grenzen; Belgien beweist genau das Gegenteil; jedenfalls aber sollen wir das Beispiel geben und nicht gegen unsere Brüder von jenseits der Grenze uns schlagen“ (Verslag, S. 24).

Gegen diese KUYPERschen Vorwürfe ist die Haltung der Kammerfraktion von KLEEREKOPER mit der Bemerkung verteidigt worden: Ursache und Folge seien nicht synonim; die Überzeugung, eine Feuersbrunst müsse gelöscht werden, schließe doch nicht die Konsequenz ein, daß man dem Brandstifter die Mittel zum Brandstiften gewähre (S. 22).

Einige Kammermitglieder haben späterhin auf den Unterschied zwischen Aufrechterhaltung der Neutralität (für die allein die Kredite bestimmt gewesen seien) und Handhabung der nationalen Selbständigkeit hingewiesen (SANNES, S. 13 und Verslag, S. 11, MENDELS im Verslag S. 24).

Schon auf dem Kongresse fand eine merkliche Annäherung zwischen ihren und den KUYPERschen Ansichten statt. Dagegen hat ebenfalls auf dem Kongreß der Journalist DE ROODE betont: der KUYPERsche Standpunkt sei jedem Mobilisationskredite feindlich.

Eine Spaltung in der Partei scheint jedoch nicht bevorzustehen. Hat doch KUYPER ausdrücklich den Gedanken, die S. D. A. P. jetzt zu verlassen, abgewiesen (Verslag, S. 10); und zwar auch für den Fall, daß der Kongreß die Haltung der führenden Parteiorgane und der Kammerfraktion gutheißen würde, was dann tatsächlich mit 551 gegen 250 Stimmen geschehen ist.

* * *

Der Punkt, bei dem während der nächsten Jahre diese Streitigkeiten zum Ausdruck gelangen werden, wird wahrscheinlich zuerst die Frage sein: wie die Sozialdemokraten fortan ihrer alten Forderung des Volksheeres gegenüber sich zu verhalten haben.

Diese Forderung ist in Holland durchaus nicht spezifisch sozialistischer Natur. Unter den bürgerlichen Parteien findet die Volksheer-Idee, auch im Parlamente, zahlreiche Vertreter; desgleichen im Heere, namentlich unter den jüngeren Offizieren. Der vergangenes Jahr in Albanien gefallene holländische Major THOMSON, der vorher Mitglied der II. Kammer war und den Fortschrittlich-Liberalen angehörte, war in Wort und Schrift einer ihrer tüchtigsten Befürworter.

TROELSTRA meint, die Sozialdemokratie solle fortan für die internationale Abrüstung sich ins Mittel legen und zugleich, solange sie nicht durchgesetzt wäre, an der Forderung des Volksheeres festhalten; und zwar mit größerem Ernst als bisher, da diese Liebe während des 80jährigen Friedens wohl sehr platonisch gewesen (S. 99, 100). Es ist jedoch fraglich, ob es dem — seither ernstlich erkrankten — Führer gelingen wird, die Mehrheit seiner Partei für diese Ansicht zu gewinnen. Bis jetzt wenigstens hat dieselbe mehr Widerspruch als Zustimmung gefunden. Freilich haben sich hierüber vorläufig speziell marxistische Schriftsteller und Redner geäußert. Ursprünglich habe die Forderung des Volksheeres im Munde der Sozialdemokraten eine antibürgerliche Bedeutung besessen, meint SANNES (S. 5), fortan aber sei sie doch eine Utopie (S. 40). Ähnlich FEDDER: Die Forderung sei rein negativer Natur gewesen, weil man sich des Unwillens der Bourgeoisie, sie je zu bewilligen, immer klar bewußt gewesen sei (S. 6, 7). Das Überwiegen der Artillerie und der Maschinengewehre im heutigen Kriege mache nun die Volksheerforderung zu einem leeren Wahn (S. 30 ff.). Desgleichen auf dem Kongreß der Amsterdamer Beigeordnete WIBAUT (Verslag, S. 29). — KUYPER wieder hält die Forderung bloß in diesem Sinne für berechtigt, daß jeder Militarismus verweigert werden müsse, solange die Forderung des Volksheeres nicht bewilligt worden sei, „d. h. solange die Arbeiterklasse nicht die herrschende Macht ist und wir die Waffengewalt also nur zur Verteidigung eines sozialistischen Vaterlandes brauchen“ (Verslag, S. 6).

Am ausführlichsten hat Frau ROLAND-HOLST in ihren zwei Broschüren sich über dieses Problem ausgesprochen. — Ihre ehemalige Meinung ist genau die heute von KUYPER vertretene. Jetzt jedoch teilt sie zwar seinen prinzipiellen und konsequenten Antimilitarismus, der auch von einem Volksheere nichts wissen will, zugleich aber glaubt sie, die KUYPERsche Auffassung: man werde das Proletariat durch Räsonnement von der untergeordneten Bedeutung seiner nationalen Selbständigkeit überzeugen und so den Krieg verhindern können, trage der Macht der Gefühlsfaktoren keine genügende Rechnung (II, 2, I, 24, 25). Ihr Standpunkt ist von ihr selbst nahezu in diesen Worten zusammengefasst worden: Diejenigen, die in der Internationale am Schlagworte des Volksheeres festhalten, seien nicht per se von weniger revolutionärer und weniger internationaler Gesinnung als die Befürworter der Abrüstung, wenn sie nur 1. das Volksheer nicht als ein Instrument der nationalen Verteidigung befürworten, sondern ausschließlich als ein möglicherweise im revolutionären Klassenkampfe zu gebrauchendes Instrument; und 2. begreifen, daß die heutigen stehenden Heere nicht durch allmählige Umformung, sondern ausschließlich durch die revolutionären Stürme des Kampfes um die Herrschaft und in denselben, d. h. also im sog. Endkampfe, die dazu notwendige innerliche und äußerliche Umgestaltung werden erfahren können, daß also folgerichtig das Volksheer nicht in ein Reformprogramm gehört. Auch seien diejenigen, die eine Befürwortung des Schlagworts Abrüstung bevorzugen, nicht per se utopischer als die Befürworter des Volksheeres, wenn sie nur einsehen, daß die kapitalistische Entwickelung nicht durch allmählige Ein-

schränkung der Rüstungen zur Abrüstung führt, sondern daß diese vielmehr ausschließlich ein Produkt des proletarischen Klassenkampfes, ein Teil der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft sein könne. Ein Kriterium revolutionärer Gesinnung liege deshalb weder im Bekenntnis zur einen noch zur anderen Formel schlechthin; ein solches Kriterium könne lediglich in der allgemeinen Orientation des Gedankens und des Wollens bestehen. Daher sei es durchaus zu wünschen, es möchten sich die revolutionären Sozialisten aller Länder baldigst zur Vorbereitung einer Aktion gegen den Krieg vereinen, die nicht wie die Kopenhager Konferenz zugleich die internationale Einigkeit des Proletariats und das Recht der nationalen Verteidigung zum Ausgangspunkte nimmt und nicht gleichzeitig an die revolutionäre Macht des Proletariats und den guten Willen der Regierungen appelliert (II, 37 ff.)

Inzwischen wurde in Holland Frau ROLAND-HOLST die Seele des neugegründeten Revolutionär-Sozialistischen Verbandes, das Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien (S. D. A. P. und S. D. P.) und auch andere zu vereinigen bezweckt.

* * *

Die Wahl des Standpunktes in solchen Fragen hängt natürlich in hohem Grade ab von der Stellung zur Vorfrage: ob die nationale Selbständigkeit überhaupt etwas wertvolles sei. Diese Stellungnahme nun ist bei den hier in Betracht kommenden Autoren sehr verschieden.

Es gibt unter ihnen Einzelne — und auch in ihrer Partei dürften sie wohl eine nur winzige Gruppe bilden —, für die die Begriffe „Vaterland" und „nationale Unabhängigkeit" ein leerer Schall sind. Zu diesen ist wohl an erster Stelle KUYPER zu rechnen, der ein überwiegendes (für ihn allein maßgebendes) proletarisches Interesse an der nationalen Selbständigkeit nicht anerkennt (S. 18) und sogar die These aufstellt: es leide keinen Zweifel, daß Belgien und Holland bei Annexion durch Deutschland in national-ökonomischer Hinsicht viel gewinnen würden — eine These, die er allerdings nicht bewiesen hat und bei der auch zu bemerken ist, daß darin von etwaigen Vorteilen z. B. politischer Natur gründlich geschwiegen wird (S. 17). Auf dem Kongresse hat er seine Auffassung noch dadurch verdeutlicht, daß er, unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation, die Pflicht zur Selbstbestimmung leugnete (Verslag, S. 6). — Ähnlich SOEP, der dem „Fetisch" des Nationalismus jeden wesentlichen Wert für die Arbeiterklasse abspricht (S. 29 ff.) und den Begriff der „Nation" für die Jetztzeit als baren Unsinn kennzeichnet (S. 20 ff.). Das kämpfende Proletariat besitze bloß eine internationale Kulturgemeinschaft (S. 49 ff.), wie auch PANNEKOEK demselben nur eine Klassengemeinschaft zuerkennt (S. 12). — FEDDER macht einen Unterschied zwischen der nationalen Autonomie, die ihm sicherlich ein proletarisches Gut dünkt (S. 26), und der nationalen Selbständigkeit, deren proletarisches Interesse man nicht zu hoch veranschlagen solle (S. 23). In genau dem nämlichen Geiste äußerte sich KUYPER auf dem Kongresse: „Freilich, es besteht eine Anhänglichkeit an den Geburtsort, an die eigene Sprache und die

eigene Kultur. Aber laufen dieselben im heutigen Völkerkrieg eine so große Gefahr? Und ist diese Anhänglichkeit so stark, daß man dafür Gut und Blut feil haben sollte?“ (Verslag, S. 7).

Die offene Frage, ob die bewaffnete Landesverteidigung in jedem Lande Aufgabe der Sozialdemokratie als Partei sein solle, sei von den Sozialdemokraten bisher nie deutlich beantwortet worden (FEDDER, S. 4, 8). Auch nach SANNES (Verslag, S. 13) wird das Kriegselend nicht vermieden, sondern vergrößert werden, falls ein angegriffenes Land sich selbst verteidigt. Der Standpunkt der Verteidigungspflicht sei auch mit der Pflicht des Kampfes gegen Militarismus und Imperialismus nicht zu vereinigen (FEDDER, S. 4 ff.) und völlig unhaltbar geworden, seitdem die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen tatsächlich unmöglich geworden (S. 9). — Frau ROLAND-HOLST ist bedachtsamer. Die Gegenüberstellung von Nationalismus und Internationalismus sei ein wesentlich zweiseitiges Problem (I, 7, 8), das jetzt wohl noch nicht vollständig gelöst werden könne. Nur auf die Dauer, und zwar nur in einer Atmosphäre wirklicher Freiheit, werde es zu lösen sein (I, 26, 27) und bloß der Staatenbund sei imstande, diese Freiheitsbedingung zu verwirklichen (II, 3). — Ganz anders KLEEREKOPER, der ausdrücklich die nationale Selbständigkeit eine Existenzbedingung der Sozialdemokratie nennt (S. 16), aber von seinem Kammerkollegen SANNES auf dem Kongreß bekämpft wurde (Verslag, S. 12). Es scheint übrigens kaum zweifelhaft, daß SANNES jetzt auch seine Stellung von Anfang August 1914 nicht behaupten möchte. Es werde entweder der Weg der proletarischen Revolution oder der des Imperialismus zum Internationalismus führen (S. 26); das Proletariat solle deshalb die Pflicht der Landesverteidigung ablehnen (S. 31), denn nur zwischen dem Militarismus und „Kein Mann und kein Groschen“ stehe die Wahl (S. 39); der August 1914 solle nicht kristallisiert werden (S. 46).

Am triftigsten ist der Standpunkt der führenden Parteiorgane wohl von TROELSTRA dargelegt worden, nachdem er am 3. August 1914 in einer historischen Kammersitzung die Herrschaft des nationalen Gedankens über die nationalen Differenzen offen verkündet hatte.

Den von ihm auf dem Kongreß ausgesprochenen Satz: die Begriffe des Internationalismus und der Nationalität bildeten keine Gegensätze (Verslag, 15), findet man auch schon in seiner Broschüre: „Der Sozialdemokratie ist die Internationale nicht eine graue, einförmige und formlose Masse wie der bürgerliche Kosmopolitismus sich denkt, sondern ein farben- und formenreiches, historisch gewachsenes Ganzes verschiedener Nationalitäten“ (S. 42). Am 3. August habe es, als die Sozialdemokraten sich mit den anderen Parteien um die Regierung zur Verteidigung der Neutralität scharten, noch etwas mehr als die Bewilligung der Mobilisationsmillionen gegolten, nämlich die Kundgebung des ernsthaften Willens des ganzen Volkes zur Erfüllung der völkerrechtlichen Neutralitätspflicht. „Wenn die Partei, die bei den letzten Wahlen fast $^1/_5$ des Volkes repräsentierte und die wenigstens $^1/_5$ des Heeres bildet, nur den geringsten Zweifel an dem Ernste ihres Willens, d. h. an der Zuversichtlichkeit ihres Anhanges in der Armee hätte aufkommen

lassen, so würde dies die Bedeutung der Mobilmachung geschwächt, die Kriegsgefahr für unser Land vergrößert haben. Der historische Moment forderte also eine Demonstration der nationalen Einigkeit im Willen zur Handhabung der Neutralität" (S. 71). „Wenn es dem Wortführer der S. D. A. P. untersagt sein soll, in solchen Augenblicken mit seinem Volke sich Eins zu fühlen und eine Regierung, die in seinem Geiste handelt, welcher Partei sie auch angehören mag, loyal zu unterstützen, dann wissen unsere Gegner in der Partei aus der jetzt gemachten Erfahrung, welche Enttäuschung sie vom jetzigen politischen Wortführer noch erwarten können". Nicht TROELSTRA und Genossen haben in jenem Moment den Klassenkampf schweigen machen; nur sei von ihnen mit dem klaren Ernste des Sozialdemokraten konstatiert worden, daß derselbe durch die Tatsachen selbst in den Hintergrund gedrängt wurde (S. 73).

Aus der historisch-materialistischen Auffassung: das gesellschaftliche Sein bestimme das Bewußtsein, folge daß auch die gesellschaftliche Einteilung der Menschen in Nationen, nebst der Klassenscheidung das Denken beeinflussen müsse (S. 53). Aus dem Klassenkampfe jedoch lasse sich das Gefühl der Nationalität nicht erklären. Eine so instinktartig wirkende Eigenschaft, deren Ursprung wahrscheinlich auf die Urzeit zurückgeführt werden müsse, könne aus dem modern-gesellschaftlichen Standpunkt des Klassenkampfes nicht abgeleitet werden. Diejenigen, die es dennoch versuchen — und dann natürlich zu bloß negativen Schlußfolgerungen gelangen —, zeigen damit nur, daß von ihnen die Bedeutung des nationalen Gedankens unterschätzt werde (S. 47).

Blindlings handhabe TROELSTRA die nationale Selbständigkeit, ist ihm von KUYPER (Verslag, 10) zugerufen worden. VAN DER GOES wieder erklärte: TROELSTRA habe noch gar zuviel ideologisiert (Verslag, 21); und von SANNES wird zwar anerkannt, daß jetzt der nationale Gedanke den Sieg davongetragen, er fügt aber hinzu, es sei das letzte Mal gewesen, wenn nur nicht sehr bald ein neuer Krieg komme (S. 31—39). ALBARDA hat in Betreff der SANNESschen Kritik jedoch bemerkt, diese werde erst nach dem Kriege Recht haben.

Es wurde schon erwähnt, daß die Mehrheit des Kongresses dem Führer treu blieb. Für die Zukunft ist jedoch auch unter den Kammermitgliedern eine Spaltung nicht undenkbar. Die Handhabung der Neutralität und die Verteidigung der nationalen Existenz seien nicht zu scheiden, wurde von TROELSTRA (Verslag, 16) behauptet. Allein der Abgeordnete MENDELS erklärte darauf Namens der Minorität: Falls die Bewilligung der Mobilisationskredite blindlings zur Landesverteidigung verpflichte, so werde es der Minorität unmöglich sein, abermals die Mobilisationskredite zu bewilligen. Und gleich nachher der Abgeordnete DUYS: „Wir gehen nicht uns schlagen für unsere Unabhängigkeit" (Verslag 24, 25).

Auch aus den Reihen der nichtführenden Genossen wurden solche Meinungen laut. Sagte doch VAN ZADELHOFF: „Das Votum der Kammerfraktion heißen wir gut .... Sie konnte schwer anders handeln, auch weil sie sich

nicht auf die Internationale stützen konnte, und damit ist für uns die Sache erledigt. Aber nun sagt TROELSTRA, es sei jetzt nicht die Zeit, um neue Programmpunkte aufzustellen, und wie richtig dieses auch sein mag, ich behaupte, daß es nichts Neues ist, wenn wir sagen: wir akzeptieren die Landesverteidigung nicht..." (Verslag, 27).

* * *

Während des Krieges ist in Holland eine neue Friedensorganisation, der „A(nti)-O(orlog)-R(aad)", gegründet worden, dem im Juli 1915 schon mehr als 20000 Personen und 1000 Vereine beigetreten waren.

Dieser Bund hat Studienkommissionen ins Leben gerufen zur Untersuchung folgender Fragen: 1. Internationale Rüstungsbeschränkung, 2. Annexionen, 3. Kriegssteuer, 4. Seebeuterecht, 5. Handelspolitik, insbesondere mit Bezug auf die Kolonien, 6. Verletzung des internationalen Rechtes, 7. Demokratisierung der auswärtigen Politik, 8. Unterdrückung aller Aufhetzung zur Animosität zwischen Nationen, besonders in der Presse.

Außerdem bezweckt er, eine Zentralorganisation für einen dauernden Frieden — auf Grund des folgenden Mindestprogramms — zu bilden:

1. *„Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung, deren Zustimmung, wo es möglich ist, durch Plebiszit oder auf andere Weise eingeholt werden soll. — Die Staaten sollen den Nationalitäten ihres Gebietes Rechtsgleichheit, Religionsfreiheit und den freien Gebrauch ihrer Sprache garantieren.*

2. *Die Staaten sollen vereinbaren, in ihren Kolonien, Protektoraten und Interessensphären Handelsfreiheit oder wenigstens die Gleichstellung aller Nationen durchzuführen.*

3. *Das auf die friedliche Organisation der Staatengesellschaft bezügliche Werk der Haager Friedenskonferenz soll ausgebaut werden. — Die Friedenskonferenz soll mit einer dauernden Organisation ausgestattet werden und periodische Sitzungen halten. — Die Staaten sollen vereinbaren, alle ihre Streitigkeiten einem friedlichen Verfahren zu unterwerfen. Zu diesem Zweck sollen neben dem im Haag vorhandenen Schiedshof a) ein wirklich ständiger Internationaler Gerichtshof und b) ein gleichfalls ständiger internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsrat errichtet werden. Die Staaten sollen sich verpflichten, eine vereinbarte — diplomatische, wirtschaftliche oder militärische — Aktion für den Fall durchzuführen, dass ein Staat militärische Massnahmen ergreift, statt den Streitfall dem richterlichen Spruch zu unterbreiten oder das Gutachten des Untersuchungs- und Vermittlungsrats einzuholen.*

4. *Die Staaten sollen eine Verminderung der Rüstungen vereinbaren. Um die Herabsetzung der Bewaffnung zur See zu erleichtern, soll das Beuterecht abgeschafft und die Freiheit der Meere gesichert werden.*

5. *Die auswärtige Politik soll einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werden. Geheime Verträge sollen nichtig sein."*

Es sind dem Bunde mehrere hervorragende Sozialdemokraten beigetreten, darunter auch — als Vizepräsident — der Abgeordnete SCHAPER. Das hat in der Partei lebhafte Erörterungen gezeitigt: erst in der Presse, dann in einer Broschüre SCHAPERS, zuletzt auf dem Parteitage von 1915. SCHAPER hat u. a. darauf hingewiesen, das Programm des A. O. R. zeige eine überaus große Ähnlichkeit mit dem der Kopenhagener sozialdemokratischen Konferenz vom Januar 1915 (S. 14, 15). Auf dem Parteitag im April d. J. war denn auch der Widerstand gegen die Teilnahme am A. O. R. nicht sehr groß. Zwar wird sich die Partei als solche demselben nicht anschließen ohne vorher — diese Konzession ist vom Vorstande gemacht worden — hierüber besondere Beschlüsse gefaßt zu haben, den Parteimitgliedern ist aber der Beitritt freigegeben.

SCHAPER hat in seiner Schrift die Kleinlichkeit der ihm von Seiten mancher Genossen der S. D. A. P. zuteil gewordenen Kritik scharf gerügt (S. 23, 24) und TROELSTRA hat im allgemeinen die Haltung der Opposition gegen die Parteiführung sogar als „eine öffentliche Gefahr" bezeichnet (S. 67). Vorläufig läßt sich nun feststellen, daß diese Gefahr jetzt beschworen ist.

Literaturbericht.

G. HENRIKSSON-HOLMBERG, Socialismen i Sverge 1770—1886. Stockholm, Axel Holmströms Verlag 1913. 8°. 280 S. (1,25 Kr.)

IVAR VENNERSTRÖM, Den svenska socialismens historia I. Svenska utopister 1. Stockholm, Tidens Verlag 1913. 8°. 181 S. (1 Kr.)

Die beiden hier angezeigten Werke behandeln die Vorgeschichte des Sozialismus in Schweden, aber in sehr verschiedener Weise, indem sich das Thema als ungeahnt reich erweist. Schon seit Jahrhunderten war Schweden von französischer Kultur aufs stärkste beeinflußt, alle französischen Geistesrichtungen, wenigstens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, finden sich dort wieder; so ist denn in Schweden die utopistische Literatur französischer Art eine reiche und vielseitige. Freilich ist von den vielen hierher gehörigen Schriftstellern nur einer, HERMANN QUIDING, ein wirklich selbständiger Denker, die anderen, namentlich auch A. F. RÅDBERG, sind nur Vorläufer oder Vermittler fremder Ideen.

VENNERSTRÖMS Schrift kommt im I. bis jetzt allein vorliegenden Bande über die Vorgeschichte nicht hinaus, eine Vorgeschichte, die von der Preßfreiheitsverordnung des Jahres 1792 bis 1848 reicht. Nur eine kurze Episode bleibt freilich die Zeitung „Patrioten" (1792—94), wo der von ROUSSEAU und den Physiokraten stark beeinflußte Admiral LEJONANKER den Plan eines kommunistischen Staates entwirft. Sehr viel wichtiger ist die Saint-Simonistische Propaganda, die in den Jahren 1829—1831 von der Zeitung „Medborgeren" (Der Mitbürger) ausgeht und eine rege öffentliche Diskussion hervorruft. In erster Reihe ist es der Prediger A. F. RÅDBERG, der in Schrift und Wort mit schwärmerischer Begeisterung die neue Lehre verkündet. Mutig predigt er — der Pfarrer der schwedischen Staatskirche —, daß die revolutionären Bewegungen des Jahres 1830 neue Offenbarungen echten Christentums seien; mit großer Selbständigkeit nimmt er die französischen Gedankenreihen in sich auf und bringt das alles schließlich zum Ausdruck in seinem Buche von „Friedland", einer idealen Gesellschaft ohne Klassen, auf altchristlicher Grundlage aufgebaut. — Auch „der schwedische Père Enfantin", der kleine drollige Buchhändler GÖTREK, fängt mit dem Saint-Simonismus an, arbeitet sich aber in den 1840er Jahren zu einer eigenen Auffassung durch; in seinem Buche „Über das Proletariat" (1847) gibt er eine fast moderne Darstellung der neuen Klasse, mit einer Tiefe der

Gesellschaftskritik, die schon an MARX und ENGELS erinnert. So war es denn nur ganz natürlich, daß das Kommunistische Manifest schon im Jahre nach seiner Entstehung von GÖTREK in schwedischer Übersetzung herausgegeben wurde.

Von all dem findet sich bei HENRIKSSON-HOLMBERG nicht viel. Bei ihm steht QUIDING, dem er schon früher eine größere Monographie geweiht hat (NILS HERMANN QUIDING. Stockholm 1909), im Zentrum der Darstellung — soweit die ungeschickte Komposition es überhaupt gestattet, von einer solchen zu sprechen. QUIDING — oder mit seinem Schriftstellernamen „Nils Nilsson arbetskarl" (N. N. Arbeitskerl) — ist aber auch eine hochinteressante Erscheinung. In seinem Hauptwerke „Slutliarid med Sveriges lag" (Abrechnung mit dem Gesetze Schwedens) sind die tragenden Gedanken des Rechtssozialismus, vor allen Dingen diejenigen ANTON MENGERS, fast vollständig vorausgenommen. Dabei ist das Buch in 3 Teilen in den Jahren 1871—1873 erschienen, und QUIDING selbst ist 1886 gestorben, in demselben Jahre, in dem ANTON MENGER sein erstes, großes soziales Werk zur Veröffentlichung gebracht hat. Diese neuen Ideen sind mit einem föderativen Sozialismus altfranzösischer Art zu einem Ganzen zusammengeschmolzen, so daß man bei QUIDING von einem sozialen System sprechen kann, das eigenartig und wie aus einem Gusse dasteht. In seinem Vaterland freilich hat er bisher keinen Einfluß geübt und noch weniger natürlich im Auslande. Erst jetzt wird ihm von HENRIKSSON-HOLMBERG späte Anerkennung gezollt.

Die H.-H.sche Schrift bringt ein reiches Tatsachenmaterial und feinsinnige Beobachtungen in Fülle; leider aber dermaßen ungeordnet und durcheinander verstreut, daß man sich nur mit einiger Mühe durcharbeitet.

Kristiania. EDW. BULL.

GERHARD ALBRECHT, Eugen Dührings Wertlehre. Jena, Fischer 1914. 8°. 66 S.

Seitdem FRANZ OPPENHEIMER die Grundanschauungen DÜHRINGS selbständig fortzuentwickeln unternommen hat, beginnt sich die Aufmerksamkeit weiterer Kreise nach langer Zeit wieder DÜHRINGS sozialökonomischen Schöpfungen und insbesondere dem Theoretiker DÜHRING zuzuwenden. Der Begründer des „sozialitären Systems" und Vorkämpfer einer originären Gesellschaftsordnung, deren Aufbau und Ableitung ihm, wenn auch einen isolierten, so doch keinen geringen Platz unter den sozialistischen Denkern aller Zeiten sichert, ist auch ein scharfsinniger Theoretiker, der den gesellschaftswirtschaftlichen Zusammenhängen aus großen Gesichtspunkten nachgeht und ihnen tief in das Innere hineinleuchtet. Die ätzende Kritik von ENGELS in „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" hat den Gegner wohl schwer zu schädigen, nicht aber zu vernichten vermocht. Je mehr aber die MARX-ENGELSschen Grundlehren selbst von der Kritik, zumal im eigenen Lager, „revidiert" werden, umso eher darf DÜHRING vielleicht auf

eine Wiederaufnahme wenigstens des von dieser Seite gegen ihn angestrengten literarisch-kritischen Prozeßverfahrens rechnen.

Die Schrift von A. bedeutet einen Anfang nach dieser Richtung. Sie will freilich keine Apologie sein, sondern nur das DÜHRINGsche System „wegen der Tiefe und Größe der ganzen Schöpfung, wegen des geistvollen und in weitestem Zusammenhange mit dem gesamten Umkreise der Wissenschaft konzipierten Aufbaues seines volkswirtschaftlichen Systems, nun endlich der fast völligen Vergessenheit entreißen". Der Theoretiker DÜHRING soll also aufgezeigt und es soll an der Hand seiner Wertlehre bewiesen werden, daß er als origineller Denker seinen Platz in der Dogmengeschichte trotz aller Anfeindungen verdient. DÜHRING ist in dieser Lehre von CAREY ausgegangen, insofern er allen Wert, außer auf die Bedürfnisse, auf die Überwindung der natürlichen Erlangungsschwierigkeiten zurückführt. Wert ist also „Geltung" in diesem Sinne und mithin ein Schätzungsergebnis, hat daher nichts zu tun mit den Eigenschaften eines Gutes, die dessen Nützlichkeit ausmachen. Auch der Wert, und er erst recht, fällt bei DÜHRING unter die ihm eigene zweiteilige Betrachtungsweise, die zur Scheidung einer „reinen" und einer „politischen" Ökonomie hinführt. Das politische Prinzip ist dasjenige der ausschlaggebenden Macht, welche die Wirkungen der „wirtschaftlichen Naturgesetze" entscheidend beeinflußt. Das historische Moment bleibt also bei DÜHRING „nicht isoliert" im Sinne nur einer historischen „Deutung" des gesamten Wirtschaftslebens (wie bei der historischen Schule), sondern fügt seiner Gesamtsystematisierung „ein neues entscheidendes Moment" ein. Damit kreuzt sich nun DÜHRINGS weitere Zweiteilung, nämlich in die beiden grundlegenden Kategorien der Produktion und der Verteilung, indem die Untersuchung der Wirtschaftstatsachen vom Standpunkte der Produktion rein theoretischer Natur, dagegen (mit DÜHRINGS Worten) „der wirklich in letzter Instanz für die Verteilungslehre maßgebende Standpunkt nur mit der ernstlich sozialen Betrachtung zu gewinnen ist". Die Verteilungslehre fußt mithin auf der politisch-geschichtlichen Begründung der gesellschaftlichen Abhängigkeiten. Eine moderne Verteilungslehre muß nach DÜHRING also wahrhaft historisch verfahren — eine Auffassung, die DÜHRING, wie der Verf. dartut, mit TUGAN-BARANOWSKY teilt.

Daß diese Grundanschauungen den materialistisch geschulten Marxisten ganz besonders mißfallen mußten, weist der Verf. gut nach. Denn das ganze MARXsche System beruht auf der Auffassung, daß alle Ausbeutung auf rein ökonomischem, nicht auf gewaltsamem Wege entstanden ist. Die Anschauungen DÜHRINGS sind nun aber bekanntlich vielfach starken Wandlungen unterworfen gewesen [1]). A. kennt diese wohl, läßt sie aber absichtlich außer Betracht. Schon im Hinblick auf sie, aber auch sonst stark übertrieben muß sein Urteil erscheinen, daß DÜHRINGS „Kritische Grundlegung der Volkswirtschaftslehre" (1866) seit A. SMITH vielleicht nicht seinesgleichen gehabt habe.

---

1) Vgl. darüber meine Abhandlung „Das sozialitäre System EUGEN DÜHRINGS" in diesem Archiv IV, 393/438.

So ist denn nach DÜHRINGS Betrachtungsweise ein Wert entweder Machtwirkung und daher bloße Aneignung, oder aber das Äquivalent für eine ihm entsprechende Leistung. Das Vorhandensein und die in jedem Falle notwendige Heranziehung dieser beiden Erklärungsprinzipien hält DÜHRING aber für kein Hindernis einer strengen Werttheorie. Vielmehr lerne man dadurch erst unterscheiden, was im Preise Folge von Wertschätzung und was Wirkung einseitiger Machtausübung ist. Dagegen ist ihm der Wertbegriff von jeder Verteilungsvorstellung unabhängig, denn er setzt nicht notwendig einen Tausch voraus. Vielmehr sind nur Bedürfnis, Arbeit und natürliche Seltenheit die Unterlagen der Wertschätzung. Aus diesem Kern der DÜHRINGschen Wertlehre entwickelt A. diese nun in ihren Einzelheiten, indem er DÜHRINGS Gedankengängen über jene drei Schätzungsmomente als Ursachen der Wertschätzung sorgfältig nachgeht und sie klarlegt. Denn auch trotz dem tatsächlichen Eingreifen des politischen Momentes lassen sich die Elemente des Wertproblems — mittelst Abstraktion von den politisch-sozialen Verteilungstatsachen — auf rein theoretischem Wege erklären. Freilich kommt DÜHRING dadurch zu einer Art wissenschaftlicher Spekulation, indem er die wirtschaftlichen Verhältnisse durch Zurückgreifen auf Schemata, wie das des einsamen Robinson, zu vereinfachen sucht, um damit die innere Logik der Gestaltungen zu erweisen. Gerade durch diese Methode, die Ursachen der „Geltung“ aufzuspüren, hat er den schärfsten Spott von ENGELS herausgefordert. Er steht aber mit ihr, nach Ansicht A.s, nur auf dem Boden der HUME-SMITHschen Methode, „von den kreuzenden Einflüssen der speziellen Gesetzgebung abzusehen, und sich eine universelle, im freien Verkehre befindliche Wirtschaftsgesellschaft zu denken“. Statt der Vernachlässigung dieser Methode fordere er vielmehr ihre noch radikalere Gestaltung.

Im Laufe dieser Darlegung stellt A. fest, daß DÜHRING einer der ersten Begründer der subjektiven Betrachtungsweise zur Erklärung des Wertes gewesen sei. Zwar sei kurz vorher SCHÄFFLE, doch von anderen Gesichtspunkten, nämlich von dem Gedanken des Zweckbewußtseins des Subjektes gegenüber den Dingen aus, zur gleichen Anschauungsweise gelangt.

An die Erforschung der Wertursachen schließt sich die Antwort auf die Frage nach dem übergeordneten, vereinigenden Begriffe des Wertinhaltes. Hier findet A. in der klaren Erfassung des Gesamtzusammenhanges aller Werte als des Gesamtwertinhaltes im wirtschaftlichen Gesamterfolge „die kühnste und bedeutendste Idee der DÜHRINGschen Wertlehre“. Der Wert erscheint hier als Ausdruck des wirtschaftlichen Erfolges. Nicht die Tätigkeit, sondern ihr Ergebnis wird geschätzt. So ergibt sich der „Produktionswert“ im Gegensatz zum politisch-sozialen „Positionswert“, der sich nach der Verteilung, d. h. nach den sozialen Hindernissen, den Machtverhältnissen bestimmt. Zu den technischen Beschaffungshindernissen treten also die sozialen Ursachen der Preisbildung, um den wirklichen Preis im gegebenen Falle zu bestimmen. Ein Exkurs „Zur MARXschen Wertlehre“, in dem die Stellung des Verf. zum Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit näher begründet wird, ist der Darstellung zu ihrer Entlastung als Anhang beigegeben.

Der Versuch A.s, DÜHRINGS sozialökonomische Anschauungen durch eine anschauliche Vorführung der zu ihren Grundlagen gehörenden „Wertlehre" nicht länger ein „peinliches Geheimnis" bleiben zu lassen, verdient sowohl an sich als auch wegen seiner verständnisvollen Durchführung volle Anerkennung.

Marburg a. d. Lahn. H. KÖPPE.

FERDINAND GRAF VON DEGENFELD-SCHONBURG, Dr. jur., Die Lohntheorien von Ad. Smith, Ricardo, J. St. Mill und Marx. München und Leipzig, Duncker u. Humblot 1914. 8°. 106 S. (1,95 Mk.)

Der Sozialismus findet die Ursache aller sozialen Übel in der durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln und durch das in diesem wurzelnde Lohnsystem vermittelnden Ausbeutung. Die Eigentumsfragen und die Lohntheorien, beide im engsten Kausalnexus, stehen daher im Zentrum der sozialistischen Gedankenwelt. Die wichtigsten, weil in der Wissenschaft einflußreichsten Lohntheorien zu einer einheitlichen und zugleich vergleichenden Darstellung zusammenfassen bedeutet daher die Erschließung eines Haupttores zum Verständnis der geschichtlichen Entwicklung der sozialistischen Lehren. Darin liegt die wissenschaftliche Bedeutung des mit dieser Arbeit unternommenen Versuches. Dank der Beschränkung auf das Wesentliche, der Herausarbeitung des Typischen, der Projizierung auf dem Untergrunde der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklungsvorgänge, den Nachweisungen aus den logischen Grundlagen und aus der besonderen Methodik der in Betracht gezogenen vier großen Lohntheoretiker, endlich auch dank der Präzision und Klarheit der Darstellung kann dieser Versuch als wohlgelungen und sein Ergebnis als ein verdienstvolles bezeichnet werden.

Von der richtigen Erkenntnis aus, daß es nicht genügt, die vier Lohntheorien inhaltlich klarzulegen und ihre Verschiedenheiten aufzuzeigen, sondern daß vor allem die Voraussetzungen aller Arten, von denen ihre Urheber ausgehen, dargelegt werden müssen, um die Theorien selbst richtig zu erfassen und zu werten, wird der Darstellung einer jeden der letzteren einerseits eine kurze Zusammenfassung der Grundlagen vorausgeschickt, aus denen sie erwachsen und durch die sie daher bedingt sind, anderseits eine Abgrenzung ihres Geltungsbereiches angehängt. In diesen Rahmen eingefügt erhält der Inhalt der Lohntheorien erst seine volle und klare Bedeutung. Mit einer Betrachtung über die persönliche Stellung der vier Autoren zur Lage der Arbeiterklasse schließt die Schrift ab. Von den bedeutsamen Feststellungen, zu denen sie gelangt, sei auf einige hier kurz eingegangen.

A. SMITHS Stellung zum Bevölkerungsproblem klingt schon vielfach an die spätere Lehre von MALTHUS an. Gegenüber dem Lohnproblem macht er seine Auffassung wesentlich abhängig von einem hohen oder niederen Stande des nationalen Güterfonds. Ein reichlicher, hoch über dem Existenzminimum stehender Lohn ist nicht nur möglich, sondern tritt ersterenfalls

stets ein und ist sein natürliches Merkmal. Nur die immer vorhandenen Grenzen der Kapitalvermehrung setzen seiner Steigerung Schranken. Hierdurch fällt ein „düsterer Schatten“ auf SMITHS sonst optimistische Lehre. Seine Lohntheorie bezieht sich auf alle Arbeiterklassen mit besonderer Berücksichtigung der untersten und gipfelt darin, daß der Lohn bestimmt wird vermittelst der Konkurrenz von Nachfrage und Angebot, die ihrerseits durch den wechselnden Nationalfonds und das feststehende Existenzminimum geregelt werden. Der Reallohn bewegt sich dabei immer umgekehrt wie die Lebensmittelpreise, weil in billigen Jahren der Nationalfonds größer, in teueren geringer ist. Nicht unbedingt vertritt SMITH die Ansicht, daß jeder Mensch selbst am besten erkenne, was sein Vorteil heische. Vielmehr beschreibt er eingehend die in manchen Berufen übliche Überschätzung der Gewinnchancen und weist auch sonst auf die Unwissenheit der Menschen über ihr wahres wirtschaftliches Interesse hin. Er kennt auch sehr wohl andere Motive als das Selbstinteresse, stellt aber dieses allzusehr voran. Von der Lohntheorie ist nur ein schwacher Ansatz bei ihm zu finden.

RICARDO ist den Kapitalistenstandpunkt nie ganz losgeworden. Zu den Lohnfondstheoretikern gehört er nicht. Während SMITH es fast als das Normale ansieht, daß der Lohn über dem Existenzminimum steht, scheint RICARDO den von ihm als möglich angegebenen Fall, daß der Marktsatz des Lohnes auf unbestimmte Zeit ständig über dem natürlichen Satze, um den er sich bewegt, stehen kann, doch als Ausnahme anzusehen. Dieser „natürliche“ Satz ist freilich keineswegs das Mindeste der Lebensnotdurft, sondern hängt von den Sitten und Gebräuchen des Volkes ab und kann den Arbeitern verschiedene Genüsse und Behaglichkeiten ermöglichen. Aber der Reallohn wird immer nach diesem „gewohnheitsmäßigen Bedürfnisminimum“ gravitieren, als der unteren Grenze, bis zu der er herabsinken kann. Denn mit steigender volkswirtschaftlicher Entwicklung hat (ganz nach MALTHUS) die Bevölkerung die Tendenz, schneller zu wachsen als die Unterhaltsmittel. Daneben kann die Lohnhöhe aber auch durch das Verhalten der Arbeiter selbst (Vorsicht in der Fortpflanzung, besser leben vom höheren Lohn statt früheren Heiratens) günstig beeinflußt werden. Für RICARDO ist dieses das einzige Mittel, den Lohn dauernd hochzuhalten, die Erreichung solchen Zustandes jedoch ein ganz fernes Ideal. Gegenstand seiner Betrachtung ist hauptsächlich der Lohn des ungelernten, eine Familie versorgenden Arbeiters.

MILL ist echter Lohnfondstheoretiker und geht darin soweit, daß nicht die Erhöhung des Verbrauchs, sondern nur die des Kapitals, auf die der Arbeiter freilich keinen Einfluß habe, steigernd auf den Lohn wirke. Sonst aber habe der Arbeiter sein Schicksal selbst in der Hand, vor allem mittelst Einschränkung seiner Fortpflanzung, und zwar auch *in* der Ehe. Überhaupt beruhen die Lohntheorien dieser drei Klassiker vielmehr auf der Betrachtung der Arbeiter als Produzenten von *Arbeitern* denn als Produzenten von *Arbeit*. Besonders SMITH schätzt den Geschlechts- und Vermehrungstrieb zu mächtig ein.

Im Gegensatze zu ihnen erscheint MARX vor allem als Soziologe. Bei

ihm ist alles notwendige Entwicklung, doch geht sie nicht den allmählichen Gang wie bei DARWIN, sondern vollzieht sich nach seiner, der HEGELschen nachgebildeten Dialektik in Gegensätzen. Es wird gezeigt, wie seine Lohntheorie sich auf seiner Wertlehre aufbauet (Wert der Arbeitskraft gleich dem gewohnheitsmäßigen Bedürfnisminimum; die Arbeitskraft reproduziert nicht nur ihren eigenen Wert, sondern darüber hinaus den „Mehrwert"). Der Lohn ist nicht an das Existenzminimum gebunden, hat aber mit fortschreitender kapitalistischer Entwicklung die Tendenz, beständig zu sinken. Die wirtschaftlich-egoistischen Interessen spielen nach MARX weitaus die erste Rolle, im übrigen treten die Triebe aber bei ihm stark zurück. Die edlere, vom kapitalistischen Geist nicht völlig ertränkte Gesinnung stellt er konsequent beiseite. Seine Psychologie erscheint daher „ärmlich und einseitig". Geradezu utopisch wird sie da, wo der Übergang in die Zukunftsgesellschaft dargestellt wird und die bisher tief in Selbstsucht befangene Menschheit plötzlich so verwandelt erscheint, daß ein froher Zustand allgemeinen Friedens eintritt. In der neuen Gesellschaft scheint es auch keine Entwicklung mehr geben zu sollen, sodaß das „Gesetz der Negation", ganz unmarxisch, plötzlich aufgehoben ist. Als Marxist hätte MARX erklären müssen, daß auch in der Zukunftsgesellschaft die Weiterentwicklung in Widersprüchen, also wohl durch Kämpfe, nicht haltmachen werde. Als Sozialist aber hielt er, um der agitatorischen Stoßkraft des Sozialismus willen, es für das Beste, diese Erklärung mit sich zu begraben. Seine Stellung ist die, daß er die ganze Wirtschaftsentwicklung von der Arbeiterseite aus ansieht und sich bewußt auf den Interessenstandpunkt der Arbeiter stellt, wenn er auch von deren Siege das Glück der ganzen Menschheit erhofft. Die Klassiker dagegen wollten nicht einen bestimmten Volksteil vertreten, aber ihre Anschauung war unmerklich durch ihre Zugehörigkeit zur Klasse der Besitzenden bestimmt, war „Anschauung von oben her". Einseitig waren also sowohl ihre als MARX' Anschauungen. In der Vermeidung jeder, wenn auch begreiflichen, Einseitigkeit und in dem Bestreben, mit seinem Interesse das ganze Volk zu umfassen, erkennt der Verf., seinen eigenen Standpunkt damit bekennend, das Ziel für den Sozialökonomen.

Marburg a. d. Lahn. H. KÖPPE.

Dr. LUDWIG ZS. SZEBERÉNYI, Tömegmozgalmak az alföldi parasztvárosokban. (Massenbewegungen in den niederungarischen Bauernstädten.) Budapest 1913. 119 S.

Der Verf., evangelischer Pfarrer einer niederungarischen Stadt, widmet sich seit langen Jahren der Erforschung des Bauernlebens. Er veröffentlichte i. J. 1907 eine interessante, von der Kritik günstig aufgenommene Studie über die Lage der bäuerlichen Bevölkerung in Ungarn, die die Bauernbewegung in Niederungarn und die Auswanderung behandelte. 1908 schrieb

er sodann ein Buch u. d. T.: „Die Bauernfrage in Ungarn und im Auslande", welches einen zusammenfassenden historischen Überblick über die Tatsachen der Bauernbefreiung bietet, die Lage der Bauernschaft nach der Emanzipation hauptsächlich in Ungarn beschreibt und außerdem noch sehr ansprechend die Natur des Lebens der bäuerlichen Bevölkerung und ihrer Schichtung schildert sowie die Probleme der Grundbesitzverteilung, des Kredit-, Steuer-, Kirchen- und Schulwesens in objektiver Weise erörtert. Wie in dieser Arbeit, so bewährt sich Sz. auch in einigen anderen, in verschiedenen ungarischen Zeitschriften erschienenen Aufsätzen über die bäuerliche Bevölkerung der skandinavischen Länder als Schriftsteller, der seinen Gegenstand aus direkter Beobachtung kennt und dabei weder für die Bauernschaft, noch für deren Ausbeuter voreingenommen ist. Auch die angezeigte Arbeit schließlich und deren gelungene Analyse der bäuerlichen Massenbewegungen zeigt ihn als scharfsinnigen Denker.

Eine Bauernstadt! Der Westen kennt sie nicht. Der Begriff der Stadt schließt größtenteils die Existenz der Bauernschaft aus. Im ungarischen Tiefland liegt die Sache anders. Hier gibt es heute bereits Agglomerationen von 30—40 000 Einwohnern, die sich als Überlebsel und Folge der Türkenzeit darstellen. Die Türkennot zwang die Bevölkerung der zerstreut liegenden Dörfer in größere Ortschaften zusammen. Später entstanden solche auch durch innere Kolonisation. Mit der Zeit wuchsen und entwickelten sich diese Dörfer zu Städten, wenigstens in verwaltungsrechtlicher Beziehung [1]), aber ihre Bevölkerung lebt auch heute noch überwiegend von der Landwirtschaft. Deshalb ist diese „Bauernstadt" ein eigentümliches, hybrides Gebilde. Die gewöhnlich breiten Straßen haben in der Nähe der Eisenbahnstation ein städtisches Gepräge, aber die entfernteren — mögen sie auch Asphalttrottoir aufweisen — zeigen durchaus dörfliches Gepräge. Dort wohnen die Ärzte, die Advokaten, die Kaufleute, mit einem Worte: die Intelligenz, hier die Bauern, die Landarbeiter, einige Handwerker und Branntweinverkäufer. In diesen ländlichen Gassen gibt es aber keinen ländlichen Geist: die Kleinbauern sind zum Teil auf die Meyerhöfe hinausgezogen; sie kommen von dort nur selten in die Stadt, sie leben dort billiger, einfacher, und ihr Einkommen ist dort durch den Fleiß der Familie erhöhbar. In der Stadt geblieben sind nur Großbauern, die ihren Grundbesitz durch Knechte bearbeiten lassen oder ihn verpachten, bäuerliche Ausgedingter, Landarbeiter, die ihr Brot durch Tagelohn zu verdienen suchen.

---

1) Es gibt in Ungarn in verwaltungsrechtlichem Sinne zwei Arten Städte: Städte mit Munizipalrecht und Städte mit geordnetem Magistrat. Die ersten sind autonom, haben ein Statutrecht, stehen direkt unter dem Minister des Innern, ihr erster Beamter ist der Bürgermeister mit dem Range des Untergespans im Komitate. Die zweite Art Städte sind dem Komitat untergeordnet, sie haben ein eingeschränktes Statutrecht, ihr erster Beamter — Bürgermeister genannt — hat nur den Rang eines Oberstuhlrichters, des ersten Beamten eines Kreises.

Die Bauernschaft entbehrt in den Bauernstädten der moralischen Kontrolle der Dörfer und ist von dem städtisch-sozialen Leben nicht unberührt geblieben. Die Leute kennen einander nur nach Gassen. Wer die Gasse wechselt, entgeht auch den Folgen anstößiger Handlungen, die er etwa begangen hat; und die Bevölkerung der Bauernstädte, deren Gesinnung ursprünglich eine ländliche war, geht in moralischer Hinsicht dem Verfalle der düsteren Großstadtviertel entgegen.

Die Bauernbevölkerung der niederungarischen Bauernstädte ist keine einheitliche. Sie zerfällt in verschiedene Unterklassen: Tagelöhner, Kleinbauern, Pächter, Großbauern, Feldarbeiter, die bei den Dammarbeiten beschäftigt sind, Teilbauern etc. Aber allen sind zwei besonders starke Gefühle gemeinsam. Das eine das Gefühl der Herrschsucht. Jeder möchte ein „Herr" sein, d. h. ein solcher, der keine schwere Arbeit zu verrichten hat, ein sicheres Einkommen bezieht, bequem lebt und dem niemand zu befehlen hat. Das zweite Gefühl ist noch stärker: der Haß gegen die Herren. Der Bauer der niederungarischen Städte verachtet, beneidet und haßt diejenigen, die nicht gezwungen sind, zu früh aufzustehen, die von ihrer geistigen Arbeit oder sicherem Gehalt leben und deren Einkommensquelle dem Frost oder der sommerlichen Gluthitze nicht ausgesetzt ist. Die Antipathie gegen die „Herren" entspringt bei vielen dem uralten, angeborenen bäuerlichen Konservativismus, den das städtische Leben nicht auszurotten vermochte. Diese Bauern sind Gegner jeder Neuerung und die konservativen unter ihnen betrachten mit Verdacht selbst jene ihrer Standesgenossen, die mit den „Herren" öfters in Berührung kommen.

Früher gab es in den Bauernstädten eine sehr kleine „Herrenklasse": Pfarrer, Lehrer, Notare, Ärzte, 2—3 Advokaten, einige Kaufleute bildeten die Intelligenz. Sogar heute bilden sie der Masse der Bauern gegenüber eine verschwindende Minorität. Aber sehr wenige unter ihnen sind wirtschaftlich unabhängig, selbst die Zahl der Wohlhabenden ist gering. Es besteht unter den sogenannten „Herren" und dem Volke kein häufiger Verkehr. Das erste Ziel der Massenführer war, jede Verbindungsfäden zu zerreißen. Die Handwerker — ausgenommen die Schuster, Schmiede, Wagner, die der Bauernschaft am nächsten stehen — sind meist auf Seite der Intelligenz. Das Judentum nimmt eine Mittelstellung ein. Der Bauer reiht sie nicht unter die Herren ein. Sie bilden eine Mittelschicht und spielen eine aktive Rolle bei den Massenbewegungen, die ihre Lage anscheinend verstärken, denn sie lassen sie in den Vordergrund treten und verdrängen die alten Autoritäten.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung der Bauernstädte geriet sehr früh in den Wirbel des Massenlebens. Nach dem individuellen Einfluß des Familienlebens kommt der Bauernsohn in die Schule, wo Massen unterrichtet werden. Nach der Schule kommt er auf den Meierhof, wo seine Entscheidungs- und Beurteilungsfähigkeit ebensowenig erzogen wird, wie in der Volksschule. Unter Leute kommt er bloß auf dem Wochen- oder Jahrm im Wirtshaus und bei Hochzeiten. Die Masse lastet auf ihm, der Massen-

wille und deren Gewohnheiten leiten ihn überall, die Individualität kann nicht zur Geltung gelangen. Auch die Innigkeit des Kirchenlebens leidet unter dem Einflusse des Massenlebens; nur die Äußerlichkeiten haben eine größere Macht. Wo die Masse in den unter dem Einflusse der 48er politischen Partei stehenden politischen Kreisen organisiert wurde, kommt die politische Leidenschaft zum Vorschein. In solchen Bauernstädten kann niemand Pfarrer, Lehrer, Notar, Gemeindebeamter werden, von dessen 48er Gesinnung die Masse nicht überzeugt ist. Sonst ist er, als „Vaterlandsverräter" gebrandmarkt. Heute macht sich hierin bereits ein Wandel bemerkbar, aber vor einem Jahrzehnte noch konnte der politische Fanatismus nicht gebrochen werden. Sogar der Sozialismus vermochte die 48er politischen Basteien bloß dort zu erobern, wo er das „48" in sein Programm aufnahm. So entstand die „48er unabhängige sozialistische Partei", die sehr wenig mit der Sozialdemokratie gemein hat, die aber siegte, während die internationale Sozialdemokratie ohne „48" keine Erfolge zu erzielen vermochte. Das Wort „48" hat eine Zauberkraft in den Bauernstädten, ohne es ist nichts auszuführen.

Sz. untersucht ferner die Wirkungen des Massenlebens. In dieser Beziehung steht er offenkundig unter dem Einflusse von GUSTAVE LE BON. Aber er kennt und zitiert auch ROBERT MICHELS, dessen Beobachtungen über die Soziologie des Parteilebens er mit Beispielen unterstützt. Er führt uns durch die Geheimnisse der Gemeindewahlen und der damit verbundenen Korruption, der korrupten Lokalpresse, des Versammlungs- und Vereinslebens, um zur Analyse der Massenführer zu gelangen. Er untersucht in höchstinteressanter Weise die Autorität des Massenführers und die Technik der Massenführung, die eine vollkommene hierarchische Einrichtung mit verschiedenem Hilfspersonal voraussetzt, die jedes Mittel: Presse, Terror, Boykott usw. benützt, um ihre Zwecke zu erreichen.

Es gibt kein ungarisches Buch, aus welchem so viel zu lernen wäre, als aus diesem trefflichen, stellenweise künstlerisch geschriebenen kleinen Werke. Doch kann ihm der Vorwurf einer gewissen Einseitigkeit nicht erspart werden. Sz. hat sicherlich viel durch die Demagogie seiner Stadt zu leiden gehabt, und diese subjektive Empfindung macht ihn kurzsichtig. Er bemerkt nicht das Wesentliche, das hinter den traurigen Tatsachen der Korruption und der Demagogie tief verborgen liegt. Das erklärt auch, weshalb er in bezug auf die Möglichkeit einer Änderung so wenig Hoffnung hegt. Doch verdient die Sz.sche Untersuchung deshalb nicht weniger lebhafte Empfehlung.

Debreczen. GABR. KOVÁCS.

FRITZ GERLICH, Geschichte und Theorie des Kapitalismus. Duncker & Humblot, München und Leipzig 1913. Gr. 8°. VIII—406 S. (10 Mk.)

Wer eine Geschichte und Theorie des Kapitalismus schreiben will, der muß in ausreichendem Maße wenigstens über hinlängliche wirtschafts

geschichtliche Kenntnisse verfügen. Gleich hier werden wir von G. etwas enttäuscht. Ihm ist z. B. die grundlegende Arbeit MAX WEBERS, Die Agrargeschichte des Altertums (Handwörterbuch d. Staatswiss. 3. Aufl. S. 52 bis 188) nicht bekannt. Dort hätte er auch umfangreiche Literatur gefunden. Noch mehr enttäuschen seine Kenntnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur über das Mittelalter. Ja, es hat den Anschein, als ob er sogar BÜCHER — der übrigens KARL und nicht LOTHAR heißt —, gegen den er eifrig polemisiert, nur durch dessen Kritiker kennt. — Will man eine Geschichte und Theorie des Kapitalismus schreiben, so muß man auch genügende wirtschaftswissenschaftliche Ausrüstung besitzen. Aber auch daran fehlt es dem Verf., was deutlich hervortritt bei der Verwendung von Begriffen wie: Fabrik, Industrie, Industriestaat u. dgl. m. Der Mangel an sozialökonomischen Kenntnissen benimmt auch G. in nicht geringem Umfang die Möglichkeit, die ökonomischen Erscheinungen vergangener Tage richtig einzuschätzen und ihnen den ihnen zukommenden Platz anzuweisen.

Gründliche theoretisch-ökonomische Schulung ist bei einer Arbeit wie der vorliegenden umso notwendiger, als noch heutzutage eine Reihe von Historikern angetroffen wird, die — ebenso wie G. — sozialökonomische Begriffe in alter, mehr naiv volkstümlicher Weise verwenden und in die modern sozialökonomische Begriffsbildung noch nicht eingelebt sind. — Wer es aber unternimmt, eine Geschichte des Kapitalismus zu schreiben, an der Hand historischer Arbeiten dem Vorhandensein des Kapitalismus bis in die fernsten Zeiten nachzugehen versucht und kapitalistischen Erscheinungen ebenso im alten Babylonien (2000 v. Chr.) wie im neuen, in der griechischen Antike, in Ägypten, im Römischen Kaiserreich nachspürt und bemüht ist, sie aufzudecken und zu schildern, hat sich in erster Linie über die Verläßlichkeit seiner Quellen zu vergewissern und dabei zu berücksichtigen: 1. ob sich die Begriffe des Historikers mit denen des Nationalökonomen decken; 2. ob die tatsächlich konstatierte Erscheinung mit dem ihr beigelegten Namen übereinstimmt, oder ob die Namensgebung umgekehrt darauf zurückzuführen ist, daß aus einigen Anhaltspunkten auf das Vorhandensein einer bestimmten ökonomischen Erscheinung geschlossen wird.

Hätte G. sich diese Fragen vorgelegt, so wäre ihm in seinen Quellen manches aufgestoßen, an dem er nicht ohne Kritik vorbeigegangen wäre.

Voraussetzung für eine Geschichte und Theorie des Kapitalismus ist ferner der Besitz einer klaren Vorstellung vom Wesen des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist doch keineswegs etwas rein Wirtschaftliches, sondern garnicht zu trennen von dem Gesamtkomplex unserer westeuropäischen, germanisch-romanischen Kultur, von unseren sittlichen, moralischen, religiösen, philosophischen und naturwissenschaftlichen Errungenschaften, von unserer übrigen geistigen Entwicklung. Er ist aufs innigste verbunden mit unserer staatlichen, sozialen und allgemeinpolitischen Entwicklung, wohl nur aus dem allem zu verstehen und zu würdigen. Er ist das Produkt all dieser Faktoren, die nicht nebeneinander wirkten, sondern in fast 2000jähriger Wechselwirkung miteinander stehen, sich gegenseitig befruchtend und hem-

mend durch die Jahrhunderte gehen. Wir stehen also einer Einheit gegenüber, die nur künstlich zerlegt wird, um den Ein- und Überblick zu erleichtern. Der Kapitalismus ist aus der Einheit unserer westeuropäischen Kultur herausgewachsen und nicht eine für sich bestehende Teilerscheinung, nach der man in den Kulturen der verschiedensten Zeitperioden suchen kann, wie man in den verschiedenen Erdteilen nach Kohle und Kupfer, nach Silber und Gold schürft.

G. hat also nicht genügend beachtet, daß man die Vergangenheit nicht mit den Augen der Gegenwart sehen darf. Ist man auch berechtigt, bei Völkern, die einer großen Kulturgemeinschaft angehören, nach übereinstimmenden Entwicklungszügen zu suchen und gemeinschaftliche Entwicklungslinien aufzudecken, so bedarf es doch hierbei großer Vorsicht mit Bezug auf Völker, die einer ganz fremden Kultur angehören, in deren ökonomisches Gebahren uns fast jeder tiefere Einblick noch fehlt, von denen wir nur das Gröbste und auch dieses nur recht unvollkommen wissen. Auf berechtigten Widerstand muß es aber stoßen, wenn man, wie G., aus solchen dürftigen Nachweisen und Kenntnissen grundlegende Parallelen mit unserer modernen ökonomischen Entwicklung, mit unserem Wirtschaftsleben ziehen und sagen will: Seht, was eure Kultur geschaffen hat, das war vor drei Jahrtausenden auch schon da!

Aus diesen kritischen Bemerkungen, die sich mit der Methode und Grundauffassung G.s befassen, ergibt sich schon, daß es G. nicht gelingen konnte, auf der von ihm gelegten Basis eine Geschichte des Kapitalismus zu schreiben. — Die Darstellung, das mag noch zu G.s Versuch bemerkt werden, zerfällt in Einzelschilderungen. Niemals erhalten wir ein in sich geschlossenes Bild; weder von dem Wirtschaftsleben Babyloniens, noch von dem Griechenlands, Ägyptens, Roms, des Mittelalters oder der Neuzeit. Alles löst sich in Kleinschilderungen auf, die ohne inneren Zusammenhang nebeneinander gestellt sind. Keine Erscheinung wird in das Ganze des ökonomischen Lebens gerückt, um dadurch dem Einzelnen die Bedeutung zu geben, die es für das Ganze hat. Daß man bei einer solchen Methode ein auch nicht annäherndes Bild vom ökonomischen Leben der Zeiten, die von G. geschildert werden, geben kann, liegt auf der Hand. Für das Frühaltertum mag das mit dem Hinweis entschuldigt werden können, daß unsere Kenntnisse noch zu gering seien; das gilt aber nicht für das Spätaltertum und noch weniger für das Mittelalter.

Nach dem über die Geschichte des Kapitalismus Gesagten kann es nicht wundernehmen, wenn man sich G.s „Theorie“ des Kapitalismus nicht zu eigen machen kann. Denn sie muß doch notwendigerweise als letzte Erkenntnis aus dieser Geschichte auftreten. G.s Theorie des Kapitalismus läßt denn auch in erhöhtem Maße sozialökonomische Kenntnisse vermissen, ja, man möchte sagen, daß ihr ein dilettantenhafter Zug eignet. Die G.sche Untersuchung ist eine rationalistische Studie, die wirtschaftsgeschichtlich zu schwach fundamentiert ist. Das ist bei der Befähigung des Verf. umsomehr zu bedauern. All die scharfsinnigen Schlußfolgerungen und klugen

Gedanken und Bemerkungen, an denen sein Buch reich ist, kommen nicht zu ihrem Recht, was im Interesse der Wissenschaft bedauert werden muß.

Posen. WALDEMAR MITSCHERLICH.

JAKOB STRIEDER, Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen, Kartelle, Monopole und Aktiengesellschaften im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit. München und Leipzig, Duncker & Humblot 1914. Gr. 8°. XXXIV—486 S. (12 Mk.)

Der Historiker der Leipziger Universität, STRIEDER, stellt uns mit seinem vorstehend angezeigten neuen Werk eine sehr ausführliche und gewissenhafte, auf arbeitsreichen Quellenstudien fußende Untersuchung zur Geschichte des Kapitalismus zur Verfügung. Er begnügt sich keineswegs mit einer bloßen Schilderung und Darstellung der kapitalistischen Organisationsformen, der Kartelle, Monopole und Aktiengesellschaften, sondern er versucht auch, den tieferen Ursachen nachzugehen, die dazu geführt haben, solche Organisationsformen entstehen zu lassen. Der Sozialökonom hätte diese Partien des Buches gern noch weiter ausgebaut gesehen, gibt aber ohne weiteres zu, daß für den Historiker andere Gesichtspunkte maßgebend sein können.

Wenn ST. als Ausgangspunkt des Frühkapitalismus fast ausschließlich den Erzhandel in Betracht zieht, so erscheint mir dies im allgemeinen noch etwas bedingter geschehen zu müssen, was für die außerdeutschen Gebiete noch mehr als für Deutschland zu gelten hätte. Interessant ist die Hervorhebung ST.s, daß nicht dem Bergbau die Bedeutung eines bestimmenden Faktors der Vermögensbildung zur Zeit des Frühkapitalismus zukommt, daß er nicht als die Mutter des Kapitalismus angesprochen werden kann. Diese Rolle fiel dem Handel zu. Erst als durch den Handel[1]) größere bürgerliche Kapitalvermögen entstanden waren, wurden die Kaufleute durch den Handel mit Produkten des Bergbaues selbst, und zwar sehr oft widerstrebend, in den Bergbau hineingezogen. Dieser beachtenswerte Vorgang findet durch ST. eine ausführliche Darlegung und überzeugende Erklärung.

Nicht ganz ordne ich mich (unter neuerlichem Hinweis auf meine zit. eigene Untersuchung) der Ansicht ST.s unter, als ob in Deutschland im Bergbau und Hüttenbetrieb am frühesten die handwerksmäßige Organisation durch die kapitalistische ersetzt worden wäre. ST. wird sich darauf beschränken müssen zu sagen: „Mit am ersten wurde der handwerksmäßige Betrieb durch einen kapitalistischen Bergbau- und Hüttenbetrieb ersetzt.“ Gerade die Historiker warnen stets davor, das Geschehen auf eine zu einfache Formel zu bringen. Daß die Entwicklung zum kapitalistischen Betrieb

1) Vgl. hierzu auch mein ST. unbekannt gebliebenes Buch „Der wirtschaftliche Fortschritt“, Leipzig 1910, mit dessen Darlegungen sich manche grundlegende Anschauung ST.s deckt.

im Bergbau und Hüttenbetrieb rasch markant hervortritt, kann und soll nicht in Frage gestellt werden.

Reges Aufmerken und geistige Belebung verursacht das zweite Buch des Werkes: Kirche, Staat und Frühkapitalismus. Man bedauert nur, die so klugen, geistvollen und grundlegenden Werke von TROELTSCH, MAX WEBER und SCHULZE-GÄVERNITZ nicht berücksichtigt zu finden. Sie hätten ST. nach der einen oder anderen Seite für seine eigenen Gedanken Nahrung gegeben. Nach ihm vermochte sich der kapitalistische Geist gegen die mittelalterliche Wirtschaftsethik durchzusetzen, weil durch das Kapitalbedürfnis der Päpste, des Kaisers und der Fürsten die Ausdehnung des Kapitalismus nicht gehemmt, sondern stark gefördert wurde. Was er über diesen Einfluß an Hand reichen Quellenmaterials erzählt, ist sehr instruktiv. Ganz besonders gilt dies von der Darlegung des Gegeneinanderarbeitens der kaiserlichen Kanzlei und der obersten kaiserlichen Gerichte.

Das dritte Buch ist das umfangreichste. Es führt die Monopole, Kartelle und Aktiengesellschaften im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit vor. Die führende Rolle im frühkapitalistischen deutschen Handel übernahmen die Handelsgesellschaften, die aus Familienbetrieben — ST. sagt „Familienwirtschaften“, doch ist diese Bezeichnung zu vermeiden, da die Sozialökonomie mit ihr eine ganz andere Vorstellung verbindet — herausgewachsen sind. Neben den Handelsgesellschaften taucht sehr bald die Aktiengesellschaft auf. Ihrer Entstehung stellt sich das kanonische Recht nicht hindernd in den Weg. Denn Geld wird den Aktiengesellschaften nicht gegen Zins zur Verfügung gestellt, sondern sie erhalten Kapital, das an Gewinn und Verlust teilnimmt, versündigen sich also nicht gegen das Zinsverbot der mittelalterlichen christlichen Kirche. Solche Aktiengesellschaften treffen wir im Eisenerzhandel, im Tuchhandel und im Handel mit Zinnblech an. ST. schildert uns die Geschichte einer ganzen Reihe solcher Gesellschaften.

In jener frühkapitalistischen Zeit tauchen auch schon Unternehmerverbände auf, die unter verschiedensten Formen eine Preisregulierung im Auge haben. Ich glaube ST. befindet sich in einem Irrtum, wenn er die Meinung äußert: „Fast allgemein ist heute unter den Nationalökonomen die Ansicht verbreitet, daß Unternehmerverbände . . . eine Erscheinung des 19. Jahrhunderts, besonders der zweiten Hälfte dieses Zeitraumes seien.“ ST. schildert des ausführlichen solche Unternehmerverbände und bereichert damit unsere Kenntnisse um ein gewichtiges. So wenig man die Monopole in jener Zeit dulden wollte, so wenig Sympathie brachte man auch den Kartellen entgegen. Die öffentliche Meinung empfand sie als etwas Unzulässiges.

Das Werk ST.s bietet, wie schon aus diesen wenigen Bemerkungen ersichtlich, eine Fülle neuer Kenntnisse und Anschauungen über die Geschichte des Frühkapitalismus. Allerdings nur des deutschen, denn mit dem Frühkapitalismus Deutschlands und nicht mit dem Europas beschäftigt sich sein sorgfältig und gut abgefaßtes Werk.

Posen. WALDEMAR MITSCHERLICH.

ERNST TROELTSCH, Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen. Tübingen, Mohr 1912. Doppelband gr. 8°. — 994 S. (22 M.).

Der vorliegende erste Band der Gesamtausgabe der T.schen Schriften, von dem unter gleichem Titel einzelne Teile vorher im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" (XXVII—XXX Bd.) erschienen sind, enthält die Resultate sehr ausgedehnter und, was mehr sagen will, unter großen, allgemeinen Gesichtspunkten methodisch vorgenommener Untersuchungen. Problemstellung und Durchführung der Aufgabe verleihen der Arbeit eine über das kirchengeschichtliche Fachinteresse weit hinausgehende Bedeutung und erschließen dem Nachdenken über Formen und Tendenzen sozialer Evolution überhaupt eine Fülle fruchtbarer Anregungen und Perspektiven.

Gleich in dem einleitenden Kapitel spürt man die Energien eines systematischen Geistes, der sein Ziel begrifflich klar präzisiert und so von vornherein dem Leser einen Maßstab der Orientierung und Kontrolle an die Hand gibt. Wird nach den „sozialen Lehren" des Christentums gefragt, so muß zu allererst der Sinn bestimmt sein, in dem hier das, etymologisch betrachtet, ein endloses Gebiet von Erscheinungen umfassende Wort „sozial" gemeint ist. Zu welchem uferlos sterilen Spekulationen ein von solcher näheren Bestimmung losgelösten Gebrauch des Wortes führen kann, zeigt der Verfasser schlagend an einem typischen Beispiel der theologischen Literatur. Ein Nachweis, der sich ähnlich, scheint mir, auch an rein „soziologischen" Lehrbüchern, so etwa an der vor etwa Jahresfrist erschienenen „Gesellschaftslehre" OTHMAR SPANNS mit gleicher Schlüssigkeit erbringen ließe. Soll jede Art von Mitteilung von Individuum zu Individuum und jede Art des Miteinander- und Gegeneinanderhandelns als ein „soziales Phänomen" darum auch bereits Gegenstand der „Sozialwissenschaft" sein, wie es SPANNS Auffassung entspricht, so wäre diese nur ein leerer Name, eine „Wissenschaft", der es, bei der durchgängigen Wechselbedingtheit aller noch jener Definition „sozialen" Erscheinungen, an jedem einheitlichen, die Forschung leitenden Gesichtspunkt fehlen würde. Sehr richtig führt T. gegen solche aushöhlende und leere Verallgemeinerungen protestierend aus, daß „das ‚Soziale oder die Gesellschaft' als Inbegriff aller großen, kleinen und kleinsten soziologischen Kreise und ihrer gegenseitigen Verschlingungen und Beeinflussungen etwas Unübersehbares überhaupt Unausdenkbares ist, eine Abstraktion wie Kultur oder Geschichte überhaupt". Er geht zurück auf die alte (übrigens wesentlich aus HEGEL übernommene) Begriffsbestimmung LORENZ VON STEINS, wonach „Gesellschaft" oder „Sozial" im engeren Sinne die von der staatlichen Regulierung und den politischen Interessen freigelassenen soziologischen (also vornehmlich die wirtschaftlichen) Beziehungen bezeichnen soll, die ohne staatlich und politisch zu sein doch das staatlich-politische Leben aufs stärkste beeinflussen. Die Gesellschaft, das ist in erster Reihe „die arbeitsteilige, Klassen und Stände bildende, Güter produzierende und tauschende, vom wirtschaftlichen Existenzbedürfnis aus organisierte Gesellschaft, im Zusammenhange und Gegensatz zum Staat, als ihrer Organisation gedacht". Spricht man nun von dem Verhältnisse des Christentums, zu den „sozialen"

Problemen resp. den „Soziallehren des Christentums", so sei damit das Verhältnis desselben zu einem Teilausschnitt des sozialen Gesamtlebens gemeint: einem Teilausschnitt, der hier aber (weiter als der durch diese Begriffsbestimmung ausgesonderte) übergreifend mit dem wirtschaftlichen und Familienleben zugleich auch das Staatsleben selbst umfaßt. — In und durch den Zusammenschluß zu Gemeinden und dann zur Kirche wird aus dem Christentume selbst ein soziologisches Gebilde, ein unter Berufung auf Jesu Lehre und die Heilsmacht des christlichen Kultus gegründeter Verband, der, indem er für Gesinnung und Handeln seiner Mitglieder gewisse höchste Gebote aufstellt, gezwungen ist, irgendwie auch zu der aus ganz anderen Bedürfnissen erwachsenen politisch-sozialen Ordnung, zur „Welt" (wie die christliche Sprache es nennt) Stellung zu nehmen. Alle Soziallehren des Christentums sind nur verschiedene Versuche einer Auseinandersetzung mit diesen jeweils gegebenen und eigener Entwicklung folgenden Hauptsphären des sozialen Lebens: Versuche jenes neuen ethisch religiös fundamentierten soziologischen Gebildes, die vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnisse seinen Grundsätzen und Geboten in irgend welcher Art zu assimilieren. Die Aufgabe, die T. sich stellt, ist, jene Auseinandersetzungs- und Assimilationsversuche in den Hauptphasen der Kirchengeschichte zu verfolgen; wie andererseits die Gegensätze aufzuzeigen, die innerhalb des Christentums das offizielle Kirchen- und das Sektenwesen auch in dieser Hinsicht voneinander scheiden.

Die Predigt Jesu, dessen vom Wunderglauben erhöhte Persönlichkeit zum Kristallisationspunkt des neuen Bundes wird, läßt sich, wie T. (der übrigens der Marxschen ökonomischen Geschichtsauffassung als einer heuristischen Hilfsmethode durchaus nicht prinzipiell ablehnend gegenüber steht) überzeugend ausführt, keinesfalls als ideologischer Ausdruck einer ökonomisch-sozialen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichteten Volksbewegung deuten. Wenn sich Jesus mit besonderem Eifer an die Armen wandte, den jüdischen Priesteradel bekämpfte, den Reichtum für seelengefährdend erklärte, und wenn die urchristlichen Gemeinden bis zum zweiten Jahrhundert sich fast ausschließlich aus den niederen Gesellschaftsschichten rekrutierten, so besagt das an sich nichts für eine auf Umwälzung sozialer Zustände gerichtete Zielsetzung und Tendenz. Vielmehr sind hier die von „weltlichen" Interessen völlig losgelösten Fragen des Seelenheiles das Entscheidende. Auch die in Jesu Reden immer wiederkehrende Erlösungshoffnung des kommenden Gottesreiches bezieht sich nicht auf eine die Armut aufhebende Neuordnung der Gesellschaft, sondern auf eine ethisch-religiöse Erneuerung der Menschen, die wie in ihrem Willen, so in ihrem Tun dann Gott als ihren wahren Herrn anerkennen werden. Er arbeitet daran, die Herzen vorzubereiten auf dieses nah geglaubte Gottesreich. Seine in der Bergpredigt verkündete Ethik in dem „heroischen Radikalismus" ihrer Forderungen und der Abweisung aller sittlichen Kompromisse erscheint erst auf dem Hintergrunde des Glaubens an die unmittelbare Nähe jenes Ideals verständlich. Ein unbedingter Individualismus, der das Gewissen eines jeden zum Richter seines Handelns aufruft, den Wert der Einzelnen durch die Idee der Gotteskindschaft metaphysisch ins Grenzenlose steigert, ver-

bindet sich mit dem Gedanken einer auf solche Überzeugungen gegründeten, durch sie zusammengehaltene Gemeinschaft, die Böses durch Gutes überwinden, für ihre Glieder alle trennenden Schranken der Volksabstammung des Besitzes und Berufes überbrücken will. Mit den Eingliederungsmöglichkeiten eines derartigen Bundes in das sonstige soziale Treiben hat sich Jesu Denken offenbar nicht näher beschäftigt. Nur so viel geht aus der Überlieferung hervor, daß er im Anschluß an den Allgemeincharakter des sozialen Milieus, in dem er wirkte, ganz einfach primitive Verhältnisse des Wirtschaftslebens unterstellt, bei denen die Arbeit, auf den Unterhalt des nächsten Tages gerichtet, keiner weitschauend rechnenden Vorsorge bedarf. Gott, der die Lilien auf dem Felde wachsen läßt, wird auch des Menschen nicht vergessen! Und die Ansprüche des Staates werden mit der dem Einzelnen erteilten Anweisung: dem Kaiser zu geben was des Kaisers ist und Gott was Gottes, ohne jede nähere Kasuistik abgefunden. So hatte auch der Kommunismus, der von ältesten christlichen Gemeinden berichtet wird, gar keine politisch-soziale Spitze, er entsprang, sich auf die Sphäre der Güterverteilung und Konsumption beschränkend, aus der mit der spezifisch ethisch-religiösen Tendenz eng verbundenen Liebespflicht weitestgehender Hilfsleistung und Unterstützung im kleinen Kreise der Genossen.

Die für die Werbekraft und Expansionsmöglichkeit der neuen Bewegung entscheidende Grundform erhält dieselbe dann durch Paulus, dem Verkünder des christlich-mystischen Kultes. Der Wunderglaube an Jesus als den Auferstandenen und Messias, an die durch ihn vermittelte Erlösung, deren die Mitglieder in Taufe und Herrenmahl teilhaftig werden, wird das einigende Band christlicher Gemeinschaft, die so durch dieses zu den ethischen Forderungen hinzutretende Element den Charakter eines mit geheimnisvollen Erlösungs- und Wunderkräften ausgestalteten Kultbundes annimmt. Die Selbstheiligung des Individuums genügt nicht; erst die Zugehörigkeit zu diesem Bund als Körper, in dem sich Christi, des Gottessohnes Geist durch permanente Wunder auswirkt, verbürgt die Hoffnung auf die Seligkeit. Wie hätte sich auch sonst, ohne solche mystischen Verheißungen des Kultes, die Macht entfalten können, die schließlich zum Zusammenschluß der Massen in der Kirche und zur Kirchenherrschaft führte.

Aus dem evangelischen Gedanken, daß die Menschen als allgemein zur „Gotteskindschaft" berufen, „gleich" erscheinen (eine Vorstellung, die übrigens durch die immer wieder auftauchende Prädistinationslehre auch auf religiös-ideellem Gebiete gekreuzt wird) Schlüsse gegen die im sozial-politischen Leben herrschende Ungleichheit zu ziehen, hat sich die kirchlich-offizielle Organisation des Christentums stets gehütet. Auch im Urchristentume taucht von derartigen Tendenzen nichts auf. Um so weniger, da die ja damals noch verfolgte Bewegung auch schon aus äußeren taktischen Gründen den Schein jeder die herrschende soziale Ordnung prinzipiell bekämpfenden Agitation streng vermeiden mußte. Man beschied sich, was dann auch später in den verschiedenen Formen des christlichen Patriarchalismus als gemeinsamer Grundtext wiederkehrt, die mit der bestehenden sozialen Ordnung

gesetzte Ungleichheit als etwas in der Natur nach Gottes Ratschluß selber angelegtes zu erklären, als unabänderlich gegebenen Rahmen, in dem sich christliche Tugend durch Einordnung und geduldig arbeitsames Dienen, eines jeden an seiner Stelle, zu betätigen habe. In seinen Anforderungen an die Gesinnung des Individuums (soweit es Jesu Predigt wiederholt) von überschwänglichem, über alle Schranken menschlicher Natur wegsetzendem Idealismus, zeigt das historische Christentum im Verhalten zu den durch die von der sündigen menschlichen Natur geschaffenen staatlich sozialen Satzungen weitgehendstes Entgegenkommen, einen Konservatismus, der es der Regel nach zum Verbündeten der jeweils herrschenden Gewalten macht.

Eine willkommene Handhabe, diese ihre Stellung zu der „Welt" durch Räsonnement vor primitivem Denken zu rechtfertigen, dem zwischen dem Rechte des Bestehenden und dem Geist der Bergpredigt klaffenden Widerspruch den gefährlichen Stachel zu nehmen, findet die Kirche in der vom antiken Stoizismus ausgebildeten Naturrechtslehre, die für die kirchliche Sozialauffassung von ähnlich einschneidender Bedeutung wurde, wie des antiken Platonismus Logoslehre für die christliche Dogmatik. Die Stoa, deren metaphysisch hochgespannte, Wert und Würde des Individuums mit schärfstem Nachdruck betonende Ethik vielfach Berührungspunkte mit der Christi aufweist, hatte die von ihr behauptete gottbeseelte Harmonie der Welt, von welcher der historische Verlauf so wenig zeigt, durch die Konstruktion eines goldenen Zeitalters stützen wollen, in dem einst die Menschen ohne Schuld und Fehle, ohne Staat und Zwangsrecht als Freie und als Gleiche lebten, und das erst später durch den Abfall der Menschen von ihrer besseren Natur der Zwietracht und dem Kampf gewichen sei. Das wirkliche Recht, wie es sich entwickelt habe, sei eine Folge jenes Abfalls, da nunmehr die Existenz einer Gesellschaft nur durch die Einsetzung staatlicher Zwangsgewalt, des Eigentums- und des Strafrechts gesichert werden konnte. Dabei spielt der Gedanke mit, daß die Regierung durch eine Art stillschweigenden Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftsgliedern mit der Ausbildung des positiven Rechts betraut worden und bestrebt sein müsse, die Gesetze (so weit es bei der Verschlechterung der menschlichen Natur noch möglich) den Grundsätzen der Billigkeit, die ursprünglich in dem Zustande des absoluten Naturrechts herrschten, anzunähern. Indes die rationalistisch-humanitären Tendenzen des stoischen Naturrechts, die sich in dieser Wendung in der Idee des Gesellschaftsvertrags äußern, treten bei der Rezeption des stoischen Gedankenkreises durch die Kirche weit zurück. Hauptsache ist für sie die Vorstellung, daß die Unvollkommenheit des herrschenden Rechtes in der selbstverschuldeten Unvollkommenheit der Menschen begründet sei und hierin ihre relative Rechtfertigung finde. Das war es, was die Kirche, um im Bunde mit den weltlichen Gewalten zu herrschen, in erster Reihe brauchte. So konnte sie zu einer Sanktionierung des Bestehenden gelangen. Man übersetzte, was man verwenden konnte, dann einfach aus der Sprache der philosophischen Spekulation in die der christlichen Legende. Die Sünde Adams und die ihr folgende Vertreibung aus dem

Paradiese haben es zum goldenen Zeitalter nicht kommen lassen. Gewaltrecht, Staat und Sklaverei sind notwendige Konsequenzen, die jener Urfrevel nach sich zog. Der mosaische, den Einzelnen das richtige Verhalten im Rahmen der geschichtlichen Institutionen vorschreibende, aber die Institutionen selbst nicht weiter kritisierende Dekalog, als wesentlicher Bestandteil auch in die christliche Sittenlehre übernommen, figuriert als eine Art im Sündenstand nachwirkenden Naturgesetzes. Und neben die Auffassung des herrschenden Gewaltrechts als einer nunmehr für die Erhaltung der Gesellschaft unumgänglichen Voraussetzung tritt dann auch schon bei den Kirchenvätern die (später insbesondere von LUTHER ausgebildete) Anschauung: dasselbe sei zugleich eine von Gott über die Menschen zur Züchtigung für ihre Schlechtigkeit verhängte Strafe. Das Christentum hat nach der Ansicht T.s wohl auf eine mildere Behandlung der Sklaven hingewirkt, aber ein Kampf wider die Institution als solche lag der Kirche bei diesem ihrem Standpunkt völlig fern.

Vom römischen Kaisertum, dessen Gesetzen Kleriker und Laien in allen weltlichen Dingen strikten Gehorsam schulden, verlangt der Klerus im übrigen nur, daß es in göttlichen Dingen die Kirche, d. h. Dogma, Kirchenrecht, Kirchenbesitz und kirchliche Gerichtsbarkeit anerkennen und ihr wieder Heiden und Ketzer Hilfe leisten soll. Genügt es diesen Pflichten, so dokumentiert sich das Kaisertum selber damit als eine von Gott geheiligte Macht.

Erst im Verlauf des Mittelalters schiebt sich an Stelle dieses Nebeneinander von Staat und Kirche, der theokratische Anspruch einer allgemeinen kirchlichen Oberherrschaft, die Idee einer über alles weltliche sich erstreckenden „christlichen Einheitskultur“, wie sie in dem System des THOMAS von Aquino ihren klassischen Ausdruck fand. Wobei dann das Naturrecht, dieser vieldeutig wandelbare, die christlich-kirchliche Entwicklung überall begleitende Gedankenkomplex eine bestimmtere, dem theokratischen Ideale angepaßte Ausprägung erhält. Die Fiktion des christlichen Naturrechts, die Staat und Gesellschaft als von einem christlichen Gesetz aus geordnet zu betrachten ermöglicht, wird — sagt T. im Hinblick auf die mittelalterliche Phase — das Mittel, durch das überhaupt allein von einer christlichen Einheitskultur die Rede sein und man sich eine solche glaubhaft machen kann. „So kläglich und konfus diese christliche Idee des Naturrechts, in der sich das reine Naturrecht des Urstandes, das ganz entgegengesetzte relative Naturrecht des Sündenstandes, das oft die größten Greuel einschließende positive Recht und die trotz allem Naturrecht wahre Güte erst von sich aus mitteilende theokratische Obergewalt beständig stoßen, als theoretisches Gebilde erscheint, — kommt ihr, als dem eigentlichen Kulturdogma der Kirche, doch die höchste kultur- und sozialgeschichtliche Bedeutung zu“. Das christliche relative Naturrecht ist „die Ergänzung, welche die Kirche sich geschaffen, indem sie die Verkürzung der Naturbasis des Lebens, die das Evangelium mit seinem großen, der Ewigkeit zugewendeten Enthusiasmus und Heroismus gelehrt hatte, erst Schritt für Schritt ermäßigte, dann die Naturbasis, wie sie sie vorfand, als Erzeugnis des rela-

tiven Naturrechts unverändert erduldete und schließlich vom Mittelalter ab bei der Änderung des allgemeinen Lebens als auf den christlich-kirchlichen Lebenszweck durch die Vorsehung hingeordnet betrachtete. Die soziologischen rein ethisch-religiösen Grundbeziehungen des Evangeliums sind dann inkrustiert in der Kirche, im kirchlichen Gehorsam und in dem kirchlichen Einheitsgefühl, die sozialen und politischen Elemente sind durch die christliche Theorie des Naturrechts der Kirche einverleibt und assimiliert."

Nach einem Rückblick auf die nach der Völkerwanderung einsetzende landeskirchliche Periode des Frühmittelalters, wendet sich die Darstellung der das Papsttum zur zentralen Machtstellung erhöhenden und Hand in Hand damit zugleich die Grundlagen einer katholisch-theokratischen Einheitskultur ausbildenden Bewegung zu. Der Bund der Christenheit erhält im Papst, als Nachfolger Christi und des Apostelfürsten PETRUS, einen mit höchster Autorität bekleideten Interpreten von Christi Willen. In dem auf dem Wunder der absoluten Wahrheit und der sakramentalen Erlösungskräfte beruhenden kirchlichen Organismus wird „der Papst zum Zentralwunder, das seine Wunderkraft in genau geregelter Weise dann wieder von sich ausstrahlt, durch die verschiedenen Stufen der Hierarchie hindurch, bis zum letzten Dorfpfarrer und Mönchspriester. Die im Papsttum kulminierende Hierarchie ist das Dogma, das die soziale Einheitstendenz vollendet, wie sie auf Grund der einmal mit dem Begriff des Christenleibes in der Kirche und des christlichen Priestertums eingeschlagene Entwicklung sich vollenden mußte". Die Forderung der Freiheit der Kirche, wie sie zusammen mit der Forderung päpstlicher Herrschaft in der Kirche auftritt, impliziert im mittelalterlich katholischen Sinne zugleich die Forderung einer Herrschaft der Kirche über den Staat. Angeblich nur um das Seelenheil der Gläubigen sorgend, vermag der Klerus, da er sich die Entscheidung, was alles dem Seelenheil bedrohlich sein kann, vorbehält, den Umkreis geistlicher Einmischungen ständig auszudehnen. Die Sakramente, die kirchlich-kanonische Jurisdiktion, das Ketzerrecht und die Exkommunikation geben ihr die stärksten Waffen in die Hand. Sie wird zur führenden Kulturmacht und nutzt Autorität und Zwangsgewalt, um jede ihr gefährlich scheinende Opposition auf dem Gebiet der Religion, der Politik und des Denkens niederzuhalten. Der Zerfall der antiken Geldwirtschaft, die Rückkehr zu Verhältnissen naturalwirtschaftlicher und naturalwirtschaftlich feudaler persönlicher Gebundenheit, die zünftige Organisation der gewerblichen Arbeit in kleinen Städten begünstigten die kirchliche Machtentfaltung und ermöglichten eine gewisse Anpassung an die von ihr gepredigte Ethik der Einfachheit, des Sichbescheidens, gegenseitiger Hilfeleistung und Vertrauens. Auch gab es keine weltlichen selbständigen Kulturideale, die sich den kirchlichen hätten entgegenstellen können.

Aus der diesen Aufstieg der mittelalterlichen Kirche begleitenden und verfechtenden theologischen Literatur wird das abschließende und repräsentative Hauptwerk des THOMAS von Aquino († 1274), das heute noch für alle katholische Sozialphilosophie grundlegend ist, eingehender Analyse unterworfen. THOMAS unternimmt den Versuch, das Verhältnis von Kirche und

„Welt“ in einen begriffsmäßig gegliederten Zusammenhang zu bringen, der unmittelbar die theokratischen Ansprüche begründen soll, und bedient sich dabei gewisser Kategorien der aristotelischen Entwicklungsphilosophie. Die menschliche Gesellschaft sei ein religiös ethisch fundierter Stufenbau ineinandergreifender und wechselweise sich stützender Momente. Dabei faßt er das Naturrecht als ein durch die Gottheit den aus dem Paradies vertriebenen Menschen zur Sicherung und Wohlfahrt vorgeschriebenes Gesetz, dessen annähernde Verwirklichung Vorstufe und Bedingung ist für das letzte Ziel: das christlich-fromme Leben und die durch Sakramente sich vollziehende Erlösung und Einigung mit dem göttlichen Willen. Die mittelalterlich-ständische, wirtschaftlich-primitive und traditionalistische Gesellschaft erscheint ihm als ein durch das System der Stände und Berufe unter kirchlicher Aegide sich selbst erhaltender Organismus, in dem das von Gott dem Menschen verordnete Naturrecht sich rein und klar verkörpert. Die Arbeitsteilung findet auch in der Sphäre des Ethisch-Religiösen ihre Anwendung. In Stellvertretung der Masse, die an das weltliche Getriebe gebunden, zum höchsten Grade christlicher Reinheit sich nicht erheben kann, sei es die Aufgabe des Mönchtums, diesem höchsten Ideale nachzuleben, durch potenzierte Heiligkeit die Unvollkommenheit der andern vor Gottes Auge auszugleichen. Eine ausgesprochen relativistische Vermittlungsphilosophie, die dem Streben der Kirche, dem ganzen Leben den Stempel ihrer Oberhoheit aufzudrücken, in geschicktester Weise Rechnung trug.

Jedoch der Kirche, die, so auf die Massen zugeschnitten, das Seelenheil von den in ihr inkarnierten Wunderkräften abhängig macht, und überall mit der „Welt“ paktiert, stellt sich im Typ des Sektenwesens eine Richtung entgegen, die den ursprünglichen Radikalismus der ganz auf Selbstheiligung und Bruderliebe gestellten Ethik des Evangeliums wahren, von den abschwächenden Konzessionen eines relativen Naturrechts nichts wissen will. „Der überwiegend konservativen relativ weltbejahenden, massenbeherrschenden und darum ihrem Prinzip nach universalen, d. h. alles umfassen wollenden Organisation der Kirche gegenüber sind so die Sekten von vornherein auf kleine Gruppenbildung und auf Verzicht der Weltgewinnung angewiesen; sie verhalten sich gegen Welt, Staat, Gesellschaft indifferent, duldend oder feindlich, da sie ja nicht diese bewältigen und sich eingliedern, sondern vermeiden und neben sich bestehen lassen wollen, oder etwa durch ihre eigene Gesellschaft ersetzen wollen. Beide stehen im engen Zusammenhange mit dem tatsächlichen Zustande und Lauf der Gesellschaft. Aber während die vollentwickelte Kirche den Staat und die herrschenden Schichten sich dienstbar macht und eingliedert . . ., haben umgekehrt die Sekten die Beziehungen zu den Unterschichten oder doch zu den gegen Staat und Gesellschaft im Gegensatz befindlichen Elementen der Gesellschaft, arbeiten sie von unten herauf und nicht von oben herunter . . . . Die Askese der Kirche ist Tugendmittel und besonderer Höhepunkt der religiösen Leistung; meist zusammenhängend mit der Unterdrückung der Sinnlichkeit, im übrigen . . . eine relativ weltfreundliche Moral als durchschnittlichen Gegensatz voraussetzend, . . . wogegen die Askese der

Sekten nur das einfache Prinzip der Weltenthaltung darstellt, die Zurückhaltung von Recht, Eid, Besitz, Krieg, Macht .... Nicht Zerbrechung der Sinnlichkeit und des natürlichen Selbstgefühls, sondern eine Liebesverbindung, die von den Kämpfen der Welt nicht berührt wird, ist in allem Wesentlichen ihr Ideal. Sie wissen nichts von dem Stufenbau der Gesellschaft und des Universums mit seinen Übergängen und Relativierungen. Durch die Berufung auf das absolute und reine Naturgesetz geben sie ihrem Biblizismus nur eine verstärkte Betonung, eine einleuchtende Begründung und leidenschaftliches Pathos". Der gesamte Umkreis soziologischer Wirkungen und Konsequenzen, die von dem Evangelium ausgegangen sind, entfaltet sich nach T. erst vollständig in diesem Gegensatz des Kirchen- und des Sektentypus (welch letzterem auch die Mystik, wo dieselbe zu Ansätzen organisatorischen Zusammenschlusses führt, zuneigt). — Das sind die allgemeinsten leitenden Gesichtspunkte, von denen T.s Charakteristik der mittelalterlich katholischen Sektenbewegung wie der späteren, auf protestantischen Boden sich vollziehenden, ausgeht.

Luther, der die christliche „Gnadenreligion" im Paulinisch-Augustinischen Sinne gegenüber dem Katholizismus, der in der „Gnade" mehr ein von Gott der Kirche anvertrautes Wunderwesen sieht, erneuert, hat die in der katholischen Naturrechtslehre schon enthaltene konservative Grundtendenz noch mehr verschärft. Die Stoische Idee eines Staatsvertrages, der der Willkür der Regierung Schranken setzen würde, verschwindet bei ihm völlig. Indem er die der kirchlichen Regulierung unterliegende Lebenssphäre einschränkt, erkennt er auf der andern Seite den Regierungen unbegrenzte Vollmacht zu, verlangt er von den Untertanen für die Obrigkeit unbedingten Gehorsam. Politisch sozial ist das Luthertum „Verherrlichung der Gewalt um der Gewalt willen, der Gewalt, die auf dem Boden der Sünde das Wesen des Rechtes geworden ist und daher die jeweils herrschende Macht als solche glorifiziert.... Luther bestreitet jede rationelle Konstruktion und Gestaltung der Gesellschaft, jede Mitwirkung der Einzelwillen zu einem sie alle umfassenden und befriedigenden organischen System ..., jedes über den freimütigen Tadel hinausgehende Widerstands- und Revolutionsrecht, jede egalitäre Fassung der menschlichen Gemeinschaftsbeziehungen und jedes kommunistische Ideal". Nach seiner Auffassung herrscht schon im Urstande bei Adam und Eva das Autoritätsverhältnis. Er spinnt das patriarchale System bis zu den letzten Konsequenzen aus: „der Fürst wird zum Landesvater und die Untertanen zu Landeskindern, der Gutsherr zum fürsorgenden, gehorsamheischenden und Gott im Patrimonialgericht vertretenden Gutsvater und die abhängige Bauernschaft zu pietätvoll gehorchenden und gerne dienenden Gutskindern, der Arbeitgeber zum fürsorgenden, Dienstboten und Gesellen in der häuslichen Gemeinschaft und Zucht haltenden Hausvater und die Dienstboten und Lohnarbeiter zu willigen und dankbaren Hausgenossen, die in dem Hausherrn Gott dienen. In der Katechismuspraxis wird die Erklärung des vierten Gebots das Zentrum aller Sozialethik .... Und noch heute lernen die lutherischen Kinder mit dem Katechismus die Grundzüge einer

patriarchalischen, die einer agrarisch kleinbürgerlichen Ethik". Mit dieser Macht und Gehorsamsverherrlichung verbindet sich die Ermahnung zu pflichtgemäßer Arbeit, als bestem Gottesdienst, einer Arbeit, die aber über den Stand, in den ein jeder hereingeboren, nicht hinausstreben und sich mit bescheidenem Unterhalt begnügen soll. Die der vom Mittelalter her überlieferten Wirtschaftsordnung zuwiderlaufenden, dem Kapitalismus vorarbeitenden Tendenzen, wie sie etwa in den Handels- und Monopolgesellschaften damals hervortraten, ebenso aber die aus der Preissteigerung folgenden erhöhten Lohnforderungen der Dienstboten und Tagelöhner, die Verabredungen derselben, wie jede Regung eines freieren wirtschaftlichen Individualismus finden in LUTHER einen erbitterten, mit „christlichen" Argumenten dagegen ankämpfenden Widersacher. — „Die Restauration des preußisch-deutschen Luthertums im 19. Jahrhundert ist eines der sozialgeschichtlich wichtigsten Ereignisse gewesen. Es verband sich mit der Reaktion des monarchischen Gedankens, des agrarischen Patriarchalismus, der militärischen Machtinstinkte, gab der Restauration den ideellen und ethischen Rückhalt, wurde darum wieder von den sozial und politisch reaktionären Mächten mit allen Gewaltmitteln gestützt, heiligte den realistischen Machtsinn und die dem preußischen Militarismus unentbehrlichen ethischen Tugenden des Gehorsams, der Pietät und des Autoritätsgefühls. So wurde Christentum und konservative Staatsgesinnung identisch, verschwisterten sich Gläubigkeit und realistischer Machtsinn, reine Lehre und Verherrlichung des Krieges und des Herrenstandpunktes. So wurden die kirchlichen Reformbestrebungen gleichzeitig mit der liberalen Ideenwelt unterdrückt, die Anhänger der modernen sozialen und geistigen Tendenzen in eine schroffe Kirchenfeindschaft hineingetrieben und dem gegenüber dann alle christlich und religiös fühlenden für den Konservatismus in Beschlag genommen". So sind — beschließt T. seine Charakteristik des Luthertums — die Leistungen desselben für einen ethisch-sozialen Neubau der Gesellschaft naturgemäß sehr beschränkt. Sie erschöpfen sich in der Hauptsache in der Karität der inneren Mission und wirken im übrigen restaurativ, nicht neubildend. Wo die christliche Sozialethik und Sozialpolitik andere Wege geht, da ist es auch ein anderer Geist als der des echten Luthertums. Der Geist des Calvinismus.

In der religiösen Grundauffassung nur durch die schärfere Herausarbeitung des Prädistinationsgedanken von LUTHER unterschieden lehrt CALVIN, daß die von Gottes Ratschluß Auserwählten einzig durch strengste Selbstdisziplin des Handelns die ihnen zuteil gewordene Gnade bewähren und sich ihres Auserwähltseins versichern können. Er verlangt größte Aktivität, aber eine Aktivität, die überall in der wirtschaftlichen Arbeit, wie im Wirken für soziale Aufgaben letzthin die Verherrlichung Gottes durch Gehorsam gegen seine Gebote als höchstes Ziel verfolgt. Obgleich in vielem konservativ, betont CALVINS Auffassung des Naturrechts im Unterschied von LUTHER Pflicht und Notwendigkeit zweckmäßiger Umgestaltung der gegebenen Verhältnisse. Von einer Verherrlichung der Gewalt als solcher, ebenso von wirtschaftlichen patriarchalen Vorurteilen hält er sich frei. Die CALVINsche

Gemeindeverfassung weist bei aller unerträglichen Rigorosität der von der Gemeinde über ihre Mitglieder auszuübenden Sittenkontrolle gewisse demokratische Züge auf. In der Strenge seiner Forderungen sich den Sekten annähernd, die begüterten zu hoher Selbstbesteuerung für die notleidenden Gemeindeglieder heranziehend, will der Calvinismus ursprünglich nicht selber eine Sekte, sondern eine weit gespannte mächtige Kirche sein, und besitzt in seiner Art, an die alttestamentarisch gefärbte Volksmoral anzuknüpfen, ein wirksam populäres Propagandamittel. In der Naturrechtslehre der späteren Calvinisten treten dann immer radikalere, demokratische Gedankengänge, wenn auch im theologisch biblischen Rahmen, auf. So verlangte z. B. der calvinistische Schotte KNOX bereits Wahl und Kontrolle der Monarchen und Richter, erklärte den bewaffneten Widerstand gegen ungerechte Fürsten bis zum Tyrannenmord für Christenrecht und -Pflicht. Die Lehre der presbyterianischen Schotten und Engländer, der die Generale CROMWELLS anhingen, schreckte vor der Hinrichtung KARLS I. nicht zurück. Und ein streng calvinistischer Niederländer ALTHUSIUS, für dessen Würdigung T. auf GIERKES berühmtes Buch verweist, war es, der dann als erster, die theologischen Verbrämungen abstreifend, aus den Voraussetzungen ursprünglicher Freiheit und Gleichheit die Entstehung der gesellschaftlichen Gebilde und der Normen, denen sie unterworfen seien, vermittelst der Fiktion des Staatsvertrages methodisch abzuleiten versuchte und so die Bahn der neueren bürgerlich-weltlichen Naturrechts-Philosophie eröffnete. Der Calvinismus hat dieser, für die Entwicklung modernen Denkens so bedeutsamen Emanzipation naturrechtlicher Ideen von biblisch-christlichen Voraussetzungen vorgearbeitet. Er wurde in seinen mannigfachen Verzweigungen, vielfach auch im Bund mit den Sekten, die Form des Christentums in der dasselbe Beziehungen zur modernen Demokratie gewann und festhielt, wie er andererseits auch die einzige Form christlicher Soziallehren darstellt, die im Gegensatz zur schwächeren oder stärkeren Zurückhaltung des Katholizismus und des Luthertums die Grundlagen der modernen Wirtschaft allgemein akzeptiert. CARLYLE, der heutige christliche Sozialismus der Engländer, die humanitär ethische Friedensbewegung wurzeln wesentlich in ihm. Auch ist er, so wenig das in der Richtung von CALVINS eigener Überzeugung lag, Vater des Freikirchentums, das mit der mittelalterlichen und altprotestantischen Idee eines einheitlichen, staatlichen, kirchlichen Lebensganzen und einer die gesamte Kultur einheitlich beherrschenden unfehlbaren Autorität bricht, geworden, wie er andererseits dem „innerkirchlichen Puritanismus oder Pietismus“ entscheidende Anstöße gab.

Das Endresultat der ganzen T.schen Untersuchung — was die von T. gestellte Frage anlangt: welche Bedeutung das Christentum für die Lösung der modernen, im Kapitalismus begründeten sozialen Probleme habe? — ist negativ. Jene beiden stärksten Kirchentypen der Katholizismus und der Calvinismus haben sich, meint er, trotz großer, bis heute dauernder Leistungen, erschöpft. „Was der zünftig-patriarchalische Katholizismus will, das ist teils überhaupt nicht wieder möglich, teils kann es mit den ge-

schwächten religiösen Kräften des Katholizismus nicht durchgeführt werden ... und was der asketische Protestantismus (Calvinismus) als rationelles Mittel für die Aufrichtung der Christusherrschaft dem religiösen Gedanken unterordnete, das ist diesem längst über den Kopf gewachsen und hat die religiösen, ja überhaupt die gedanklichen und metaphysischen Eingrenzungen und Richtpunkte von sich geworfen; andererseits fordert seine kühle Härte nüchterne Sachlichkeit und betriebsame Bekehrungslust, sein unkünstlerischer und puritanischer Charakter alle Instinkte der modernen Kultur zur Gegnerschaft heraus; und auch vom rein religiösen Standpunkte aus ist seine Neigung zur Gesetzlichkeit und Pharisäismus, zur Treiberei und Schablonisierung nichts weniger als in voller Übereinstimmung mit den tiefsten christlichen Ideen". Sollten überhaupt christliche Gedanken ein wesentlicher Faktor für die sozialreformatorische Arbeit der Gegenwart und Zukunft werden können, so jedenfalls nur in ganz neuer, der Gegenwart und ihren Bedürfnissen angepaßter Wendung. Aber T. selbst weiß keine Zeichen anzuführen, daß sich derartiges vorbereite.

Nur ein kleiner Ausschnitt des reichen Inhalts des T.schen Werkes konnte hier andeutend skizziert werden. Wen dessen großer Umfang abschrecken sollte, dem sei zu rascher Orientierung über die Hauptgedanken desselben der ausgezeichnet konzise Vortrag des Verfassers über „Das stoisch-christliche Naturrecht und das moderne profane Naturrecht" [1]) dringend empfohlen.

Berlin. CONRAD SCHMIDT.

---

1) Schriften der Deutschen Gesellschaft f. Soziologie. I. Bd. Tübingen, Mohr 1911. S. 166/192.

Bibliographie.

Die Internationale und der Weltkrieg [1]).

A. Veröffentlichungen in deutscher Sprache.

Glocke, Die. Sozialistische Halbmonatsschrift. Hrsg. von PARVUS. München, Verl. für Sozialwissenschaft. Seit I. IX. 1915. (Jährl. 6 Mk.)

Bergarbeiter-Zeitung. Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Bochum.

Bulletin d. Intl. Union d. Holzarbeiter. Berlin.

Grundstein, Der, Wochenblatt d. deutschen Bauarbeiterverbandes. Hamburg.

Holzarbeiter-Zeitung. Org. d. deutsch. Holzarbeiter-Verbandes. Berlin.

Metallarbeiter-Zeitung. Wochenbl. d. deutsch. Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart.

Steinsetzer-Zeitung. Allgem. Org. z. Vertretung sämtlicher im Stein- u. Straßenbau beschäftigten Arbeiter. Berlin.

Zimmerer, Der. Org. d. Zentralverbandes d. Zimmerer u. verw. BerufsgenossenDeutschlands. Hamburg.

Textilarbeiter, Der. Org. d. deutsch. Textilarbeiter-Verbandes. Berlin.

* * *

ADLER FRITZ, Die Internationale der Tat. (Kampf VIII, 145/48.)

— Parteieinheit und Parteiaufgabe (ebda 289/95).

— Die Wandlungen in der auswärtigen Politik der französischen Sozialisten (ebda VIII, 309/19).

— Am Scheidewege zwischen Kolb und Bebel. (N. Zeit 33/II, 721/25.)

ADLER MAX, Was ist Notwendigkeit der Entwicklung (Kampf VIII, 173/78).

— J. G. FICHTE über den wahrhaften Krieg (ebda VIII. 232/40).

— Das Problem d. äußeren Politik (N. Zeit 33/II, 65/71).
Besprechung von GOLDSCHEID, Das Verhältnis d. äußeren Politik zur inneren.

— Prinzip oder Romantik! Sozialistische Betrachtungen zum Weltkriege. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt 1915. 63 S. (50 Pfg.)

---

1) Vgl. oben S. 222/228. — Die mit † gekennzeichneten Schriften sind bei der Redaktion eingelaufen und werden im nächsten Heft zur Besprechung gelangen; die mit * bezeichneten sind im laufenden Jahrgang besprochen. — Die S. 223 ff. bereits genannten periodischen Veröffentlichungen, die noch immer erscheinen, werden hier nicht neuerdings angeführt.

† Beer M., Jean Jaurès. Sein Leben und Wirken. Berlin-Karlshorst, Verl. d. Intern. Korresp. 1915. 22 S. (10 Pfg.)

Bernstein Ed., Die Internationale d. Arbeiterklasse u. d. europ. Krieg (Buchausgabe). Tübingen, Mohr 1915. 56 S. (50 Pfg.)

— Jean Jaurès (N. Zeit 33/II, 557/64).

— Vom geschichtlichen Recht d. Kleinen (ebda 753/59).

† — Dokumente zum Weltkrieg, VI—VIII. Das Gelbbuch Frankreichs, IX. D. österr. Rotbuch, X—XI. Das italien. Grünbuch. Berlin, Buchhdlg. Vorwärts 1915 (VI—VII à 30; VIII—IX à 40; X—XI à 50 Pfg.).

Bloch Jos., Wo stehen wir jetzt? (Soz. Monatsh. 1915/II, 789/97).

Brauer Th., Zur Entwicklung der christl. Gewerkschaften (Ztschr. f. Polit. VIII, 532/45).

Braun Adolf, Die Gewerkschaften vor, während u. nach dem Krieg (Kampf VIII, 185/94).

— Bildungsproblem i. d. Arbeiterbewegung (ebda VIII, 240/50).

— Kriegspsychologie und Gewerkschaften (ebda VIII, 305/16).

— Politische Wurzeln d. Syndikalismus (N. Zeit 33/II, 689/99).

— Internationale Verbindung d. Gewerkschaften (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 39, 689/740).

Burgfrieden, Unter dem, oder „Ein einig Volk von Brüdern". Bern, Juni 1915. Soz. Partei. 16 S.

Cunow Heinr, Illusionen-Kultus. Eine Entgegnung auf Kautskys Kritik meiner Broschüre: „Parteizusammenbruch?" (N. Zeit 33/II, 172/80, 199/208).

Danneberg Rob., Die Ergebnisse sozialdemokratischer Bildungsarbeit (Kampf VIII, 272/89).

Daszyńska-Golińska Z., Die wirtschaftliche und politische Lage Polens bei Ausbruch d. Krieges (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 40).

† David Ed., Die Sozialdemokratie i. Weltkrieg. Berlin, Buchhdlg. Vorwärts 1915. 192 S. (2 Mk.)

— Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung. Rede geh. am 6. III. 1915. Bielefeld, Gerisch & Co. 1915. 32 S. (20 Pfg.)

— Kautsky und mein Kartenhaus (N. Zeit 33/II, 431/38).

— Kritisches zu Kautskys Kritik (ebda 525/40).

— Ein Nachwort (ebd. 674/80).

Deutschen, Von einem. J'accuse. Hrsg. v. Ant. Suter. I.—III. Aufl. Lausanne, Payot & Co. 1915. 378 S. (4 Fr.)

Duncker Käthe, Unsere Frauen u. d. nationale Frauendienst (D. Internationale I, 25/29).

Eckstein Gust., Zum 1. Mai (N. Zeit 33/II, 131/38).

— Engels-Zitate (ebda 353/57).

„Eintracht", Sozialdemokratischer Verein. Jahresbericht. I. VII. 1913—30. VI. 1914. Enthält S. 29 bis 32 die Erklärung d. Vereins über: „Der Krieg u. d. Aufgaben der Internationale".

† Engels Friedrich, Po und Rhein. Savoyen, Nizza und Rhein. Zwei Abhandlungen. Hrsg. von Ed. Bernstein. (Kleine Bibliothek 32.) Stuttgart, Dietz 1915. 47 S. (75 Pfg., geb. 1 Mk.)

Eisner Kurt, Treibende Kräfte. (Ebda 99/106.)

Auch als S. A. i. d. Flugschriften des Bundes „Neues Vaterland" N. 4. Berlin 1915 (10 Pfg.).

ELLENBOGEN WILH., Krieg u. Volkswirtschaft. (Kampf VIII, 148/58.)

ERDMANN AUG., Lehren des Kriegs (N. Zeit 33/II, 193/98).

— Der Weltkrieg u. d. katholische Kirche (ebda 594/602).

FISCHER EDM., Der Krieg und das sozialistische Werden. (Annalen f. Sozialpol. u. Gesetzgbg. 1915, 74/132.)

† Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Verband der. Jahresbericht 1914. Hrsg. v. Verbandsvorstand. Berlin 1915. 103 S. u. Tab.

† GOLDSCHEID RUD., Deutschlands größte Gefahr. Ein Mahnruf. Berlin, Verlag „Neues Vaterland" 1915. 64 S. (1 Mk.)

GREULICH HERM., Krieg und Internationale. Zürich, Grütlibuchhdlg. 1915. 24 S.

HAENISCH KONR., Deutsche Sozialdemokraten — sozialdemokratische Deutsche. Rede geh. am 3. III. 1915 i. preuß. Abgeordnetenhause. Chemnitz, Landgraf & Co. 1915. 16 S. (20 Pfg.)

— Wo steht der Hauptfeind? Berlin-Karlshorst, Verl. d. Internat. Korresp. 1915. 24 S. (10 Pfg.)

— Der deutsche Arbeiter u. sein Vaterland. Ebenda 1915. 24 S. (10 Pfg.)

HAINISCH MICH., Die Krise d. Internationale (Deutsche Arbeit 1915/XI).

HEINE WOLFG., Die deutsche Sozialdemokratie i. deutsch. Volk. (Soz. Monatsh. 1915/II, 621/28).

† HARMS P., Die Parteien nach dem Kriege. („Zwischen Krieg und Frieden" XXI.) Leipzig, Hirzel 1915. 58 S. (80 Pfg.)

HEINEMANN HUGO, Phrasen (Soz. Monatsh. 1915/II, 325/30).

— Der Sinn d. Burgfriedens (ebda 1915/II, 569/75.

HERZ s. LAUFENBERG.

HEUSS TH., Kriegssozialismus. Stuttgart, Deutsche Verlagsanst. 1915. 39 S. (50 Pfg.)

HILFERDING R., Historische Notwendigkeit und notwendige Politik (Kampf VIII, 206/15).

— Ein neutraler Sozialist über die sozialistische Neutralität (ebda 265/72).

— Die Sozialdemokratie am Scheidewege (N. Zeit 33/II, 489/99).

† Holzarbeiter-Verbandes, deutschen, Jahrbuch des, 1914. Hrsg. v. Verbandsvorstand. Berlin 1915. 368 S. (2 Mk.)

JAFFÉ EDG., Die „Militarisierung" unseres Wirtschaftslebens (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 40).

Jahrbuch, Internationales für Politik u. Arbeiterbewegung. Heft 3/4. Jahrg. 1914. Berlin Buchhdlg. Vorwärts 1915. S. 413—896.

KALISKI JUL., Forderungen nationaler Selbsterhaltung (Soz. Monatsh. 1915/I, 427/34).

— Die Sicherung d. deutschen Volkes (ebda 1915/II, 747/55).

KAMPFFMEYER P., Die freien Gewerkschaften Deutschlands u. d. Krieg (Ann. f. Sozialpol. u. Gstzgbg. 1915, 149/76).

— Nationalitätenkampf und Klassenfortschritt (Soz. Monatsh. 1915/II, 336/42).

KAUTSKY KARL, Zwei Schriften zum Umlernen (N. Zeit 33/II, 33/42; 71/81; 107/16; 138/48).

— Nochmals unsere Illusionen (ebda 230/41; 264/75).

— Eine Verteidigung d. Zustimmung zu den Reichstagskrediten (ebda 313/17).

— Die Sozialdemokratie im Weltkrieg (ebda 322/29).

KAUTSKY KARL, Wohin geht die Reise? (ebda 394/02)
— Ein objektiver Richter u. gewissenhafter Historiker (ebda 453/63).
— Ein Schlußwort (ebda 566/73).

† KOLB WILH., Die Sozialdemokratie am Scheidewege. Ein Beitrag zum Thema: Neuorientierung d. deutschen Politik. I. u. II. Aufl. Karlsruhe, Geck & Co. 1915. 67 S. (50 Pfg.)
— Die Sozialdemokratie am Scheidewege (N. Zeit 33/II, 631/40).

† Konsumvereine, Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher, für 1914. Erst. von HEINR. KAUFMANN, AUG. MÜLLER, HUGO BÄSTLEIN. Hamburg 1915. XXIII—728 S. (4 Mk.)

KOSSOWSKY WL., Zur Wiederherstellung d. Internationale (N. Zeit 33/II, 225/30).

KRANOLD HERM., Der Krieg u. d. auswärtige Politik d. Sozialdemokratie (D. Neue Merkur 1915/IV, 89/106).

Kriegsgegner in England. Nach englischen Quellen dargestellt. München, Birk & Co. 1915. VII—63 S. (50 Pfg.).

LANGE P., Sozialismus wohin wir blicken (D. Internationale I, 16/25).

† LAUFENBERG HEINR., WOLFFHEIM FRITZ und HERZ CARL, Organisation u. Kritik. Dokumente zu d. Hamburger Parteidebatten. Hamburg, Verl. D. Laufenberg 1915. 75 S. (50 Pfg.)

LEDERER EMIL, Die Organisation d. Wirtschaft durch d. Staat i. Kriege (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 40).
— Zur Soziologie des Weltkrieges (ebda. 39, 347/84).
— Die Gewerkschaftsbewegung i. J. 1914 u. d. sozialpolitische Situation bis zu Beginn d. Krieges. Die weitere Entwicklung d. Arbeitsmarktes an d. Jahreswende 1914/15. Gewerkschaftliche Ideologien unter dem Einfluß des Krieges (ebda 610/41).

LEDERER EMIL, Die Gewerkschaftsbewegung u. d. sozialpol. Lage während d. Krieges i. Österreich-Ungarn 1914/15 (ebda 921/51).

LEGIEN C., Warum müssen d. Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen? Ein Vortrag geh. am 27. I. 1915. Berlin, Gewerkschaftskommission 1915. 47 S. (20 Pfg.)
— Parteizerstörer (Soz. Monatsh. 1915/II, 621/28).

LEIPART TH., Die gemeinsamen Interessen d. Arbeiter u. d. Industrie (ebda 1915/I, 342/46).

LEUTHNER K., Russischer Volksimperialismus. Berlin, S. Fischer 1915. (1 Mk.)

LIEFMANN ROB., Bringt uns d. Krieg d. Sozialismus näher? Stuttgart, Deutsche Verlagsanst. 1915.

LINDEMANN HUGO, Parteizersplitterung oder Volkseinheit (Soz. Monatsh. 1915/II, 779/801).

LUXEMBURG ROSA, Der Wiederaufbau d. Internationale (D. Internationale I, 1/10).

MEHRING F. und LUXEMBURG ROSA, Die Internationale.
Diese neue Zeitschrift hat, weil nach der Ausgabe des I. Heftes unter Präventivzensur gestellt, ihr Weitererscheinen eingestellt.

MEHRING, Unsere Altmeister u. die Instanzenpolitik. (D. Internationale I, 60/70.)

MEHRING, Offener Brief an die Hamburger Parteigenossen. Flugblatt. Steglitz-Berlin, Februar 1915. 4°. 2 S.
— An die Parteigenossen. Flugblatt. Ebda Mai 1915. 4°. 2 S.
— Kriegsgeschichtliche Probleme (N. Zeit 33/II, 662/67; 733/44; 770/80; 797/809).
MONITOR, Die Sozialdemokratie u. d. Weltkrieg. (Preuß. Jahrbücher April 1915, 30/53.)
P., Die Zersetzung der Reichstagsfraktion. (D. Internationale I, 48/54).
Parlamentarier, Von einem alten, Bilder aus unserer Reichstagsfraktion. I. Die Mitte. Berlin-Karlshorst, Internat. Korresp. 1915. 19 S. (10 Pfg.)
Parteiwirren, Unsere Feldgrauen über die. I. Berlin-Karlshorst, Intern. Korresp. 1915. 23 S. (10 Pfg.)
PARVUS, Die deutsche Sozialdemokratie (Glocke I, 4/52).
— Für die Demokratie gegen den Zarismus (ebda 77/85).
PERNERSTORFER ENGELB., Der Schiffbruch d. Internationale. (Deutsche Arbeit 1915/XI.)
POETZSCH J., Das Neue u. das Alte (Soz. Monatsh. 1915/II, 593/96).
† POPPER-LYNKEUS JOSEPH, Nach dem Kriege. Ein Auszug aus d. Werke: Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage. Zusammengestellt von WALTHER MARCUS. Dresden, Carl Reißner 1915. 71 S.
† POTTHOFF HEINZ, Volk oder Staat? Bonn, Marcus & Weber 1915. 49 S. (1 Mk.)
QUESSEL LUDW., Der Krieg als politischer Erzieher. (Soz. Monatsh. 1915/I, 475/79).
QUESSEL LUDW., Zum 4. August (ebda 1915/II, 733/36).
† RADLOFF L., Vaterland u. Sozialdemokratie. München u. Leipzig, Duncker & Humblot 1915. 92 S. (1.50 Mk.)
RENNER K., Die Probleme des Ostens (Kampf VIII, 58/73).
— Der Krieg im Rechtsbewußtsein unserer Zeit (ebda 194/206).
— Möglichkeiten und Bürgschaften dauernden Friedens (ebda 279/89).
RJASANOFF N., Die Stellungnahme von Marx u. Engels während des deutsch-französischen Krieges (N. Zeit 33/II, 161/71).
— Die auswärtige Politik der alten Internationale und ihre Stellungnahme zum Krieg (ebda 329/34; 360/69; 438/43; 463/69; 509/19).
RUCZKA GEORG, Die französischen Sozialisten u. d. Krieg. Wien, C. u. L. Schwabe 1915. 16 S. (20 h.)
— Die russischen Sozialisten u. d. Krieg. Ebda 1915. 79 S. (1,20 Kr.)
RUDNIANSKY S., Das Königreich Polen am Vorabend des Krieges (N. Zeit 33/II, 626/31; 680/86).
S. J., Die Haltung d. französischen Sozialisten beim Ausbruch des Krieges (ebda 574/77).
† SALZMANN WALTER, Der sorgenfreie Kriegsinvalide. Cassel, Friedr. Lometsch 1915. 30 S. (25 Pfg.)
SASSENBACH JOH., Die freien Gewerkschaften i. Deutschland während d. Krieges (Ztschr. f. Pol. VIII, 546/74).
SCHIPPEL M., Friedensgedanken i. d. Sozialdemokratie (Soz. Monatsh. 1915/I, 330/36).
— Zollvereinspläne u. Friedensziele (ebda 269/74).

SCHIPPEL M., O dieser Imperialismus (ebda 1915/II, 581/88).
— Die Sprengungsaufrufe u. d. Parteipresse (ebda 636/41).
SCHLICKE ALEX., Internationale Verbindungen der Gewerkschaften. Vortrag geh. am 21. III. 1915. Hamburg, W. Koch 1915. 31 S. (20 Pfg.)
SCHMIDT ROB., Die deutschen Gewerkschaften i. Kriegsjahre (Soz. Monatsh. 1915/II, 801/07).
SCHNEIDER H., Zukunftsfragen der Gewerkschaftsbewegung (N. Zeit 33/II, 831/39).
Sozialdemokratie u. Landesverteidigung. Hrsg. vom Bezirksvorstand d. Provinz Brandenburg. Berlin 1915. 16 S.
STAMPFER FRIEDR., Sozialdemokratie und Kriegskredite. Berlin, Vorwärtsbuchhandlung 1915. 16 S. (10 Pfg.)
STEFFEN GUSTAF, Krieg u. Kultur. Sozialpsychologische Dokumente u. Betrachtungen vom Weltkrieg. Jena, Diederichs 1914. 204 S. (4 Mk.)
— Weltkrieg u. Imperialismus. Ebda 1915. 254 S. (4.50 Mk.)
STRÖBEL HEINR., Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion (D. Internationale I, 41/47).
SZÁBO ERWIN, Krieg u. Wirtschaftsverfassung (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 39, S. 643/88).
Taktik der Sozialdemokratie, Zur. Bern 1915. 40 S.
† THIMME FRIEDR. u. LEGIEN KARL, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Hrsg. von. Leipzig, Hirzel 1915. VI—232 S. (2, geb. 3 Mk.)
Enthält folgende Abhandlungen: ONCKEN HERM., Die Deutschen auf d. Wege zur einigen u. freien Nation 1—11; NOSKE GUST., Der Krieg u. d. Sozialdemokratie, 12—20; MEINECKE FRIEDR., Sozialdemokratie u. Machtpolitik, 21/32; WINNIG AUG., Der Krieg u. d. Arbeiter-Internationale, 32/41; ANSCHÜTZ GERH., Gedanken über künftige Staatsformen, 42/57; SCHEIDEMANN PH., Zur Neuorientierung der inneren Politik, 58/67; HIRSCH P., Gemeindeverfassung, 68/80; FRANCKE ERNST, Die Mitwirkung d. Arbeiter an d. öffentl. Aufgaben in Deutschland, 81/89; LEGIEN K., Die Gewerkschaften, 90/97; JAFFÉ EDG., Die Vertretung d. Arbeiterinteressen i. neuen Deutschland, 98/114; HEINEMANN HUGO, Vom Arbeiterrecht nach d. Kriege, 115/30; ZIMMERMANN WALD., Verbrauchswirtschaft u. Arbeiterbewegung nach d. Kriege, 131/39; LENSCH P., Die Neugestaltung d. Wirtschaftsordnung, 139/46; TÖNNIES FERD., Die Sozialpolitik nach d. Kriege, 147/58; SCHMIDT ROB., Neue Wege i. d. Sozialpolitik, 159/66; TROELTSCH ERNST, Die Kirchen- u. Religionspolitik i. Verhältnis z. Sozialdemokratie, 167/183; UMBREIT P., Die Arbeitslosenfürsorge u. d. Krieg, 184/93; NATORP P., Die Wiedergeburt unseres Volkes nach d. Kriege, 194/206; SCHULZ HEINR., Die Schule nach d. Kriege, 207/22; THIMME FRIEDR., Gemeinsame Arbeit, der Weg zum inneren Frieden, 223/32.
UMBREIT P., Nation u. Gewerkschaft Soz. Monatsh. 1915/I, 532/34).

UMBREIT P., Die Gewerkschaften u. die Parteipolitik (ebda 1915/II, 740/47).

Umlernen, Wo man das, im Großen lernen kann. (Korrespondenzbl. d. Generalkomm. d. Gewerksch. Dtschlands. 1915. 294/98).

WENDEL HERM., Weltkrieg u. Sozialdemokratie. Eine Rede an die Freiburger Wähler am 5. V. 1915. Dresden, Kaden & Co. 1915. 30 S.

WINNIG AUG., Die deutsche Arbeiterbewegung u. der Krieg. (Ann. f. Sozialpol. u. Gesetzgbg. 1915. 133/48).

— Unser Zentralorgan (Soz. Monatsh. 1915/I, 377/80).

WINNIG AUG., Der Weltkrieg vom Standpunkt d. deutsch. Arbeiters. S.A. aus d. Jahrb. d. Deutsch. Bauarbeiterverbandes. Hamburg 1915. 47 S.

WISSELL RUD., Was wir Gewerkschafter tun müssen. (Soz. Monatsh. 1915/I, 425/27).

WOLFFHEIM s. LAUFENBERG.

ZEPLER WALLY, Über den Internationalismus d. Sozialdemokratie. (Soz. Monatsh. 1915/I, 274/81).

ZETKIN KLARA, Für den Frieden (D. Internationale I, 29/41).

† Transportarbeiter-Verband, Deutscher. Jahrbuch 1914. Hrsg. v. Vorstand. Berlin, Verlagsanstalt „Courier" 1915. 248 + 50 S.

B. Fremdsprachige Veröffentlichungen.

HENDERSON FRED, The new faith. A study of party politics and the war. London, Jarold & Sons 1915.

HUMPHREY A. W., International socialism and the war. London, King & Son 1915. (3 sh. 6 d.)

Revolution, The, in the Baltic provinces of Russia. Manchester, The Nat. Labour Press.

WAR, How the, came. (Broschürenserie, hrsg. von der Indep. Labour Party) London 1915.

Internationale, De. Maandschrift van het Revolutionair Soc. Verbond. Onder redactie van HENRIETTE ROLAND-HOLST, W. WOLDA en JOH. ZANCKEL. (Jährl. 60 cents.) Amsterdam, Boos & Co. Erscheint seit Juni 1915.

BLOM D. VAN, Oorlogs-Economie. I. Aanleiding en oorzaken. II. Vooruitzichten. III. Kapitalisme en socialisme. (S.A. aus „De Gids" 1914/12, 1915/1—2: 13, 15 u. 13 S.

* FEDDER J., Klassenstrijd of volkerenstrijd? Amsterdam, J. Emmering 1915. 30 S.

* PANNEKOEK ANT., De oorlog. Zijn orsprong en zijn bestrijding. Amsterdam, Drukkery „De Strijd" 1915. 14 S.

* ROLAND-HOLST HENRIETTE, Volksleger of ontwapening. Amsterdam, Boos & Co. 1915. 40 S.

* SOEP A. B., Nationalisme of internationalisme. 's Gravenshage, Drukkerij „De Arbeid" 1915. 60 S.

* Verslag van het 21. congress der S. D. A. P. gehouden op. 4, 5 en 6 April 1915 te Arnhem. Amsterdam, Brochurenhandel S. D. A. P. 1915. 86 S.

Tiden. Månadskrift för socialistisk kritik och politik. Uitgiven av Sverges socialdemokratiska arbetar parti. Red. HJALMAR BRANTING, GUSTAV MÖLLER. Stockholm.

BRANTING HJ., Arbetartarrörelsens fredsaktion (Tiden 1915. 65/69).

* CARLESON C. N., Världskrigets „Kulturfejd“. Stockholm, Frams Förlag (1915). 104 S. (1 Kr.)

— Den förlamade Internationalen. (Tiden 1914, 360/68).

— „Ödestvång“ och klassvilja (ebda 1915, 70/75; 111/15).

ENGBERG ARTH., Marxismen och partiets försvarsprogram (ebda 1915, 165/77).

FORUM, Inför internationales. Dokument och uttlanden från tiden omkring krigsutbrottet (ebda 1914, 228/56).

HEDEN ERIC, Hur världskriget anstiftades (ebda 1914, 265/73).

— Engelsk och tysk imperialism (ebda 1915, 259/67).

HEDMANSSON K., Europas Kulturproblem (ebda 1915, 213/17).

JACOBSON M., Krigets orsaker och krigets mål (ebda 97/103).

JANSSON W., Världskriget och Internationalen (ebda 1914, 261/65).

LARSSON Y., Världskrigets upphovsmän (ebda 274/86).

MÖLLER GUST., Socialdemokratie och kriget (ebda 1915, 256/61).

— Aktivisternas agitation (ebda 193/202).

Socialdemokratiska Partistyrelsen. Berättelse för år 1914. Göteborg 1915. 186 S.

† — Världskriget en mansålders stormaktspolitik. Stockholm, II. Aufl. Tidensförläg (1915). 152 S. (1 Kr.)

† STÉENHOFF FRIDA, Krigets herrar-Världens herrar. Föredrag på socialistiska internationella Krinnodagen i Stockholm 1915. Stockholm, Frams Förlag (1915) 31 S. (25 öre.)

† STRÖM FREDRIK, De skyldiga i världskriget. Ebenda 1915. 32 S. (25 öre.)

† WIGFORSS ERNST, Världskriget och världsfreden. Dokument och reflexioner. 2 Bde. II. Aufl. Stockholm, Tidens förlag (1915). 257 u. 419 S. (3 Kr.)

DUMAS CHARLES, La paix que nous voulons. Paris, Marcel Rivière & Co. 1915. 36 S. (30 cent.)

† — et RACOVSKI C., Les socialistes et la guerre. Discussion entre socialistes français et socialistes roumains. Bucarest, Cercul de editura socialista 1915. 48 S. (1 Fr.)

GUILLAUME JAMES, Karl Marx pangermaniste et l'Association Internationale des Travailleurs de 1864 à 1870. Paris, Armand Colin 1915. IV—107 S. (1.50 Fr.)

LASKINE EDM., Les socialistes du Kaiser. La fin d'un mensonge. Paris, Floury 1915. 80 S. (1 Fr.)

RACOVSKI s. DUMAS.

RAPPOPORT CHARLES, Jean Jaurès. L'homme. Le penseur. Le socialiste. Avec une préface de ANATOLE FRANCE, un portrait et une lettre autographe de Jaurès. Paris, L'Emancipatrice 1915. XIV—446 S. (5 Fr.)

RIGNANO EUG., Les facteurs de la guerre et le problème de la paix. Extrait de „Scientia“. Bologna, Zanichelli 1915.

LEVI ALESSANDRO, La neutralità e l'avvenire (Critica sociale 1915, 68/69).

LONGOBARDI G. C., I pericoli dell' Adriatico (ebda 44/46; 55/57).

MARCHIOLI ETTORE, I problemi della guerra e il socialismo (ebda 21/23).

— Mentre si appressa la grande ora (ebda 36/40).

SFASSARO CESARE, Esercito e democrazia (ebda 71/75).

---

† Bulletin de la Fédération ouvrière socialdémocrate des Balkans. Publication trimestrielle rédigée par le Comité exécutif du Bureau Socialiste Interbalkanique. (Doppelsprachig: französ. und deutsch.) Bucarest. Nr. 1. September 1915. (Jährl. 2 Fr.)

† RACOVSKI C., Republica federativa balcanica. Bucuresti, Cercul de editura socialista 1915. 32 S. (25 bani.)

† STREITMANN H. ST., Jaurès. Bucarest, Socec & Co. 1915. 14 S. (1 Fr.)

Informazionni listow zagranitschno organisazii Bunda. Genève Imprimeri israélite. Nr. 7: Januar, Nr. 8: Mai 1915.

NASCHE DJELS. Redaktor A. E. SUTSCHATSCHOW. Petrograd 1915 (bisher 4 Nr.).

KOSSOWSKI WL., Rasgrom ewreew w Rossij. Genf, Juni 1915. 48 S.

ROBITNITSCHI PRAPOR. Organ ukrainskoi Sotschialdemokrati. Monatschrift. Sofia. Seit 1. Januar 1915.

WOJNA. Sbornik statei. Pri utschastij: N. AXELROD, G. ALEXINSKAGO, L. DEUTSCHA, P. DREWNITZKAGO, MARKA S-RA., K. KACHEL, OLGIRA, G. W. PLECHANOWA. Paris 1915. 107 S. (75 cent.)

Die Internationale und der Weltkrieg.

Materialien

gesammelt von

Carl Grünberg
(Wien).

Erste Abteilung.

Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen.

Vorbemerkung.

Der Weltkrieg und die Begleitumstände, unter denen er ausgebrochen ist, haben die Form, welche die proletarische Arbeiterbewegung vor einem halben Menschenalter sich als Ausdruck ihrer organischen Einheit geschaffen, die zweite Internationale, zerschlagen. Mochten auch manche, die sie hatten begründen helfen, in den ersten Kriegsmonaten diese Tatsache noch leugnen wollen: heute wird sie von keiner Seite mehr bestritten. Diese Reflexwirkung des Krieges hat ihrerseits wieder eine zweite gezeitigt. Nahezu überall, in den vom Krieg unmittelbar erfaßten Ländern ebensowohl wie in den neutralen, hat das Gefüge der sozialistischen Parteien eine schwere Erschütterung und Lockerung erfahren. Es ist dies die logisch notwendige Folge des von Sektion zu Sektion der zerstörten Internationale sowie innerhalb jeder einzelnen von ihnen mit steigender Verbitterung geführten Streites darüber: ob die Haltung der Arbeiterparteien und, wo zwiespältige Auffassungen in ihrer Mitte zu Tage getreten sind, der Mehrheiten und Minderheiten bei Ausbruch des Krieges und sodann in dessen Verlauf mit den Grundsätzen des Sozialismus überhaupt und den Beschlüssen der internationalen Kongresse insbesondere übereinstimme, sich mit ihnen vereinbaren lasse oder sich als offener Abfall von ihnen darstelle? Welche Folgen sich hieraus für ihre Beziehungen zu einander in Gegenwart und Zukunft ergeben? Wie sich fortan, bis zur Wiederkehr des Friedens und nachher, ihre Stellung zu den Regierungen sowie zu den anderen Klassen des eigenen Staates und des eigenen Volkes gestalten werde und solle, d. h. ob und inwieweit Änderungen des Programms wie der Taktik sich als nützlich, notwendig, unvermeidlich erweisen würden?

All das festzuhalten, seinen Ursachen nachzugehen, es in

seinen äußeren und inneren Verknüpfungen zu schildern und seine Bedeutung für die Weiterentwicklung der sozialistischen Theorie und Praxis zu würdigen, ist sicherlich eine Aufgabe von größtem wissenschaftlichem Reize. Nur daß sie freilich im gegenwärtigen Augenblick und wohl durch Jahre noch in gedeihlicher Weise unlösbar erscheint. Inmitten des gewaltigsten Geschehens mangeln Ruhe, innere Sammlung und Unbefangenheit, ja vielfach sogar der Wille zu ihr. Auch abgesehen hiervon läßt sich, was im Fluß der Entwicklung, nicht abschließend darstellen und beurteilen. Vor allem aber bedarf fruchtbringende wissenschaftliche Betrachtung einer genügend und möglichst vollständigen stofflichen Unterlage. Deren Beschaffung ist während des Krieges in höchstem Maße erschwert. Sie wird bei der örtlich außerordentlichen Zerstreutheit des Materials auch nach Wiederkehr des Friedens nicht leicht sein. Um so notwendiger ist es daher, jetzt schon mit ihr zu beginnen und so die Voraussetzungen für eine Geschichte der sozialistischen Internationale während des Krieges zu schaffen, wie sie — mit mir — gewiß manche Forscher planen oder später unternehmen werden.

Damit ist der Zweck der nachfolgenden Sammlung umschrieben.

Sie soll in erster Reihe die offiziellen Kundgebungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder bieten, die geeignet sind, deren Haltung zum Kriege vor und nach dessen Ausbruch zu charakterisieren; daneben aber auch gleichgeartete besonders wichtige Artikel aus der Arbeiterpresse, Äußerungen von Führern und Flugblätter. All das in ungekürztem Wortlaut, da nichts leichter mißzuverstehen und mißzudeuten ist als Fragmente. — Die deutschen, englischen, französischen und italienischen Materialien werden nur in der Ursprache wiedergegeben; den übrigen ist eine deutsche Übersetzung beigefügt, die — falls nichts anderes bemerkt ist — von mir herrührt. — Soweit, trotz aller meiner Bemühungen nach Vollständigkeit, Lücken unvermeidlich waren, werden sie nachträglich ausgefüllt werden. — Was die Stoffgliederung anbelangt, so enthält die vorliegende E r s t e A b t e i l u n g nur Materialien aus der Zeit vor dem Kriege und unmittelbar nach dessen Beginn, reicht also nicht über die zweite Hälfte des August 1914

hinaus. Die zweite wird den Stoff bis zum Eintritt Italiens in den Krieg (23. Mai 1915) umfassen; die dritte die spätere Zeit.

Mein Versuch wäre ohne die opferbereite Unterstützung Vieler nicht möglich geworden. Ihnen allen sage ich auch an dieser Stelle herzlichsten Dank [1]).

---

1) Insbesondere fühle ich mich verpflichtet den Herren DDr.: ADOLF DRUCKER, ROBERT SCHEU, SIGMUND SCHILDER, Sekretären und FRIEDRICH DÉRI, Konzeptsadjunkten des Wirtschaftspolitischen Archivs im k. k. österreich. Handelsmuseum in Wien; ferner den Herren: Dr. FRIEDRICH ADLER-Wien; Dr. WERNER AMMANN-Zürich; Dr. L. BARBAR, Advokaten in Sofia; Frau Dr. HELENE BAUER-LANDAU-Wien; E. BUCHINGER, Sekretär der Sozialdem. Partei Ungarns-Budapest; Dr. R. DANNEBERG-Wien; Dr. STANISLAUS DNISTRYÁNSKI, Professor an der Universität Lemberg; EUGEN ERNST-Berlin; Reichsratsabgeordneten GEORG GRIGOROVICI-Czernowitz; Dr. HENRYK GROSSMANN-Wien; ALFRED HENKE, Mitgl. d. Reichstags-Bremen; Dr. GUSTAV MAYER, Mitglied der polit. Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien-Brüssel; Dr. FRANZ MEHRING-Berlin; Gewerkschaftssekretär HANS MUCHITSCH-Graz; cand. jur. L. PETSCHERSKI-Wien; OTTO POHL-Amsterdam; N. RJASANOFF-Zürich; Dr. C. RACOVSKI-Bukarest; Dr. ERWIN SZABÓ-Budapest; cand. jur. G. TSCHUDNOWSKI-Kopenhagen; D. J. WIJNKOOP-Amsterdam; endlich den Redaktionen der Bremer Bürgerzeitung, des Hamburger Echo, der Bergarbeiter-Zeitung; des Der Grundstein; der Holzarbeiter-Zeitung Metallarbeiter-Zeitung, Steinsetzer-Zeitung, des Der Textilarbeiter, des Der Zimmerer, der Die Gewerkschaft.

Erstes Kapitel.

Die Internationale.

§ 1. Beschlüsse der Internationalen Sozialistischen Kongresse gegen den Krieg 1867—1910[1]).

Nr. 1. II. Kongress der Internat. Arbeiter-Association von Lausanne (2.—8. IX; 1867).

Le Congrès de l'Association internationale des travailleurs, réuni à Lausanne,

Considérant: Que la guerre pèse principalement sur la classe ouvrière, en ce qu'elle ne la prive pas seulement des moyens d'existence, mais qu'elle l'astreint à verser le sang du travailleur; Que la paix armée paralyse les forces productives, ne demande au travail que des œuvres inutiles, et intimide la production en la plaçant sous le coup des menaces de guerre; Que la paix, première condition du bien-être général, doit à son tour, être consolidée par un nouvel ordre de choses qui ne connaîtra plus dans la société deux classes, dont l'une est exploitée par l'autre; Que la guerre a pour cause première et principale le paupérisme et le manque d'équilibre économique; Que pour arriver à supprimer la guerre, il ne suffit pas de licencier les armées, mais qu'il faut encore modifier l'organisation sociale dans le sens d'une répartition toujours plus équitable de la production,

Décide: D'adhérer pleinement et entièrement au Congrès de la Paix qui se réunira le 9 Septembre à Genève, s'il accepte la déclaration ci-dessus enoncée, de le soutenir énergiquement et de participer à tout ce qu'il pourrait entreprendre pour réaliser l'abolition des armées permanentes et le maintien de la paix, dans le but d'arriver le plus promptement possible à l'émancipation de la classe ouvrière et à son affranchissement du pouvoir et de l'influence du capital ainsi qu'à la formation d'une confédération d'États libres dans toute l'Europe.

---

[1]) Sie sind sämtlich wieder abgedruckt: dreisprachig, im Bulletin périodique du B(ureau) S(ocialiste) I(nternational). Ier Supplément au Nr. 9; sodann als Anhang zum Protokoll des Baseler Intern. Soz.-Kongr. von 1912. Berlin 1912. S. 43/52.

Nr. 2. III. Kongress der Internat. Arbeiter-Association von Brüssel (6.—13. IX. 1868).

Le Congrès, considérant que la justice doit être la règle des rapports entre les groupes naturels, peuples, nations, aussi bien qu'entre les citoyens; que la cause primordiale de la guerre est le manque d'équilibre économique, que la guerre n'a jamais été que la raison du plus fort et non pas la sanction du droit; Qu'elle n'est qu'un moyen de subordination des peuples par les classes privilégiées ou les gouvernements qui les représentent; Qu'elle fortifie le despotisme, étouffe la liberté (nous en donnons la preuve, les dernières guerres d'Italie et d'Allemagne); Que, semant le deuil et la ruine dans les familles, la démoralisation sur tous les points où les armées se concentrent, elle entretient et perpétue ainsi l'ignorance et la misère; Que l'or et le sang des peuples n'ont jamais servi qu'à maintenir entre eux les instincts sauvages de l'homme à l'état de nature; Que, dans une société fondée sur le travail et la production, la force ne peut être mise qu'au service de la liberté et du droit de chacun; qu'elle ne peut être qu'une garantie et non une oppression, fût-ce même pour un seul membre utile du corps social; Que, dans l'état actuel de l'Europe, les gouvernements ne représentent pas les intérêts légitimes des travailleurs; Que si la guerre a pour cause principale et permanente le manque d'équilibre économique et ne peut être par conséquent anéantie que par la réforme sociale, elle n'en a pas moins pour cause auxiliaire l'arbitraire qui résulte de la centralisation et du despotisme; Que les peuples peuvent donc diminuer dès maintenant le nombre des guerres en s'opposant à ceux qui les font ou les déclarent; Que ce droit appartient surtout aux classes ouvrières, soumises presqu'exclusivement au service militaire et qu'elles seules peuvent lui donner une sanction; Qu'elles ont pour cela un moyen pratique légal et immédiatement réalisable; Qu'en effet, le corps social ne saurait vivre si la production est arrêtée pendant un certain temps; qu'il suffit donc aux producteurs de cesser de produire pour rendre impossibles les entreprises des gouvernements personnels et despotiques;

Le Congrès de l'Association internationale des travailleurs réuni à Bruxelles déclare protester avec la plus grande énergie contre la guerre. Il invite toutes les sections de l'Association, chacune dans leurs pays respectifs, ainsi que toutes les sociétés ouvrières et tous les groupes d'ouvriers, quels qu'ils soient, à agir avec la plus grande activité pour empêcher une guerre de peuple à peuple, qui aujourd'hui ne pourrait être considérée que comme une guerre civile, parce que, faite entre producteurs, elle ne serait qu'une lutte entre frères et citoyens. Le Congrès recommande surtout aux travailleurs de cesser tout travail dans le cas où une guerre viendrait à éclater dans leurs pays respectifs. Le Congrès compte assez sur l'esprit de solidarité qui anime les travailleurs de tous les pays pour espérer que leur appui ne fera pas défaut à cette guerre des peuples contre la guerre.

Nr. 3. Internationaler Gewerkschaftskongress in London (6.—10. XI. 1888).

Considérant que les grands armements des gouvernements de l'Europe sont une menace permanente pour la paix du monde, et causent un grand préjudice à la classe ouvrière, le Congrès invite les démocraties des divers pays à donner mandat à leurs députés de substituer le principe de l'arbitrage à la guerre, pour résoudre les différends entre les gouvernements.

Nr. 4. I. Internationaler Sozialisten-Kongress in Paris (15.—20. VII. 1889).

Le Congrès international ouvrier socialiste de Paris, Considérant: Que l'armée permanente ou la force armée au service de la classe régnante ou possédante, est la négation de tout régime démocratique ou républicain, l'expression militaire du régime monarchique ou oligarchique et capitaliste, un instrument de coups d'Etat réactionnaires et d'oppression sociale; Que, résultat et cause du système de guerres agressives, danger constant de conflits internationaux, l'armée permanente et la politique offensive dont elle est l'organe, doivent faire place à la politique défensive et pacifique de la démocratie, à l'organisation du peuple entier exercé, armé, non plus pour le pillage et la conquête, mais pour la sauvegarde de son indépendance et de ses libertés; Que l'armée permanente, cause incessante de guerre est, ainsi que l'histoire le démontre, incapable de défendre un pays contre les forces supérieures d'une coalition et que la défaite laisse le pays désarmé, à la merci des vainqueurs, tandis que la nation préparée, organisée, armée, serait inaccessible à l'invasion: Que l'armée permanente est la désorganisation de toute vie civile, enlevant à chaque nation pour l'encaserner, la démoraliser, sa meilleure jeunesse, à la période d'apprentissage, d'études, de plus grande activité et d'action; Qu'ainsi le travail, la science et l'art se trouvent stérilisés, arrêtés dans leur essor; le citoyen, l'individu, la famille atteints dans leur existence, dans leur développement; Qu'au contraire dans l'armée vraiment nationale, ou nation armée, le citoyen poursuit dans la vie nationale le développement de ses aptitudes, de ses facultés, exerce ses fonctions militaires comme un attribut nécessaire de sa qualité de citoyen; Considérant: Que l'armée permanente, par les charges incessamment accrues de la dette de guerre, par les impôts et emprunts toujours aggravés qu'elle motive, est une cause de misère et de ruine.

Répudie hautement les projets belliqueux entretenus par des gouvernants aux abois; Affirme la paix comme condition première et indispensable de toute émancipation ouvrière: Et réclame, avec la suppression des armées permanentes, l'armement général du peuple sur les bases suivantes: L'armée nationale ou la nation armée formée de tous les citoyens valides, organisés par région, de telle sorte que chaque ville, chaque canton ait son bataillon, composé de citoyens qui se connaissent, réunis, armés, équipés et prêts à marcher, s'il le faut, dans les vingt-quatre heures. A chacun son fusil et

son équipement à domicile, comme en Suisse, pour la défense des libertés publiques et de la sécurité nationale.

Le Congrès déclare en outre que la guerre, produit fatal des conditions économiques actuelles, ne disparaîtra définitivement qu'avec la disparition même de l'ordre capitaliste, l'émancipation du travail et le triomphe international du socialisme.

Nr. 5. II. Internationaler Sozialisten-Kongress in Brüssel (16.—23. VIII. 1891).

Le Congrès, Déclare que le militarisme, qui pèse sur l'Europe est le résultat fatal de l'Etat permanent de guerre ouverte ou latente imposée à la société par le régime d'exploitation de l'homme par l'homme et la lutte de classe qui en est la conséquence; Affirme que toutes les tentatives ayant pour objet l'abolition du militarisme et l'avènement de la paix entre les peuples — quelque généreuses qu'en soient les intentions — ne sauraient être qu'utopiques et impuissantes, si elles n'atteignent pas les sources économiques du mal: Que seule, la création d'un ordre socialiste mettant fin à l'exploitation de l'homme par l'homme, mettra fin au militarisme et assurera la paix définitive; Que, par suite, le devoir et l'intérêt de tous ceux qui veulent en finir avec la guerre est d'entrer dans le Parti Socialiste International qui est le véritable et unique Parti de la Paix.

En conséqnence, le Congrès, en présence de la situation, chaque jour, plus menaçante de l'Europe et des excitations chauvines des classes gouvernantes dans les différents pays, fait appel à tous les travailleurs pour protester par une agitation incessante contre toutes les velléités de guerre et les alliances qui les favorisent, et pour hâter, par le développement de l'organisation internationale du prolétariat, le triomphe du socialisme; Déclare que c'est le seul moyen capable de conjurer la catastrophe d'une guerre générale, dont les travailleurs auraient à supporter tous les frais; Et entend, dans tous les cas, rejeter, devant l'histoire et l'humanité, sur les classes dirigeantes, la responsabilité de tout ce qui pourrait survenir.

Nr. 6. III. Internationaler Sozialisten-Kongress in Zürich (6.—12. VIII. 1893).

La position des ouvriers en cas de guerre est définie d'une façon précise par la résolution du Congrès de Bruxelles sur le militarisme. La démocratie socialiste internationale révolutionnaire, dans tous les pays, doit s'élever de toutes ses forces contre les appétits chauvins des classes dirigeantes, elle doit consolider toujours plus étroitement les liens de la solidarité entre les ouvriers de tous les pays; elle doit travailler, sans relâche, à vaincre le capitalisme qui divise l'humanité en deux grands camps ennemis et provoque les peuples les uns contre les autres. Avec la suppression de la domination des classes, la guerre disparaîtra également. La chute du capitalisme signifie la paix universelle. Les mandataires du parti ouvrier dans

les assemblées délibérantes doivent repousser tous les crédits militaires; ils doivent sans cesse protester contre les armées permanentes et réclamer le désarmement. Tout le parti socialiste doit prêter son appui à toutes les associations qui ont pour but la paix universelle.

Nr. 7. IV. Internationaler Sozialisten-Kongress in London (27.—31. VII. 1896).

En période capitaliste, les causes principales des guerres ne sont pas les différences religieuses ou nationales, mais les antagonismes économiques auxquels les classes dirigeantes des divers pays sont poussées par le mode de production. De même que le capitalisme sacrifie sans cesse la vie et la santé des travailleurs sur le champ de bataille du travail, il n'éprouve aucune scrupule de faire couler leur sang en vue de nouveaux profits à obtenir par la conquête de nouveaux débouchés.

La classe laborieuse de tous les pays a donc le devoir de s'élever contre l'oppression militaire au même titre que contre toutes les autres formes d'exploitation dont elle est victime de la part de la classe possédante. Dans ce but elle doit conquérir la puissance politique pour abolir le mode de production capitaliste et refuser, simultanément dans tous les pays, aux gouvernements, instruments de la classe capitaliste, les moyens de maintenir l'ordre des choses actuel.

Les armées permanentes dont l'entretien épuise déjà les nations en temps de paix et dont les frais sont supportés par la classe ouvrière, accroissent le danger de guerre entre les nations et elles favorisent surtout l'oppression toujours plus brutale des travailleurs de chaque pays. C'est pourquoi le cri: «A bas les armes!» n'est pas plus entendu que les autres appels aux sentiments humanitaires de la classe capitaliste.

La classe prolétarienne seule peut avoir la volonté sérieuse et le pouvoir de réaliser la paix du monde.

Elle réclame: 1° La suppression simultanée des armées permanentes et l'organisation de la nation armée. 2° L'institution d'un tribunal arbitral international, dont les décisions sont souveraines. 3° La décision définitive sur la question de guerre ou de paix laissée directement au peuple pour le cas où les gouvernements n'accepteraient pas la sentence arbitrale. Et elle proteste contre le système des traités secrets.

Mais la classe prolétarienne ne pourra en cette matière comme en n'importe quelle autre revendication ouvrière, arriver réellement à son but qu'en conquérant une action maîtresse sur la législation et en s'alliant au socialisme international seul à même d'assurer la paix et d'amener la véritable fraternité des peuples.

Nr. 8. V. Internationaler Sozialisten-Kongress in Paris (23.—27. IX. 1900).

Le congrès déclare qu'il y a lieu de redoubler, dans tous les pays, de zèle, d'énergie, de vigueur, dans la lutte quotidienne contre le militarisme,

qu'il y a lieu surtout d'opposer à l'alliance de la bourgeoisie et des gouvernements impériaux, l'alliance des prolétaires de tous les pays.

Le Congrès indique comme moyens d'action: 1° Les différents partis socialistes sont engagés à poursuivre avec soin l'éducation et l'organisation de la jeunesse, en vue de combattre le militarisme. 2° Les députés socialistes, dans tous les pays, s'engagent à voter contre toute dépense militaire et toute dépense pour la flotte et les expéditions militaires coloniales. 3° La commission socialiste internationale permanente sera chargée d'entamer et de régler, dans tous les cas d'importance internationale, un mouvement de protestation et d'agitation antimilitariste uniforme et commun dans tous les pays.

Le Congrès proteste contre les soi-disant conférences de la paix comme celle de La Haye qui, dans la société actuelle, ne peuvent aboutir qu'à des déceptions fâcheuses, comme l'a démontré dernièrement la guerre du Transvaal.

Nr. 9. VII. Internationaler Sozialisten-Kongress in Stuttgart (16.—24. VIII. 1907).

Le Congrès confirme les résolutions des précédents congrès internationaux concernant l'action contre le militarisme et l'impérialisme et rappelle que l'action contre le militarisme ne peut pas être séparée de l'ensemble de l'action contre le capitalisme.

Les guerres entre États capitalistes sont en général les conséquences de leur concurrence sur le marché du monde, car chaque état ne tend pas seulement à s'assurer des débouchés, mais à en acquérir de nouveaux, principalement par l'asservissement des peuples étrangers et la confiscation de leurs terres.

Ces guerres résultent de la concurrence incessante provoquée par les armements du militarisme, qui est l'un des instruments principaux de la domination de la bourgeoisie et de l'asservissement économique et politique de la classe ouvrière.

Les guerres sont favorisées par les préjugés nationalistes que l'on cultive systématiquement dans l'intérêt des classes dominantes afin de détourner la masse prolétarienne de ses devoirs de classe et de ses devoirs de solidarité internationale.

Elles sont donc de l'essence du capitalisme et ne cesseront que par la suppression du système capitaliste, ou bien, quand la grandeur des sacrifices en hommes et en argent exigée par le développement de la technique militaire et la révolte provoquée par les armements, auront poussé les peuples à renoncer à ce système.

La classe ouvrière, chez laquelle on recrute de préférence les combattants et qui principalement doit en supporter les sacrifices matériels, est l'adversaire naturelle des guerres parce que celles-ci sont en contradiction avec le but qu'elle poursuit: la création d'un nouvel ordre économique, basé sur la conception socialiste destinée à traduire en réalité la solidarité des peuples.

C'est pourquoi le Congrès considère qu'il est du devoir de tous les travailleurs et de leurs mandataires dans les parlements de combattre de toutes leurs forces les armements de terre et de mer, en signalant le caractère de classe de la société bourgeoise et les mobiles qui poussent au maintien des antagonismes nationaux, de refuser tout soutien pécuniaire à cette politique et, aussi, de s'appliquer à ce que la jeunesse prolétarienne soit élevée dans les idées socialistes de la fraternité des peuples et éveillée systématiquement à la conscience de classe.

Le Congrès voit dans l'organisation démocratique d'un système de milice, destiné à remplacer les armées permanentes, une garantie réelle rendant impossibles les guerres agressives et facilitant la disparition des antagonismes nationaux.

L'Internationale ne peut pas enfermer d'avance dans des formules rigides l'action nécessairement diverse, selon les temps et les milieux, des divers partis nationaux, mais elle a le devoir d'intensifier et de coordonner le plus possible les efforts de la classe ouvière contre le militarisme et contre la guerre.

En fait, depuis le Congrès International de Bruxelles, le prolétariat tout en poursuivant sa lutte incessante contre le militarisme par le refus des dépenses militaires et navales, par l'effort de démocratisation de l'armée, a recouru avec une vigueur et une efficacité croissantes aux moyens les plus variés pour prévenir les guerres ou pour y mettre un terme, ou pour faire servir à l'affranchissement de la classe ouvrière l'ébranlement communiqué par la guerre à toutes les couches sociales: ainsi, notamment, l'entente des trade-unions anglaises et des syndicats ouvriers français après la crise de Fachoda pour assurer la paix et rétablir les bons rapports entre la France et l'Angleterre; l'action du parti socialiste au Parlement français et au Parlement allemand dans la crise du Maroc; les manifestations populaires organisées à cet effet par les socialistes de France et d'Allemagne; l'action concertée des socialistes autrichiens et des socialistes italiens réunis à Trieste pour prévenir un conflit entre les deux États; l'intervention vigoureuse de la classe ouvrière de Suède pour empêcher une attaque contre la Norvège; enfin, les héroïques sacrifices et combats de masse des socialistes, des ouvriers et paysans de Russie et de Pologne pour empêcher la guerre déchaînée par le tsarisme, pour y mettre un terme et pour faire jaillir de la crise la liberté des peuples de Russie et du prolétariat: tous ces efforts donc attestent la puissance croissante de la classe ouvrière et son souci croissant de maintenir la paix par d'énergiques interventions. L'action de la classe ouvrière sera d'autant plus efficace qu'une propagande incessante aura préparé les esprits à un vigoureux effort et que l'action des divers partis nationaux sera plus fortement stimulée et coordonnée par l'Internationale. Le Congrès est convaincu en outre que sous la pression du prolétariat, la pratique sérieuse de l'arbitrage international se substituera, pour tous les litiges, aux pitoyables tentatives des gouvernements bourgeois, et qu'ainsi pourra être assuré aux peuples le bienfait du désarmement général qui permettra d'appli-

quer au progrès de la civilisation les immenses ressources d'énergie et d'argent dévorées par les armements et par les guerres. Le Congrès déclare: Si une guerre menace d'éclater, c'est un devoir de la classe ouvrière dans les pays concerneés, c'est un devoir pour leurs représentants dans les parlements avec l'aide du Bureau International, force d'action et de coordination, de faire tous leurs efforts pour empêcher la guerre par tous les moyens qui leur paraissent les mieux appropriés et qui varient naturellement selon l'acuité de la lutte des classes et la situation politique générale.

Au cas où la guerre éclaterait néanmoins, ils ont le devoir de s'entremettre pour la faire cesser promptement et d'utiliser de toutes leurs forces la crise économique et politique créée par la guerre pour agiter les couches populaires les plus profondes et précipiter la chute de la domination capitaliste.

Nr. 10. VIII. Internationaler Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen (28. VIII.—3. IX. 1910).

Le Congrès constate que dans ces dernières années, malgré les Congrès de la paix et les déclarations pacifistes des gouvernements, les armements ont été augmentés d'une façon considérable. En particulier, la concurrence des armements maritimes, dont la dernière phase est la construction des Dreadnoughts, entraîne non seulement un gaspillage insensé des deniers publics pour des buts stériles et est cause, par conséquent, du manque de ressources et de l'absence de dépenses pour les réformes sociales et pour la législation protectrice du travail; elle menace aussi d'épuiser matériellement toutes les nations, par les charges intolérables des impôts indirects et tous les Etats, par la ruine des finances publiques. En même temps ce sont ces armements précisément qui ont menacé dernièrement encore la paix du monde, comme ils en seront forcément la menace perpétuelle. En face de cette évolution, qui est un danger à la fois pour la civilisation humaine, pour la prospérité des peuples et pour l'existence des masses, le Congrès confirme les résolutions des Congrès antérieurs et en particulier celles du Congrès de Stuttgart et rappelle:

Que les travailleurs de tous les pays n'ont entre eux ni démêlés ni désaccord de nature à provoquer une guerre; que les guerres ne sont actuellement causées que par le capitalisme et particulièrement par la concurrence économique internationale des Etats capitalistes sur le marché du monde, et par le militarisme, qui est un des instruments les plus puissants de la domination bourgeoise à l'intérieur pour l'asservissement économique et politique du prolétariat. Les guerres ne cesseront complètement qu'avec la disparition de la société capitaliste. La classe ouvrière, qui supporte les charges les plus lourdes de la guerre et a le plus à en souffrir, est donc le plus intéressée à leur disparition. Le prolétariat socialiste organisé de tous les pays est donc le seul garant sûr de la paix du monde. C'est pourquoi le Congrès engage à nouveau les partis ouvriers à répandre la lumière sur les causes des guerres dans tout le prolétariat et en particulier dans la

jeunesse, et à éduquer cette dernière dans l'esprit de la fraternité des peuples. Le Congrès, en maintenant, pour les représentants socialistes dans les parlements, l'obligation, plusieurs fois répétée déjà, de combattre de toutes leurs forces les armements et de refuser pour cette destination toute dépense financière, attend de ces députations: a) Qu'elles réclament sans cesse la solution obligatoire de tous les conflits entre Etats par des cours d'arbitrage internationales; b) Qu'elles renouvellent constamment les propositions tendant au désarmement général et, d'abord et avant tout, les propositions de conclure des conventions limitant les armements maritimes et d'abolir le droit de prise maritime; c) Qu'elles réclament l'abolition de la diplomatie secrète et la publication de tous les traités existants et futurs entre gouvernements; d) Qu'elles réclament avec instance l'autonomie de tous les peuples et les défendent contre toute attaque belliqueuse et contre toute oppression. Le Bureau Socialiste International aidera tous les groupes parlementaires socialistes dans la lutte contre le militarisme, par l'envoi de documents, et tendra à amener une action commune de ces groupes. Pour les cas de complications guerrières, le Congrès confirme la motion antimilitariste du Congrès de Stuttgart, qui dit:

«Si une guerre menace d'éclater, c'est un devoir de la classe ouvrière »dans les pays concernés, c'est un devoir pour leurs représentants dans les »parlements avec l'aide du Bureau International, force d'action et de coor- »dination, de faire tous leurs efforts pour empêcher la guerre par tous les »moyens qui leur paraissent le mieux appropriés et qui varient naturelle- »ment selon l'acuité de la lutte des classes et la situation politique générale. »Au cas où la guerre éclaterait néanmoins, ils ont le devoir de s'entremettre »pour la faire cesser promptement et d'utiliser de toutes leurs forces la »crise économique et politique créée par la guerre pour agiter les couches »populaires les plus profondes et précipiter la chute de la domination capi- »taliste.» Afin d'assurer l'exécution de ces mesures, le Congrès invite le Bureau Socialiste International à faire, pour les cas de conflits internationaux, entre les partis ouvriers des pays intéressés, l'entente pour une action commune, afin d'empêcher la guerre. En tous cas où il y aurait menace de conflit entre deux ou plusieurs pays, s'il y a hésitation ou retard de décision de leurs partis nationaux consultés, le secrétaire du B. S. I., sur la demande d'au moins un des prolétariats intéressés, convoquera d'urgence le B. S. I. et la Commission Interparlementaire qui devront aussitôt se réunir, soit à Bruxelles, soit en tout lieu qui, suivant les circonstances, paraîtrait mieux convenir.

---

§ 2. **Internationale Kundgebungen in den Jahren 1911—1915.**

Unmittelbar vor dem Ausbruch des Balkankrieges (18. X. 1912) übermittelte das J. S. B. in Brüssel mit Rundschreiben

vom 12. X. 1912[1]) allen affiliierten Sektionen das nachfolgende auf seine Initiative hin zustandgekommene

Nr. 11. *Manifeste des socialistes de Turquie et des Balkans*[2])[3]).

Au peuple travailleur des Balkans et d'Asie Mineure. —

A l'Internationale ouvrière! — A l'opinion publique!

La guerre est à nos portes. Quand ces lignes paraîtront, ella sera probablement un fait accompli.

Mais nous, les socialistes des pays balkaniques ainsi que du proche Orient que la guerre atteint plus directement, nous ne nous laisserons pas entraîner par la vague chauvine. Nous élevons plus énergiquement encore notre voix contre la guerre et nous invitons les masses ouvrières et paysannes avec toutes les démocraties sincères à se joindre à nous pour opposer à la politique des violences sanglantes, qui traîne derrière elles les conséquences les plus funestes, notre conception de la solidarité internationale.

Les prolétaires des Balkans n'ont rien à gagner à une aventure, car vaincus et vainqueurs verront également, sur des monceaux de cadavres et de ruines s'élever plus forts et plus arrogants encore le militarisme, la bureaucratie, la réaction politique et la spéculation financière avec leur cortège habituel de lourds impôts et de renchérissement de la vie, d'exploitation et de misère profonde.

La guerre aura, en outre, pour les pays balkaniques, d'autres conséquences qui résultent de leur situation politique et géographique.

Dans le cas où ils sortiraient vainqueurs du conflit et où l'empire ottoman deviendrait l'objet d'un partage, la part léonine, c'est-à-dire les régions économiquement les plus riches et les points stratégiques les plus importants deviendront la proie des grandes puissances capitalistes qui, depuis des siècles, s'arrachent les territoires d'Orient, lambeau par lambeau.

L'Autriche à Salonique, la Russie au Bosphore et en Anatolie orientale, l'Allemagne occupant le reste de l'Anatolie et l'Italie l'Albanie du sud — telle sera la carte probable de l'Orient après une débâcle éventuelle de l'empire ottoman.

Or, le jour où ils tomberont dans les griffes des puissances, il en sera fait de l'indépendance nationale des Etats balkaniques. Les libertés politiques et publiques des peuple seront anéanties par le militarisme et l'autocratie monarchique, qui, forts de leur victoire sur les Turcs, exigeront de nouveaux crédits pour leurs armées en même temps que de nouveaux privilèges pour les souverains. Et, après ces dures épreuves, les luttes nationales entre

---

1) Bulletin du B. S. J. IX, 4. 2) Ebenda IX, 5/7. 3) Vgl. dazu die gleichzeitigen Kundgebungen unter: Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich (Kap. 2—4).

les peuples ne seront pas closes. Elles deviendront alors plus acharnées encore, les uns et les autres aspirant à l'hégémonie.

La Turquie victorieuse nous donnera une recrudescence du fanatisme religieux et du chauvinisme musulman — le triomphe de la réaction politique — la perte des quelques améliorations obtenues au prix de tant de sacrifices dans le gouvernement intérieur du pays. Elle amènera en outre le triomphe des impérialismes autrichien et russe, qui se poseront en sauveurs des puissances balkaniques battues, pour étendre leur protectorat intéressé à des peuples ruinés.

Pour justifier la guerre, les nationalistes des Etats des Balkans invoquent la nécessité de réaliser leur unité nationale ou du moins d'obtenir l'autonomie politique pour leurs nationaux qui se trouvent sous la domination turque.

Ce ne sont pas les partis socialistes qui s'opposeront à la réalisation de l'unité politique des éléments de chaque nation.

Le droit des nationalités à une vie autonome est la conséquence directe de l'égalité politique et sociale et de la suppression de tout privilège de classe, de caste, de race ou de religion, demandées par l'Internationale ouvrière. Mais cette unité sera-t-elle réalisée par le fait d'un partage des populations et des territoires de la Turquie entre les petits Etats balkaniques?

Les Turcs tombés sous la domination bulgare, serbe ou grecque, auront-ils leur unité nationale? Les Serbes de Novi-Bazar et de la Vieille-Serbie, les Bulgares, les Grecs, les Albanais de la Macédoine, qu'un partage mettrait éventuellement sous le joug de l'Autriche ou de l'Italie, les Arméniens et les Kurdes de l'Anatolie orientale, les Turcs, les Grecs, les Bulgares du vilayet d'Andrinople, qui peuvent devenir la proie de la Russie, réaliseront-ils leur unité nationale?

La bourgeoisie et le nationalisme sont impuissants à constituer une unité nationale véritable et durable. Ce qui aura été créé par la guerre, pourra être détruit par une autre guerre.

L'unité nationale, fondée par la subjugation d'éléments nationaux d'autres races, porte en elle un vice originel qui la menace sans cesse. Le nationalisme ne fait que changer le nom des maîtres et les degrés de l'oppression, mais il ne les supprime pas. Seule, la démocratie politique avec l'égalité réelle pour tous les éléments, sans différence de race, de religion et de classe, peut créer une véritable unité nationale.

L'argument nationaliste n'est, en réalité, qu'un prétexte pour les gouvernements balkaniques.

Le véritable motif de leur politique n'est que la tendance vers l'expansion économique et territoriale, qui caractérise tous les pays à production capitaliste. Les voisins de la Turquie cherchent chez elle les mêmes avantages que les grandes puissances, cachées derrière les petits Etats: ils veulent des marchés pour le placement de leurs marchandises, de leurs capitaux et de cet excès de personnel bureaucratique pour lequel il n'y a plus de place dans les bureaux de la métropole.

Mais si nous marquons la lourde responsabilité des Etats balkaniques dans la guerre en perspective aussi bien que dans le passé quand ils empêchaient la transformation intérieure de la Turquie, si nous accusons de duplicité la diplomatie européenne qui n'a jamais voulu des réformes sérieuses en Turquie, nous ne voulons nullement diminuer la responsabilité des gouvernements turcs eux-mêmes Nous les dénonçons aussi au monde civilisé, au peuple de l'empire et particulièrement aux masses musulmanes avec l'appui desquels ils ont pu maintenir leur domination. Nous reprochons au régime turc une absence complète de liberté réelle et d'égalité pour les nationalités — un manque absolu de sécurité et de garantie pour la vie, les droits et les biens des citoyens — l'inexistence d'une justice et d'une administration bien organisées ou impartiales. Il a maintenu un système d'impôts des plus lourds et des plus vexatoires. Il est resté sourd à toutes les demandes de réformes pour les ouvriers et paysans musulmans et non musulmans. Il n'a soutenu que les féodaux et les tribus nomades, armées contre les agriculteurs sans défense.

Par leur inertie proverbiale, les gouvernements turcs n'ont fait que provoquer et entretenir la misère, l'ignorance, l'émigration et le brigandage, les massacres en masses en Anatolie et en Roumélie, en un mot l'anarchie qui sert aujourd'hui de prétexte à des interventions et à la guerre.

L'espoir que le nouveau régime mettrait fin au passé en inaugurant une politique nouvelle a été déçu. Les gouvernements „jeunes-turcs" successifs n'ont pas seulement continué les errements du passé: Ils ont usé de l'autorité et du prestige d'un semblant de parlementarisme octroyé à la Turquie, pour appliquer un système de dénationalisation et d'oppression avec un centralisme bureaucratique excessifs, étouffant les droits des nationalités et les revendications des masses laborieuses.

Les hommes du nouveau régime ont même, sous certains rapports, dépassé l'ancien qui avait élevé à la hauteur d'un système de gouvernement l'assassinat systématique des adversaires politiques.

Mais nous reconnaissons aux peuples — et aux peuples seuls — le droit de disposer de leur sort. A la guerre que nous répudions de toutes nos forces, comme moyen de résoudre les problèmes politiques et sociaux, nous opposons l'action des masses conscientes et organisées.

A l'idéal sanglant des nationalités de disposer du sort des peuples par la guerre et de marchander leurs droits et leurs territoires, nous répondrons par l'affirmation de la nécessité impérieuse, déjà proclamée à la Conférence interbalkanique et socialiste de Belgrade de 1909, d'unir étroitement, sous la forme la plus démocratique, tous les peuples des Balkans et du proche Orient, sans distinction de race ou de religion.

En dehors de cette Fédération des peuples de l'Europe orientale, il n'y a pas d'unité nationale possible et durable pour eux. Il n'y aura pas de progrès économique et social rapide, car leur développement sera continuellement menacé par des retours perpétuels de la réaction intérieure et de la domination étrangère.

En ce qui concerne plus spécialement l'empire ottoman, nous considérons qu'une réforme radicale dans ses rapports intérieurs peut seul rétablir la paix et la vie normale, éloigner les interventions étrangères et les dangers de guerre, et enfin, rendre possible la Fédération démocratique des Balkans.

Ce n'est pas en essayant de ranimer des projets vieux d'un demi-siècle, hérités d'une bureaucratie à courte vue, que le gouvernement turc pourra résoudre le problème des nationalités.

C'est en accordant l'égalité réelle par l'octroi de l'autonomie complète aux nationalités pour leurs institutions cultuelles — écoles, églises, etc. — et en établissant le gouvernement local (le selfgovernment) par régions, cantons et communes, avec la représentation porportionnelle des éléments ethniques et des partis, avec l'égalité des langues.

Seule, une administration, dans laquelle les divers éléments ethniques de l'empire seront représentés, donnera les garanties nécessaires d'impartialité.

Seule, la réforme agraire, la réforme des impôts, une législation sociale et des garanties pour les droits d'association et de réunion donneront aux masses ouvrières et paysannes musulmanes ce minimum de satisfaction qui les attachera au régime nouveau.

Ces réformes peuvent contrarier la bureaucratie turque, c'est-à-dire les quelques milliers d'individus attachés à leurs privilèges. Mais elles seront profitables au plus haut degré au peuple turc que le régime actuel réduit aux fonctions exclusives de soldat et de gendarme, courant à toutes les frontières et dans toutes les provinces pour combattre les calamités amassées sur ce pays par l'incapacité de l'oligarchie turque.

La solution des grands problèmes qui agitent les populations de l'empire ottoman garantira la sécurité nationale des musulmans et leur permettra de s'appliquer en tout repos à leur développement économique, politique et social.

Voilà le programme pour la réalisation duquel nous faisons appel, non seulement au concours du prolétariat des Balkans, mais aussi à celui du socialisme international.

Nous, les socialistes des Balkans et du proche Orient, nous avons la haute conscience du double rôle qui nous incombe à l'égard du prolétariat mondial et envers nous-mêmes.

Remontant le courant belliqueux déchaîné par les gouvernements et par la presse chauvine, luttant contre les sentiments enracinés et nourris par une éducation faussée, destinée à favoriser la lutte entre nationalités et la domination des classes, nous accomplirons, sans défaillance, notre devoir de solidarité internationale. En fait, nous nous trouvons simplement aux avants-postes, car la guerre des Balkans porte en elle un danger imminent pour la paix générale. En réveillant tous les appétits capitalistes des grands Etats, en donnant la prépondérance dans la vie politique aux éléments impérialistes, avides de conquêtes, elle peut provoquer, non seulement le conflit entre nations, mais encore la guerre civile. Et, comme les gouvernements capitalistes de plusieurs pays sont acculés par les victoires successives du

prolétariat, dans leurs derniers retranchements, ils ne manqueront pas de saisir l'occasion qui leur sera offerte pour noyer dans le sang des masses ou d'étrangler par une législation restrictive, notre mouvement d'émancipation, de civilisation et de progrès humain.

Depuis des semaines et des mois, nous menons une campagne contre la guerre. Mais c'est sourtout en ce moment que nous élevons le plus fortement notre protestation. Nous exprimons notre volonté ferme de soutenir de toutes nos forces la lutte du prolétariat mondial contre la guerre, contre le militarisme, contre l'exploitation capitaliste, pour la liberté, pour l'égalité, pour l'émancipation des classes et des nationalités, en un mot, pour la paix.

A bas la guerre!

Vive la solidarité internationale des peuples!

Les Socialistes de Turquie et des Balkans.

Am 20. X. 1912 veröffentlichte die Labour Party folgendes von allen ihren Mitgliedern im englischen Unterhause und den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages unterzeichnete

Nr. 12. Manifesto[1]).

To the working people of Germany and England!

The parliaments of both Germany and England have again decided to grant the naval demands of their governements and enormously increase the burden of armaments. The representatives of the working classes of both countries, the members of the Socialdemocratie Party in Germany, and the Labour Party in England, have fought against this increase and voted against it. But they are not yet strong enough in ther Parliaments to prevent the acceptance of the Military and Naval budgets. Consequently the competition in armaments continues its fateful and fatal course, putting on the shoulders of the people, at a time of a general rise in prices for all commodities, a new and heavy burden, and at the same time aggravating the danger of a dreadful war.

The working classes of all civilised countries begin to understand more and more clearly that those increases in armaments are made in the interests of a minority, which is never content with the riches it has accumulated, whereas the masses of the population, especially the workmen, live mostly on the border of pauperism.

The workmen of Germany do not entertain any hostile feelings for England, nor do English workmen for Germany. They do not desire to

1) Bulletin du B. S. I. X, 21; Vorwärts, 20. X. 1912.

add to those sacrifices of life and health wich they are forced to undergo in factory and mine every day in the compulsory service of capitalism the further sacrifice of battles of land and sea.

Most determinedly they stand against all those who incite to war in both countries. They do not demand an increase in the capitalistic competition in armaments, but its abolition; not an incitement to war, but a mutual understanding between both nations.

A war between England and Germany would lead to such a catastrophe as history has never yet seen. All those who cause such a danger commit an infamous crime on humanity. The possibility of preventing this catastrophe lies in the hands of the working classes of both our countries.

We, as representatives of the organised classconscious workmen in both countries, therefore urge the whole body of workmen both in Germany and Great Britain to join our organisations to prevent civilisation and culture being pulled down into the abyss and numberless human lives annihilated.

Workmen of England and Germany! whereever you meet, you must always remember that you have a historical part to play, and the general welfare of the nations to advance. Agitate and organise for the mutual understanding of peoples for peace.

Am 28.—29. X. 1912 fand eine Sitzung des I. S. B. in Brüssel statt, in welcher — nach ausführlicher Debatte, an der VIKTOR ADLER, VAILLANT, HAASE, JAURÈS, ROSA LUXEMBURG, KAUTSKY, TROELSTRA, VANDERVELDE teilnahmen — gegen die Stimmen der Engländer beschlossen wurde: die Vertagung des ordentlichen Wiener Intern. Soz. Kongresses von 1913 auf 1914 sowie der möglich baldigste Zusammentritt eines außerordentlichen Kongresses auf Schweizer Boden mit der Tagesordnung: „Die Internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg!"

Zugleich faßte das Bureau am 29. X. folgende

Nr. 13. Resolution gegen den Krieg[1]).

Le Bureau Socialiste International exprime son horreur profonde pour les massacres effroyables qui se perpètrent à cette heure dans la région balkanique et il envoie son salut le plus cordial aux socialistes des Balkans qui, avec un courage héroïque, sont restés fidèles aux principes du parti dans les circonstances les plus difficiles.

1) Bulletin du B. S. I. IX, 3.

Il reconnaît la force des raisons qui animent les peuples des Balkans à revendiquer leur indépendance et des garanties nécessaires pour tous les éléments de la péninsule, mais il est convaincu que ce grand objet aurait pu être atteint sans guerre, sans effusion de sang, et sans ruines économiques, si le problème n'avait pas été faussé par les ambitions dynastiques des chefs des Etats des Balkans, comme par les intrigues et les manœuvres des grands Etats qui ont paralysé perfidement les efforts de régénération de la Turquie et qui n'ont d'autre but que de réduire les peuples balkaniques sous leur vasselage.

C'est donc dans la démocratisation progressive et dans l'union intime de tous les Etats des Balkans, y compris la Turquie, c'est dans la lutte contre l'oligarchie agraire que les classes ouvrières de la péninsule ont vu la solution du problème.

Mais par le développement des convoitises et des brutalités de l'Europe, par les coups de force et de traîtrise du Maroc, de Bosnie-Herzégovine, de Tripoli, de Perse, par le jeu alternatif ou combiné des intrigues du tsarisme russe et des ambitions de la monarchie autrichienne, la guerre a été déclarée dans les Balkans. De cette guerre, peut sortir à toute heure un conflit général. Le devoir de tous les prolétaires, de tous les partis de l'Internationale, est plus grand et plus pressant que jamais. Il faut qu'à la lumière sinistre des événements, ils fassent comprendre aux plus réfractaires les causes profondes du régime d'insécurité, de brutalité et de rapines qui sévit sur de monde.

Il faut qu'ils hâtent de tout leur effort l'avènement du socialisme, qui, seul, fera pénétrer un ordre durable et vrai dans les relations internationales livrées à l'anarchie capitaliste, aux convoitises financières, aux fureurs chauvines, aux sournoiseries diplomatiques et aux violences réactionnaires. Mais aussi, il faut que dès maintenant, ils s'opposent de toute leur force à toute extension de la guerre, toute intervention intéressée et égoïste qui l'élargirait. Que le prolétariat se dresse contre la politique de guerre par toute la force de son organisation, par toute son action de masse, qu'il crie par toutes ses voix, qu'il signifie par tous ses actes qu'il ne se laissera pas jeter à des conflits stupides et sanglants. C'est pour donner à la protestation et à l'action contre la guerre le plus d'unité possible et d'efficacité que le Bureau Socialiste International a décidé la convocation dans le plus bref délai d'un Congrès international extraordinaire. La meilleure préparation de ce Congrès sera une agitation méthodique et intense de tous les groupements socialistes et ouvriers contre les fauteurs de conflits. Les heures prochaines seront pleines sans doute d'épreuves et de responsabilités pour le parti socialiste et pour le prolétariat. Il saura les affronter avec le courage dont ont fait preuve nos camarades engagés au centre même du conflit. Mais que les gouvernants sachent bien qu'il y aurait sans doute péril pour eux aussi à jouer avec le feu. Ce n'est pas impunément qu'ils allumeraient dans toute l'Europe un formidable incendie.

A bas la guerre! Vive l'Internationale!

Mit Rundschreiben vom 9. XI. 1912 wurde sodann als Kongreßort Basel bestimmt und zugleich beschlossen, am 17. XI. 1912 in allen Großstädten Europas internationale Meetings gegen den Krieg zu organisieren.

Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongreß zu Basel.

24. und 25. XI. 1912 [1]).

Derselbe beschloß einhellig nachfolgendes

Nr. 14. Manifeste [2]).

L'Internationale a formulé, dans ses congrès de Stuttgart et de Copenhague, les règles d'action du prolétariat de tous les pays pour la lutte contre la guerre:

(Folgt der vorletzte und letzte Absatz des Stuttgarter Beschlusses; siehe oben S. 384, 385).

Plus que jamais les événements font une loi au prolétariat international de donner à son action concertée toute la vigueur et toute l'énergie possibles. D'une part, la folie universelle des armements, en aggravant la cherté de la vie, a exaspéré les antagonismes de classe et créé dans la classe ouvrière un intolérable malaise. Elle veut mettre un terme à ce régime de panique et de gaspillage. D'autre part, les menaces de guerre qui reviennent périodiquement sont de plus en plus révoltantes. Les grands peuples européens sont constamment sur le point d'être jetés les uns contre les autres, sans qu'on puisse couvrir ces attentats contre l'humanité et contre la raison du moindre prétexte d'intérêt national. La crise des Balkans, qui a déjà causé tant de désastres, deviendrait, en se généralisant, le plus effroyable danger pour la civilisation et pour le prolétariat. Elle serait, en même temps, un des plus grands scandales de l'histoire par la disproportion entre l'immensité de la catastrophe et la futilité des intérêts qu'on invoque. — C'est donc avec joie que le Congrès constate la pleine unanimité des partis socialistes et des syndicats de tous les pays dans la guerre contre la guerre. Partout les prolétaires se sont élevés en même temps contre l'impérialisme, chaque section de l'Internationale a opposé au gouvernement de son pays la rési-

---

1) Bulletin du B. S. I. X, 9/12.

2) Dasselbe wurde bereits einmal — in der deutschen Originalfassung — in diesem „Archiv" V, 306/311 veröffentlicht. Seine Wiederholung an dieser Stelle erweist sich jedoch als notwendig: nicht bloß um der Vollständigkeit und Übersichtlichkeit des vorgelegten Materials willen, sondern auch im Hinblick auf die nunmehrige Ergänzung des letzteren.

stance du prolétariat et mis en mouvement l'opinion publique de sa nation contre toutes les fantaisies guerrières. Ainsi s'est affirmée une grandiose coopération des ouvriers de tous les pays, qui a déjà contribué beaucoup à sauver la paix du monde menacée. La peur des classes dirigeantes devant une révolution prolétarienne, qui serait la suite d'une guerre universelle, a été une garantie essentielle de la paix. — Le Congrès demande aux partis socialistes de continuer vigoureusement leur action par tous les moyens qui leur paraitront appropriés. Pour cette action commune, il assigne à chaque parti socialiste sa tâche particulière. — Les partis socialistes de la péninsule des Balkans ont une lourde tâche. Les grandes puissances de l'Europe ont contribué, par l'ajournement systématique de toutes les réformes, à créer en Turquie un désordre économique et politique et une surexcitation des passions nationales qui devaient conduire nécessairement à la révolte et à la guerre. Contre l'exploitation de cet état de choses par les dynasties et par la classe bourgeoise, les socialistes des Balkans ont dressé, avec un admirable courage, la revendication d'une fédération démocratique. Le Congrès leur demande de persévérer dans leur admirable attitude. Il compte que la démocratie socialiste des Balkans mettra tout en œuvre après la guerre pour empêcher que les résultats acquis au prix de si terribles sacrifices soient confisqués et détournés par les dynasties, par le militarisme, par une bourgeoisie balkanique avide d'expansion. Le Congrès demande particulièrement aux socialistes des Balkans de s'opposer avec force, non seulement au renouvellement des anciennes inimitiés entre Serbes, Bulgares, Roumains et Grecs, mais à toute oppression des peuples balkaniques qui se trouvent à cette heure dans un autre camp: les Turcs et les Albanais. Les socialistes des Balkans ont le devoir de combattre toute violence faite au droit de ces peuples et d'affirmer, contre le chauvinisme et les passions nationales déchainées, la fraternité de tous les peuples des Balkans, y compris les Albanais, les Turcs et les Roumains. — Les socialistes d'Autriche, de Hongrie, de Croatie et Slavonie, de Bosnie et d'Herzégovine, ont le devoir de continuer de toute leur force leur opposition énergique à toute attaque de la monarchie du Danube contre la Serbie. C'est leur devoir de résister comme ils l'ont fait jusqu'ici à la politique qui tend à dépouiller la Serbie, par la force des armes, des fruits de la guerre, à la transformer en une colonie autrichienne et, pour des intérêts dynastiques, à impliquer les peuples de l'Autriche, et avec eux toutes les nations de l'Europe, dans les plus graves périls. Les socialistes d'Autriche-Hongrie doivent lutter aussi dans l'avenir pour que les fractions des peuples sudslaves, dominés maintenant par la maison des Habsbourg, obtiennent à l'intérieur même de la monarchie austro-hongroise le droit de se gouverner eux-mêmes démocratiquement. Les socialistes d'Autriche-Hongrie, comme les socialistes d'Italie, donneront une attention particulière à la question albanaise. Le Congrès reconnait le droit du peuple albanais à l'autonomie, mais il n'entend pas que, sous prétexte d'autonomie, l'Albanie soit sacrifiée aux ambitions austro-hongroises et italiennes. Le Congrès voit là non seulement un péril pour l'Albanie elle-même, mais encore, dans un temps peu éloigné, une

menace pour la paix entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie. C'est seulement comme membre autonome d'une fédération démocratique des Balkans que l'Albanie peut mener vraiment une vie indépendante. Le Congrès demande donc aux socialistes d'Autriche-Hongrie et d'Italie de combattre toute tentative de leurs gouvernements d'envelopper l'Albanie dans leur sphère d'influence. Il leur demande de continuer leurs efforts pour assurer des relations pacifiques entre l'Autriche-Hongrie et l'Italie. — C'est avec une grande joie que le Congrès salue les grèves de protestation des ouvriers russes. Il y voit une preuve que le prolétariat de Russie et de Pologne commence à se remettre des coups que la contre-révolution tsariste lui a portés. Le Congrès voit dans cette action ouvrière la plus forte garantie contre les criminelles intrigues du tsarisme qui, après avoir écrasé dans le sang les peuples de son empire, après avoir infligé des trahisons innombrables aux peuples des Balkans, livrés par lui à leurs ennemis, vacille maintenant entre la peur des suites qu'une guerre aurait pour lui et la peur d'un mouvement nationaliste que lui-même a créé. Quand donc maintenant le tsarisme s'essaie à paraître comme un libérateur des nations balkaniques, ce n'est que pour reconquérir, sous un hypocrite prétexte et par une guerre sanglante, sa prépondérance dans les Balkans. Le Congrès compte que le prolétariat des villes et des campagnes de Russie, de Finlande et de Pologne, usant de sa force accrue, déchirera ces voiles de mensonge, s'opposera à toute aventure guerrière du tsarisme, à toute entreprise soit sur l'Arménie, soit sur Constantinople et concentrera toutes ses forces dans un nouveau combat de libération contre le despotisme tsariste. Le tsarisme est l'espérance de toutes les puissances de réaction de l'Europe, le plus terrible ennemi du peuple russe. L'Internationale considère qu'amener sa chute est une de ses tâches principales. — Mais la tâche la plus importante dans l'action internationale incombe aux travailleurs d'Allemagne, de France et d'Angleterre. En ce moment, les travailleurs de ces pays doivent demander à leurs gouvernements de refuser tout secours à l'Autriche-Hongrie et à la Russie, de s'abstenir de toute immixtion dans les troubles balkaniques et de garder une neutralité absolue. Si entre les trois grands pays qui guident la civilisation humaine une guerre éclatait pour la querelle serbo-autrichienne au sujet d'un port, ce serait une criminelle folie. Les travailleurs d'Allemagne et de France n'acceptent pas que des traités secrets puissent jamais leur faire une obligation d'entrer dans le conflit des Balkans. — Si, dans la suite, l'effondrement militaire de la Turquie ébranlait la puissance ottomane en Asie-Mineure, c'est le devoir des socialistes d'Angleterre, de France et d'Allemagne de s'opposer de toutes leurs forces à une politique de conquête en Asie-Mineure, qui mènerait droit à la guerre universelle. Le Congrès considère comme le plus grand danger pour la paix de l'Europe l'hostilité artificiellement entretenue entre la Grande-Bretagne et l'empire allemand. Il salue les efforts de la classe ouvrière des deux pays pour apaiser cet antagonisme. Il estime que le meilleur moyen à cet effet sera la conclusion d'un accord sur la limitation des armements navals et sur l'abolition du droit de prise mari-

time. Le Congrès demande aux socialistes d'Angleterre et d'Allemagne d'intensifier leur propagande en vue de cet accord. L'apaisement des antagonismes entre l'Allemagne d'un côté, la France et l'Angleterre de l'autre, écarterait le plus grand péril pour la paix du monde. Il ébranlerait la puissance du tsarisme qui exploite cet antagonisme. Il rendrait impossible toute attaque de l'Autriche contre la Serbie et il assurerait la paix universelle. Tous les efforts de l'Internationale doivent tendre vers ce but. — Le Congrès constate que toute l'Internationale socialiste est unie sur ces idées essentielles de la politique extérieure. Il demande aux travailleurs de tous les pays d'opposer à l'impérialisme capitaliste la force de la solidarité internationale du prolétariat. Il avertit les classes dirigeantes de tous les pays de ne pas accroître encore, par des actions de guerre, la misère infligée aux masses par le mode de production capitaliste. Il demande, il exige la paix. Que les gouvernements sachent bien que dans l'état actuel de l'Europe et dans la disposition d'esprit de la classe ouvrière, ils ne pourraient sans péril pour eux-mêmes déchaîner la guerre. Qu'ils se souviennent que la guerre franco-allemande a provoqué l'explosion révolutionnaire de la Commune, que la guerre russo-japonaise a mis en mouvement les forces de révolution du peuple russe. Qu'ils se souvienent que le malaise provoqué par la surenchère des dépenses militaires et navales a donné aux conflits sociaux en Angleterre et sur le continent une acuité inaccoutumée et déchaîné des grèves formidables. — Ils seraient fous, s'ils ne sentaient pas que la seule idée d'une guerre monstrueuse soulève l'indignation et la colère du prolétariat de tous les pays. Les travailleurs considèrent comme un crime de tirer les uns sur les autres pour le profit des capitalistes ou l'orgueil des dynasties ou les combinaisons des traités secrets. Si les gouvernements, supprimant toute possibilité d'évolution régulière, acculent le proletariat de toute l'Europe à des resolutions désespérées, c'est eux qui porteront toute la responsabilité de la crise provoquée par eux. L'Internationale redoublera d'efforts pour prévenir la guerre par sa propagande toujours plus intense, par sa protestation toujours plus ferme. Le Congrès charge à cet effet le Bureau Socialiste International de suivre les événements avec un redoublement d'attention, et de maintenir, quoi qu'il advienne, la communication et le lien entre les partis prolétariens de tous les pays. — Le prolétariat a conscience que c'est sur lui que repose à cette heure tout l'avenir de l'humanité et il emploiera toute son énergie pour empêcher l'anéantissement de la fleur de tous les peuples, menacés de toutes les horreurs de massacres énormes, de la famine et de la peste. — Le Congrès fait appel à vous, prolétaires et socialistes de tous les pays, pour que, dans cette heure décisive, vous fassiez entendre votre voix. Affirmez votre volonté sous toutes les formes et partout. Elevez de toute votre force votre protestation unanime dans les parlements; unissez-vous dans des manifestations et actions de masse; utilisez tous les moyens que l'organisation et la force du prolétariat mettent en vos mains, de telle sorte que les gouvernements sentent constamment devant eux la volonté attentive et agissante d'une classe ouvrière résolue à la paix. Opposez ainsi au

monde capitaliste de l'exploitation et du meurtre des masses le monde prolétarien de la paix et de l'union des peuples.

* * *

Es ist nicht ohne Bedeutung, aus der Rede, in der VAILLANT die Zustimmung der französischen Delegation zum Ausdruck brachte, folgende Bemerkungen hervorzuheben:

Nr. 15 [1]).

„*Dans la commission qui a élabore le manifeste tous les membres, ont déclaré qu'ils le voulaient animer du même esprit qui animait les résolutions du Congrès national français* [2]). *Il était dans cette résolution des termes auxquels, beaucoup d'entre nous tenaient le plus, qui ne pourraient sans danger ou inconvenient pour quelques sections, être admis dans le manifeste. Mais n'ont été exclues ni la pensée, ni la volonté de la Grève Générale et de l'insurrection comme recours suprême contre la guerre. — La gréve insurrectionelle en Russie a été, en 1905, l'arme par excellence de la Révolution. Elle recommence aujourd'hui et c'est par elle que déjà sont tenues en échec les intrigues et les entreprises belliqueuses du tsarisme. — Mais le langage de l'Internationale ne peut être celui d'une section nationale. L'Internationale fait appel à l'action contre la guerre de toutes les sections nationales et elle fait confiance à chacune d'elles dans la certitude que chacune fera tout son devoir et agira dans toute la mesure des possibilités et de ses forces et de toute son energie pour rendre la guerre impossible. — La section française saura ne démériter ni de son histoire ni de son esprit révolutionaire.*

* * *

Und vor VAILLANT schon hatte JAURÈS in seiner Befürwortung des Manifestentwurfes festgestellt:

Nr. 16 [3]).

«. . . *Si pour l'énorme diversité de toutes les éventualités notre résolution ne prévoit pas de mode spécial d'action, il n'en exclut aucun non plus. Elle donne un avertissement aux gouvernements et elle attire clairement leur attention sur le fait qu'ils créeraient facilement une situation révolutionnaire, oui, la plus révolutionnaire que l'on puisse imaginer*».

Als im Frühjahr 1913 die deutsche und die französische Regierung neue Heeresvorlagen ausarbeiteten, erließen die Sozialdemokratien der beiden Länder ein:

1) Bulletin du B. S. I. X, 15. 2) Vgl. Viertes Kapitel: Frankreich.
3) Bulletin du B. S. I. X, 12.

Nr. 17. Manifeste germano-français contre l'accroissement des armements. 1. III. 1913 [1]).

Au moment où, en Allemagne et en France, les gouvernements se préparent à déposer de nouveaux projets de loi qui vont encore accroître les charges militaires déjà formidables, les socialistes français et les socialistes allemands estiment que c'est leur devoir de s'unir plus étroitement que jamais pour mener ensemble la bataille contre ces agissements insensés des classes dirigeantes.

Les socialistes français et les socialistes allemands protestent, unanimement et d'une même voix, contre les armements incessants qui épuisent les peuples, les contraignent à négliger les plus précieuses œuvres de civilisation, aggravent les défiances réciproques, et au lieu d'assurer la paix, suscitent des conflits qui conduisent à une catastrophe universelle et qui aboutissent à la misère et à la destruction des masses.

Les socialistes des deux pays ont le droit de se regarder comme les interprètes, tout à la fois du peuple allemand et du peuple français, quand ils affirment que la masse des deux peuples, à une majorité écrasante, veut la paix, et qu'elle a horreur de la guerre. Ce sont les classes dirigeantes qui, d'un côté et de l'autre de la frontière, provoquent artificiellement, au lieu de les combattre, les antagonismes nationaux, attisent l'hostilité réciproque, et détournent ainsi les peuples, dans leur pays, de leurs efforts de civilisation et de leur bataille émancipatrice.

Pour assurer tout à la fois le maintien de la paix, l'indépendance des nations et le progrès dans tous les domaines de la démocratie des deux Etats, les socialistes réclament que tous les conflits entre les peuples soient réglés par des traités d'arbitrage; car ils estiment que les résoudre par la voie de la violence n'est que barbarie et honte pour l'humanité.

Ils réclament qu'à l'armée permanente, qui constitue pour les nations une permanente menace, soient substituées des milices nationales, établies sur des bases démocratiques et n'ayant pour objet que la défense du pays.

Et si enfin, en dépit de leur opposition passionnée, de nouvelles dépenses militaires sont imposées aux peuples, les socialistes des deux pays lutteront de toute leur énergie pour que les charges financières retombent sur les épaules des possédants et des riches.

Les socialistes d'Allemagne et de France ont déjà, par leur conduite dans le passé, démasqué le double jeu, le jeu perfide des chauvins et des fournisseurs militaires des deux pays, qui évoquent aux yeux du peuple, en France, une prétendue complaisance des socialistes allemands pour le militarisme, et en Allemagne une prétendue complaisance des socialistes français pour le même militarisme.

La lutte commune contre le chauvinisme, d'un côté et de l'autre de la frontière, l'effort commun pour une union pacifique et amicale des deux nations civilisées doivent mettre fin à cette artificieuse duperie.

---

1) Ebenda XI, 1/2.

C'est le même cri contre la guerre, c'est la même condamnation de la paix armée qui retentissent à la fois dans les deux pays. C'est sous le même drapeau de l'Internationale — de l'Internationale qui repose sur la liberté et l'indépendance assurées à chaque nation — que les socialistes français et les socialistes allemands poursuivent avec une vigueur croissante leur lutte contre le militarisme insatiable, contre la guerre dévastatrice, pour l'entente réciproque, pour la paix durable entre les peuples.

Interparlamentarische Verständigungskonferenz in Bern.
11. V. 1913 [1]).

Die Einladung zu ihr war von Mitgliedern verschiedener Parteien des schweizerischen Nationalrates, darunter den Sozialdemokraten GREULICH, GRIMM, JEAN SIGG, an sämtliche Abgeordnete des deutschen Reichstags und des französischen Parlaments ergangen. Es nahmen an ihr im ganzen 155 Parlamentarier teil: 34 Deutsche und 121 Franzosen (wovon 16 Senatoren). Auf deutscher Seite gehörten bloß 6, auf französischer 83 (einschl. 12 unabhängigen Sozialisten) bürgerlichen Parteien an. Die Konferenz beschloß einhellig folgende:

Nr. 18. Resolution [2]).

La première conférence de parlamentaires allemands et français, réunie à Berne, le 11 mai 1913, répudie énergiquement toute solidarité dans les détestables campagnes d'excitations chauvines de toutes sortes et les coupables spéculations qui menacent des deux côtés de la frontière d'égarer le bon sens et le patriotisme des populations.

Elle sait et elle proclame que les deux pays, dans leur immense majorité, sont fermement attachés à la paix, condition absolue de tout progrès.

Elle s'engage à une action incessante pour dissiper les malentendus, prévenir les conflits, et elle remercie de tout cœur les représentants d'Alsace-Lorraine d'avoir facilité, par leurs nobles déclarations, votées à l'unanimité, le rapprochement des deux pays comme une œuvre commune.

Elle invite ses membres à faire tous leurs efforts pour amener les gouvernements des grandes puissances à modérer leurs dépenses navales et militaires.

---

1) Internationales Jahrbuch f. Politik und Arbeiterbewegung. Berlin 1913. S. 306, 491 f. 2) Bulletin du B. S. I. XI, 2 f.

La conférence appuie chaleureusement la proposition de M. Bryan, sous-secrétaire d'Etat aux Etats-Unis, relative aux traités d'arbitrage.

Elle demande que les conflits qui pourraient s'élever entre les deux pays et qui ne seraient pas réglés par la voie diplomatique, soient déférés à l'arbitrage du tribunal de La Haye et elle compte sur ses membres pour engager une action énergique et soutenue.

Elle estime qu'un rapprochement de la France et de l'Allemagne facilitera l'entente des deux grands groupes européens et préparera, par là l'établissement durable de la paix.

Elle décide que son bureau sera constitué en comité permanent; il se complètera par cooptation, dans les deux pays.

Elle lui donne mandat de convoquer périodiquement la conférence ou de la réunir d'urgence si les circonstances l'exigeaient.

In gleichem Sinne erfolgten Kundgebungen der russischen und der österreichisch-ungarischen Sozialdemokratien.

Nr. 19. Schreiben der sozialdem. Fraktion der russischen Duma an die deutsche Sozialdemokratie in Österreich und die Sozialdem. Partei Ungarns (undatiert)[1].

Chers Citoyens, Nous les quelques députés socialdémocrates de la quatrième Douma d'Empire, nous vous tendons, à vous les représentants des masses ouvrières d'Autriche-Hongrie — par dessus les têtes de la clique réactionnaire bureaucratique et de l'opposition libérale-chauvine, comme contrepoids des manifestations patriotiques slavophiles, — la main avec l'expression de notre solidarité fraternelle et avec nos salutations socialdémocratiques.

Grâce à l'œuvre de la diplomatie internationale et en premier lieu des diplomaties russe et autrichienne, la sombre menace d'une conflagration générale sanglante et d'abord d'un choc russo-autrichien plane encore toujours sur l'Europe.

Les questions de l'accès de la Serbie à l'Adriatique, de l'autonomie de l'Albanie, de Scutarie, etc., ne servent qu'à masquer la lutte entre la Russie et l'Autriche pour l'hégémonie dans la péninsule balkanique.

Dans le conflit roumano-bulgare nous trouvons également les excitateurs austro-hongrois et russes qui firent métier d'aiguillonner les appétits des petits Etats pour fonder sur les dissensions et l'inimitié de ceux-ci des plans de nouvelles intrigues impérialistes.

---

1) Ebenda XI, 3 f.

Et chacune de ces questions secondaires au sujet desquelles les diplomates responsables et irresponsables tentent de faire une épreuve de force, peut devenir le départ d'un nouveau chapitre sanglant de l'ignominie de l'histoire européenne.

Si toute tentative tendant à jeter deux peuples l'un contre l'autre est, comme l'a dit le Congrès socialiste international de Bâle, un attentat contre l'Humanité et la Raison, une guerre entre la Russie et l'Autriche — guerre qui serait une sauvage mêlée des nations et des races — serait une véritable incarnation de la folie.

Les peuples de Russie ne connaissent pas de motif qui pourrait donner une ombre de sens à pareil crime.

Les masses paysannes de Russie n'ont rien à chercher aux Balkans. Elles ont besoin de réformes agraires et de l'impôt dans leur propre pays.

La classe paysanne russe, ruinée et affamée, n'est pas un soutien de l'impérialisme, elle n'est que sa victime. Et il en est de même des masses de la petite bourgeoisie des villes, qui sont écrasées par le militarisme.

Quant au prolétariat russe, il peut d'autant moins devenir le soutien de l'impéralisme d'aventures qu'il forme la classe la plus préjudiciée par le régime actuel de l'illégalité politique, de l'arbitraire policier et des bacchanales nationalistes.

De même que la diplomatie austro-hongroise lui dénie le droit de décider, dans l'intérêt des cliques féodales et capitalistes, du sort des peuples des Balkans, nous déclarons également: La diplomatie pétersbourgeoise n'a rien à chercher aux Balkans et les peuples balkaniques n'ont rien à attendre des chancelleries diplomatiques de Pétersbourg. Les peuples de l'Orient doivent s'organiser, par leurs propres forces sur leur territoire, sur la base d'une fédération démocratique indépendante de la Russie aussi bien que de l'Autriche-Hongrie.

Ce point de vue nous réunit avec vous de même qu'avec les partis frères des Balkans. Nous vous prions, chers camarades, de ne pas douter du fait que le prolétariat russe, lequel s'est réveillé depuis l'engourdissement où l'a plongé la contrerévolution, a conscience de sa valeur et de son devoir et qu'il saura, au moment décisif, obliger les puissants de ce monde à tenir compte de sa volonté.

Dans notre lutte pour la paix, de même que dans notre action commune, nous nous sentons et nous nous voyons unis à vous par l'unité indéfectible des devoirs et du but. Nous avons des ennemis et des amis communs.

Cette solidarité socialiste que rien ne trouble fortifie notre courage et notre confiance au milieu du terrible déchaînement des passions chauvines.

Nous repoussons avec mépris l'agitation antiallemande et antiautrichienne du libéralisme russe parce que celui-ci tente d'affubler du masque du progrès la sauvage excitation du peuple russe contre les Allemands et tout ce qui est allemand. C'est avec fierté que nous nous déclarons les fidèles elèves du socialisme allemand.

Vive la paix et la fraternité des peuples! Vive le prolétariat d'Autriche

et de Hongrie! Vive l'indépendante Fédération démocratique des Balkans! Vive le socialisme international!

Salutations fraternelles,

La fraction socialdémocrate de la quatrième Douma.

* * *

Nr. 20. Antwort der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich. 29. IV. 1913[1]).

Werte Genossen! Mit Freude und Genugtuung haben wir, haben Hunderttausende österreichischer Arbeiter Euren Brief gelesen.

Unzerreissbare Bande verknüpfen uns mit Euch: nicht nur die Bande, die die Gemeinschaft des Zieles knüpft, auch die Bande gemeinsamer Geschichte, gemeinsamer Erinnerung.

Mit Euch haben wir die grossen, heldenmütigen Kämpfe der Jahre 1905 und 1906 durchlebt. Eure grossen Kämpfe haben unter den Arbeitermassen Österreichs jene leidenschaftliche Entschlossenheit ausgelöst, die sie zum Siege im Wahlrechtskampf geführt hat. Mit Euch haben wir gelitten, als feindliche Gewalten Euch besiegten. Mit Euch jubeln wir über alle Zeichen der Wiederbelebung der russischen Arbeiterklasse: über die grossen Massenstreiks, über die Erfolge bei den Dumawahlen, über die prächtige Entwicklung Eurer Presse. In Eurem Aufstieg, in Eurem furchtlosen Kampfe gegen den panslavistischen Chauvinismus sehen wir eine der festesten Bürgschaften der europäischen Demokratie und des europäischen Friedens.

Wie Ihr erblicken auch wir die Lösung der Balkanfrage nur in der demokratischen Selbstbestimmung der Balkanvölker selbst, nur in der demokratischen Föderation der Nationen des Balkans, die gleich frei sein soll von den Einflüssen der Wiener und der Petersburger Herrschaftsgelüste.

Wie Ihr weisen auch wir mit leidenschaftlichem Abscheu jeden Gedanken an die furchtbare Katastrophe eines Krieges zwischen Österreich und Russland zurück. Wie Ihr setzen auch wir seit Monaten alle Kraft in dem Kampfe gegen alle kriegerischen Gelüste ein. Wie Ihr haben auch wir nie einen Feldzug mit grösserer Leidenschaft geführt als den Krieg gegen den Krieg.

Euren Bedrückern gilt unser unversöhnlicher Hass. Die Völker Russlands aber sind uns verbündet durch das unzerreissbare Band des gemeinsamen Kampfes um die Freiheit und den Frieden.

Für den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Österreich:

Ferdinand Skaret. *Dr. Victor Adler.*

* * *

1) Ebenda XI, 4 f.

Nr. 21. Antwort der Sozialdem. Partei Ungarns. 1. V. 1913[1]).

Chers Citoyens! Le Comité Central de la Socialdémocratie hongroise envoie son salut fraternel aux députés socialdémocrates de la Douma d'Empire et au prolétariat russe qui, malgré le déchaînement du chauvinisme et de l'absolutisme, brandit fièrement le drapeau de la solidarité internationale et de la liberté des peuples.

A l'heure grave où nous devons compter avec la possibilité de voir les intrigues de diplomates incapables et la rapacité de cliques capitalistes et militaristes aller jusqu'à déchaîner une guerre mondiale, nous sentons le besoin de vous dire que la population hongroise n'a pour le peuple russe que des sentiments de fraternité et qu'elle proteste de toutes ses forces contre une guerre qui ne serait pas une guerre voulue par les peuples mais bien par les dynasties, les capitalistes et les bureaucrates.

Le peuple hongrois a parfaitement conscience du fait que ce n'est point à l'étranger mais bien dans son propre pays que l'on met obstacle à son développement. Il est convaincu que ce n'est pas par une guerre mais seulement en livrant une lutte de classe ininterrompue que la classe ouvrière peut revendiquer ses vrais intérêts. Les travailleurs hongrois ont appris à considérer comme leurs frères les opprimés et les exploités de toutes les nations et de toutes langues, et comme leurs ennemis jurés les exploiteurs et les oppresseurs, y compris ceux de leur propre pays.

Aucun gouvernement, aucune classe dirigeante n'a le droit de s'attribuer le rôle de protecteur de la liberté d'un peuple étranger et surtout pas alors que les revendications les plus élémentaires de la démocratie et de la liberté sont foulées aux pieds dans leur propre pays. Nous remarquons bien, en lisant votre lettre, que derrière le masque de l'enthousiasme pour la liberté des peuples balkaniques, vous voyez bien les vraies grimaces du tzarisme russe. Nous vous assurons qu'à l'exception de la petite sphère de dirigeants il n'y a, en Autriche-Hongrie, personne qui admette pour la monarchie austro-hongroise le droit de se poser en mandataire de l'autonomie nationale et de la liberté d'un peuple et notamment du peuple albanais. Et il n'est personne non plus qui croirait que ce sont les principes de la liberté nationale et non la poursuite d'intérêts dynastiques, agrariens et cléricaux qui pousseraient la diplomatie austro-hongroise sur une voie mettant en danger la paix mondiale.

Si le gouvernement hongrois veut travailler pour la libération nationale, il n'a pas besoin de s'occuper de l'Albanie: l'oppression nationale de dix millions de citoyens n'appartenant pas à la nation hongroise fournirait à ce vif désir de libération, s'il existait, un large terrain d'action. S'il veut travailler pour la liberté, il n'a non plus besoin d'aller en Albanie: il a dans son propre pays des millions de prolétaires industriels et agricoles qui

---

1) Ebenda XI, 5 f.

ne portent qu'en murmurant les chaînes que sont pour eux l'absence de droits politiques et la misère économique.

Les événements de l'année dernière n'ont pas seulement enlevé tout soupçon de pudeur au soi-disant constitutionnalisme hongrois, mais ils ont également rompu les derniers liens de connexion entre le prolétariat et les classes dirigeantes. Ce n'est que par l'appel permanent à la force armée, par l'absolutisme agissant ouvertement dans les pays habités par les slaves du nord et par l'absolutisme opérant sous le masque en Hongrie, que le gouvernement et la clique dirigeante se soustraient à une terrible justice populaire. Non seulement le gouvernement de pareil pays n'a pas le droit, mais nous voulons espérer aussi qu'il n'a pas non plus le courage de provoquer une guerre dont nul ne peut prévoir l'issue. Nous faisons tout ce qui est en notre pouvoir pour combattre l'ardeur guerrière des dirigeants en leur opposant l'armée du prolétariat socialdémocrate. Et notre action ne reste pas absolument sans résultat. Nous vous prions d'informer le prolétariat russe et l'opinion publique russe tout entière que sur la moitié la plus étendue du territoire austro-hongrois, en Hongrie, ce n'est pas seulement le parti socialdémocrate, mais la population tout entière qui combat une guerre avec la Russie ou avec un des pays balkaniques. Dans notre lutte contre les chauvins, votre lettre nous rend le meilleur service, car à l'aide de vos arguments nous pouvons réfuter éfficacement la légende propagée dans la presse officieuse au sujet de l'ardeur guerrière de toute la société russe. Nous vous crions donc, au nom de la grande lutte commune du socialisme:

Vive la fraternité des peuples! Vive la socialdémocratie internationale! A bas les puissances du capitalisme et du militarisme! A bas l'absolutisme et le chauvinisme!

Salutations fraternelles,

Le Comité Central du Parti Socialdémocrate de Hongrie:
E. Buchinger, secrétaire.

---

§ 3. Bei Kriegsausbruch.

Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel. 29.—30. VII. 1914[1]).

Sie fand statt nach Überreichung des österreichisch-ungarischen Ultimatums an Serbien (23. VII. 1914) und dem Abbruch der

1) Le Peuple. Organe quotidien de la démocratie socialiste. Bruxelles. 30. und 31. VII. 1914; L'Humanité (Paris). 30. und 31. VII. 1914.

diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten (25. VII.), auf den am 28. VII. die Kriegserklärung von Seite Österreich-Ungarns folgte.

Über die Sitzung wurden folgende Berichte ausgegeben [1]):

Nr. 22.

L'assemblée a examiné la situation politique créée par les derniers événements et elle a entamé l'exposé et la discussion des rapports des délégués venant des pays où la guerre sévit ou ménace de sévir. À l'unanimité il a été décidé de ne pas ajourner le congrès qui aurait dû se tenir à Vienne le 23 août, mais au contraire d'en rapprocher la date. Sur proposition des délégués allemands et avec la vive adhésion des délégués français, il a été décidé de réunir le congrès à Paris le 9 août, de maintenir l'ordre du jour de Vienne et de mettre en tête l'examen de la question «La guerre et le prolétariat».

* * *

Nr. 23.

Le B. S. I. a entendu aujourd'hui en sa séance du 30. Juillet les délégués de toutes les nations menacées par la guerre mandiale, exposer la situation politique dans leur pays respectifs. — À l'unanimité, il fait une obligation aux prolétaires de toutes les nations intéressées, non seulement de poursuivre, mais encore d'intensifier leurs démonstrations contre la guerre, pour la paix et pour le règlement arbitual du conflit austro-serbe. — Les prolétaires allemands et français feront sur leur gouvernement une pression plus energique que jamais afin que l'Allemagne exerce sur l'Autriche une action modératrice et que la France obtienne de la Russie qu'elle ne s'engage pas dans le conflit. Les prolétaires de Grande-Bretagne et d'Italie, de leur côté, appuieront ses efforts de toutes leurs forces. — Le congrès, convoqué d'urgence à Paris sera l'expression vigoureuse de cette volonté pacifique du prolétariat mondial.

Le B. S. I. félicite chaleureusement le prolétariat russe de son attitude révolutionnaire et l'invite à persévérer contre le tsarisme dans ses efforts héroiques qui constituent une des garanties les plus efficaces contre la menace de la guerre mondiale.

* * *

Internationales Meeting gegen den Krieg in Brüssel. 29. VII. 1914 [2]).

Auf demselben sprachen: VANDERVELDE (als Vorsitzender), HAASE (in deutscher Sprache), MORGARI, KEIR-HARDIE (in englischer Sprache), RUBANOWITSCH, TROELSTRA, JAURÈS.

1) Le Peuple (Bruxelles), 30. VII. 1914; Vgl. auch L'Humanité, 30. VII. 1914. 2) Ebenda.

HAASE erklärte: Osterreich allein sei an dem Kriege schuld, und fügte hinzu:

Nr. 24.

L'Autriche semble vouloir compter sur l'Allemagne, mais les socialistes allemands déclarent que les traités secrets n'engagent pas le prolétariat. Le prolétariat allemand dit que l'Allemagne ne doit pas intervenir, même si la Russie intervient. La bourgeoisie allemande déclare au contraire que l'Allemagne devrait intervenir parceque l'Autriche a attaqué la Serbie. Et, par conséquence non moins logique et non moins odieuse non plus, les bourgeois français pensent aussi que la France devrait intervenir contre la France. — Les prolétaires français pensent comme nous. — Que nos ennemis prennent garde. Il se pourrait, que les peuples indignès de tant de misère et d'oppression, s'éveillent enfin et établissent la société socialiste. Hier, à Berlin, des milliers et des milliers de prolétaires ont protesté contre la guerre aux cris de « Vive la paix! À bas la guerre!

JAURÈS kritisierte die Diplomatie, speziell Österreichs und Deutschlands, und fuhr sodann fort:

Nr. 25.

Nous, socialistes français, notre devoir est simple; nous n'avons pas à imposer à notre gouvernement une politique de paix. Il la pratique. Moi qui n'ai jamais hésité à assumer sur ma tête la haine de nos chauvins, par ma volonté obstinée et qui ne faillira jamais, de rapprochement franco-allemand, j'ai le droit de dire qu'à l'heure actuelle le gouvernement français veut la paix et travaille au maintien de la paix. — Le gouvernement français est le meilleur allié de paix de cet admirable gouvernement anglais qui a pris l'initiative de la conciliation. Et il donne à la Russie des conseils de prudence et de patience. — Quant à nous, c'est notre devoir d'insister pour qu'il parle avec force à la Russie de façon qu'elle s'abstienne. Mais si, par malheur, la Russie n'en tenait pas compte, notre devoir est de dire: «Nous ne connaissons qu'un traité, le traité qui nous lie à la race humaine.»

Voilà notre devoir et, en l'exprimont, nous nous sommes trouvés d'accord avec les camarades d'Allemagne qui demandent à leur gouvernement de faire que l'Autriche modère ses actes. Il se peut que la dépêche dont je vous parlais tantôt[1]*) provienne en partie de cette volonté des prolétaires allemands. Fût-on le maitre auguste, on ne peut aller contre la volonté de quatre millions de consciences éclairées. — Voilà ce qui nous permet de dire qu'il y a déjà une diplomatie socialiste qui s'avère au grand jour et qui n'agit pas pour déchirer les cœurs ni troubler les consciences.*

Aussi, citoyens, toute à l'heure, dans la séance du B. S. I., nous avons

1) ... dépêche ... disant que l'Autriche avait promis de ne pas annexer la Serbie et que moyennant cette promesse la Russie pourrait attendre ..." (ebenda).

eu la grande joie de recevoir le récit détaillé des manifestations socialistes, par lesquelles 100 000 hommes berlinois, malgré les étudiants chauvins aux balafres prophétiques, malgré la police, ont affirmé leur volonté de paix. La bàs, malgré le poids qui pèse sur eux et qui donne plus de mérite à leurs efforts, ils ont fait preuve de courage en accumulant sur leur tête, chaque année, des mois et des années de prison, et vous me permettiez de saluer encore la femme vaillante Rosa Luxemburg qui fait passer dans le cœur du prolétariat allemand la flamme de sa pensée. Mais jamais les socialistes allemands n'auront rendu service plus grand à la cause de l'humanité que dans la journée d'hier. Et quel service ils ont rendu hier, à nous, socialistes français!

Nous les avons entendus, nos chauvins, dire mainte fois: Ah, comme nous serions tranquilles si nous avions en France des socialistes allemands modérés et calmes. Et bien, hier, les socialistes français furent à Berlin et au nombre de cent mille manifestèrent. Nous enverrons de socialistes français en Allemagne où on les réclame et les Allemands nous enverront les leurs, puisque les chauvins français les réclament. Savez-vous ce que c'est que le prolétariat: c'est des masses d'hommes qui ont collectivement l'amour de la paix et l'horreur de la guerre. Les chauvins, les nationalistes, ce sont des hommes, qui ont collectivement l'amour de la guerre et du carnage. Mais quand ils sentent sur leur tête la menace des conflits, des guerres qui faucheront pêle-mêle des existences bourgeoises et ouvrières, alors ils se souviennent qu'ils ont des amis et cherchent à apaiser l'orage. Mais pour les maîtres absolus le terrain est miné. Si dans l'entraînement mécanique et dans l'ivresse des premiers combats, ils réussissent à entrainer les masses, à mesure que le typhus achèverait l'œuvre des obus, à mesure que la mort et la misère frapperaient, les hommes dégrisés se tourneront vers les dirigeants allemands, français, russes, italiens, demanderont quelles raisons ils peuvent donner de tous ces cadavres. Et alors, la révolution déchaînée leur dirait: «Va t'en et demande pardon à Dieu et aux hommes!». Mais si nous évitons l'orage, alors, j'espère que les peuples n'oublieront pas et qu'ils diront: Il faut empêcher que le spectre sorte de son tombeau tous les six mois pour effrayer le monde.

Hommes humains de tous les pays, voilà l'œuvre de paix et de justice que nous devons accomplir.

Le prolétariat déjà a le sentiment de sa force, et, avec une fierté plus grande, des millions et des millions de prolétaires, par l'organe de leurs délégués, viendront à Paris affirmer leur volonté de justice et de paix.

Kundgebungen der Gewerkschaftsinternationale.

Bei der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften liefen folgende Telegramme ein[1][2]:

---

1) Vorwärts (Berlin), 2. VIII. 1914.

2) Diese Kundgebungen scheinen Antworten auf eine von KARL LEGIEN

Nr. 26.

Mailand, 31. Juli.

Das italienische Prolatariat wendet sich einmütig gegen die Gefahr eines europäischen Zusammenstosses. Es verlangt von der Regierung sich im serbisch-österreichischen Konflikt neutral zu verhalten. Es wird seine volle Pflicht tun, einen Krieg zu verhindern.

Rigola.

Nr. 27.

Paris, 31. Juli.

Der französische Generalverband der Arbeit wendet sich entschieden gegen einen Krieg und fordert das internationale Proletariat auf, einen Druck auf seine Regierungen auszuüben, um eine Lokalisation des Konflikts durchzusetzen. Der Friede muss erhalten werden und triumphieren, wenn die international organisierten Arbeiter einig in dem Gedanken bleiben, jedem kriegerischen Zusammenstoss zu widersprechen. Der Friede liegt in den Händen der internationalen Arbeiterklasse, wenn sie der Grösse der Gefahr gewachsen ist. Hier erfolgt eine Friedenskundgebung nach der anderen, denn wir sind fest entschlossen, den Krieg zu vermeiden.

Jouhaux.

Nr. 28.

Brüssel, 31. Juli 1914.

In Belgien waren die Delegierten der Gewerkschaftsorganisationen am 26. oder 27. Juli zu einem Kongress vereinigt, der folgende Tagesordnung annahm:

---

als Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegebene Anregung zu sein. Wenigstens veröffentlicht die Bataille syndicaliste (Paris) vom 1. VIII. 1914 u. d. T. „Action ouvrière internationale" das JOUHAUXsche Telegramm (Nr. 27) in folgender Form:

Nr. 27 a.

«En réponse à un télegramme du camarade Legien, secrétaire du secrétariat international, demandant l'avis de la C. G. T. sur la situation présente, le bureau confédéral lui a adressé le telegramme suivant: Confédération Générale du Travail française résolument contre la guerre, demande prolétariat international intervenir par pression sur gouvernements pour obtenir localisation du conflit. — La paix reste possible, doit triompher, si travailleurs organisés internationalement restent unis dans même pensée: opposition a toute conflagration. — Cette paix est entre les mains de la classe ouvrière internationale si elle sait être à la hauteur du péril. — Ici manifestations se poursuivent. Nous croyons fermement à la paix car sommes energiquement résolus à éviter la guerre. — A bas la guerre. Vive la paix garantie par Internationale ouvrière.

Die fremdsprachigen Originalkundgebungen der übrigen Nationen sind mir — abgesehen von der belgischen (s. unter Belgien, Kap. 5) — zur Zeit noch unzugänglich.

Der Kongress der Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der unabhängigen Gewerkschaften ist der Überzeugung, dass die fortwährenden Rüstungen der europäischen Länder, auf denen das System des bewaffneten Friedens lastet, vermehrt durch die Treibereien der bürgerlichen Presse die Entwickelung des Chauvinismus begünstigt haben. Tief ergriffen von der Nachricht, dass neue Metzeleien durch den serbisch-österreichischen Krieg entfesselt werden, Metzeleien, die das Einschreiten der anderen Mächte und damit einen allgemeinen Zusammenstoss zur Folge haben, versichert der Gewerkschaftskongress seinen unerschütterlichen Widerstand gegen den Krieg. Der Kongress richtet einen Alarmruf an das internationale Proletariat, um dieses Verbrechen an der Menschlichkeit zu verhindern.

Die belgische Arbeiterklasse ist entschlossen, ihren Protest gegen die Schrecken des Krieges mit dem der Arbeiter aller Länder zu vereinen. Die belgischen Arbeiter, die schon schwer in ihrem wirtschaftlichen Leben geschädigt sind, drücken den lebhaften Wunsch aus, dass der Konflikt zwischen Serbien und Österreich lokalisiert und in kürzester Zeit durch eine friedliche Lösung beseitigt werde.

Einzig und allein die Arbeiterklasse erstrebt die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern, setzen daher trotz der tragischen Situation ihr Vertrauen auf die Zukunft, in der die Verständigung des internationalen Proletariats alle Greuel des Krieges unmöglich machen wird.

Corn Mertens.

Nr. 29.

London, 31. Juli.

In atemloser Spannung sehen alle Klassen hier mit Schaudern auf die Möglichkeit eines europäischen Krieges, der Hinopferung von vielen Tausend Menschenleben und vielen Millionen Kapitals, um eine Grenze wiederherzustellen, deren Wiederaufrichtung um nichts, aber auch gar nichts die soziale und ökonomische Lage derjenigen verbessert, die Wunden und Tod auf sich nehmen müssen. Im Hinblick auf die Sinnlosigkeit eines solchen Beginnens bleibt eine geringe Hoffnung, dass der europäische Friede doch noch erhalten werden kann. Jedenfalls werden wir alles tun, um alle Bemühungen der deutschen Genossen auf Erhaltung des Friedens zu unterstützen.

Appleton.

Nr. 30.

Amsterdam, 31. Juli.

Die Niederländische Gewerkschaftszentrale „Nederlandsch verbond van vakvereenigungen" hält es für die Pflicht der Regierungen, die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern und nicht zu verschlimmern; sie ist überzeugt, dass der Krieg zwischen den Grossmächten einzig und allein der Gewaltpolitik der Kapitalisten dient, den Interessen der Arbeiter aber schaden, ihr Leben und Eigentum vernichten und die Kultur töten muss. Sie erklärt sich einig mit dem Proletariat aller Länder und fordert

den internationalen Gewerkschaftsbund auf, das möglichste zu tun, um den Krieg zu verhindern. *Oudegeest.*

Nr. 31.

Bern, 31. Juli.

Der Schweizer Gewerkschaftsbund erklärt sich mit der Arbeiterschaft aller Kulturländer solidarisch in der Verurteilung des Krieges, durch den die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse, die Existenz und die Kulturerrungenschaften der Völker Europas bedroht werden. Die organisierte Arbeiterschaft der Schweiz ist bereit, im Verein mit den Arbeiterorganisationen der anderen Länder nach besten Kräften für den Frieden zu wirken. Sie ersucht dringend den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, sich unverzüglich und eifrig bei den Grossmächten für den Frieden zu verwenden. Der Gewerkschaftsbund sendet den österreichischen und serbischen Arbeitern den Ausdruck wärmster Sympathie und Teilnahme. Sie hofft, dass sie mit Mut und im Bewusstsein ihrer hehren Aufgabe zum Wohl der Menschheit die schweren Schicksalsschläge ertragen, die sie heimsuchen. Nieder mit Krieg und Kriegsgreueln! Hoch der Weltfriede und die Völkerverbrüderung! *Schneeberger. Huggler.*

Nr. 32.

Christiana, 31. Juli.

70 000 organisierte Arbeiter in Norwegen senden im Auftrage der ganzen norwegischen Arbeiterklasse einen flammenden Protest gegen den Krieg, der jetzt die ganze Welt in Brand zu setzen droht. Wir richten die dringendste Aufforderung an die Arbeiter in den Ländern, die die Entscheidung in ihrer Hand haben, ihr Äusserstes zu tun, um den Weltkrieg zu verhindern. Ein Meer von Leiden wird über die Arbeiterklasse hereinbrechen. Unmessbare Werte werden zugrunde gerichtet werden und ein verderblicher Abbruch der Kulturentwicklung wird die Folge sein. Dieser Lage gegenüber ist es eine heilige Pflicht für die Arbeiterklasse, den Weltkrieg zu hindern zu suchen durch alle zur Verfügung stehenden Mittel. Die organisierten Arbeiter Norwegens stehen selbstverständlich mit ihren Klassengenossen in den übrigen Ländern bei jeder Aktion gegen den Krieg solidarisch.

Das Sekretariat der fachlichen Landesorganisation der Arbeiter Norwegens. *Ole O. Lian.*

Nr. 33.

Washington, 31. 7.

Fluch allen Kriegen! Verdammung auch dem österreichisch-serbischen Krieg! Recht und gut jedes ehrenhafte Bemühen, ihn zu beenden!

Gompers.

Aussprache zwischen der deutschen und der französischen Partei.
1. VIII. 1915.

Noch im letzten Augenblick, am 1. VIII., fand in Paris zwischen dem Mitgliede des deutschen Parteivorstandes als dessen Delegierten, HERMANN MÜLLER, und der französischen Partei ein Gedankenaustausch statt. Hierüber ist bisher — im Verfolg einer Polemik gegen eine Mitteilung des Reichstagsabgeordneten ALBERT SÜDEKUM über diesen Besuch MÜLLERS, im Mailänder „Secolo" vom 9. II. 1915 — nachfolgendes berichtet worden. Der französische Deputierte PIERRE RENAUDEL erzählt in einem Artikel:

Nr. 34. *La voix de Londres*[1]).

Cette visite se produisit le lendemain même de la mort de Jaurès (que Muller apprit en arrivant à Paris). Premier point faux! Muller ne venait point pour les obsèques de notre ami, mais bien parceque le Parteivorstand était inquiet sur la gravité de la situation. Sudekum prétend que Muller fut reçu «d'une façon inouie». Muller fut reçu avec cordialité. J'imagine qu'il pourrait le dire lui-même. Sa démarche, à l'heure où nous étions, ne pouvait que nous émouvoir par l'affirmation de solidarité internationale qu'elle marquait. Muller affirma que la socialdémocratie, dans les votes des crédits au Reichstag, voterait contre, ou s'abstiendrait si les socialistes français s'abstenaient eux-mêmes. Certains d'entre nous firent remarquer à Muller que si la France était attaquée, envahie, pas un socialiste ne se soustrairait au vote des crédits. Muller déclara que la question de savoir qui était l'aggresseur était une question théorique toujours difficile à vider. Ce qui restait, c'était le principe: ne pas voter les crédits militaires nécessaires à la guerre, et il répéta que deux courants seulement s'étaient manifestés parmi les socialistes allemands: ceux-ci voteraient contre ou, au plus, s'abstiendraient. Sudekum a trompé les socialistes italiens, en leur contant autre chose.

Du moins ne pourra-t-on dire que les socialistes allemands avaient été trompés par nous. Loyalement, nous leur avons dit que l'aggression dicterait notre attitude. On sait le reste: la guerre déclarée, la Belgique et la France envahies, les socialistes français à leur devoir national, après avoir tout fait pour éviter la catastrophe, et sûrs que leur gouvernement avait voulu, jusqu'au bout, chercher la solution pacifique.

* * *

Die Darstellung bestätigt und ergänzt HENRI DE MAN, attaché, à Bruxelles du B. S. I., der in dieser Eigenschaft und als Über-

1) L'Humanité (Paris), 26. II. 1915.

setzer MÜLLER nach Paris begleitet hatte, in einem Briefe an RENAUDEL. Derselbe erschien u. d. T.:

Nr. 35. *Une confirmation*[1]).

Le 28 février 1915.

Mon cher Renaudel, Je vois par l'Humanité d'avant-hier qu'un récit inexact de la visite de Muller à Paris, le 1er août, colporté par Südekum en Italie, t'a forcé à mettre les schoses au point.

J'ai malheureusement dû détruire les notes dont je me suis servi pour remplir mes fonctions d'interprète pendant les deux entrevues que Muller eut avec le groupe socialiste du Parlement. Mais avant que mes souvenirs s'obscurcissent je tiens à corroborer, en y ajoutant quelques précisions, ton récit de la visite de Muller. Tu feras de ma lettre tel usage que tu jugeras utile.

Muller avait, en effet, été envoyé par le Parteivorstand non pas pour assister aux obsèques de Jaurès, dont il n'apprit la mort qu'en cours de route (à Bruxelles), mais dans un but d' «information mutuelle», pour employer sa propre formule. Le Parteivorstand tenait à informer les camarades français de l'état des choses et des esprits en Allemagne et voulait en même temps se renseigner sur l'attitude probable du groupe socialiste français lors du vote sur les crédits de guerre. Il désirait ces renseignements en vue de la séance du Reichstag annoncée pour le mardi suivant, et qui devait être précédée par une séance du groupe social-democrate où celui-ci fixerait son attitude à l'égard des crédits pour la guerre.

Muller fut reçu, non pas «d'une façon inouïe», comme le dit Südekum, mais avec une cordialité extrême, que les circonstances tragiques du moment rendirent particulièrement émouvante.

Aussitôt que nous fûmes entrés en séance, Muller précisa la portée de sa mission et des déclarations qu'il allait faire en disant que, comme ni le Parteivorstand, ni le groupe parlementaire social-démocrate n'avaient encore discuté la question de leur attitude à l'égard, des crédits de guerre, et que d'ailleurs la situation pouvait encore se modifier avant qu'ils n'aient à le faire, il se bornerait à exposer aussi objectivement que possible la situation du Parti socialiste en Allemagne au moment de son départ de Berlin. Il ajouta qu'au surplus, les socialistes allemands désiraient, avant de prendre attitude eux-mêmes, se renseigner sur l'attitude probable des socialistes français, pour pouvoir, si possible, suivre une ligne de conduite semblable à la leur.

Muller déclara ensuite, de la façon la plus formelle et à plusieurs reprises, qu'un vote du groupe social-démocrate en faveur des crédits de guerre ne se produirait certainement pas. «Dass man für die Kriegskredite stimmt, das halte ich für ausgeschlossen», furent ses

1) Ebenda, 4. III. 1915.

propres termes. Il n'y avait, déclara-t-il, parmi les dirigeants du Parti et les membres du groupe social-démocrate, que deux courants appréciables d'opinion: l'un en faveur du vote contre les crédits de guerre, l'autre préconisant l'abstention. Les partisans du vote contre semblaient d'ailleurs, ajouta-t-il, devoir être plus nombreux que ceux de l'abstention.

Un député socialiste français ayant fait observer qu'une agression brutale et subite de la part de l'un des pays intéressés dans le conflit pourrait entre temps créer un cas de légitime défense pour le ou les pays attaqués, Muller déclara qu'à l'avis des socialistes allemands, la distinction entre l'Etat agresseur et l'Etat attaqué, que des socialistes se plaisaient naguère, à considérer comme essentielle, était devenue surannée. Le conflit actuel, dit-il, découle de causes générales qui se résument dans la notion de l'impérialisme capitaliste, et sa responsabilité retombe sur les classes dirigeantes de tous les pays intéressés. Muller déclara donc considérer comme hautement improbable l'hypothèse où les événements feraient apparaître un pays comme le seul agresseur (comme si, par exemple, l'armée russe faisait soudainement irruption dans les provinces orientales de l'Allemagne), la seule hypothèse, ajouta-t-il, où les socialistes d'un pays pourraient considérer celui-ci comme étant en état de légitime défense.

C'était précisément parce qu'une telle hypothèse était peu vraisemblable, ajouta-t-il, qu'il était désirable que les socialistes aient une attitude à peu près identique dans tous les pays, et surtout de part et d'autre des Vosges.

L'échange de vues qui s'ensuivit ayant établi que les socialistes français étaient convaincus que le gouvernement de la République voulait sincèrement le maintien de la paix et que par conséquent, si la guerre éclatait malgré la France, ils n'auraient à choisir qu'entre deux alternatives: le vote en faveur des crédits de guerre, et l'abstention, Muller finit par se rallier à l'opinion exprimée par le président de la séance, que l'abstention dans les deux pays serait le seul moyen d'assurer l'unité d'action des partis socialistes de France et d'Allemagne. Toutefois, il resta bien entendu qu'aucun engagement ne pouvait être pris à cet égard, et que l'échange de vues qui venait d'avoir lieu n'aurait d'autre but que d'éclairer mutuellement les décisions, qu'au moment décisif, chacun des deux partis prendrait de son côté, en pleine autonomie mais avec le désir de sauvegarder autant que possible l'unité internationale d'action du prolétariat.

En somme, les déclarations de Muller laissaient cette impression fort nette: 1º que la majorité du groupe social démocrate allemand était favorable au vote contre les crédits militaires; 2 que si malgré cela les partisans de l'abstention devaient l'emporter, ce serait surtout pour sauvegarder l'unite d'action avec les socialistes français; 3º que la seule hypothèse à ne pas envisager était celle d'un vote des socialistes allemands en faveur des crédits de guerre.

Pour qu'aucun doute ne soit possible quant à la portée de mes déclarations, j'ajouterai que je suis convaincu que la bonne foi de mon ami Muller était entière, et que d'ailleurs ses déclarations traduisaient très pro-

bablement d'une façon exacte l'état d'esprit des dirigeants de la social-democratie allemande jusqu'aux derniers jours de juillet.

Je profite de cette occasion, mon cher Renaudel, pour te dire toute mon admiration pour la façon courageuse et nette dont l'Humanité, surtout depuis la Conférence de Londres, défend le point de vue socialiste dans la lutte que nous menons contre le militarisme prussien. On peut dire des socialistes belges qui se trouvent actuellement sous les armes — en grande partie comme engagés volontaires — la même chose que de leurs camarades français, c'est qu'ils ne se battraient pas comme ils le font, s'ils ne savaient que l'enjeu de la lutte n'est ni la conquête de territoires germaniques, ni la déstruction de l'unité nationale allemande, mais au contraire la libération de toutes les nationalités, la réduction à merci du Junkertum prussien, la fin même des guerres et du militarisme.

Cordialement à toi. *H. de Man.*

* * *

MÜLLER selbst veröffentlichte hierzu nachfolgende

Nr. 36. Erklärung[1]):

Im „Bayrischen Courier vom 17. III. 1915 befindet sich eine aus der „Süddeutschen Konservat. Korrespondenz" übernommene indirekte Mitteilung, die, auf einen Bericht der „Humanité" gestützt, Angaben über meinen Pariser Besuch vom 1. VIII. 1914 macht. Diese Mitteilungen der „Südd. Korresp." geben nur einzelne Teile des Berichtes der „Humanité" wieder und diese zum Teil stark gekürzt und frei übersetzt. Übrigens ist auch der Bericht der „Humanité" zum Teil ungenau und gibt kein vollständiges Bild des Verlaufes jener Besprechungen. So verschweigt der im „Bayr. Courier" wiedergegebene Bericht einen in der „Humanité" vom 4. III. 1915 wiedergegebenen Passus, in dem ausdrücklich festgestellt wird, dass „keine Bindung vorgenommen werden konnte und dass der Meinungsaustausch, der in der Frage der Abstimmung über die Kriegskredite stattgefunden habe, keinen anderen Zweck hatten, als den der gegenseitigen Aufklärung, und dass die Entscheidungen, die bei der Beschlussfassung zu treffen seien, jede der beiden Parteien in voller Selbständigkeit zu treffen haben würde".

Der Zweck meines Pariser Besuches war, den französischen Genossen mitzuteilen, dass es nach Auffassung des deutschen Parteivorstandes angesichts der ausserordentlich gespannten internationalen Lage unmöglich sei, den in der Sitzung des Intern. Sozialist. Bureaus vom 29. VII. beschlossenen und auf den 9. VIII. nach Paris einberufenen ausserordentlichen internationalen Sozialistenkongress abzuhalten.

1) Vorwärts (Berlin), 28. III. 1914.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich auf einige Bemerkungen des Genossen Renaudel in der „Humanité" vom 26. II. 1915 zurückkommen, der gegenüber einer Behauptung des «Secolo» feststellte, dass ich in Paris nicht in einer unerhörten Weise empfangen worden sei. Ich darf daran erinnern, dass ich, nachdem ein ausländisches Parteiblatt ähnliche Bemerkungen gemacht hatte, bereits am 4. XI. 1914 im „Vorwärts" festgestellt habe[1]*: „Alle französischen Genossen, mit denen ich anlässlich meines kurzen Aufenthalts in Paris kurz vor Kriegsausbruch zusammen war, sind mir in der gleichen herzlichen Weise entgegengekommen wie in früheren Jahren".*

Berlin, den 20. März 1915.

Hermann Müller.

1) Die betreffende Feststellung (Vorwärts, 5. XI. 1914) lautet:

Nr. 36. a. *Erklärung.*

In „Örebro Kurieren", einem schwedischen Parteiblatt, vom 30. X. finden sich in einem Artikel: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg" Mitteilungen über eine Mission von mir in Paris, die in jeder Beziehung unwahr sind; das geht am deutlichsten daraus hervor, dass bei den angeblichen Verhandlungen deutscherseits ein französisch-deutscher Streik gegen die Mobilmachung vorgeschlagen sein soll. Die deutsche Sozialdemokratie hat die Erklärung des Generalstreiks zur Verhinderung der Mobilmachung stets abgelehnt. Wenn weiter in jenem Artikel behauptet wird, dass die französischen Genossen mir anlässlich meiner Anwesenheit in Paris — es war an dem Tage nach der Ermordung von Jaurès — unfreundlich und deutschfeindlich entgegengetreten seien, so ist das unwahr (hier folgt der letzte Satz der Erklärung im Text).

Berlin, den 4. November 1914.

Hermann Müller.

Zweites Kapitel.

Deutsches Reich.

§ 1. Von September 1912 bis Juli 1914.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Chemnitz. 15.—21. IX. 1912[1]).

Angenommen wurde mit allen gegen 3 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, folgende vom Referenten HAASE vertretene Resolution über den:

Nr. 37. Imperialismus.

Die unter Verkümmerung der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten. — Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Masse beherrschen, nutzen ihren Einfluss auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiet der Welt grosse Teile ihrer Einfluss- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschliessen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der PT. in Mainz i. J. 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommnet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwicklungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb

1) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1912.

für bis zum Wahnwitz vermehrte und verstärkte Rüstungen geben. — Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hetze der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrösserung des Beamtenapparats und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben. — Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel die Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluss der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der PT. bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten. — Der PT. verlangt, dass im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt. — Der PT. fordert an Stelle beutegieriger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Grossgrundbesitzern dienenden Schutzzollsystems. — Der PT. erwartet, dass die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdlich für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewussten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergerungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Ferner beschloß der PT., es sei dem I. S. B. in Brüssel: als Tagesordnungs-Gegenstand „Der Imperialismus“ vorzuschlagen.

Angesichts der Verwicklungen auf dem Balkan erließ die Partei einen

Nr. 38. Aufruf 15. X. 1912[1]).

Parteigenossen! Die Besorgnis, dass aus dem Balkankrieg leicht ein Weltbrand entstehen könnte, lastet schwer auf den Völkern Europas. Die

1) Vorwärts, 15. X. 1912.

Diplomatie, deren Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit gerade jetzt wieder vor aller Welt blossgelegt sind, kann mit der Versicherung, mit dem Einvernehmen der Grossmächte sei dafür gesorgt, dass sie durch den Krieg auf dem Balkan nicht in Mitleidenschaft gezogen würden, sondern dass der Krieg lokalisiert werden würde, keinen Glauben finden. Unsere Parteipresse hat von vornherein auf die Gefahr des Weltkrieges hingewiesen und die Regierung davor gewarnt, sich in kriegerische Verwicklungen hineintreiben zu lassen. Das Proletariat kann durch keine Künste in eine kriegerische Stimmung hineingehetzt werden. Das Proletariat aller von der Kriegsgefahr bedrohten Länder ist vielmehr eines Sinnes: es verabscheut den Krieg und ist entschlossen, mit aller Kraft seine Ausdehnung zu verhindern. Das Internationale Bureau wird dieser Auffassung, in der das internationale Proletariat völlig einig ist, entschiedenen Ausdruck geben. Im Hinblick auf den Ernst der Situation haben wir beantragt, dass das Bureau, dessen Sitzung auf den 28. d. anberaumt ist, wenn irgend möglich, schon früher zusammentritt. Unsere Parteigenossen müssen auf der Hut sein und jede Gelegenheit ergreifen, um in wuchtigen Demonstrationen für den Weltfrieden einzutreten. Im ganzen Reiche sind zu diesem Zwecke Massenversammlungen sofort zu veranstalten. Wie das Proletariat über den ländergierigen, bluttriefenden Imperialismus urteilt, wird bereits in den Versammlungen, die am kommenden Sonntag in Preussen stattfinden, zum entschiedensten Ausdruck gelangen. Die Knochen auch nicht eines einzigen Proletariers dürfen geopfert werden! Unsere Parole lautet klar und entschieden: Nieder mit dem Krieg!

Der Parteivorstand.

Der ausgegebenen Parole gemäß fanden sodann in der Zeit vom 18.—27. X. 1912 in Berlin, Hamburg, Bremen, Chemnitz, Leipzig, München, Nürnberg und zahlreichen anderen Städten Demonstrationsversammlungen gegen (Wahlentrechtung, Teuerung und) Krieg statt [1]).

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Jena.
14.—20. IX. 1913 [2]).

Angenommen wurde [3]) ein Resolutionsantrag Kolmar i. Els. über:

1) Vgl. auch Nr. 12—13.

2) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1913.

3) Ohne Angabe des Stimmenverhältnisses.

Nr. 39. Die Stellung Elsaß-Lothringens im Rahmen des Deutschen Reichs.

Der PT. spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz[1]) *deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer sympathischen und direkten Verständigungsaktion der europäischen Parlamente erblickt. Der PT. erwartet, dass die äusserst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volk ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, dass Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsass-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.*

Landesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens zu Straßburg. 4.—5. VII. 1914[2]).

Es wurde einstimmig beschlossen: 1. einen Delegierten zum Internat. Sozial.Kongreß nach Wien zu entsenden; 2. folgende, von den Kolmarer Genossen eingebrachte Resolution.

Nr. 40.

Der LPT. der els.-lothr. Soz.Dem. würde es begrüssen, wenn auf die Initiative der deutschen und französischen Genossen der Internationale sozialistische Kongress in Wien in Übereinstimmung mit dem Jenaer Parteitag von 1913 erklären würde, dass durch die Gewährung der republikanischen Autonomie an Elsass-Lothringen im Rahmen des Deutschen Reiches die günstigste Basis geschaffen würde zu der im Interesse des Weltfriedens gebotenen deutsch-französischen Annäherung[3])[4]).

---

1) Vgl. auch Nr. 18.

2) Protokoll des Landesparteitags Straßburg, Volksdruckerei P. Singer 1914.

3) Aus Anlaß der Pariser Massenversammlungen gegen das Wettrüsten hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion Elsaß-Lothringens an dieselben am 16. III. 1913 eine Kundgebung gerichtet, in der ausgeführt wurde:

Nr. 40 a.

dass die Elsass-Lothringer durchaus keinen Krieg wünschen, trotz der tiefen Liebe, die sie für die revolutionären Traditionen Frankreichs und seiner republikanischen Einrichtungen empfänden. Elsass-Lothringen wolle keine Rückeroberung, sondern Autonomie und republikanische Konstitution im

§ 2. Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges.

Nr. 41. Krieg[1]).

Ultimatum.

Sie wollen den Krieg, die gewissenlosen Elemente, die in der Wiener Hofburg Einfluss haben und Ausschlag geben. Sie wollen den Krieg — aus dem wilden Geschrei der schwarz-gelben Hetzpresse klang es seit Wochen heraus. Sie wollen den Krieg — das österreichische Ultimatum an Serbien macht es deutlich und aller Welt offenbar.

Es ist, als wollten die k. k. Machthaber, die man in all den Krisen der letzten Jahre wegen ihrer hin- und hertaumelnden Politik der Bluffs und Blamagen getadelt und verspottet hat, einmal zeigen, dass sie keine politischen Phäaken sind, dass Ernst und Energie ihnen nicht fremd ist, dass sie handeln können, und da schlagen sie denn mit der gepanzerten Faust auf den Tisch, dass das Porzellan klirrt und Europa entsetzt emporfährt. Denn so unmittelbar vor dem grossen blutigen Chaos haben wir in den Verwickelungen, die dem Balkankrieg folgten, nie gestanden als in den zweimal vierundzwanzig Stunden, die Berchtolds Regierung dem serbischen Ministerium als knappe Frist lässt, um seine Drohnote zu beantworten. Und wenn es Sonnabend 6 Uhr geworden ist, und die serbische Regierung keine Antwort erteilt oder es für unter ihrer Würde erklärt hat, auf dieses Papier zu antworten, was dann? Dann bombardieren die österreichischen Donaumonitore Belgrad, dann marschieren die österreichischen Regimenter über Save und Drina, dann hebt, selbst, wenn der Konflikt „lokalisiert" bleibt, ein Menschenwürgen an, gegen das der Balkankrieg ein Kinderspiel war. Weil das Blut Franz Ferdinands und seiner Gattin unter den Schüssen eines irren Fanatikers geflossen ist, soll das Blut Tausender von Arbeitern und Bauern fliessen, ein wahnwitziges Verbrechen soll von einem weit wahnwitzigeren Verbrechen übergipfelt werden! Aber sprechen einmal die Kanonen, so ist die Hoffnung auf die „Lokalisierung" des Konflikts ausserhalb der Redaktionsstube der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sehr schwach:

Rahmen des Reiches. An der Ausnahmestellung Elsass-Lothringens trügen aber auch jene Franzosen mit Schuld, deren Aktion gewissen, zur Hetze stets bereiten Elementen Deutschlands erlaube, Frankreich noch Revanchegedanken zuzuschreiben. — Als Feinde Elsass-Lothringens (hiess es weiter) betrachten wir ebensogut jene Deutschen, die uns die Autonomie verweigern, als jene Franzosen, die uns so heiss an das Herz drücken möchten, dass das Blut von ganz Europa dabei verspritzt wird.

(Bulletin périodique du Bureau Soc. Internat. XI, 21).

4) Vgl. ferner unten Kap. 4 (Frankreich) und speziell die Ausführungen VAILLANTS und HERVÉS auf dem französischen Parteitag von 1913 (Compte-rendu sténographique, S. 244, 257/58).

1) Vorwärts, Berliner Volksblatt. Zentralorgan der soz.dem. Partei Deutschlands. 25. VII. 1914.

mit Serbien verbündet ist Griechenland und Montenegro, die nicht Gewehr bei Fuss zusehen werden, wenn auf dem Belgrader Konak die Flagge mit dem österreichischen Doppeladler aufgezogen wird, und mischt sich gar der russische Zarismus ins Spiel, der um seiner „eigennützigsten Zwecke willen“ den Protektor der Balkanslawen macht, dann vollzieht sich ganz von selbst der Aufmarsch von Dreibund gegen Dreiverband in fürchterlicher Kampffront — das österreichische Ultimatum an Serbien kann der Fidibus sein, mit dem Europa an allen vier Ecken in Brand gesteckt wird!

Denn dieses Ultimatum ist in seiner Fassung wie in seinen Forderungen derart unverschämt, dass eine serbische Regierung, die demütig vor dieser Note zurückwiche, mit der Möglichkeit rechnen muss, von den Volksmassen zwischen Diner und Dessert davongejagt zu werden. Wohlverstanden: wenn die grossserbische Bewegung auch ein Stück der bürgerlichen Revolution des Südslawentums ist und derart dem Haufen organisierter Verwesung gegenüber, den das Habsburger Reich darstellt, alles historische Recht für sich hat — denn der Zerfall der Nationalitätenstaaten und die Bildung von Nationalstaaten liegt nun einmal auf der Linie der geschichtlichen Entwicklung —, so kann der Sozialismus doch nichts übrig haben für eine Propaganda von serbischer Seite, die alle üblen Instinkte des Chauvinismus aufpeitscht, und erst recht nicht für eine Agitation, die mit Bomben und Brownings arbeitet. Solange die österreichisch-ungarische Regierung Herrn Paschitsch nur ersucht, nach den Mitschuldigen für die Mordtat von Serajewo auf serbischem Boden zu spüren und sie zur strengen Verantwortung zu ziehen, ist sie ohne Zweifel in ihrem guten Recht. Wie der serbische Ministerpräsident eben erst erklärt hat, würde einem solchen Verlangen auch von den Belgrader Behörden in weitestgehender Weise entsprochen werden.

Aber weil die Kriegshetzer in Wien eine friedliche Lösung nicht wünschen, deshalb schlägt die Note Berchtolds ganz andere Töne an. In ein paar Sätzen erklärt sie es für bewiesen, dass der Plan zu dem Anschlag auf Franz Ferdinand in Serbien gefasst, die Waffen in Serbien geliefert, die Attentäter aus Serbien über die Grenze geschmuggelt seien. Die Beweise dafür? Beweise gibt es nicht, es sind halt „Feststellungen“ der k. k. Untersuchungsrichter und Polizeispitzel, die Europa gutgläubig hinzunehmen hat. Aber wer da weiss, wie in dem Agramer Hochverratsprozess vor dem Gericht die merkwürdigsten „Feststellungen“ aufkamen, wird sich angesichts der neuerlichen „Feststellungen“ eines gesunden Misstrauens nicht erwehren können, und es ist schon so, wie unser Wiener Parteiblatt schreibt:

„Es gibt nur eine Beweisführung, gegen die kein Einwand erhoben werden kann, der der durchschlagende Charakter sicher ist, deren Eindruck sich niemand entziehen können und auch nicht entziehen wollen wird: das ist die öffentliche Gerichtsverhandlung gegen die Attentäter! In der öffentlichen Verhandlung wird die Wahrheit kund, da sieht gleichsam das ganze Europa die Mitschuld Serbiens, und dann kann keiner mehr die Forderungen, die wir an Serbien zum Schutze unserer Sicherheit erheben, unbe-

rechtigt oder unbillig schelten! Wenn es wahr ist, dass die Untersuchung gegen die Attentäter für die Mitschuld Serbiens „untrügliche Beweise“ geliefert habe, wenn es so wahr ist, als es bestimmt behauptet wird: dann heraus mit den Beweisen! Dann würde ja der Prozess gegen die Attentäter zu dem Prozess gegen die serbische Regierung! Deshalb gibt es nur eine vernünftige und logische Politik: ohne Verzug an die öffentliche Gerichtsverhandlung heranzutreten, ohne weiteres Lärmen sie vor Europa aufzurollen!“

Ein Zeichen für die üble Brüchigkeit seiner Gründe ist es, dass Herr Berchtold es unterlässt, sich derart, durch unzweifelhafte Beweisführung, in den Augen Europas eine moralische Rechtfertigung für sein Vorgehen zu holen und statt dessen dräuend mit der Hand an den Säbelgriff fährt. Um so ungeheuerlicher erscheint, in diesem Lichte gesehen, das Wesen des Ultimatums. An ein Land, das, durch einen unglücklichen Krieg zerschmettert, aus tausend Wunden blutend am Boden liegt, kann man Forderungen stellen, wie Wien sie von Belgrad heischt, aber nicht an ein Volk, das durch berauschende kriegerische Erfolge und bedeutenden Gebiets- und Machtzuwachs in seinem nationalen Selbstgefühl erheblich gestärkt ist. Soweit die Forderungen des österreichischen Ministeriums nicht in ihrer Wirkung sehr platonischer Natur sind — auch mit dem besten Willen könnte die Belgrader Regierung die grossserbische Bewegung so wenig unterdrücken wie Bismarcks Regierung in Deutschland die sozialistische Bewegung zu unterdrücken vermochte — bedeuten sie diesem gesteigerten nationalen Selbstgefühl einen Faustschlag ins Gesicht. Ein Staat, der einwilligt, dass auf seinem Gebiet Organe einer anderen Regierung zur Unterdrückung irgendwelcher subversiven Bestrebungen tätig sind, begibt sich aus freien Stücken seiner Selbständigkeit und scheidet aus der Reihe der Länder aus, mit denen zu rechnen ist. Nichts Geringeres aber verlangt, wider alles geschriebene und verbriefte Völkerrecht, der Punkt 5 der Berchtoldschen Forderungen, und die Hofräte in den Schreibstuben des k. k. Ministeriums müssten seltsame Rosaseher sein, wenn sie glaubten, dass Serbien dazu Ja sagen würde. Aber sie wollen ja, wie betont, den Krieg, die fanatischen Treiber der schwarz-gelben Kriegspartei, und es geht für sie gar nicht um Rechtsfragen, sondern um Machtfragen: das Attentat von Serajewo war nur ein beiläufiger Anlass und es handelt sich hier lediglich um ein Stück jener tolldreisten imperialistischen Balkanpolitik Österreich-Ungarns, die nach so viel Niederlagen endlich einmal einen Erfolg buchen will: entweder soll das verhasste Serbien sich bis in den Staub demütigen, oder aber in einem glorreichen Kriege zerschmettert werden.

Ein Frevel der chauvinistischen Presse Deutschlands war es, den teuren Bundesgenossen in seinen Kriegsgelüsten auf das Äusserste anzustacheln, und sonder Zweifel hat auch Herr v. Bethmann-Hollweg Herrn Berchtold seine Rückendeckung zugesagt. Aber in Berlin spielt man dabei ein genau so gefährliches Spiel wie in Wien. Denn bei einer Abenteuerpolitik weiss man immer nur, wie sie anfängt, aber nicht, wie sie aufhört, und

wenn es zu dem grossen europäischen Zusammenstoss kommt, könnten höchst unerwünschterweise Dinge dabei in die Binsen gehen, die auch in Deutschland zu den „heiligsten Gütern" gezählt werden. Wie darum die Arbeiterklassen aller Länder vor der drohenden Weltkriegsgefahr sofort in Bereitschaft treten müssen, sollte die deutsche Regierung, wenn anders ihr an der Erhaltung des Friedens gelegen ist, den tobenden Berserkern in Wien noch in zwölfter Stunde sänftigend in den Arm fallen.

Das und nichts anderes ist, angesichts des schwarz umdüsterten Horizonts, der Wille des deutschen Volkes!

Nr. 42. Aufruf[1]).

Noch dampfen die Äcker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der gross-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.

Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, dass sie ihren Einfluss auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.

Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter missbrauchen. Überall muss den Gewalthabern in die Ohren klingen: Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

Berlin, den 25. Juli 1914. *Der Parteivorstand.*

1) Vorwärts, 25. VII. 1914, Extraausgabe.

Nr. 43. Der Auftakt zum Weltkrieg[1]).

Die österreichische Kriegserklärung.

Was man bis zur letzten Stunde für unmöglich gehalten, ist nun zur Tatsache geworden. Die österreichische Regierung hat durch ihren Gesandten in Belgrad die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abbrechen lassen, weil die serbische Regierung eine „ungenügende" Antwort auf die österreichisch-ungarische Note gegeben hat. Das bedeutet nach allen Formen des Völkerrechts die Kriegserklärung.

Die eisernen Würfel sollen nun rollen! Die Kriegsbestie soll nun wüten! Wo der Brand enden wird, weiss einstweilen kein Mensch. Nach den letzten Nachrichten in der Abendpresse schien es, als ob das Abenteuer eine günstigere Wendung nehmen wollte. Wurde doch mitgeteilt, dass Serbien, wenn auch unter Protest und Vorbehalt, sich den furchtbaren Demütigungen und für einen wehrhaften Staat unannehmbaren Bedingungen Österreichs fügen wolle. Hervorragende österreichische Staatsmänner, so versicherten „Lokalanzeiger" und andere Blätter, seien der Meinung, dass damit die Kriegsgefahr vermieden sei. Und wahrscheinlich bestand auch auf Serbiens Seite der ernste Wille, Österreich nach Möglichkeit entgegenzukommen. Aber Österreich bestand unerbittlich auf seinem Schein. Es wollte die letzte Formalität seiner Bedingungen erfüllt wissen. Und als der serbische Ministerpräsident diesen absoluten Kotau nicht auf sich zu nehmen vermochte, vollzog der österreichische Gesandte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Dieser diplomatische Akt, der sich im fernen Belgrad vollzogen, kann ganz Europa erschüttern. Denn dass in der Tat der Krieg auf den Balkan lokalisiert werden wird, dafür vermag niemand irgendwelche Bürgschaft zu übernehmen. Welche Haltung zunächst und im weiteren Verlaufe des Kriegsabenteuers Russland, Frankreich und England einnehmen werden, ist noch gar nicht abzusehen. In welche Verwickelungen Deutschland durch die skandalöse Überrumpelung durch Österreich geraten wird — denn dass das österreichische Ultimatum auf eigene Verantwortung und ohne Hinzuziehung der deutschen Regierung erlassen wurde, ist ja inzwischen, wie unser folgender Artikel „Ein Skandal" des näheren darlegt, von den deutschen Offiziösen selbst zugestanden worden — steht völlig dahin. Den einzigen Trost vermag die friedliebende Bevölkerung und die deutsche Arbeiterklasse darin zu sehen, dass ja einstweilen die deutsche wie die österreichische Regierung ostentativ betont, dass Österreichs Vorgehen seine eigene Sache sei. Das deutsche Proletariat wird freilich darauf dringen müssen, dass diese momentane Auffassung auch die dauernde bleibt und dass Deutschland es mit aller Entschiedenheit ablehnen muss, Österreich etwa später aus seiner Patsche zu befreien, in die es sich selbst ohne Verständigung mit der deutschen Regierung, geschweige denn im Einverständnis mit dem deutschen Volke gestürzt hat!

1) Vorwärts, 26. VII. 1914.

Die deutsche Regierung bestreitet durch das offizielle Depeschenbureau, dass sie die Bedingungen des österreichischen Ultimatums an Serbien „vereinbart“ habe. Dass diese Bedingungen die furchtbarste Demütigung, ja geradezu die Abdankung Serbiens als selbständiger Staat bedeuten, ist selbst von den kriegsbegeisterten Blättern Deutschlands zugestanden worden. Wenn nun auch die deutsche Regierung keine Kenntnis von der endgültigen Formulierung des Ultimatums, dieses „Kriegsvorwandes“, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ es nannte, gehabt hat, so musste sie doch wenigstens von der österreichischen Regierung von deren Absichten in allgemeinen Umrissen unterrichtet worden sein. Dass dann aber die deutsche Regierung nicht von vornherein gegen die österreichischen Absichten eingeschritten ist, die nichts anderes als die von Anbeginn beschlossene Kriegserklärung bedeuteten, das ist ein furchtbar schwerer Vorwurf, der gegen sie erhoben werden muss. Einen Skandal nannte es die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein Blatt, das doch sonst an Patriotismus wahrlich nichts zu wünschen übrig lässt.

Was wird nun werden? Dass die Gefahr des furchtbarsten Völkerbrandes vorliegt, ist auch dem Uneingeweihtesten klar. Die amtliche Presse ist gerade in den letzten kritischen Stunden äusserst wortkarg geworden. So liegt z. B. darüber, ob die russische Regierung noch einmal in Wien zugunsten Serbiens vorstellig geworden ist, keinerlei amtliche Nachricht vor. Doch versichern die bürgerlichen Blätter, dass der russische Botschafter einen solchen Versuch gemacht und Österreich die Verlängerung der Beantwortungsfrist seines Ultimatums nahegelegt habe. Diese russische Anregung sei „ebenso höflich wie energisch zurückgewiesen“ worden. Ob sich Russland mit dieser kühlen Ablehnung seiner Intervention zufrieden geben wird, ob die Auslandsmächte wirklich passive Zuschauer dabei bleiben werden, wenn das grosse Österreich das kleine Serbien abwürgt? Oder ob nicht in der Tat diese Neuauflage des Balkankrieges ganz Europa in seinen Wirbel ziehen wird?

Die Gefahr internationaler Verwicklungen ist um so grösser, als seit einer Reihe von Jahren der militärische Wettstreit des Rüstungswahnsinns alle europäischen Völker ergriffen hat. Ja, wenn zurzeit die internationalen Beziehungen der Nationen friedliche wären, wäre am Ende noch die Hoffnung gerechtfertigt, dass in der Tat das ungleiche Duell zwischen Österreich und Serbien lokalisiert bleiben könnte. Aber die ungeheuerlichen deutschen Rüstungen haben ja England, Frankreich und nicht zuletzt auch Russland derartig in Mitleidenschaft gezogen, die Staatsfinanzen derartig angespannt und den Missmut der Steuerzahler derartig provoziert, dass die Entladung der von Jahr zu Jahr explosiver werdenden elektrischen Spannung nur zu sehr zu befürchten ist.

Wie sich unsere deutschen Kriegshetzer sagen, dass der Ausbruch der kriegerischen Spannung nun doch einmal unvermeidlich ist, so werden sich auch die anderen Nationen das gleiche vergegenwärtigen, und ob dann die deutsch-österreichische Koalition (denn auf Italien ist ja kaum zuverlässig

zu bauen) der Gegenkoalition der von den deutschen Chauvinisten so oft provozierten europäischen Gegner gewachsen ist, das ist eine ganz andere Frage!

Wie man auch die Situation betrachten mag, die furchtbarste Gefahr ist im Verzug, der europäische Völkerkrieg steht vor der Tür.

Und weshalb? Weil die österreichische Regierung, die österreichische Kriegspartei, die eine ebenso kleine Schicht darstellt, wie Deutschlands Chauvinisten, sich endlich einmal durch den Gewaltstreich Luft machen wollen! Als ob durch einen solchen Gewaltakt die aus Österreichs nationalen Zerwürfnissen naturnotwendig herauswachsenden Verlegenheiten beseitigt werden könnten!

Selbst den günstigsten Fall angenommen, den Fall nämlich, dass es Österreich gelingen würde, Serbien für den Augenblick und die nächsten paar Jahre völlig zu Paaren zu treiben, so würde damit den slavischen Bestrebungen keineswegs der Boden abgegraben sein. Wohl aber würde zu erwarten sein, dass das gewaltsame Vorgehen Österreichs nicht nur unter allen slavischen Elementen des Balkans, sondern auch bei allen Mächten Europas einen solchen Grad der Empörung und Beunruhigung hervorrufen würde, dass der Rückschlag gegen den vermeintlichen Erfolg Österreichs kaum einige Jahre auf sich warten lassen dürfte. Der slavische Ansturm gegen Österreich und in seiner Folge der europäische Krieg würden nur die Frage von einigen Jahren sein!

Für das deutsche und das internationale Proletariat liegen danach die Verhältnisse völlig klar. Es hat auch in diesem Augenblick, wo auch ihm das Schicksalslos fällt, keinerlei Ursache, die Hände in den Schoss zu legen. Es hat sich vielmehr aller Konsequenzen, die sich aus der jetzigen Lage ergeben, völlig bewusst zu sein. Wenn es je der deutschen Arbeiterklasse mit der Absicht ernst gewesen ist, den Völkerfrieden zu erhalten und bedrohliche internationale Konflikte zu verhüten, so hat es jetzt auf dem Posten zu sein!

Um so mehr, als in Deutschland wieder einmal die Zügel vollends am Boden zu schleifen scheinen. Hat doch der deutschen Politik offensichtlich jede Führung gefehlt. Ein paar Stunden später, nachdem man durch die ganze Presse die angeblichen Erklärungen des deutschen Botschafters in Paris, des Herrn v. Schön, verbreiten liess, brachte das offizielle Depeschenbureau ein ostentatives Dementi, in dem es wiederum zu beschwichtigen und abzuwiegeln versuchte. Das beweist die völlige Direktionslosigkeit der deutschen Regierung. Offensichtlich sind wiederum die widerstrebenden Elemente an der Arbeit. Es ist ja nicht das erstemal, dass bei uns eine Kriegspartei und eine Friedenspartei miteinander kämpfen. Und die Tatsache, dass die wildesten Kriegstreiber des Marokkokonfliktes, die „Post“ und ihre Hintermänner, diesmal von dem Kriegsabenteuer nichts wissen wollen, und dass diesmal die liberale Presse mit vollen Backen in die Kriegstrompete bläst, beweist nur um so deutlicher, dass für die Erhaltung des Friedens und die Vermeidung bösartigster und verhängnisvollster Völkerkonflikte das

Proletariat seine ganze politische Reife und seine ganze organisatorische Macht in die Wagschale zu werfen hat!

Die internationale Lage ist so verworren wie je. Die Regierungen neigen mehr denn je der Va-banque-Politik zu. Die österreichische Regierung ist aller Besinnung beraubt und stürzt sich in ihrer Verzweiflung in das serbische Abenteuer. Auch die deutsche Regierung ist offensichtlich uneinig, gespalten und direktionslos. Wer weiss, welche Konflikte hinter den Kulissen zwischen Wilhelm dem Älteren und Wilhelm dem Jüngeren und ihren Getreuen gespielt haben. In dieser Zeit des allgemeinen Bangens und der absoluten Verwirrung ist die proletarisch-sozialistische Politik für die werktägigen Massen des Volkes der einzige Leitstern des Handelns. Das Volk will keine Kriegsabenteuer, will keine Zettelung, will keine Desperado- und Prestige-Politik, sondern einzig eine Politik, die den Frieden für absehbare Zeit zu garantieren vermag. Alle Chauvinistenhetze, alle imperialistischen Phantasien beantwortet sie mit dem kategorischen Imperativ: Wir wollen nichts als freie Bahn für die freie politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Jeder Krieg ist der Todfeind dieser Entwicklung. Darum ist die Arbeiterklasse der geschworene Feind jeder Kriegspolitik.

Noch steht selbst Österreich vor der Entscheidung, noch sind seine Regimenter nicht auf dem Marsche. Mögen sich die österreichischen Gewalthaber und mögen sich alle ihre offenen und geheimen Helfer vor Augen halten, dass jeder Fehlschlag ihrer Glücksspielerpolitik eine ungeahnte Volksbewegung entfesseln kann, die aller Desperado- und imperialistischen Vabanque-Politik ein endgültiges Ziel setzt!

Im gleichen Sinn lautet der Artikel des Vorwärts vom 27. VII. 1914: „*Immer wieder gegen den Krieg!*“ in dem zugleich Massen-Protestaktionen für den darauffolgenden Tag (Dienstag) angekündigt wurden und der durch eine Bekanntgabe der Versammlungslokalitäten ergänzt wurde[1]) im folgenden

Nr. 44. Aufruf[1]).

Nieder mit dem Kriege!

In furchtbar ernster Stunde ertönt an das Proletariat, an die ganze Bevölkerung dieser Ruf! Es gilt Front zu machen gegen die unverantwortlichen und verantwortlichen Kriegshetzer, die nicht davor zurückscheuen, einen Weltenbrand zu entflammen.

In 27 Versammlungen soll Gross-Berlin sich erheben gegen die unheilvoll drohende Gefahr, soll das Volk seinen einheitlichen Willen zeigen, für

1) Vorwärts, 27. VII. 1914.

den Frieden einzutreten. Keiner, Mann oder Frau, darf fehlen bei diesen bedeutungsvollen Kundgebungen. Jeder werbe zum Massenbesuch!

Der Dienstagabend der 27 Versammlungen muss den Machthabern zeigen, muss der Welt beweisen, dass die breiten Massen sich einig fühlen mit den Brüdern und Schwestern jenseits der Grenze. Friede, Verständigung, nicht aber Völkermord und Völkerhass, das ist der Wille des Volkes.

Diesen Versammlungen präludierte der Vorwärts am 28. VII. 1914 mit dem Artikel: Krieg oder Frieden? Das Volk hat das Wort!" in dem neuerlich „diplomatische Vorstellungen" und wuchtigste Volksproteste gefordert wurden.

Nr. 45.

Erfreulicherweise — heisst es dann weiter — hat England die Initiative zur Erhaltung des Friedens, zur Dämpfung des verderbendrohenden Konflikts ergriffen. Die vier neutralen Mächte England, Frankreich, Deutschland und Italien sollen nach Englands Absichten das Vermittler- und Schiedsrichteramt übernehmen. Das ist ein für alle Teile billiger Vorschlag. Jede berechtigte Beschwerde Österreichs darf unter diesen Umständen auf Befriedigung rechnen. Darauf darf es bei Deutschlands und Italiens Mitwirkung zuversichtlich rechnen. Will also Österreich nicht den Krieg um jeden Preis, sondern nur sein Recht und Garantien für die Zukunft, so kann es die Vermittlung unmöglich ablehnen. Dass es sich dabei nicht um eine Verschleppung und Versumpfung des Konflikts handeln könnte, liegt ebenso klar auf der Hand. Denn die vier europäischen Staaten, die ja alle aus nur zu berechtigtem Bangen vor den unabsehbaren Folgen eines Völkerkrieges ernstlich den Frieden wollen, müssten im ureigensten Interesse bemüht sein, wenigstens für absehbare Zeit einen erträglichen Zustand zu schaffen!

Die Voraussetzung dieser Mittlertätigkeit der Mächte ist aber der Sieg der Vernunft in Wien, Belgrad und Petersburg. Jedes frivole Heraufbeschwören neuer Konflikte, jeder blutige Zusammenstoss muss die Gefahr verschärfen, den Völkerkrieg heraufbeschwören . . .

Unsere russischen Genossen haben dem Zarismus ihre Ansicht drastisch genug zu verstehen gegeben und sie würden ihm böse einheizen, wenn er sich tollwütig wie in Ostasien in ein noch schlimmeres kriegerisches Abenteuer stürzen wollte. Aber es ist doch allzu gewagt, lediglich im Vertrauen auf die revolutionäre Aktion die trotz alledem gewaltige Macht des Zarismus und Panslavismus dadurch aufs äusserste zu reizen, dass man Österreich ermutigt, auf dem Wege der wildesten Provokation vorwärts zu taumeln.

Nicht der Zarismus ist in diesem Augenblick die schlimmste Kriegsgefahr, sondern das übelberatene Österreich ...

Die 27 — nach dem Bericht des Vorwärts stärkstbesuchten — Demonstrationsversammlungen vom 28. VII. beschlossen nachstehende

Nr. 46.

Resolution.

Österreich hat mit seinem brutalen Ultimatum Serbien den Krieg erklärt. Mit unheimlicher Klarheit erkennen jetzt die Völker Europas die Gefahr, in welche sie durch die verderbliche Politik der ohne ihre Zustimmung abgeschlossenen Geheimbündnisse geraten sind.

Droht doch die Kriegsflamme augenscheinlich nach den anderen Ländern hinüberzuschlagen, ganz Europa in Brand zu setzen, unsägliche Leiden über das Menschengeschlecht zu bringen, alles zu vernichten, was in Jahrzehnten mühsamer Kulturarbeit errichtet worden ist.

Diese Katastrophe mit aller Kraft zu verhindern, erachtet das klassenbewusste Proletariat aller beteiligten Länder, eingedenk der Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart, Kopenhagen und Basel, im gegenwärtigen Augenblick als seine dringendste heiligste Aufgabe.

Heldenhaft hat das russische Proletariat dem blutdürstigen Zarismus das drohende Menetekel vor Augen geführt. Es lässt sich weder widerstandslos ausbeuten, noch als willenloses Werkzeug zaristischer Gewaltpolitik missbrauchen.

Durch flammenden Protest haben das deutsche wie das französische Proletariat den Abscheu vor dem verbrecherischen Treiben der Kriegshetzer zum energischsten Ausdruck gebracht.

Auch das nächstbeteiligte österreichische Proletariat hat mit Entschlossenheit jede Verantwortung für das Verhalten seiner Regierung abgelehnt.

Es ist also nicht wahr, dass die grossen Massen dieser Länder sich in kriegerischer Stimmung befinden. Sie wollen vielmehr allen Chauvinisten zum Trotz den Frieden der Welt.

Die Kriegshetzer sollen wissen, dass, wenn der Weltkrieg ausbricht mit allen seinen Leiden und Greueln, die durch ihn verursachten politischen und wirtschaftlichen Krisen mit unerbittlicher Logik dahin führen, die durch den Imperialismus verblendeten Volksschichten aufzurütteln und der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, die Entwickelung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus mächtig zu beschleunigen.

Trotzdem setzt das Proletariat im Namen der Menschlichkeit und Kultur seinen Friedenswillen mit Leidenschaft allen Kriegshetzern entgegen.

Ebenso wie das Proletariat der übrigen beteiligten Länder verlangen auch wir mit aller Entschiedenheit, dass unsere Regierung sich nicht nur jeder kriegerischen Einmischung enthält, sondern alles tut, um die Kriegs-

furie zu bannen, und zu diesem Zweck gemeinsam mit den anderen Regierungen sofort dahin wirkt, dass der verderbenschwangere Konflikt schleunigst beseitigt wird.

Die Gefahr ist gross! Es ist keine Zeit zu verlieren!

Gerade wie die französischen haben auch die deutschen Arbeiter in diesem Augenblick die besondere Aufgabe, durch Einwirkung auf ihre Regierungen zu verhüten, dass die Völker dieser Länder österreichischer oder russischer Prestige- oder Eroberungspolitik geopfert werden.

Nieder mit allen Kriegshetzereien! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!

* * *

Gleichzeitige Demonstrationen und Protestkundgebungen fanden in der Zeit vom 26.—30. VII. in allen großen Städten und Industriezentren des Reiches statt: in Barmen, Breslau, Braunschweig, Chemnitz, Danzig, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Essen, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Gotha, Halle, Hamburg, Hannover, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Ludwigshafen, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Stuttgart und Cannstatt u. a. O.[1]).

Landesparteitag der Sozialdemokraten Württembergs zu Esslingen.
25.—26. VII. 1914[2]).

Derselbe resolvierte auf Antrag KLARA ZETKINS einhellig:

Nr. 47.

Die gegenwärtig drohende Kriegsgefahr kann jederzeit in das greuelvollste Völkermorden verwandelt werden. Angesichts dieser ernsten Lage erinnert die L.V. d. Soz.Dem. Württembergs die werktätigen Massen daran, dass die Besitzenden und Herrschenden — insofern sie nicht unmittelbar oder mittelbar Kriegsinteressenten und Kriegshetzer sind — sich zum mindesten als ohnmächtig erweisen, den Frieden und die Wohlfahrt der Völker zu wahren. Sie mahnt diese Massen daran, dass die kraftvolle und rücksichtslose Betätigung ihres Brüderlichkeitsgefühls mit den Ausgebeuteten aller Länder und ihres unerschütterlichen Friedenswillens die einzige sichere Bürgschaft dafür ist, dass die frivole Hetze kriegslüsterner Cliquen und Schichten keinen Weltbrand entzündet.

Die Vertreter der Soz.Dem. Württembergs geloben, die Massen auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu sammeln und zu schulen, da-

1) Berichte im Vorwärts, 27.—31. VII., 1. VIII. 1914.

2) Ebenda, 28. und 30. VII. 1914.

mit sie bereit seien, opferfreudig ihre volle wirtschaftliche und politische Macht zur Aufrechterhaltung des Friedens einzusetzen. Sie begrüssen das heldenhafte revolutionäre Proletariat Russlands, das aufs neue im Kampf für das wirtschaftliche und politische Recht der Ausgebeuteten die Waffe des Massenstreiks erprobt. Sie begrüssen es als einen starken Hort des Friedens in dieser verhängnisschweren Zeit. Indem das russische Proletariat durch den Massenstreik den Zarismus, einen der gewissenlosesten Kriegstreiber, lähmt, beweist es durch die Tat, welch starke Macht eine kühne, opferbereite Arbeiterklasse in dem Kampf für Freiheit und Frieden einzusetzen vermag.

Mit Bezug auf die erwähnten Demonstrationen und die am 28. VII. erfolgte Kriegserklärung Österreichs-Ungarns an Serbien wurde im Artikel des Vorwärts vom 29. VII.: „Die Kriegserklärung gegen Vernunft und Volk“, die Forderung nach Intervention der Mächte wiederholt und sodann ausgeführt:

Nr. 48.

Die deutsche Ausrede gegenüber England: ja wir sind für internationale Schlichtung, aber nur, wenn Österreich nichts dagegen einzuwenden hat, ist direkt unsinnig. Wenn Deutschland als Verbündeter Österreichs alle Unbesonnenheiten Österreichs in einem Meer von Blut ausbaden soll, so ist Deutschland doch kein Statist, sondern vollberechtigter Kontrahent!

Und was soll es anders heissen, wenn Deutschland dem Gedanken zur Konferenz mit der Anreguug begegnet, dass es besser wäre, wenn die Kabinette selbst sich an Russland und Österreich wendeten, als dass die unheilvolle Affäre verschleppt und kompliziert werden soll!

Solche Verschleppung der Ausgleichsverhandlungen ist aber ein Verbrechen angesichts Österreichs erneutem Auftrumpfen, angesichts der bereits losgegangenen Gewehre im Grenzgebiet, angesichts der Mobilisationen, die den Völkern schon allein ruinöse Opfer auferlegen!

Österreichs Kriegsproklamation erklärte erneut aller politischen Vernunft den Krieg. Und wenn das trotz aller Warnungen den herrschenden Klassen noch immer nicht aufdämmert, dann ist es Sache der Schlachtopfer dieser Wahnsinnspolitik, dem Verständnis der Regierungen auch ferner ganz energisch nachzuhelfen!

Auf die Mobilisierung der Mächte gibt es nur die eine Antwort: die dauernde Mobilisation des Volkes!

Ganz auf der gleichen Linie bewegten sich die Vorwärts-Artikel vom 30. VII.: „Vor der Katastrophe“, und 31. VII.: „Völkerwürgen oder Völkerverständigung“.

In demjenigen vom 30. VI. speziell wurde neuerdings nachdrücklichst betont:

Nr. 49.

Schon ertönt es in Frankreich, wo man so heiss wie irgendwo die Erhaltung des Weltfriedens ersehnt, dass nunmehr kein Mensch mehr Russland, sondern einzig Österreich und seinen Verbündeten Deutschland als den Anstifter zum Weltbrand, den wirklichen Störenfried betrachten müsse. — Und in England ist die Auffassung ganz allgemein, dass als ausschlaggebender Faktor der Deutsche Kaiser in seiner Eigenschaft als Verbündeter und Berater Österreichs aus den Falten der Toga die Losung Krieg oder Frieden schütteln könne. — Und England hat Recht. Wie die Dinge liegen, fällt von Wilhelm II. die Entscheidung.

So unverschleiert prinzipielle Gegner der Monarchie wir allezeit gewesen sind und sein werden, so erbitterten Kampf wir häufig gegen den temperamentvollen Träger der Krone führen mussten, so unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, dass Wilhelm II. sich durch seine Haltung, namentlich in den letzten Jahren, als aufrichtigen Freund des Völkerfriedens bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, souverän die Geschicke von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Vernunft zu entscheiden, brauchten die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht gross zu sein. Aber auch der tatkräftigste Mensch ist Einflüssen nicht unzugänglich. Und leider sind die Beweise dafür mit Händen zu greifen, dass die Kamarilla der Kriegstreiber wieder mit äusserster Skrupellosigkeit am Werke ist, um alle Aktionen der Regierung zu durchkreuzen und das Ungeheuerliche durchzusetzen: den Völkerkrieg, den Weltbrand, die Verwüstung ganz Europas.

Wir sind Demokraten und Republikaner. Aber trotz dem prahlendsten Nationalisten hat die deutsche Sozialdemokratie das feinste Gefühl für deutsche Ehre und deutsches Interesse. Den schamlosen Lügen der Kriegshetzer gegenüber sei auch dies Selbstverständliche noch einmal betont. Aber hier handelt es sich nicht um Deutschlands Ehre und Gedeihen, sondern um ein sinnloses Kriegsabenteuer, dem schleunigst ein Ende gemacht werden muss.

Die Einwirkung Deutschlands auf Österreich ist deshalb das erste Gebot! — Erst die Waffenruhe vermag vernünftigen, ausgleichenden Verhandlungen freie Bahn zu schaffen Wer skrupellos zu fernerem Dreinhauen rät, ist ein Verbrecher am eigenen Volke, wie er gegen die Kulturgemeinschaft aller zivilisierten Völker verbrecherisch frevelt.

Das sozialistische Proletariat lehnt jede Verantwortung für die Ereignisse ab, die eine bis zum Aberwitz verblendete herrschende Klasse heraufbeschwört. Es weiss, dass gerade ihm neues Leben aus den

Ruinen blühen wird. Alle Verantwortung fällt auf die Machthaber von heute. Für sie handelt es sich um Sein oder Nichtsein!
Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!

In gleicher Weise wie das politische Zentralorgan beurteilte auch das gewerkschaftliche die Lage in dem Artikel:

Nr. 50. Die Kriegsgefahr[1]).

Die Spannung, die zwischen den europäischen Mächten leider seit Jahren in unheilvoller Weise sich bemerkbar macht, droht in schwerem Konflikt die Kriegsgefahr in unheimliche Nähe zu rücken.

Die Gewerkschaften können an dieser ernsten Situation nicht achtlos vorübergehen, denn die Frage des Krieges geht nicht nur die politischen Machthaber an, sondern vor allem die Arbeiterklasse, die alle Leiden, die Opfer an Gut und Blut in höherem Masse und schwerer zu tragen hat, als irgendeine andere Gesellschaftsschicht. Was uns aber vom engeren Standpunkt der Gewerkschaft besonders veranlasst, gegen das Heraufbeschwören des Krieges Front zu machen, das sind die entsetzlichen wirtschaftlichen Verwüstungen, die bei einem künftigen Kriege drohen. Schon jetzt steigert sich in der politischen Unruhe der wirtschaftliche Rückgang, der Geschäftsverkehr wird unsicher, das Heer der Arbeitslosen wächst von Tag zu Tag. Die Industrien, die für den Krieg arbeiten, können nicht die Arbeitermassen aufnehmen, die durch das Brachliegen anderer Industriezweige hinausgedrängt wurden. Der Krieg würde unser gesamtes Erwerbsleben in Industrie und Handel, mit Ausnahme der Rüstungsindustrie, lahmlegen; dieser Krieg wird uns den Aussenhandel unterbinden, einen Mangel an Nahrungsmitteln, eine masslose Teuerung aufbürden. Deutschland ist auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln angewiesen, kein Zweifel, dass mit dem Krieg nach drei Fronten die Zufuhr abgeschnitten ist. Zu der Öde des inneren wirtschaftlichen Zusammenbruchs die vollständige Absperrung nach aussen. Eine Situation, wie wir sie bisher bei keiner kriegerischen Aktion zu verzeichnen hatten. Dazu die Riesensummen, die der Krieg verschlingt. Die 4—5 Millionen wehrfähiger Männer, die heute Deutschland auf die Beine bringt, die Unterhaltung der Flotte und Ausrüstung der Armee erfordern für jeden Tag der Mobilmachung 30—40 Millionen Mark. Unsummen werden erforderlich, wenn der Feldzug viele Monate sich hinzieht. Wer wird diese Lasten wieder aufbringen? Wer wird die mittellos zurückgelassenen Frauen und Kinder der zum Kriege eingezogenen Mannschaften versorgen und wer hilft den Erwerbslosen, die der Krieg auf die Strasse geworfen hat? Ganz zu schweigen, wenn das blutige Ringen im

---

1) Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin. 1. VIII. 1914.

eigenen Lande über blühende Dörfer und Städte sein Vernichtungswerk vollzieht. Der Krieg von 1870 und 71 wird als bedeutungslos verschwinden, wird keinen Vergleich aushalten mit dem, was uns an Verwüstung von wirtschaftlichen, kulturellen Werten und Menschenleben der kommende Krieg in drohende Aussicht stellt. Wir können uns das Bild, das die zerrüttende Wirkung zeigt, wenn die Kriegsfurie dahinrast, nicht vollständig in seinen düsteren Farben vorstellen, es wird ein Bild des Jammers und Entsetzens sein, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat.

Mit der ganzen Schwere trifft der Schrecken des Krieges die Arbeiterklasse, sie vor allem wird den harten Druck empfinden. Wir bedauern die Toren, die sich von den nationalen Phantastereien fortreissen lassen; in der Arbeiterschaft sollte dafür kein Raum sein, denn sie wird den Leidenskelch bis zur Neige lehren müssen.

Und aus welchem Streitgegenstand soll dieses entsetzliche Ringen angefacht werden? Wir verstehen es, wenn Deutschland und Österreich im Hinblick auf die politische auswärtige Konstellation im engen Kontakt bleiben, aber wir müssen Verwahrung einlegen, dass wir für die Eroberungspolitik der österreichischen Imperialisten Vorspann leisten sollen und Österreichs Balkanpolitik, die fortgesetzt uns an den Rand kriegerischer Verwickelungen gebracht hat, unterstützen. Wir verabscheuen das verbrecherische Attentat gegen den österreichischen Thronfolger und finden es berechtigt, wenn es wahr ist, dass in serbischen Offizierskreisen die Leute sitzen, die das Verbrechen eingeleitet haben, dass Österreich verlangt, dass die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber wer eines Verbrechens beschuldigt wird, muss auch die Zeit haben, die Anklage zu prüfen, das kann nicht in 48 Stunden geschehen. An der Hetze der gross-serbischen Agitation trägt die österreichische Regierung das vollgerüttelte Mass der Schuld. Die wirtschaftliche Drangsalierung Serbiens, die Stellungnahme Österreichs in der Auseinandersetzung auf dem Balkan, um Serbien den für seine wirtschaftliche Entfaltung notwendigen Ausgang zum Adriatischen Meere unmöglich zu machen, mussten die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze steigern. Nach allen bisherigen Erfahrungen glauben wir aber auch nicht, dass die österreichische Regierung nur ein gesittetes Betragen des serbischen Nachbars erzwingen will. In dem ganzen Balkankonflikt ist Österreich immer auf eine Gebietserweiterung hinausgegangen, der Vorwand scheint jetzt den österreichischen Imperialisten günstig, um das Vorhaben zur Ausführung zu bringen.

Die Arbeiterschaft wird von unserer deutschen Regierung verlangen müssen, dass sie ihren Bundesgenossen zur Mässigung anhält und alles vermeidet, was geeignet wäre, die kriegerische Verwicklung weiter zu treiben, vielmehr jeden Versuch, den Krieg, den Österreich mit Serbien jetzt begonnen hat, durch eine Verständigung oder Ausgleich zu beenden, unterstützt.

Wir sind überzeugt, dass unsere russischen und französischen Freunde auch in ihren Ländern alles aufbieten werden, um den Frieden zu propagieren, damit nicht zu dem österreichischen Verbrechen noch das russische

hinzugefügt werde. Den Krieg zu verhüten ist eine Aufgabe, die alle angeht, es ist eine Sache, die den Menschen in seinem Tiefinnersten erfasst, ihn herausreissen muss aus seinem Gleichmut, auch wenn er dem politischen Leben fernsteht.

Viel, ungeheuer viel steht für die Arbeiterklasse auf dem Spiel, deshalb erheben wir unsere Stimme gegen die verbrecherische Kriegshetze und wollen mit unseren Freunden im Ausland alle Kräfte einsetzen, um dem Frieden zu dienen und die Gefahr des Krieges zu bannen.

Am 31. VII. 1914 wurde vom Kaiser und vom König von Bayern das ganze Reichsgebiet in Kriegszustand erklärt. Damit wurden auch die Bemühungen, die Berliner Arbeiterschaft zu weiteren Kundgebungen für den Frieden zu vereinen, vereitelt. Einer für den 2. VIII. geplanten öffentlichen politischen Versammlung unter freien Himmel im Treptower Park wurde am 31. VII. die behördliche Genehmigung versagt, u. zw. mit der Motivierung: „Die „Versammlung richtet sich gegen den Krieg. Daher ist aus ihrer „Abhaltung in den gegenwärtigen ernsten Zeiten, in der Deutsch„land vor einer der folgenschwersten Entscheidungen steht, eine „Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten."

Der Versuch, den gewollten Zweck am 2. VIII. durch 39 Volksversammlungen zu erreichen, mißlang ebenfalls. Endlich untersagte das Polizeipräsidium 17 Volksversammlungen mit der Tagesordnung „Für den Frieden! Gegen den Krieg!", die für den 4. VIII. angemeldet wurden, und andere in den Berliner Vororten [1]).

Nach erfolgter Verhängung des Kriegszustandes erschienen die folgenden Aufrufe [2]):

Nr. 51.

Parteigenossen!

Der Kriegszustand ist erklärt. Die nächste Stunde schon kann den Ausbruch des Weltkrieges bringen. Die schwerste Prüfung wird damit nicht bloss unserem Volke, nein, unserem ganzen Weltteil aufgezwungen.

Bis zur letzten Minute hat das internationale Proletariat seine Schuldigkeit getan, diesseits und jenseits unserer Grenzen, und alle Kraft angespannt, um den Frieden zu erhalten, den Krieg unmöglich zu machen. Waren unsere ernsten Proteste, unsere immer wiederholten Bemühungen erfolglos, sind die

1) Vorwärts 1. u. 2. VIII. 1914. 2) Vorwärts 1. VIII. 1914.

Verhältnisse, unter denen wir leben, noch einmal stärker gewesen als unser und unserer Arbeitsbrüder Wille, so müssen wir jetzt dem, was kommen mag, mit Festigkeit ins Auge sehen.

Die fürchterliche Selbstzerfleischung der europäischen Völker ist die grausame Bestätigung dessen, was wir seit länger als einem Menschenalter den herrschenden Klassen mahnend, wenn auch vergeblich, zugerufen haben.

Parteigenossen! Nicht mit fatalistischem Gleichmut werden wir die kommenden Ereignisse durchleben. Wir werden unserer Sache treu bleiben, werden fest zusammenhalten, durchdrungen von der erhabenen Grösse unserer Kulturmission.

Die Frauen insbesondere, auf welche die Schwere der Ereignisse doppelt und dreifach lastend fällt, haben in diesen ernsten Zeiten die Aufgabe, im Geiste des Sozialismus für die hohen Ideale der Menschlichkeit zu wirken, auf dass die Wiederholung dieses namenlosen Unglücks verhütet wird, dieser Krieg der letzte ist.

Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Schärfe die Arbeiterbewegung. Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem Einzelnen, sondern unserer Sache.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, auszuharren in der unerschütterlichen Zuversicht, dass die Zukunft trotz alledem dem völkerverbündenden Sozialismus, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit gehört.

Berlin, den 31. Juli 1914.

Der Parteivorstand.

* * *

Nr. 52.

An unsere Leser!

Arbeiter, Parteigenossen! Die Verhängung des Kriegszustandes und der damit verbundene Übergang grosser Machtvollkommenheiten an die Militärbehörde hebt die für Friedenszeiten geltenden Bestimmungen über Press-, Versammlungs- und Vereinsrecht auf oder schränkt sie erheblich ein.

Die Entscheidung über Inhalt der Zeitungen wie über Versammlungsrecht usw. liegt jetzt in den Händen der Militärbefehlshaber. Das ist für Berlin und für die Provinz Brandenburg, das heisst für das Verbreitungsgebiet unseres Blattes, der Oberbefehlshaber in den Marken.

Die Verordnungen, die von dieser Militärbehörde erlassen sind, zwingen uns Einschränkungen auf und bedrohen den Bestand unserer Zeitung. An unserer Überzeugung und prinzipiellen Haltung wird selbstverständlich nichts geändert.

Wir erwarten von der Schulung und Überzeugunstreue unserer Genossen, dass sie die Zwangslage, in die unser Blatt versetzt worden ist, verstehen und ihm in diesen schweren Tagen die Treue bewahren. Sie werden die

Zeitereignisse im Lichte ihrer sozialistischen Erkenntnis betrachten und trotz der unheilschwangeren Situation ihre Zuversicht auf den Sieg unserer Sache aufrechterhalten.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

* * *

Zugleich veröffentlichte die Redaktion des Vorwärts am 1. VIII. eine Warnung:

Nr. 53.

An die Parteigenossen.

Die veränderte politische Situation, die an anderer Stelle unseres Blattes eingehend dargelegt wird, erfordert auch in dem persönlichen Verkehr eine gewisse Vorsicht. Schon in den letzten Tagen haben sich bei vielen Zusammenkünften von Genossen zahlreiche Spitzel bemerkbar gemacht, und es steht zu erwarten, dass in Zukunft noch mehr als bisher auf Auslassungen unserer Freunde geachtet wird. Es ist geboten, dass unsere Genossen unter selbstverständlicher Festhaltung an ihrer politischen Überzeugung in mündlichen Äusserungen die Vorsicht üben, die der Sachlage entspricht.

An demselben Tage noch forderte das Zentralorgan in seinem Artikel: „Europas Schicksalsstunde“[1]), Fortsetzung der Verhandlungen, um den Frieden zu erhalten, durch Formulierung von Ausgleichsbedingungen, „auf die Österreich sowohl wie Rußland eingehen könnten“ und die „den nun einmal politisch gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und Rußlands Rolle in der Politik nicht unberücksichtigt lassen (müßten)“. Der vom Lokal-Anzeiger gemeldete Umstand: der Kaiser habe „noch in letzter Stunde akzeptable Ausgleichsbedingungen bei Rußland vergeblich durchzusetzen gesucht“ und dieses „habe vielmehr mit der Mobilisierung seiner gesamten Armee geantwortet, stünde dem nicht entgegen. Dann heißt es weiter:

Nr. 54.

Niemand kann wissen, ob nicht Russland nur deshalb seine Kriegsbereitschaft in forziertem Tempo fortzusetzen für notwendig hielt, weil der Lokal-Anzeiger durch sein eigentümliches Versehen fälschlicherweise die deutsche Mobilisation publizierte. Aber auch Russlands Mobiliserung braucht Deutschland noch nicht nervös zu machen, weil ja Russland wegen seiner Heeresorganisation und der Weitläufigkeit seines Landes unendlich viel

1) Vorwärts, 1. VIII. 1914.

längere Zeit zur Mobilisierung gebraucht wie Deutschland .... Heute in der allerletzten, entscheidendsten Stunde, handelt es sich nur noch um die eine Frage: Wie kann der Krieg trotz alledem noch vermieden werden? .... Sollte dennoch das Ungeheuerliche Wirklichkeit werden, ... eines ist sicher: die Sozialdemokratie trägt keinerlei Verantwortung an den kommenden Ereignissen.

* * *

Von den Ausführungen der Provinzblätter an diesem Tage sei die folgende wiedergegeben:

Nr. 55.

Der Krieg im Land! Europa in Flammen[1]*!*

So ist denn der Krieg im Land! Was die Einsichtigen unseren Volksgenossen seit zehn Tagen predigten und was niemand glauben wollte, weil für den modernen Menschen der Gedanke des gewaltigen europäischen Massenmordes einfach unbegreiflich war, ist Tatsache geworden: Der Kriegszustand ist proklamiert, Mobilmachung und Kriegserklärung folgen. Deutschland steht neben Österreich-Ungarn gegen Serbien, Russland und Frankreich. Italien und England sind unmittelbar beteiligt: ihr Eingreifen in den Krieg und der Umfang ihrer Mitwirkung sind noch nicht bekannt. Doch werden sie schwerlich bis zum Kriegsschluss neutral bleiben. Auf dem ganzen Balkan glimmt und glüht das Kriegsfeuer. Nicht lange und es schlägt in hellen Flammen empor. Japan überlegt, ob nicht die Zeit gekommen sei, von Russland zu holen, was diesem 1905 im fernen Osten noch geblieben ist. Auch China wird sich nicht lange der Einsicht verschliessen, dass es jetzt den russischen Raub zurückholen kann. Freilich stehen beide ostasiatischen Mächte unter starkem Einfluss englischen Goldes. In Indien und Ägypten lauschen die eingeborenen Nationalisten auf den Kriegslärm, der vom alten Europa herüberschallt. Ist die Stunde gekommen, in der sie ihre Freiheit erobern können? Sie werden lauschen und lauern und, sobald es angeht, zuschlagen. Mit England ziehen Kanada, Australien, Südafrika in den Krieg. Alle Erdteile, unsere ganze Welt geht in Kriegsflammen auf. Vergessen alle Kulturarbeit! Der Mord ist höchstes Gesetz. Mars, der Krieg, und Mors, der Tod, regieren die Stunde.

Wir prinzipiell durchgebildeten Sozialdemokraten haben das Unheil kommen sehen. Das Wettrüsten und der Ausdehnungsdrang aller grossen Nationen mussten den Krieg erzeugen. Die gesteigerten Rüstungen zogen den Kriegsblitz an und lenkten ihn nicht ab.

---

1) Erzgebirgische Volksstimme. Organ für das arbeitende Volk des 20. und 21. sächsischen Reichstags-Wahlkreises. Chemnitz, 1. VIII. 1914. (Seit dem 3. VIII. 1914 erscheint das Blatt u. d. T. Volksstimme. Organ f. d. arbeitende Volk des 10., 15., 16., 17. und 19. sächs. Reichstags-Wahlkreises. Chemnitz).

Wir sparen uns heute müssige Vorwürfe gegen irgendeine Macht. Russland hat gemein und hinterlistig gehandelt, versichern die halbamtlichen deutschen Blätter. Und Österreich konnte nicht anders gegen die Serben vorgehen, versichern sie. Wir glauben alles gern. Aber es wäre auch nicht anders, wenn es umgekehrt wäre. Denn alles Betrachten über Schuld und Unschuld wird überflüssig, wenn die Kanonen sprechen, um Sieg und Niederlage brüllen.

Wir Sozialdemokraten haben in Friedenszeiten alles getan, um das furchtbare Schicksal des Völkermordes abzuwenden.

Bis zum letzten Augenblick standen wir auf der Friedenswacht. Umsonst! Die kapitalistischen Gegensätze und die Kinnladen der verfluchten Kriegshetzer haben den Frieden zerrieben. Wir werden an jedem neuen Kriegstage an unser hehres Friedensziel denken. Aber die Arbeit für den Völkerfrieden ruht jetzt. Andere Sorgen drängen.

Uns alle beherrscht jetzt nur die eine Frage: Wollen wir siegen?

Und unsere Antwort lautet: Ja! Diese Antwort ist für den Sozialdemokraten keineswegs in allen Ländern selbstverständlich. Es kann Situationen geben, in denen die Frage nach Sieg oder Niederlage des Volkes gleichgültig wird gegenüber der höheren Aufgabe der Zertrümmerung einer unerträglichen Gewaltherrschaft.

Dies ist die Lage unserer russischen Genossen, die ohne jede Rücksicht auf den Krieg vor allem den Kampf gegen den Zarismus fortsetzen werden. Mögen sie bald die Fahne der Republik auf dem zerschlagenen Zarenthron hissen. Das wäre der Weltfriede! Wir Deutschen sind nicht in der gleichen Lage. Wohl müssen auch wir darüber klagen, dass man uns vielfach die politische Gleichberechtigung vorenthalten, die soziale Gerechtigkeit versagt hat. Man hat uns geächtet und verfolgt und als vaterlandslose Gesellen hingestellt, während wir im heissesten und ehrlichsten Bemühen das Wohl Deutschlands anstrebten.

Aber was man immer uns angetan hat, in diesem Augenblick empfinden wir alle die Pflicht, vor allem anderen gegen die russische Knutenherrschaft zu kämpfen. Deutschlands Frauen und Kinder sollen nicht das Opfer russischer Bestialitäten werden, das deutsche Land nicht die Beute der Kosaken. Denn wenn der Dreiverband siegt, wird nicht ein englischer Gouverneur oder ein französischer Republikaner, sondern der Russenzar über Deutschland herrschen. Deshalb verteidigen wir in diesem Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt, gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind. Nicht mit Hurra und nicht mit Hass gegen den russischen Arbeiter, nicht mit Gott für den König, aber für die deutsche Freiheit und die Unabhängigkeit des deutschen Volkes werden unsere Genossen in den Kampf ziehen, entschlossen, sich in ihrer Pflichterfüllung gegen das Vaterland von keinem der bisherigen Wortpatrioten übertreffen zu lassen.

Den Zurückbleibenden aber erwächst eine ebenso grosse Aufgabe. Es gilt die Partei einig zusammenzuhalten und für den Kampf nach dem

Friedensschluss stark zu machen. Die Genossen im Felde werden dafür kämpfen, dass Deutschland weiter bestehen kann, denn die Niederlage Deutschlands bedeutete seine Zertrümmerung und seine Vernichtung. Die übrigen werden alle Kräfte anspannen, um unsere Organisationen und unsere Presse über die schwere Zeit des Krieges hinwegzubringen. Grosse Lücken entstehen nun bald in unseren Reihen, aber Kopflosigkeit darf nicht eintreten. Unser Kommando muss lauten: Schliesst die Reihen! Jede Kritik einer freien Presse hört jetzt auf, nicht weil der Kriegszustand verhängt ist, sondern weil jetzt jede Kritik an den Personen zu schweigen hat, welche Deutschlands Zukunft in ihren Händen halten. Aber nach dem Kriege stehen wir vor einer neuen Lage und neuen Aufgaben. Wir dürfen nicht unserer eigenen Zukunft entsagen.

Wir dürfen keine unserer bisherigen Waffen fallen lassen, damit nicht der ganze Freiheitskampf des Volkes von neuem beginnen muss. Der Sieg im Kriege soll uns nur die Möglichkeit schaffen, unseren grossen Kampf für eine wahrhaft menschliche Gesellschaft fortzusetzen, die keinen Krieg und keine Ausbeutung mehr kennt.

In diesem Geiste tue jeder seine Pflicht! Die Welt steht in Flammen. Wir wollen versuchen, aus dem Feuer an Freiheits- und Kulturgütern zu retten, was noch zu retten ist, und den Brand so rasch wie möglich zu löschen. Hoffend richten wir den Blick auf die russische Revolution, dass es ihr gelingen möge, den blutigen Zaren zu überwältigen, In diesem Augenblick müsste der ehrenvolle Friede geschlossen werden.

In Treue zum Lande, das einst unser Boden werden soll, in Treue zur Partei und den Arbeiterorganisationen, die uns in diesen Tagen doppelt wertvoll, die unser letzter Rettungsanker sind, wollen wir miteinander versuchen, Europas Unglücksstunde zu überdauern und Europas Zukunft zu retten.

Ebenfalls am 1. VIII. fand in Berlin eine Konferenz der Zentralvorstände der Gewerkschaftsverbände statt, an der auch deren Hauptkassiere teilnahmen und die „insbesondere der Frage der Unterstützung arbeitloser und in Not geratener Mitglieder und deren Familien" galt. Sie beschloß auch die Erlassung des nachstehenden Aufrufs:

Nr. 56 [1]).

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrecht zu erhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen.

1) Vorwärts, 3. VIII. 1914; Korrespondenzblatt d. Generalkommission, 8. VIII. 1914, S. 486.

Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermesslichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturnationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfang hereinbrechen.

In dieser ernsten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern.

Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabenkreises stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, dass die Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, dass nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden.

Wir hoffen, dass die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft in alter Treue bewährt.

Berlin, den 2. August 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands!

Da der Reichstag für den 4. VIII. einberufen worden war, so trat die soz.dem. Fraktion am Tage zuvor, den 3. VIII. Vorm., zu einer Sitzung zusammen, die den Beschluß faßte, „für die „von der Regierung geforderten Kredite zu stimmen (und) durch „Abgabe einer Erklärung ihren Beschluß (zu) begründen“ [1]).

* * *

Über die einschlägigen Verhandlungen in dieser Sitzung liegen von zwei Teilnehmern an denselben, Eduard Bernstein und Karl Kautsky, sowie von dritter, ungenannter, Seite, ziemlich detaillierte Mitteilungen vor [2]).

1) Vorwärts, 4. VIII. 1914.

2) Vgl. Bernstein, Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg. Tübingen, Mohr 1915. (S. A. aus „Arch. f. Sozialw. u. Sozial-

BERNSTEIN erzählt:

Nr. 57.

In Deutschland war folgendes die Sachlage. Es stand fest, dass Russland mindestens mit der offiziellen Mobilisierung vorangegangen war, und die offizielle Mobilisierung ist Kriegsdrohung. Auf das an Russland gerichtete Ultimatum der Deutschen Regierung, dessen Frist bis auf den 1. VIII. Nm. 5 Uhr verlängert war, hatte, laut dem Weissbuch, das die Reichsregierung am 3. VIII. veröffentlichte, die russische Regierung überhaupt nicht geantwortet, auf das an Frankreich gerichtete Ultimatum nach demselben Bericht die französische Regierung die in den Ohren von Sozialisten wenig ansprechend klingende Antwort gegeben, Frankreich werde tun, was seine Interessen ihm geböten. Frankreich und Russland erschienen als diejenigen, welche durch militärische Handlungen die Feindseligkeiten eröffnet hatten. Im Osten und im Westen standen laut offiziellen Berichten Soldaten der nunmehrigen Feinde auf deutschem Gebiet.

Diese Dinge vor Augen hatte am 4.[1] *VIII. die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie darüber zu entscheiden, ob sie die von der Regierung für die Kriegführung geforderten Kredite bewilligen solle oder nicht. Ich glaube mich keiner unerlaubten Indiskretion schuldig zu machen, wenn ich bemerke, dass in der Beratung über diese Frage der Streitfall Österreich-Serbien, der doch den Anstoss zur Kriegssituation gegeben hatte, kaum noch berührt wurde. So sehr hatten die Mobilisierungen und die Berichte über Eröffnung der Feindseligkeiten alle anderen Gesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt. Für die grosse Mehrheit der Fraktion handelte es sich jetzt nur noch darum, sich klar zu werden, ob in einem Zeitpunkt, wo Feinde schon einen Fuss ins Land gesetzt hatten und der Hauptfeind obendrein Russland hiess, eine Partei, welche ein Drittel des deutschen Volkes vertritt, denjenigen, die nun einmal die Verteidigung des Landes zu führen haben, die Mittel zur Verteidigung und zur Fürsorge für die Krieger und deren Angehörige versagen dürfe. Dies schien denen, welche sich die Frage so stellten, eine Unmöglichkeit. Umgekehrt fragte sich eine Minderheit, ob es angängig sei, die Mittel zu einem Kriege zu bewilligen, über dessen unmittelbare Vorgeschichte man nur erst einseitigen Bericht habe und der obendrein der Ausfluss eines politischen Systems sei, gegen welches die Sozialdemokratie stets mit grösster Energie angekämpft habe. Die Mittel für einen solchen Krieg bewilligen, hiess nach ihr für die Sozialdemokratie, sich mit sich selbst in Widerspruch setzen, und würde auf die Arbeiter anderer Länder den schlechtesten Eindruck machen, in der Internationale der Arbeiter die grösste Verwirrung stiften.*

Diese letztere Ansicht konnte indess bei der Abstimmung in der Fraktion

---

pol.“ II. Kriegsheft), S. 19/20; KAUTSKY, Die Sozialdemokratie im Weltkrieg („Die Neue Zeit“, 11. VI. 1915, S. 322/324); P., Die Zersetzung der Reichstagsfraktion („Die Internationale“, April 1915. S. 49.) Vgl. auch oben Nr. 34/36.

1) Das ist ein Schreibfehler: BERNSTEIN meint den 3. VIII.

nur zwischen $^1/_6$ und $^1/_7$ der Abstimmenden für sich gewinnen. $^6/_7$ der Fraktion stimmten dem Antrage zu, der sich für die Bewilligung der Kriegskredite aussprach, und da vorher beschlossen worden war, im Reichstag selbst auf jeden Fall einheitlich zu stimmen, konnte dieser am 4. VIII. 1914 das Schauspiel bieten, dass mit den bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der Forderung eines Kredits von 5 Milliarden Mark für Kriegszwecke zustimmte und die Vertretung des deutschen Volkes so dem feindlichen Ausland eine einheitliche Front zeigte.

* * *

KAUTSKYS Darstellung lautet:

Nr. 58.

Die Abstimmungen über die Kriegskredite waren keine einfache Sache, am allerwenigsten die vom 4. VIII.... Dass die Regierung die geforderten Milliarden erhielt, das stand fest. Von der Abstimmung unserer Fraktion hing dabei gar nichts ab. Dagegen musste die Abstimmung den tiefsten Eindruck auf die proletarischen Massen machen. Aber welchen? Das lag nicht ohne weiteres klar zutage. Es war ebenso möglich, dass sie die Bewilligung der Kriegskredite als einen Bruch mit unseren bisherigen Grundsätzen auffassten, wie auch das Gegenteil eintreten konnte. Man mochte aus einer Ablehnung die Gleichgültigkeit gegen Niederlage und feindliche Invasion mit allen entsetzlichen Folgen, ja sogar den Wunsch darnach herauslesen. Das war natürlich nicht der Gedankengang der Minderheit, die die Kriegskredite ablehnen wollte. Der ging in anderer Richtung. Sie stimmte jenem Satze der Fraktionserklärung zu, der sagt:

[s. unten Nr. 62, Abs. I.]

Die Minderheit meinte, die logische Folge dieser Ablehnung der Verantwortung sei auch die Ablehnung der Kriegskredite. Mit der Bewilligung nehme man vor dem Volk die Verantwortung für den Krieg und auch für die Kriegführung und Kriegsziele einer Regierung auf sich, der unsere Partei bisher jedes Vertrauen verweigert habe.

In der Tat konnte man die Zustimmung zu den Kriegskrediten so auffassen, und das hätte sicher bedeutet, dass wir über Nacht unsere bisherige Politik in ihr Gegenteil verkehrten. Doch war das nicht die einzige mögliche Deutung. Die Fraktionserklärung fuhr fort:

[s. unten Nr. 62, Abs. II.]

Legte man den Nachdruck auf diesen Satz und fügte man noch hinzu die Verurteilung des Eroberungskriegs, die in der Erklärung später folgte, dann braucht die Bewilligung ... nicht als Kundgebung des Vertrauens zu der Regierung zu gelten, nicht als Versprechen, ihre Politik während des Krieges moralisch zu unterstützen, sondern nur als Ergebnis einer Zwangslage, einer Notlage, wobei unsere Haltung als Partei unversöhnlicher Opposition in keiner Weise eine Änderung erfahren sollte.

So konnte man die Bewilligung deuten. Aber es musste nicht geschehen, Wie immer wir uns entscheiden mochten, ... wir mussten damit rechnen, dass unser Verhalten die extremste, für uns ungünstigste Deutung erfuhr, nicht nur bei den Gegnern, die alles missdeuten, was wir tun, sondern bei dem Proletariat selbst.

Dieser Schwierigkeit konnten wir meines Erachtens am besten entgehen, wenn wir uns an das Vorbild B e b e l s und L i e b k n e c h t s i. J. 1870 hielten, die Stimmenthaltung übten. Dem wurde von beiden Seiten entgegengehalten, dass eine Fraktion von 110 Mann anders handeln müsse als eine von 2 Mann. Dem war zu entgegnen, wenn aus der grösseren Macht grössere Pflichten entspringen, dann gebraucht wenigstens Eure Macht, macht Eure Abstimmung davon abhängig, dass die Regierung Garantien für die Ziele ihrer Kriegführung gibt. Sind wir die stärkste Partei, dann dürfen wir uns doch nicht jedes Einflusses auf das Kriegsziel begeben. Es wäre widersinnig, sollte gerade unsere Stärke uns verpflichten, die Regierung völlig unabhängig von unserer Kontrolle zu machen. — Darauf wurde erwidert, dass für die Wechselfälle des Krieges und der Regierungen keine Garantie gegeben werden könnten. Die Regierung möge beim Ausbruch des Krieges keine Eroberungsabsichten haben. Ein überwältigender Sieg über die Gegner würde solche Absichten unwiderstehlich machen und die Regierung hinwegfegen, die sich ihnen widersetzte.

Das ist richtig, wäre jedoch ein Einwand nur dann, wenn es sich bei der Abstimmung um materielle und nicht um moralische Wirkungen gehandelt hätte. Wollten wir einen unübersteiglichen Wall gegen auftauchende Eroberungsgelüste haben, dann freilich wurde er durch blosse Versicherungen der Regierung nicht gebildet. Indess wäre ein solcher Wall beim Ausbruch des Krieges auch auf keine andere Weise aufzubauen gewesen. Wir erreichten schon viel, wenn wir durch Festsetzung von Bedingungen für die Abstimmung den Eindruck nicht aufkommen liessen, als seien wir gewillt, fortan der Regierung bedingungslose Gefolgschaft zu leisten. Unsere Friedenspropaganda wäre uns später sehr erleichtert worden. Und die Gegnerschaft des Auslandes gegen Deutschland sehr abgeschwächt.

Näher lag jedoch eine andere Möglichkeit. Es war zu erwarten, dass die Regierung es ablehnte, von vornherein jede Eroberung von sich zu weisen. — Dann wären wir durch die Festlegung unserer Bedingungen verpflichtet gewesen, gegen die Kredite zu stimmen, konnten es jedoch in vorteilhafterer Position tun als bei unbedingter Ablehnung, da wir uns bereit erklärt hätten, sie für einen Kredit zu bewilligen, der bloss der Abwehr diente.

Die bedingungslose Bewilligung der Kredite wurde mit grosser Mehrheit beschlossen ....

* * *

Aus der dritten Mitteilung endlich erfahren wir:

Nr. 59.

„... am 3. VIII. (1914) ... entschied sich die Fraktion mit 78 gegen 14 Stimmen für die Bewilligung (der ersten Kriegsanleihe von 5 Milliarden)

... Von einem Teil der Bewilliger, etwa 20 oder 30 Mann ist später bekannt geworden, dass er ein Separatvotum abgegeben haben würde, wenn die Mehrheit der Fraktion die Kredite verweigert hätte .... Nach ihrer Bewilligung stand nunmehr die Minderheit, die darin eine Zertrümmerung der Parteigrundsätze sah, vor der Frage eines Separatvotums. Wenn sie darauf verzichtete, so hatte sie unzweifelhaft sehr gewichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Bei Beurteilung der ganzen Sachlage war man noch viel mehr auf Gerüchte als auf sichere Nachrichten angewiesen; es war möglich, dass, dem Umfall der Mehrheit zum Trotze, schwere Konflikte mit der Regierung bevorstanden; so glaubte man alles vermeiden zu sollen, was nach einer Spaltung der Partei aussähe. Der erste Vorsitzende des Parteivorstandes (Haase), der zur Minderheit gehörte, fügte sich der Fraktionsdisziplin sogar so weit, dass er sich, wenn auch erst nach langem Sträuben, bereit finden liess, die Erklärung der Fraktionsmehrheit öffentlich zu verlesen.

Am Tage der Fraktionssitzung, dem 3. VIII., hatte das Zentralorgan den Artikel veröffentlicht[1]):

Nr. 60.

Der Kampf gegen den Zarismus.

In den herrschenden Kreisen weiss man sehr gut, wie wichtig bei der Führung eines Krieges die Volksstimmung ist. In den Werken unserer Militärliteratur steht darüber manches sehr schöne und wahre Wort. Und auch der Reichstag soll dazu benutzt werden, auf den Gemütszustand des Volkes einzuwirken. Für unsere politischen Verhältnisse ist es in höchstem Masse charakteristisch, dass der Gedanke, die Volksvertretung einzuberufen, von der konservativ-patriotischen Presse mit Hohn und Spott behandelt wurde. Für sie besteht das deutsche Volk noch immer aus einer Schaar von Untertanen, die nicht erst zu fragen haben, weshalb man in den Weltkrieg ziehen soll, denen man den Patriotismus befiehlt und die dann eben auf Befehl Patrioten sind. Allein so thöricht ist der Reichskanzler nicht. Er weiss als alter Kavallerist sehr gut, dass man einem Pferde, das die letzten, die äussersten Kräfte hergeben soll, vorn in den Zügeln etwas Freiheit geben muss. Und das deutsche Volk, das jetzt in den Weltkrieg gehen soll gegen Frankreich und Russland und wohl auch noch gegen England, kann man in dieser Situation nicht nach dem Rezept der Junker behandeln: mit Sporn und Peitsche. Im Gegenteil: man klopft ihm freundlich den starken Nacken und redet ihm gut zu.

Und nicht bloss in der Behandlung des deutschen Volkes im allgemeinen, sondern auch in der des arbeitenden Volkes im besonderen, der Sozialdemokratie, rückt man von der Junkermethode ab. Während die konser-

1) Vorwärts, 3. VIII. 1914.

vative Presse die stärkste Partei des Reiches zum Gaudium des Auslandes als Hochverräter beschimpft, sucht man auf der anderen Seite umgekehrt der Sozialdemokratie klarzumachen, dass der Krieg, der jetzt bevorstehe, eigentlich eine alte sozialdemokratische Forderung sei. Der Krieg gegen Russland, der Krieg gegen den blutbefleckten, und, wie er seit einigen Tagen in der früher knutenbegeisterten Presse genannt wird, gegen den treulosen Zarismus — ist er nicht eine alte sozialdemokratische Forderung seit Anbeginn? Hat nicht Bebel sogar den Kuhfuss noch auf die Schulter nehmen wollen, wenn es gegen Russland ging? Und haben nicht Lassalle, Engels, Marx ihrer Zeit den Krieg gegen Russland direkt verlangt? Also: Hurra, es lebe der Krieg gegen Russland, der Leib- und Magenkrieg der Sozialdemokratie! —

So argumentiert man tatsächlich in einem Teile, und zwar in dem gescheiteren Teile der bürgerlichen Presse und beweist damit nur, wie grosses Gewicht man auf die Stimmung auch desjenigen Teiles des deutschen Volkes legt, der hinter der Sozialdemokratie steht. Deswegen heisst es jetzt nicht mehr: russische Trauer ist deutsche Trauer, sondern: nieder mit dem Zarismus!

Freilich ist, seitdem einst die genannten Führer der Sozialdemokratie den demokratischen Krieg gegen Russland verlangten, Russland keineswegs mehr bloss der Hort der Reaktion, sondern auch der Herd der Revolution geworden. Den Zarismus zu stürzen, ist jetzt die Aufgabe des russischen Volkes im allgemeinen und des russischen Proletariats im besonderen geworden, und wie rüstig gerade die russische Arbeiterklasse jetzt diese ihr durch die Geschichte gewordene Aufgabe anpackt, des sind gerade die letzten Wochen wieder Zeuge gewesen. Erst vorgestern meldete die Presse, dass in 35 Städten Russlands die Revolution ausgebrochen sei. Mag das übertrieben oder verfrüht sein: dass Väterchen auf einem glühenden Vulkan sitzt, das weiss niemand besser als er selber. Und alle nationalistischen Hetzversuche der echtrussischen Leute, den Hass der Massen von dem Zarismus abzuwenden und eine reaktionäre Hetze gegen das Ausland, vor allem gegen Deutschland, zu entfesseln, sind bis jetzt fehlgeschlagen. Zu gut weiss das russische Proletariat, dass sein Feind nicht jenseits der Grenzen, sondern im eigenen Lande sitzt. Nichts war den nationalistischen Hetzern, den Echtrussen und Panslavisten, unangenehmer, als die Nachricht von den grossen Friedensdemonstrationen der deutschen Sozialdemokratie. O, wie hätten sie aufgejubelt, wenn das Gegenteil der Fall gewesen wäre, wenn sie dem revolutionären russischen Proletariat hätten sagen können: was wollt Ihr? Die deutsche Sozialdemokratie steht an der Spitze der Kriegshetze gegen Russland! Und Väterchen in Petersburg hätte alpbefreit aufgeatmet: Das war die Nachricht, die ich brauchte! Jetzt ist der russischen Revolution, meinem gefährlichsten Feinde, der Rücken gebrochen! Die internationale Solidarität des Proletariats ist zerrissen! Jetzt kann ich die nationalistische Bestie entfesseln! Ich bin gerettet.

Als charakteristische Stimme aus der Provinzpresse sei angeführt der Artikel:

Nr. 61.

Die Waffen sprechen[1]*!*

Der Weltbrand ist entfacht. Was wir alle schon längst befürchteten, wogegen wir nach Kräften gewirkt haben, es ist zur Tatsache geworden: Der Krieg ist da. Gegen Russland ist er schon seit Sonntag ganz, gegen Frankreich ist er heute entbrannt. Was sonst noch werden wird — wir wissen es nicht. — Aber wir ahnen, dass Deutschland seine ganze Kraft, das deutsche Volk den letzten Mann aufbieten muss in einem Ringen, das über Sein oder Nichtsein entscheidet. Wir haben es nicht verhindern gekonnt, dieses furchtbare. Nun heisst es Durchhalten!

Gegen die Heere des Zaren, die unser Land zu überfluten drohten, richtete sich die erste Rüstung, der erste Vorstoss. Im Osten wird gekämpft, auf der See und auf dem Land. Die ersten eingedrungenen Russen sind zurückgeworfen worden, russische Grenzstädte sind von deutschen Soldaten in rasch erfolgendem Gegenstoss genommen und besetzt worden. Die deutschen Schiffe sind in rasender Fahrt an Russlands Küsten geeilt und kämpfen. Was im einzelnen vorgegangen ist, werden die vielleicht noch einlaufenden Depeschen berichten. — Und nun ist die Westgrenze bedroht. Frankreich hat nach der amtlichen Meldung angegriffen, seine Truppen versuchen, durchzubrechen nach Elsass-Lothringen, nach Süddeutschland, nach der Rheinprovinz. Der Kampf ist da!

Jetzt ist keine Zeit, zu erörtern und zu forschen, wo der innere Grund der furchtbaren Katastrophe liegt. Wir stehen vor Tatsachen. — Trauernd nehmen wir Abschied vom Frieden, so unsicher, so schwankend er von je war. Trauernd sehen wir das Elend hereinbrechen und über Europa die Kriegsfurie ziehen mit Brand und Mord. Die Menschheit verhüllt ihr Antlitz. — Aber wir sind nun nicht mehr frei zu wählen. Wir müssen hinein in den furchtbaren Wirbel, wir müssen das Vaterland schützen. Gegen Ost und West ist die Front, gegen die Schaaren, die der Zar auf uns loslässt, gegen jene Franzosen, die der Revanchedurst zu Werkzeugen des russischen Despoten gemacht hat. Und wenn das Schlimmste zum Schlimmen kommt, wenn noch mehr Feinde uns erwachsen, wir müssen die Zähne zusammenbeissen und uns wehren. Anderes gibt es nicht.

Unschuldig sind wir an dem Fürchterlichen. Wir haben zum Frieden, zur Verständigung gemahnt. Es ist anders gekommen. Jetzt entscheidet das Eisen! Jetzt entscheidet die Macht! Deutchlands Volk muss sich verteidigen!

Noch ein Wort der Mahnung in letzter Stunde! Ernste Entschlossenheit zeigen alle. Die einberufenen Männer stellen sich, man könnte sagen,

1) Hamburger Echo, 4. VIII. 1914.

geräuschlos, und die armen Frauen und Kinder tragen still den Schmerz. Man hört auch, und das ehrt unser Volk, kaum ein Wort des Hasses gegen jene, zu deren Bekämpfung die Wehrmacht aufgeboten wird. Diese Männer werden die ihnen obliegenden Pflichten erfüllen, sie werden treu und tapfer die Waffen führen gegen die einbrechenden Krieger. Aber sie werden Menschen bleiben, werden nicht vergessen, dass sie dem deutschen Namen keine Schande machen dürfen in einem Ringen, das für Kultureuropa zur Schicksalswende werden kann.

Der Verteidigung unsere Kraft!

In der I. Sitzung des deutschen Reichstages vom 4. VIII. 1914 schilderte der Reichskanzler die Lage. In der eine Stunde späteren II. Sitzung ergriff in der Debatte über die Kriegs- und speziell die Kreditvorlagen — als einziger Redner — im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der Parteivorsitzende HUGO HAASE das Wort zu folgender

Nr. 62.

Erklärung[1]).

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind! Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heissen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

---

1) Vorwärts, 5. VIII. 1914.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles, auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, dass die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.

Am 5. VIII. gab der Parteivorstand die Verschiebung des — am 30. VII. 1914 — für den 13. IX. 1914 nach Würzburg einberufenen Parteitags auf unbestimmte Zeit bekannt[1]).

Nr. 63.

Aufruf an die Arbeiterjugend[2]).

Jugendgenossen und -genossinnen! Eine furchtbare Zeit ist über das deutsche Volk und damit über die deutsche Arbeiterklasse hereingebrochen. Seit Jahrzehnten, seitdem die Sozialdemokratie die Volksmassen zur Herbeiführung einer Gesellschaft der Gesittung und der allgemeinen Wohlfahrt zu sammeln begann, hat sie als unumgängliche Voraussetzung aller Kultur und alles Fortschrittes den Völkerfrieden verkündigt.

---

1) Vorwärts, 6. VIII. 1914.

2) Vorwärts, 12. VIII. 1914 (Nach: die Arbeiter-Jugend. Berlin).

In unzähligen Reden und Schriften ist von unseren Wortführern insbesondere die ungeheure Gefahr bekämpft worden, die in der steigenden Kriegsrüstung der Regierung liegt. Vergeblich!

Jetzt ist es nicht an der Zeit, über den Krieg Worte zu machen. An die Stelle der Ermahnungen und Beschwörungen sind die harten Tatsachen getreten. Unsere junge Generation erhält über das, was hier so oft in Wort und Bild verkündigt wurde, einen Anschauungsunterricht, dessen furchtbare Lehren sich jedem Bewusstsein unvertilgbar einhämmern werden.

Jugendgenossen und -genossinnen! Auch von unseren eigenen Kameraden, von den Anhängern unserer Jugendbewegung, den Lesern der „Arbeiter-Jugend“, von den Leitern unserer Bildungsveranstaltungen und Wanderungen sind Tausende unter die Waffen gerufen worden.

Den Jugendgenossen als Soldaten gilt unser Gedenken!

Dass sie wohlbehalten in unsere Mitte zurückkehren mögen, ist unser heissester Wunsch. Und wir hoffen zuversichtlich, dass sie im Feld die Erziehung zur Menschlichkeit und Menschenwürde, die ihnen unsere Jugendbewegung gegeben hat, nicht verleugnen werden.

Unseren zurückbleibenden Kameraden aber und den Mädchen rufen wir zu: Seid hilfreich, furchtlos und treu! Haltet die Ideale, die Euch die proletarische Jugendbewegung vermittelt hat, fest in Eurem Sinn und in Eurem Herzen umschlossen! Ihr seid der Fels, Ihr die Hoffnung und die Zukunft der Arbeiterklasse. Die Botschaft der Menschenliebe und des Völkerglücks sollt Ihr durch Not und Grauen in die Zukunft tragen, auf dass die Hochziele, die Eure Väter und Brüder in hartem Geisteskampf errungen haben, nicht verloren gehen, sondern als sicherer Besitz des jungen Arbeitergeschlechts in hellere Tage hinübergerettet werden.

Haltet untereinander treue Kameradschaft und Solidarität, wie Ihr es in der freien Jugendbewegung gelernt habt! Nach wie vor werden Euch die Pforten unserer Jugendheime offen stehen, damit Ihr eine Stätte der kameradschaftlichen Sammlung habt.

Wer von Euch arbeitslos und von anderen Verpflichtungen frei ist, soll sich unverzüglich bei den von den Gewerkschaften eingerichteten Stellen zur Einbringung der deutschen Ernte melden und sich zu Diensten der werktätigen Menschenliebe den Samariterabteilungen anschliessen.

Die „Arbeiter-Jugend“ wird weiter erscheinen und Euch auch fernerhin die Wege zur Erkenntnis und zu freiem, aufrechtem Menschtum führen.

Und nun haltet den Kopf hoch und die Herzen tapfer, all Ihr Arbeiterjungen und Arbeitermädchen, bis dass der Tag kommt, an dem auch die proletarische Jugend wieder ihr Recht auf Frohsinn und Sonne beanspruchen kann.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Drittes Kapitel.

Österreich-Ungarn.

a) Österreich.

§ 1. Die Gesamtpartei im Jahre 1912.

Unmittelbar vor Ausbruch des Balkankrieges (18. X. 1912) erließ die Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie, angesichts der Gefahr einer Einmischung der Monarchie in die Balkanwirren und des Übergreifens des Kriegs auch auf Österreich-Ungarn, den nachfolgenden Aufruf[1]):

Nr. 64.

An das arbeitende Volk aller Nationen in Österreich!

Bulgarien und Serbien, Griechenland und Montenegro stehen in Waffen gegen die Türkei. Die Fürsten der Balkanhalbinsel haben den Mann aus den Armen seines Weibes, den Vater von seinen Kindern losgerissen, sie in ihre Uniformen gesteckt und auf das Schlachtfeld geschickt. Schon sausen die todbringenden Geschosse durch die Luft. Schon streuen die Maschinengewehre die Garben des Todes. Schon zerstören Schrapnells und Granaten in furchtbarem Zündschlag Menschenleben und Menschenfleiss. Tausende werden auf dem Schlachtfeld fallen, Tausende im Feldlager der Cholera, dem Typhus erliegen, Tausende nach unsäglichem Leiden verkrüppelt zu Weib und Kind zurückkehren. Während der Tod auf dem Schlachtfeld erntet, darben daheim, des Ernährers beraubt, Mütter, Frauen, Kinder! Not und Hunger, Jammer und Verzweiflung überall! So enden die Menschlichkeit, das Christentum, die Kultur des kapitalistischen Zeitalters in den Greueln des Krieges!

Aber so furchtbar die Schrecken des Balkankrieges sind, droht uns noch viel schrecklichere Gefahr. Die Wirren im Südosten haben in ganz Europa kriegerische Gier geweckt. Die Staatsmänner der Grossmächte

1) Arbeiter-Zeitung. Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Wien, 13. X. 1912.

spielen mit dem Feuer. Nie war die Gefahr eines Weltkrieges grösser als in diesen Tagen! Wenn es den Völkern nicht gelingt, die Staatsmänner der Grossmächte zum Frieden zu zwingen, dann kann der Balkankrieg in einem Krieg der Grossmächte enden: in einem Kriege, der die Millionenheere Österreichs, Deutschlands und Italiens, Russlands, Frankreichs und Englands in Bewegung setzen, über alle Völker Europas das furchtbarste Elend heraufbeschwören, die europäische Zivilisation in einem Weltbrand vernichten würde.

Der Erb- und Todfeind der europäischen Kultur, der russische Zarismus, rüstet zum Kriege. Eben erst blutbefleckt aus dem Vernichtungskrieg gegen die Völker des eigenen Landes zurückgekehrt, bedroht er jetzt den Frieden Europas. Der Zarismus, der die besten Söhne des russischen Volkes auf seinen Richtstätten, in seinen Kerkern, in den Einöden Sibiriens, gemordet hat; der Zarismus, der Polens nationales Leben erwürgt, der Ukraina das heilige Recht auf die Muttersprache geraubt, Finnlands verbriefte Rechte zerrissen, Persien geknechtet und zerstückelt hat — er wagt es nach alledem, sich als Befreier und Beschützer der südslavischen Nationen zu gebärden, ihre jugendliche Volkskraft in seinen Dienst zu stellen und ganz Europa in Flammen zu setzen, um sich die Herrschaft am Bosporus zu erorbern!

Mit dem russischen Zarismus teilt der italienische Imperialismus die Blutschuld. Mitten im Frieden hat er die wehrlose Türkei überfallen. Mit Blut und Eisen, mit Galgen und Folter hat er die europäische Kultur nach Tripolis getragen! Sein Raubzug hat den Zwergstaaten des Balkans die ersehnte Gelegenheit zum längst geplanten Eroberungskrieg geschaffen.

Zwischen Russland und Italien in der Mitte, hat aber auch Österreich-Ungarn sich mit schwerer Verantwortung belastet. Dieses Reich, das seine Völker in dem Zeitalter der Teuerung vor der bittersten Not nicht zu schützen vermag; das den verheerenden Bürgerkrieg seiner Nationen nicht beenden kann; das Ungarn mit der brutalen Gewalt der Tisza und Lukacs, Kroatien und Slavonien mit der Diktatur des Cuvaj beherrscht; das in Bosnien und Herzegowina noch immer nicht das vor vierunddreissig Jahren gegebene Versprechen erfüllt hat, die christlichen Bauern vom türkischen Feudalrecht zu befreien — dieses Reich schickt sich heute an, als hätte es im eigenen Lande nicht genug zu tun, am fernen Balkan als Richter und Ordner aufzutreten!

Die Völker Österreichs haben nur ein Interesse am Balkan: friedlichen Warenaustausch mit den Balkanvölkern! Unsere Industrie will in Serbien und Bulgarien ihre Waren absetzen. Dafür wollen wir von den serbischen und bulgarischen Bauern Vieh und Getreide kaufen. Dass dieser Warenaustausch seit vielen Jahren erschwert und gestört worden, ist nicht die Schuld der Serben und der Bulgaren. Es ist die Schuld der Agrarier in Österreich und in Ungarn. Um die Viehpreise in Österreich-Ungarn, von fremdem Wettbewerb ungestört, in die Höhe treiben zu können, haben die reichen Viehzüchter und Viehmäster es durchgesetzt, dass dem serbischen

und bulgarischen Vieh unsere Grenzen gesperrt wurden. Kaufen wir von den Agrarstaaten des Balkans kein Vieh, dann sperren sie natürlich den Erzeugnissen unserer Industrie ihre Märkte. Das ist das Hindernis unseres Handels auf dem Balkan! Aber dieses Hindernis zu beseitigen, müssen wir keine Soldaten an die Grenze schicken. Es fällt, wenn wir die Macht der Agrarier in Österreich und Ungarn brechen, wenn wir ihre Zollmauern abtragen. Nicht Krieg gegen Serbien, sondern Kampf gegen die agrarische Hungerpolitik — das ist die Balkanpolitik, die wir brauchen!

Die Kriegshetzer — die Wiener christlichsoziale Presse an ihrer Spitze — wollen uns einreden, Österreich müsse in den Sandschak einmarschieren, wenn Serbien dort Eroberungen machen wollte. Aber was mit dem unwirtlichen Bergland geschieht, ist nicht unsere Sorge. Wir wünschen den Eroberungsgelüsten der Balkankönige keinen Erfolg. Aber wir wollen auch nicht das Blut unserer Soldaten vergiessen, um dem verrotteten türkischen Feudalismus die Herrschaft über slavische Bauern zu sichern. Wer im Sandschak herrschen soll, mögen sich Türken und Serben untereinander ausmachen! Die Interessen der Völker Österreichs werden dadurch nicht berührt. Und das kleine Serbien, das nicht mehr Bewohner zählt als die Stadt Wien allein, wird der stolzen Grossmacht wohl auch dann keine Gefahr sein, wenn es um ein paar armselige Dörfer vergrössert wird! Der ganze Sandschak ist nicht die Knochen eines österreichischen Arbeiters wert.

Das ist nicht nur unsere Ansicht. Die Herrschenden selbst haben erst vor vier Jahren ausdrücklich und feierlich vor ganz Europa bekundet, dass Österreich-Ungarn keine Eroberungen auf dem Balkan will. Wohl hat der Berliner Kongress im Jahre 1878 Österreich-Ungarn das Recht eingeräumt, Truppen im Sandschak zu halten. Aber im Jahre 1908 hat Österreich-Ungarn auf dieses Recht verzichtet und seine Truppen aus dem Sandschak abberufen. Es wäre der helle Wahnsinn, mit blutigen Opfern erobern zu wollen, was wir selbst freiwillig und aus eigenem Antrieb vor vier Jahren aufgegeben haben!

Darum hat Österreich keinen Grund, sich in die Balkanhändel zu mengen. Um des Sandschaks willen den Arbeiter aus seiner Werkstatt, den Bauern vom Pfluge zu reissen, das Blut unserer Brüder und Söhne zu opfern, in Zehntausende Familien Not, Jammer und Verzweiflung zu bringen, unserer Volkswirtschaft die schwersten Wunden zu schlagen, wäre ein beispielloses, ein unverantwortliches, ein unsühnbares Verbrechen!

Österreich-Ungarn hat an dem armen, zerstückelten südslavischen Volke schon schwer genug gesündigt. Es weiss die Südslaven, die seiner Herrschaft unterworfen sind, nur mit der militärischen Diktatur zu regieren. Es hat die Bauern Serbiens durch seine grossagrarische Wirtschaftspolitik zur Verzweiflung getrieben. Wenn es jetzt auch noch das Blut seiner Söhne vergiessen wollte, um die Herrschaft türkischer Feudalherren über serbische Bauern zu beschützen; wenn es den serbischen Bauern, denen es selbst ihre Waren nicht abnimmt, verwehren wollte, sich den Zugang zu anderen Absatzmärkten zu erkämpfen, dann würde es die Südslaven selbst

in die Arme des russischen Zarismus treiben. Gerade weil wir Todfeinde des Zarismus sind, gerade weil wir in jeder Ausdehnung der Macht des Zaren die grösste Gefahr für die europäische Kultur erblicken, fordern wir, dass Österreich-Ungarn den südslavischen Nationen nicht mit der Waffe in der Hand entgegentrete, dass es die Entfaltung ihrer Volkskraft nicht hemme.

In allen Ländern der Welt erhebt die Arbeiterklasse ihre Stimme gegen den Krieg, für den Frieden! Unsere Genossen in Russland und in Polen setzen, die furchtbarsten Opfer nicht scheuend, ihren Kampf gegen den völkermordenden Zarismus fort. Unsere Genossen in Italien haben gegen den Raubkrieg in Tripolis protestiert. In Serbien und in Bulgarien haben sich die Vertreter der Arbeiterschaft in den Parlamenten mannhaft und tapfer der Kriegshetze widersetzt. In Deutschland, in Frankreich, in England demonstriert die Arbeiterklasse für die Sache des Friedens! So steht den Kriegshetzern aller Länder und aller Nationen einig und geschlossen als stärkste Macht des Friedens die internationale Sozialdemokratie gegenüber. In ihrem Geiste erfüllen auch wir in Österreich unsere Pflicht. Auch wir erheben unsere Stimme, zu mahnen und zu warnen. Auch für die Völker Österreichs kann es in diesen Tagen der Gefahr nur einen Feldruf geben: Keine Einmengung in den Balkankrieg! Nur eine Losung: Der Balkan den Balkanvölkern! Nur eine Parole: Erhaltung des Friedens!

Die Gesamtexekutive der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich:

Für die deutsche Sozialdemokratie:
Viktor Adler, Ferdinand Skaret.
Für die polnische Sozialdemokratie:
Ignaz Daszynski, Hermann Diamand.
Für die tschechische Sozialdemokratie:
Edmund Burian, Rudolf Merta.
Für die italienische Sozialdemokratie:
Valentino Pittoni.
Für die südslavische Sozialdemokratie:
Michael Čobal.
Für die ukrainische Sozialdemokratie:
Semen Wityk.

* * *

Tags darauf, am 14. X. 1912, fand in Wien eine Massen-Protestversammlung statt. Dieselbe beschloß — nach Referaten der Reichsratsabgeordneten VIKTOR ADLER, PETER CINGR, VALENTINO PITTONI und KARL SEITZ — einhellig die nachstehende Resolution [1])

1) Arbeiter-Zeitung, 15. X. 1912.

Nr. 65.

Die am 14. Oktober im Hotel Wimberger tagende Versammlung erhebt gegen die Staatsmänner der kapitalistischen Grossmächte Europas die Anklage, dass ihre Ränke und ihre Eifersüchteleien den blutigen Krieg am Balkan herbeigeführt und die Gefahr eines Krieges zwischen den Grossmächten heraufbeschworen haben.

Die Versammlung sendet der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Serbien und Bulgarien, in Russland und Italien, in Deutschland, Frankreich und England ihren brüderlichen Gruss. Sie stellt mit Genugtuung fest, dass sich die Sozialdemokratie in allen Ländern der Kriegshetze der herrschenden Klassen und ihrer Regierungen mit aller Macht widersetzt.

Dieser hohen Sendung der internationalen Sozialdemokratie treu, protestieren auch wir dagegen, dass die Regierung unseres Landes dazu beiträgt, die allgemeine Beunruhigung zu verschärfen. Wir protestieren dagegen, dass der Minister des Äussern Europa durch Reden beunruhigt, die den Eindruck erwecken, als wollte Österreich angebliche Interessen in den verkarsteten Bergen im Sandschak oder in armseligen Dörfern Altserbiens selbst um die Gefahr eines Weltkrieges verteidigen. Wir protestieren dagegen, dass die gefahrdrohende Stunde dazu missbraucht wird, neuerlich Hunderte Millionen für den Militarismus zu vergeuden. Wir protestieren gegen jede Einmengung Österreichs in den Balkankrieg.

Die Interessen der Völker Österreichs heischen den Frieden. Wir wollen nicht um der elenden Felsennester des Sandschaks willen Hunderttausende Menschenleben opfern, über Millionen das furchtbarste Elend heraufbeschwören, unsere ganze Volkswirtschaft für Jahrzehnte zerrütten. Wir fordern von der Regierung: Keine Einmengung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!

* * *

Gleichartige Versammlungen wurden auch in anderen größeren Städten abgehalten [1]), wie auch die tschechoslavische Sozialdemokratie eine solche am 12. X. 1912 in Prag veranstaltet hatte [2]).

Ferner nahmen die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in den Delegationen (am 7., 14., 15., 22. und 28. X. 1912) gegen die drohende Kriegsgefahr Stellung und bekämpften auch im österreichischen Abgeordnetenhause die Heeresforderungen der Regierung [3]).

1) Bericht der Parteivertretung d. deutsch. Soz.Dem. in Österreich an d. Parteitag von 1913. Wien 1913, S. 2 ff.

2) Bulletin périodique du B. S. I. XI, 28.

3) Die Tätigkeit der soz.-dem. Abgeordneten i. österr. Reichsrat, XII. Legislaturperiode. Wien, Volksbuchhandlung 1913/14. III. Heft, S. 4 f., 9 f., 19—26; IV. Heft, S. 6 ff., 34 ff.

§ 2. Die deutsche Sozialdemokratie bis Ende 1913.

Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich zu Wien 31. X.—4. XI. 1912 [1]).

Auf demselben wurde, nach einem Referat VIKTOR ADLERS, dem eine lebhafte in gleichmäßig übereinstimmenden Gedankengängen sich bewegende Debatte folgte, einhellig die nachstehende Resolution angenommen:

Nr. 66.

Der Krieg und die Internationale.

Der PT. weist mit Abscheu und Entrüstung jeden Gedanken an eine Einmengung Österreichs in den Balkankrieg zurück. Er betrachtet jeden, der eine solche Einmengung unter welchem Vorwand immer fordert, als einen Todfeind der Völker Österreichs. Er fordert die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis.

Den Beschlüssen der Internationale entsprechend, fordert der PT. alle Parteiorganisationen auf, die Agitation gegen die Kriegsrüstung und Kriegshetze in die breitesten Volksmassen zu tragen. In der allernächsten Zeit, insbesondere aber am 10. XI., sind in allen grösseren Städten und Industriezentren, wo die örtlichen Verhältnisse dies gestatten, grosse Massenkundgebungen gegen die Einmengung Österreichs in den Balkankrieg zu veranstalten.

Österreich hat weder im Sandschak noch in Albanien etwas zu suchen. Wir haben auf dem Balkan keine anderen Interessen als die, in freundnachbarlichem Verhältnis mit den Balkanvölkern zu leben und unsere Waren mit ihnen friedlich auszutauschen. Keine Einmengung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!

* * *

Am 10. XI. 1912 fand sodann in Wien und den anderen größeren Städten und Industrieorten Österreichs ein Demonstrationstag statt und in sämtlichen Versammlungen wurden Resolutionen in vorstehendem Sinne gefaßt; (desgleichen am 1. V. 1913, nachdem die Monarchie gegen die Besetzung Skutaris durch die Montenegriner Widerspruch erhoben hatte [2]); ebenso in der durch die tschechoslavische Sozialdemokratie am 10. X. 1912 veranstalteten Versammlung in Prag.

Vgl. auch oben Nr. 19/21.

1) Protokoll über d. Verhandlungen d. Parteitags. Wien, Volksbuchhandlung 1912. 2) Bericht usw. S. 7 f.

Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs zu Wien. 31. X.—4. XI. 1913 [1]).

Nach einem Referat des Abgeordneten KARL LEUTHNER wurde debattelos und einstimmig angenommen die nachstehende Resolution über:

Nr. 67.

Die auswärtige Politik und die Militärforderungen.

Der PT. spricht in Entrüstung und Abscheu sein Urteil über die Balkanpolitik des Wiener Kabinetts, die, ziellos schwankend und herausfordernd zugleich, Österreich-Ungarn im Laufe des letzten Jahres wiederholt an den Rand des Krieges gedrängt, die, begleitet von einer dreisten, bedenkenlosen Kriegshetze und mit ihrem Gefolge von Mobilisierungen, das wirtschaftliche Leben aufs tiefste erschüttert, den Kredit verwüstet und mit alledem Geschäftsstockungen und eine Arbeitslosigkeit über das Reich, ja in weiten Gebieten des Reiches einen beispiellosen Notstand heraufbeschworen hat.

Österreich-Ungarns Balkanpolitik ist ausschliesslich bestimmt durch die törichte Furcht vor dem grossserbischen Gedanken, dessen vorgebliche Gefahren zu bannen die Herstellung verfassungsmässiger Zustände in Kroatien und der Ausbau der Autonomie Bosniens die wirksamsten Mittel wären. Statt mit plumpen Intriguen und mit beschämendem Misslingen in die Streitigkeiten der Balkanstaaten sich einzumengen und den Hass und das Misstrauen aller zu ernten, müsste eine vernünftige Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan vielmehr wirtschaftliche Vorteile für seine Völker in einer sorgsamen und vorausschauenden Handelspolitik suchen, die bisher die verblendete Habsucht der Agrarier unmöglich gemacht hat. Österreich-Ungarn hat auf dem Balkan keine anderen als wirtschaftliche Interessen. Es darf daher keine protektoratähnliche Stellung in Albanien ansprechen, womit bloss eine Quelle beständiger Kriegsgefahren eröffnet würde, auch nicht in der Form einer Mitherrschaft mit Italien, eines Kondominiums, das uns notwendig in einen feindlichen Wettstreit und Gegensatz mit dem Nachbarstaat brächte, mit dem freundschaftliche Beziehungen zu unterhatten für uns ein Gebot des Friedens und der Kultur ist.

Der PT. erhebt Protest gegen die geplante neue Erhöhung der Heeres- und Landwehrkontingente, die durch gesetzwidrige Zurückbehaltung der Ersatzreservisten vorwegzunehmen die Kriegsverwaltung kühn genug war. Die ungeheuren, auf 400 Millionen geschätzten Kosten der Mobilisierung, die Fortsetzung der Geschützreform, die angekündigte Aufstellung eines zweiten Dreadnoughtgeschwaders bedrohen die Völker Österreich-Ungarns mit einer ausserordentlichen Mehrbelastung von weit über einer Milliarde. Der Militarismus hat von dem Staate vollständig Besitz ergriffen, er zerrüttet seine

1) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags. Wien, Volksbuchhandlung 1913.

Finanzen, gräbt die Quellen der Steuerkraft ab und entzieht den sozialen und kulturellen Reformen alle Mittel, drückt die breiten Schichten des arbeitenden Volkes ins tiefste Elend und treibt sie über das Meer. Der Militarismus ist zum einzigen Inhalt unseres Staatslebens, unserer Staatstätigkeit geworden. Der PT. fordert daher die gesamte Arbeiterklasse auf, ihren Kampf gegen den Militarismus mit leidenschaftlicher Entschlossenheit zu führen und alle, die ihn stützen, als Feinde der Volkskraft und Zerstörer der Volkswirtschaft tatkräftigst zu bekämpfen.

---

§ 3. Die deutsche Sozialdemokratie unmittelbar vor Kriegsausbruch.

Am 23. VII. 1914 überreichte der österreich-ungarische Gesandte in Belgrad der serbischen Regierung ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum. Hierüber äußerte sich das Wiener Zentralorgan im Artikel:

Nr. 68.

Das Ultimatum an Serbien[1]).

Der Schritt ist getan; und über die furchtbaren Folgen, die aus ihm entspringen können, ist keine Täuschung mehr möglich. Graf Berchtold hatte heute der serbischen Regierung die Forderungen Österreich-Ungarns unterbreitet, und wenn auch die wörtliche Bezeichnung in der Note vermieden ist, so spricht es aus jeder einzelnen dieser vielen, allzuvielen Forderungen mit fürchterlicher Klarheit: es ist ein Ultimatum an Serbien, jenes letzte Wort, das immer blutig-schwere Dinge verkündigt. Am Samstag um 6 Uhr soll die serbische Regierung ihre Antwort geben, die Antwort. dass sie alles tun und erfüllen will, was in dieser Note, die in der Geschichte unserer Zeit kein Beispiel findet, von ihr geheischt wird. Und wenn sich Serbien der Erfüllung weigert, wenn es sich auflehnt, die Unterwerfung auszusprechen und zu vollziehen! Dann nimmt das Verhängnis seinen Lauf und das blutige Ringen hebt an! Der Tag, da Österreich-Ungarn dieses Ultimatum stellt, wird ein Tag sein, der der österreichischen Menschheit in ewig schmerzlicher Erinnerung bleiben wird.

Es ist wahr: die serbischen Regierungskreise haben schwer gefrevelt an menschlicher Gesittung, haben Menschen- und Völkerrecht arg verletzt, Sie haben nach der Annexion Urfehde geschworen und sich verpflichtet, Ruhe und Frieden zu halten, und sie haben mit dem heimlichen und offenen Wühlen gegen die Monarchie nicht innegehalten. Wenn alles wahr ist, was die Note als Feststellungen der Untersuchung gegen die Attentäter angibt,

---

1) Arbeiter-Zeitung, 24. VII. 1914.

so hat die Serajewoer Mordtat ihren Ursprung in Belgrad und für die Mitschuld serbischer Regierungsorgane besteht wenigstens ein starker Verdacht. Österreich-Ungarn ist also befugt und ist im Recht, die strafgerichtliche Verfolgung der Mitschuldigen zu begehren, und es ist wohl auch berechtigt, von der serbischen Regierung eine gewisse Bürgschaft dafür zu verlangen, dass es mit der Duldung der Bestrebungen, deren letztes Ziel die Sprengung des österreichischen Staatenverbandes ist, ein Ende mache, dass es sich zur Respektierung der österreichischen Grenzen verpflichte. Hätte Österreich-Ungarn auf diese Forderungen, zu denen es das Recht hat und die im Interesse seiner staatlichen Ruhe auch notwendig sein mögen, sich beschränkt, so wäre ihm die Zustimmung des ganzen zivilisierten Europa sicher und Serbien könnte es nicht wagen, seinen moralisch begründeten Forderungen Widerstand entgegenzusetzen. Dann wäre der Konflikt friedlich geschlichtet worden, ohne Einbusse an Ehre für Österreich-Ungarn, und mit der Sicherheit, dass nichts unterlassen worden ist, was dem gekränkten Recht die erforderlichen Sühne, was den gefährdeten Interessen des Reiches den erforderlichen Schutz verschafft. Aber bleiben die Forderungen Österreich-Ungarns in dem Rahmen des Berechtigten und Notwendigen? Europa wird darauf die Antwort geben.

Derartige Forderungen hat ein Staat an den anderen noch niemals gestellt. Wir sind überzeugt, dass kein Bewohner des Reiches fähig gewesen wäre, all das nur auszudenken, was Graf Berchtold in dieser Note von Serbien, das doch noch immer ein selbständiges Staatswesen ist, zu fordern für nötig und angemessen findet. Und jede dieser Forderungen ist mit äusserster Härte formuliert, wird in einer Weise geheischt, die das Selbstgefühl des serbischen Staates aufs äusserste aufzureizen nur allzusehr geeignet ist; jede dieser Forderungen ist eine Verneinung der Unabhängigkeit Serbiens! Die serbische Regierung soll am nächsten Samstag[1] *eine feierliche Erklärung abgeben, mit der sie sich selbst richtet, um nicht zu sagen, hinrichtet; für die Erklärung wird nicht nur der Tag des Erscheinens, sondern auch der Platz in dem amtlichen Blatt bestimmt; fehlt nur noch, dass auch die Schrift angeordnet werde, in der die Erklärung zu veröffentlichen sei! Die Erklärung soll auch der König in einem Tagesbefehl an die Armee abgeben und kundmachen! Dann wird das ganze Arsenal der Unterdrückungen, das etwa in dem österreichischen Gesetz enthalten ist, wonach die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freiheiten suspendiert werden können, auf Serbien ausgedehnt; sozusagen über Serbien der österreichische Ausnahmezustand verhängt. Also Suspension der Pressfreiheit und Vereinsfreiheit in den Beziehungen zu Österreich-Ungarn! Nun folgt die österreichische Überwachung des Schulunterrichtes in Serbien, die Massregelung von Beamten und Offizieren, und dafür, wohl zum Ersatz, die Bekleidung österreichisch-ungarischer Beamten mit obrigkeitlicher Gewalt in Serbien! Wohlgemerkt, Graf Berchtold begnügt sich nicht mit der Forde-*

---

1) d. h. am 25. VII. 1914.

rung, dass bei der gerichtlichen Untersuchung gegen die Mitschuldigen an dem Attentat österreichisch-ungarische Beamte mittun, obwohl auch das schon keine Kleinigkeit wäre, sondern österreichisch-ungarische „Organe" sollen „bei der Unterdrückung der gegen die Monarchie gerichteten unterwühlenden Bestrebungen mitwirken", also soll wohl Serbien dauernd unter österreichischer Kontrolle gehalten bleiben! Die Völker in Österreich werden nicht gefragt, da ein Schritt unternommen wird, dessen Einsatz ihr Gut und Blut werden kann; aber wir möchten den Grafen Berchtold und all die Verantwortlichen für diese Note doch fragen, ob sie wirklich meinen, dass Serbien diese Forderungen anerkennen kann, ob sie wirklich erwarten, dass Serbien sie erfüllen wird! Denn wenn sie dieser Meinung nicht sind, so haben sie die Forderungen nicht gestellt, weil sie auf ihre Erfüllung rechnen, so haben sie sie derart gestaltet, sie deshalb in dieser beispiellosen Härte verfasst, damit sie nicht angenommen werden! In jedem „Punkte" dieser Note des Grafen Berchtold schimmert es wie von Blut, von dem Blute, das vergossen werden soll in einer Sache, für die alle Möglichkeiten einer zuverlässigen und ehrenvoll-friedlichen Erfüllung gegeben waren! Es wird niemandem leicht fallen, diesen Schritt zu verantworten, und keinem wird die Verantwortung erspart bleiben!

An dem dünnen Faden, dass sich Serbien diesen Forderungen unterwirft, hängt heute allein der Friede. Es steht in dem Konflikt nicht wenig auf dem Spiele auch für die Serben, deren innere und äussere Lage für das Königreich die schwersten Gefahren enthält. Vielleicht ist auch die Hoffnung noch nicht zur Gänze abzuweisen, dass ein vernünftiger und rückhaltloser Schritt der serbischen Machthaber den Weg zu einer gewissen Verständigung, zu einem Verhandeln über die einzelnen Punkte eröffnen könnte, obwohl der ganze Ton der Note, in seiner ausgesuchten Schroffheit, in der Wahl der bitteren Worte die Hoffnung, dass die österreichischen Machthaber den Weg zum Frieden in ihrem inneren Bewusstsein noch nicht verlassen haben, sehr gering erscheinen lässt. Vielleicht auch, dass sich das übrige Europa, über das der österreich-serbische Konflikt die schwersten Bedrohnisse breitet, zu irgend einer Vermittlung aufraffen werde. Aber all das ist unsicher und zerfliesst vor dem entsetzten Blick in Nebel. Was gewiss ist, was schreckliche Wahrheit, ist dieses Dokument, das einen Krieg in eine Nähe rückt, die wir nur schauernd empfinden. Drohend erhebt sich die Gefahr vor unserem Blicke und eine Zukunft eröffnet sich, in der Gut und Blut der Völker im Abgrund versinken. Im Namen dieser, die leiden und darben, schieben wir die Verantwortung für das Unheil, das im Zuge ist, denen zu, die diesen Schritt unternommen, der uns ins schrecklich Bodenlose führt.

Am darauffolgenden Tage erschien der nachfolgende Aufruf:

Nr. 69.

Arbeiter, Parteigenossen[1]*!*

In furchtbar ernster Zeit richten wir, Parteigenossen, heute das Wort an euch! Die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien rückt in immer unheimlichere Nähe, und bevor der Tag um ist, an dem euch unser Wort erreicht, kann der Krieg schon ausgebrochen sein! Die österreich-ungarische Regierung hat in Belgrad ein Ultimatum überreichen lassen, ein letztes Wort, das an diesem Samstag um sechs Uhr abends seine Erfüllung finden muss, wenn die blutige Entscheidung durch die todbringenden Waffen vermieden werden soll. An einem dünnen Faden hängt die Erhaltung des Friedens und wenn der Faden reisst, wenn Serbien die Bedingungen, die ihm Österreich-Ungarn diktiert, nicht hinnimmt und annimmt, so ist der Krieg da, der Krieg mit dem Schrecken und Jammer, mit dem Leid und Kummer, die er im Gefolge hat! Und da es vor allem die breiten Massen sind, die seine furchtbaren Lasten tragen, so ist die Entscheidung, die sich da nun vorbereitet, der Einsatz an Gut und Blut dez Volkes!

Musste es so kommen? Auch wir Sozialdemokraten, die Vertreter des werktätig schaffenden Volkes, verschliessen unser Auge nicht vor dem schweren Unrecht, das die serbischen Machthaber an Österreich begangen haben. Wie wir, aus unseren prinzipiellen Auffassungen heraus, die alle schnöden Gewalttaten zurückweisen, die Mordtat von Sarajevo verurteilen, so verurteilen wir auch alle die, die an ihr Mitschuld tragen. Wir erkennen an, dass Österreich-Ungarn im Rechte ist, wenn es von der serbischen Regierung die strafgerichtliche Verfolgung der Mitschuldigen begehrt; wir verstehen es, dass Österreich-Ungarn von Serbien Bürgschaften verlangt, dass dem unterirdischen Wühlen gegen die Sicherheit und Ruhe des österreichischen Staatenverbandes Einhalt getan werde, dass mit der fördernden Duldung, die die Machthaber in Serbien dieser Lossreissungsbewegung entgegenbringen, gebrochen werde. Aber wir sind überzeugt, dass die serbische Regierung ***diesen*** *Forderungen Österreich-Ungarns, die durch das Völkerrecht sanktioniert sind, keinen Widerstand entgegensetzen hätte können, keinen Widerstand auch entgegengesetzt hätte. Wir sind überzeugt, dass für alles, was Österreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und immer noch wäre, und dass keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Grossmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klasse, erklären es als die Vertreter der deutschen Arbeiter in Österreich,*

---

1) Arbeiter-Zeitung, 25. VII. 1914.
Die eingeklammerte und durch Sperrdruck hervorgehobene Stelle wurde beschlagnahmt und ist nach dem Abdruck im Berliner „Vorwärts“ vom 25. VII. 1914 wiedergegeben.

dass wir für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen, dass wir für ihn und für alles, was aus ihm an furchtbar ernsten Folgen entspriessen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, ersonnen, unterstützt und gefördert haben!

Zu dieser Feststellung und Erklärung sind wir umsomehr verpflichtet und gedrängt, als die Völker in Österreich seit vielen Monaten ihrer verfassungsmässigen Rechte beraubt sind und der Tribüne entbehren, von der aus sie ihren Willen künden könnten.

(*Angesichts der Gefahr eines Krieges, der von allen Angehörigen des Staates die volle Hingabe von Gut und Blut in Anspruch nimmt, erscheint die planmässige Vergewaltigung des Volkswillens, wie sie in der Ausschaltung des Parlaments liegt, um so erbitternder und aufreizender! Wie, es sollte nicht jeden aufrechten Mann in diesem Staate erbittern, dass sich selbst in diesem Schicksalsaugenblicke, da uns ein Ringen auf Tod und Leben droht — denn wer kann es ermessen, was dem Kriege mit Serbien noch alles nachfolgt! — der Absolutismus einer volksfremden Bureaukratenregierung breitmachen darf und alles unterlassen wird, was die Völker in Österreich einander näher bringt und ihnen die Möglichkeit gemeinsamer, schöpferischer Arbeit im Dienste des Volkswohles bietet! Blicket doch auf Ungarn und vergleichet die Achtung vor dem Parlament, die dort geübt wird, mit dem geringschätzenden Hohn, der in Österreich der Vertretung des Volkes gewidmet wird! Deshalb erheben wir, die gewählten Abgeordneten des deutschen Proletariats, in diesem Augenblicke des schwersten Ernstes unsere Stimme feierlich zum Protest! Wir protestieren gegen ein Regierungssystem, das keine Achtung vor den grundsätzlich*[1] *verbürgten Rechten des Volkes hat; wir protestieren gegen eine Regierungstätigkeit, die die Nationen mit Unmut, das Volk mit Verzweiflung erfüllt! Mit dem stärksten Nachdruck erheben wir die Forderung, dass auch dem Volke gegeben werde, was dem Volke gehört, dass die verfassungswidrige, staatsverwüstende und volksschädliche Herrschaft der Regierung Stürgkh, die Gesetz und Verfassung zu Boden tritt, ein Ende nehme!*)

Wir wollen ein freies, fortschreitendes Österreich, das sich aufbaut auf der Selbstregierung aller Nationen in diesem Staate, das allen die Möglichkeit kultureller Entwicklung bietet; wir wollen ein Österreich, das wirklich ein Bund freier Völker ist. Wir sind der Ansicht, dass ein Staat in unserer Zeit nur in Freiheit gedeihen, nur durch Gerechtigkeit bestehen kann.

---

1) Soll wohl heißen: grundgesetzlich.

Und als die Vertreter der Enterbten dieser Gesellschaftsordnung streben wir nach einem Staatswesen, das dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse, auf den die Hoffnung dieser Welt sich gründet, durch soziale und kulturelle Reformen zu Hilfe kommt; vertreten wir den demokratischen Fortschritt auf allen Gebieten, weil nur durch ihn diesem Nationalitätenstaat Bestand und Festigkeit verliehen wird. Wir fühlen es tief, wie die aufbauende und festigende Kraft der demokratischen Entfaltung durch jede Störung des Friedens aufs tiefste erschüttert wird. Wir wissen, wie entsetzlich gross durch die so lange dauernde wirtschaftliche Krise die Not gestiegen ist; wir wissen, in welch weiten Schichten sich das Elend niedergelassen hat; wir wissen, in welcher düsteren Lage sich die breiten Massen des Volkes befinden und welche verzweifelte Stimmung sich ihrer bemächtigt hat. Darum erheben wir unsere Stimme laut zur Mahnung, rufen an zur Besonnenheit, zur gewissenhaften Erwägung aller Notwendigkeiten, die aus den Lebensbedürfnissen der Völker entspringen!

Dem Volke ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm. Der politischen Freiheit in den Versammlungen und in der Presse sind Fesseln angelegt. In dem Bewusstsein der schicksalsschweren Stunde soll noch einmal unser Mahnruf laut werden: Der Friede ist das kostbarste Gut der Menschen, das höchste Bedürfnis der Völker!

Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, hüben wie drüben, angestiftet haben und entfesseln wollten! Und wir wissen uns darin einig mit den klassenbewussten Arbeitern der ganzen Welt und nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens! Feierlich bekennen wir uns zu der Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode.

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Österreich.

---

§ 4. Die deutsche Sozialdemokratie unmittelbar nach Kriegsausbruch.

Am 25. VII. 1914 brach Österreich-Ungarn die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab und der Gesandte der Monarchie verließ Belgrad. Da in Österreich der Reichsrat zu einer Kriegstagung nicht einberufen wurde, so hatte die österreichische Sozialdemokratie überhaupt und die deutsche insbesondere auch keine Gelegenheit, sich im Abgeordnetenhause über ihre Stellung zum Krieg, erst mit Serbien und sodann zum Weltkriege, zu

äußern. Ihre Haltung wird durch die nachstehend angeführten Kundgebungen der Parteivertretung und der Presse gekennzeichnet.

Nr. 70.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Parteigenossen[1]*!*

Die Völker Österreichs stehen an der Schwelle gewaltiger Ereignisse. Österreich steht vor dem Beginn eines Krieges mit aller seiner Gewalt.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich hat seit sechs Jahren vor dieser furchtbaren Gefahr gewarnt. Sie hat seit sechs Jahren alles, was in ihren Kräften stand, getan, um den Völkern das grosse Gut des Friedens zu erhalten. Heute sehen wir, dass die Kräfte, die zum Kriege drängten, stärker waren als wir.

In diesem Augenblick gilt unser erster Gruss unseren Soldaten, unser heissester Wunsch den Arbeitern, die zur Fahne berufen sind. Noch hoffen wir, dass das Schlimmste ihnen erspart bleiben wird. Mit der ganzen Leidenschaft unserer Herzen wünschen wir ihnen, dass es ihnen beschieden sein möge, bald und unversehrt in unsere Mitte zurückzukehren, zurückzukehren in unsere Reihen; zu dem Kampfe der Arbeiterklasse um ihre Befreiung.

Unser zweites Wort aber gilt euch, Genossen und Genossinnen, die ihr im bürgerlichen Leben geblieben seid.

Die Geschichte lehrt, dass kriegerischen Ereignissen immer grosse Veränderungen im inneren Leben der Staaten und Völker folgen. Der Krieg wird ein neues Österreich schaffen. Er wird unsere Kampfbedingungen wesentlich verändern. Gerüstet zu sein und gerüstet zu bleiben für die Zeit nach dem Kriege ist heute unsere wichtigste Aufgabe.

Darum ist es eure Pflicht in dieser Stunde, unsere Organisationen aufrecht zu erhalten. Die Zerstörung unserer Organisationen würde uns nach dem Kriege der Übermacht unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner ausliefern. Wohl setzt der Ausnahmszustand, den die Regierung über ganz Österreich verhängt hat, unserer Tätigkeit enge Grenzen. Aber unser Vereinsleben wird, sofern es sich an die durch den Ausnahmszustand eingetretenen gesetzlichen Bestimmungen hält, durch ihn keineswegs berührt. Unsere Vereine müssen in Wirksamkeit bleiben. Die Vertrauensmänner müssen ihre normale Tätigkeit fortsetzen. Wo ein Vertrauensmann einberufen ist, muss sofort ein Ersatzmann für ihn gestellt werden. Alles, was den Behörden einen begründeten Anlass oder Vorwand zur Unterdrückung oder Behelligung unserer Organisationen geben könnte, ist zu vermeiden. Die auf Grund des Ausnahmszustandes erlassenen behördlichen Verfügungen, insbesondere die Verfügungen über die Anmeldung von Vereinsversammlungen, sind sorgfältig zu beachten. Die Genossen sind zu ermahnen, dass sie jedes unvorsichtige Wort, das schwere Opfer kosten könnte, vermeiden und sich vor Naderern und Spitzeln hüten.

---

1) Arbeiter-Zeitung, 28. VII. 1914.

Eine besonders schwere Aufgabe ist unserer Presse gestellt. Der Ausnahmszustand setzt der freimütigen Kritik, die sie sonst zu üben gewohnt ist, sehr enge Schranken. Desto wichtiger ist es, dass unsere Genossen treu zu unserer Presse stehen, damit dieses wichtigste Werkzeug täglicher Verbindung zwischen uns unversehrt bleibe.

Genossen und Genossinnen! In guten Zeiten ist es leicht, zu unserer Sache zu stehen. Erst in schwerer Zeit offenbart sich unsere innere Kraft. Da muss sich unsere Treue, unsere Opferwilligkeit bewähren. Zeigt, dass es auch in unseren Reihen keine Fahnenflucht gibt! Dass auch die Männer des Klassenkampfes bis zum letzten Atemzug zu ihren Fahnen stehen!

Eine besondere Mahnung gilt unseren Vertrauensmännern. Von ihrer Einsicht, ihrer Klugheit, ihrer Männlichkeit, ihrer Beharrlichkeit hängt jetzt die weitere Entwicklung der Arbeiterklasse ab.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Lasst euch nicht entmutigen! Bleibt treu eurer Sache, treu der Sache des arbeitenden Volkes! Dann werden wir nach dem Kriege stark genug sein, dafür zu sorgen, dass das neue Österreich, das aus den weltgeschichtlichen Ereignissen des Augenblicks erwachsen soll, werde, was es sein soll: eine Heimstätte freier Völker, ein fruchtbarer Boden für die befreiende Arbeit des Proletariats!

Hoch die Sozialdemokratie!

Die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.

Nr. 71.

Der Krieg[1]).

Der Krieg ist erklärt. Obwohl noch überall von Vermittlungen geredet wird, so stand es schon lange fest, dass es zum Kriege kommen wird, stand es schon fest, als Österreich-Ungarn seine Note nach Belgrad schickte. Dennoch wirkt die Kriegserklärung als eine Tatsache von unerhörter Wucht. Durch fünf Jahre stand die Möglichkeit dieses Krieges der Monarchie mit Serbien vor uns, bald mit unmittelbarer Gefährlichkeit, bald wieder in nebelhafte Ferne gerückt. Aber obwohl wir dem Kriege schon zweimal sehr nahe waren, uns ihm gleichsam auf Schussweite genähert hatten, so erschien das den Menschen doch immer nur als eine theoretische Möglichkeit, so blieb der schroffe Gegensatz zu Serbien doch immer nur eine Frage für die Politiker und Diplomaten; so möglich auch der Krieg schon immer war, so dachte und glaubte doch niemand, dass wir seinen furchtbaren Ernst erleben werden. Deshalb wirkt die Kriegserklärung, die doch nur ausspricht, was wir seit ernstschweren Tagen schon als unwiderrufliche Gewissheit empfanden, mit dieser bedrückenden Macht, mit der Gewalt eines geschichtlichen Ereignisses,

1) Arbeiter-Zeitung, 29. VII. 1914.

das alles überragt und weit zurücklässt, was sonst der Inhalt der Sorgen im Staate Österreich ist. Nun der Krieg ausgebrochen, nun das ganze Leben der Gesamtheit und jedes einzelnen von uns von ihm erfasst ist, nun wäre alles Nachdenken, ob es so kommen musste, ohne Wirkung. Nun kann man nur den heissen Wunsch aussprechen, dass das kriegerische Unternehmen mit der möglichst geringsten Zahl von Opfern abschliesse, dass sein Ausgang der Sache der Entwicklung der Völker in diesem Reiche fromme, dass die Umwälzungen, die das blutige Ringen in den Geschicken des Volkes mit Naturgewalt herbeiführt, wohltätige werden und der Aufstieg der Menschheit zur reicheren Kultur, zur erhöhten Wohlfahrt durch den Krieg nicht gehemmt werden möge, aus ihm vielmehr neue Antriebe erfahre. Krieg und Kriegszustand sind harte Zeiten; wir wollen sie als freie und aufrechte Männer überstehen.

Der Ernst des Krieges breitet sich über die Lande: und in jede Familie, in alle Beziehungen der Staatsbürger greift er mit seiner Eisenfaust hinein. Dennoch hat man das Gefühl, dass der Krieg mit Serbien, der lokalisierte Kampf mit dem kleinen Balkanstaat, im Geflecht unserer Sorgen zurücktritt, dass die eigentliche und Hauptsorge darin besteht, ob das Ringen auf diesen Krieg beschränkt bleiben wird. Was wir da sehen, ist folgendes: Alle Grossmächte sind darum bemüht, Russland zur Ruhe zu mahnen, Russland von der Einmischung in den Krieg, den wir mit Serbien führen, zurückzuhalten. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Mächten des Dreibundes und denen des Dreiverbands; man kann sagen, dass Frankreich vor dem Weltkrieg ebenso graut wie Deutschland, dass England der Begrenzung des Krieges ebenso leidenschaftlich das Wort redet wie Italien. Dass das Zarenreich den Druck von allen Seiten spüren wird, ist unzweifelhaft, dass der ausnahmlose Wunsch aller Grossmächte, dem Überspringen des Funkens vom Balkan auf Europa zu wehren, ohne Wirkung bleiben könnte, ist nicht anzunehmen. Die grosse Frage bleibt aber, ob Russland dauernd, bis zum Abschluss der „Auseinandersetzung" mit Serbien, zur Seite stehen wird, und diese Frage kann heute niemand beantworten, niemand bejahen. Und sie ist es nun, die wie eine schwere Gewitterwolke über uns hängt, und weiter hängen wird. Möge es gelingen, den Krieg wenigstens zu begrenzen, möge auch die österreichisch-ungarische Politik alles, was die Lokalisierung fördern kann, dazu in ehrlichem Wollen beitragen, alles auch unterlassen, was den Brand weiter und weiter trägt! Das ist der zweite Wunsch, der sich heute jedem auf die Lippen drängt, der sich des furchtbaren Ernstes eines Krieges bewusst ist und seine Schwere nicht in leerem Klang vertändeln lassen will!

Nun sind die Würfel gefallen und kein bängliches Zagen soll sich uns nahen. Eingedenk der Pflichten gegen die Arbeiterklasse, die wir alle freudig erfüllen, werden wir die ernsten Tage, die nun nahen, tapfer durchschreiten und die Zuversicht nicht verlieren, dass die Zeit fruchtbarer schöpferischer und weithin wirkender Arbeit wieder kommen wird.

Nr. 72.

Der Weltkrieg des Zaren[1]).

Das Schicksal hat gesprochen. Nur ein Wunder könnte seine Entscheidung wenden. Die auf zwölf Stunden befristete Aufforderung Deutschlands an Russland, seine kriegerischen Massnahmen einzustellen, die Anfrage Deutschlands an Frankreich, wie es sich bei einem russisch-deutschen Kriege zu verhalten gedenke, bedeutet den Krieg Deutschlands und Österreichs gegen Russland und Frankreich, bedeutet den Weltkrieg. Was seit Jahrzehnten wie ein Gespenst des Grauens vor uns stand, die alles in den Strudel des Verderbens hinabziehende Weltkatastrophe, beginnt vor unseren erstarrten Blicken ihre Schrecken zu entfalten. Aus der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" spricht die eherne Stimme der Geschichte. Der Vorhang wird abgezogen von dem frevlen Spiele der zarischen Politik. Kaiser Nikolaus hat sich an Kaiser Wilhelm um Hilfe gewendet, damit er durch seine Vermittlung den Frieden rette. Kaiser Wilhelm hat die Vermittlung übernommen und seine Bemühungen mit denen Englands vereinigt. Doch während dieses Friedenswerk im Gange war, hat derselbe Zar, der die Vermittlung angerufen, dreiundzwanzig Armeekorps auf den Kriegsfuss zu stellen befohlen. Er machte gegen Österreich-Ungarn mobil, zwischen dem und Russland der deutsche Kaiser Frieden stiften sollte. Und als eine Depesche Kaiser Wilhelms den Zaren beschwor, von einer Massnahme abzustehen, die notwendig das Friedenswerk vereiteln müsse, ordnete der Zar die Mobilmachung seiner gesamten Streitkräfte zu Land und zur See an und zückte also das Schwert gegen den zur Hilfe aufgeforderten Vermittler selbst.

Nichts kann diese Handlungsweise des Zaren, die den Weltkrieg herausfordert, rechtfertigen. Wie auch immer Nikolaus II. sein Verhältnis zu Serbien und den Wert und die Pflichten seiner Schutzherrlichkeit auf dem Balkan abwägen mag: weder Österreich-Ungarn noch gar Deutschland, das sich aller kriegerischen Vorkehrungen enthielt, haben auch nur das mindeste getan, das sich unmittelbar gegen Russland, seine Sicherheit und Ehre kehrte; keine Rüstung, keine Kriegsmassregel geschah an der russischen Grenze. Aus seinem eigenen Entschluss, durch nichts und niemanden genötigt, hat der Zar selbst den Kriegszustand geschaffen, die furchtbarste Kriegsgefahr über Europa verhängt, in dem Augenblick, in dem sein Telegramm an Kaiser Wilhelm von Friedensbereitschaft und Friedensrettung sprach. Russland hat ein doppeltes Spiel gespielt: mag es berechnende Tücke sein, mag der Kampf der kriegerischen und der friedlichen Strömung am Hofe das treulose Schwanken verursacht haben: es zieht den Weltteil mit in einen Strom von Blut. Aber ist es wirklich wahr, dass Frankreich, dass gar England an dem schrecklichen Werke der allgemeinen Vernichtung teilnehmen müssen, weil es die Untreue oder die Schwäche der zarischen Politik so gebietet? Es ist ein grauenhaft lächerlicher Gedanke, dass dieses Frankreich der Demokratie und der bürgerlichen Freiheit, das niemals so friedliebend war wie in den letzten Jahren,

1) Arbeiter-Zeitung, 2. VIII. 1914.

das in diesen Tagen der Krise so deutlich wie nur das deutsche Volk selbst den Abscheu vor dem Kriege bekundete, nun Hekabomben von Menschen darbringen und schlachten soll, bloss damit sich der Zar seines Protektorats über Serbien ungestört freue. Vierundvierzig Jahre hat es den Schmerz um Elsass-Lothringen verbissen, der Gedanke der Revanche für Sedan wurde blässer und blässer und nun soll um des halbbarbarischen Serbien willen der Vernichtungskrieg entfesselt werden zwischen den edelsten Kulturvölkern des Kontinents. Über allen Wahnsinn ist dieser Wahnsinn.

Ward je in solcher Laune ein Krieg geführt? Frankreich und Deutschland überschütten einander mit Höflichkeiten, Englands Schiffe sind kaum heimgekehrt von der Kieler Bucht, wo Deutschland sie mit freundschaftlichen Ehrenbezeugungen umgab. Nichts ist indessen unter diesen Völkern vorgefallen, nichts, das ihren Zorn erhitzen, ihren Argwohn wecken, ihre Beängstigung wachrufen könnte, und sie sollen aufeinander losstürzen wie wilde Tiere, weil sich der Zar den Herren Paschitsch und Genossen als gnädiger und mächtiger Schützer zeigen will. Kriege können Leidenschaften entspringen oder einen Vorteil verfolgen. Welcher Vorteil winkt den Engländern, wenn sie ihre Flotte gegen Hamburg dampfen lassen, um den Zaren zum Herrn und Schiedsrichter in Europa zu erheben? Wer wird Russland, wenn das Gegengewicht der Zentralmächte geschwächt ist, hemmen, den Weg durch den Hellespont, den Weg zum Persischen Golf, den Erobererweg nach Indien zu ziehen? Sollen Englands Dreadnoughts die Nordsee mit Trümmern und Leichen füllen, um den Kosaken die Tore zum Industal zu öffnen? Und Frankreich, diese Wiege der Freiheit und der Volksherrschaft in Europa, sind seine Söhne, die Erben der Revolution, wirklich bereit, moskowitischem Despotenübermut und sarmatischer Unkultur die Bahn in das Herz Europas zu graben? Das Bündnis der Republik mit dem nordischen Absolutismus war eine Verbindung wider die Natur; es wird zur Sünde an der Menschheit und löscht alle Verdienste des französischen Volkes um die Kultur aus, wenn es sich in Blutarbeit im Dienste des Zaren verwirklicht.

Doch was sollen Worte? Der Wahnsinn siegt. Dieser Krieg, entsprungen dem Mechanismus der Verträge und den Berechnungen der Generalstäbe, erscheint kaum noch abwendbar. Ein grossherziger Entschluss der Franzosen würde dem Zaren das Schwert aus der Hand nehmen und dem Erdteil den dauernden Frieden sichern. Allein der Stumpfsinn veralteter Staatsverträge ist stärker als die Stimme der Kultur und das Gebot der Vernunft. Ein Erdteil muss in Flammen aufgehen, die Früchte hundertjähriger Kulturarbeit müssen in Kot und Blut niedergetreten werden, damit an irgend einem Flusse des Balkans, dessen Namen kein Kulturmensch auszusprechen vermag, der Wille des Zaren aller Reussen sich als unüberwindlicher Schutz- und Grenzherr offenbare. Das Leben für den Zaren — Frankreich, England, die ganze Kulturmenschheit führen die opernhafte Handlung als blutige Weltgroteske auf!

Nr. 73.

Der Tag der Deutschen Nation[1]).

Die Sitzung des Reichstags.

Diesen Tag des vierten August werden wir nicht vergessen. Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen — und mit der heissesten Inbrunst unseres Herzens hoffen wir, dass sie siegreich fallen werden für die heilige Sache des deutschen Volkes —; das Bild, das heute der deutsche Reichstag, die Vertretung der Nation, bot, wird sich unauslöschlich einprägen in das Bewusstsein der gesamten deutschen Menschheit, wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes verzeichnet werden. Und dem gesamten Europa, von dem sich ein so beträchtlicher Teil zu dem Vernichtungskampf wider das Deutsche Reich rüstet, wird dieser Tag zum Bewusstsein bringen, dass in dem Kampfe um seine staatliche Unabhängigkeit, in dem Kampfe um seine nationale Ehre Deutschland einig ist und einig bleiben wird bis zum letzten Blutstropfen. Ob die Diplomatie richtig gehandelt, ob es so kommen musste, wie es gekommen, das mögen spätere Zeiten entscheiden. Jetzt steht das deutsche Leben auf dem Spiel und da gibt es kein Schwanken und kein Zagen! Das deutsche Volk ist einig in dem eisernen, unbeugsamen Entschluss, sich nicht unterjochen zu lassen, und nicht Tod und Teufel wird es gelingen, dieses grosse, tüchtige Volk, unser deutsches Volk, unterzukriegen! Diese Sitzung des Reichstages, in der es aufsprüht von Mut und Kraft, zeigt den Feinden, dass sie in ihrem listigen Unterminieren der Sicherheit des Staates auf ein ganzes Volk stossen, auf ein Volk voll eiserner Kraft und erzerner Ausdauer!

Mann für Mann haben die deutschen Sozialdemokraten für die Anleihe gestimmt. Wie die gesamte internationale Sozialdemokratie ist auch unsere reichsdeutsche Partei, dieses Juwel der Organisation des klassenbewussten Proletariats, die heftigste Gegnerin der Kriege, die leidenschaftlichste Anhängerin der Eintracht und Solidarität der Völker. Und sie hat auch nichts unversucht gelassen, was diesen Weltkrieg, der nun vor allem der Krieg gegen deutsches Wesen ist, hätte abwenden können, was der Menschheit diese furchtbare Erschütterung des gesamten Erdenbaues erspart hätte. Ihre Schuld ist es wahrlich nicht, wenn das Deutsche Reich und mit ihm die ganze europäische Welt die Kriegsgeissel verspürt. Aber da das deutsche Vaterland in Gefahr, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht, tritt die Sozialdemokratie schützend vor die Heimat hin, und die „vaterlandslosen Gesellen", die „rote Rotte", wie sie der Kaiser einst schmähte, weiht dem Staate Gut und Blut der arbeitenden Massen. Die Arbeiter denken nicht an die schnöde Behandlung, die ihnen der preussische Junkerstaat zufügt, nicht des tausendfältigen Unrechts, des Hohnes, der Verfolgungen, die ihnen Tag um Tag werden; sie denken nur an das geliebte deutsche Volk, das in Not ist und das die Kraft der Arbeiter braucht; und furchtlos und mutig stellen sie sich an seine Seite.

---

1) Arbeiter-Zeitung, 5. VIII. 1914.

Sie mäkeln nicht und feilschen nicht; nie hat eine Partei grösser und erhebender gehandelt als diese deutsche Sozialdemokratie, die sich des überernsten Augenblicks wert und würdig gezeigt hat.

Und so zieht das deutsche Volk einig in den Kampf um die Bewahrung seines staatlichen und nationalen Daseins. Auf der anderen Seite elende Spekulationen. Schacherkoalitionen, denen jede sittliche Idee fehlt. Hier ein einig kraftvoll bewegtes Volk; die Weltgeschichte müsste den Lauf rückwärts nehmen, wenn den Deutschen nicht ihr Recht würde!

* * *

Am 9. VIII. 1914 gab die Arbeiter-Zeitung unter der Überschrift: „Für die Unabhängigkeit des eigenen Landes und den Völkerfrieden" die Erklärung HAASES vom 4. VII.[1]) neuerdings wieder und fügte bei,

Nr. 74.

dass sie auch ganz im Geiste und Sinne der deutschen Sozialdemokratie in Österreich verkündet ist.

Vgl. auch unten Nr. 78a.

Nr. 75.

An die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in Österreich[2]).

Der Kriegszustand, in welchem sich Österreich-Ungarn gegenwärtig befindet, und die in dessen Gefolge in Österreich erfolgte Verhängung des Ausnahmszustandes hat auch für die Gewerkschaften eine überaus ernste Situation geschaffen. Eine Reihe sehr wichtiger gesetzlicher Bestimmungen, auf denen die Tätigkeit unserer Organisationen beruht, ist suspendiert und durch die freien, durch keine gesetzlichen Schranken behinderten Verfügungen der Behörden ersetzt. Die Verfassung ist ausser Kraft gestellt, desgleichen die Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht, über das Briefgeheimnis und die Pressfreiheit.

Wenn nun auch offenkundig der Ausnahmszustand lediglich nur als Folge des Krieges zu betrachten ist und deshalb voraussichtlich nicht dazu verwendet werden wird, um die gesetzmässige Tätigkeit unserer Organisationen zu erschweren oder gar zu unterbinden, so ist es doch die Pflicht der Ver-

---

1) s. oben Nr. 62.

2) Die Gewerkschaft, Organ der Gewerkschaftskommission Österreichs. Wien, 4. VIII. 1914.

trauensmänner, mit der so gründlich geänderten Situation zu rechnen und ihre Tätigkeit darnach einzurichten. Eine beabsichtigte und aus der Verhängung des Ausnahmszustandes abzuleitende Behinderung unserer organisatorischen Tätigkeit ist schon deshalb nicht anzunehmen, weil insbesondere die Gewerkschaften in derart ernsten Zeiten, wie es die gegenwärtigen sind, eine Reihe von Aufgaben erfüllen, die sie in nicht zu verachtendem Umfang der Staatsverwaltung abnehmen. Ohne die Unterstützungstätigkeit der Gewerkschaften würden die ohnehin nur allzu berechtigten Ansprüche der durch die Kriegsereignisse besonders in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterbevölkerung an die Staatsverwaltung noch eine erhöhte Berechtigung erfahren, welcher nicht Rechnung zu tragen dieser nur sehr schwer möglich wäre.

Trotz dieser Annahme jedoch ist immerhin die strikteste Aufmerksamkeit am Platze, weil in derart aufgeregten Zeiten mancherlei Zwischenfälle nicht ausserhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit liegen. So wenig aber anzunehmen ist, dass die Absicht besteht, mit Hilfe der durch den Ausnahmszustand gesteigerten behördlichen Macht die gewerkschaftliche Organisationsarbeit systematisch zu behindern, so sehr muss mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass dies in einzelnen Fällen versucht werden wird. Um alle diese etwaigen Versuche nun im vorhinein unwirksam zu machen, ist die genaueste Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und der behördlichen Verfügungen dringendst zu empfehlen. Nebst diesem natürlich aber auch die strengste Befolgung der behördlich genehmigten Statuten. Unsere Zentral- und Zweigorganisationen sollen streng im Rahmen der ihnen zukommenden Arbeiten bleiben und sich um nichts kümmern, was ausserhalb dieses Rahmens liegt. Die Versammlungen sollen genau nach den Bestimmungen des Gesetzes bei der Behörde angemeldet und möglichst öffentlich abgehalten werden, wie überhaupt die ganze Organisationstätigkeit sich im zulässigsten Umfang vor der Öffentlichkeit abspielen soll. Die Gewerkschaften haben nie und auch jetzt nicht die Kontrolle der Öffentlichkeit zu fürchten, und je mehr sie diese zum Zeugen ihrer Tätigkeit aufrufen, umsomehr sind sie vor unliebsamen Störungen ihrer gegenwärtig mehr denn je gemeinnützigen Tätigkeit geschützt.

Als selbstverständlich erachten wir es, dass alle unsere gewerkschaftlichen Organisationen ihre bisherige Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen. So ernst auch die Zeit sein mag und so sehr sie auch die grössten Anforderungen an die Opferwilligkeit eines jeden einzelnen von uns stellt: ein Grund etwa für die freiwillige Einschränkung unserer Tätigkeit darf sie nicht sein! Im Gegenteil: je ernster die Zeit, je grösser die Opfer, die sie von uns gebieterisch fordert, um so grösser für uns die Pflicht, an die Zukunft zu denken, die mehr denn je starke und leistungsfähige Gewerkschaften für die Arbeiterklasse nötig haben wird.

Inwieweit die Tätigkeit der einzelnen Gewerkschaften im bisherigen gewohnten Umfang in den verschiedenen Tätigkeitszweigen fortgeführt werden wird, hängt wohl von den einschlägigen Verhältnissen ab. Ob die Agitationstätigkeit, so wie bisher fortzusetzen ist; ob das Unterstützungswesen keine

Einschränkung erfahren muss, um den so ausserordentlich gesteigerten Ansprüchen gerecht werden zu können; inwieweit es möglich ist, bereits in Angriff genommene Lohnbewegungen fortzusetzen: Dies alles und noch so manche andere interne Organisationstätigkeit wird wohl in den einzelnen Verbänden je nach den Verhältnissen geregelt werden. Bloss bezüglich der Lohnbewegungen glauben wir unsere Ansicht dahin aussprechen zu müssen, dass die gegenwärtige Zeit für solche am allerungünstigsten ist und deshalb die Einleitung und Fortführung von solchen möglichst unterlassen bleiben soll.

* * *

Genossen! Eine überaus ernste Zeit ist es, die vor uns liegt. Ihre Überwindung und die Sicherung unserer gewerkschaftlichen Kraft wird nur durch die sorgsamste Gewissenhaftigkeit und die weitestgehende Opferwilligkeit aller unserer Mitglieder, hauptsächlich aber unserer Vertrauensmänner ermöglicht werden. Besonders schwierig gestaltet sich die Sachlage auch deshalb für uns, weil wir ganz ohne jede Erfahrung in die Ereignisse eintreten. Seitdem es in den Industriestaaten eine Gewerkschaftsbewegung in der heutigen Art und in dem heutigen Umfang gibt, hat noch keiner vor diesen einen Krieg solcher Art geführt, wie er gegenwärtig uns heimsucht. Wir haben demnach keine eigenen Erfahrungen, auch nicht solche ausländischer Bruderorganisationen, die uns etwa als Gradmesser dafür dienen könnten, was alles uns noch bevorsteht.

Umsomehr müssen wir alles daransetzen, um die österreichische Gewerkschaftsbewegung ungeschwächt in eine bessere Zukunft zu retten. Alles Heil, aller Fortschritt der österreichischen Arbeiterklasse in der Zukunft hängt davon ab, inwieweit uns diese so überaus wichtige und, wie wir sehr gern zugeben, auch schwierige Aufgabe gelingt. Wir erwarten von dem proletarischen Pflichtbewusstsein unserer Vertrauensmänner, dass jeder einzelne von ihnen sein bestes Wissen und Können dafür einsetzt, um dieses wichtige und bedeutungsvolle Ziel zu erreichen.

Es lebe die österreichische Gewerkschaftsbewegung!

Für die Reichsgewerkschaftskommission:
Anton Hueber, Sekretär.

Als bedeutsam für die Auffassungen der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich sei endlich noch der folgende Artikel wiedergegeben:

Nr. 76.

Die Sozialdemokratie und der europäische Krieg[1]).

Unsere Stellung zum Krieg im Prinzip haben wir wiederholt an allen zuständigen Stellen gekennzeichnet. Wir betrachten ihn als einen Ausdruck

1) Volkstribüne. Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes. Wien. (Wochenblatt.) 12. VIII. 1914.

des Eifersuchtsverhältnisses der kapitalistischen Staaten, die miteinander um die Beherrschung des Weltmarktes streiten. Auch die nationalistische Note, die dieses Verhältnis der Staaten zueinander gegenwärtig angenommen hat, täuscht uns darüber nicht, und wir sind uns keinen Augenblick darüber im unklaren, dass die serbische Mord- und Komitatschipolitik nicht nur ein Ausdruck des wirtschaftlichen und nationalen Ausdehnungsbedürfnisses der Serben, sondern in noch höherem Grad des kapitalistischen Expansionsverlangens Russlands ist, das Serbien und die Balkanstaaten überhaupt als Figuren in seinem Schachbrett benützt und die Unruhepolitik gegen Österreich-Ungarn als ein Mittel seiner Machtvergrösserung betreibt.

Und wenn sich aus dem Sarajevoer Attentat in rasender Eile der ungeheure Brand des europäischen Krieges entwickelt hat, so sind wir dadurch nicht überrascht, da wir vielmehr unzähligemal vorausgesagt haben, dass die furchtbaren Rüstungen, die alle kapitalistischen Staaten in den letzten Jahrzehnten betrieben haben, die Spannung der Feindseligkeit auf eine solche Höhe gebracht haben, dass der leiseste Anlass zu einer Explosion führen musste. Nicht die Sühne des Verbrechens von Sarajevo ist die Ursache des europäischen Krieges; solche Auffassungen von weltgeschichtlichen Ereignissen wären kindische Oberflächlichkeit. Sondern es handelt sich um die Weltvormachtstellung der Deutschen, der Engländer oder der Russen. Es ist der Entscheidungskampf zwischen dem deutschen, dem englischen oder dem russischen Imperialismus. Es ist also ein Krieg der bürgerlich-kapitalistischen Klassen der verschiedenen Staaten, den ihre Wirtschaftsordnung und die Gesetze ihres Produktionsmechanismus notwendig gemacht haben.

Das internationale Proletariat hat diesen Krieg nicht gewünscht, nicht hervorgerufen, es ist für ihn nicht verantwortlich und nicht für seine Folgen.

Nun ist aber der Krieg da. Ohne unser Zutun, ohne unsere Verantwortung. Und unsere Aufgabe ist nun, unsere Stellung zu der gegebenen Tatsache zu präzisieren. Und wie immer, wenn man ohne eigene Wahl in eine Situation des Zwanges versetzt wird, müssen auch wir die Richtung unserer Auffassung und unseres Handels nach der Frage des verhältnismässig grössten Übels und des für das Proletariat verhältnismässig grössten Vorteils bestimmen.

Und da ist das Entscheidende für uns, dass der grösste, der Hauptgegner in diesem Krieg zugleich sein eigentlicher Urheber Russland ist. Nicht das russische Volk hat diesen Krieg gewünscht, das russische Proletariat hegt mit dem österreichischen gleiche Bedürfnisse des Friedens. Und wer weiss, ob nicht das russische Proletariat seine Gegnerschaft gegen diesen Krieg und seine Urheber in einer sehr deutlichen und wirksamen Weise noch zum Ausdruck bringen wird. Wohl aber ist es der russische Zarismus, diese blutigste und grausamste aller Herrschaftsformen, der in seiner unersättlichen Machtgier vor keinem Verbrechen zurückschreckt, um seine Gewalt zu vermehren. Die Ermordung Stambulows und Franz Ferdinands sind beide in letzter Linie russische Machenschaften, die Ermordung Jaurès entspringt zumindest ihrem Geist. Und diesem barbarischen Ungeheuer verschlägt es nichts, die ganze Menschheit in das grauenvolle Elend eines Weltkrieges zu stürzen, wenn seine

kalte Rechnung einen Profit dabei herauszuschlagen glaubt. Ohne die anderen kapitalistischen Staaten damit etwa besser machen zu wollen als sie sind, muss man doch sagen, dass der russische Zarismus der gefährlichste, unaufhörliche, gewissenloseste Störer des Weltfriedens ist, weil er keine Schranken kennt, kein noch so scheussliches Mittel ihm zu schlecht ist.

Aber für das europäische Proletariat bedeutet der Zarismus noch mehr als den Friedensstörer. Er ist der Hort, der Schutzwall der gesamten europäischen Reaktion. Was an Fortschrittsfeindlichkeit in dem übrigen, fortgeschritteneren Europa vorhanden ist, das baut und hofft auf den Zarismus. Die europäische Demokratie schreitet vorwärts, durch die Entwicklung gefördert. Aber in allen Staaten, auch den republikanischen, stellt sich ihr bald brutaler, bald vorsichtiger die Reaktion der herrschenden Klassen, hier geschlossen, dort geteilt, gegenüber, überall aber gedämpft durch einen mehr oder minder dichten Schleier von Zivilisation, durch Rücksicht auf öffentliche Meinungen und politische Machtverhältnisse. Nur in Russland waltet die Reaktion in ihrer schamlosesten Form, nackt, unverhüllt, mit allen Instinkten roher barbarischer Grausamkeit, wie sie eben nur ein entmenschter Absolutismus hervorbringt. Und die europäische Reaktion, welchen Namen sie immer haben möge, flüchtet sich in ihren Kämpfen gegen den Fortschritt, in ihrem Hass gegen die Entwicklung, wenn sie sich in ihrer Macht bedroht sieht, immer wieder als zu ihrem ideellen Mittelpunkt zum Zarismus. In ihm sieht sie, wenn alle Stricke reissen, das letzte Mittel der Besiegung der Volksrechte und Volksansprüche. So ist der Zarismus der furchtbarste Feind der Völkerfreiheit, seine Niederlage ist ein Sieg des Aufsteigens der breiten Volksmassen, seine Überwindung bedeutet die Eröffnung der freien Bahn für die Entwicklung der europäischen Demokratie.

Was aber würde ein Sieg des Zarismus bedeuten? Man muss sich, um das zu begreifen, nur vor Augen halten, was des Zaren Herrschaft in seinem eigenen Land bedeutet. Man muss sich die bestialischen Folterqualen der russischen Freiheitskämpfer, das ganze blutbefleckte, von tierischer Grausamkeit erfüllte System der Katorga vorstellen, man muss an Sibirien denken. An die in Ketten schmachtenden politischen Gefangenen in den Bergwerken, an die Auspeitschungen, an die Vergewaltigungen weiblicher Gefangener; an den grässlichen Tiefstand der russischen Volksbildung; an die Verwahrlosung ungeheurer Gebiete; an die alles in der Welt überbietende russische Korruption; an die furchtbare Fäulnis des ganzen russischen Staatswesens; an die schamlose Verfolgung der grössten russischen Geister, vor allem Tolstois usw. Und man wird begreifen, dass ein Sieg des Zarismus eine Verödung Europas bedeuten würde. Die russischen Kosaken würden die hochentwickelte deutsche Kultur niederstampfen, und nach ihr die übrige europäische. Ein geistiges Leichenfeld würde Europa darstellen. Auf Jahrzehnte wäre jede Regung des europäischen Proletariats unmöglich. Europa wäre ein Grab der Völkerfreiheit. Die unmenschlichen Qualen, die heute das russische Proletariat erdulden muss, würden das Schicksal aller Völker Europas sein. Das System des Progroms wäre die Antwort auf alle Regungen der Völker.

Dieser Gefahr kann auch das österreichische Proletariat nicht gleichgültig gegenüberstehen. Und es muss gesagt werden, dass auch das französische und englische Proletariat, vom russischen ganz abgesehen, sie in ihrer vollen Grösse erkennt, und dass daher diese gemeinsame Erkenntnis über alle Gegnerschaft der Staaten im Krieg hinweg die Proletariate geistig vereinigt. Und darum gilt heute von uns österreichischen Sozialdemokraten noch immer dasselbe, was der alte Bebel einst gesagt hat: wenn es gegen Russland gehe, sei er der erste, der das Gewehr auf die Schulter nehme. In diesem Krieg, welches immer seine Ursachen sein mögen und wie wenig sie mit den Interessen des Proletariats sonst zu tun haben, werden die Proletarier ihre Pflicht tun. Es gilt die europäische Kultur, die europäische Freiheit, es gilt die Entwicklung und den Fortschritt des internationalen Proletariats, und wir wissen, dass wir mit diesem Kampf dem russischen Volk, dem russischen Proletariat den grössten Dienst erweisen.

W(ilhelm) E(llenbogen).

---

§ 5. Die italienische Sozialdemokratie.

Auf der gleichen Linie wie die Deutsche Sozialdemokratie Österreichs bis zum Kriegsausbruch hielt sich auch die italienische[1]). Am 25. VII. 1914 urteilte das Blatt im ersten Leitartikel: „*Il gravissimo conflitto:*

... E forse una posta disperata quella che il mondo ufficiale austro-ungarico giuoca in questo momento. Va banque.

Und der Inhalt des zweiten Leitartikels: „*La pazzia politica austriaca giudicata da una rivista italiana*“ ergibt sich schon aus der Überschrift. Die italienische Partei änderte jedoch ihre Stellung nach Kriegsausbruch nicht. Aus dem Triester Parteiblatt ist dies allerdings zunächst nur mittelbar zu ersehen: durch die Konfiskation von 2 Artikeln[2]). In der nächsten Nummer aber heißt es im Anschluß an die Übersetzung des Artikels „Der Tag der deutschen Nation“ aus der Wiener Arbeiter-Zeitung vom 5. VIII. 1914[3]):

1) Il Lavoratore. Giornale dei socialisti italiani in Austria. Trieste (erschien bis zum 31. VII. 1914 zweimal wöchentlich und erscheint seither täglich).

2) Il Lavoratore, 1. VIII. und 5. VIII. 1914.

3) Vgl. oben Nr. 73.

Nr. 77.

I deputati socialisti e „l'Arbeiter-Zeitung" [1]).

Gli scrittori dell' „Arbeiter-Zeitung" come già abbiamo detto, approvano con entusiasmo l'attegiamento dei deputati socialisti al Reichstag nella discussione del credito di cinque milliardi per la guerra. Lo approvano in due articoli, uno dei quali [2]) è tradotto nel „Piocolo della sera" di giovedì 6 corr., il che ci dispensa dal riportarlo a nostra volta. Ci riserviamo però di commentarlo ampiamente — e, non occorre dirlo, di commentare ampiamente il voto dei socialisti germanici e le loro dichiarazioni — quando potremo farlo liberamente .... Una settimana prima di questo voto al Reichstag, il medesimo deputato Haase, in un grande Comizio internazionale a Bruxelles contro la guerra diceva, fra altro: „... i socialisti tedeschi dichiarano che i tratatti segreti non impegnano il proletariato. Il proletariato tedesco dice che la Germania non deve intervenire neanche nel caso d'un intervento russo. I proletari francesi pensano come noi [3])."

Eine Übersetzung des Artikels der „Arbeiter-Zeitung" vom 7. VIII.: „Krieg mit Rußland", wird mit folgendem Protest begleitet [4]):

Nr. 78.

„Nel medesimo articolo, l'Arbeiter-Zeitung", parlando della guerra in corso, si dà l'aria di poter parlare per „tutti i socialisti" [5]). Trascuriamo questa parte dell' articolo, osservando soltanto — una volta per sempre — che queste pretese dell' „Arbeiter-Zeitung" sono molto arbitrarie e punto leali. I redattori dell' „Arbeiter-Zeitung" approfittano davvero troppo largamente della libertà che a loro, ma non a tutti è concessa, di esprimere i propri sentimenti".

Der Übersetzung der Art. der Arbeiter-Zeitung vom 13. VIII. 1914: „Die Völker und der Krieg" gehen folgende Bemerkungen voraus [5]):

---

1) Il Lavoratore, 7. VIII. 1914. 2) Gemeint ist der Artikel: „Der Weltkrieg des Zaren", s. oben Nr. 72. 3) Vgl. oben Nr. 24.

4) Il Lavoratore, 15. VIII. 1914.

5) Die betreffende Stelle lautet:

Nr. 78 a.

„... Von welchem Stamme wir auch alle sind, die wir dieses Reich bewohnen: unter die Räder des zarischen Despotismus wollen wir keiner geraten, unsere staatliche Unabhängigkeit wollen wir alle wahren und bewahren .... Deshalb werden sich gegen den Feind alle wehren, mit eiserner Ent-

Nr. 79.

Innegabilmente, l'immane tragedia che si viene svolgendo in Europa è grave d'insegnamenti per molti di noi, socialisti, anche per quanto riguarda immediatamente e strettamente il nostro partito.

Quà e là prima della guerra, e dappertutto dopo scoppiata la guerra, il modo di sentire dei rappresentanti il nostro partito (deputati, organizzatori, giornalisti) in generale risulta diverso da quello che per tanti anni era potuto o dovuto parere; e proprio sulla questione della guerra, magarì sull' idea di ‚patria'. E come il modo di sentire, così il linguaggio e gli atteggiamenti. Forse, tutta questa gente, finora, non conosceva se stessa; era avvezzata a considerare l'eventualità d'una guerra come una mere ipotesi, come una creazione momentanea della fantasia, e perciò le era facile, di fronte a quell' ipotesi, immaginarsi un comportamento suo proprio, spiccatamente diverso da quello del ‚patriottismo' borghese? O forse, invece, tutti quei socialisti che oggi nel loro paese o nel quadro della loro nazione agiscono, parlano, scrivono su per giù come la loro borghesia, erano sempre stati, nel loro intimo, quali oggi li vediamo alla prova, e soltanto non erano riusciti a farsi comprendere da una parte, più o meno grande, dei loro stessi compagni?

Comunque, ripetiamo, si tratti, d'una trasformazione o d'una rivelazione, certo è che oggi, sostanzialmente, l'abisso che divideva o sembrava dividere la morale socialista dalla morale borghese di fronte alle guerra è superato, d'un balzo, da una gran parte di quella che ancora si chiama, l'Internazionale socialista'. In Austria, per esempio, basta guardare all' ‚Arbeiter-Zeitung', da noi più volte dovuta ricordare in questi giorni. Nel giornale dei socialisti tedeschi in Austria, le espressioni ‚p a t r i a', ‚n e m i c o', ‚s t a t o' hanno oggi il medesimo significato che nei giornali delle classi e dei ceti dirigenti; il lavoratore chiamato a combattere secondo l' ‚Arbeiter-Zeitung', non va soltanto a far il suo dovere di socialista; la ‚solidarietà del lavoro che non conosce confini' si concreta anche nel combattere gli uni contro gli ltri con ‚risoluto volere'; l'internazionalismo della coltura splende anche allorchè i socialisti soldati della Germania e i socialisti soldati della Fran-

---

schlossenheit den Einbruch des Kosakengeistes abwehren, der sich über uns ergiessen will und alle Keime moderner Entwicklung zertreten würde, die die zivilisatorische Kraft aller Nationen in Österreich zum Entfalten doch bringen muss. Und wir deutschen Sozialdemokraten wissen uns in der Abschätzung der Gefahr, die uns von der russischen Autokratie droht, einig mit unseren slavischen Brüdern, nicht zuletzt mit den tschechischen Proletariern: einig auch in dem festen Bewusstsein, dass wir nun alle, wo immer wir stehen und in diesen Tagen wirken, alles daran setzen müssen, der Zarisierung unseres Lebens, unserer Kultur Einhalt zu gebieten: einig in dem unbeugsamen Willen, auf unserer Erde frei zu bleiben von dem erdrückenden Zarenjoch und im innigen Zusammenhange mit den Arbeitern aller Länder die Tätigkeit für die Befreiung der Arbeiterklasse fortzusetzen.

cier ecc. ripetono in coro il vecchio credo del patriottismo borghese: ‚Quando la guerra c'è'. Il medesimo credo era proclamato, se ben ricordiamo, dai riformisti in Italia, due anni or sono, per la guerra di Tripoli: e allora, se ben ricordiamo, nè il ‚Vorwaerts' nè ‚l'Arbeiter-Zeitung' mostravano rispettarlo.

Al tempo della guerra italo-turca, erano i nazionalisti italiani a dire che la guerra ‚spiana la via al perfezionamento intellettuale e morale dell' ‚umanità'; adesso anche il giornale dei socialisti tedeschi in Austria è di quel parere, e lo esprime senza riguardi.

‚L'umanità', del resto, come sappiamo, è divisa dall' ‚Arbeiter-Zeitung', oggi, in due categorie: ‚l'umanità tedesca' e quell' altra.

In Anknüpfung an eine Zuschrift aus dem Publikum über die Mitteilung der Arbeiter-Zeitung vom 16. VIII. 1914: daß die belgischen Sozialisten ebenfalls am 4. VIII., also am gleichen Tage wie die deutschen, die Kriegskredite bewilligt hätten, verzichtet zwar Il Lavoratore auf Vorbehalte gegen die Genauigkeit dieser bürgerlichen Blättern entnommenen Nachricht, fügt aber hinzu:

Nr. 80[1]).

Noi rinunziamo, invece, al diritto di constatare che l',Arbeiter-Zeitung', se avesse voluto fornire ai suoi lettori tutti i necessari elementi di confronto fra l'atteggiamento dei socialisti germani e l'atteggiamento dei socialisti belgi, avrebbe dovuto rilevare la situazione in cui si trovava il Belgio, quando quei socialisti votavano per le spese militari. A quell' ora, nel Belgio l'invasione delle milizie germaniche non era più una minaccia o una supposizione o uno spauracchio di governanti. Era, anche materialmente, un fatto compiuto. — Queste date, queste circostanze, noi crediamo senz' altro, che il nostro compagno non le conoscesse e non le ricordasse già più, per quanto siano storia di ieri. Si vive così in fretta, e si dimentica così precipitosamente, anche nel campo dell' Internazionale socialista, ormai!

I cinque miliardi di spese militari sono stati votati dai socialisti germanici in odio allo czarismo e al panslavismo minaccianti — si sente ripetere da molte parti, in questi giorni. E forse, a furia di sentirlo ripetere, c'è il caso che molti finiscano addiritura per credere che Liegi sia la capitale della Russia.

In quanto alla provvisoria assunzione di un socialista a ministro, il gesto del Governo clericale e del rè liberale in Belgio è senza dubbio elegante. Ma è giustizia riconoscere che la situazione del Belgio, anche da questo lato, è diversa da quella della Germania. Alla camera belga i socialisti

---

1) Il Lavoratore, 19. VIII. 1914.

son pochi, e la nomina di uno di loro pùo essere anche troppo. In Germania, invece, a rigor di giustizia, sarebbe stato necessario nominarne ministri una mezza dozzina.

---

§ 6. Die polnische Sozialdemokratie.

Die Stellung der polnischen Sozialdemokratie in Österreich geht aus den drei nachfolgenden Kundgebungen hervor.

Nr. 81 [1]) [2]).

Towarzysze! Towarzyski! Robotnicy Polacy! Zbliża się chwila epokowa dla naszego kraju i narodu, chwila zaczecia walki z odwiecznym

---

1) Naprzód. Organ centralny polskiej partyi socyalno-demokratycznej. Krakau. 2. VIII. 1914. — Die Übersetzung von Nr. 81/83 verdanke ich Herrn Dr. Henryk Grossmann in Wien.

2) Genossen! Genossinnen! Polnische Arbeiter! Es naht für unser Land und unser Volk der geschichtliche Augenblick, in dem wir den Kampf mit unserem Jahrhunderte alten Feinde Polens, der Freiheit und der europäischen Zivilisation beginnen, der Augenblick des Kampfes mit dem Zarismus. Die Schrecken des Krieges, den der volksmörderische Zarismus in jedem Moment Österreich aufdrängen kann, hängt über unserer Erde und über Millionen unserer Brüder.

Wir haben diesen Krieg nicht herausgefordert und wir wissen wohl, daß er mit schwerster Wucht auf den Schultern des arbeitenden Volkes lasten wird. Wir stellen uns auch den Krieg mit dem Zarismus nicht als etwas Leichtes vor, nicht als etwas, was ohne blutigste Opfer sich durchführen ließe. Wir wollen nicht etwa leichtsinnig auch nur ein einziges erobertes Recht verlieren, auch nur eine einzige eroberte Stellung der Arbeiter aufgeben. — Allein der Krieg mit dem russischen Zarismus ist ein Kampf mit der grausamsten Volksbedrückung, es ist der Kampf mit dem Tyrannen Polens, dem Feinde der Freiheit und unserer Entwicklung. Dieser Kampf ist unsere heiligste Pflicht, wenn wir eine lichte Zukunft der polnischen Arbeiterklasse wünschen, wenn wir eine freie Nation, ein würdiges Glied der großen Völkerfamilie sein wollen.

Indem wir uns zum Kriege gegen den Zarismus vorbereiten, erfüllen wir eine Pflicht nicht nur uns, sondern auch der ganzen Arbeiterklasse Europas gegenüber und in erster Reihe gegenüber jenen Millionen des arbeitenden Volkes in Rußland, die in den letzten Tagen so nachdrücklich mit ihren Ketten auf den Straßen der russischen Städte geklirrt haben! . . .

Niemand in der Welt, der menschliches Recht und menschenwürdige Verhältnisse in Osteuropa wünscht, kann und wird uns wegen dieser Bereitschaft zum Kampf gegen den Zarismus verurteilen. Schande dagegen und

wrogiem Polski, wolności i cywilizacyi europejskiej — walki z caratem! Groza wojny, którą mordujący narody carat narzucić każdej chwili może Austryi, zawisła nad naszą ziemią, nad milionami naszych braci.

Wojny tej nie prowokowaliśmy i wiemy dobrze, że najcięższem brzemieniem spadnie ona na barkiludu pracującego. Nie przedstawiamy też sobie wojny z caratem, jako coś łatwego, coś co bez najkrwawszych ofiar możnaby przepraradzić. Nie chcemy lekkomyślnie utracić ani jednego zdobyłego prawa, ani jednej placówki robotniczej.

Ale wojna z caratem rosyjskim to walka z najokrutniejszym gnębicielem ludów, walka z tyranem Polski, wrogiem wolności i rozwoju naszego. Walka ta jest naszym świętym obwiązkiem, jeżeli chcerny jasnej przysłości klasy pracującež polskiej, jeżeli chcemy być narodem wolnym, godnym członem wielkiej rodziny narodów.

Gotując się do wojny z caratem spełniamy obowiązek nietylko wobec siebie, lecz wobec całej klasy pracującej Europy, a w piewszym rzędzie wobec tych milionów ludu rboczego w Rosyi, które w ostatnich dniach wstrząsały tak wymownie swojemi kajdanami na ulicach miast rosyskich! . . .

Fluch jenen Polen, die im Augenblick, da die Schicksalslose für unser Volk fallen, sich an die Seite der Unterdrücker, der zarischen Armee stellen! Der Krieg mit Rußland ist in der Geschichte des europäischen Ostens ein historischer Wendepunkt und Polen muß in diesem Kriege beweisen, daß es lebt, daß es sich entwickeln will, daß es nicht länger den Fußschemel für den Zaren abzugeben entschlossen ist!

Die zarischen, leider polnischsprechenden Agenten, möchten diesen Lebensdrang Polens ersticken und die Freiheitsbewegung der Polen mit niederträchtiger Verleumdung unterdrücken. Sie sprechen von „slavischer" Gegenseitigkeit zwischen Polen und Russen und maskieren die zarische Beute mit den unendlichen Versprechungen, der Zarismus werde das Halsband unserer Knechtschaft lockern. Laßt uns verachtungsvoll auf derartige Bemühungen freiwilliger Lakaien des Zaren blicken und uns zu den notwendigen Taten vorbereiten, um dem Zarismus eine möglich schwerste Niederlage zu bereiten, Bewahren wir die Einheit und Solidarität in den Reihen der polnischen Soz.-dem. Partei, gehorchen wir den Weisungen unserer gewählten Körperschaften und ihren Vertrauensmännern!

Mögen leerer Alarm und Gerüchte uns in kühler Überlegung finden, möge unser Schatz das klare und unbetrübte Vertrauen bleiben, mit dem wir die Parteiorganisationen umgeben.

Durch Solidarität stark, durch die Größe und Heiligkeit unserer Sache kampfbegeistert, harren wir der Zukunft!

Das Exekutiv-Komitee der Poln. Soz.Dem. Partei
in Galizien und Schlesien.

Nikt w świecie nie może i nie zechce potępić tej naszej gotowości do walki z caratem, kto tylko chce ludzkiego prawa, godnych ludzi stosunków na Wschodzie Europy.

Raczej hańba i przekleństwo tym Polakom, którzy w chwili ważenia się losów naszego narodu, stanęli po stronie jego gnębicieli, po stronie wojsk carskich!

Wojna z Rosyą to w historyi Wschodu Europy zwrotny punkt dziejowy, a Polska w tej wojnie musi złożyć świadectwo, że Polska żyje, że chce się rozwijać, że Polska nie chce być dłużej podnóżkiem cara!

Agenci carscy po polsku niestety mówiący, chcą stłumić ten poryw życiowy Polski, chcą zdławić podłeni oszczerstwem ruch wolnościowy Polaków; obicują „słowianską" wzajemność Polaków, z Rosynami i maskują knut carski jakimis mętnemi przyrzeczeniami, że carat zwolni obrożę na naszej szyi.

Z pogarolą patrząc na te zabiegi zdrajców i lokajów dobrowolnych cara, gotnjmy się do czynów, które trzeba zrobić, aby zadać jak najwięcej klęsk caratowi.

Zachowajmy jedność i solidarność w szeregach Polskiej Partyi Socyalno-Demokratycznej; słuchajmy wskazówek jej ciał wybrawych i jej mężów zaufania.

Puste alarmy i pogłoski niechaj nas zastaną ludźini zimnej rozwagi; skarbem naszym niechaj pozostani zaufanie jasne i niezmącone, którem otaczamy organizacyę partyjną.

Solidarnością silni, zogrzarri do boju wielkością i świętością naszej Sprawy czekamy przysłosci!

Komitet Wykonawczy Polskiej Partyi Socyalno-Demokratycznej Galicyi i Sląská.

Nr. 82.

Do broni![1] [2]

W bój z caratem!

W sto lat po huraganowej napoleońskiej burzy — powstaje odrazu z zawrotną szybkością wojna, która poruszy więcej ludów i światów, niśli zdołał to zdziałać impet wojenny.

1) Naprzód, 7. VIII. 1914. — Der Aufruf ist nicht gefertigt, rührt also von der Redaktion her.

2) Zu den Waffen! Zum Kampf mit dem Zarismus!

Hundert Jahre nach dem orkanartigen napoleonischen Sturm — entwickelt sich mit einem Male mit betäubender Schnelligkeit der Krieg, der mehr Völker und Welten aufrütteln wird, als es der damalige Kriegsruf vermocht

Nietylko cała niemal Europa zajeży się bagnetami. Ani Stany Zjednoczone, ani tem bardziej Japonia nie utrzymają się dłużej w neutralnej bierności.

Puls wojenny wszędzie zatętni — od Atlantyku do Spokojnego oceanu!

Dla niejednego z państw, zgłaszających się z różnych stron do tego turnieju wszechświatowego, decydującym będzie powodem obawa, by nie dać

---

hat. — Nicht bloß fast ganz Europa wird unter die Waffen gerufen: auch die Vereinigten Staaten, und erst recht Japan werden nicht länger in neutraler Passivität verharren können. — Der Puls des Krieges wird überall schlagen — vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean!

Für manchen der Staaten, die sich von überallher zu diesem Weltturniere melden, wird der entscheidende Grund die Furcht sein: es könnte ihm ein Rivale zuvorkommen und Länderzuwachs erwerben. In der Tat, welche Änderungen wird die Karte Europas (wenn wir uns zunächst bloß auf dieses beschränken) aufweisen, wenn die Rauchwolken des Krieges auseinanderflattern und eine neue Sonne die neuen Verhältnisse und Grenzen beleuchten wird! — Indem aber wir zum Kampfe mit dem Zarismus rufen, erstreben wir etwas hundertfach Größeres, Heiligeres: freien Atem für die polnische Brust, die Freiheit für die mit moskovitischen Ketten klirrenden Arme! Unser Kampf gilt nicht den Grenzpfählen, er gilt unserer Auferstehung!

Die Nation wird den Beweis ihrer Auferstehung nicht durch ihre Lethargie, sondern durch eine Tat geben, die zeigen soll, daß in uns Leben und Tüchtigkeit ist, daß das Grab der polnischen Sache nicht Totenasche unter dem Bahrtuche birgt, sondern Sprengpulver, und daß Europa einsehen muß, daß es inmitten der stärksten Rivalitäten keine Fortdauer von „Friedhöfen" gibt für lebendige Menschen, die nicht als Leichen gelten wollen, während sie nach dem Leben lechzen!

Wir müssen aber den Beweis erbringen, daß die polnische Nation in einer Lage, da ihr Boden den Ausgangspunkt des europäischen Krieges bildet, auf der Wagschale mehr wiegt als viele — unabhängige Staaten zweiten Ranges und daß sie ein größeres Recht auf Existenz hat als diese. Denn heute, während des Weltringens, entscheidet über dieses Recht die Art, wie der Kampf durchgeführt wird. — Bei der Pazifikation Europas aber, wiederholen wir, wird notwendig die Frage auftauchen: Wie zu erreichen sei, den über Tausende mit Blut getränkter Schlachtfelder sich erhebenden Frieden dauernd so zu fundamentieren, daß er fähig werde, neuen Stürmen für lange Zeit vorzubeugen!

Während des gegenwärtigen Sturmes aber möge immer stärker, immer weiter der Ruf erschallen: Zu den Waffen! Und zum Kampf mit dem Zarismus!

się jakiemuś rywalowi wyprzedzić, by nie uzyskał on zwiększenia obszaru. Jakże się bowiem zmieni mapa Europy (że do niej się tylko tu ograniczymy), gdy rozpełzną się dymy wojenne i nowe słońce nowym stosunkom i granicom przyświeci!

My, gdy z caratem na bój wzywamy, szukamy czegoś stokroć większego, świętszego: oddechu wolnego dla piersi polskiej, swobody dla rąk brzęczących kajdanami moskiewskiemi! Nie o miedzę graniczną nam się spierać przychodzi, ale o zmartwychwstanie!

Naród nie da znaku zmartwychwstania letargiem, jeno czynem, któryby dowiódł, że są wśród nas żywi i dzielni, że grzebanie polskiej sprawy jest przykrywaniem całunem prochów — nie zmarłych, lecz prochów polnych, a Europa po idących w bezlik stratach w ludziach i środkach pieniężnych przejrzeć musi, że pośrodku najsilniejszych rywalizacyj nie można zostawiać „cmentarzyska" — z ludzi żywych, jeśli między trupy zaliczeni być nie chcą, jeśli rwą się do życia!

Musimy jednak wykazać, że naród polski tak sytuowany, że jego teren był punktem wyjścia wojny europejskiej, zaważył na szali więcej od wielu — niezależnych państw wtórorzędnych. Że ma większe od nich prawo do bytu. Bo dziś podczas tego światowego konfliktu o tem prawie decyduje jakość dokonanej walki.

A przy pacyfikacyi Europy, powtarzamy, wyłoni się z konieczności pytanie: jak sprawić, by pokój, rozsiadły na krwią przepojonych tysiącach pobojowisk — miał fundamenty trwałości, na czas długi zażegnywującej nowe burze!

A w czas dzisiejszej burzy niech coraz silniej, coraz szerzej rozlega się hasło: Do broni!

I w bój z caratem!

Nr. 83.

Zgoda[1][2]!

Sobotnie i niedzielne obrady w Krakowie między kołem polskiem a Komisyą Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych doprowadziły

---

1) Naprzód, 17. VIII. 1914.

2) Eintracht!

Die Samstag und Sonntag*) in Krakau zwischen dem Polenklub und der K. S. S. N. (Kommission der konförderierten Unabhängigkeitsparteien) stattgefundenen Beratungen haben zur Eintracht geführt, deren Ausdruck die Errichtung des „Obersten Nationalkomitees" ist, in dessen Verband die Vertreter aller polnischen Parteien in Galizien entsendet wurden.

Das Komitee übernimmt die Verwaltung des von der K. S. S. N. ins Leben gerufenen Nationalen Heeres und des Polnischen National-

*) d. i. 14. und 15. VIII. 1914.

do zgody, której wyrazem jest powolanie do życia „naczelnego komitetu narodowego", w skład którego weszli przedstawiciele wszystkich stronnictw polskich w Galicyi.

---

schatzes, die fortan das Organ der ganzen Nation bilden und unter Aufsicht der Repräsentanten der gesamten Nation sich betätigen werden.

Jeder Pole wird diese in den gegenwärtigen historischen Tagen so notwendige Eintracht freudig begrüßen. Ohne auf die eigenen Programme zu verzichten, treten alle polnischen Parteien solidarisch in den Kampf um das allen voranleuchtende Ziel, um die Befreiung der Nation. Angesichts dieser Eintracht, angesichts der Arbeit Aller, angesichts der Opferwilligkeit der Gesamtheit, kann die Erreichung dieses Zieles nicht ausbleiben!

Sonntag abends wurde über Antrag der aus den Vertretern aller polnischen Parteien gebildeten Kommission, folgender Beschluß gefaßt:

In diesem bedeutenden geschichtlichen Augenblicke wurden wir alle durch die tiefe Überzeugung geeinigt, daß der Zusammenschluß aller polnischen Parteien zur Zeit des wütenden Weltkrieges notwendig sei. Nur die Einheit ganz Polens, das gegenwärtig die Stimme zu erheben in der Lage ist, kann alle waffenfähige Polen zu einem siegreichen Kampfe gegen Rußland sammeln. Nur der Einigkeit wird es gelingen, die zur Organisation der polnischen bewaffneten Macht, die in die unterdrückten polnischen Gebiete eindringen wird, um sie vom zarischen Joche zu befreien, erforderlichen materiellen Mittel aufzubringen.

Um diesen Gedanken der nationalen Einheit in eine Tat umzuwandeln, vereinigen sich die bisher getrennten Organisationen: das Zentrale Nationalkomitee und die Kommission der Konförderierten Unabhängigkeitsparteien sowie die zu keiner von diesen Organisationen gehörigen Gruppen und bilden das „Oberste National-Komitee", indem sie dieses Komitee als die höchste Instanz in Fragen der militärischen, finanziellen und politischen Organisation der polnischen bewaffneten Macht anerkennen.

Jede dieser Gruppen erklärt ausdrücklich und öffentlich, daß mit der Errichtung des Obersten Nationalkomitees die am 3. August 1914 eingesetzte National-Regierung zu existieren aufhört, und daß die Gruppen künftig keinem derartigen Geheimverbande angehören werden, der ohne Verständigung des Obersten Nationalkomitees mit den Organisationen in Russisch-Polen errichtet würde.

Entscheidungen über politische Fragen Russisch-Polens können nur im Einvernehmen mit der Organisation Russisch-Polens zustande kommen, die auf ähnlichen Prinzipien wie die gemeinsame Organisation in Galizien aufgebaut ist.

Polnische Legionen.

Auf Grund dieser Einigung wird an die Errichtung von vorläufig 2 polnischen Legionen, je in West- und in Ostgalizien, unter

Komitet ten obejmuje w zarząd powołane przez Komisyę S. S. N. do życia Wojsko Narodowe i Polski Skarb Narodowy, które odtąd

---

polnischem Kommando und unter Anlehnung an die schon existierenden bewaffneten polnischen Organisationen geschritten. Die polnischen Abteilungen sollen für den Kampf gegen Rußland in polnischen Gebieten im Zusammenhange mit der österreichisch-ungarischen Monarchie verwendet werden. Sämtlichen in den Reihen der polnischen Abteilungen Kämpfenden sind die Rechte von Kombattanten zuzuerkennen und soll die Bewaffnung sowie Ausrüstung der regulären Truppen zuteil werden. Die Abteilungen haben alle Waffengattungen zu umfassen.

Das oberste Komitee hat sich mit der Regierung der österr.-ungar. Monarchie sowie mit dem Obersten Militärkommando der österreichischen Armee behufs Errichtung eines Oberkommandos der Legionen und behufs Besprechung des Grades und der Art ihrer Abhängigkeit vom Oberkommando der österr.-ungarischen Armee zu verständigen.

Die gegenwärtig bestehenden Abteilungskommanden der polnischen Truppen in Russisch-Polen sowie der in der Organisierung begriffenen Abteilungen in Galizien bleiben in Kraft bis zur definitiven Entscheidung des Obersten Nationalkomitees.

Der polnische Militärschatz.

Die bisher bestehenden Finanzinstitute, unter Aufsicht des Obersten Nationalkomitees, werden zu dem fortan einzigen „Polnischen Heeresschatz" zusammengefaßt.

Die Zusammensetzung des Obersten Nationalkomitees.

Dem Obersten Nationalkomitee gehören, unter dem Vorsitz des Obmannes des Polenklubs Dr. JULIUS LEO, als Vertreter aller politischen Gruppen an die Herren: (s. die Namen der Delegierten und daneben der Ersatzmänner im polnischen Text. Die gesperrt gedruckten sind die von Sozialdemokraten).

Die Organisation des Obersten Komitees.

Das Oberste Nationalkomitee, das in zwei Sektionen — die Krakauer und die Lemberger — zerfällt, deren jede autonom die organisatorische, militärische und finanzielle Abteilung verwaltet, wird einen Exekutivausschuß wählen.

In die Westsektion wurden gewählt: (s. die Namen im polnischen Text. Die gesperrt gedruckten sind die von Sozialdemokraten).

Die Sektion wählte: zum Obmann Prof. JAWORSKI, zu Stellvertretern DASZYŃSKI und WITOS, zum Schriftführer K. SROKOWSKI, zum Stellvertreter Prof. ROZWADOWSKI.

stanowią organ całego Narodu i walczyć będą pod okiem reprezentantów całego Narodu.

Z radością każdy Polak powita tę zgodę, tak potrzebną w tych historycznych dniach. Nie wyrzekając się swych programów, wszystkie stronnictwa polskie solidarnie stają do walki o cel, który wszystkim przyświeca, o wyswobodzenie Narodu. Przy tej zgodzie, przy pracy wszystkich, przy ofiarności całego społeczeństwa cel ten musi być osiągnięty!

* * *

W niedzielę wieczór zapadła na wniosek komisyi złożonej z reprezentantów wszystkich stronnictw polskich następująca uchwała:

Połączyło nas wszystkich w tej doniosłej chwili dziejowej to głębokie przeświadczenie, że zjednoczenie wszystkich stronnictw polskich w czasie toczącej się wojny światowej, jest konieczne. Tylko jedność całej Polski, mogącej obecnie głos zabierać, zdoła skupić wszystkich Polaków, zdolnych do noszenia broni, do zwycięskiej walki z Rosyą. Tylko jedność zdoła zgromadzić zasoby materyalne, potrzebne do zorganizowania polskiej siły zbrojnej, która wkroczy na uciskane ziemie polskie, dla wyzwolenia ich z pod jarza carskiego.

Aby tę myśl jedności narodu w czyn wprowadzić, jednoczą się dotychczasowe odrębne organizacye: Centralny Komitet Narodowy i Komisya Skonfederowanych Stronnictw Niepodległościowych, oraz te grupy, które do żadnej z tych organizacyj nie należały, tworząc „Naczelny Komitet Narodowy“ i uznając ten Komitet za najwyższą instancyę w zakresie wojskowej, skarbowej i politycznej organizacyi zbrojnych sił polskich.

Każda z grup składa wyraźne, publiczne oświadczenie, że z chwilą utworzenia Naczelnego Komitetu Narodowego przestaje istnieć Rząd Narodowy, ogłoszony w dniu 3 sierpnia 1914 roku i że w przyszłości nie podda się żadnemu tego rodzaju tajnemu związkowi, nieutworzonemu z wspólnem porozumieniem Naczelnego Komitetu Narodowego z organizacyami w Królestwie.

Stanowienie o politycznych sprawach Królestwa Polskiego może nastąpić tylko w porozumieniu z organizacyą w Królestwie Polskiem, zbudowaną na podobnych zasadach, co organizacya wspólna w Galicyi.

Bei der Westsektion wurden folgende

Departements

errichtet:

1. Organisations-Departement (Vors. Prof. STROŃSKI, Vertr. Abgeord. MAREK);
2. Militär-Departement (Vors. Ing. SIKORSKI, Vertr. Dr. SURZYCKI);
3. Finanz-Departement (Vors. Dr. T. STARZEWSKI, Vertr. J. K. FEDEROWICZ).

Gesondert wurde die schlesische aus 5 Mitgliedern bestehende Sektion gewählt.

Legiony Polskie.

Na podstawie tego zjednoczenia przystępuje się do utworzenia na razie dru legionów polskich, jednego w zachodniej, drugiego we wschodniej Galicyi pod komendą polską, opierając się na istnicjących już zbrojnych organizacyach polskich. Oddziały polskie użyte być mają do walki przeciw Rosyi na ziemlach polskich w związku z monarchią austro-węgierską. Wszyscy walczący w szeregach oddziałów polskich muszą mieć prawa kombatantów i muszą otrzymać uzbrojenie i wyekwipowanie wojsk regularnych, a oddziały obejmować winny wszystkie gatunki broni.

Komitet naczelny wejdzie w porozumienie z rządem monarchii austro-węgierskiej, oraz naczelną komendą wojskową armii austryackiej, celem utworzenia naczelnego dowództwa nad legionami i omówienia stopnia i jakósci ich zależności od komendy naczelnej armii austro-wę-gierskiej.

Istniejące obecnie komendy nad oddziałami wojsk polskich w Królestwie, oraz nad oddziałami organizującymi się w Galicyi pozostają w mocy aż do ostatecznej decyzyi Naczelnego Komitetu Narodowego.

Polski Skarb Wojskowy.

Dotychczas istniejące instytucye skarbowe zlewają się w jeden „Polski skarb wojenny“, pod zwierzchnictwem naczelnego komitetu narodowego.

Skład Naczelnego Komitetu Narodowego.

W skład Naczelnego Komitetu Narodowego wchodzą pod przewodnictwem prezesa koła polskiego dra Juliusza Leo z wszystkich grup politycznych pp.:

Cieński Tadeusz	zastępca	dr. Stan. Kasznica
W. ks. Czartoryski	„	A. ks. Lubomirski
Jan Dąbski	„	An. Średniawski
Ignacy Daszyński	„	Dr. Zyg Marek
dr. Ludomił German	„	Wład. Stesłowicz
Józef Hudec	„	Artur Hausner
dr. W. L. Jaworski	„	dr. T. Starzewski
ks. Zajchowski		
Józef Neuman	„	Edmund Riedl
Leon hr. Piniński	„	Aleksander Vogel
dr. J. Rozwadowski	„	dr. Stan. Głąbiński
Hipolit Śliwiński	„	Wład. Sikorski
Aleks. hr. Skarbek	„	Stanisław Grabski
Konstanty Srokowski	„	dr. R. Krogulski
dr. Ignacy Steinhaus	„	Józef Sare
dr. Stan. Stroński	„	dr. Stefan Surzycki
hr. Zd. Tarnowski	„	hr. Stanisł. Badeni
dr. Szymon Przybyło	„	Franciszek Wójcik
Wincenty Witos	„	Władysław Długosz
Edmund Zieleniewski	„	Jan K. Federowicz.

Organizacya Komitetu Naczelnego.

Naczelny Komitet Narodowy wybierze Wydział Wykonawczy. Naczelny Komitet Narodowy dzieli się na dwie sekcye: krakowską i lwowską, z których każda zarządza autonomicznie w działach organizacyjnym, wojskowym i skarbowym.

Do sekcyi zachodniej zostali wybrani: poseł Daszyński, Dąbski, prof. Jaworski, prof. Rozwadowski, dr. Przybyło, inż. Sikorski, K. Srokowski, poseł Steinhaus, prof. Stroński, hr. Zdzisław Tarnowski, poseł Witos i poseł Zieleniewski.

Sekcya wybrała: przewodniczącym prof. Jaworskiego, zastępcami pos. Daszyńskiego i Witosa, sekretarzem K. Srokowskiego, zastępcą prof. Rozwadowskiego.

Departamenta

przy sekcyi zachodniej ustanowiono następujące: 1. organizacyjny (przewodn. prof. Stroński, zastępca poseł Marek); 2. wojskowy (przewodn. inż. Sikorski, zastępca dr. Surzycki); 3. skarbowy (przewodn. dr. T. Starzewski, zastępca J. K. Federowicz).

Osobno wybrano sekcyę śląska, złożoną z pięciu członków.

---

§ 7. Die tschechische Sozialdemokratie.

Wird nachgetragen.

---

§ 8. Die ukrainische Sozialdemokratie.

Wird nachgetragen.

---

§ 9. Die südslavische Sozialdemokratie.

Das politische Organ der südslav. Soz.Dem. in Österreich „Zarja“ wurde unmittelbar nach Kriegsausbruch, am 26. VII. 1914, eingestellt[1]).

---

b) Ungarn.

§ 1. Im Jahre 1912.

Nr. 84.

Manifest der Soz.dem. Partei Ungarn. 5. X. 1912[2]).

Arbeiter, Genossen!

Verblendete nationale Leidenschaften, Schliche und Kniffe der hinter den Kulissen arbeitenden Diplomaten, auf schnelles Avancement spekulierende

1) Mitteilung des Herrn Michael Čobal. 2) Bulletin du B. S. I. IX, 27 f.

Soldaten, nach grossem Gewinn dürstende Geschäftsleute, Spediteure, Bankiers, politische Abenteurer und gewissenlose Spekulanten haben die Balkan-Halbinsel in Flammen gehüllt. Es kann sein, dass schon in den nächsten Tagen Proletarierblut und die Tränen der Waisen und Witwen den Boden der Nachbarländer düngen.

Die europäischen Grossmächte und in erster Linie die österreichisch-ungarische Monarchie hätte die Pflicht, ihren grossen Einfluss in die Wagschale zu werfen und noch in letzter Stunde das Blutvergiessen zu verhindern. Wenn sie es wollen, so können sie es auch tun, denn keiner der Balkanstaaten ist stark genug, um auf eigene Faust, gegen den Willen der Grossmächte Europas Krieg führen zu können oder zu wagen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft fordert, dass die Regierungen zur Sicherung des Friedens alles tun sollen, was in ihrer Macht steht. Nicht nur deshalb fordert sie dies, weil die barbarische Institution des Krieges mit dem Geiste des zwanzigsten Jahrhunderts und mit jeder Forderung der menschlichen Kultur im Gegensatze ist, sondern weil der Krieg wirtschaftliches Elend für die Arbeiterklasse bedeutet, und weil jeder Krieg den Militarismus stärkt, seine Ansprüche erhöht.

Auf dem Balkan ist der Krieg noch nicht ausgebrochen, aber die zur nationalen Arbeitspartei gehörenden Politiker Ungarns fordern bereits laut, dass wir mobilisieren müssen und in den Krieg uns einmischen sollen.

Das Blut der Proletarier Ungarns, die Heller der ungarischen Arbeiter bieten die leitenden Männer der Arbeitspartei dem Kriegsminister dar.

Angesichts dieser infamen und unberechtigten Kriegshetze muss auch das Volk Ungarns seine Meinung äussern und erklären, dass in diesem Lande niemand den Krieg will, dass das arbeitende Volk den Frieden will, dass die wirkliche öffentliche Meinung des Landes sich überhaupt gar keine Gründe vorstellen kann, weshalb man bei uns mobilisieren und Krieg führen sollte.

Gegen den Krieg, gegen den Militarismus muss die Arbeiterschaft demonstrieren und die Grundprinzipien seiner Politik zum Ausdruck bringen:

Frieden gegen aussen und Klassenkampf gegen innen.

Damit diese unsere Ansicht und Forderungen jeder hören könne, veranstalten wir am 6. Oktober in Budapest und den grösseren Provinzstädten mit der Tagesordnung

Der Balkankrieg und Ungarn,

Volksversammlungen, in welchen wir für die Notwendigkeit des Friedens und den grossen Gedanken der internationalen Solidarität und gegen die internationalen Cliquen, die den Krieg wollen, demonstrieren werden.

Jeder Sozialdemokrat und jeder das Barbarentum verabscheuende Mensch sei bei diesen Versammlungen anwesend.

Mit Brudergruss,

Die sozialdemokratische Partei.

Nr. 85.

Manifest der Soz.dem. Partei Kroatien-Slavoniens. 18. X. 1912[1]).

An das Volk der Arbeit in Kroatien-Slavonien!

Unter die Fittiche fremder Freiheit, aus Kroatien hinaus müssen wir flüchten, um zu Dir sprechen zu können, um in dieser furchtbar ernsten Stunde ein freies und männliches Wort sagen zu können.

Auf dem Balkan wird gekämpft! Serben, Bulgaren und Griechen führen den blutigen Kampf gegen die geschworenen Feinde von Freiheit und Recht, gegen die feudale und absolutistische Türkei. Die vertierten Völker zerfleischen sich gegenseitig im Kriegswahnsinn.

Warum?

Die bürgerliche Klasse der Balkanstaaten benötigt mehr Ellbogenfreiheit für ihre Ausdehnung; die eigenen Grenzen sind ihr zu enge, sie will dieselben ausdehnen. Damit es schöner klingt, nennt sie dies Befreiung der Balkanvölker vom Türkenjoche. In Wirklichkeit bedeutet dies jedoch Eroberung wirtschaftlicher Vorteile und Vergünstigungen um den Preis von Tausenden Menschenopfern und die furchtbare Last eines unermesslichen Jammers und Elends des Volkes.

Einerseits handelt es sich um den Klassenprofit der besitzenden Klassen des Balkans, andererseits ist auch dem Volke in der Türkei das Sklavenjoch unerträglich geworden. Das reaktionäre Regime der nationalen Unterjochung und Ausplünderung, des räuberischen Vernichtens und der barbarischen Rückständigkeit droht dem südslavischen und sonstigen Volke in der Türkei mit der schliesslichen Vernichtung, was dauernd nicht ruhig angesehen, noch viel weniger ertragen werden kann.

Das „kulturelle" Europa des Kapitalismus hat dies jedoch alles in Ruhe betrachtet, denn es zog daraus fette Profite. Dieses Europa hat das systematische Hinmorden der Menschen und Völker zugelassen, ohne mit der Wimper zu zucken. Ja, bei den Schandtaten der Unterdrückung selbst hat es tätig mitgeholfen! Der türkische Feudalismus und der europäische Kapitalismus haben gemeinsam die Kontributionen der armen Raja des Balkans eingetrieben, indem sie dieselbe in Elend, Not, Rückständigkeit und Wildheit mit eisernen Klammern niederhielten.

In einem solchen Momente ist es der bürgerlichen Klasse des Balkans leicht gemacht, sich als Befreierin der Balkanslaven darzustellen. Und dennoch, wir Sozialisten des Balkans und der Südslaven bestreiten der Bourgeoisie das moralische Recht, sich als Befreierin des Volkes zu brüsten, denn auch sie wird in ihrem unbezähmbaren Drange nach Profit dieses Volk nach der Befreiung aus dem Türkenjoche in die moderne Sklaverei der kapitalistischen Ausbeutung zwingen, es der Früchte seiner Arbeit und Mühen berauben, dessen Lebenssäfte aussaugen, wie sie dies mit dem schon längst vom Türkenjoche befreiten Volke getan hat und tut.

---

1) Bulletin du B. S. I. IX, 11/12.

Jedoch — der Balkankrieg ist da! Das Volk der Arbeit auf dem Balkan ist noch rückständig und zu wenig aufgeklärt, als dass es in friedlicher Weise das Balkanproblem lösen könnte. Das aufgeklärte und klassenbewusst-organisierte Proletariat weiss eine sehr gute Lösung des Balkanproblems. Auf der ersten sozialistischen Balkankonferenz im Januar 1910 haben die Vertreter der sozialistischen Parteien des Balkans einhellig für eine Föderation freier Balkanrepubliken manifestiert! Diese Lösung haben auch die südslavischen sozialistischen Parteien Österreich-Ungarns akzeptiert.

Indessen — den Völkern Europas droht wie ein furchtbares Gespenst ein allgemeiner Krieg aller Völker und Staaten untereinander! Der ganze menschliche Fortschritt, die gesamte Kultur und Zivilisation der Menschheit ist in Gefahr, in einem Wahnsinnsausbruch der Kriegsfurien vernichtet zu werden. Auf dem Balkan kreuzen sich die Interessen der ganzen kapitalistischen Welt. Alles, was zum Kapitalismus gehört, hat ein Interesse an der Unterjochung und Ausbeutung der südslavischen, der Balkanvölker; insbesonders Österreich-Ungarn und Russland führen nichts Gutes im Schilde. Deshalb ist auch die Kriegsgefahr für alle Völker Europas so gross!

Die Kapitalisten Europas zittern für ihre Absatzgebiete auf dem Balkan, für ihre Profite. Der kapitalistischen Interessen und des militaristischen Dranges nach kriegerischen Abenteuern wegen wird das arbeitende Volk alljährlich mit grösseren und schwereren Lasten für Heer und Flotte belegt. Die Annexion Bosniens und der Herzegowina hat allein 300 Millionen Kronen gekostet, danach folgten die neuen Militärforderungen unter dem Titel der Wehrreform und als dann das Schreckgespenst des Balkankrieges hervortrat, da verlangte die Kriegsverwaltung rasch noch einmal 420 Millionen, bekam aber nur 205 Millionen, denn die Minister selbst schreckten vor den Forderungen des nimmersatten Molochs zurück. Das Volk ächzt unter den Lasten des Militarismus, da fast alles für Heer und Mordwerkzeuge aufgeht; was übrig bleibt, das ist aber viel zu wenig für volkswirtschaftliche, kulturelle und soziale Zwecke.

Österreich-Ungarn kann die Welt nicht mehr betrügen, dass es auf dem Balkan irgend wen zu „retten“ hätte. Kroatien-Slavonien, Bosnien und die Herzegowina und Dalmatien sind lebende Beispiele dieser „Retterei“. Der nackte, infame Absolutismus in Kroatien, die Drohung mit dem Absolutismus in Bosnien, die Ankündigung einer Militärdiktatur für Kroatien, sind offenkundige Beweise dessen, dass die Völker Österreich-Ungarns noch sich selbst vor den Gewalttätigkeiten und Knebelungen der Machthaber zu befreien haben!

Was hat denn das arbeitende Volk Kroatien-Slavoniens, was haben die Kroaten und Serben auf dem Balkan zu suchen? Sollen sie im Sandschak Nowibasar ihre Stammesgenossen bekriegen? Sollen sie dieselben vom Türkenjoche befreien, um sie dann unter das Joch der österreichisch-ungarischen Monarchie zu zwingen? Sollen wir mit unserem Blute, mit unseren Knochen die Positionen derjenigen stärken, die uns als Volk und Klasse niederhalten und konsequent hindern, dass sich die Südslaven Öster-

reich-Ungarns auf eine höhere Kulturstufe emporschwingen können und politische Rechte und Freiheiten erlangen?!

Nein, tausendmal nein!

Das arbeitende Volk Kroatien-Slavoniens hat auf dem Balkan gar keine Eroberungen zu machen, es überlässt den Balkanvölkern, dass sie sich selbst befreien und retten; denn das arbeitende Volk Kroatiens muss zuerst das eigene Joch der allgemeinen Rechtlosigkeit abschütteln, es muss sich selbst aus den Fesseln des Absolutismus befreien!

Als einzige Vertreterin der Arbeiterklasse Kroatien-Slavoniens protestiert die sozialdemokratische Partei gegen die Kriegsunternehmungen Österreich-Ungarns auf dem Balkan; sie protestiert gegen des Blutvergiessen auf dem Balkan, protestiert gegen die Absichten jeder kapitalistischen Grossmacht, sich in die Balkankämpfe einzumengen. Die sozialdemokratische Partei protestiert aus denselben Gründen gegen die neuen Militärlasten; protestiert dagegen, dass auch nur ein Tropfen proletarischen Blutes vergossen, auch nur ein Heller aus den Steuergroschen des arbeitenden Volkes zu kapitalistischen Eroberungs- und Unterjochungszwecken verwendet werden!

Indem die sozialdemokratische Partei gegen den Krieg im allgemeinen, gegen die Eroberungsgelüste Österreich-Ungarns auf dem Balkan insbesonders protestiert, erhebt sie auch ihren energischen Protest gegen den Absolutismus in Kroatien-Slavonien, gegen die Unterjochung des serbo-kroatischen Volkes in der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst!

Krieg dem Krieg!

Nieder mit dem Absolutismus in Kroatien!

Es lebe die Freiheit und die Brüderlichkeit unter den Völkern!

Hoch die internationale, völkerbefreiende und friedenbringende Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratische Partei Kroatien-Slavoniens.

Am 6. und 30. X. 1912 fanden Protestversammlungen in Budapest und in den grösseren Provinzstädten gegen jede Einmischung in die Balkanwirren statt[1]).

Vgl. ferner oben Nr. 16 und 18.

---

§ 2. **Unmittelbar vor und nach Kriegsausbruch.**

Nr. 86.

Ein Ultimatum haben sie an Serbien gerichtet[2])[3]).

Ein Ultimatum haben sie an Serbien gerichtet! Mit Absicht schreiben wir, haben sie gerichtet, weil wir schon jetzt, im ersten Augenblick des ver-

1) Ebenda IX, 28 f.; X. 35.

2) 1. Népszava. A magyarországi szociáldemokrata part központi

hängnisvollen Schrittes, ausrufen müssen, dass uns, dem Volke dieses Landes, dieses Beginnen, dieses Ultimatum ferne steht. Ja, sie und nicht wir, weil das Volk der Monarchie weder an dem Konzept, noch an dem Entschluss und an seiner Absendung Anteil nahm. Dieses Ultimatum ist das ausschliessliche Werk des diplomatischen Absolutismus und die darin enthaltenen Forderungen bedeuten nicht das Wohl, das Glück und die Freude des Volkes der Monarchie.

Sie haben also ein Ultimatum an Serbien gerichtet! Donnerstag Abend 6 Uhr haben sie es überreichen lassen und schon am Samstag Abend soll der in diplomatische Formen gehüllte Befehl erfüllt sein. 48 Stunden wurden Serbien Zeit gelassen, sich dem unerbittlichen, harten Befehl in seinem ganzen Umfange zu unterwerfen. 48 Stunden hat also Serbien Zeit, entweder die Niedertretung seiner staatlichen Selbständigkeit und seines nationalen Selbstbewusstseins ohne Widerrede zu dulden, oder es sieht die ganze Kriegsmacht des 50-Millionen Staates gegen sich gerichtet. Und 48 Stunden haben auch wir nur Zeit, uns all die Schrecknisse auszumalen, die für uns dieses Ultimatum bedeutet. 48 Stunden Zeit, um zu erkennen, zu begreifen und aufzufassen und damit zu rechnen, dass wir tatsächlich vor einem Krieg stehen. Wir stehen vor einer furchtbaren, unabsehbaren Katastrophe, unsagbarem Elend, vor einem grauenhaften Menschenmorden.

Ein Ultimatum haben sie an Serbien geschickt und haben damit die Gefahren des Krieges heraufbeschworen, u. zw. aus einem Grunde, der uns nichts angeht und der das Lebensinteresse des Volkes der Monarchie nicht berührt. Sie haben die Gefahren des Krieges heraufbeschworen und jetzt wollen sie mit Blutvergiessen und Mord all diese Fragen lösen, die sie mit ihrer Despotie, mit ihrer Unfähigkeit und ihrer volksfeindlichen Politik zu einem unentwirrbaren Knäuel zusammengeballt haben.

In diesen verhängnisvollen Stunden, in den entscheidenden Augenblicken des Ultimatums klagen wir den österr.-ung. Absolutismus an, dass er es ist, der die Gefahren des Krieges auf dem Gewissen hat. Der österr.-ung. Absolutismus war es, der mit der Okkupation Bosniens das Volk einer fremden Nation mit anderer Sprache durch Waffengewalt und blutigen Krieg der Monarchie einverleibte. Viele tausende Proletarier starben den Märtyrertod bei der Gewinnung Bosniens, für den Traum der Monarchie, die mit tragischer Schuld die Bazillen der südslavischen Frage der Monarchie

---

közlönye. Budapest (Tageblatt). — 2. Volksstimme. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns. Budapest. (Erscheint 3mal wöchentlich.)

Die Übersetzung der Artikel Nr. 85/86 verdanke ich der Freundlichkeit des Herrn E. Buchinger, Sekretärs der Soz.dem. Partei Ungarns. — Ebendeshalb und mit Rücksicht darauf, daß die Übersetzung des Aufrufs Nr. 87 dem deutschen Zentralorgan der Partei entnommen ist, wird von der Wiedergabe des magyarischen Textes abgesehen.

3) Népszava, 24. VII. 1914.

einimpfte. Mit der Eroberung Bosniens wurde auch die österr.-ung. Monarchie ein südslavischer Staat, der dadurch in allen Krisen dieser Weltfrage mitverwickelt wurde. Mit der Annexion wurde dieser verhängnisvolle Schritt gekrönt. Sie machte die Macht zum Recht und drückte die Krise in starre Paragraphe. Zur Okkupation Bosniens war ein Krieg notwendig, zur Annexion eine Mobilmachung, die hunderte von Millionen kostete. Zur Zeit des Balkankrieges kamen die Südslaven in Bewegung, man musste um den Besitz Bosniens zittern, eine neuerliche Mobilmachung wurde notwendig, die Krise rüttelte ganz bedenklich den Körper der Monarchie. Und jetzt, gerade das viertemal steht die Monarchie vor dem Krieg. 5000 österreichische und ungarische Soldaten haben schon bluten müssen bei der Gewinnung Bosniens und jetzt — gibt es keinen Stillstand auf der abschüssigen Bahn — werden neuerdings Tausende und Zehntausende ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um Bosnien zu erhalten. Bosnien wurde durch die bewaffnete Gewalt erobert und nur die Gewalt vermag es zu behaupten. Die Herrschaft der Monarchie in Bosnien bedeutet bis heute eine Fremdherrschaft. Herrschsucht der Soldateska, Kleinlichkeit der Bürokratie, Aufblähung der erobernden Soldaten und Unverstand fremdsprachiger Beamten regierten bis heute in Bosnien. Zur Bürokratie und zum Militarismus warf sich als Retter und Dritter im Bunde der Klerikalismus auf. Der Soldat, der Beamte und der Jesuit, diese Dreieinigkeit ist das Zeichen der österr.-ung. Herrschaft in Bosnien. Das Land wurde der Herrschaft der fremden Beamten, der Ausbeutung des fremden Kapitals, der Umlauerung der fremden Pfaffen, der Unfähigkeit der fremden Herrschaft preisgegeben. Sein wirtschaftliches Leben wurde ebenso ausgeliefert wie sein religiöses und politisches. Die arbeitende Klasse wurde unterdrückt. Bis heute, bis zum 23. Juli 1914, bis zum Tage der Übergabe des Ultimatums an Serbien duldete man, dass der serbische Bauer in Leibeigenschaft schmachtet und man erlöste ihn nicht vom tausendjährigen Joche der mohammedanischen Grundherren. Sie erfanden tausenderlei Kniffe der Polizeiherrschaft, um das durch den Kapitalismus emporblühende nationale Leben des Serbentums in Bosnien zu unterdrücken. Mit aller Brutalität waren sie daran, die hoffnungsvolle, wenn auch junge Bewegung des Proletariats Bosniens niederzutreten und unter die Erde zu bringen. Sie hielten den Bauer in Sklaverei, drosselten das nationale Erwachen der serbischen Bourgeoisie und schikanierten die proletarische Organisation, sie machten sich bei den arbeitenden Klassen verhasst und hätschelten nur die reaktionärste Schichte des Landes — den mohammedanischen Feudalismus.

Das sind die Mittel, mit welchem der österr.-ung. Absolutismus Bosnien unter seiner Herrschaft behalten wollte. Und nun wundert er sich, dass diese Herrschaft ins Wanken gerät, dass dort Unzufriedenheit platzgreift, dass das Volk Bosniens die Fremdherrschaft nicht dulden mag. Der österr.-ung. Absolutismus sucht jetzt für seine eigenen Fehler den Sündenbock in Serbien. Er klagt die grossserbische Propaganda an, wiewohl er

selbst die Möglichkeiten der Ausbreitung derselben geschaffen. Er klagt Serbien an, dass es das bosnische Volk aufhetzt, wiewohl seine eigenen Taten die Unzufriedenheit des bosnischen Volkes bis zum Schäumen aufpeitschten. Er klagt Serbien an, dass es Bosnien von der Monarchie losreissen will, wiewohl er selbst durch seine Unterdrückung das Irrlicht der Losreissung in der Seele des bosnischen Volkes entfacht. Der österr.-ung. Absolutismus klagt Serbien an, dass es sich ausbreiten will, vergisst aber daran, dass er es ist, der durch eine wahnsinnige Zollpolitik Serbien zu dieser Politik zwingt. Er klagt Serbien an, dass es sich nach einem Grossserbien sehnt und verschweigt, dass er die Selbständigkeit eines Kleinserbiens durch Erdrosselung des wirtschaftlichen Lebens unmöglich macht. Die von den österr.-ung. Agrariern diktierte Zollpolitik machte den Bestand Serbiens in seiner heutigen Form unmöglich und die von der österr.-ung. Kriegspartei, diktierte auswärtige Politik wieder, dass es einen Ausweg zum Meer finde, der österr.-ung. Absolutismus treibt also Serbien künstlich dazu, falls es leben will, nur vom Zerfall der Monarchie seine Existenz zu erhoffen.

Nicht das Verhalten Serbiens, sondern alle Sünden der österr.-ung. Monarchie haben dieses Ultimatum heraufbeschworen. Wie sehr dem so ist, beweist am besten, dass der Inhalt des Ultimatums eine Form erhielt, die Serbien gar nicht annehmen kann. Dieses Ultimatum wurde nicht gestellt, damit Serbien die Bedingungen annehme, sondern gerade deshalb, damit es sie ablehne und so die langersehnte Gelegenheit zu seiner Vernichtung biete. Wäre dem anders, so würden sie nicht fordern, dass Serbien im Amtsblatt eine im Wortlaute vorgeschriebene feierliche Erklärung abgebe. Sie würden keinen Tagesbefehl der serbischen Armee fordern. Wäre dem nicht so, so würden sie nicht die Zensurierung der serbischen Presse und die Knebelung des serbischen Vereinsrechtes fordern. Wäre dem nicht so, so würden sie nicht verlangen, dass die Monarchie die Offiziere bezeichne, die Serbien aus seiner Armee auszustossen hat: nicht wegen Teilnahme an dem Attentat, sondern wegen Beteiligung an der grossserbischen Agitation. Wäre dem nicht so, würden sie nicht forden, dass Serbien dulde, dass österr.-ung. Organe in Serbien nachspüren sollen. Wäre dem nicht so, dann würden sie nicht fordern, dass Österr.-Ung. feindliche Erklärungen serbischer Politiker gesühnt werden sollen. Wäre dem nicht so, dann würden sie nicht wünschen, dass durch diese Verfügungen das österr.-ung. Statarium aus Bosnien einfach nach Serbien verpflanzt werde.

Der österr.-ung. Absolutismus will Krieg! Dieses Ultimatum mit seinen unbändigen Forderungen, mit der 48stündigen Befristung bedeutet die offene Erklärung der Kriegsabsicht. Der Absolutismus will den Krieg und die Vorbereitung zum Krieg ist dieses Ultimatum, von dem Tisza am Donnerstag Abend den Vertretern der Presse sagte, dass dies ein diploma-

tischer Schritt sei, der weder ein weiteres Schachern noch auch einen weiteren Meinungsaustausch zulasse.

Dieser verhängnisvolle Schritt bringt uns so nahe an den Abgrund des Krieges wie noch nie. Die Mächtigen wollen Krieg, die patriotischen Bankiers garantierten ihnen bereits ihre Untersützung, die herrschenden Klassen denken schon an einen politischen Frieden, Stefan Tisza appelliert bereits an den Patriotismus der Presse, doch die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, dem Beispiel der Bankiers zu folgen, das Proletariat folgt nicht den herrschenden Klassen auf den Weg des Krieges, die sozialistische Presse will nicht teilnehmen an der Kriegshetze der „Patrioten".

An der Schwelle des Krieges erklären wir im Namen des ung. Proletariats, dass das Volk dieses Landes keinen Krieg will und dass es jene, die dieses tragische Schicksal heraufbeschwören, für volksvernichtende Verbrecher hält, die an den Schandpfahl der Geschichte gehören.

Nr. 87.

Der Krieg ist ausgebrochen[1]).

Serbien hat sich dem Befehle des Ultimatums Österreich-Ungarns nicht unterworfen. Der Gesandte der Monarchie hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen angemeldet und Belgrad verlassen. Serbien hat die Armee mobilisiert und hat in Erwartung des Angriffs die Hauptstadt Belgrad geräumt und den Sitz der Regierung in das Innere des Landes verlegt.

Das ist bisher geschehen, und diese wenigen knappen Sätze bedeuten dennoch den Schrecken aller Schrecken: den Krieg.

Was die Angst des Volkes seit Wochen ausmachte, wovor das ganze Land seit 48 Stunden zitterte, es ward nunmehr zur Wirklichkeit: die Kriegsfurien sind lossgelassen. Die Lawine kommt ins Rollen, vorläufig nur gegen Serbien. Doch wer weiss, wo sie Halt macht. Wer wagt vorauszusagen, welche Dimensionen sie annimmt.

Erschütterung und die Vision der zu erwartenden Schrecken schnüren uns die Kehle zu. Die österr.-ung. Monarchie hatte seit einer Generation keinen Krieg und die heute lebende weiss auch kaum, was ein Krieg bedeutet. Vielen ist er heute nur ein leerer Begriff und sie wissen nicht, welch Meer von Tränen, Schrecken, Mord und Schmutz er bedeutet.

Die Katastrophe des Krieges ist hereingebrochen. Heute können wir nichts mehr zu ihrer Verhinderung unternehmen. Die ung. Sozialdemokratie hat auf das Entschiedenste, vom ersten Moment der Kriegsgefahr an, gegen jede Kriegshetze protestiert. Von der ersten Minute der Krise angefangen haben wir ohne jegliche Vertuschung all die geheimen

1) Népszava, 26. VII. 1914.

und öffentlichen Triebfedern aufgedeckt, die die Monarchie in den Krieg hineinhetzten. Dieser Krieg hat die ganze Last der Ausnahmegesetze im Gefolge und gegen das Wort der Kanonen, gegen die Kraft der Bajonette muss vorläufig jede Kritik verstummen. Heute können wir nichts mehr tun als von den Ereignissen Notiz nehmen und das Material für die Geschichte aufbewahren. Doch wird die bittere Prüfungszeit vorüber gehen und dann werden wir über die Geschehnisse von Neuem offen und klar unsere Ansichten äussern und die rohe Materie der Geschichte unerschrocken und ohne Erbarmen kritisch verarbeiten.

Heute ist die Stimme der Sozialdemokratie die einzige im Lande, die auch in diesem letzten Momente noch gegen den Krieg protestiert. Stefan Tisza hat Recht, wenn er behauptet, dass gegenüber der Presse, die den Krieg will, „das Blatt der Sozialisten die einzige Ausnahme bildet“ und sich mit dieser Tat aus der Gemeinschaft des patriotischen Zusammenfühlens der österr.-ung. Nation selbst ausgeschlossen hat. Wir anerkennen das: die einzige Ausnahme ist die Sozialdemokratie, und wir wollen stolz alle Lasten dieser leuchtenden Isoliertheit tragen. Und mit derselben Ruhe und mit demselben Stolze behaupten wir, dass wir uns in der Isoliertheit eines Sinnes wissen mit dem Proletariate der ganzen zivilisierten Welt. Stolz tragen wir den dornenvollen Ruhm dieser Vereinsammung, da wir wissen, dass wir uns damit mit den glänzendsten Traditionen der Geschichte der Sozialdemokratie in Solidarität befinden und dass eine Zeit kommen muss, da gerade die Tatsache, dass sich die Sozialdemokratie aus dem Heere jener, die den Krieg wollen, selbst ausgeschaltet hat, die grossen Massen der ung. Nation uns zuführen wird.

Erinnern wir uns daran, dass zur Zeit des deutsch-französischen Krieges Bebel und Liebknecht ebenfalls in Abgeschlossenheit standen gegen den Kriegswillen einer ganzen Nation und gegen das wilde Toben des Parlaments. Und zuletzt gab die deutsche Nation dennoch der isolierten Sozialdemokratie recht: heute sitzen 111 Sozialdemokraten im deutschen Reichstag und 4¼ Mill. Bürger stimmten für die Sozialdemokratie. Erinnern wir uns daran, dass zur Zeit des Tripolis-Feldzuges die Sozialdemokratie allein es war, die mitten in den Wogen des Chauvinismus felsenfest stand und gegen den Krieg protestierte. Und nun hat die italienische Nation der sozialdemokratischen Partei Recht gegeben. Nach dem Kriege ist die Sozialdemokratische Partei, vom Vertrauen einer Million italienischer Wahlbürger getragen, verdoppelt in die italienische Kammer eingezogen. —

Erinnern wir uns daran, dass zur Zeit des Balkankrieges ein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter in der serbischen Skuptschina den Mut fand, gegen den Krieg seine Stimme zu erheben, und der Protest des Gen. Lapcsevits wurde vom Geheul eines ganzen Parlamentes überschrien. Und erinnern wir uns daran, dass in der bulgarischen Sobranje wieder nur ein einziger Sozialdemokrat den Mut hatte, gegen den Völkermord zu protestieren, und unser Gen. Sakaszov stand da mit der Entschiedenheit eines

ganzen Mannes, mit verkreuzten Armen gegen die Masse der Abgeordneten des Hurrapatriotismus. Und nun hat die bulgarische Nation dem sozialistischen Protest Recht gegeben: nach dem Kriege entsendete sie 40 sozialistische Abgeordnete in das Parlament der bulgarischen Nation.

Stolz und ruhigen Gewissens erwarten auch wir die Zeit des Abschlusses. Nicht nur das kommende Urteil der Geschichte, sondern schon die nahe Zukunft wird uns Recht geben, gerade so wie überall das gegen die Kriegsgreuel protestierende Proletariat Recht behielt.

Es kann niemand ahnen, was das Schicksal bringen wird. Wir stehen vielleicht am Rande des Abgrundes eines Weltkrieges und in dieser von Weh und Schreck erfüllten Stunde wollen wir laut ausrufen, dass die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Zähigkeit festhält an ihrem hehren Programm: an dem Weltfrieden.

Nr. 88.

An die organisierten Arbeiter[1]*!*

Seitdem Ungarns Arbeiterschaft zum Selbstbewusstsein erwachte und sich zu organisieren begann, haben wir noch nie so schwere Tage erlebt, als die gegenwärtigen.

Der Sturm grosser Ereignisse naht und wir selbstbewussten Arbeiter müssen auch in diesem Sturm mannhaft ausharren.

Wer in die Kaserne einberufen wird, muss wissen, was er unter solch ausserordentlichen Umständen tun muss, und was er nicht darf; man muss mannhaft ertragen alle Folgen der ausserordentlichen Lage. Der organisierte Arbeiter repräsentiert selbst unter diesen Umständen ganz gewiss einen höheren Wert als die unselbständigen menschlichen Maschinen, denn den organisierten Arbeiter beherrscht eine grössere moralische Kraft, die selbst inmitten der schwersten Bedrängnisse nicht versagt.

Noch haben wir einen Funken von Hoffnung, dass das Ärgste nicht eintreffen wird, dass die aus unserem Kreise abberufenen Brüder vom Rande des Abgrundes zurückkehren werden. Wenn wir dieses schwachen Hoffnungsschimmers endgiltig beraubt werden . . ., dann haben wir ausser unseren Abschiedsworten nur noch den Wunsch, dass unsere Brüder je eher in voller Zahl zu uns zurückkehren mögen!

Denjenigen aber, die daheim bleiben, rufen wir bittende, zur Pflichterfüllung ermahnende Worte zu, denn ihrer warten grosse und schwere Pflichten. In unserem grossen Kampfe im Interesse der Arbeiterklasse kann wohl momentan eine Pause eintreten, aber dem Kampf entsagen können wir um keinen Preis, was immer auch geschehen mag. Die Arbeiterschaft will leben und vorwärts streben im wirtschaftlichen und kulturellen Wohlstand,

---

1) Volksstimme, 30. VII. 1914. — Vgl. S. 492 Anm. 2. — Népszava, 29. VII. 1914; 30. VII. 1914.

im Frieden. Und wenn wir wahrhaft nach diesem Ziele streben, so müssen wir unsere Kampfeswaffen, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, und unsere unentbehrlichste Waffe, die Presse, beschirmen.

Unsere Organisationen müssen wir aufrecht erhalten, denn wenn wir deren Schwächung zuliessen, so würden wir unserer Zukunft entsagen.

Grosse Lücken entstehen nun in unseren Reihen, aber Kopflosigkeit darf nicht eintreten ... Unser Kommando muss lauten: Schliesst die Reihen! Das heisst, ihr sollt euch enger einander anschliessen, damit die Lücken ausgefüllt werden.

Und wenn dadurch die Reihen auch kürzer, die Abteilungen kleiner werden: so könnt ihr den Kampf besser bestehen. Ja, in vielen Fällen ist es möglich, die Lücken mit neuen Elementen auszufüllen, gibt es doch noch Hunderttausende unorganisierter Proletarier, und diese Tage sind hervorragend geeignet dazu, harte Schädel für unsere Lehren empfänglich zu machen. Wo ein Vertrauensmann, ein Leitungsmitglied sich entfernte, möge sofort ein anderer seine Stelle einnehmen, damit die organisatorische, belehrende Arbeit keine Unterbrechung erleide. Und vergessen wir keine Sekunde jene tausendfach bewährte Wahrheit, dass der belebende Geist der Arbeiterbewegung die sozialdemokratische Presse ist, die wir keinen Tag entbehren können und welcher wir zahllose wirtschaftliche und politische Siege verdanken und die wir eben deshalb um jeden Preis erhalten müssen inmitten den gegenwärtigen schweren und immer schwerer werdenden Verhältnissen. Unsere Presse ist jetzt in besonders schwieriger Lage. Das Lebenselement jedes sozialistischen Blattes ist die freie Kritik, die freie Propaganda, und unter den gegenwärtigen Zuständen müssen wir ihr entsagen.

Entsagen nicht nur deshalb, weil das Gesetz es so befiehlt, sondern weil wir in dieser Zeit der schweren Not, selbst durch die gerechteste Kritik die Arbeit der leitenden Faktoren nicht erschweren dürfen.

Arbeiterbrüder, Genossen! Wenn auch die Gegenwart traurig und die nächste Zukunft grauenvoll zu werden verspricht, so dürfen wir dennoch nicht verzweifeln.

Die Entwicklung der Menschheit ist, wenn auch keine ununterbrochene, so doch eine ewige. Es gibt Rückfälle, aber im Endergebnis führt unser Weg doch vorwärts, in die Höhe. Bereiten wir uns darauf vor, dass nach dem Kriege ein anderes Ungarn an Stelle des heutigen treten wird, denn welches Ergebnis auch der Krieg haben mag, er wird notwendigerweise grosse Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes hervorrufen.

Wir stehen nach dem Kriege einer neuen Lage und neuen Aufgaben gegenüber, und unter veränderten Verhältnissen werden wir für die wirtschaftliche und politische Befreiung des Proletariates kämpfen.

Wir dürfen also keine unserer bisherigen Waffen fallen lassen, damit wir nicht alles von vorne anfangen müssen. Grosse Ziele, hehre Ideale beseelen uns: Wir wollen aus diesem Land, so wie die Proletarier der ganzen Welt ihre Länder, ein Heim für ein freies und glückliches Volk machen,

damit, wenn die Zeit kommt, wir uns würdig in die Kulturgemeinschaft freier und friedlicher Völker einreihen können.

Arbeiter! Die Köpfe hoch! Blicken wir in die Zukunft! Hoch die Freiheit und die Kultur! Hoch die Sozialdemokratie!

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns.

* * *

Der ungarländische Gewerkschaftsrat seinerseits erließ nachfolgenden

Nr. 89.

Aufruf[1]).

Arbeiter! Genossen! Seitdem es in Ungarn Gewerkschaften gibt, hat die organisierte Arbeiterschaft noch nicht so schwere Zeiten durchlebt wie jetzt. Sie haben die durch die langwierige wirtschaftliche Krise hervorgerufenen Übel noch nicht überstanden, als Zehntausende der Arbeiter einrücken mussten und die Betriebe wegen Arbeitsmangels Tausende ihrer Angestellten entlassen. Aber selbst unter diesen traurigen Verhältnissen harrt der Gewerkschaften die grosse Aufgabe, dass sie einesteils die Familien der Eingerückten, andernteils jedoch die grosse Zahl der Arbeitslosen unterstützen. Es muss und kann dies auch erfüllt werden, wenn all jene, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen arbeiten, ihren Organisationen treu bleiben und sich um diese scharen. Vor allem ersuchen wir die arbeitenden Genossen, dass sie die Beiträge an die Gewerkschaften pünktlich abliefern, weil sie hiedurch die Unterstützung der Arbeitslosen ermöglichen. Jeder zu Hause gebliebene Arbeiter halte treu zu seiner Organisation und trachte, dieser neue Mitglieder zuzuführen. Es ist ferner notwendig, dass die organisierten Arbeiter zur Unterstützung der Familien der Einberufenen separate Opfer bringen. Die ausserordentlichen Verhältnisse beanspruchen ausserordentliche Opferwilligkeit. Sei das Leben für den zu Hause gebliebenen Arbeiter noch so schwer, sei die Teuerung noch so unerträglich, die Kinder unserer eingerückten Brüder dürfen wir nicht hungern lassen. Die Steuer soll eine systematische sein, und zwar in der Weise, dass jeder in Arbeit Stehende einen gewissen Prozentsatz seines Verdienstes für die Entbehrenden spendet. Arbeiter! Genossen! Der Aufbau der Gewerkschaften erforderte eine lange, mühevolle Arbeit. Durch sie gelangten Zehntausende der Arbeiter zu höheren Löhnen und zu kürzerer Arbeitszeit. Wenn wir nicht wollen, dass all unsere Arbeit und all unsere Erfolge verloren gehen sollen, dann müssen wir die Gewerkschaften unter allen Umständen aufrechterhalten und die Entbehrenden unterstützen.

---

1) Volksstimme, 15. VIII. 1914.

Viertes Kapitel.

Frankreich [1].

§ 1. Von 1912 bis Mitte Juli 1914.

Nr. 90.

Manifeste du Parti Socialiste de France. 18. X. 1912 [2].

Une fois de plus, l'anarchie capitaliste déchaîne sur le monde les horreurs d'une guerre, qui n'a d'autre cause que des intérêts financiers et des ambitions dynastiques: seuls se sont dressés contre elle les socialistes des États balcaniques, serbes, bulgares et ottomans. Dans toute l'Europe, les grandes organisations socialistes et ouvrierès manifestent contre toute intervention des grandes puissances qui entraînerait la catastrophe d'une conflagration universelle.

La France n'a dans les Balkans qu'un intérêt. C'est de rétablir la paix sans retard. Mais nous n'avons pour cela aucune confiance dans la diplomatie, dont le rôle est de servir toujours et partout le capitalisme. Elle n'a pas su empêcher le conflit, elle se montrera aussi incapable de le localiser.

C'est au prolétariat international, seule puissance de paix, de l'imposer par son action.

Le P. S. et la classe ouvrière en France veulent par dessus tout la paix; leur premier devoir est de s'organiser pour la défendre. Sous aucun prétexte, à aucun prix, les travailleurs de notre pays ne veulent être entraînés dans les désastres incalculables et sanglants d'une guerre. La nation et ses représentants qui n'ont jamais été consultés sur les alliances et les traités ne sauraient les réconnaître. Il n'est pour la France républicaine d'obligations pui la lient pour la guerre au tsar, bourreau du peuple russe.

Nous souvenant des résolutions des Congrès de Stuttgart et de Copenhague, fidèles à la volonté de l'Internationale, nous saurons employer tous

1) L'Humanité, Journal socialiste. Directeur politique JEAN JAURÈS (bis zu seinem Tode, 31. VII. 1914) Paris. — La Bataille syndicaliste. Paris. — La guerre socialiste. Rédacteur en chef: GUSTAVE HERVÉ. Bis zum 6. VIII. 1914 Wochen-, seither Tageblatt.

2) Bulletin du B. S. I. IX., 10.

les moyens pour sauvegarder la paix du monde, condition essentielle de l'émancipation du prolétariat. Avec les socialistes organisés d'Allemagne, d'Angleterre, d'Autriche, d'Italie et de Russie, nous ferons tout notre devoir international. Par un effort concerté, réciproque et simultané, nous préviendrons jusqu'aux risques de guerre et assurerons la paix.

Vive l'Internationale ouvrière et socialiste.

Vergl. ferner oben Nr. 17.

10e Congrès national du Parti Socialiste tenu a Brest les 23, 24 et 25 Mars 1913[1]).

Einstimmig angenommen wurde folgende — von COMPÈRE-MOREL beantragte und auch von VAILLANT, MISTRAL, PRESSENSÉ und BRACKE empfohlene — Resolution:

Nr. 91.

La loi de trois ans et les armements.

Le 10e Congrès ..., constatant que le développement des armements et le vote de la loi de trois ans seraient considérés par la nation et le monde comme les preuves évidentes et caractéristiques d'une politique nationaliste et chauvine;

Considérant que le seul moyen d'assurer la défense nationale est d'instaurer les milices par l'armement général du peuple et que toute diminution du service militaire est un pas dans cette voie, que le prolongement du séjour des jeunes soldats en caserne en est la négation;

Considérant que les charges provoquées par la paix armée, dangereuses pour le peuple et mortelles pour la vie économique et sociale des nations, ne peuvent diminuer qu'autant que l'arbitrage développé et consolidé réglera tous les différends internationaux dont la disparition est subordonnée à la disparition du régime capitaliste lui même;

Considérant que deux grands peuples comme l'Allemagne et la France peuvent donner le signal du désarmement parallèle et simultané par un accord loyalement et publiquement affirmé;

Le Congrès se félicite de l'action commune des partis socialistes allemand et français[2]), *et se solidarise avec les socialistes alsaciens-lorrains qui, traduisant le voeu de la population entière de l'Alsace-Lorraine, ont*

---

1) Compte rendu sténographique du 10e Congrès ... Paris. Au siège du Conseil national 1913.

2) Vgl. oben Nr. 18.

affirmé ne vouloir à aucun prix d'une révanche qui mettrait la France et l'Allemagne aux prises [1]*;*

Donne mandat au groupe parlementaire et à la Commission administrative permanente de mener dans le Parlement et dans le pays l'action la plus énergique et la plus résolue pour l'entente franco-allemande, l'arbitrage international, les milices nationales et contre la loi de trois ans.

* * *

Seinerseits hatte HERVÉ — als *complément de la motion Compère-Morel* — einen besonderen Revolutionsantrag eingebracht. Derselbe lautete:

Nr. 92.

Considérant que le peuple français estime qu'une revanche, quelle qu'en soit l'issue, serait une catastrophe à la fois pour l'Alsace-Lorraine, pour la France, pour l'Allemagne et pour la civilisation toute entière;

Considérant que la question d'Alsace-Lorraine est la seule cause véritable de la tension franco-allemande et le seul obstacle à une réconciliation entre les deux nations;

Considérant que le peuple alsacien-lorrain, par la voix de ses trois partis politiques, vient de déclarer solennellement à Mulhouse qu'il condamne énergiquement toute pensée de vouloir détacher l'Alsace-Lorraine de l'Allemagne par une guerre de révanche;

Considérant que le peuple alsacien-lorrain déclare très clairement ne demander que sa pleine autonomie sous une constitution républicaine, c'est à dire le droit de se gouverner lui-même par des ministres responsables devant le Parlement alsacien-lorrain, et sa représentation au Conseil fédéral comme tous les États autonomes de l'Empire allemand;

Considérant que la constitution accordée à l'Alsace-Lorraine en 1911 en lui accordant un Parlement (Landtag) élu au suffrage universel peut être un acheminement vers cette constitution autonome et républicaine;

Considérant enfin qu'une telle solution de l'irritante question d'Alsace-Lorraine est conforme au droit révolutionnaire français, qui a proclamé le droit souverain des peuples à disposer librement d'eux mêmes, et que telle semble à l'heure la libre volonté du peuple alsacien-lorrain exprimée par la voix autorisée de ses élus du suffrage universel;

Le P. S., charge son groupe parlementaire, en réponse au projet de loi sur le service de trois ans, de demander au gouvernement français d'entamer des négociations avec le Gouvernement allemand pour conclure une entente avec lui sur les bases suivantes:

1° Rénonciation officielle à toute guerre de revanche, en échange d'une complète autonomie avec constitution républicaine pour l'Alsace-Lorraine, au sein de l'Etat fédéral allemand;

---

1) Vgl. oben Nr. 40 und 40a.

2° Limitation des armements;

3° Inscription dans la loi des deux pays de l'arbitrage obligatoire pour la solution de tous les conflits sans exception qui pourraient survenir désormais entre les deux nations:

Il décide de profiter de l'agitation contre les trois ans et en faveur des milices pour poser devant l'opinion publique française et devant l'opinion publique européenne tout entière la question d'Alsace-Lorraine et celle de l'entente franco-allemande qui est la clef du désarmement européen.

Hervé forderte — nach abgeführter Debatte, im Hinblick namentlich auf die von Pressensé geltend gemachten Bedenken gegen die Opportunität des von Hervé gewünschten Schrittes bei der deutschen Regierung — nur mehr bloß: sein Antrag solle der Commission administrative permanente und der Parlamentsfraktion zu weiterer Prüfung zugewiesen werden. Dies wurde denn auch beschlossen.

11e Congrès national du Parti Socialiste tenu à Paris les 14, 15 et 16 Juillet 1914[1].

Der Kongreß galt vor Allem der Vorbereitung des für den 23. VIII. nach Wien einberufenen Internationalen Sozialistischen Kongresses, bezw. der Stellungnahme zu der in Kopenhagen (1910) von Vaillant und Keir-Hardie beantragten Ergänzung der damals beschlossenen Resolution über „Die Sicherung des Weltfriedens[2]), lautend:

Nr. 93.

Entre tous les moyens à employer pour prévenir et empêcher la guerre, le congrès considère comme particulièrement efficace: la grève générale ouvrière surtout dans les industries qui fournissent à la guerre ses instruments (armes, munitions, transports etc.), ainsi que l'agitation et l'action populaires sous leurs formes les plus actives[3])[4]).

Dieses Amendement war vom Kongreß einstimmig dem B. S. I. zum Studium und zur Berichterstattung über die von den Sek-

1) Vgl. den Bericht in L'Humanité vom 15.—17. VII. 1914.

2) Compte rendu analytique du VIIIe congrès socialiste international tenu à Copenhague. Gand 1911. S. 202.

3) Vgl. auch Vaillants Äußerungen auf dem Baseler Kongreß, oben Nr. 15.

4) Vgl. das Zitat unten im Compère-Morelschen Antrag, Nr. 95.

tionen der Internationale erhaltenen Vorschläge auf dem Wiener Kongreß zugewiesen worden.

Von den Teilnehmern an der Debatte während des französischen Parteitages vom Juli 1914 sprachen sich COMPÈRE-MOREL, DESLINIÈRES, GUESDE, HERVÉ, PAOLI gegen den VAILLANT-KEIR-HARDIEschen Gedanken aus; NOEL HARDY, PAUL LOUIS, RAPPOPORT, SEMBAT, JAURÈS für ihn. — Im Namen der Kommissionsmehrheit beantragte sodann JAURÈS: es solle die Kopenhagener Resolution derart ergänzt werden, daß zwischen den beiden Absätzen der in ihr zitierten Stuttgarter Resolution eingeschaltet werde:

Nr. 94.

Entre tous les moyens employés pour prévenir et empêcher la guerre et pour imposer aux gouvernements le recours à l'arbitrage, le Congrès considère comme particulièrement efficace la grève générale ouvrière simultanément et internationalement organisée dans les pays interessés, ainsi que l'agitation et l'action populaires sous les formes les plus actives.

Dieser Antrag wurde — bei 83 Enthaltungen — mit 1690 gegen 1174 Stimmen angenommen. Abwesend waren die Vertreter von 24 Mandaten.

* * *

Die 1174 Minoritätsstimmen entfielen auf folgenden Antrag COMPÈRE-MORELS

Nr. 95.

Considérant les résolutions votées à l'unanimité par les Congrès internationaux de Stuttgart et de Copenhague, résolutions confirmées au Congrès international de Bâle et portant ce qui suit: (I) «Si une guerre menace «d'éclater, c'est un devoir de la classe ouvrière dans les pays concernés, «c'est un devoir pour leurs représentants dans les parlements, avec l'aide «du B. S. J., force d'action et de coordination, de faire tous leurs efforts «pour empêcher la guerre par tous les moyens qui leur paraitront le mieux «appropriés et qui varient selon l'acuité de la lutte des classes et la situation «politique générale. (II) Au cas où la guerre éclaterait néanmoins, c'est «leur devoir de s'entremettre pour la faire cesser promptement et d'utiliser «de toutes leurs forces la crise économique et politique créée par la guerre «pour agiter les couches populaires les plus profondes et précipiter la chute «de la domination capitaliste».

Considérant qu'en déclarant «plus particulièrement efficace» la grève générale surtout dans les industries qui fournissent à la guerre ses instruments (armes, munitions, transports etc.), la proposition Keir-Hardie-

Vaillant, sans ajouter aux moyens d'action contre la guerre, ne peut que servir de prétexte à des lois d'exception contre tout ou partie des Travailleurs organisés, et qu'au cas où, par impossible, elle serait adoptée par le Congrès de Vienne, sa mise en pratique ne pourrait qu'assurer la défaite du pays dont le prolétariat sera le mieux organisé et le plus fidèle aux décisions de l'Internationale au bénéfice du pays le moins socialiste, le plus indiscipliné.

Le Congrès déclare s'en tenir aux résolutions des Congrès internationaux de Stuttgart, Copenhague et Bâle.

---

§ 2. Unmittelbar vor Kriegsausbruch.

Am 27. VII. 1914, unmittelbar vor der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien brachte die Bataille syndicaliste folgende Aufforderungen:

Nr. 96.

Peuple de Paris, debout! Par ton attitude énergique, empêche la guerre! Pour ce soir sur les boulevards!

* * *

Nr. 97.

Nous ne voulons pas de guerre.

Les décisions des Congrès Confédéraux sur l'attitude de la classe ouvrière en cas de guerre déviennent exécutives à partir du moment où la guerre est déclarée.

... Le cas échéant, la déclaration de guerre doit être, pour chaque travailleur, le mot d'ordre pour la cessation immédiate du travail.

A toute déclaration de guerre, les travailleurs doivent, sans délai, répondre par la grève générale révolutionnaire.

Extraits de la Résolution votée par la Conférence extraordinaire des Bourses et fédérations (1er octobre 1911).

* * *

Nr. 98.

Réponse aux chauvins. — Ce soir sur les boulevards.

Tout n'est pas encore consommé; l'irrémédiable n'est pas accompli; mais, au point où en sont les choses, il ne suffit plus que d'une maladresse ou d'une imprudence pour que la catastrophe surgisse.

Quelqu'un oserait-il le souhaiter? Quelque monstre prendrait-il sur lui la responsabilité d'ouvrir les portes aux écluses de sang? — Nous rougissons de honte et nous crispons les poing à la pensée qu'un cœur humain

pourrait tendre ses désirs vers la guerre. — Cependant, devant l'imminence du péril il ne convient pas plus de se payer de mots que de se bercer d'illusions. En 1914, il se trouve encore des idiots pour acclamer le meurtre, la boucherie et la mort. — Les champs de carnage, l'assassinat des peuples, la ruine collective, la dévastation publique, l'anéantissement de la civilisation éveillent des aspirations sympathiques en de certaines âmes.

Les sauvages!

Depuis samedi, la foule hypnotisée se porte sur les grands boulevards et crie: «A Berlin! Vive la guerre»!

Vive la guerre! C'est à dire: vive le massacre, vive l'égorgement.

La guerre, c'est demain le foyer vide, l'activité nationale suspendue, l'atelier désert; c'est le champ labouré par les charges et les shrapnels, ensemencé de cadavres, arrosé par des fleuves d'infection. — C'est la laconique dépêche du bureau militaire ou d'un ami: «Enfant mort». — C'est le deuil partout, le déchirement dans les cœurs. — C'est le déchaînement de tous les instincts hideux, les plus sanguinaires, les plus vils, les plus misérables. Relisez les récits des correspondants des journaux sur les atrocités commises au cours de la dernière guerre balcanique. Rappelez-vous les femmes éventrées et violées, les vieillards et les enfants mutilés, les doigts et les oreilles coupés, les yeux crevés, l'incendie des villages et la décomposition des cadavres abandonnés sur place aux mouches et aux corbeaux.

Ces cadavres, ce seront les vôtres demain! Ces femmes, ces enfants, ces vieillards, ce sera vous demain! C'est la guerre! Et c'est cela que des bandits acclament depuis deux jours sur les boulevards. — Cela, entendez-vous bien, et uniquement parceque des paysans serbes et des soldats autrichiens se chicanent et vont en venir aux mains!

Eh bien! si nous ne sommes, nous, ni des insensés, in des lâches; si vous ne voulez pas voir dans quelques heures votre pays se lancer dans la pire aventure que l'on puisse imaginer; si tu ne veux, camarade, être arraché tout à l'heure brusquement aux tiens pour te voir conduire là bas, dans l'Est, sur la ligne de feu, il faut, il faut tout de suite que le Paris populaire se ressaisisse. C'est une nécessité pressante. Si ce soir il n'est pas imposé silence aux fous criminels qui crient: «Vive la guerre», c'en est fini. Demain, c'est la mobilisation!

C'est le devoir de tous nos lecteurs, de nos amis, des syndiqués de la Seine, de tous les partisans de la paix, de se trouver

ce soir, à partir de 9 heures

sur les grands boulevards en face de l'immeuble du «Matin». Tous, tous, au cri de «A bas la guerre».

Belleville, Ménilmontant, Saint-Antoine, Montparnasse, Montmartre, retrouvez votre belle tradition de jadis. Que le flot des faubourgs déferle ce soir sur les quartiers du centre, et vienne submerger les provocations imbéciles des chauvins.

C'est notre seul gage de paix, c'e notre seul salut. C'est le dernier

espoir qui nous reste d'eviter la catastrophe: sauvons nous nous-mêmes, et à temps.

L'heure presse. A ce soir.

La Bataille syndicaliste.

* * *

Diese Auforderung zu Boulevard-Demonstrationen wurden unterstützt durch das Organ GUSTAVE HERVÉS [1]) und durch Spezialaufrufe der Pariser Gewerkschaftsorganisationen [2]). 1. Le bureau conféderal; 2. Union des syndicats de la Seine; 3. Fédération du bâtiment; 4. Fédération des ports et docks; 5. Fédération des cuirs et peaux; 6. Organisations parisiennes du bâtiment de la 18e région; 7. Terrassiers de la Seine; 8. Charpentiers en fer; 9. Maçonnerie-pierre; 10. Démolisseurs; 11. Chambre syndicale des briquetiers; 12. Serruriers; 13. Ébénistes. Ferner das Comité d'entente des Jeunesses socialistes. Die Organisationen 1, 3, 5 wiesen zugleich auf die Notwendigkeit hin: «*à se préparer, dès à présent, à appliquer à la lettre la décision des congrès confédéraux de la classe ouvrière en cas de guerre*». Erklärungen im gleichen Sinne gab in den darauffolgenden Tagen auch ab die Fédération nationale du sous sol [3]), und die Union des syndicats ouvriers du Rhône sowie die Section St-Ouen de la Maçonnerie-pierre gaben direkt und ausdrücklich die Parole des Generalstreiks aus [4]). Auch in der Provinz fassten zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen gleichartige Beschlüsse wie die vorstehend genannten und ebenso fanden in Paris und Umgebung sowie in den großen Industriezentren und an anderen Orten Protestversammlungen gegen den Krieg statt [5]).

Am 28. VII. 1914 erschienen die nachfolgenden 3 Aufrufe der Partei und der Gewerschaftskommission.

---

1) La guerre sociale, 28. VII. 1914: Art. „La manifestation à faire".

2) La Bataille syndicaliste, 27. VII. 1914.

3) Ebenda 30. VII. 1914. 4) Ebenda 27. und 30. VII. 1914.

5) L'Humanité, 27. VII.—1. VIII. 1914; La Bataille syndicaliste, 28. VII.—3. VIII. 1914.

Nr. 99.

Manifeste[1]).

Citoyens, L'anarchie fondamentale du système social, les compétitions des groupes socialistes, les convoitises coloniales, les intrigues et les violences de l'impérialisme, la politique de rapine des uns, la politique d'orgueil et de prestige des autres, ont crée depuis dix ans, dans toute l'Europe, une tension permanente, un risque constant et croissant de guerre.

Le péril a été subitement accru par la démarche aggressive de la diplomatie austro-hongroise. Quels que puissent être les griefs de l'Etat austro-hongrois contre la Serbie, quels qu'aient pu être les excès du nationalisme panserbe, l'Autriche comme l'ont dit bien haut nos camarades autrichiens, pouvait obtenir les garanties nécessaires sans recourir à une note comminatoire et brutale qui a fait surgir soudain la menace de la plus révoltante et de la plus effroyable des guerres.

Contre la politique de violence, contre les méthodes de brutalité qui peuvent à tout instant déchaîner sur l'Europe une catastrophe sans précédent, les prolétariats de tous les pays se lèvent et protestent. Ils signifient leur horreur de la guerre et leur volonté de la prévenir. Les socialistes, les travailleurs de France font appel au pays tout entier pour qu'il contribue de toutes ses forces au maintien de la paix. Il savent que le gouvernement français dans la crise présente a le souci très net et très sincère d'écarter ou d'attenuer les risques du conflit. Ce qu'ils lui demandent, c'ést de s'employer à faire prévaloir une procédure de conciliation et de médiation rendus plus facile par l'empressement de la Serbie à accorder une grande partie des demandes de l'Autriche. Ce qu'ils lui demandent, c'est d'agir sur son alliée, la Russie, afin qu'elle ne soit pas entraînée à chercher dans la défense des intérêts slaves un prétexte à opérations aggressives. Leur effort correspond ainsi à celui des socialistes allemands demandant à l'Allemagne d'exercer auprès de l'Autriche son alliée une action modératrice.

C'est cette forte, c'est cette impérieuse volonté de paix que vous affirmerez, citoyens, dans les réunions que nous vous invitons à multiplier. C'est pour affirmer avec plus de vigueur et d'ensemble la commune volonté de paix du prolétariat européen, c'est pour concerter une vigoureuse action que l'Internationale se réunit demain à Bruxelles. En elle et avec elle, nous luttons, de toute notre énergie contre l'abominable crime dont le monde est menacé. La seule possibilité de ce crime est la condamnation et la honte de tout un régime.

A bas la guerre! Vive la république sociale! Vive la socialisme international!

Bauhard, Brœmer, Bracke, Camélinat, Compère-Morel, Dormoy, Dubreuilh, Ducos de la Haille, Gérard, Grandvallet, Groussier, Guesde, Héliès, Hervé, Jaurès, Maillet, Pédron, Poisson, Renaudel, Roland, Roldes, Sembat, Vaillant, Uhry.

* * *

1) L'Humanité, 28. VII. 1914.

Nr. 100.

Fédération de la Seine. — Conseil féderal[1]).

Le Conseil fédéral décide, en vue de garantir la paix, d'engager tous ses groupes et ses sections à organiser, chacun dans leur ressort, des réunions et des meetings et de préparer, s'il y a lieu, les actions décidées par le Bureau Socialiste International et destinées à garantir définitivement la paix européenne.

La fédération de la Seine.

Tous les bureaux et commissions exécutives des sections et groupes sont invités à se réunir d'urgence ce soir, dans leur locaux respectifs, pour prendre connaissance des décisions du Conseil fédéral, qui leur seront communiquées par les délégués du Conseil fédéral.

* * *

Nr. 101.

Confédération Générale du Travail[2]).

Union des Syndicats de la Seine.

Aux Travailleurs.

Comme les éléments déchainés, les événements se précipitent, laissant entrevoir la possibilité d'une guerre ....

Laisserons nous le crime abominable se commettre, sans avoir fait entendre notre protestation et sans avoir tout fait pour l'empêcher? Déjà les organisations centrales ont invité les syndicats à l'observation des décisions des congrès confédéraux.

Nous commenterons ces décisions et envisagerons leur application dans un

Grand Meeting

qui aura lieu le Mercredi 29 Juillet a 8 h. et demie du soir dans les 2 Salles Wagram Avenue de Wagram.

Orateurs:

Jouhaux, Dumoulin, Yvetot (C. G. T.);
Chauvin (Fédération du Bâtiment);
Merrheim (Fédération des Métaux);
Lefèvre (Fédération de la Bijouterie);
Bled, Minot, Caubiez (Union des Syndicats de la Seine).

Am selben Tage brachte das Organ GUSTAVE HERVÉS folgende zwei Artikel[3]):

1) L'Humanité, 28. VII. 1914.
2) La Bataille syndicaliste. 28. VII. 1914.
3) La guerre sociale, 28. VII. 1914.

Nr. 102.

Au bord de l'abîme.

Hélas! notre beau rêve de grêve générale internationale contre la guerre, où est-il? Oui, nous avions rêvé de soulever les peuples contre les gouvernements pour les obliger à règler leurs conflits, tous leurs conflits, par l'arbitrage international; nous avions rêvé, par la menace d'une insurrection générale contre la guerre, de préserver l'humanité et la civilisation de l'horreur, au 20e siècle, d'une conflagration générale! Nous avions rêvé d'appeller tous les malheureux, tous les opprimés, le jour òu on leur demanderait leur peau pour la défense des patries de privilège, à se battre, dans tous les pays, contre leurs maîtres pour fonder enfin la patrie internationale de justice et de beauté; nos ailes se sont brisées au choc des dures réalités, et nous voilà retombés sur le sol, chacun sur notre sol natal, avec la seule préoccupation pour le moment de le défendre comme firent nos aïeux, contre les brutalités de l'invasion.

Pour le malheur de l'humanité notre pauvre Internationale socialiste n'est pas encore capable de poignarder la guerre!

Oui, l'aigle un soir planait aux voutes éternelles,
Lorsqu'un grand coup de vent lui cassa les deux ailes.

C'est donc peut-être la guerre demain, la guerre avec son cortège d'horreurs, de souffrances, de saletés.

Et quelle guerre!

La guerre pour défendre un petit peuple brutalisé par un gros? Ce serait trop beau. Il y a longtemps que l'Europe est une vraie forêt de Bondy et il n'est pas une grande nation qui n'ait les mains pleines de sang.

Non pas la guerre pour défendre le petit peuple serbe, mais la guerre pour sauver le prestige de notre allié, le tzar.

L'honneur de notre allie! L'honneur du gouvernement russe! A ces seuls mots, Rabelais, Voltaire et Hugo doivent éclater de rire au fond de leur tombeau. Son honneur ne souffre pas qu'on touche aux Serbes! Honneur à l'éclipse. Il n'était pas si chatouilleux sur le chapitre de l'honneur, l'allié, lorsqu'il étranglait la Finlande, lorsqu'il mettait un bâillon à la Pologne, lorsqu'il lâchait ses bandes noires sur les Juifs de Kiew et d'Odessa!

Se battre pour sauver le prestige du tzar! Noble stimulant pour le peuple dont les ancêtres firent la grande Révolution! Quelle joie de mourir pour une si noble cause!

C'est donc cela l'alliance russe!

On nous avait conté, à nous, le peuple souverain — car nous sommes, paraît-il, souverains — le jour où l'on mit la signature de la France au bas du traité d'alliance franco-russe, qu'il s'agissait d'un traité d'alliance purement défensif.

Nous avions tous compris que si la Russie était attaquée directement, nous étions tenus — à charge de revanche — d'accourir à son secours.

Mais on ne nous avait pas dit qu'il nous faudrait marcher aussi, si un protégé de la Russie était attaqué; on ne nous avait pas dit que nous

devrions mobiliser s'il plaisait au tzar, pour sauver son prestige, d'attaquer 'Autriche!

On a raison de crier à l'Allemagne d'arrêter le bras de l'Autriche, dont l'aggréssion crapuleuse contre la Serbie sera la honte du vieux François-Joseph.

Mais ce n'est pas seulement à Berlin et à Vienne qu'il faut parler haut et ferme, c'est à Saint-Petersbourg surtout.

C'est là qu'il faut que nous, l'allié, nous disions bien haut, que nous sommes prêts à tenir nos engagements, mais que nous n'irons pas au delà de ce que nous avons promis et que nous n'avons jamais promis, jamais, de suivre la Russie dans les guerres d'aggression qu'il lui plaira d'entreprendre pour la sauvegarde de son prestige.

Plutôt la rupture de notre alliance défensive avec la Russie que la honte de la suivre dans une guerre offensive contre l'Autriche!

Et pendant que la France entière vit dans l'angoisse, pendant que chacun de nous se demande si demain les êtres qui lui sont les plus chers ne vont pas aller crever sur un champ de bataille pour sauver le prestige du tzar, pendant que tout ce qu'il y a en France de gens civilisés s'apprête à porter le deuil de la civilisation, notre président de Vaudeville harangue les poissons de la Baltique.

Gustave Hervé.

* * *

Nr. 103.

La vérité sur l'attitude de l'Allemagne.

Que d'insanités, que d'injustices, que d'erreurs dans toute la presse française sur l'attitude de l'Allemagne et de son ambassadeur M. Schœn!

L'Allemagne belliqueuse, menaçante! Allons donc! En réalité, l'Allemagne est aussi embarassée de son allié que nous du nôtre.

Les démarches de l'ambassadeur d'Allemagne à Paris ont tout juste le sens opposé à celui que lui attribue Clémenceau dont la germanophobie, ces jours derniers, confine à la démence. — L'ambassadeur d'Allemagne est venu dire à celui qui remplissait, en France, à la fois les fonctions de président de la République, de président du Conseil et de ministre des affaires etrangères, à ce pauvre Bienvenu-Martin: »Je vous en supplie! Empêchez votre allié de faire de l'irréparable, pendant que nous, nous allons essayer de calmer le nôtre!«

Cela ne veut pas dire que la guerre n'éclatera pas. — Cela ne veut pas dire que si l'Autriche s'entête dans son attitude de bandit, l'Allemagne ne la soutiendra pas, par point d'honneur, liée qu'elle est par un traité, si l'Autriche est attaquée par la Russie, comme la France est capable de soutenir la Russie jusqu'au crime, si elle s'entête à mobiliser contre l'Autriche en faveur des Serbes.

Cela veut dire seulement que l'Allemagne n'est pas — jusqu'à preuve du contraire — le complice qui fait le guêt pendant que l'Autriche assassine

un voisin plus faible, mais la victime d'une alliance qui finira par lui peser autant qu'à nous l'alliance russe. — Cela veut dire surtout que si nous échappons cette fois à la catastrophe, la France et l'Allemagne, si elles sont sages, feraient bien, à la prochaine occasion, de lâcher l'une l'alliance russe et l'autre l'alliance autrichienne, pour réaliser cette entente cordiale franco-allemande, qui l'Angleterre et l'Italie aidant, serait le meilleur rempart de la paix européenne et de la civilisation.

Am 28. VII. 1914[1]) fand — unter PIERRE RENAUDELS Vorsitz — eine Konferenz der Parlamentsfraktion der Partei statt, an der 51 Deputierte teilnahmen, während die übrigen nicht mehr rechtzeitig die Einladung hatten erhalten können. Nach Erörterung der Lage beschloß die Fraktion:

Nr. 104.

que son bureau se mettra en rapport avec le gouvernement pour lui faire connaître la volonté de paix du pays et lui demander quelles sont ses intentions au sujet de la convocation des chambres.

In die Abordnung an den Ministerpräsidenten ad interim BIENVENU-MARTIN (VIVIANI weilte mit dem Präsidenten der Republik noch außer Landes) wurden gewählt: VAILLANT, GUESDE, JAURÈS, SEMBAT, GROUSSIER, DELORY, HUBERT-ROUGER; und als Ersatzmänner: ALBERT THOMAS, RENAUDEL, COMPÈRE-MOREL, MARCHEL CACHIN, BRACKE, A. BEDOUCE, P. CONSTANS.

Zugleich wurde die Veröffentlichung beschlossen der nachstehenden:

Nr. 105.

Déclaration du Groupe socialiste au Parlament[2]).

Le groupe socialiste au Parlement a examiné ce matin la situation internationale. Il donne sa pleine et unanime adhésion au manifeste publié au nom du Parti par la commission administrative permanente[3]).

Des dépêches, qui annonçaient l'invasion du territoire serbe par l'Autriche et qui marqueraient un progrès nouveau de la crise, l'ont amené à étudier les conséquences possibles de cet évènement. Il estime qu'une intervention armée de la Russie ne ferait qu'étendre le péril et aggraver le mal

---

1) L'Humanite, 29. VII. 1914.
2) L'Humanité, 29. VII. 1914.
3) Vgl. oben Nr. 99.

sans apporter la moindre garantie positive et durable à la malheureuse Serbie, qui serait en fait menacée de toutes parts dans son indépendance.

Il est convaincu que cette intervention ferait le jeu du germanisme impérialiste le plus agressif, qui semble avoir choisi son heure pour une entreprise de violence sans précédent et qui verra un jour se retourner contre lui l'abus qu'il fait de la force brutale.

Il pense que tout l'effort de la France et de l'Europe doit se concentrer maintenant sur le succès de la médiation proposée par l'Angleterre et que toute action armée de la Russie contrarierait ce sage et généreux dessein. Il ajoute que la France qui, depuis plus de quarante ans, a subordonné aux intérêts suprêmes de la paix sa revendication sur l'Alsace-Lorraine ne peut pas se laisser entraîner à un conflit dont la Serbie serait l'enjeu.

Il proclame bien haut que la France seule peut disposer de la France, qu'en aucun cas elle ne peut être jetée dans un formidable conflit par l'interprétation plus ou moins arbitraire de traités secrets et d'engagemens occultes et qu'elle doit garder toute sa liberté d'action pour exercer en Europe une influence pacificatrice.

Il charge son bureau de se mettre en rapport avec le gouvernement, de lui transmettre la ferme volonté de paix dont est animé le pays et de lui mander quelles sont ses intentione au sujet de la convocation des Chambres.

Albert Poulain, Albert Thomas, Aldy, Aubriot, Auriol, Barabant, Barthe, Basly, Bedouce, Bernard, Betoulle, A. Blanc, Bon, Bouisson, Bouveri, Bracke, Bras, Brenier, Bretin, Briquet, Brizon, Brunet, Buisset, Cabrol, Cachin, Cadenat, Cadot, Camelle, Claussat, Compère-Morel, Constans, Deguise, Dejeante, Delory, Doizy, Dubled, Dumoulin, Durre, Emile Dumas, Fourment, Ghesquière, Giray, Goniaux, Goude, Groussier, Guesde, Hubert Rouger, Inghels, Jaurès, Jobert, Lafont, Lamendin, La Porte (De), Lauche, Laurent, Lebey, Lecointe, Lefebure, Levasseur, Lissac, Lacquin, Longuet, Manus, Mauget, Mayéras, Mélin, Mistral, Morin, Nadi, Navarre, Nectoux, Parvy, Philbois, Poncet, Pouzet, Pressemane, Ellen Prévot, Raffin-Dugens, Ragheboom, Reboul, Renaudel, Ringuier, Roblin, Rognon, Rozier, Sabin, Salembier, Sembat, Sixte-Quenin, Sorriaux, Thivrier, Vaillant, Valette, Valière, Varenne, Veber, Vigne, Voilin, Voillot, Walter.

Ebenfalls am 28. VII. 1914 traten die Conseils syndicaux de l'Union des syndicats de la Seine zusammen und stimmten den Beschlüssen des Comité confédéral zu, wie sie niedergelegt erscheinen im nachfolgenden Aufruf[1]).

1) La Bataille syndicaliste, 29. VII. 1914.

Nr. 106.

Confédération Générale du Travail.

A la population! Aux travailleurs français!

Dans la grave situation présente, la C. G. T. rappelle à tous qu'elle reste irréductiblement opposée à toute guerre.

Que le devoir des travailleurs organisés est de se montrer à la hauteur des circonstances en évitant, par une action collective, consciente, harmonisée à travers tout le pays, internationalement et par dessus les frontières, le plus grave péril mondial de se réaliser.

La C. G. T. déclare que la guerre européenne peut, doit être évitée, si la protestation ouvrière, jointe à celle de tous les partisans de la Paix, est assez formidable, pour faire taire les clameurs guerrières.

Paris ouvrier, populaire, a déjà manifesté des sentiments pacifistes; que la province, que tous les centres ouvriers se joignent à lui.

L'heure est tragique, et nul n'a le droit de rester indifférent.

L'action du prolétariat doit venir renforcer celle de tous les hommes qui, comprenant le péril couru par l'humanité tout entière, veulent mettre leurs forces et leurs consciences au service de la civilisation contre la barbarie.

L'Autriche porte une lourde responsabilité devant l'histoire, mais la responsabilité des autres nations européennes ne serait pas moins lourde si elles ne s'employaient pas, activement, loyalement, pour que le conflit ne s'etende pas.

Dans cette action, les gouvernements de ces pays ont le peuple français avec eux, si comme on le dit, ils travaillent sincèrement pour la Paix.

C'est une force qui mieux que tous les traités secrets doit leur assurer le succès definitif.

La C. G. T. croit fermement que la volonté populaire peut empêcher le cataclysme effroyable que serait une guerre européenne.

Aussi rappellant la déclaration de l'Internationale: »Tous les peuples sont frères« et les déclarations de ses congrès nationaux: »Toute guerre n'est qu'un attentat contre la classe ouvrière, qu'elle est un moyen sanglant et terrible de diversion à ses révendications«, elle réclame de toutes les organisations ouvrières une attitude ferme, dictée qar le souci de conserver les droits acquis par le travail dans la paix.

La guerre n'est en aucune façon une solution aux problèmes posés, elle est et reste la plus effroyable des calamités humaines.

Faisons tout pour l'éviter. Que partout, dans les villes industrielles, comme dans les communes agricoles, sans aucun mot d'ordre, la protestation populaire s'élargisse, se fortifiant, s'intensifiant au fur et à mesure que les dangers deviendront plus pressants.

A bas la guerre! Vive la paix.

Le Comité confédéral.

Das für den 29. VII. von der C. G. T. organisierte Meeting wurde im letzten Augenblick von der Regierung untersagt, mit der Begründung daß: «*il na pas paru possible au gouvernement,* «*dans les circonstances actuelles, de tolérer une réunion où, si on* «*s'en réfère a la convocation, les orateurs devaient traiter des* «*moyens d'entraver la mobilisation* [1])»

Die Antwort auf die Maßregel war der nachfolgende Protest [2]):

Nr. 107.

A la dernière minute, alorsque nous pouvions compter sur une liberté complète de réunion, nous apprenons, que le gouvernement interdit nos meetings qui devaient se tenir salles Wagram.

Que craint-il? A-t-il peur de nos démonstrations pacifistes?

Cependant, ses déclarations d'adhésion à la proposition louable de médiation formulée par l'Angleterre nous autorisaient à croire qu'il serait tolérée notre manifestation, qui ne pouvait que renforcer la cause de la paix.

Ce soir le peuple ouvrier aurait clamé son opposition à toute guerre, affirmé son inébranlable attachement à la cause de l'humanité.

Il aurait déclaré qu'à cette heure grave, toute préoccupation autre que celle d'éviter la plus formidable des conflagrations guerrières, devait être écartée. — Qu'en face du péril, les partisans de la paix avaient le devoir de faire taire leurs dissentiments, pour opposer un bloc plus compact au danger guerrier.

Il aurait adressé aux travailleurs de tous les pays en général, et en particulier à ceux de l'Allemagne, d'Angleterre, d'Italie, d'Autriche-Hongrie, de Russie, de Serbie, un appel fraternel, pour que toutes les forces prolétariennes s'unissent par dessus les frontières pour peser d'un même poids sur la décision des gouvernements responsables.

Il aurait indiqué que le devoir des grandes puissances européennes est de s'opposer, par la médiation, à l'extension du conflit austro-serbe, et, en dernier ressort, de la localiser pour éviter un plus grand carnage.

Il aurait affirmé tout cela, en conformité de vues et de pensées avec le prolétariat international.

Le gouvernement ne l'a pas voulu, c'est une raison de plus pour que nous redoublions de vigilance.

Les chances suprêmes de paix internationale sont entre les mains de la classe ouvrière. — Nous avons confiance que toutes les organisations confédérées sauront êtrê à la hauteur de la situation. — Que dans tout le pays, la protestation antiguerrière s'intensifie, que les clameurs en faveur de la paix se fassent plus véhementes, là est le salut. — Pas de panique, de l'énergie et du sangfroid!

La C. G. T. et l'Union des Syndicats de la Seine.

---

1) L'Humanité, 30. VII. 1914.

2) La Bataille syndicaliste, 30. VII. 1914.

Am 30. VII. fand eine Sitzung der Parlamentsfraktion statt [1]), in der nach einem Bericht von VAILLANT, JAURÈS, SEMBAT und LONGUET über die Sitzung der B. S. I. in Brüssel [2]) folgender Beschluß gefaßt wurde:

Nr. 108.

Le groupe décide — d'accord avec le secrétaire de la Fédération de la Seine — l'organisation d'une grande réunion des adhérents au parti dans la Seine, où sera exposée la situation internationale et l'action que le B. S. I. attend de la Section française et des autres sections nationales. Il décide également, en accord avec la C. A. P., l'organisation, en faveur de la Paix, d'une grande manifestation qui précedera les travaux du Congrès international. Cette manifestation aura lieu au Prè-Saint-Gervais.

Am Tage darauf erschienen die folgenden Aufrufe:

Nr. 109.

Confédération Générale du Travail [3]).
Union des syndicats de la Seine.
Manifeste à la classe ouvrière, aux Travailleurs.
Vigilance de Tous les instants.

Malgré les menaces de voir le conflit austro-serbe emporter dans son tourbillon fratricide les peuples de la triple-entente et de la triple-alliance, la Paix reste possible. Elle doit triompher! — La volonté froide, résolue, de tous ceux qui se dressent contre cette eventualité criminelle doit être la plus forte. — Dans ces moments d'angoisse, au cours desquels se jouent la vie de millions d'êtres humains, la voix de la raison doit avoir le dernier mot. — Nul ne peut penser sans un frisson d'épouvante aux conséquences effroyables que serait un choc armé entre les nations européennes.

Dans ces circonstances, critiques, mais non désespérées la classe ouvrière de tous les pays joue ses destinées. Son avenir risque de sombrer. — En face de ce péril, l'union de toutes les forces pacificistes est indispensable.

Les violences de la police ne parviendront pas a étouffer la liberté de parole. — À l'arbitraire, d'où qu'il vienne, la classe ouvrière doit y faire face. — La C. G. T., l'Union des Syndicats de la Seine, tout en protestant énergiquement contre les brutalités policières de mercredi dernier, pensent que l'interdiction du meeting de la salle Wagram ne peut être qu'une mesure

1) L'Humanité, 31. VII. 1914.
2) Vgl. oben S. 405 ff.
3) La Bataille syndicaliste, 31. VII. 1914.

d'affollement sans lendemain. — Le droit de manifestation en faveur de la Paix doit être inviolable.

Aussi, la C. G. T. et l'Union des Syndicats de la Seine se préoccupent-elles, dès maintenant, d'organiser une manifestation d'une importance et d'un retentissement plus considérables. — D'autre part, les Unions de Syndicats des grands centres: Lyon, Marseille, Toulouse, Bordeaux, Limoges, Nantes, Rennes, Le Havre, Rouen, Bourges, Amiens, Lille etc., etc. organisent de leur côté de grandes manifestations publiques identiques à celles de Paris. — D'un bout à l'autre du pays, la voix ouvrière doit s'élever, créant une même atmosphère de protestation contre la guerre.

La date de ces demonstrations sera décidée par le Comité confédéral, les deux sections réunies, qui aura lieu ce soir, vendredi, à 9 heures, 33, rue de la Grange-aux Belles.

Nous répétons à toutes les organisations que la période présente recommande le plus grand sang-froid. — Pas de décision précipitée, pas de panique, une vigilance de tous les instants, là est le salut.

Les bureaux de C. G. T. et de l'Union des Syndicats de la Seine.

* * *

Nr. 110.

Déclaration de la Fédération Nationale des J(eunesses) S(ocialistes) [1].

A cette heure grave, l'action des J. S. se fonde dans l'action unanime et concertée de la Section française de l'Internationale ouvrière. Les J. S., comme leurs aînés et, à côté d'eux, participeront à l'effort simultané du prolétariat européen pour la sauvegarde de la paix. — Sans nervosité et dans la plénitude de leur sang froid, ils accompliront le devoir que toute l'Internationale se sera tracé.

En conséquence, le Comité national invite les Jeunesses à seconder toutes les manifestations en faveur de la paix, que ces manifestations soient organisées par le Parti socialiste et ses sections, ou qu'elles soient organisées par la C. G. T. et les Unions des Syndicats, organismes centraux.

* * *

Nr. 111.

Déclaration de la F(édération) N(ationale) de l'Industrie T(extile) [2].

La Commission administrative de la F. N. T., réunie extraordinairement le 29 Juillet, émue du conflit austro-serbe ayant déchaîné la guerre, con-

1) L'Humanité, 31. VII. 1914.

2) Ebenda.

state une fois de plus quelle est la conséquence du régime économique et politique actuel.

Considérant que le monceau de cadavres qu'a fait la guerre des Balkans laissant encore échapper la vapeur du sang, les grandes puissances devraient réfléchir eux horreurs terribles d'une nouvelle guerre et utiliser tous les moyens efficaces auprès des pays en conflit pour obtenir que la paix soit conclue le plus rapidement possible et, en cas d'impossibilité de localiser le conflit, afin d'éviter une conflagration européenne qui, si elle devait éclater, pourrait livrer l'humanité à la plus horrible boucherie et produirait dans tous les pays un désastre non seulement de la vie commerciale et industrielle, mais la destruction de la vie de famille et de la civilisation.

Considérant que les guerres constitutent les plus horribles fléaux que peuvent rédouter les nations civilisées et plus particulièrement la classe ouvrière, que, vainqueur ou vaincu, c'est toujours la classe ouvrière qui supporte la majeure partie des frais en or et en sang.

Déclare: Comme l'a fait le VIIIe Congrès international des Travailleurs du textile qui s'est tenu à Amsterdam en 1911, que les intérêts des Travailleurs de tous les pays sont identiques et que les guerres entre nations ne peuvent en aucune façon leur venir en aide dans leur lutte contre l'oppression de la classe capitaliste, que toute guerre est un crime de lèse-humanité, et qu'en conséquence il y a une nécessité pour les Travailleurs de tous les pays de manifester leur volonté impérieuse de paix internationale et d'appuyer tous les mouvements pour la prompte solution des conflits internationaux par l'arbitrage.

Considérant qu'une conflagration européenne peut entraîner 20 millions d'hommes sous les armes et mettre en œuvre les plus terribles engins de meurtre ce qui coûterait 300 à 400 millions par jour estime que les gouvernements commettraient le crime le plus honteux s'ils ne prenaient pas toutes les mesures pour l'éviter.

Décide: Qu'il est du devoir des Travailleurs organisés à imposer leur volonté de paix en s'associant aux protestations de l'Internationale ouvrière tendant à éviter une guerre fratricide qui serait pour eux la ruine et le désastre, les invite à organiser réunions et conférences dans le plus bref délai possible. A bas la guerre! Vive la Paix!

Pour la Fédération Nationale Textile:
La Commission.

* * *

Nr. 112.

Protestation du groupe des femmes socialistes[1]).

Aux femmes! Camarades, la guerre, l'horrible guerre est à nos portes et demain, peut-être, vos fils, vos frères et vos maris seront aux prises avec leurs camarades d'au delà des frontières!

1) Ebenda.

Laisserez-vous s'accomplir ce monstrueux massacre? Non. Certes, vous vous dresserez en masse comme une barrière vivante contre la barbarie menaçante et meurtrière.

Unissez-vous au prolétariat socialiste du monde entier, qui se lève contre la guerre et venez au meeting organisé par le groupe des femmes socialistes, avec le concours des orateurs du Parti, le lundi 3 Août, à neuf heures du soir, Maison commune, 59, rue de Bretagne.

La secrétaire du Groupe: Saumoneau.

Über die angekündigte und tatsächlich am 31. VII. stattgefundene Zusammentretung wurde die folgende Mitteilung ausgegeben [1]).

Nr. 113.

Le Comité conféderal réuni le vendredi 31 Juillet, décide, en présence de la situation internationale, d'organiser, d'accord avec le Parti socialiste, une grande manifestation internationale contre la guerre, le 9 août; nomme une commission chargée de s'entendre avec celle du Parti socialiste; donne mission à cette commission de précipiter la manifestation, si les événements internationaux la nécessitent.

Pour le Comité conféderal Le Bureau:
L. Jouhaux, Yvetot, Dumoulin, Marck, Calveyrac.

Am Nachmittag des 31. VII. 1914 wurde JAURÈS von RAOUL VILAIN ermordert. Am Abend des darauffolgenden Tages erfolgte die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und an demselben Abend ordnete die französische Regierung die allgemeine Mobilisation an, wobei sie jedoch in ihrer Proklamation ausdrücklich erklärte: „*La mobilisation n'est pas la guerre. Dans les circonstances présentes, elle apparaît, au contraire, comme le meilleur moyen d'assurer la paix et l'honneur*" [2]).

Tags darauf erschien der nachfolgende Aufruf:

1) La Bataille syndicaliste, 1. VIII. 1914.
2) L'Humanité, 2. VIII. 1914.

Nr. 114.

La C. G. T. aux Prolétaires de France[1]).

Une heure grave vient de sonner!

Les forces mauvaises sont sur le point de triompher. Une lueur d'espoir perce encore, mais si faible qu'il faut envisager les pires eventualités.

Cependant qu'entraînés vers le gouffre, nous voulons conserver l'espoir d'une paix possible. — Jusqu'à cette heure, le Comité Confédéral est resté à son poste de combat, luttant pour la cause de la Paix. — Hier encore, il adressait à l'Internationale ouvrière un suprême appel. — Si ses efforts ne paraissent pas avoir donné ce que nous étions en droit d'attendre, ce que la classe ouvrière espérait, c'est que les événements nous ont submergé. C'est aussi, nous devons le dire à ce moment suprême, que le prolétariat n'a pas assez unanimement compris tout ce qu'il fallait d'efforts continus pour préserver l'Humanité des horreurs de la guerre.

Femmes, qui pleurez en ce moment, nous avons tout fait pour vous épargner cette douleur. Mais, hélas! nous ne pouvons aujourd'hui que déplorer le fait accompli.

Pouvions nous demander aux camarades un sacrifice plus grand?

Quoiqu'il nous en coûte, nous répondons: non!

Ce que nous réclamons de tous, c'est un inébranlable attachement au syndicalisme qui doit traverser et survivre la crise qui s'ouvre. — Aussi fermement qu'hier nous devons conserver l'intégralité de nos idées et la foi dans leur triomphe définitif.

L'Internationale ouvrière restera toujours le but de nos efforts. — Convergence de nos espoirs, nous ne voulons pas qu'elle soit anéantie dans la tourmente. — Car nous savons qu'un jour viendra, quand les Peuples lui auront fait plus de confiance et auront assuré sa force, où elle constituera l'unique sauvegarde de la Paix et de la Civilisation.

La Conféderation Générale du Travail.

Die von der Partei als Auftakt zu den Arbeiten des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Aussicht genommene Manifestationsversammlung[2]) fand bereits am Nachmittag des 2. VIII. 1914 in der Salle Wagram statt: offenbar einerseits infolge der sich überstürzenden Ereignisse und des Todes von JAURÉS wie mit Rücksicht darauf, daß sich inzwischen der Zusammentritt des Kongresses als unmöglich herausgestellt hatte und bereits am

---

1) La Bataille syndicaliste, 2. VIII. 1914.

2) Vgl. oben Nr. 108.

1. VIII. aufgegeben wurde. Jedenfalls erging bereits am 1. VIII. folgende Aufforderung:

Nr. 115[1]).

Les membres du Parti sont informés qu'une grande assemblée générale des adhérents aura lieu demain Dimanche 2 Août a 2 h. et demies de l'après midi à la Salle Wagram, 39 bis, avenue de Wagram.

Cette réunion a pour but d'entendre le compte-rendu de la délégation au B. S. J. Seuls les membres du Parti sur présentation de leur carte auront accès dans la salle.

Les membres de la Commission exécutive et de la Commission de contrôle sont très instamment priés de se trouver dès 2 h. précises.

Le secrétaire: Beuchard.

Über diese Versammlung, der die Abgeordneten DUBREUILH, CAMÉLINAT und HUBERT ROUGER präsidierten, brachte die Humanité folgenden Bericht:

Nr. 116[2]).

Dubreuilh se lève alors et d'une voix émue remercie les militants d'avoir répondu à l'appel de la C. A. P.

«Notre devoir, nous l'avons fait hier entier, en plein accord, avec l'In-«ternationale. De tout notre pouvoir, nous avons, par nos sections, par nos «fédérations, par notre groupe parlementaire, travaillé au maintien de la «paix. Nous y avons travaillé tous et, plus que nous tous, le grand homme «que nous pleurons en ce moment, notre camarade Jaurès, tombé en martyr «de la cause de la paix sous les coups d'un assassin. Fidèles aux engage-«ments qui furent toujours les nôtres, notre devoir est donc de protéger «l'indépendance et l'intégrité de notre France républicaine et pacifique si «elle est attaquée.»

«Mais nous n'oublierons pas d'autre part que nous sommes les membres «de l'Internationale ouvrière et socialiste. C'est une guerre de défense à «laquelle un sinistre destin nous accule. Nous la ferons, mais avec l'unique «objectif de garantir le droit à la vie de notre patrie française, sans pensée «de revanche et avec le ferme propos de respecter la patrie d'autrui. — «Restons donc debout, camarades, en ces heures sombres. Maintenons nos «organisations et serrons-nous pour l'œuvre d'aujourd'hui comme pour celle «de demain autour de notre parti.»

---

1) L'Humanité, 1. VIII. 1914.
2) L'Humanité, 3. VIII. 1914.

Vaillant à la tribune.

*D'une voix que l'émotion étrangle, c'est également par l'évocation de Jaurès, de sa vie, de sa mort et de son exemple, que le citoyen **Vaillant**, accueilli par une indescriptible ovation, commence son discours. Dans un admirable parallèle le glorieux témoin de la guerre et de l'insurrection d'il y a quarante-trois ans, montre que les horreurs de la guerre de 1870 et l'ampleur du crime commis alors contre la civilisation, sont formidablement dépassées par l'état d'immense barbarie où nous entrons aujourd'hui. Alors les masses d'hommes en présence et en lutte, se comptaient par centaines de mille, elles se comptent aujourd'hui par millions. «Et il y a encore,» continue Vaillant, «une autre différence immense. Alors, en 1870, malgré un «premier développement d'organisation le parti révolutionnaire n'a pas été «capable de s'opposer avec efficacité aux événements et tout au moins de «diminuer l'étendue du désastre. Aujourd'hui le parti socialiste, français «et international, est capable, et il l'a puissamment montré dans la semaine «qui vient de s'écouler, d'un effort vigoureux en faveur du maintien de la «paix. Il fera tout pour elle, profitera de toutes les chances. Mais si la «paix est impossible, l'organisation socialiste devra quand même poursuivre «son action, se maintenir et grandir pour accomplir, à chaque occasion «possible, sa mission de paix. Les socialistes rempliront à la fois leur devoir «patriotique et le devoir socialiste: en présence de l'agression, ils accompliront tout leur devoir, pour la patrie, pour la République et pour la «Révolution.»*

Discours de Longuet.

*Jean **Longuet** succède à **Vaillant**. Il ne peut faire l'exposé complet, qu'il avait projeté du travail accompli à Bruxelles par le Bureau socialiste international. Mais il tient à dire combien a été parfaite l'unanimité entre les délégués de toutes nations pour travailler d'un plein accord au maintien à tout prix de la paix. «**Adler** a montré que les socialistes «autrichiens avaient fait tout ce qui leur était humainement possible en ce «sens sous un régime d'autocratie dont les premières mesures étaient dirigées «contre les socialistes autant que contre les Serbes. **Haase** a montré l'élan «massif du prolétariat allemand, les manifestations de 80 à 100 mille «hommes, la réprobation complète de l'opinion allemande presque entière «pour une guerre qui serait dirigée contre la France, réprobation que la «duplicité gouvernementale a tenté d'éviter d'ailleurs, en évoquant la terreur «cosaque et en essayant de tromper jusqu'au bout l'opinion publique par la «déclaration de guerre à la Russie. — Il y a dans l'attitude des socialistes «allemands et dans celle de l'opinion allemande vis-à-vis de la France, un «immense espoir de réconciliation. Les socialistes français feront jusqu'au «bout leurs efforts pour le maintien ou le rétablissement de la paix. Mais, «si la France est envahie, comment ne seraient-ils pas les premiers à défendre «la France de la Révolution et de la démocratie, la France de l'Encyclo-*

«pédie, de 1793, de juin 1848, la France de Pressensé, la France de Jaurès?
«Ils savent, qu'en agissant ainsi, ce n'est pas contre le peuple allemand qu'ils
«portent les armes, et ils reprendront la devise des volontaires de 93: ‚Paix
«aux peuples! Guerre aux rois!'»

Discours de Cachin.

Cachin a été compagnon de Jaurès dans ses démarches ultimes auprès des ministres. Il veut rapporter les suprêmes paroles d'avertissement, passionné et clairvoyant, donné par le grand homme disparu aux ministres trop mous de la République. En termes qui déchaînent un tumulte d'enthousiasme, il montre Jaurès signalant aux ministres l'abîme ouvert où les a entraînés, et depuis peu avec plus de force que jamais, la plus aveugle politique européenne. «Il faut accomplir maintenant, comme l'a «proclamé Jaurès, tout notre devoir envers la patrie, mais comme des «hommes conscients et libres, amis des hommes de l'univers tout entier. «Nous promettons,» conclut solennellement Cachin, «de faire à la fois «tous nos devoirs de Français et des socialistes fidèles à l'Internationale.»

Discours de Compère-Morel.

Compère-Morel fait appel au prolétariat de tous les pays. «Comme l'a dit Vaillant, un examen de conscience est nécessaire. Ce qui se passe actuellement en Europe est criminel, et bien des crimes ont été commis. Mais la plus profonde cause du crime est dans l'inconscience insensée des prolétaires qui n'ont pas compris encore que le socialisme seul pouvait établir la paix sur la terre et qui vont payer leur faute de leur sang et de l'épouvantable malheur des leurs. Il faut lutter plus que jamais pour le socialisme, toujours pour le socialisme.»

Discours de Marcel Sembat.

Sembat à son tour, prend la parole en ces termes:

«Si nous sommes ici c'est que Jaurès l'a voulu. Il s'est levé au «groupe socialiste du Parlement pour réclamer la réunion plénière de tous «les socialistes de Paris, afin de vous expliquer ce qui s'était passé au «Bureau socialiste international.

«Il vous aimait tant! Il avait si grande confiance en vous! — Et ils «l'ont tué! Et il nous défend de le venger! Comme ils savaient bien qu'en «le tuant ils tuaient en chacun de nous quelque chose d'essentiel!

«S'il était ici, que vous dirait-il?

«Il vous dirait, avec Vaillant, qu'avant tout il ne faut pas que la «guerre tue le Parti socialiste ni même suspende sa vie: chaque section, «chaque fédération doit continuer à se réunir, fût-ce avec les vieux et les «femmes, et à se tenir en rapport avec l'organe central. — Il vous aurait «dit encore que tant que nous ne nous sommes pas plongés en pleine guerre,

«nous continuons à lutter pour la paix. — Que dis-je là? même en pleine «guerre, vous devez rester fidèles à votre idéal de paix.

«Comment? Voici! Vous êtes contraints à la guerre par la violation «des territoires neutres du Luxembourg et par l'agression de l'Allemagne «impériale. Mais vous demeurez des socialistes! Vous ne vous battez ni «par ivresse de revanche ni par délire belliqueux. C'est ce qui vous distingue «des chauvins! Vous vous battez pour défendre la culture française et la «liberté des peuples. Vainqueurs, car il faut que vous soyez vainqueurs, «vous refuserez de violer le droit des autres. —

«Nous tenons à défendre la culture française: mais nous ne voulons «pas détruire la culture allemande! Si la Russie victorieuse avec nous «voulait dépecer l'Allemagne ou fouler sous les pieds des chevaux cosaques «ses glorieuses universités, nous ne le permettrions pas. Vainqueurs, nous «dirions à l'Alsace et à la Lorraine ce que n'ont pas dit les Allemands. «Nous dirions: ,Frères d'Alsace-Lorraine, à vous la parole! Prononcez «sur votre sort! Que voulez-vous? Vous êtes libres! Voulez-vous redevenir «membres intégrants de la France ou garder votre autonomie?

«S'ils le veulent, ils formeront une République autonome, comme la Suisse: «alliée à la Suisse d'une part, au Luxembourg et à la Belgique de l'autre: «chaîne d'Etats tampons.

«Cette guerre, si nous y sommes condamnés, nous voulons du moins «qu'elle soit la dernière des guerres. — Vous combattrez comme les volon- «taires de 1793, non pas pour les droits de Français, mais pour les droits «de l'homme! pour le droit des nations!»

C'est au milieu de la plus intense émotion que Dubreuilh *lit l'ordre du jour suivant, dont l'adoption unanime par les milliers de citoyens pré- sents constitue, pour chacun, un pacte formel, un engagement solonnel de dévouement entier au Parti Socialiste, à sa tâche de paix, de révolution et de civilisation:*

«Dans les terribles circonstances de l'heure présente, si cruel que soit «son deuil, le Parti Socialiste, tant qu'il peut y avoir un espoir, si faible «soit-il, de paix, doit manifester sa volonté de la sauvegarder. — En la «médiation anglaise, seule, existe aujourd'hui cet espoir de paix. Aussi «nous faut-il demander au gouvernement de lui donner le plus énergique «appui. — Nous ne voulons pas, jusqu'au dernier moment, désespérer de «la paix.

«Si abominable qu'ait été l'attentat de l'Autriche contre la Serbie, si «perfide et provocateur qu'ait été l'impérialisme allemand, déclarant la «guerre à la Russie, nous maintenons toutes nos réserves sur les obligations «de traités secrets que nous n'avons pas connus et que notre Parlement n'a «pas ratifiés.

«Mais, comme nous l'avons toujours indiqué, à l'agression contre la «France républicaine et pacifique menaçant la civilisation et l'humanité, «nous répondrons de toutes nos forces et de toutes nos énergies. — Malgré «les malheurs et les catastrophes de plus en plus menaçantes, le Parti So-

«cialiste ne s'abandonnera pas. Même pendant la période la plus angois-«sante, son devoir le plus impérieux est de resserrer son organisation et, «autant que les événements le lui permettront, de ne pas perdre le contact «avec l'Internationale.

«Il constate que c'est en plein accord avec les décisions du B. S. I. «que les socialistes français ont pesé de toutes leurs forces pour obtenir de «leur gouvernement toutes les mesures favorables au maintien de la paix et, «qu'au milieu même de la catastrophe qu'est la guerre, ils demeureront prêts «à cet idéal, hostiles à toute pensée de revanche, mais résolus à défendre «le droit des peuples, de l'indépendance des nations, de la vie et de l'inté-«grités françaises.»

---

§ 3. Nach Kriegsausbruch.

Am 3. VIII. 1914 — nach Bekanntwerden des Einmarsches der Deutschen in Luxemburg, der Verhängung des Kriegszustandes über Frankreich und der Einberufung der Kammern für den 4. VIII. 1914 — erschien in der Humanité der Artikel

Nr. 117[1]).

Ou en sommes nous.

La journée d'hier, toute sécouée par la mobilisation, est-elle le prélude obligatoire de la guerre! Tout effort pour la paix est-il devenu inutile! Il semble en tout cas que notre gouvernement lui même ne l'ait pas cru. Il déclarait, en effet, dans son appel à la nation, qu'il continuait «ses efforts diplomatiques» et qu'il «espérait encore réussir». Ce qui fait le prix particulier de cette parole, c'est qu'au moment même où il l'écrivait, il connaissait la déclaration de guerre à la Russie.

La violation du Luxembourg, acte abominable au regard du droit des neutres, acte de menace intolérable au regard de la France, est-elle de nature à anéantir totalement l'espoir de la médiation proposée par l'Angleterre? — Les incidents de frontière eux-mêmes, si nombreux ou si graves soient-ils, comme celui de cet officier allemand qui a brûlé la cervelle d'un soldat français, et s'est ensuite vu infliger le même traitement, tout cela suffit-il à faire dire que l'Allemagne aurait «commencé les hostilités», ou bien n'est-ce là que menues actions de sous-ordres que l'Allemagne devrait désavouer au besoin si la médiation prenait tournure!

Qu'est-ce donc qui nous autorise à poser ces questions optimistes au milieu du déluge de nouvelles, vraies où fausses, qui tendent à faire croire que la guerre est à l'état de fait? Quoi donc? La présence de M. Schoen à Paris.

---

1) L'Humanité, 3. VIII. 1914.

Calcul ou attitude vraie, cette présence est la preuve que tout n'est pas dit.

Mais si elle est un calcul, si par là l'Allemagne veut montrer à son alliée hésitante, l'Italie, le soin qu'elle met à rester pacifique, si le germanisme impérialiste espère que les incidents de frontière suffiront à pousser la France hors des voies de la sagesse et à souffler aux Chambres, avec le vote des crédits, la déclaration qui ouvrirait la porte toute grande aux véritables actes de guerre, ce serait un piège où il y aurait péril à tomber, fournir à l'Allemagne ce prétexte pour dire à l'Italie: «C'est moi moi» — ce serait vraiment trop maladroit.

Cet avertissement nous le donnons avec la conscience de continuer l'effort à la fois patriotique et humain du maître disparu. Il nous permet de signaler aussi le danger d'une séance unique des Chambres qui devrait obligatoirement déclarer la guerre et précipiterait les événements en nous donnant — faussement — une attitude d'aggresseurs qui n'est pas, qui ne peut pas être celle de la France.

P(ièrre) R(enaudel).

Am selben Tage erfolgte die Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich und sein Ultimatum an Belgien, die Ablehnung desselben und sodann in der Nacht vom 3. auf den 4. VIII. der Einmarsch deutscher Truppen in Belgien. Die durch diese Tatsachen ausgelöste Stimmung der Partei und der Gewerkschaftskommission äußerte sich in den folgenden Artikeln.

Nr. 118 [1]).

Après les provocations, les audacieuses violations du droit, voici la rupture. M. Schœn est parti en notifiant la déclaration de guerre. Aucun recours n'existe plus. Les Chambres, demain ou après-demain, auront à se prononcer en votant les crédits que leur demandera le gouvernement.

Ces crédits seront votés à l'unanimité.

Le germanisme impérialiste que dénonçait, il y a quelques jours, l'un des manifestes publiés par le Parti socialiste, s'est montré dans toute sa brutalité, et il semble que soit venue l'heure où l'Europe, sous peine de plier sous son joug, doit lui faire payer «l'abus qu'il fait de la force brutale».

L'affaire de l'Autriche et de la Serbie n'apparaît plus guère que comme l'occasion attendue pour l'Allemagne pour intervenir contre la France. — Il faut se demander si, quand elle a commencé son action, l'Allemagne avait vraiment calculé toutes les chances. — En tout cas la déclaration de neutralité d'Italie, l'intervention d'Angleterre mobilisant, dès la nuit dernière, ses armées de terre et de mer, pour fermer la mer du Nord, la courageuse petite Belgique se jetant de tout son cœur à la défense de son sol, ce sont

1) L'Humanité, 4. VIII. 1914.

là des faits qui peuvent augmenter la confiance dans l'issue du formidable conflit qui commence.

L'Allemagne a dressé contre elle toute l'Europe. — Attendons donc le jugement des armes en souhaitant qu'il nous soit favorable.

Et maintenant il faut souhaiter que notre gouvernement réprime d'une façon implacable les désordres déshonorants qui ont abouti au pillage et au sac d'un certain nombre de magasins et de boutiques. Ces actes procèdent des mêmes excitations anciennes qui ont armé, il y a quatre jours, le bras de l'assassin.

Et nous, socialistes, rappellons nous les paroles de nos orateurs à la salle Wagram, venons puiser dans l'adieu que nous apporterons à Jaurès[1] *le courage que demandent les circonstances, le salut de la patrie et la foi dans l'Internationale qui, meurtrie, devra pourtant surgir plus vivante quand les horreurs de la guerre auront montré aux hommes du XX*^e^ *siècle l'abominable cauchemar auquel il faudra enfin échapper.*

P(ierre) R(enaudel).

* * *

Nr. 119.

Contre le «droit du poing»[2].

Le «Faustrecht»: le droit du poing. — Cette ultime et brutale raison de l'Allemagne monarchique, féodale, militariste a trouvé son heure. —

Le droit du poing, négation du droit — que la force prime — notion bismarckiene — mais soutenue tout de même par des gens qui n'ont ni la taille ni l'esprit du chancelier de fer — le droit du poing, pour lequel la raison et l'intelligence ne sont que des sentiments asservis, domine ce matin l'Europe et, ce soir, le monde.

Les événements, qui se précipitent comme les battements du pouls dans un accès de fièvre, ont étouffé en quelques heures les derniers soubresauts d'espoir. — Le fait brutal est là. L'Europe est en guerre. — Le cataclysme qui menaçait a fondu sur la civilisation, la culture, les droits si péniblement conquis par les peuples.

Inutile de remonter loin pour chercher les causes profondes du drame qui commence. C'est trop tard ou c'est trop tôt. — Mais le monde a jugé la cause. C'est l'Autriche qui a provoqué la crise; c'est l'Allemagne qui, par sa duplicité d'abord, par ses aggressions ensuite, a fait jaillir l'étincelle qui met l'Europe en feu. — C'est du moins la seule chose que nous puissions connaître en France.

La violation de la neutralité du Luxembourg a été suivie, à une trentaine d'heures d'intervalle, de la violation de la neutralité belge: — Evident

1) Am 4. VIII. wurde JAURÈS zu Grabe getragen.

2) La Bataille syndicaliste, 4. VIII. 1914.

aussi est notre rôle. Contre le droit du poing, contre le militarisme germanique, il faut sauver la tradition démocratique et révolutionnaire de la France.

B(ataille) S(yndicaliste).

In der Sitzung der Kammern vom 4. VIII. 1914 wurden die von der Regierung vorgelegten Kriegsgesetz-Entwürfe debattelos und einstimmig votiert.

Am Vormittag hatte das Begräbnis JAURÈS stattgefunden. Aus den am Grabe gehaltenen Reden seien folgende Stellen hervorgehoben:

Nr. 120.

Jouhaux: ... Jaurès a été notre réconfort dans notre action passionée pour la paix. Ce n'est pas sa faute ni la nôtre si la paix n'a pas triomphé. C'est la guerre qui surgit. Avant d'aller vers le grand massacre, au nom des Travailleurs qui sont partis, au nom de ceux qui vont partir et dont je suis, je crie devant ce cercueil toute notre haine de l'impérialisme sauvage qui soulève l'horrible crime.... Oui, Jaurès, ton souvenir impérissable nous guidera dans la lutte terrible où nous entrons. Il se dressera devant nous comme un flambeau que la tourmente ne pourra éteindre. Et je proclame hautement, avant de l'affronter, notre foi dans l'Internationale, notre résolution de conquérir de haute lutte toutes les libertés et de les donner aux autres.

Vaillant: ... Demandons nous, à cette heure tragique, ce qu'il nous dirait, ce qu'il nous conseillerait, s'il était présent. — Il nous dirait que devant cette catastrophe générale qui s'annonce, au moment où toutes les forces de barbarie, toutes les puissances du militarisme impérialiste se déchaînent contre nous, nous ne devons pas perdre, ni même laisser faiblir notre foi internationaliste, ni notre foi socialiste. Il nous recommanderait le sang-froid. Il nous montrerait les luttes qui suivront la grande lutte qui commence et nous ferait sentir qu'après l'issue, nous aurons encore à lutter contre l'esprit de réaction militairiste auquel le vainqueur pourra être tenté de céder. Voilà ce qu'il nous dirait. Donc, fortifions nous pour la lutte. Jurons de faire notre devoir jusqu'au bout, pour la Patrie, pour la République, pour la Révolution.

Dubreuilh: ... Jaurès a été vaincu dans cet effort (en faveur de la paix). Nous avons été vaincus avec lui: c'est la guerre qui se dresse. Nous en affronterons sans peur les hasards et les périls. — S'il était ici, il deviendrait le clairon de la bataille pour rallier, avec sa grande voix, toutes les forces vives du pays. Et il aurait comme nous, en défendant la France, la conviction de défendre le haut idéal de fraternité humaine de notre Parti.

Am 6. VIII. erließ der Deutsche sozialdemokratische Leseklub in Paris folgende Erklärung:

Nr. 121[1]).

A nos camarades français.

Camarades, Dans cette heure de tristesse, nous vous exprimons les sentiments les plus fraternels des socialistes allemands, qui préfèrent rester dans votre pays de liberté et qui se refusent à se battre contre leurs camarades français.

Nous tous, nous aimons notre patrie, mais nous ne pouvons plus aimer une patrie qui attaque un peuple pacifiste.

Nos sympathies s'adressent à vous, qui défendez le sol de la liberté. Allez à la victoire! Allez battre le gouvernement criminel de Berlin.

A bas les monarchies! Vive la France démocratique! Vive la république allemande!

Diese Kundgebung wurde kommentiert in den Artikeln:

Nr. 122.

Socialistes[2]).

Avez-vous lu la déclaration de nos camarades — je n'hésite pas devant le mot — de nos camarades socialistes allemands du Leseclub` (Club de lecture). J'en ai éprouvé un frémissement de joie et de fierté. Relisons-la ensemble, voulez-vous.

[folgt der Wortlaut der obigen Erklärung].

Et savez-vous pourquoi l'attitude de nos amis m'a causé tant de joie? C'est qu'elle m'a paru un gage de notre victoire, le gage le plus certain. — Si les socialistes allemands d'Allemagne ont ce même sentiment, si les quatre millions de socialistes qui votèrent là-bas pour l'Internationale ont acquis cette conviction que leur empereur et son kronprinz les conduisent à une guerre d'aggression, si rien n'a réussi à obscurcir leur raison, si leur conscience leur dit tout bas qu'on leur fait commettre un crime contre la civilisation, s'ils ont la conviction que ce n'est point la patrie qu'ils défendent, mais je ne sais quelle bande de fous orgueilleux et brutaux qui n'ont pas su mesurer leurs rêves de domination et d'impérialisme sans scrupules, oui, voilà le gage certain de notre victoire. Car il y aura une imcomparable différence de niveau entre l'élan moral de nos soldats et des autres.

Mais je voudrais aussi ajouter que c'est la justification la plus haute de ceux qui, ne voulant point oublier l'humanité, au milieu même du plus grand désastre que la destinée lui impose, supplient nos troupes de penser

---

1) L'Humanité, 6. VIII. 1914. 2) L'Humanité, 7. VIII. 1914.

à l'idéal de cette France immortelle au nom de laquelle ils vont lutter. Si la victoire favorise nos armes, que nos soldats se montrent généreux et magnanimes. Qu'ils n'oublient pas que parmi ceux qu'on a placés et amenés devant eux, il en est beaucoup peut-être qui partagent les sentiments des socialistes allemands de Paris, mais qu'une inflexible discipline a réduits au silence, peut-être même au prix d'un crime que nous ignorons encore. Qu'ils n'oublient pas que ce serait mal lutter pour la liberté, mal préparer l'Allemagne elle-même à la République, que de poursuivre une guerre d'extermination où la France ne prendrait plus figure de libératrice, mais figure de bourreau. La République française doit être sereine, dans la victoire aussi bien que dans la défaite, confiante qu'elle est dans l'affirmation et dans l'éternité du droit.

Jouhaux le disait l'autre jour avec une force de langage à laquelle tous rendirent hommage, parce qu'il tenait le langage qui convenait à la nation française, ce n'est pas au peuple allemand que nous faisons la guerre, mais à l'impérialisme germanique.

Abattons l'impérialisme, mais épargnons le peuple.

P(ierre) R(enaudel).

* * *

Nr. 123.

Aux républicains allemands[1]).

On a lu l'adresse digne et mélancolique des républicains socialistes allemands à leur correligionaires français. Adresse constatant de quel côté sont le droit, la liberté et la civilisation et se terminant par ce cri d'alarme: «Vive la république allemande!»

C'est très bien et que cette république future soit ce qu'elle pourra être, radicale bourgeoise ou sociale prolétarienne, étatiste ou libertaire — ce qui est affaire de l'évolution à venir — nous faisons franchement écho à tel cri.

Mais il est quelque chose de mieux encore que d'acclamer la république allemande, c'est de la créer!

Nous n'avons jamais cru à son avènement par les moyens parlementaires, et le présent ne nous donne que trop de raison. Toutefois le soulèvement du prolétariat allemand dans un empire centralisé et militarisé à outrance était chose terriblement difficile. — Aussi ne pouvons-nous garder rancune aux socialdémocrates de n'avoir pu réussir la révolution chez eux. Qui sait! Peut-être y a-t-il eu quelques tentatives généreuses que nous ignorons encore? — Mais s'ils ne peuvent combattre l'Empire au dedans — tout au moins pour l'heure présente — qu'ils le combattent du dehors. — C'est chose possible et j'ajouterai, indispensable.

Après avoir mille fois dit et répété que nous ne pouvons confondre et solidariser les Travailleurs révolutionnaires allemands avec le bandit

1) La Bataille syndicaliste, 9. VIII. 1914.

Guillaume II et ses hordes d'assassins, il faut que nous puissions montrer où sont, ce que font les fils intellectuels de Goethe, de Schiller, de Lassalle et de Karl Marx. — Assez de manifestes, de protestations verbales! Formez le corps de Volontaires de la liberté allemande, qui sauvera l'honneur et la vie future de votre pays en combattant aux côtés des Français, Anglais, Belges, Hollandais et Luxembourgeois, leurs frères en l'Humanité!

Nous sommes quelques-uns qui envisageons la formation de guérillas internationales, peu nombreuses peut-être, mais formées d'élements sérieux et solides comprenant des techniciens. Si nous ne pouvons résoudre les grosses difficultés d'équipement et de subsistance, nous ferons autre chose: il est aussi honorable et utile d'administrer un clystère à un blessé qu'un coup de fusil à un ennemi.

Que nos amis allemands ne s'en tiennent donc pas à leur seul cri de: «Vive la République!» Qu'ils soient eux, à côté de nous et en armes, cette république allemande en gestation, servant de phare et de ralliement à la masse de leurs compatriotes, le jour où aura commencé à osciller sur sa base le hideux, le sanglant régime impérial.

Charles Malato.

Fünftes Kapitel.

Belgien.

§ 1. Unmittelbar vor Kriegsausbruch.

XVI[e] Congrès syndical à Bruxelles. 25.—27. VII. 1914[1]).

Von Auslandsvertretern waren auf demselben erschienen: LEGIEN für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; JOUHAUX und DUMOULIN für die französische C. G. T.; VAN ZUTPHEN für die holländischen, LLOYD für die englischen Gewerkschaften.

In der Begrüßungsrede, mit der der Vorsitzende SOLAU den Kongreß eröffnete, beantragte er folgenden — sofort einstimmig und mit Akklamation beschlossenen — Protest gegen den Krieg[2]).

Nr. 124.

Le Congrès et la Commission syndicale du Parti ouvrier et des Syndicats indépendants, considérant que les continuels armements, faisant fléchir l'Europe sous le régime de la paix armée aggravée des campagnes menées par la presse bourgeoise, ont préparé les voies au développement du chauvinisme et du militarisme; Profondément émus par la nouvelle des massacres qui determineront peut-être l'intervention d'autres pays et entraineront ainsi une conflagration générale; Le Congrès syndical affirmant l'irréductible opposition du prolétariat à la guerre, lance un cri d'alarme international et invite l'Internationale ouvrière à mettre tout en œuvre pour empêcher ce crime contre l'humanité et se solidarise dès à présent avec les travailleurs d'autres pays.

Von den Auslandsvertretern sprach in seiner Begrüßungsrede nur JOUHAUX über die Kriegsfrage. Der Bericht enthält hierüber folgendes:

Nr. 125.

Jouhaux: «... La lutte contre les armements s'étend et s'intensifie. Au moment où le chef du militarisme français rendait visite au Tsar rouge,

1) Le Peuple. Organe quotidien de la démocratie socialiste. Bruxelles, 27. und 28. VII. 1914. L'Humanité (Paris) 28. VII. 1914.

2) Vgl. hierzu oben Nr. 28.

le prolétariat russe se levait dans un mouvement de protestation qui a secoué le vaste empire. Il faut que nous soyons prêts à poser des gestes analogues. Il faut qu'au milieu de la barbarie, au milieu de la sauvagerie, nous tenions haut et fier, par-dessus les frontières, l'étendard de l'humanité et de la civilisation [1]).

Am 1. VIII. forderte die Partei zu einer auf den 3. VIII. anberaumten Kundgebung der Brüsseler Arbeiterschaft gegen den Krieg auf:

Nr. 126.

La Fédération bruxelloise du Parti Ouvrier à la Population [2])*!*

A bas la guerre!

Capitalistes et militaristes sont a l'œuvre!

Pour des buts que l'on ne peut discerner avec précision en ce moment la diplomatie officielle exaspère et affolle les populations. — On nous menace d'une guerre européenne qui pourrait résulter du conflit austro-serbe. — Gardons notre sang-froid, mais protestons avec énergie contre cet attentat à la paix du monde.

Travailleurs! En attendant que puissent s'établir les responsabilités, aidez-nous à réprouver et, si possible, à enrayer l'action dévastatrice de quelques êtres sauvages et inconscients, indignes de la civilisation moderne!

Et vous, femmes! Mères, épouses et fiancées auxquelles l'on vient d'arracher brusquement les hommes par le rappel sous les drapeaux; Vous toutes, dont les fils, les maris ou amis se trouvent encasernés et que les événements pourraient mener au massacre; Vous que l'on plonge dans l'anxiété, la douleur et la misère, vous abandonnant avec les enfants au foyer déserté involontairement; Joignez-vous à nous, venez avec vos filles et vos fils pour flétrir les financiers et militaristes qui ne rêvent que conquêtes de capitaux et de territoires, sans s'inquiéter des désastres qu'engendrent leur égoisme, leur rapacité et leur vaniteuse gloriole.

Femmes et hommes! Levez vous avec la Fédération bruxelloise du Parti ouvrier qui organise pour lundi 3 août une

Manifestation de protestation contre la guerre.

Réunion à 6 heures au boulevard de la Senne. — L'appel est particulièrement adressé aux femmes qui se grouperont avec leurs enfants et prendront la tête du cortège. — A l'issue de la manifestation, meeting à la Maison du Peuple.

Le comité fédéral.

---

1) La Bataille syndicaliste (Paris), 27. VII. 1914.

2) Le Peuple, 1. VIII. 1914.

Am 2. VIII. trat der Conseil général du Parti ouvrier im Volkshaus in Brüssel zu einer Sitzung unter LOUIS BERTRANDS Vorsitz zusammen, bei welcher neben Notstandsmaßnahmen und -Forderungen beschlossen wurde [1]):

der Verzicht auf alle Straßenmanifestationen, also auch auf die für den 3. VIII. angesagte;

die Erlassung eines von DE BROUCKÈRE, VANDERVELDE, ROYER und WAUTERS zu redigierenden Aufrufes an die Bevölkerung;

daß die sozialistischen Deputierten in der Kammersitzung vom 6. VIII. votieren sollten «*les crédits nécessaires à la mobilisation et à l'entretien des soldats et de la population civile*» und daß VANDERVELDE eine dahin abzielende Erklärung abzugeben habe.

* * *

Das hierauf erlassene Manifeste lautet:

Nr. 127 [2]).

A la population!

La guerre européenne est déclarée.

Dans quelques jours, dans quelques heures peut-être, des millions d'hommes qui demandaient à vivre en paix, vont être entraînés, sans leur aveu, dans la plus effroyable des tueries par des traités qu'ils n'ont pas consentis, par des volontés qui leur sont étrangères.

La démocratie socialiste n'a aucune responsabilité dans ce désastre.

Elle n'a reculé devant rien pour avertir les peuples, pour empêcher la folie des armements, pour conjurer la catastrophe qui va frapper la communauté européenne.

Mais aujourd'hui le mal est fait, et par la fatalité des événements, une pensée nous domine: bientôt peut-être aurons-nous à donner notre effort pour arrêter l'invasion de notre territoire.

Nous le ferons d'un coeur d'autant plus ardent qu'en défendant contre la barbarie militariste, la neutralité et l'existence même de notre pays, nous aurons conscience de servir la cause de la démocratie et des libertés politiques en Europe.

Nos camarades appelés sous les drapeaux montreront comment les travailleurs socialistes savent se comporter devant le danger. Mais quelles que soient les circonstances où ils se trouveront, nous leur demandons de ne jamais oublier, au milieu des horreurs qu'ils verraient commettre, qu'ils

1) Ebenda, 2. VIII. 1914.
2) Ebenda, 3. VIII. 1914.

appartiennent à l'Internationale ouvrière, et d'être, dans toute la mesure compatible avec leur légitime défense individuelle et celle du pays, fraternels et bons.

Le conseil général du Parti ouvrier belge.

---

§ 2. Nach Kriegsausbruch.

Am 4. VIII. 1914, nach dem Tags zuvor gestellten und von der belgischen Regierung abgelehnten deutschen Ultimatum, veröffentlichte Le Peuple nachfolgenden Artikel:

Nr. 128.

Pour le salut commun.

De toutes parts, tandis que le sentiment public s'enfièvre, s'exalte et tour à tour, il le faut bien dire, s'angoisse ou s'exaspère, de beaux jeunes gars, sans distinction de classe, ceux-ci de souche ouvrière, ceux-là d'origine bourgeoise réclament l'honneur d'être enrôlés comme volontaires.

Et nous, les farouches et les irréductibles antimilitaristes qu'on sait, nous qui n'avons cessé de lutter contre le monstre de la paix armée, sachant que, derrière lui, se profilait le spectre des plus abominables carnages, nous crions: «BRAVO!» du fond du coeur, à tous ceux qui s'offrent bravement à participer à la défense nationale.

Pourquoi?

Parceque ce n'est pas seulement notre sol, nos foyers, nos femmes et nos enfants, qu'il s'agit de protéger contre l'invasion des barbares; ce qu'il faut maintenir intact, au prix de notre sang, n'est ce pas encore et surtout, l'héritage de nos antiques franchises, le patrimoine des garanties modernes, la cause même de la civilisation et de la démocratie! Notre vieille terre de bravoure et de liberté, n'a-t-elle pas pour privilège, à cette heure historique, de concilier avec le salut du pays, la sauvegarde des plus chères et des plus hautes aspirations d'un prolétariat qui en est la force, l'espoir et l'avenir! L'inviolabilité de notre territoire se confond avec les clauses les plus imperscriptibles du droit des gens et l'intérêt le plus sacré de l'émancipation des travailleurs qui est l'âme même de notre temps.

Nous n'ignorons pas que ceux qui s'embrigadent à cet instant tragique, inaptes à prendre, d'emblée, place dans le rang de prémière ligne, en seront réduits à de modestes consignes subalternes et à d'humbles corvées accessoires. Qu'importe! N'est ce pas, nous, socialistes, qui proclamons qu'il n'y a pas de besognes inférieures et qu'on peut avec dignité et vaillance remplir son devoir à tous les degrés hierarchiques des tâches utiles et nécessaires!

Allez donc, fils d'ouvriers et de bourgeois, qui vous rencontrez au seuil des bureaux de l'état major, pour vous inscrire aux régistres des recrues, en

ces jours de péril et de catastrophe; ceux dont la barbe est grise ou les cheveux blanchis, ou qu'une infirmité, à défaut de l'âge, frappe d'impuissance, ceux qui sont condamnés à ne pouvoir offrir au salut commun, ni leurs bras, ni leurs poitrines, ceux-la vous envient comme ils vous admirent, et s'il le faut pourtant, plutôt que de subir la loi des Huns et des Vandales, ils vous imiteront, car mieux vaudrait mourir pour l'idée du progrès et de la solidarité humaine, que de survivre en un régime où la force brutale et la sauvage violence auraient écrasé le droit.

In der bereits am 4. VIII. vormittags zusammengetretenen Deputiertenkammer, in welcher der Ministerpräsident DE BROQUEVILLE den Vormarsch deutscher Truppen auf belgischen Boden bekannt gab und König ALBERT in einer Thronrede die feste Entschlossenheit zur Verteidigung des Landes mit den Waffen aussprach, votierte die Kammer 200 Mill. frcs. für diesen Zweck. Im Namen der sozialistischen Kammerfraktion erklärte VANDERVELDE:

Nr. 129 [1]).

que le moment est venu où les socialistes accompliront leur devoir sans défaillance. Nous voterons tous les crédits que le gouvernement réclamera pour la défense nationale.

Und als der Ministerpräsident die Ernennung VANDERVELDES zum Staatsminister mitteilte, gab dieser seine Zustimmung mit den Worten: *J'accepte.*

Am 7. VIII. 1914 veröffentlichte Le Peuple die folgenden zwei Aufrufe:

Nr. 130.

Ouvriers Mineurs, du Charbon!

Ainsi donc le crime innomable est accompli!

Déloyalement, hypocritement, lâchement, après un ultimatum tellement révoltant de prétention qu'on ne voulait pas y croire, les Allemands ont

1) L'Humanité (Paris), 5. VIII. 1914. Die Nummer des Le Peuple von diesem Tage konnte ich nicht erlangen.

franchi notre territoire, violé notre neutralité qu'ils avaient par deux fois, solennellement, reconnue. Maintenant les barbares sont à Liège. Des batailles peut-être, se livrent meurtrières.

Et tous sont partis, tous ceux qui ont reçu la feuille de rappel sous les drapeaux: fils, fiancés, maris, pères ou frères. — L'amertume au coeur, avec la poignante pensée de ce qu'ils laissaient au village, dans la détresse, ils sont partis, courageusement, bravement et avec enthousiasme pourtant, le fusil sur l'épaule et la cartouchière bien garnie. — Une idée fixe les guide, les obsède, leur Devoir. Et ils ne raisonnent pas. — Et ils le feront leur Devoir, le Devoir qui leur est assigné, ils le feront jusqu'au bout. — Ces doux et paisibles hommes, soldats et volontaires, vont tuer parcequ'il le faut: parceque leur devoir est de tuer, de combattre à outrance l'envahisseur, de le refouler au-delà de ses frontières. Ils vont combattre comme les lions pour garder nos chères libertés si péniblement acquises.

Mais les autres? ...

Ceux qui sont restés au village, ceux qui n'ont pas reçu la feuille blanche de la mobilisation, et qui restent consternés d'un tel crime et d'un tel malheur, eux aussi ont un Devoir, UN GRAND DEVOIR, qu'ils doivent accomplir pour leur conscience — un Devoir aussi beau, aussi grand que celui du combattant, celui de travailler, d'extraire le charbon de la terre.

Abattus, le desespoir dans l'âme, croyant que plus rien n'est à faire dans un tumulte aussi horrible, d'aucuns ont cessé le travail. — Ils ne retournent plus à la fosse. Certes, leur inaction se comprend; mais elle est un danger, un grand danger qui menace d'énerver, d'arrêter les efforts de notre armée.

Que se passera-t-il si le charbon vient à manquer?

Les navires défenseurs de nos côtes et de nos ports, privés de charbon, resteront inactifs, inutiles, comme de grandes choses inertes. — Le ravitaillement se fera plus difficilement: et là-bas, à front de bataille, nos troupes attendront les munitions et les vivres.

Allons, braves et vaillants compagnons mineurs, séchez vos yeux, secouez votre torpeur, pensez à vos enfants, à vos frères là-bas, qui demain peut-être se battront vaillamment, et qui ont juré de mourir plutôt que de laisser notre chère petite Belgique écrasée sous la botte des soudards prussiens. Mais il ne faut pas que votre détresse soit une entrave à l'accomplissement de votre devoir. — Comme les soldats, faites le vôtre, mais sans hésiter. DESCENDEZ A LA FOSSE, vous battre avec la terre, arracher ses richesses, extraire son charbon, nécessaire aujourd'hui comme le sang à la vie. — Vouz avez la haute mission d'aider ceux qui se battent. On connaît votre courage. Ne faites pas défaut à la patrie qui compte sur vous.

Pour le Comité de la Féderation boraine:

Arthur Bastien.

*
*

Nr. 131.

Aux Ouvriers des Services Publics.

Nos camarades appelés sous les drapeaux montreront comment les travailleurs socialistes savent se comporter devant le danger.

Camarades qui restez!

Autant que vos frères de travail rappelés, vous avez un devoir sacré à remplir! Ouvriers des services publics, vous assurez le bon fonctionnement d'industries indispensables à la santé, à l'ordre et à la tranquillité publics. La défense du pays ayant rappelé nombre de vos camarades, il vous appartient de suppléer au manque de forces et de capacités professionelles qui résultent de leur départ.

Votre comité syndical, connaissant vos sentiments de solidarité, est convaincu que vous vous associerez à cela. Mettez-vous à l'entière disposition de l'administration, répondez à toutes les réquisitions, à toutes les prestations avec l'unique préoccupation:

LA SAUVEGARDE DE NOTRE INDÉPENDANCE.

Haut les coeurs!

Camarades des services publics, faites votre devoir! Tout votre devoir!

L'Union Centrale belge des ouvriers des services publics.

Ferner veröffentlicht Le Peuple am 8. VIII. 1914 folgendes Gesuch der Telegraphen- und Telephonarbeiter an die Minister des Krieges, sowie der Eisenbahnen, Post und Telegraphen:

Nr. 132.

Au nom de nos collègues nous sollicitons la militarisation complète, pour la durée des hostilités, de tous les ouvriers des télégraphes et téléphones, sans aucune distinction d'âge. — M. le ministre de la guerre disposerait ainsi d'un effectif qui permettrait de combler les vides faits par l'ennemi dans les rangs des télégraphistes militaires.

Espérant que notre requête sera accueillie, nous prions, M. M. les ministres, d'agréer l'expression de nos sentiments pour la cause sacrée de la défense de la patrie.

Au nom de l'Association génerale des ouvriers des Télégraphes et Téléphones,

Le président, *M. Deschrryver.* — *Le secrétaire-général,* *Ch. Parente.*

Au nom de l'Union générale (chretienne) des Ouvriers des Télégraphes et Téléphones

Le président, *M. Van Obergen.* — *Le secrétaire,* *P. de Windt.*
